

Beteiligungssynopse: Öffentlichkeit

Bezirksregierung Köln



Zweite Beteiligung (15.10.2024 - 15.11.2025)

Hinweise: Nummerierung der Ziele und Grundsätze bezieht sich auf den Stand 2.

Planentwurf (2024); Original-Stellungnahmen und Anhänge lagen dem Regionalrat zur Beschlussfassung vor;

* Exportbedingt werden Umlaute und Sonderzeichen in der pdf-Datei nicht korrekt dargestellt.



AZ: Ö-M-2-1	
1026762	
1032431_001	
<p>Inhalt</p> <p>In der zeichnerischen Festlegung des Regionalplans (A-2-10 Blatt10-11_Kreis Euskirchen_Planentwurf) ist im Gebiet der Gemeinde Weilerswist ein Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe bzw. Reservegebiet gemäß sachlichem Teilplan Nichtenergetischer Rohstoffe (Lockergestein) festgelegt (Abb. 1).</p> <p>(Abbildung 1)</p> <p>Diese Festlegung des Regionalplans steht im Widerspruch mit dem sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien der Bezirksregierung Köln. Die im Zuge des angestrebten Aufstellungsbeschlusses vom 11.10.2024 zeichnerische Feststellung (Blatt 10 Kreis Euskirchen_01) des sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien sieht im entsprechenden Bereich ein Vorranggebiet für Windenergie vor. Aufgrund der räumlichen Überlagerung beider Festlegungen (Abb. 2) sind Raumnutzungskonflikte unvermeidbar, wie im Folgenden erläutert wird.</p> <p>Wir, die [ANONYMISIERT], sind ein regional agierendes Ingenieurbüro für Erneuerbare Energien mit Sitz in Düren. Seit über 25 Jahren plant, projektiert und betreibt die [ANONYMISIERT] in Zusammenarbeit mit Bürgern und regionalen Partnern Windenergie- und Solaranlagen im Rheinland.</p> <p>Seit mehreren Jahren sind wir schon in der Umgebung von Weilerswist aktiv. In unmittelbarer Nähe von Weilerswist haben wir auf dem Gebiet der Stadt Erftstadt insgesamt 12 Windenergieanlagen (WEA) errichtet und planen auch im Gemeindegebiet von Weilerswist den Bau von WEA.</p> <p>(Abbildung 2)</p> <p>In den vergangenen Jahren haben wir das Vertrauen der Flächeneigentümer gewinnen können und haben mit dem Großteil der Eigentümer Gestattungsverträge abgeschlossen, um gemeinsam die Nutzung von Windenergie in Weilerswist voranzubringen. Die Umsetzung dieses Vorhabens ist bereits stark fortgeschritten. Die für die Genehmigung relevanten Gutachten sind unmittelbar vor der Fertigstellung. Die</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme richtet sich inhaltlich an die parallel laufenden Verfahren zur Aufstellung des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - bzw. zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien für den Regierungsbezirk Köln. Darüber hinaus wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem Teilplan NR entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Eine inhaltliche Harmonisierung mit den Festlegungen des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien ist gewährleistet.</p> <p>Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 <i>Nichtenergetische Rohstoffe</i>. Im vorliegenden Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Regionalplanerische Vorgaben zur zeichnerischen Festlegung der BSAB sind somit nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns. Bei der erwähnten zeichnerischen Festlegung des Regionalplanentwurfes handelt es sich vielmehr um eine nachrichtliche Übernahme des geplanten BSAB-L-66 gem. Teilplan NR</p> <p>Dessen ungeachtet ist keine flächenhafte Überlagerung des geplanten BSAB-L-66 mit</p>

Durchführung einer Artenschutzprüfung wurde bereits 2023 in Auftrag gegeben. Wir haben bereits große Investitionen in die Realisierung eines Windparks getätigt und planen noch in diesem Jahr den Genehmigungsantrag einzureichen.

Die gemäß Planentwurf entsprechende Ausweisung als Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe nimmt unmittelbaren Einfluss auf unser Vorhaben. Im entsprechenden Bereich ist der Standort einer WEA geplant. Die Standorte der WEA sind unter Berücksichtigung der Turbulenzintensität und Schallimmission aufeinander abgestimmt. Durch die mögliche Inanspruchnahme des Bereiches für den Rohstoffabbau würde die betroffene WEA ersatzlos wegfallen. Eine Änderung des Windparklayouts ist aufgrund der zuvor genannten Abstimmung nicht möglich.

(Abbildung 3)

Erklärtes Ziel des sachlichen Teilplans ist Planungssicherheit beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dieses Ziel wird jedoch durch die Festsetzung des Regionalplans Köln konterkariert. Wir fordern daher den Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe im südlichen Bereich zu begrenzen und schlagen eine Ausweisung wie in Abbildung 3 dargestellt vor. Dies würde weiterhin ausreichend Raum für die Rohstoffgewinnung bieten. Diesen Bereich haben wir bereits vorausschauend und entgegenkommend bei unserer Planung ausgespart. An dieser Stelle möchten wir darauf hinweisen, dass die Eigentümer, deren Grundstücke in der südlichen Erweiterung liegen, Gestattungsverträge mit uns abgeschlossen haben und nicht an einer Veräußerung der Grundstücke zur Rohstoffgewinnung interessiert sind. Auch die Gemeinde Weilerswist steht den Plänen des Regionalrates in Bezug auf die nichtenergetische Rohstoffgewinnung zwischen Horchheim und der Autobahn A1 kritisch gegenüber. So heißt es in einer Stellungnahme des Rates vom 26.01.2023 zum Ausgrabungsvorhaben „Horchheim“ der Rheinischen Baustoffwerke GmbH: *„Die Gemeinde Weilerswist ist sehr belastet durch die nichtenergetische Rohstoffgewinnung im Rahmen des Regionalplanes. Die seinerzeit beschlossene Vorrangzone zwischen Vernich und Müggenhausen wird als vollkommen ausreichend angesehen“.*

dem zeichnerisch festgelegten Vorranggebiet für die Windenergie (Flächenkennung: WEI_01) gem. Entwurf zum Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien (Fassung der öffentlichen Auslegung 13.01.2025 bis 13.02.2025) erkennbar. Raumnutzungskonflikte sind auf Ebene der Regionalplanung damit nicht zu erwarten.

AZ: Ö-M-2-100	
1028183	
1033727_001	
<p>Inhalt</p> <p>Hiermit lege ich gegen die Neuaufstellung des Regionalplan 2024 - Zweiter Planentwurf, Seite 4049 von 4777, Stellungnahme zu dem Projekt 1003787, AZ: BET_326000_1, Kreis Viersen Widerspruch ein.</p> <p>Die Auswirkungen des Regionalplans hinsichtlich der Bahntrasse von Wegberg-Arsbeck nach Elmpt stellt einen erheblichen Eingriff in das ökologische System des Naturpark Schwalm-Nette dar und gefährdet die Gesundheit der Anwohner. Die detaillierte Stellungnahme mit Begründung entnehmen Sie bitte dem beigegeführten Dokument "Öff RPlan Neuaufstellung Projekt 1003787.pdf".</p> <p>Aus den in der beigegeführten Stellungnahme genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.</p> <p><u>Stellungnahme zu dem Projekt 1003787, AZ: BET 326000 1, Kreis Viersen</u></p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 - Zweiter Planentwurf, Projekt 10003787, Kreis Viersen, Seite 4049 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg.-Bez. Köln</p> <p>1. Gegenstand der Stellungnahme</p> <p>Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte „Sicherung“ einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten-Elmpt (Bereich Viersen) - weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgehoht –</p> <p>angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1-11/ Grundsatz 8.1-10) mit dem Ziel, dass „zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs... entwickelt werden soll“</p> <p>2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse</p> <p>Die Lage ergibt sich aus „Teil C der zeichnerischen Festlegung“, die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linie den leider nur ungefähren</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. § 8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpt ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:

1. Trasse vom im Aufbau befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpter Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Bezirk Köln).

Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.

1. Stellungnahme im Einzelnen

Die Trasse durchschneidet den Elmpter Wald. Der geschützte Naturpark Maas-SchwalmNette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. „komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System“ und sind deshalb in weiten Teilen als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

1. Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind

b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft! (Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm- und Vibrationsemissionen mit

massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet nahe Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

a) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz-Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

b) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug- Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

c) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

d) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung: Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt. (Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

1. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-M-2-101	
1028185	
1033728_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist aufgrund der StnID 1006593 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p> <p><i>[Hinweis der Regionalplanungsbehörde: eine detailliertere Stellungnahme wurde nicht beigelegt.]</i></p>

AZ: Ö-M-2-106	
1028190	
1033804_001	
Inhalt	<p>im Rahemn der Beteiligung möchten wir uns für die mit Stellungnahme vom 31.08.2022 eingebrachte Fläche zur Errichtung des Recyclingparks Grüne Mine in Swisttal inklusive der bis dahin erfolgten Weiterentwicklungen erneut einsetzen und eine Stellungnahme abgeben. Diese Fläche bietet wie auch in den Stellungnahmen vom Rhein-Sieg-Kreis 07.06.2023, gemeinde Swisttal 16.05.2023 und IHK Bonn/ Rhein-Sieg 31.07.2023 vorgetragen enormes wirtschaftliches und sozioökonomisches Potential für die Region. Ziele der Stellungnahme ist die Festlegung der an die Firma [Anonymisiert] angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen als GIB für zweckgebundene Nutzung im Zuge des aktuell laufenden Neuaufstellungsverfahrens. Die strategischen Entwicklungsmöglichkeiten von Abfallbehandlungsanlage, Verwertungs- und Recyclingzentrum sowie Standort für Kreislauf-, Abfall- und Ressourcenwirtschaft, regenerative Energiezeugung einschließlich Bildung, Forschung, Wissenschaft und Wissensvermittlung, schaffen ein nachhaltiges Ökosystem und sind die Schwerpunkte der zweckgebundenen Nutzung. Aus diesem Grund und im Sinne der Nachhaltigkeit ist eine Standortverlagerung nicht zielführend.</p> <p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Im Übrigen: Bei dem ansässigen Entsorgungsbetrieb handelt es sich um einen vorhandenen Betriebsstandort im regionalplanerischen Freiraum, der die regionalplanerische Darstellungsschwelle erreicht. Entsprechend der Plankonzeption sind Standorte für Abfallbehandlungsanlagen ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als GIBz Abfallbehandlungsanlage zeichnerisch festgelegt, wenn sie isoliert im regionalplanerisch festgelegten Freiraum liegen. Da es sich nicht um einen neuen Siedlungsansatz i.S.v. Ziel 6.3-3 LEP NRW bzw. eine neue Abfallbehandlungslage i.S.v. Ziel 8.3-2 LEP NRW handelt, sondern um einen vorhandenen Betriebsstandort, ist die Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage auch ohne unmittelbaren Anschluss an die vorhandenen ASB oder GIB mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBz Abfallbehandlungsanlage folgerichtig. Bei der regionalplanerischen Festlegung wurden Optionen für betrieblichen Erweiterung der Abfallbehandlungsanlage berücksichtigt.</p> <p>Das unter dem Projektnamen "Grüne Mine" bezeichnete Vorhaben lässt sich nicht unter die Zweckbestimmung Abfallbehandlungsanlage fassen. Die geplanten Nutzungen entsprechen denen eines Bereichs für gewerbliche und industrielle</p>

Nutzungen. Diese dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Insofern sind die Vorgaben des LEP NRW Ziel 6.1-1 LEP NRW zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraum, d.h. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), zu beachten. Die Gemeinde Swisttal verfügt über keinen kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Im Rahmen des Regionalen Verteilprozess Region⁺-Wirtschaft wurde über die kommunalen Bedarfe hinaus ein ca. 26 ha großer GIB mit regionaler Bedeutung nördlich des angeregten Standorts in Swisttal (Heimerzheim) verortet.

Das Vorgehen für den bestehenden GIB mit der Zweckbestimmung Abfallhandlungsanlage am Standort Lindlar kann nicht ohne weiteres übertragen werden. Der Standort wurde unter anderen rechtlichen Rahmenbedingungen (Vorgänger zum aktuellen LEP NRW) im Rahmen einer vorhabenbezogenen Regionalplanänderung regionalplanerisch festgelegt. Neufestlegungen müssen die aktuellen rechtlichen Vorgaben beachten.

Aus den o.g. Gründen ist eine Festlegung als GIB oder GIB mit Zweckbindung zum aktuellen Planungsstand nicht mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar. Aufgrund der besonderen Bedeutung des Vorhabens für die Region, steht es der Gemeinde Swisttal frei, nach Rechtswirksamkeit des in Aufstellung befindlichen Regionalplans einen Antrag auf eine vorhabenbezogene Regionalplanänderung zu stellen.

AZ: Ö-M-2-107	
1028217	
1033852_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der zweiten Offenlage ist erstmalig eine ASB neu-Satzvey als allgemeiner Siedlungsschwerpunkt für die Schaffung von Bauland vorgesehen:</p> <p>Als Bewohner des Ortes Satzvey, spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung dieser Fläche als Bauland aus. Schon mit der Ausweisung der Fläche sind erhebliche Auswirkungen für den Ort zu erwarten. Auf Grund der massiven Flächenversiegelung steigt die Gefahr weiterer Hochwasserereignisse wie aus dem Jahr 2021 im Ort erheblich. Dies stellt eine Gefahr für die Bewohner dar. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet verloren gehen. Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren. Des Weiteren möchte ich Sie auf die Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Mechernich-Satzvey der Verbandswasserwerk Euskirchen GmbH Wasserschutzgebietsverordnung Mechernich-Satzvey vom 6. Juli 1992 unter folgendem Link</p> <p>https://www.bezreg-koeln.nrw.de/system/files/media/document/file/umweltschutz_wasserwirtschaft_versorgung_wasserschutzgebiete_uebersicht_wsg_vo_mechernich_satzvey.pdf</p> <p>aufmerksam machen. Zu dem ist auf den folgenden Verlinkungen deutlich zu erkennen !!! wie sehr Satzvey betroffen war und welches Risiko zukünftig auf uns zukommen kann, da sich unser Klima zunehmend verändert.</p> <p>https://www.flussgebiete.nrw.de/system/files/atoms/files/hwrm_nrw_steckbrief_mechernich.pdf</p> <p>Und auf den Karten von https://www.hochwasserkarten.nrw.de/.</p> <p>Und unter anderem würde sich unser Dorfcharakter drastisch verändern! (m.E.n. sieht es hier eh schon stellenweise aus wie ein Industriegebiet im Ruhrpott und der Gemeinde sind die Hände gebunden wegen StraßenNRW, Finanzen und daraus resultierenden Personalmangel)</p> <p>Ein starker Zuzug würde die Lebensqualität noch stärker belasten, als es jetzt schon</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbaden) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25.</p>

ist (StraßenNRW kümmert und interessiert sich nicht um bzw. für eine Verkehrsentlastung)!

Eine tägliche Lärmbelästigung in zunehmender Höhe ist schon durch den Berufsverkehr gegeben. Insbesondere wenn die Schranken schließen, die Motoren laufen und die Abgase ihrer Wege gehen. Bei einem ZuZug ist 'Leben' in der Natur absolut undenkbar!

Vom Naturschutz möchte ich nicht anfangen... dieser ist schon zu stark belastet und hat mit Eifel nichts mehr zu tun!

Sollten Sie noch weitere Fragen zu meiner Stellungnahme haben, können sie mich gerne unter dieser email kontaktieren. Gerne erläutere ich ihnen bei einer Tasse Kaffee in meinem Garten die Not in Satzvey.

Nicht zu vergessen ist, das wenn eine Bebauung stattfindet, sich sehr viel Wasser zurück stauen würde und die Häuser der Brochgasse, Bahnhofsweg, Lindenweg, Veythalstrasse, Am Billig, An der Burg, Am Markt und der Gartzemer Straße stark beschädigen. Und dies kann keine Kommune, kein Land und auch keine Versicherung mehr leisten.

Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.

P.S.: unter https://geoportal.de/map.html?map=tk_04-starkregengefahrenhinweise-nrw ist deutlich zu erkennen, das eine Bebauung zunehmende Gefahr in den aufgeführten Straßen in meiner vorigen Mail besteht!

An Flüssen sollte zukünftig nicht mehr gebaut werden um eine Überflutung von Wohnhäusern zu vermeiden. Es heißt nicht um sonst 'Brochgasse' -> Bruchgasse -> Feuchtgebiet mit Sümpfen in Flussniederungen und/oder Mooren.

Dazu in einem ruhigen Moment; Die Sage der Juffer Vey/Fey

<https://satzvey.de/ueber-satzvey/juffer-vey/>

Es kommt nicht in ungefähr... ;o)

Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu

vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnung schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-108	
1028229	
1033860_001	
<p>Inhalt</p> <p>Zweiter Planentwurf 2024 (Sitzung am 11.10.2024 des Regionalrates des Regbez Köln) Hier: Neue Festlegung zum Gebiet 127 - Flächen entlang der BAB A4 in Bergisch Gladbach</p> <p>Gegen die kurzfristige Änderung des neuen Regionalplans Köln möchten wir hiermit heftig protestieren.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die bedrohten Ausgleichflächen an der Brüderstrasse und zwischen den A4-Auffahrten von GL-Frankenforst und GLRefrath stellen insgesamt als gut entwickelte Waldfläche die Funktion eines Filters für Staub und Lärm sowie die Funktion eines Speichers für Wasser und Sauerstoff dar. Die gesamte Ausgleichfläche ist somit eine wichtige Barriere für die nördlich liegenden Bebauungen von Frankenforst und Refrath. Ausserdem dient sie der ortsnahe Erholung.</p> <p>Der Wegfall dieser Waldgebiete steht in Hinblick auf den fortschreitenden Klimawandel im diametralen Widerspruch zu früheren Planungen und neueren Bekenntnissen und Einsichten auch von Ihrer politischen Seite. Uns erschüttert, dass lokale Politiker, aus welchen Gründen auch immer, diese wichtige Ausgleichfläche beseitigen wollen.</p> <p>Unserer Meinung nach dürfte auch damit die Politikverdrossenheit zunehmen. Daher wiederholen wir nochmals unsere Forderung, die Ausgleichflächen zu erhalten!!!</p> <p>Bei Besuchen unserer Kinder und Enkelkinder in den betroffenen Stadtteilen von Bergisch Gladbach genießen wir die wunderschönen intakten Waldstücke, die keine Betonwüsten werden dürfen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Inhalt

Gegen Regionalplanänderung Nr. 1006011 Gegen den Wegfall der Festlegung Grünzug Planänderung 1006011 gemäß A-2-11 Blatt05_Leverkusen Köln Rheinischbergischer Kreis _Änderungskarte Entfallende Festlegungen und Neuausweisung als allgemeine Siedlungsfläche Planänderung 1006011 gemäß A-2-12 Blatt 05_Leverkusen Koeln Rheinischbergischer Kreis _Änderungskarte Neue Festlegungen, lege ich hiermit fristgerecht Widerspruch ein.

Begründung:

Das Plangebiet der sogenannte „Sportpark“ ist Bestandteil des „Grünzugs Dhünn“, der von der Stadtgrenze bis zur Mündung der Dhünn und die anschließende Rheinaue das Stadtgebiet Leverkusens über mehrere Kilometer als zusammenhängender Grünzug durchzieht. In den Grünzug sind Freizeiteinrichtungen integriert wie Kleingärten, Spielplätze, Sportanlagen, Schwimmbad und Parks. Diese Fläche ist für Leverkusen eine unverzichtbare Erholungslandschaft. Schon jetzt ist dieses Gebiet beeinträchtigt durch Gewerbegebiete, das Klinikum und das Stadion. Ein riesiger Parkplatz mit über 1.700 Plätzen, wie der Verein Bayer 04 ihn plant, gehört keinesfalls hierher. Denn dafür müssten Grünanlagen sowie mehrere Spielfelder und Sportanlagen weichen, so zum Beispiel die Anlage des SC Leverkusen. Diese Anlage dient nicht nur dem Breitensport, sondern auch dem Schulsport. Einer Fläche die rund um das Jahr an 6 Tagen die Woche bespielt wird, steht eine Parkplatznutzung an maximal 30 Heimspieltagen gegenüber. Der Flächenverbrauch für 1730 Parkplätze und deren Erschließung bei einer Nutzung von maximal 30 Spieltagen im Jahr ist damit völlig unverhältnismäßig.

Der Grünzug Dhünn, auch als Erholungsgebiet muss geschützt werden, das liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, zudem ist eine weitere Versiegelung ökologisch nicht vertretbar.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2-111	
1028204	
1033845_001	
<p>Inhalt</p> <p>Neuaufstellung des Regionalplans Köln;</p> <p>Stellungnahme zum 2. Planentwurf</p> <p>Kurzbezeichnung: Öff RPlan Köln</p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln (Anlage 2 - 7 Blatt 04) in der Fassung des 2. Planentwurfs sollen die in der nachfolgenden Abbildung 1 durch eine rote Umrandung gekennzeichneten Flächen in der Stadt Kerpen als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Die vorgenannten Flächen grenzen - lediglich durch einen Wirtschaftsweg getrennt - unmittelbar südlich an die bestehende Abgrabung unserer Mandantin an und stellen sich gegenwärtig weit überwiegend als intensiv genutzte Ackerfläche dar (siehe nachfolgende Abbildung 2, dort die rot umrandete Fläche), auf der unsere Mandantin eine Erweiterung ihrer bestehenden Abgrabung anstrebt.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Da die BSN-Darstellung mit der von unserer Mandantin angestrebten Nutzung zu Abgrabungszwecken kollidieren würde, werden hiermit für den Fall, dass es in dem Parallelverfahren betreffend die Neuaufstellung des Teilplans NR entgegen unserer Stellungnahme vom 21.06.2024 bei der Nichtdarstellung der Fläche als BSAB bleiben sollte, Bedenken gegen diese Darstellung geltend gemacht. Denn sie würde im Ergebnis dazu führen, dass unsere Mandantin, die durch die geplanten Festlegungen des Teilplans NR besonders hart getroffen wird, nicht einmal mehr die Ausnahmeregelung in Z 6 der textlichen Festlegungen des Teilplans NR geltend machen könnte.</p> <p>Das ist schon deshalb nicht hinnehmbar, weil die Voraussetzungen für eine BSN-Darstellung der in Rede stehenden Teilfläche offenkundig nicht gegeben sind. Denn den in Rede stehenden Teilflächen kommt derzeit weder Bedeutung für den regionalen Biotopverbund zu, noch liegt für die betreffenden Flächen eine Schutzgebietsfestsetzung vor, die aktuell eine BSN-Darstellung rechtfertigen würde. Auf ihr sind auch keine Biotopvernetzungsmaßnahmen der RWE Power AG im Zusammenhang mit dem</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die der Plankonzeption entsprechen, folgerichtig als BSN festgelegt.</p> <p>Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden</p>

Braunkohlentagebau Harnbach oder Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen für andere Vorhaben geplant.

Auf den Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV NRW, 2019), der gemäß § 8 Abs. 1 LNatSchG NRW als Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan erarbeitet wurde, lässt sich die geplante BSN-Darstellung der hier in Rede stehenden Teilflächen nicht stützen, da diese seitens des LANUV NRW - aufgrund der landwirtschaftlichen Intensivnutzung folgerichtig - nicht als Biotopverbundflächen eingestuft wurden (siehe nachfolgende Abbildung 3).

[Abbildung]

Dementsprechend wurden die betreffenden Teilflächen auch in der Erläuterungskarte F 5 zum Regionalplan Köln in der Fassung des 2. Planentwurfs nicht als Biotopverbundflächen gekennzeichnet (siehe nachfolgende Abbildung 4).

[Abbildung]

Die betreffenden Flächen sind im Landschaftsplan Nr. 3 „Bürgewälder“ des Rhein-Erft-Kreises auch nicht als Naturschutzgebiet oder Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Für eine untergeordnete Teilfläche besteht lediglich eine Schutzfestsetzung als geschützter Landschaftsbestandteil (siehe nachfolgende Abbildung 5). Hierbei handelt es sich um den geschützten Landschaftsbestandteil LB 2.4-63 „Laubgehölze, Obstwiesen und eine Teichfläche an den Gehöften bei 'Haus Dorsfeld'“. Innerhalb der hier in Rede stehenden Teilflächen des geschützten Landschaftsbestandteils sind allerdings keine der für die Schutzfestsetzung maßgeblichen Strukturen mehr vorhanden. Sie stellen sich vielmehr heute vollständig als Intensivacker dar, dem keinerlei Bedeutung für den Biotopverbund zukommt.

[Abbildung]

Die Stadt Kerpen hat die betreffende Teilfläche im Rahmen der 39. Änderung des Flächennutzungsplans im Übrigen zwar als „Flächen zum Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft bzw. Flächen zur Umsetzung sonstiger Begrünungsmaßnahmen“ dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 6). Bei den dargestellten Flächen handelt es sich allerdings lediglich um Suchräume, denen ausweislich des Erläuterungsberichts zur 39. Änderung des Flächennutzungsplans keine rechtsverbindliche Wirkung zukommt. Eine Umsetzung ist vielmehr nur im Einvernehmen mit den Eigentümern möglich. Dementsprechend ist nicht zu erwarten, dass eine Umsetzung auf den hier in Rede stehenden Teilflächen ohne die von unserer Mandantin dort angestrebte Abgrabungserweiterung erfolgen wird. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die betreffenden Teilflächen - ohne die von unserer Mandantin angestrebte Nutzung zu Abgrabungszwecken - weiterhin intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, sodass ihnen auch in Zukunft keinerlei Bedeutung für den regionalen Biotopverbund zukommen wird.

[Abbildung]

Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Laut Ziel 19 des Regionalplanentwurfs "Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern" dienen BSN dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung eines regionalen Biotopverbunds. Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen und ausgeübte bestandsgeschützte Befugnisse) ein.

Eine allgemein gültige Aussage zu der angeregten Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen, diese werden in den anschließenden fachrechtlichen Verfahren vertieft geprüft. Hierbei wird abschließend geprüft, ob die Ziele der Raumordnung in Bezug auf die BSN im Einklang mit der Planung stehen.

Es werden darüber hinaus Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe gegeben.

Für den Fall, dass es in dem Parallelverfahren betreffend die Neuaufstellung des Teilplans NR entgegen unserer Stellungnahme vom 21.06.2024 bei der Nichtdarstellung der betreffenden Teilflächen als BSAB bleiben sollte, beantragen wir daher,

die BSN-Darstellung für die betreffenden Teilflächen zurückzunehmen oder zumindest ergänzende textliche Festsetzungen zu treffen, die eine Abgrabungserweiterung mit anschließender Herrichtung der betreffenden Teilflächen für Zwecke des Biotop- und Artenschutzes ermöglichen.

AZ: Ö-M-2-112	
1028312	
1033902_001	
<p>Inhalt</p> <p>Zweiter Planentwurf zur "Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln"</p> <p>Darstellung einer Deponie im Kreis Heinsberg, Hückelhoven, nördlich des Stadtteils Ratheim, Flanke der Bergehalde Sophia-Jacoba</p> <p>Stellungnahme der Fa. [ANOMISIERT]</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>die von uns im Jahr 2022 angeregte Fläche in Hückelhoven wurde von Ihnen im zweiten Planentwurf Fläche für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie in die Darstellung des Regionalplans aufgenommen. Diese Darstellung wird aus unserer Sicht als künftige Betreiberin der Deponie ausdrücklich begrüßt. Wir gehen davon aus, dass neben der raumordnerischen Entscheidung auch die weiteren Voraussetzungen für eine spätere fachplanerische Zulassung der geplanten Mineralstoffdeponie vorliegen, insbesondere das Wohl der Allgemeinheit im Sinne des §§ 36 Abs. 1 Nr. 1, 15 Abs. 2 KrWG durch die geplante Deponie nicht beeinträchtigt werden wird. Die Vorsorge gegen eine Beeinträchtigung der Schutzgüter, vor allem die Gesundheit der Menschen, kann und wird im Rahmen der Planung in erster Linie durch bauliche, betriebliche oder organisatorische Maßnahmen entsprechend dem Stand der Technik getroffen werden.</p> <p>Der Standort in Hückelhoven entspricht in besonderem Maß den in den textlichen Festlegungen genannten Zielen, wonach Deponien so zu errichten, zu betreiben und zu rekultivieren sind, dass die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft sowie im Regionalplan festgelegte Schutz- und Nutzungsfunktionen beachtet werden. Der Standort stellt eine Erweiterung einer vorhandenen noch in Aufschüttung befindlichen Bergehalde dar und beansprucht vollumfänglich Flächen, die durch Bergbau, Rohstoffgewinnung und Verfüllung bereits genutzt wurden. Die geplante Deponie deckt mittel- und langfristig den bestehenden Bedarf an zusätzlichem Deponieraum in der Region.</p> <p>Mit einem Volumen von bis zu 6 Mio. m³, einem einzigen Eigentümer, der Möglichkeit, erforderlichenfalls die gesamte Fläche für einen sofortigen Baubeginn bereitzustellen sowie einer bestehenden, leistungsfähigen Verkehrsanbindung von nur 5 km Länge ab</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat in seiner Zuständigkeit beschlossen, seine ursprüngliche Abwägungsentscheidung bezüglich des zweiten Planentwurfs (2024) hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung des Deponiestandort Hückelhoven zu revidieren und die im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung zu diesem Punkt eingegangenen Stellungnahmen abweichend zu bewerten. (s. ID 1003238_001 1. Offenlage)</p> <p>Die geänderte Abwägungsentscheidung basiert insbesondere auf Erkenntnissen aus der zweiten Öffentlichen Auslegung (s. ID 1033261_016, 1034609_003).</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für regionalplanerische Festlegungen. Die Stadt Hückelhoven als Belegenheitskommune hat im Verfahren erhebliche Bedenken vorgebracht. Demnach besteht die Befürchtung, dass die Nutzung der ehemaligen Halde als Deponiestandort für die ansässige Bevölkerung mit erheblichen Emissionen, insbesondere verkehrlicher Art, verbunden ist. Nach Aussage der Stadt ist die Akzeptanz in der Bevölkerung für einen Deponiestandort aufgrund der Vorbelastung durch die bisherige bergbauliche Nutzung nicht vorhanden. Die städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen der Kommune sehen für die Halde als Nachnutzung eine ökologische Aufwertung sowie eine Kombination aus landwirtschaftlicher Nutzung und einem Standort für Erneuerbare Energien (AgriPV) vor. Darüber hinaus soll der Bereich in Teilen für eine extensive Naherholung erhalten bleiben. Nach Aussage der Stadt würde die Umsetzung der vorgeschlagenen Deponie die Planungen konterkarieren.</p> <p>Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Belange empfiehlt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) zwar grundsätzlich potenzielle Standorte für zusätzliche Deponiekapazitäten</p>

Autobahnanschluss dürfte der Standort Hückelhoven im Regierungsbezirk Köln hinsichtlich seiner Eignung einzigartig sein.

Die Stadt Hückelhoven hat in ihrer Ratssitzung vom 06.11.2024 den Beschluss gefasst, im Rahmen der Beteiligung eine negative Stellungnahme zum Deponiestandort in Hückelhoven abzugeben. In der zur Ratssitzung vorgelegten Beschlussvorlage wird auf einige Sachverhalte ("Kernaussagen") eingegangen, eine ausführliche ausformulierte Stellungnahme soll von der Stadt Hückelhoven noch erstellt werden.

Zu den veröffentlichten voraussichtlichen Inhalten der Stellungnahme der Stadt Hückelhoven erlauben wir uns vorsorglich die folgenden Erläuterungen zu geben:

1. Verkehrsbelastung

Es wird auf die Belastungen der Bevölkerung, insbesondere der Stadtteile Ratheim, Kleingladbach und Altmühl während des Bergbaus und durch die aktuellen Arbeiten zur Wiedernutzbarmachung hingewiesen. Das zeitweise hohe Verkehrsaufkommen beeinträchtigt die Ortschaften. Hierzu ist zu sagen, dass durch den Neubau der L117n in Tieflage im Korridor der Bahntrasse und deren Anbindung an die Autobahn A46 (Anschluss Hückelhoven-West) erst in jüngster Zeit eine Verkehrsanbindung geschaffen wurde, die eine Erschließung der Deponie auf kürzestem Weg und ohne Belastung von Wohngebieten ermöglicht. Dadurch entfällt die in der Vergangenheit stattgefundene Beeinträchtigung der Ortschaften durch LKW-Verkehr. Eine Zufahrt über Kleingladbach von der Autobahn A46 (Anschluss Hückelhoven-Ost), kann über eine entsprechende Vereinbarung zwischen der Betreiberin und Kommune ausgeschlossen werden. Am Beispiel der Abgrabung Kaphof, die ebenfalls auf Stadtgebiet Hückelhoven liegt, wird dies bereits seit vielen Jahren erfolgreich durchgeführt, indem die Durchfahrt durch die Ortschaft Hilfarth wirksam ausgeschlossen wurde.

1. Derzeitige Wiedernutzbarmachung der Bergehalde

Die Stadt Hückelhoven führt an, die aktuell stattfindende Überdeckung mit kulturfähigem Boden, einschließlich der damit einhergehenden Verkehrsbelastung, werde durch eine Deponie konterkariert.

Hierzu ist zu sagen, dass durch die Deponie keine Flächen beansprucht werden, die mit kulturfähigem Boden bedeckt sind oder noch bedeckt werden. Denn die Anlehnung der Deponie an die Bergehalde erfolgt an der nordöstlichen Flanke. Hier wurde das Relief zum Bau einer privaten Pflegestraße voreinigigen Jahren bereits abschließend fertiggestellt. Die Pflegestraße soll eine umlaufende Befahrung der Bergehalde im Sinne eines Einbahnverkehrs zur Durchführung von Pflege- und Forstmaßnahmen ermöglichen. Die betreffende Flanke wurde zur Flächenersparnis mit äußerster Steilheit schichtweise angelegt und mit geeigneten Maßnahmen gegen Erosion geschützt. Kulturfähiger Boden kann und soll hier nicht aufgebracht werden. Im Rahmen des Deponiebaus soll die Pflegestraße neu trassiert werden.

im Hinblick auf konkurrierende Nutzungen zu sichern, um die mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit zu schaffen. Eine zwingende abfallwirtschaftliche Anforderlichkeit für den konkreten Deponiestandort Hückelhoven wurde von Seiten der Abfallwirtschaft jedoch nicht benannt. Der Regionalplan sichert darüber hinaus zusätzliche Deponiekapazitäten an anderen raumverträglichen Standorten in der Planungsregion und schafft damit die Voraussetzung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für Ablagerungsbedürftigen Abfälle.

Hinsichtlich der privaten, betrieblichen Belange des Deponiebetreibers und der damit verbundenen Eigentumsгарantie des Art. 14 GG ist darauf hinzuweisen, dass sich diese in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen bezieht. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37).

Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Vor dem dargelegten Hintergrund der standörtlichen Vorprägung durch die Abraumhalde des ehemaligen Bergwerkes Sophia-Jakoba und die hiermit verbundenen städtebaulichen Entwicklungsvorstellungen zur ökologischen bzw. energetischen Nachnutzung misst der Regionalrat den von der Stadt Hückelhoven vorgebrachten Bedenken im Rahmen der Gesamtabwägung ein höheres Gewicht bei als den abfallwirtschaftlichen Belangen. Auch die privaten Entwicklungsabsichten zum Betrieb einer neuen Abfalldeponie am Standort, welche als abwägungsrelevante Eigentümerinteressen in die Entscheidungsfindung einfließen, treten unter umfassender Würdigung aller relevanten öffentlichen und privaten Belange im Ergebnis der gesamtheitlichen planerischen Abwägung zurück. Ausgeübte und bestandsgeschützte Rechte bzw. Befugnisse werden nicht berührt.

Vor diesem Hintergrund wird auf die regionalplanerische Sicherung des Deponiestandorts verzichtet. Die Textlichen und Zeichnerischen Festlegung, die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend angepasst.

Gemäß § 9 Abs.3 S.1 ROG ist eine erneute Auslegung entbehrlich, wenn die Belange nicht erstmalig oder stärker berührt sind. Da die Zeichnerischen Festlegungen wieder dem Stand des ersten Planentwurfs (2021) entsprechen, führen die Änderungen nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen, da diese im Rahmen der 1. Offenlage bereits geäußert und im Sinne einer nun erneut vorgenommenen Gesamtabwägung in Bezug auf die Anregungen im Rahmen der zweiten Offenlage nun entsprechend der Betroffenheit der öffentlichen und insbesondere privaten Belange individualisiert zugrunde gelegt wurden, so dass die geänderten zeichnerischen Festlegungen nicht erneut im Internet zu veröffentlichen sind und somit in Bezug auf diese Änderung auch nicht erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme zu

1. Errichtung einer Freiflächensolaranlage auf der Bergehalde.

Es besteht die Absicht, eine Freiflächensolaranlage auf der Bergehalde zu errichten und zu betreiben. Dieses Thema ist nicht Inhalt der Beschlussvorlage der Stadt Hückelhoven zur Deponiedarstellung in der uns bekannten Version. Dennoch möchten wir es hier vorsorglich aufgreifen, da zu befürchten ist, dass die Stadt Hückelhoven in ihrer finalen Stellungnahme diesbezüglich einen Zielkonflikt zwischen Regionalplanung und Bauleitplanung behauptet, obwohl ein solcher nicht besteht.

Bei der Stadt Hückelhoven wurde ein Aufstellungsbeschluss für die Bauleitplanung durch die planende Solarfirma offenbar beantragt, ein Aufstellungsbeschluss ist aber bisher noch nicht erfolgt.

Beide Vorhaben werden vom Eigentümer gebilligt und schließen sich keineswegs aus.

Denn die abschließende Relieferung der Bergehalde erfolgt in Form eines Tafelbergs. Die Freiflächensolaranlage soll auf der entstehenden Hochfläche errichtet werden. Die Deponie soll an der nordöstlichen Flanke angelegt werden.

Die vorhandene Zufahrt kann durch beide Vorhaben genutzt werden. Beide Vorhaben grenzen aneinander an, stören sich aber nicht. Falls es zu einem Aufstellungsbeschluss für die Freiflächensolaranlage kommt, ist - bedingt durch die unterschiedliche Maßstäblichkeit von Regionalplanung und Bauleitplanung - die Abgrenzung im Detail zu überprüfen und ggf. anzupassen. Eine Überlappung der Plangebiete kann ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus können sich durch die unmittelbare Nachbarschaft von Solaranlage und Deponie Synergieeffekte ergeben, indem beim Bau und Betrieb der Deponie Betriebseinrichtungen und Geräte mit Solarstrom geräuscharm und ohne Schadstoffausstoß betrieben werden können. Dies kommt den Bemühungen der Stadt Hückelhoven zum Klimaschutz entgegen.

Ansonsten erlauben wir uns, auf die zusätzlichen Angaben in unserer Anregung aus dem Jahr 2022 zu verweisen. Gerne stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMSIERT]

geben ist.

AZ: Ö-M-2-113

1028286

1033883_001

Inhalt

nach Verabschiedung des KVBG wurden durch die Stadt Kerpen für den Restsee des Tagebaus Hambach bereits 2019 bis 2020 konkrete Vorstellungen für die Nutzung als ein großer Stromspeicher entwickelt. Diese ersten Pläne im Rahmend des Projektes „Speicherstadt Kerpen“ beruhten zunächst auf dem Einsatz von vielen einzelnen kugelförmigen Speichern auf dem Grunde des Sees und setzten einen recht hohen Wasserspiegel voraus, der allerdings erst in einigen Jahrzehnten nach Füllbeginn erreicht werden wird.

Die aktuellen Entwicklungen am Strommarkt und beim Ausbau der erneuerbaren Energien erfordern allerdings einen weitaus schnelleren Ausbau geeigneter Stromspeicher. So bewirkte die Dunkelflaute der Tagen 6.11. bis 8.11. Spitzenpreise an der Börse von über 800 €/MWh (>80 Ct/kWh!!) (siehe Anlage) während an sonnenreichen Tagen im Sommer tagsüber negative Börsenpreise wegen großer Überschüsse zu verzeichnen waren. Mit schrittweiser Außerbetriebnahme der Kohlekraftwerke reduziert sich auch die gesicherte Leistung aus Grundlastkraftwerken, so dass in windstillen Nächten 30 bis 40 GW bzw. 300 bis 350 GWh aus anderen Quellen z.B. Speichern bereitgestellt werden müssen. Diese Leistungen / Energiemengen sind nicht mit Importen machbar!

Daher kann das Konzept eines Stromspeichersees (www.stromspeichersee.de) (Pumpspeicherkraftwerk) im Tagebau Hambach ein - wenn nicht sogar DER Schlüssel zum Ausgleich der Tag-Nacht-Schwankungen zwischen Stromerzeugung und -verbrauch werden. Dieses Konzept nutzt hierbei sehr große Betonkavernen auf dem Seegrund als Unterbecken und die Manheimer Bucht als Oberbecken. Dieser Ansatz (www.stromspeichersee.de) **greift um Jahrzehnte vor** dem Zeitraum für das ursprüngliche Kerpener Konzept, es wäre noch vor Abschluss der Rekultivierung und innerhalb des Planungszeitraumes des Regionalplanes umsetzbar. Es funktioniert vor, während und nach der Flutung des Restsees Hambach, da die Wasserreservoir für das Pumpspeicherkraftwerk gemäß www.stromspeichersee.de vollkommen getrennt vom Seewasser angelegt werden können. Die Planungen für die vorgesehene Rekultivierung wäre oberirdisch nur an der Manheimer Bucht geringfügig zu modifizieren.

Nach der Eingabe in der ersten Offenlage wurde das Thema Stromspeichersee in der Abwägung in den Teilplan Erneuerbare Energien verschoben. Das ist m.E. falsch, da für den Stromspeichersee GIB-Ausweisungen notwendig werden und fachlich auch nicht erneuerbare Energie im Stromspeichersees gespeichert werden kann. Die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Vorhaben "Stromspeicher See" sich im Projektstadium befindet. Auf Grundlage des derzeitigen Planungsstands ist es nicht möglich die räumlichen Auswirkungen und ein mögliches regionalplanerisches Sicherungserfordernis zu bestimmen. Weder vom Bergbautreibenden noch von den kommunalen Planungsträgern wurde das Vorhaben in das Neuaufstellungsverfahren eingebracht. Damit liegen keine hinreichend konkreten Erkenntnisse vor, die eine Festlegung im Regionalplan rechtfertigen würden. Eine abschließend abgewogene Zielfestlegung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Gemäß dem LEP NRW (10.1-3 Grundsatz) sollen geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie in den Regional- und Bauleitplänen festgelegt werden. Sollte im Hinblick auf das Vorhaben "Stromspeicher See" innerhalb des Planungshorizontes ein Planerfordernis entstehen bzw. sich dieses konkretisieren, kann der Regionalrat als Träger der Regionalplan ein Änderungsverfahren einleiten.

Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung,

Darstellung eines interkommunales GIB im Tagebau hätte direkt den Charakter für die Kommunen, sich durch Vereinbarungen zu einem interkommunalen Gewerbegebiet die Gewerbesteuern des PSKW zu verteilen.

Weiter bitte ich um Streichung der Worte „in der Regel“ aus dem Kapitel 1.5.:

„Für die Zwischennutzung im Bereich der künftigen Restseen bilden bergrechtliche Sonderbetriebspläne und deren Zulassung eine Grundlage für die Vorbereitung von Maßnahmen zur Zwischennutzung. Die Zulässigkeit von Zwischennutzungen richtet sich in der Regel aber nach planungsrechtlichen Vorschriften. Bergrechtliche Erfordernisse sind dabei allerdings zu berücksichtigen und sicherheitstechnische Aspekte zubeachten.“

Das Bergrecht ersetzt kein Planungsrecht (siehe hierzu ROG).

Als nächsten Punkt sollte eine Darstellung von Festlegungen für den Tagebau Hambach und den Tagebau Garzweiler im Regionalplan erfolgen. Bitte ergänzen Sie den Stromspeichersee im Regionalplan.

Ich verweise auf §1(1) ROG. Die Flächen der Tagebaue sind zu groß, um keine Festlegung zu treffen, und liegen innerhalb des Teilraums der Bundesrepublik Deutschland - im Regierungsbezirk Köln. Sogar im LEP wird Freiraum dargestellt. Weiße Flecken in der Planung sind meines Erachtens in der Regionalplanung nicht erlaubt. In den textlichen Teilen wird hierzu keine hieb- und stichfeste Argumentation geliefert, warum dies erlaubt sein sollte. Ein Verweis auf Braunkohlenpläne reicht nicht aus, da § 26 ff LPIG NRW nicht die ganze Regionalplanung auf Braunkohlenpläne verschiebt, da die geordnete Braunkohlenplanung nach Bundesvorgaben vermutlich um 2030 ... 2035 ein Ende findet. Zudem fällt der Planungshorizont für das angedachte Konzept „Stromspeichersee“ innerhalb des Planungshorizontes des Regionalplanes Köln. Als letzten Punkt schlage ich hiermit ein Zielabweichungsverfahren nach §30 (2) LPIG NRW vor, um das Projekt Stromspeichersee zu realisieren.

So muss der aktuell gültige, fertige Braunkohlenplan Hambach nur in den Punkten wie Verlängerung Sümpfungszeit und Tiefe (unter Tagebausohe) für die Bauzeit der Kavernen und um die Errichtung eines Oberbeckens in einem Teilvolumen der derzeit gegrabenen Manheimer Bucht angepasst/ergänzt und kein neues Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplans eingeleitet werden. Hiermit sei auf Kapitel 1.5 des Entwurfs zur zweiten Offenlage des Regionalplans noch verwiesen, wonach der Braunkohlenplan (BKP) Hambach nochmal angepackt werden müsste.

um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen. Dies schließt eine Beachtung der unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven ein. Die Braunkohlenpläne legen im Grunde den Rahmen für eine geordnete Braunkohleplanung bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich). Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

AZ: Ö-M-2-114	
1028315	
1033903_001	
<p>Inhalt</p> <p>Bayer 04 Parkplätzen und Rettungs- und Feuerwache im Landschaftsschutzgebiet Auf den Heunen' Leverkusen</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit erheben ich Einwendungen gegen den zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln.</p> <p>Im Folgenden beziehe ich meine Einwendungen gegen die beiden geplanten Änderungen im Regionalplan (RPlan).</p> <p>1. Der Bereich zwischen Autobahn, Dhünn, Stadion und Eisenbahn ist als „Freiraum“ und „regionaler Grünzug“ gekennzeichnet. Angesichts der wenigen unversiegelten Flächen in der Stadt ist es notwendig, diese Freiraumflächen zu erhalten.</p> <p>2. Die geplante Feuer- und Rettungswache Nord im Landschaftsschutzgebiet Auf den Heunen ist nicht zulässig, da das Gebiet als besonders schützenswert ausgewiesen ist.</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Stadt hat in einer Stellungnahme von April 2022 extreme Auswirkungen des Flächenverbrauchs auf die Bevölkerung und die Notwendigkeit des Schutzes von Freiräumen betont.</p> <p>In einer Stellungnahme der Stadt zur Überarbeitung des Regionalplans von April 2022 wurde vor extremen Auswirkungen des enormen Flächenverbrauchs auf die Leverkusener Bevölkerung und von der vorherrschenden Flächenknappheit gewarnt und die Stadt beschreibt, dass dem Freiraum und der Natur genügend Schutz eingeräumt und den zusätzlichen Herausforderungen des Klimawandels Rechnung getragen werden muss.</p> <p>Aufgrund der hohen Bebauungsdichte der Stadt wird dem Freiraum ein höherer Stellenwert beigemessen, einer Fragmentierung oder Unterbrechung der Landschaft sei entgegenzuwirken. Die Stadt Leverkusen begrüßt eine Sicherung und überregionale Vernetzung der regionalen Grünkorridore und Freiräume. „Der Flächenverbrauch, einschließlich der damit einhergehenden Versiegelung offener Bodenbereiche, ist nun den letzten Jahren innerhalb des Stadtgebietes Leverkusen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID</p>

sehr weit fortgeschritten. Die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die Zerstörung von Böden ist auf die Dauer nicht vertretbar.“

Die geplanten Änderungen im Regionalplan stehen im Widerspruch zu diesen Aussagen.

Der kommunale Naturschutzbeirat hat sich gegen den Bau im Landschaftsschutzgebiet ausgesprochen, um die Natur zu erhalten.

Der Zustimmung zur Machbarkeitsstudie und einer möglichen Bebauung der Fläche Auf den Heunen wurde von Teilen des Rats mit einer Bedingung verknüpft, nämlich gleichwertige Entsiegelungsflächen zu finden, was bisher nicht geschehen ist. Ein Ausgleich im Stadtgebiet existiert nicht.

Wir bitten die Bezirksregierung, für Bayer 04 Leverkusen nur Lösungen für Parkplätze zu genehmigen, die ohne die weitere Versiegelung unseres Grünzugs oder anderer unversiegelter Flächen auskommt.

Auch, um das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen nicht weiter zu gefährden.

Ich bitte um eine Bestätigung des fristgerechten Eingangs meines Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 2.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionsverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-115	
1028305	
1033899_001	
<p>Inhalt</p> <p>A. Festlegung eines BSN im Vorfeld des Tagebaus Frechen in Verbindung mit dem Ziel Z.neu4</p> <p>Die [ANONYMISIERT] ist wegen des 2. Entwurfs des Regionalplans, in dem im Tagebauvorfeld unseres Stammwerkes in Frechen ein Bereich für den Schutz der Natur (BSN) festgelegt wird, in höchstem Maße alarmiert. Wir sehen die Zukunft des Standortes Frechen bedroht.</p> <p>Der Quarzsandtagebau ist in diesem Bereich in der Regionalplanung bereits seit mehr als fünf Jahrzehnten für den Rohstoffabbau gesichert (seit Teilplan 5/5 des Braunkohleplans) und durch bestandskräftigen bergrechtlichen Planfeststellungsbeschluss aus [ANONYMISIERT] bis [ANONYMISIERT] genehmigt. Das BSAB sichert ein volkswirtschaftlich bedeutsames Quarzsandvorkommen, das von großer Bedeutung für die Versorgung der heimischen Industrie, insbesondere der Glas- der Gießerei- sowie verschiedenster Bereiche der chemischen Industrie, ist. Mit der Festsetzung des BSN im Tagebauvorfeld wird die Rohstoffgewinnung am Standort mit insgesamt rund 200 Arbeitsplätzen nicht nur langfristig gefährdet, sondern auch unmittelbaren rechtlichen Risiken ausgesetzt (näher dazu in den Ausführungen unter Ziff. A.II). Wir fordern daher, das BSN im Tagebauvorfeld zu streichen.</p> <p><i>[Abbildungen]</i></p> <p>I. Konzeption des 2. Entwurfs (Ziel Z.neu4)</p> <p>Das Ziel Z.neu4 regelt, dass die Festlegungen des Regionalplans innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) (nachfolgend abgekürzt: Teilplan NR) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen, gelten.</p> <p>Ausweislich der Begründung (S. 218 f.) soll damit eine widerspruchsfreie Anwendung bzw. Auslegung der Ziele und Grundsätze von Regionalplan einerseits und Teilplan NR andererseits ermöglicht werden.</p> <p>Denn die Darstellung der BSAB-Flächen im Regionalplan seien nur nachrichtlich im Regionalplan dargestellt und würden nur im Teilplan NR (konstitutiv) geregelt. Festlegungen des Regionalplans innerhalb der BSAB-Flächen, die mit der Ausweisung als BSAB ggfs. nicht vereinbar sind (bedingte Festlegungen), sollen durch</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Das Z. neu4 <i>Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen</i> (Teilplan NR) wird aufrechterhalten. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird.</p> <p>Die Zielfestlegung Z. neu4 sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden jedoch im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR klarstellend redaktionell angepasst.</p> <p>Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.</p> <p>Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 <i>RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen</i>, Z.19 <i>Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern</i>, Z.22 <i>Waldbereiche erhalten und entwickeln</i>, Z.24 <i>Oberflächengewässer sichern</i>, Z.26 <i>Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG)</i></p>

die neue Vorrangregelung in Z.neu4 zurücktreten.

Diese bedingten Festlegungen des Regionalplanes seien „erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht oder nur teilweise vollzogen werden könn(t)en“. In diesen Fällen hätten die Festlegungen des Regionalplans Bestand, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung des Freiraumes sichergestellt werde.

Ferner seien die bedingten Festlegungen u.a. aus prozessualen Gründen und zur rechtlichen Vorsorge notwendig. Zur rechtlichen Vorsorge wird ausgeführt, dass für den Fall, dass der Teilplan NR durch eine Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise für unwirksam erklärt werde, sichergestellt sei, dass für noch nicht genehmigte bzw. beanspruchte Teile eines BSAB regionalplanerische Festlegungen gälten.

II. Unzureichende inhaltliche Abstimmung von Regionalplan und Teilplan NR

Auch die (bedingte) Festlegung eines BSN innerhalb des BSAB für den Quarzsandtagebau Frechen verstößt gegen das Abwägungsgebot. Die [ANONYMISIERT] hat bereits ausführlich mit der Stellungnahme vom 30.08.2022 ausgeführt, dass die Festlegung des BSN im Tagebauvorfeld des Quarzsandtagebaus Frechen nicht mit der bestandskräftigen Planfeststellung und seit Jahrzehnten bestehenden Ausweisung als BSAB vereinbar wäre. Die planerische Konzeption von bedingten Festlegungen im jetzigen Entwurf 2024 kann dieser Bewertung nicht abhelfen:

- Die Festlegung eines BSN widerspricht der Sicherung des Rohstoffabbaus über BSAB (Abwägungsmangel).

- Die bedingte Festlegung des BSN bei nur nachrichtlich übernommenen BSAB im Regionalplan verschärft den Abwägungsmangel, da in bestimmten Fällen statt der planerisch gewollten BSAB die damit unvereinbaren BSN gelten würden, nämlich

- zum einen der Regionalplan den Teilplan NR voraussetzt, dieser jedoch erst nach dem Regionalplan wirksam werden soll und
- zum anderen der Teilplan NR gerichtlich (teil-) aufgehoben werden kann.

-Selbst wenn eine regionalplanerische Entscheidung für ein BSN statt eines BSAB erginge, wäre dies ein Verstoß gegen Planungsrecht, da für den Abbau bestandskräftige Genehmigungen bestehen (Bestandsschutzverletzung) und zudem Eigentumsrechte aus Art. 14 GG verletzt würden.

Fehlerhafte Festlegungen der Raumordnung wie beispielsweise Bereiche für die Rohstoffgewinnung können gemäß § 7 Abs. 1 Satz 3 ROG zwar in sachliche Teilpläne ausgelagert werden. Dies steht aber in einer „grundsätzlichen Spannung zum fachübergreifenden Charakter von Raumordnungsplänen“ (Kment, 1. Aufl. 2019, § 7 Rn 8). Diese Spannung „kann nur dadurch aufgelöst werden, dass die sachlichen Teilpläne mit schon bestehenden gesamträumlichen Festlegungen abgestimmt

sichern, Z.27 Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln und Z.41 St andorte für Abfalldeponien sichern die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für Lockergesteine richten sich nach dem Teilplan NR, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) festgelegt. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz. Der in der Stellungnahme erwähnte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan NR vollumfänglich zeichnerisch als BSAB festgelegt. Die Rekultivierungsfestlegungen für das bergrechtlich genehmigte, aber noch nicht in Anspruch genommene Tagebauvorfeld entsprechen den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans a.F. (vgl. BSAB-L-31 des Teilplans NR). Die weitere Nutzung des Quarzsandvorkommens ist damit auf regionalplanerische Ebene gesichert.

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Die Festlegungen des Regionalplanentwurfes führen somit nicht zur Schwächung der Rohstoffsicherung im Regierungsbezirk Köln. Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes eindeutig klargestellt. Die im Teilplan NR festgelegten BSAB gewährleisten darüber hinaus eine bedarfsgerechte regionale Rohstoffversorgung mit Lockergesteinen. Im Übrigen wird auf die Flexibilisierungsinstrumente des Teilplans NR, insbesondere die textlichen Ziele (Z6) *Erweiterungsklauseln* und (Z10) *Festlegung weiterer BSAB* sowie der Grundsatz (G1) *Rohstoff-Monitoring und Flächentausch*, verwiesen. Der Plangeber ist im Übrigen jederzeit dazu befugt, auch unabhängig von der Fortschreibungspflicht des Ziels 9.2-3 LEP NRW den Teilplan NR fortzuschreiben, sofern er dies im Rahmen seines Planungsermessens für erforderlich achtet.

Hinsichtlich der geäußerten Besorgnis, dass eine hypothetische Konstellation eintreten könnte, in welcher der Teilplan NR seine Rechtswirksamkeit insgesamt oder in Teilen verlöre und die Festsetzungen des geltenden Regionalplans einer beantragten Abgrabung entgegenstünden, ist auf den Bestandsschutz rechtmäßig zugelassener Abgrabungen hinzuweisen (s. Erläuterung (4) zu Z. neu4 sowie Ziel 4 *Bestandsschutz*

werden und auf absehbare Entwicklungen Rücksicht nehmen müssen (a.a.O., Hervorhebung durch den Verfasser).

Daraus folgt hier, dass Regionalplan und Teilplan NR inhaltlich und insbesondere hinsichtlich der wechselseitigen raumordnerischen Abwägungen aufeinander abgestimmt sein müssen. Dabei setzt der Regionalplan bei der Ausweisung der „bedingten Ziele“ den Teilplan NR voraus. Dieser ist jedoch noch nicht in Kraft, sodass es keine bestehenden Ziele gibt, die der Regionalplan bei Bereichen für die Rohstoffgewinnung voraussetzen könnte.

Die BSAB-Darstellungen des Regionalplans gelten nur nachrichtlich. In dem Fall, dass der Regionalplan vor dem Teilplan NR zugelassen wird oder in dem Fall, dass der Teilplan NR durch eine Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise aufgehoben wird, leben die bedingten Festlegungen des Regionalplans auf. Die Festlegung eines BSN statt eines BSAB ist aber so diametral unterschiedlich, dass eine bedingte Geltung nicht ermessensfehlerfrei darstellbar ist. So wäre es allein von externen Faktoren abhängig, ob die Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen planerisch entschieden wird oder ob stattdessen Ziele wirksam werden, die im Gegensatz dazu eine Rohstoffgewinnung ausschließen. Für den Quarzsandtagebau Frechen würde das bedeuten, dass eine Unwirksamkeit des Teilplans NR (etwa wegen einer gerichtlichen Aufhebungsentscheidung) zur Folge hätte, dass eine bergrechtliche Planfeststellung nicht genehmigt werden könnte, weil der bergbaulichen Inanspruchnahme das endabgewogene Ziel BSN im Tagebauvorfeld entgegenstünde. Der Regionalplan würde damit das Gegenteil von dem erreichen, was planerisch beabsichtigt ist, nämlich die Sicherung der Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen.

Bezogen auf den gesamten Planungsbereich des Regionalplans Köln würde das bedeuten, dass eine Aufhebung des Teilplans NR zur Folge hätte, dass großflächig (nämlich überall dort, wo bedingte Festlegungen in BSAB getroffen worden sind) für die Zukunft eine Sicherung der Rohstoffversorgung wegen der entgegenstehenden bedingten Ziele verhindert würde, obwohl die Rohstoffversorgung gerade planerisch gewollt ist.

III. Abwägungsfehler

Die zeitlich gestaffelte Festlegung von (zunächst) BSN und (anschließend) BSAB auf derselben Fläche lässt sich nicht auf § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG stützen. Nach dieser Vorschrift kann zwar festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorgesehen sind; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden. Die zeitlich gestaffelt festgelegten Nutzungen und Funktionen müssen dabei aber inhaltlich so aufeinander abgestimmt sein, dass der Nutzungs- oder Funktionswechsel zu gegebener Zeit auch konfliktfrei möglich ist. Die zeitlich vorrangige Nutzung oder Funktion muss beendet oder eingestellt werden können, ohne dass von ihr Nachwirkungen ausgehen, welche die Aufnahme der Folgenutzung unmöglich machen oder wesentlich erschweren. Bei Erlass der Festlegungen nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG muss angenommen werden können, dass die Folgenutzung auch verwirklicht werden kann (so zu bedingten Festsetzungen eines Bebauungsplans nach

für *zugelassene Abgrabungen* des Teilplans NR). Die von den Bedenkenträgern konstruierte hypothetische Fallgestaltung einer (teilweisen) Unwirksamkeit des Teilplans NR vermag keine Grundlage für die vorliegende Abwägungsentscheidung zu bilden. Der Regionalrat als Träger der Regionalplanung geht im Rahmen seiner Entscheidungsfindung von der Rechtswirksamkeit seiner eigenen planerischen Festlegungen aus. Sollten wider Erwarten der Regionalplan oder der Teilplan NR durch gerichtliche oder sonstige Verfahren für unwirksam erklärt werden, entstünde auf Ebene der Regionalplanung ohnehin ein Planungserfordernis, um die raumordnungsrechtliche Steuerungswirkung wiederherzustellen und die landesplanerischen Vorgaben in Bezug auf nichtenergetische Rohstoffe zu erfüllen.

§ 9 Abs. 2 BauGB: Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/SöfkerNVienhues BauGB § 9 Rn. 241 d). Die zeitlich vorrangige Nutzung oder Funktion darf dem nicht entgegenwirken.

Die Festlegung eines BSN ist aber von vornherein keine Raumfunktion, die zeitlich vor einer bergbaulichen Inanspruchnahme der Fläche erfolgen kann. Sie ist als auflösend bedingte „Zwischennutzung“ gänzlich ungeeignet, weil sie sich — anders als etwa eine temporäre Nutzung der Fläche für Vorhaben der erneuerbaren Energien — nicht einfach aufnehmen und wieder beenden lässt. In erster Linie stellt sie eine **Raumfunktion** dar, **die per se langfristig angelegt** ist.

Die im Regionalplan festzulegenden BSN dienen laut Plansatz Z.19 des Kap. 4.3.1 „dem Aufbau und der **dauerhaften** Sicherung des regionalen Biotopverbunds“. Neben dem Schutz vorhandener Strukturen dienen sie vor allem der **Entwicklung** und Wiederherstellung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften. In den BSN ist den Belangen des Arten- und Biotopschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen einzuräumen (Ziff. 5 der Erläuterungen zu Plansatz Z.19). Die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente sind nach Plansatz Z.20 durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern.

Bereiche zum Schutz der Natur sind damit auf den langfristigen, ja dauerhaften Schutz, vor allem auf die Entwicklung und die Wiederherstellung von Raumfunktionen gerichtet, die sich nicht — wie etwa eine PV-Freiflächenanlage — „bis zum Eintritt bestimmter Umstände“ (§ 7 Abs. 1 Satz 2 ROG) wieder beenden lassen.

Die Ausweisung des „bedingten BSN“ im Vorfeld des Quarzsandtagebaus Frechen ist abwägungsfehlerhaft, weil dieses Ziel schon wegen des bestandskräftigen Rahmenbetriebsplans, der auch diesen Bereich umfasst, von vornherein nicht zu verwirklichen ist. Dies gilt selbst dann, wenn dieser Bereich durch den Teilplan NR nicht die Qualität eines BSAB erlangt.

Gemäß Erläuterung Nummer 4 zu Z neu4 werden bestehende Abgrabungsrechte durch die Festlegung des Regionalplans nicht berührt bzw. eingeschränkt. Dies gilt auch für bestehende Abgrabungen sowie deren Rekultivierung außerhalb der im Teilplan NR festgelegten BSAB. Folglich kann der Tagebau Frechen schon auf Grundlage des bestehenden und durch Planfeststellungsbeschluss zugelassenen bergrechtlichen Rahmenbetriebsplans langfristig (bis zum Ende des Jahres 2061) unabhängig von einer Ausweisung als BSAB im Teilplan NR weiter betrieben werden. Dies lässt sich mit dem langfristigen ökologischen Zweck eines BSN nicht vereinbaren. Insofern ist auch die Ausweisung des BSN als „bedingtes Ziel“ sachwidrig und infolgedessen abwägungsfehlerhaft. Dasselbe gilt sinngemäß bei der zu erwartenden Ausweisung des Tagebaus Frechen als BSAB im Teilplan NR.

Hinzu kommt, dass bei der „bedingten Ausweisung“ des BSN artenschutzrechtliche Konflikte vorprogrammiert sind, die dem genehmigten Bergbauvorhaben und der zu erwartenden Ausweisung im Teilplan NR zuwiderlaufen. Der innerhalb der BSN zu

entwickelnde Arten- und Biotopschutz und die damit bezweckt tatsächliche naturräumliche Entwicklung löst unmittelbar die Rechtsfolgen der §§ 30 und 44 BNatSchG aus, die einer bergbaulichen Inanspruchnahme unüberwindbar entgegenstehen kann. In jedem Falle aber erhöht sie die für den Eingriff notwendigen Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen beträchtlich.

Die zeitlich vorrangig zu verwirklichende Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften innerhalb der BSN gefährdet damit die Rechtmäßigkeit des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe erheblich. Denn die in diesem festzulegenden BSAB stellen als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten eine planerische Kontingentierung der grundsätzlich im gesamten Außenbereich privilegierten Abgrabungsnutzungen nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3 Satz 3 BauGB dar, bei welcher der Plangeber sicherstellen muss, dass sich die betroffenen Vorhaben innerhalb der BSAB gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen (vgl. BVerwG, Urteil vom 17. Dezember 2002 — 4 C 15/01 juris Rn. 28).

Es trifft daher nicht zu, dass die Festlegungen des Regionalplans und des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe, wie in Ziff. 2 der Erläuterungen zu Plansatz Z.neu4 des Kap. 5.4.1 behauptet, aufeinander abgestimmt sind und sich widerspruchsfrei ergänzen. Das Gegenteil ist der Fall.

IV. Zunehmende Bedeutung der Rohstoffsicherung

Die mit dem 2. Entwurf einhergehende Schwächung der Rohstoffsicherung ist auch angesichts der weltpolitischen Entwicklungen nicht nachvollziehbar. Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und die zu erwartende weitere Abschottung der internationalen Märkte hat die Abhängigkeit der heimischen Volkswirtschaft von der Rohstoffversorgung aus dem nichteuropäischen Ausland deutlich vor Augen geführt. Dies hat zu verschiedenen Initiativen zur Sicherung der Rohstoffversorgung auf europäischer (u.a. Critical Raw Materials Act) und nationaler Ebene (Neue Rohstoffstrategie des Bundes) geführt. Vor diesem Hintergrund ist es widersprüchlich, die Sicherung der heimischen Rohstoffvorkommen nicht zu fördern, sondern stattdessen zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern. Dies gilt insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Unternehmen die wirtschaftliche Tätigkeit durch immer weiter ausufernde Bürokratie, hohe Energiekosten und zunehmende Auflagen erheblich wird.

V. Fazit

Die [ANONYMISIERT] sieht die Festlegung des BSN im Tagebauvorfeld aus den vorgenannten Gründen als große Gefahr für die Zukunft des Standortes Frechen und wird durch eine solche Planung zu einer gerichtlichen Überprüfung des Regionalplans gezwungen.

Inhalt

B. Änderung der BSAB-Kontur im Quarzsandtagebau Frechen

Im südwestlichen Bereich des Tagebaus wurde die BSAB-Flächenkontur verkleinert und hat eine etwa viereckige Fläche ausgeschnitten (siehe Abbildung unten: rot markierte Fläche). Der Grund für diese Reduzierung ist uns nicht bekannt. **Die Reduzierung der BSAB-Fläche soll rückgängig gemacht werden.**

Dies wurde bereits im Rahmen der Beteiligung zum Teilplan NR angemerkt. Die Fläche ist nach wie vor in bergbaulicher Nutzung und Gegenstand von Rahmen-Haupt- und Sonderbetriebsplänen. Sie ist derzeit für eine Zwischennutzung als bergbauliche Nebenanlage (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) mit einem Sonderbetriebsplan genehmigt worden. Ferner liegt unter der Photovoltaikanlagen noch gewinnbarer Rohstoff, dessen Gewinnung nach der Zwischennutzung aus Gründen der Ressourcen- (vollständige Ausschöpfung der Lagerstätte) und Flächenverbrauchseffizienz geboten ist.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-31 der Anregung entsprechend angepasst. Die südwestliche Teilfläche (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) ist Bestandteil des zeichnerisch festgelegten BSAB-L-31.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-31 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

AZ: Ö-M-2-117	
1028238	
1033863_001	
<p>Inhalt</p> <p>Ich möchte mich hiermit gegen die Festlegung eines Siedlungsschwerpunkts in unserem Dorf aussprechen und einige Gründe nennen, warum ich diese Planung für problematisch halte.</p> <p>1. Erhalt des Dorfcharakters und der Lebensqualität</p> <p>Unser Dorf ist geprägt durch eine einzigartige, ländliche Atmosphäre, die viele von uns bewusst gewählt haben. Die ruhige Lage und die Nähe zur Natur sind für die Lebensqualität hier entscheidend. Eine Verdichtung oder Ausweitung der Bebauung mit mehr als 750 neuen Häusern würde diesen Charakter unwiderruflich verändern und könnte das soziale Gefüge des Dorfes beeinträchtigen. Mit einem starken Zuzug stiege die Belastung auf die Umgebung, wodurch das Besondere und das Naturnahe des Dorfes verloren ginge.</p> <p>2. Gefahren durch Flächenversiegelung</p> <p>Der zunehmende Flächenverbrauch und die Versiegelung des Bodens haben erhebliche ökologische Auswirkungen. Durch die großflächige Versiedlung könnte es zu einem Anstieg des Hochwasserrisikos kommen, da versiegelte Flächen weniger Wasser aufnehmen können. Dies erhöht die Gefahr von Überschwemmungen in Zeiten von Starkregen, was die Sicherheit und Lebensqualität der Dorfbewohner beeinträchtigen kann.</p> <p>3. Naturschutz und Erhalt der Umwelt</p> <p>Unser Dorf ist von wertvollen natürlichen Lebensräumen umgeben, die zum Teil empfindliche Tier- und Pflanzenarten beherbergen. Der Bau eines Siedlungsschwerpunkts würde wertvolle Grünflächen zerstören und die natürliche Flora und Fauna gefährden. In einer Zeit, in der Umweltschutz dringender denn je ist, wäre es unverantwortlich, die Landschaft zu zerstören und so einen negativen Beitrag zum Klimawandel zu leisten.</p> <p>4. Belastung der vorhandenen Infrastruktur</p> <p>Die Infrastruktur unseres Dorfes ist auf die derzeitige Bevölkerungsanzahl ausgelegt. Ein starker Bevölkerungszuwachs würde die bestehende Infrastruktur – wie Straßen, Schulen, medizinische Versorgung und Nahverkehr – erheblich belasten und die Lebensqualität aller Dorfbewohner beeinträchtigen. Um die notwendigen Kapazitäten</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25.</p>

auszubauen, wären außerdem umfangreiche und kostspielige Maßnahmen erforderlich, deren Finanzierung unklar ist und die gegebenenfalls die jetzige Dorfgemeinschaft belasten könnten.

Insgesamt lehne ich die Festlegung eines Siedlungsschwerpunkts in unserem Dorf ab, da sie den Charakter und die Lebensqualität der Gemeinde, die Sicherheit und den Naturschutz gefährdet sowie die Infrastruktur überlastet.

Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu

vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwasssergefährdeter Bereiche, d.h auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-118	
1028352	
1033911_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>wir nehmen zunächst Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben, datierend vom 29.08.2022, zur ersten Offenlage.</p> <p>In der Sache teilen wir Ihnen nunmehr mit, dass uns Herr [ANONYMISIERT] auch weiterhin mit seiner Interessenwahrnehmung beauftragt hat. Bei Bedarf werden wir eine weitere Vollmacht vorlegen.</p> <p>Allerdings ist unsere Tätigkeit noch von der vorgehenden Vollmacht gedeckt.</p> <p>Im Hinblick auf die zweite Offenlage geben wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft folgende Stellungnahme ab:</p> <p>1. Die uns vorliegenden Unterlagen lassen nicht genau und exakt erkennen, wo die Grenzen des Regionalplanes Köln tatsächlich verlaufen.</p> <p>2. Aus den uns jetzt vorliegenden Unterlagen können wir allerdings erkennen, dass der landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb unseres Mandanten ggf. vollumfänglich auch von der jetzigen Regionalplanung erfasst ist, d.h. hier stellt sich die Frage, wie der Betrieb in der Folge noch bewirtschaftet werden kann.</p> <p>3. Bei unserem Mandanten handelt es sich um einen Staatlich geprüften Landwirt, er ist [ANONYMISIERT] Jahre alt. Die Kinder unseres Mandanten sollen später den Betrieb fortführen.</p> <p>4. Dieserhalb nehmen wir weiterhin Bezug auf die Ausführungen zur zweiten Offenlage, hier Ziffer 4.3, Ziffer 4.3.1, Bereiche für den Schutz der Natur.</p> <p>Insoweit heißt es u.a.:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von BSN für eine nicht den Schutz- und Entwicklungszielen entsprechende Nutzung darf nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen.“</p> <p>Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist aber absolut nicht erkennbar, dass Sie einer</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die</p>

solchen Forderung auch nur im Geringsten Rechnung getragen hätten, bzw. dass die betrieblichen Einwirkungen des Betriebes unserer Mandantschaft in die Abwägung mit eingeflossen seien. In der Erläuterung Ihrerseits ergibt sich vielmehr folgende Formulierung:

„Die Festlegung zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzung oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z 20) und BSLE (Z. 21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der vg. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der entsprechende Schutzzweck mit angemessenem Abstand sichergestellt werden kann.“

Aus Ihren weiteren Überlegungen ist allerdings nicht erkennbar, dass es auch nur im Geringsten eine Auseinandersetzung tatsächlicher Art gegeben hätte. Die betrieblichen Belange, wie seinerzeit mit oben genanntem Schreiben vorgetragen, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Eine Abwägung hat nie stattgefunden.

Wie verstehen Sie das Ganze, dass ca. 97 % der Eigentumsfläche nebst der Hofstelle von der aktuellen Planung betroffen sind. Wie kann hier Ausgleich geschaffen werden, wie kann der Betrieb überleben?

Warum setzen Sie sich mit dieser Thematik nicht auseinander?

5.

Nun zu den betrieblichen Belangen unserer Mandantschaft.

Unser Mandant ist Vollerwerbsland und bewirtschaftet einen Familienbetrieb mit seiner Ehefrau und zwei Kindern von der oben genannten Hofstelle aus.

Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln, auch im zweiten Planungsentwurf.

Unser Mandant bewirtschaftet gemeinsam mit seiner Ehefrau und seinen zwei Kindern Grünland, Ackerbau und betreibt Rindviehhaltung.

Die Betriebsfläche beträgt ca. 36 ha Grünland, 114 ha Ackerbau und 2 ha Forst.

Der Arbeitskräfteeinsatz besteht aus dem Betriebsleiter, seiner Ehefrau und einem Altenteil und zwei Aushilfskräften.

Im Betrieb wird angebaut: durchschnittlich 26 ha Wintergerste, 61 ha Winterweizen, 28 ha Winterraps, 5 ha Zuckerrüben und 1 ha Honigbrache.

Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des BSN verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des BSN an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB bzw. die (im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB ggf. privilegierte) Errichtung von Anlagen zur Erzeugung/Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urf. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Urf. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des BSN Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder

Die Viehhaltung teilt sich auf in durchschnittlich: 16 Milchkühe, 25 Mutterkühe, 60 Kälber zur Aufzucht und 100 Mastbullen.

Der Betrieb unseres Mandanten wird zukunftsorientiert geführt und strebt nach Expansion, da die beiden Kinder großes Interesse an der Weiterführung der Landwirtschaft haben. Der landwirtschaftliche Betrieb unseres Mandanten soll seinen Kindern die Möglichkeit geben, einen Beruf auszuüben, der nach einer umfangreichen Ausbildung eine Zukunft und Perspektive bietet, um mit Spaß und Freude für die tägliche Ernährung der Mitmenschen Sorge zu tragen.

Bereits vor diesem Hintergrund dürfen die aufgeführten Flächen nicht in diesem Umfang als Naturschutzflächen ausgewiesen werden.

Unser Mandant bewirtschaftet Grünlandflächen in der Gemarkung Vussem-Bergheim [ANONYMISIERT] und in der Gemarkung Bad Münstereifel [ANONYMISIERT], Gemarkung Münstereifel [ANONYMISIERT] und Gemarkung Münstereifel [ANONYMISIERT].

Die Gesamtfläche dieses Grünland beträgt rund 8,5 ha. Weiter werden bewirtschaftet in der Gemarkung Vussem-Bergheim, die Parzellen [ANONYMISIERT] und in der Gemarkung Hostel [ANONYMISIERT].

Die komplette Betriebsfläche liegt im Landschaftsschutzgebiet.

Bereits vor diesem Hintergrund kann unsere Mandantschaft nicht auf eine ausreichende Düngung und entsprechenden Pflanzenschutz verzichten, da er sonst nicht auf den genannten Flächen relativ hochwertige Lebensmittel produzieren könnte.

Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ist die Existenz seines Betriebes erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar gefährdet.

Er muss zudem mit erheblichen Wertminderungen und ggf. Unverkäuflichkeit der Flächen rechnen. Der Wert seiner Betriebsflächen wird erheblich sinken!

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Derzeitig befindet unser Mandant sich in Vertragsverhandlungen wegen der Errichtung eines Solarparks. Wenn also Ihre Planung hier greift, wäre ihm diese Möglichkeit genommen.

vollständig durch Schutzfestsetzungen in der nachgelagerten Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die Existenz seines Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG. Auf die hierzu reichhaltig ergangene Literatur und Judikatur wird hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5 % der Eigentumsflächen.

6.

Des Weiteren möchten wir noch auf folgendes hinweisen:

Bei der aktuellen GV-Situation würde dann die Betriebsfläche überwiegend entfallen. Zulässig waren bislang 2 GV pro Hektar, was jetzt nicht mehr möglich wäre. Alle diese Probleme sind bislang in Ihre Überlegungen nicht mit eingestellt worden.

AZ: Ö-M-2-119	
1028356	
1033916_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>wir nehmen zunächst Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben, datierend vom 29.08.2022, zur ersten Offenlage.</p> <p>In der Sache teilen wir Ihnen nunmehr mit, dass uns Herr [ANONYMISIERT] auch weiterhin mit seiner Interessenwahrnehmung beauftragt hat. Bei Bedarf werden wir eine weitere Vollmacht vorlegen.</p> <p>Allerdings ist unsere Tätigkeit noch von der vorgehenden Vollmacht gedeckt.</p> <p>Im Hinblick auf die zweite Offenlage geben wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft folgende Stellungnahme ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die uns vorliegenden Unterlagen lassen nicht genau und exakt erkennen, wo die Grenzen des Regionalplanes Köln tatsächlich verlaufen. 2. Aus den uns jetzt vorliegenden Unterlagen können wir allerdings erkennen, dass der landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb unseres Mandanten ggf. vollumfänglich auch von der jetzigen Regionalplanung erfasst ist, d.h. hier stellt sich die Frage, wie der Betrieb in der Folge noch bewirtschaftet werden kann. 3. Bei unserem Mandanten handelt es sich um einen Staatlich geprüften Agrarbetriebswirt. 4. Dieserhalb nehmen wir weiterhin Bezug auf die Ausführungen zur zweiten Offenlage, hier Ziffer 4.3, Ziffer 4.3.1, Bereiche für den Schutz der Natur. <p>Insoweit heißt es u.a.:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von BSN für eine nicht den Schutz- und Entwicklungszielen entsprechende Nutzung darf nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen.“</p> <p>Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist aber absolut nicht erkennbar, dass Sie einer solchen Forderung auch nur im Geringsten Rechnung getragen hätten, bzw. dass die</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die</p>

betrieblichen Einwirkungen des Betriebes unserer Mandantschaft in die Abwägung mit eingeflossen seien. In der Erläuterung Ihrerseits ergibt sich vielmehr folgende Formulierung:

„Die Festlegung zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzung oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z 20) und BSLE (Z 21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der vg. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der entsprechende Schutzzweck mit angemessenem Abstand sichergestellt werden kann.“

Aus Ihren weiteren Überlegungen ist allerdings nicht erkennbar, dass es auch nur im Geringsten eine Auseinandersetzung tatsächlicher Art gegeben hätte. Die betrieblichen Belange, wie seinerzeit mit oben genanntem Schreiben vorgetragen, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Eine Abwägung hat nie stattgefunden.

Wie verstehen Sie das Ganze, dass ca. 97 % der Eigentumsfläche nebst der Hofstelle von der aktuellen Planung betroffen sind. Wie kann hier Ausgleich geschaffen werden, wie kann der Betrieb überleben?

Warum setzen Sie sich mit dieser Thematik nicht auseinander?

5.

Nun zu den betrieblichen Belangen unserer Mandantschaft.

Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und betreibt von der oben genannten Hofstelle aus seinen landwirtschaftlichen Betrieb. Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln von 2021.

Unser Mandant bewirtschaftet 30 ha Ackerland, 75 ha Grünland und 6 ha Wald.

Zudem hält er einen Viehbestand von 45 Milchkühen, 40 weibliche Nachzucht, 1 Deckbulle, 40 weibliche Mastrinder, 15 Mastschweine und 300 Legehennen.

An Arbeitskräften sind auf dem Betrieb tätig der Betriebsleiter, sein [ANONYMISIERT], seine [ANONYMISIERT] und Aushilfskräfte, zusammen ausmachend 2,0 AK.

Der landwirtschaftliche Betrieb wird im Haupterwerb geführt und liegt im Stadtgebiet Mechernich. Die bewirtschafteten Flächen liegen vorwiegend in der Feldgemarkung Weyer [ANONYMISIERT] und teilweise in Kaltmut [ANONYMISIERT].

Rund 75 ha sind Eigentum des Betriebsleiters. Hiervon sind über 40 ha von den geplanten Einschränkungen des Regionalplans betroffen. Ebenfalls sind ca. 25 ha

Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des BSN verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des BSN an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB bzw. die (im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB ggf. privilegierte) Errichtung von Anlagen zur Erzeugung/Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urf. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Urf. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des BSN Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder

Pachtflächen betroffen.

Das Ackerland wird hauptsächlich mit Silomais, Winterweizen und Sommergerste bestellt. Der Silomais dient neben den Erträgen des Grünlandes als Grundfutter für den vorhandenen Tierbestand.

Die Milchkühe stehen in der Anbindehaltung auf dem Betriebsstandort im Ort Eiserfey, ebenso etwa 60 Jungtiere. Die weiteren Jungtiere und die Mastschweine sind auf dem angepachteten Betrieb im Nachbarort Vollem untergebracht. Auf diesem Standort wird außerdem Futter gelagert und die Maschinen untergestellt.

Die Legehennen befinden sich in einem Hühnermobil im Außenbereich. Die Vermarktung der Eier erfolgt über eine Verkaufsstelle auf dem Betrieb in Eiserfey. Die Mastschweine und die Mastrinder werden ebenfalls privat vermarktet.

Als Besonderheit dieses Betriebes muss erwähnt werden, dass 2012 das Wohnhaus der Familie bereits im Außenbereich fertiggestellt wurde, aber die Betriebsstätte weiterhin in der beengten Ortslage bewirtschaftet wird.

Wirtschaftliche, sowie familiäre Gründe haben bisher dazu geführt, dass der Betriebsstandort noch nicht in den Außenbereich verlegt wurde. Weiter ist aus der Sicht unseres Mandanten hinsichtlich der Betriebsentwicklung darauf hinzuweisen, dass im Jahre 2022 in der Nähe des Wohnhauses eine Rundbogenhalle als Lagerhalle errichtet wurde. Des Weiteren befindet sich eine Multifunktionshalle in der Planung, welche dazu dienen soll, die Mastrinder sowie später auch die Milchkühe unterzubringen.

Eine Photovoltaikanlage auf dem Dach ist gleichzeitig in der Planung. Die Halle soll ebenfalls am Standort des Wohnhauses angesiedelt werden.

Die Infrastruktur für die neue Hofstelle wurde bereits beim Wohnhausbau berücksichtigt. Der Kanalanschluss, die Wasserversorgung und die Stromversorgung wurden entsprechend groß dimensioniert.

Unter Berücksichtigung des neuen Regionalplanes würde sich das Wohnhaus, sowie über 65 ha der bewirtschafteten Fläche bereits im Naturschutzgebiet befinden. Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes würde komplett verhindert werden!

Der Betriebsnachfolger [ANONYMISIERT] hat eine landwirtschaftliche Ausbildung absolviert und nach einer weiteren zweijährigen Ausbildung den Abschluss eines Staatlich geprüften Agrarbetriebswirtes erlangt.

Die Weiterführung des Betriebes soll seine wirtschaftliche Zukunft sichern!

Zudem ist auch [ANONYMISIERT] dabei, ein Studium im Bereich der Agrarwissenschaft zu beginnen, somit hängt auch ihre Zukunft gewissermaßen im Betrieb.

Durch die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln ist die Existenz des Betriebes

vollständig durch Schutzfestsetzungen in der nachgelagerten Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

unseres Mandanten erheblich beeinträchtigt, wenn nicht gar gefährdet.

Zudem muss sich unser Mandant vergegenwärtigen, dass durch die Ausweisung von Naturschutzflächen der Wert seiner Betriebsflächen erheblich sinken wird. Er muss mit einer erheblichen Wertminderung und ggf. Unverkäuflichkeit der Flächen rechnen.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Derzeitig befindet unser Mandant sich in Vertragsverhandlungen, bzw. es besteht Kontakt betreffend Photovoltaik und Windkraft mit entsprechenden Firmen. Würde aber die Regionalplanung hier Umsetzung erfahren, so wären auch diese betrieblichen Belange unterlaufen und könnten nicht wahrgenommen werden.

Zudem muss er damit rechnen, dass er durch Auflagen in der Düngung und bei Pflanzenschutzmaßnahmen in der Bewirtschaftung seiner Flächen nachteilig betroffen sein wird und er Einkommenseinbußen rechnen muss.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art 14 GG. Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird hingewiesen, insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5 % der Eigentumsfläche!

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-120	
1028361	
1033937_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>wir nehmen zunächst Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben, datierend vom 29.08.2022, zur ersten Offenlage.</p> <p>In der Sache teilen wir Ihnen nunmehr mit, dass uns Herr [ANONYMISIERT] auch weiterhin mit seiner Interessenwahrnehmung beauftragt hat. Bei Bedarf werden wir eine weitere Vollmacht vorlegen.</p> <p>Allerdings ist unsere Tätigkeit noch von der vorgehenden Vollmacht gedeckt.</p> <p>Im Hinblick auf die zweite Offenlage geben wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft folgende Stellungnahme ab:</p> <p>1. Die uns vorliegenden Unterlagen lassen nicht genau und exakt erkennen, wo die Grenzen des Regionalplanes Köln tatsächlich verlaufen.</p> <p>2. Aus den uns jetzt vorliegenden Unterlagen können wir allerdings erkennen, dass der landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb unseres Mandanten ggf. vollumfänglich auch von der jetzigen Regionalplanung erfasst ist, d.h. hier stellt sich die Frage, wie der Betrieb in der Folge noch bewirtschaftet werden kann.</p> <p>3. Bei unserem Mandanten handelt es sich um einen Staatlich geprüften Landwirt.</p> <p>4. Dieserhalb nehmen wir weiterhin Bezug auf die Ausführungen zur zweiten Offenlage, hier Ziffer 4.3, Ziffer 4.3.1, Bereiche für den Schutz der Natur.</p> <p>Insoweit heißt es u.a.:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von BSN für eine nicht den Schutz- und Entwicklungszielen entsprechende Nutzung darf nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen.“</p> <p>Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist aber absolut nicht erkennbar, dass Sie einer solchen Forderung auch nur im Geringsten Rechnung getragen hätten, bzw. dass die betrieblichen Einwirkungen des Betriebes unserer Mandantschaft in die Abwägung mit eingeflossen seien. In der Erläuterung Ihrerseits ergibt sich vielmehr folgende Formulierung:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische</p>

„Die Festlegung zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzung oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z 20) und BSLE (Z. 21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der vg. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der entsprechende Schutzzweck mit angemessenem Abstand sichergestellt werden kann. "

Aus Ihren weiteren Überlegungen ist allerdings nicht erkennbar, dass es auch nur im Geringsten eine Auseinandersetzung tatsächlicher Art gegeben hätte. Die betrieblichen Belange, wie seinerzeit mit oben genanntem Schreiben vorgetragen, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Eine Abwägung hat nie stattgefunden.

Wie verstehen Sie das Ganze, dass ca. 97 % der Eigentumsfläche nebst der Hofstelle von der aktuellen Planung betroffen sind. Wie kann hier Ausgleich geschaffen werden, wie kann der Betrieb überleben?

Warum setzen Sie sich mit dieser Thematik nicht auseinander?

5.

Nun zu den betrieblichen Belangen unserer Mandantschaft.

Unser Mandant ist Vollerwerbslandwirt und betreibt einen landwirtschaftlichen Mischbetrieb (Milch-/Mastviehhaltung, Acker- und Grünlandbewirtschaftung) von der Hofstelle in Mechernich-Harzheim aus.

Der Betrieb unseres Mandanten liegt im Entwurf des Regionalplanes Köln.

Unser Mandant bewirtschaftet landwirtschaftliche Nutzflächen in dem Gesamtumfang von ca. 68 ha; davon sind 110 ha Dauergrünland, ca. 26 ha Mais, ca. 26 ha Wintergerste und ca. 6 ha Sommergerste.

Zusätzlich bewirtschaftet unser Mandant ca. 5 ha Waldflächen zur Eigennutzung.

Von den 168 ha stehen im Eigentum unseres Mandanten 75 ha und 93 ha sind angepachtet.

Unser Mandant bewirtschaftet mit [ANONYMISIERT] den landwirtschaftlichen Betrieb. Der Betrieb wird seit 9 Generationen als Familienbetrieb geführt.

Im Betrieb wohnen unser Mandant mit [ANONYMISIERT]. Unser Mandant ist staatlich geprüfter Landwirt.

Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des BSN verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des BSN an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB bzw. die (im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB ggf. privilegierte) Errichtung von Anlagen zur Erzeugung/Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Urt. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des BSN Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der nachgelagerten Landschaftsplanung

Der Betrieb erstreckt sich auf die Gemarkungen Harzheim, Holzheim, Nöthen, Weyer, Pesch, Eiserfey, Frohngau, Strauch und Simmerath.

Die Eigentumsflächen befinden sich in all den vorgenannten Gemarkungen.

Im Zusammenhang mit der Viehwirtschaft hält unser Mandant ca. 50 Milchkühe, 75 Jungrinder, ca. 50 Mastbullen und ca. 50 Kälber.

Der Betrieb mit seinen Flächen liegt komplett in dem neu vorgesehenen Naturschutzgebiet. Eine Weiterführung des Betriebes für die nächste Generation ist daher zukunftssichernd und gewinnbringend nicht mehr möglich.

Zur Weiterführung des seit langem bestehenden Betriebes und zur Existenzsicherung der neuen 10. Generation ist nur gewährleistet, wenn die bisher durchgeführte Betriebsführung weiterhin uneingeschränkt möglich ist. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen muss unser Mandant damit rechnen, dass er durch Auflagen in der Düngung und im Pflanzenschutz in der Bewirtschaftung seiner landwirtschaftlichen Flächen erheblich beeinträchtigt wird.

Zudem muss er damit rechnen, dass der Wert seiner Eigentumsflächen durch die naturschutzrechtlichen Auflagen erheblich sinken werden.

Er muss mit einer Wertminderung und ggf. sogar der Unverkäuflichkeit dieser Flächen rechnen.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Unser Mandant befindet sich zurzeit in Vertragsverhandlungen, bzw. es besteht Kontakt betreffend Photovoltaik und Windkraft mit entsprechenden Firmen. Würde aber die Regionalplanung hier Umsetzung erfahren, so wären auch diese betrieblichen Belange unterlaufen und könnten nicht wahrgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG.

umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präziserungsbedarf.

Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird ausdrücklich hingewiesen;
insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von
5 % der Eigentumsflächen.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-123	
1028363	
1033942_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Bahntrassen im Bereich Elmpter Wald und Anschluß des Industrieparks Elmpt ehemaliges Flughafengelände</u></p> <p>Die geplante Änderung des Regionalplanes lehne ich ab, weil sie Natur- und Umweltschutz massiv zuwiderläuft.</p> <p>In dem vorliegenden Entwurf des geänderten Regionalplans heißt es, dass Bahnlinien durch den Wassenberger Wald und insbesondere den Elmpter Wald geplant sind. Es wird darin auf die „Verpflichtung zur Sicherung vorhandener Bahntrassen“ verwiesen. Der Trassenverlauf ist geplant auf alten, viele Jahre nicht mehr betriebenen Trassen und zum großen Teil ohne vorhandene Schienen und begleitende Infrastruktur. Der Ausbau geschieht vermutlich 2-gleisig mit Elektrifizierung.</p> <p>Einerseits geplant ist eine Trasse von Ratheim/VVassenberg durch den Wassenberger Wald mit Anbindung an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens-Prüfcenter) im Bereich Wegberg-Arsbeck. Die Strecke MG-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sog. Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhgebiet.</p> <p>Insbesondere beschäftigt mich jedoch die Trasse zum im Aufbau befindlichen Gewerbe- und Industriegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Regierungsbezirk Düsseldorf) durch den Elmpter Wald ebenfalls mit Anbindung im Bereich Arsbeck an dieselbe Strecke (Bezirk Köln).</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>1) Die Trassen durchschneiden den Elmpter und Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in den Niederlanden und Deutschland bildet ein komplexes Ökosystem. Hier sind der Nationalpark Meinweg, das FFH-Gebiet Lüsekamp, das FFH-Gebiet Boschbeektal, das europäische Vogelschutzgebiet Maas-Nette-Platte sowie die DBU-Flächen im Bereich des ehemaligen Flughafengeländes zu nennen. Jegliche massive Veränderung von außen führt zu einer Veränderung im Gleichgewicht des biologischen Systems mit der möglichen Folge einer irreversiblen Schädigung oder gar Zerstörung der Natur. Hier ist auf den weiteren Eintrag von Feinstaub, die Lärm- und Lichtemissionen, die Kollision mit wandernden Tieren (also Lebensraumzerschneidung), die Belastung mit Pestiziden, die an Bahntrassen ausgebracht werden hinzuweisen. Im Bereich des ehemaligen Flughafens befindet sich zudem ein Trinkwasserschutzgebiet, welches durch die an Bahnstrecken regelmäßig ausgebrachten Pestizide beeinträchtigt werden wird. In allen Punkten ist eine entsprechende Voruntersuchung der</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

Umweltauswirkungen zu fordern.

2) Beide Trassen enden auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins und führen durch Wegberg in Richtung Mönchengladbach. Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung insbesondere im Bereiche Wegberg käme es bei den zu erwartenden Güterverkehren gerade aus den angeschlossenen Industriegebieten zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner. Erwähnt seien hier die erhöhte HerzinfarktSchlaganfall- und Depressionsrate durch Lärmbelästigung. Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge. Letztere verursachen erhebliche Erschütterung, die ein eigenes Krankheitspotential bergen. Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins per Landtagsbeschlüssen aus 2007 und 2011 abgelehnt.

3) Eine Bahntrasse zerschneidet die touristisch interessante Region und nimmt den Anwohnern auf niederländischer Seite und von Niederkrüchten die Chance auf eine Weiterentwicklung des Tourismus.

Aus den genannten Gründen und zum Erhalt der geschützten Landschaftsbestandteile und der schutzwürdigen Arten, der Gefahr für die Trinkwassergewinnung, zum Schutze der Gesundheit der Anwohner und Anwohnerinnen sowie der regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trassen in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar. Ich lehne diese Änderung des Regionalplanes daher ab.

AZ: Ö-M-2-130

1028253

1033876_001

Inhalt

Das GIB mit der in A-2-9 dargestellten Nummer 1005143 wurde seitens der Verwaltung der Stadt Bedburg so erläutert, dass ein Siedlungsanschluss zwingend erforderlich sei und hier vorrangig IT-Unternehmen angesiedelt werden sollen. Dies stünde nicht nur im Widerspruch zu einigen anderen GIB ohne Siedlungsanschluss im Regionalplan, sondern birgt sowohl aus landwirtschaftlicher als auch aus sozialer Sicht verschiedene Konflikte. Zum einen sollen hier wertvolle Ackerböden, deren mächtige Lössschicht einen hohen Ertrag sichert, künftig wegfallen und versiegelt werden. Zum anderen sind die Ausmaße eines GIB und in der Folge Emissionen und Zunahme des Verkehrs für den historisch gewachsenen und landwirtschaftlich geprägten Ortsteil nicht absehbar und bergen ein hohes Potential für Protest der betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Allein die Ortsdurchfahrten L277 und L279 sind bei Sperrungen auf der A61 derart überlastet, dass der Verkehr oft sogar zum Erliegen kommt. Die Straßen sind aufgrund ihres historischen Charakters zum Teil sehr eng und aufgrund der Parkraumsituation für größere Fahrzeuge wie Lkw schwer befahrbar. Aus meiner Sicht sollte von einem Siedlungsanschluss abgesehen werden. Die in Aussicht gestellte Fläche wäre im Raum Kaiskorb mit der Zielsetzung, hier eine Wasserstoffindustrie anzusiedeln, sinnvoller verortet. Die Nähe zum teilweise kommunalen Windpark Königshovener Höhe sowie den Windkraftanlagen in privater Hand auf der einen Seite und die Anbindung an das Autobahndreieck Jackerath mit Zugang zur A44(n) und A61 auf der anderen Seite bieten hier einen optimalen Standort, um grünen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien zu gewinnen, gleichzeitig durch eigene Leitungen zum Windpark Kosten wie bspw. Netzentgelte zu sparen und somit grünen Wasserstoff konkurrenzfähig zu machen. Zudem könnten hier auch rekultivierte Böden beansprucht werden, deren Lössschicht deutlich geringer ausfällt. Schlussendlich böte sich auch die Möglichkeit, ein interkommunales Gebiet mit der Gemeinde Titz und der Stadt Jüchen zu entwickeln.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Dazu gehört auch der erforderliche Anschluss neuer GIB an bestehende Siedlungsbereiche gemäß den landesplanerischen Vorgaben (Ziel 6.6-3 LEP NRW).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind. Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW

(2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen. Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Die im Dokument A-2-7 dargestellte L48n resultiert aus einer Wiederherstellungsmaßnahme aufgrund des Braunkohlebergbaus eines Großunternehmens. Der dargestellte Verlauf ist jedoch aus umweltpolitischer Sicht in hohem Maße problematisch. So würde der beabsichtigte Verlauf das zusammenhängende Waldgebiet entlang der königshovener Mulde zerschneiden, vermutlich auf einer Breite von mindestens 16 m. Ein besserer Ansatz, um das rekultivierte nördliche Gebiet der Stadt Bedburg zu erschließen, böte sich in westlicher Richtung als Anbindung an die L277 auf Höhe Kaiskorb/Ostenhof/Hahnerhof über die geplante L31n. Im Allgemeinen sollte hier aufgrund des Umwelt- und Klimaschutzes hinterfragt werden, ob sowohl eine L31n als auch eine L48n zwingend erforderlich sind oder nicht eine einzige Landesstraße ausreichend wäre. Nichtsdestotrotz erfordert die Erschließung des nördlichen Stadtgebietes aufgrund der verkehrstechnischen Auslastung der Ortsdurchfahrt Kirchherten die Ortsumgehung L279n um ebendiesen Ortsteil (s. o.).

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die angeregte Änderung geht über den Regelungs- und Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planungen der L48n und der L279n sind im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* erfolgt die Festlegung der L48n und der L279n als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Durch die Festlegung der Trasse der L48n erfolgt zudem eine Fortsetzung der bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Straße.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Inhalt

Hinsichtlich der Erweiterung des GIB+ „BEB61“ besteht bereits ein Konflikt zwischen der Verwaltung der Stadt Bedburg und einer Bürgerinitiative. Aufgrund der abgelegenen Lage zu Siedlungen bietet sich diese Fläche zwar ebenso wie eine Vergrößerung des Industrieparks Mühlenerft als GIB+ an, aber auch bei letzterem wäre mit Widerstand der betroffenen Bevölkerung zu rechnen. Alternativ sollte daher überlegt werden, ob der Bereich südlich der „Rather Mühle“ inmitten der Eisenbahnlinien der „Rather Schleife“ erschlossen werden kann. Hier böte sich für mögliche Unternehmen ein Anschluss an das Schienennetz oder ein Umschlagplatz, sobald der Eigenbedarf des derzeitigen Inhabers nicht mehr erforderlich werden würde.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Der Prozess Region+Wirtschaft sowie die daraus resultierenden Festlegungen im Regionalplan dienen der bedarfsgerechten Sicherung der wirtschaftlichen Entwicklungschancen insbesondere der Teilregionen (Kreise) des Regierungsbezirks und so dem gesamten Regierungsbezirk Köln und greifen insofern die Konfliktsituation zu Flächenmangel und Sicherungserfordernissen in den Teilräumen auf. Damit legt der Regionalplan Köln ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen. Die Festlegung regionaler GIB soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie u. a. ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen in räumlicher Nähe sicherstellen. Da die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß den Vorgaben des LEP NRW ist in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) und in Bauleitplänen ein geeignetes Flächenangebot zu sichern. Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Die Regionalplanungsbehörde Köln hat mit dem Region+-Prozess für Wirtschaft, im Rahmen der Vorarbeiten zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Prozesse zur regionalen Verteilung von Flächenpotentialen durchgeführt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich, insbesondere im Region+Wirtschaft-Prozess, besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-M-2-131	
1028266	
1033877_001	
<p>Inhalt</p> <p>die Unterzeichner dieser Eingabe bitten um Korrektur hinsichtlich der Kennzeichnung der Überschwemmungsbereiche entlang des Rotbachs im Stadtteil Erftstadt Friesheim. Derzeit sind lediglich zwei kleinere Bereiche als solche gekennzeichnet, und zwar im Bereich der Zülpicher Straße und der Reddinghovener Burg (siehe Screenshot des Bereiches im 2. Plantentwurf des Regionalplans). Das Überschwemmungsgebiet des Hochwassers am 15.07.2021 war jedoch weit umfangreicher, wie auf nachfolgendem Foto ersichtlich.</p> <p>[Abbildungen]</p> <p>Die Korrektur der Kennzeichnung der Überschwemmungsbereiche in Erftstadt Friesheim ist auch in Hinblick auf die im Regionalplan bereits als Überschwemmungsbereiche ausgewiesenen Flächen der nachfolgenden Stadtteile Ahrem und Lechenich unumgänglich. Die bachabwärts gelegenen Orte waren vom Hochwasser 2021 ebenfalls betroffen, was in den Karten auch entsprechend berücksichtigt ist. Für Friesheim – ebenfalls stark betroffen – fehlen Kennzeichnungen als Überschwemmungsbereiche im Regionalplan hingegen nahezu vollständig. Der Grund hierfür erschließt sich uns nicht. Wir ersuchen um Überarbeitung und Angleichung an die bachabwärts liegenden Stadtteile.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die im Entwurf des Regionalplans als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preussischer Aufnahme der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) mit dem Stand von Juni 2023 dar. Für das Gebiet der Stadt Erftstadt sind entsprechend die zu dem Zeitraum gültigen Festlegungen dargestellt. Möglicherweise danach ermittelte festgesetzte und vorläufig gesicherte Überschwemmungsgebiete aus der Zuständigkeit der Fachplanung in Dez. 54 der BR Köln sind nicht im Entwurf des Regionalplans dargestellt, jedoch auf der Homepage der BR Köln abrufbar.</p>

AZ: Ö-M-2-132	
1028268	
1033878_001	
<p>Inhalt</p> <p>Neue Festlegung zum Gebiet 127 - Flächen entlang der BAB 4</p> <p>Hiermit möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, wie wichtig die Grünflächen/ der Wald entlang der BAB 4 sind und ich absolut dagegen bin, dass dieser nun für anderes weichen soll. Er trennt Refrath von der Autobahn, akustisch und optisch. Außerdem filtert und kühlt er die Luft, was in Zeiten des Klimawandels absolut wichtig ist, vor allem in so städtischen Bereichen. Bei einem so hohen Artensterben ist es unverantwortlich einen so wichtigen Lebensraum zu zerstören, um weitere bodenversiegelnde und naturfeindliche Maßnahmen durchzuführen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-133	
1028269	
1033879_001	
<p>Inhalt</p> <p>Als Anwohner direkt an den Grüngürtel zwischen Autobahn und Refrath spreche ich mich mit Nachdruck gegen eine Bebauung und Rodung des Waldstückes entlang der A 4 aus!</p> <p>Dieses Waldstück stellt eine lebenswichtige grüne Grenze für die Stadt Refrath zur Autobahn dar! Der Autobahnlärm wird gemindert, die Luft gefiltert, Hitzeperioden abgeschwächt. Das Habitat von Eulen und Kautzen würde verschwinden. Ein Verlust dieses Stückes Natur wird nicht vorhersagbare negative Folgen auf die Gesundheit der Anwohner haben.</p> <p>Erhalten Sie unsere Natur! Sorgen Sie dafür, daß unser Wohnbezirk lebenswert bleibt!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walдреichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-134	
1028274	
1033880_001	
<p>Inhalt</p> <p>anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Vereins lebenswerte Region Bonn Siebengebirge mit Bitte um Beachtung, da ich diese voll umfänglich unterstütze! Alle meine Argumente wurden vom Verein dort intensiv und sachrichtig durchleuchtet und sollten Beachtung finden. Bei all den Argumenten ist mir besonders wichtig, auf die Böden hinzuweisen, welche eine enorme Klima-Bedeutung haben. Diese müssen viel höher bewertet werden, damit sie ihre Funktion erfüllen können. Davon hängen wir, davon hängt unsere Zukunft ab! Ihre Funktion ist das Klima zu schützen. Es gilt Bestandsraum zu nutzen und entsprechend umzuwandeln, anstatt Neuland zu besiedeln! Zum anderen ist der zusätzliche Verkehr ein enormes Problem, wenn vor allem die Flächen Stieldorf, Vinxel, Roleber, Gilgen und Hoholz besiedelt werden! Die Ortsdurchfahrten sind schon jetzt völlig überlastet. Mit der Seilbahn brauchen wir nicht zu rechnen. Diese ist nicht wirtschaftlich. Wir brauchen die Landschaft für die Naherholung und für den Erhalt des Klimas des Klimas! Handeln Sie BITTE entsprechend. Es liegt in ihrer Verantwortung!!</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-141	
1028288	
1033885	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Betreff Stellungnahme zum Regionalplanentwurf ID 1003678; ID 1003681; ID1003682</p> <p>die Umwidmung vom Stadtteil Lindern vom AFAB in ein ASB.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Das in ihren Ausführungen zum Regionalplanentwurf (Rpe) beigefügtes Kartenmaterial ist schlichtweg veraltet! Es lässt den Schluss zu, das Sie den Leser des Rpe über die wirkliche Größe des Stadtteils Lindern täuschen wollen. Das Neubaugebiet Juliane-Hilgers-Straße, mit 39 bebauten Grundstücken auf den Grundstücksnummern 519 -570, ist als unbebaut abgelichtet.</p> <p>Bebaut also auch ohne vollzogener Umwidmung des Ortes zum ASB. Ein der Ortschaft angepasstes Wachstum geht also auch ohne solch eine weittragende Entscheidung.</p> <p>Bei einer Umwidmung von Lindern zum ASB sollte allen Beteiligten klar sein, das nicht nur auf die Stadt enorme Kosten für die Anpassung der Rahmenbedingungen entstehen. Kosten ,die die Stadt mit ihrem defizitären Haushalt nicht finanzieren können wird, ohne andere, notwendige Ausgaben, zusammenzustreichen. Geschweige die Kosten für die Bürger:innen.</p> <p>Deshalb habe ich für den Antrag der Stadt Geilenkirchen kein Verständnis. Ich halte die Argumentation mit der besagten GIB-Fläche genannt Future Site inWest für vorgeschoben.</p> <p>Future Site inWest, welches nach dem heutigen Wissen, an den mehr als schlechten Rahmenbedingungen, auch der gesamten Infrastruktur, zu scheitern droht.</p> <p>Ein Projekt, in den 70ziger geplant, hat schon damals keinen Investor gefunden. Und heute ist die gesamte Infrastruktur um mehrere Jahrzehnte gealtert und die Verkehrssituation hat sich um ein vielfaches verschärft. Eine „kurze“ Autobahnanbindung zählt für eine Industrieansiedlung mehr denn je. Umwelt und Klimaaspekte waren in den 70igern ein Fremdwort. In mehreren Infoabenden (Bürgerwork SHOP) versuchte Prof. Jahn von HJPplan+ seine Pläne, lauter nicht finanzierbare Luftschlösser, zu verkaufen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003678, 1003681 und 1003682 1. Offenlage) vorgebracht. Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrechterhalten. Ergänzend zu den bestehenden Ausgleichsvorschlägen wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Kartengrundlagen des Regionalplan ist die digitale topographische Karte im Maßstab 1 : 50 000, die sog. DTK50 (Geobasis NRW). Die Aktualisierung der gesamten Landesfläche innerhalb eines 3-Jahresturnus. Vor diesem Hintergrund ist es möglich, dass aktuelle bauliche Entwicklung nicht erfasst sind. Für die raumordnungsrechtliche Aussagekraft ist dies nicht von Bedeutung.</p> <p>Hinsichtlich der zeichnerischen Festlegung eines ASB für den Ortsteil Lindern wird ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag (s. ID 1003678 1. Offenlage) darauf verwiesen, dass die kommunale Entwicklungsabsicht entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausgerichtet</i> verfügt die Stadt Geilenkirchen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.</p> <p>Bezüglich des zeichnerisch festgelegten GIB Geilenkirchen-Lindern (Future Site inWest) gilt, dass der LEP NRW die Sicherung einer ausgewählten Anzahl von Standorten für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben mit besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes Nordrhein-Westfalen vorsieht. Die vier Standorte sind im LEP NRW durch ein entsprechendes Symbol verortet und in den Regionalplänen räumlich konkret festzulegen. Im Regionalplan</p>

Alle Angaben zu entstehende Kosten sind schlichtweg geschönt und sind unrealistisch.

Da helfen auch keine seitenweise übertrieben Schilderung der Stadt GK. über die Situation in und um Lindern. Lindern und weite Teile des Umfeldes sind eben im grünen gelegener Orte mit landwirtschaftlich geprägter Struktur. Eben nicht umsonst bis dato ein AFAS.

Die Straßenanbindung betreffend, wird es auch nicht helfen, wenn Kommunalpolitiker:innen versuchen den NRW Verkehrsminister, dazu zu drängen, in Sachen der Verbesserung der Straßenanbindung tätig zu werden. Der Herr Krischer hat genug damit zu tun, mit seinen begrenzten Mittel und Möglichkeiten, den Verkehr an den neuralgischen Schwerpunkten in NRW am Laufen zu halten. Und das Bahnnetz Vorort ist schon lange nahezu ausgereizt.

Selbst die vor Kraft strotzende Entwicklungsgesellschaft FSI wäre morgen an Tag, ohne die Stützungszahlungen, bis dato mehrere 100000de €, der Stadt Geilenkirchen trotz ihres defizitären Haushalts , insolvent. Also Geschichte.

Meines Erachtens ist die Umwidmung von Lindern zum ASB unnötig. Nicht umsonst sieht der Regionalplan z.Z. eine Begrenzung von Siedlungsinteressen vor. Sieht die Stadt hier nicht einzig und alleine die Generierung von Einkünften für die Stadtkasse Geilenkirchen?

Der Zweck heiligt die Mittel ?

Mit freundlichen Gruß

[ANONYMISIERT]

P.S. Eines sollte den Entscheidungsträger bewusst werden. Mit ihrer destruktiven Vorgehensweise, letztendlich über den Kopf der Bürger:innen Entscheidungen zu treffen, wird zur Folge haben, das sie den Wähler:innen scharenweise in die Hände der AfD und BSW treiben. Sie setzten sich somit selber eine Laus in den Pelz die sie so schnell nicht mehr los werden.

Köln sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben, hier Ziel 6.4-1 LEP NRW (Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben), die Standorte Euskirchen/Weilerswist mit rd. 220 ha und Geilenkirchen-Lindern mit rd. 240 ha im genannten Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln sind diese gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für die Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und für diese Standorte eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die vorgebrachten Bedenken richten sich daher an die Ebene der Landesplanung und ist einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

AZ: Ö-M-2-142	
1028346	
1033941_001	
<p>Inhalt</p> <p>hiermit nimmt die [ANONIMISIERT] in eigenem Namen und in Vertretung der Interessen der ansässigen Firmen im CHEMPARK am Standort Dormagen und Leverkusen fristgerecht im Rahmen der Beteiligung zum o.g. Verfahren Stellung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass wichtigen Einwendungen der [ANONIMISIERT]gefolgt wurde. Insbesondere die (Wieder-)Ausweisung unseres Hafengebietes in Dormagen als GIB, die Darstellung unserer Güterumschlagshäfen in Dormagen und Leverkusen (1006034, 1006037), die Rücknahme des Regionalen Grünzugs im Hafen Dormagen (1006035) möchten wir hier hervorheben sowie die Zulässigkeit von Kraftwerken, Abwasserbehandlungsanlagen, Abfallbehandlungsanlagen in GIB ohne Planzeichen begrüßen (1006028).</p> <p>Bzgl. der nicht gefolgten Einwendungen erhalten wir unsere Stellungnahme vom 30.8.2022 aufrecht und nehmen wie folgt Stellung zum geänderten Entwurf.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung hinsichtlich der geänderten Planinhalte erklärt und in Bezug auf die nicht gefolgten Einwendungen wird die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten.</p>

Inhalt

Bezug zu ID 1006027 - Umgebungsschutz für GIB deutlicher als Regulativ in angrenzende ASB aufnehmen

Entgegen unserer Forderung der Klarstellung einiger Punkte im Sinne des besseren Schutzes von GIB vor heranrückenden Nutzungen im Rahmen der vorherigen Offenlage wurde nun der G.18 sowie G.68 komplett aus der textlichen Festsetzung gestrichen. Die Begründung: „Der Regionalplan Köln verzichtet auf die Wiederholung solcher Ziele und Grundsätze des LEP NRW, die einer regionalplanerischen Konkretisierung nicht bedürfen.“

Wir halten dies nicht für zielführend. Denn in Einhaltung der Dreistufigkeit der gesetzlich festgelegten Planungsebenen von der Landesentwicklungsplanung, über Regionalplanung bis zur Ebene der Bauleitplanung wird hier eine Planungsstufe ausgelassen. Regelungen des LEP werden somit nicht bis auf die Ebene der Bauleitplanung heruntergebrochen. Mindestens eine Wiederholung oder ein Verweis auf die Existenz solcher Vorgaben zum Umgebungsschutz der GIB im LEP muss u.E. erfolgen, sonst sind derartige Regelungen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen auf der Ebene der Bauleitplanung nicht sichtbar und es besteht die Gefahr unbeachtet zu bleiben bzw. in Ihrer Abwägungserfordernis abgeschwächt.

Darüber hinaus existiert der Auftrag der Konkretisierung auf den untergeordneten kleinmaßstäbigeren Planungsebenen ausgehend von der übergeordneten Planungsebene – in diesem Fall der Landesplanung NRW. Beispielsweise wäre an dieser Stelle die Konkretisierung bzgl. unserer Forderung möglich.

> Insoweit halten wir an unseren Hinweis aus unserer Stellungnahme aus 2022 fest und bitte um nochmalige Würdigung.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1006027 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird darauf verwiesen, dass die Umsetzung des § 50 BImSchG einschließlich des dort normierten Abstandsgebotes durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen auf Ebene des Regionalplans u. a. durch Festlegung der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgt. Dabei gleicht die Regionalplanung regelmäßig großräumige Konflikte aus. Weitergehende Ausführungen z.B. zur bestehenden Gemengelage bzw. dem Umgang mit kleinräumigen Nutzungskonflikten auf den nachgelagerten Planungsebenen finden sich zudem in der Begründung u.a. im Kapitel C. Begründung zur Erläuterung.

Inhalt

Bezug zu ID 1006029 - Keine Geltung des 300m Abstandes für Naturschutzgebiete

Zu unserer Einwendung, dass die Anwendung eines pauschalen Mindestabstandes von Siedlungsbereichen zu Naturschutzgebieten und planungsrelevanten Arten fehlerhaft und nicht pauschal anwendbar ist, wurde uns in der Abwägung eine andere Interpretation des angesprochenen 300m-Abstandes zu den genannten Gebieten dargelegt.

Es wird dargelegt, dass es sich nicht um einen einzuhaltenden Mindestabstand handelt, in dem keine Planungen möglich sind, sondern um ein Umfeld um Naturschutzgebiete, in dem bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Diese Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen ist rein fachlich vorzunehmen. Es gibt keinen rechtlichen Schutzstatus. Insoweit ist aus unserer Sicht der 300m-Abstand als Untersuchungsraum zu verstehen - ohne Planungsausschlüsse zu definieren.

> Wir bitten um Aufnahme und Klarstellung dieser Lesart im Umweltbericht – Anhang A und insb., dass die pauschal angenommenen Abstände keinerlei Bindungswirkung für die nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen entfalten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW. Die VV-Habitatenschutz NRW besagt: "In folgenden Fällen liegt in der Regel keine erhebliche Beeinträchtigung vor (...): (...) Bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs.1 der BauO NRW außerhalb eines Natura 2000-Gebietes bei Einhaltung eines Mindestabstands von 300 Metern (...)"

Es besteht der Auftrag innerhalb des 300-Meter-Radius sich mit der potenziellen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen des Vorhabens gegenüber Naturschutzgebieten und NATURA2000-Gebieten sowie dem Nationalpark auseinanderzusetzen und diese zu prüfen. Diese können teilweise durch die nachgelagerte Konkretisierung der Bauleitplanung gelöst werden. Eine Verallgemeinerung bezüglich der Zulässigkeit von Vorhaben im 300-Meter-Radius der NATURA200-Gebiete, Naturschutzgebiete und des Nationalparks ist jedoch nicht zulässig. Davon auszugehen, dass keine erheblichen Auswirkungen bezüglich der genannten Schutzgebiete vorliegen, würde dem Prüfauftrag vorweggreifen und dem Prüferfordernis nicht gerecht werden.

1033941_004

Inhalt

Bezug zu ID 1006035 - RG und BSLE auf den Wasserflächen des Hafens
CHEMPARK-Standort Dormagen

Die Änderungen der Ziele Z.18 und Z.21 und die Aufnahme der Häfen als in RG und BSLE zulässige Ausnahme begrüßen wir ausdrücklich. Die Ausnahme bzgl. des RG ist jedoch an den Erhalt der Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit der RG bzw. den räumlich-funktionalen Ausgleich geknüpft. Hier ist die Wirkung dieser Bedingung für zukünftige Planungen bzw. bauliche Maßnahmen am Hafen für uns nicht abschätzbar.

> Wir bitten darum die bedingte Zulässigkeit in eine Zulässigkeit ohne Kopplung an die o.g. Bedingungen umzuändern, um keine zusätzlichen Hürden in der Genehmigung beim Ausbau oder Erneuerung des Hafens überwinden zu müssen oder alternativ den Rhein im Hafenbereich Dormagen vom RG auszusparen sowie im Sinne der Einheitlichkeit der Darstellung der Häfen am Rhein (Leverkusen, aber auch weitere) auch BSLE an dieser Stelle graphisch auszusparen (vgl. ID1006038).

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Zum Teil überlagern sich Infrastruktur-, Siedlungsraum- und Freiraumfestlegungen in Form von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten. In solchen Fällen wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinanderstehen und Lösungen im Rahmen der Fachplanung bzw. kommunalen Bauleitplanung gefunden werden können. Die Nutzungen sind unter Beteiligung der betroffenen öffentlichen Stellen im Einzelfall aufeinander abzustimmen.

Die Ausnahmeregelung in den Erläuterungen Punkt 7 zu Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" stellt klar, dass z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur, deren Realisierung außerhalb der RG nicht möglich ist, zulässig sind. Um den Belangen der Raumordnung und der Festlegung des Ziels 7.1-5 LEP ausreichend Rechnung zu tragen, ist für eine rechtssichere Umsetzung unabdingbar, dass die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des Regionalen Grünzuges erhalten bleibt.

Eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung für konkrete Planungsabsichten wird durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet. An dieser Stelle wird überprüft, ob die Planung mit den Zielen der Raumordnung im Einklang steht.

Inhalt

Bezug zu ID 1006038 - Ausweisung des Rheins als BSLE und RG im Bereich Hafen CHEMPARK Leverkusen

Die Änderungen des Z.18 in Bezug auf mögliche Entwicklungen im Bereich der RG sehen wir in diesem Zusammenhang (Hafen) nicht uneingeschränkt positiv (s.o.). Die Formulierung „ist ein räumlich-funktionaler Ausgleich zu prüfen“ und die Konkretisierung wirken hier zusätzlich einschränkend und erhöhen die Komplexität. Darüber hinaus ist insbesondere auch die Auflistung der Beispielliste für Beeinträchtigung in den Erläuterungen ungünstig, wenn in Ballungsräumen die Flächenkonkurrenz bereits heute vorhanden ist (typisch für die gewachsene Gemengelage der CHEMPARK-Standorte).

> Insoweit verweisen wir auf v.g. Absatz zu ID 1006035 und möchten die dortige Bitte auch hier wiederholen.

Ihr Verweis auf Z.18 an dieser Stelle unserer Einwendung geht darüber hinaus nicht auf unsere wesentliche Argumentation ein. Wir hatten darauf verwiesen, dass sich die Ausweisung als RG weder fachlich begründet (in Gutachten des LANUV von 2019 findet sich eine zeichnerische Aussparung des Biotopverbund) noch dem Aspekt der tatsächlichen intensiven dortigen Nutzung gerecht wird und deshalb die Darstellung anzupassen ist. Darauf sind Sie in den Erläuterungen jedoch nicht konkret eingegangen.

Die Aufnahme der ausnahmsweise zulässigen Häfen ist insoweit nicht hinreichend, da bei anstehenden Änderungen der Hafennutzung (z.B. Recyclingmaterial statt Kohle) und damit einhergehenden Genehmigungsverfahren scheinbar Ausnahmetatbestände überwunden werden müssen. Des Weiteren sehen wir in der Ergänzung in der Erl. 5 zu Z.18 hinsichtlich der „Landschaftspläne“ eine Aufforderung, dass die Kommunen nur nach Maßgabe des übergeordneten Regionalplan, Schutzgebiete auszuweisen. So ist das jüngst im Landschaftsplanentwurf der Stadt Leverkusen passiert.

> Diese vorgenannten Bedenken werden zwar durch die Ergänzung unter Erl. (2) zu Z.21 in Hinblick auf Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten als Folge einer BSLE-Ausweisung abgeschwächt, sie beheben jedoch die v.g. Prüferfordernis für RG nicht auf.

Wir möchten Sie daher erneut bitten, diese Hafenflächen (ca. 30m vor der Kaimauer) sichtbar graphisch auszusparen, sowohl von der Darstellung als RG so auch von der Darstellung als BSLE.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auch darauf, dass regelmäßig im Bereich von abgetrennten Häfen (Hafen Ro Ro Hafen Ford, Hafen Niehl, Hafen Müllheim, Deutzer Hafen) die Flächen RG und BSLE ausgespart sind.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten. (vgl. ID 1006035 1. Offenlage).

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche und infrastrukturelle Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen.

Die Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege mit den regionalen Biotopverbundflächen herausragende Bedeutung dient zur Festlegung

	der Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) und der regionalen Biotopverbundflächen besondere Bedeutung Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE).
--	---

Inhalt

Ergänzung zu Änderungen in Z.18 und Z.21

Wie oben dargelegt sind die CHEMPARK-Standorte regelmäßig durch eine sehr starke Flächenkonkurrenz in einer gewachsenen Gemengelage geprägt. Wir sehen ein Problem in den naturräumlichen Vorrangstellungen und Intensivierungen (andere Siedlungsnutzungen Nutzung bedürfen eine Ausnahmeprüfung) in Bereichen, die bereits heute infrastrukturell genutzt werden. Wir befürchten, dass die notwendige Erreichbarkeit der Industriestandorte mit zusätzlichen oder anderen Fernleitungssystemen (z.B. Wasserstoff statt Erdgas, neue Energienetze für steigenden Strombedarf (industrielle Wärmepumpen oder Elektrodenkessel)) bei einer zu engen Regulierung und Auslegung dieser Ziele wichtige Bausteine der Transformation beeinträchtigen.

> Wir möchten Sie bitten, hier die Formulierung anzupassen; z.B. wie folgt:

~~Ausnahmsweise dürfen~~ RG *dürfen* für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden, wenn für diese keine *zumutbaren* Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen *oder bestehende Gemengelagen dies erforderlich machen* und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

> In jedem Fall ist die Auflistung der Infrastruktureinrichtungen (s. Erl. (7) zu Z.18) zu ergänzen um Netzinfrastrukturen (z.B. auch Fernwärme, Strom, Gas, Wasserstoff) und schließlich auf eine nachhaltige und wesentliche Beeinträchtigung abzustellen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung Punkt 7 zu Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs besagt, dass im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur im Ausnahmefall zulässig sein können. Die Auflistung ist nicht abschließend durch die beispielhafte Aufzählung.

Eine abschließende Aufzählung für den zeitlichen Planungshorizont des Regionalplans ist nicht zielführend. In der getroffenen Formulierung verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um potentiellen technischen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Daraus erwachsen keine Einschränkungen gegenüber nicht benannten Infrastruktureinrichtungen.

Inhalt

Bezug zu ID 1006039 – Darstellung Deponie Leverkusen-Bürrig als RG und BSLE

Wir bedauern, dass Sie dieser Eingabe nicht gefolgt sind.

U.E. setzt sich die Erläuterung nicht mit unseren Argumenten auseinander. Auch in diesem Fall ist für uns eine solche Ausweisung des Deponiekörper fachlich nicht begründet und u.E. auch nicht gerechtfertigt.

Ausweislich aller Kartendarstellungen des Fachgutachten des LANUV von 2019 ist die Fläche der Deponie in keiner der Themen farblich dargestellt. Auch ausweislich des zwischenzeitlichen im Jahr 2024 offengelegten Entwurfes des Landschaftsplan der Stadt Leverkusen gibt es für diese Flächen keine Schutzgebietsausweisung und darüber hinaus auch keine in Gutachten dokumentierten zu schützenden Tierarten oder sonstige Besonderheiten. Eine solche Ausweisung findet also scheinbar auch keinen Anknüpfungspunkt im Gegenstromprinzip.

Ferner möchten wir darauf sensibilisieren, dass eine aktive Befüllung und in jedem Fall die Phase der Stilllegung u.E. auch den Zeithorizont der Planung des Regionalplan überschreiten wird. Während der Befüllung der Deponie, die noch 15-20 Jahre andauern kann, sehen wir ggf. Potential einer ggf. zeitgleichen Nutzung der heutigen Siedlungsflächen z.B. für PV-Anlagen oder auch eine Aufstockung der Deponie). Insoweit ist eine u.E. aktuell unbegründete Ausweisung als RG und BSLE für solche Entwicklungen hemmend.

> Auch in diesem Punkt halten wir unsere Forderung aufrecht, die Fläche nicht als RG und nicht als BSLE auszuweisen und das Kartenwerk anzupassen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen. (vgl. ID 1006039 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird darauf verwiesen, dass die festgelegten Rekultivierungsziele weder einer Weiternutzung (z.B. Aufstockung) als der Deponie noch einer Nutzung für Erneuerbare Energien energien stehen. Vor diesem Hintergrund wurden die Erläuterungen (4) zu Z.41 klarstellend um den Zusatz ergänzt, dass auch die Nutzung als Standort zur Erzeugung erneuerbarer Energien gemäß LEP NRW während der Betriebs-, Stilllegungs- und Nachsorgephase möglich ist.

Inhalt

Bezug zu ID 1006040 - Darstellung Deponie Leverkusen-Bürrig als RG und BSLE

Dem Grunde nach begrüßen wir, dass dieses Thema ausgegliedert worden ist und insoweit die Chance eines beschleunigten Abschlusses des Verfahrens erhält. Unbeschadet jedoch, dass v.g. Ausweisungen erwartungsgemäß diese eigenständige Planbearbeitung beeinträchtigen wird, wenn nämlich auch dort auf RG abgestellt wird. Für diesen Fall sind auch die Ergänzungen unter dem Ziel Z.41 hilfreich aber eben ggf. doch durch eine RG und insbesondere BSLE-Ausweisung gehemmt.

> Auch in diesem Punkt halten wir unsere Forderung aufrecht, die Fläche nicht als RG und nicht als BSLE auszuweisen und das Kartenwerk anzupassen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. [(vgl. ID 1006040 1. Offenlage).]

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird darauf verwiesen, dass die Nutzung als Standort zur Erzeugung erneuerbarer Energien gemäß LEP NRW während der Betriebs-, Stilllegungs- und Nachsorgephase möglich ist. Die festgelegten Rekultivierungsziele stehen dem nicht entgegen

Inhalt

Bezug zu ID 1006041 – Darstellung Deponie Leverkusen Bürrig als RG und BSLE

In Ergänzung zu o.g. Ausführung zu ID 1006039 weisen wir in diesem Kontext noch einmal darauf hin, dass wir auch in diesem Bereich eine Ausweisung entsprechend der heutigen bauleitplanerischen Ausweisung, also als Siedlungsgebiet anstreben. Anders als vsl. typische Hausmülldeponien steht diese Deponie z.T. in einem funktionalen Kontext zu den direkt benachbarten Entsorgungseinrichtungen (Kläranlagen und Verbrennungsanlagen). Naheliegend sind hier ggf. auch auf der Deponie stattfindende Recyclingvorhaben, die jedoch nicht in der Ausnahmeliste der ggf. zulässigen Nutzungen im RG bzw. BSLE aufgeführt sind. Wenn im Gegenstromprinzip der ebenfalls in Aufstellung befindliche Landschaftsplan die Ausweisung im Regionalplan zum Anlass nimmt, auch im Landschaftsplan eine Schutzfläche festzusetzen, sind entsprechende Entwicklungen einer Zwischennutzung unnötig gehemmt, nur weil die Regionalplanausweisung auf die Nachsorgephase der Deponie in ca. 2 Dekaden vorgreift. Ohne die Langfristigkeit einer raumplanerischen Perspektive der Deponie als Freifläche oder ggf. auch als RG und BSLE in Frage zu stellen, hemmt eine solche Ausweisung aktuell jedoch ggf. ökologisch sinnvolle Nutzungsmöglichkeit.

> Insofern fordern wir erneut, den Bereich der Deponie als Siedlungsgebiet auszuweisen, in jedem Fall jedoch die fachlich unbegründete jetzige Ausweisung als RG und BSLE herauszunehmen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist.

Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Inhalt

Ergänzung in Bezug auf die Darstellung BSN im Bereich nördlich der Deponie

[Abbildung]

Erst im Rahmen der Anfang des Jahres stattgefundenen erneuten Offenlage des Landschaftsplanentwurfes der Stadt Leverkusen haben wir uns mit den Eigenschaften der Flächen im oben hellgrün dargestellten Bereich auseinandergesetzt. Ausweislich des Gutachtens des LANUV von 2019 (Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege) wird für diesen Bereich eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund dargestellt. Dieses stützt sich jedoch auf den Aspekt der Verbundflächen und nicht auf die Eigenschaft dieser Flächen als Kernbereich.

Dargestellt in unserer Stellungnahme in der v.g. Offenlage befinden sich in diesem Bereich in erheblichen Umfang vorhandene überregionale aber insbesondere auch für den CHEMPARK sehr wichtige Infrastruktureinrichtungen (Sicherungs- und Überwachungsanlagen der Deponie, Erdgas-, Wasserstoff- und Wasserleitungen, Wege, Brücken und Auslasskanäle der Gemeinschaftskläranlage), oberirdisch ergänzt wird dies durch entsprechende Hochspannungsleitungssysteme der Netzbetreiber.

Wir müssen davon ausgehen, dass es in diesem Bereich absehbar bauliche Maßnahmen an diesen Einrichtungen geben wird. Da wir auch fachlich keine zwingende Notwendigkeit sehen über den heutigen Schutzcharakter hinaus (Landschaftsschutzgebiet) dieses naturschutz- und artenschutzrechtlich schützen zu müssen (fehlende Schutzwürdigkeit und fehlende Schutzbedürftigkeit), sehen wir auch kein Erfordernis einer Ausweisung als BSN auf Regionalplanungsebene. Wir halten es für zielführender durch eine Ausweisung als BSLE dem bisherigen Schutzcharakter, dem bisherigen Naherholungscharakter und auch dem Charakter als Siedlungsstruktur für Infrastrukturkorridore eine Gleichgewichtung zu geben. Dies schafft dem Anspruch auf ganzheitlicher planerischer Abwägung. In diesem Zusammenhang sehen wir auch auf dieser Planungsebene eine entsprechende Notwendigkeit der Konfliktbewältigung, da es angesichts der überörtlichen Infrastrukturfunktionen eben auch über rein kommunale Belange hinausgeht.

> Wir bitten daher um Ausweisung der Flächen als BSLE und nicht als BSN..

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen.

Der angesprochene Bereich liegt in der regionalbedeutsamen Verbundfläche VB-K-4907-108 "Wuppermündung" und wird als Kernbereich mit herausragender Bedeutung im Fachbeitrag bewertet. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Inhalt

Bezug zu ID 1006042 - Darstellung im Bereich Verbrennungsanlage Darstellung im Bereich der Kläranlage

Wir begrüßen die Darstellungsanpassung im Bereich der Verbrennungsanlage. Gleichwohl stellen wir fest, dass die Flächen der östlich angrenzenden Kläranlage zwar mit Symbol gekennzeichnet, jedoch nicht als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung dargestellt sind.

Angesichts der geänderten Ansprüche an Abwasser- bzw. Abfallbehandlung erwarten wir, dass die Flächen sowohl zum Ausbau von Kläranlagen (z.B. 4. Reinigungsstufen) aber ggf. auch zur weiteren Aufbereitung von Abwasserrückstände (Klärschlamm) bzw. Recycling-Vorhaben oder auch CCU / CCS- Anlagen angesichts der örtlichen Nähe zu den anderen Abfallanlagen (Deponie und Verbrennungsanlage) optimal genutzt werden könnten.

> Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie bitten, auch den Bereich der Kläranlage als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung darzustellen und bestenfalls um das Symbol der „sonstigen Zweckbindung“ zu ergänzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass die zeichnerischen Festlegungen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen erfolgen. Entsprechend sind Abwasserbehandlungs- und -reinigungsanlagen als Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen festzulegen.

AZ: Ö-M-2-155	
1028369	
1033956_001	
<p>Inhalt</p> <p>ich bin als Anwohnerin sehr für den Erhalt des Naturparks Siebengebirge und unterstütze aus vollem Herzen die Initiative Lebenwerte Region Bonn Siebengebirge, siehe Anhang.</p> <p>Wir sind vor gut 2 Jahren nach Stieldorf gezogen, da uns das sehr lebenswerte Umfeld und die Naturnähe gefällt. Wir möchten unseren Sohn im ländlichen Raum aufwachsen sehen. Mit den absolut überdimensioniert geplanten Siedlungsgebieten in Vinxel-Stieldorf verliert das schöne Dorf jedoch seinen Charakter. Problematisch ist jetzt schon die Verkehrssituation zu den Rush Hour Zeiten. Ich arbeite in Bonn und pendele immer in der Autokarawane mit. Wie die Region Vinxel-Stieldorf solch groß geplante Siedlungsgebiete verkehrstechnisch verkraften soll, ist mir schleierhaft. Bitte überdenken Sie diese Planungen vor allem auch für künftige Generationen. Diese sollen auch die Möglichkeit haben den Naherholungsraum Pleiser Ländchen zur Erholung zu nutzen. Wenn die Siedlungsgebiete erst realisiert sind, ist ein weiteres Stück wunderschöne Erde unwiderbringlich verloren.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-158	
1028758	
1034281_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit inhaltlich vergleichbaren Argumenten eingereicht]</p> <p>[...] die von Ihnen vorgeschlagene Fläche am Ortsrand von Lechenich zum neuen Regionalplan ist ungeeignet.</p> <p>Die von der Stadt Erftstadt ursprünglich vorgeschlagene Fläche an der K44 ist für ein Gewerbegebiet geeignet. Auch der Hochwasserschutz müsste für diese Fläche möglich sein.</p> <p>Ich halte eine Erweiterung des Gewerbegebietes hinter dem REWE Markt Ista für kritisch. Dort gibt es bis auf den Lebensmittelhändler kein weiteres Gewerbe.</p> <p>Auf der anderen Seite der B 265 sind die Autohändler und im weiteren Verlauf die übrigen Gewerbebetriebe.</p> <p>Wenn, dann sollte dort das Gewerbegebiet erweitert werden. Zumal auch eine Anbindung an die B 265 besteht, bzw. ohne großen Aufwand erstellt werden kann.</p> <p>Ich bitte Sie vor diesem Hintergrund um eine Überprüfung Ihrer Entscheidung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026685 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präziserungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-159	
1028759	
1034282_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-16	
1026965	
1032558_001	
<p>Inhalt</p> <p>;mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden.</p> <p>„In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauch)</p> <p>Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)</p> <p>Eine Erschließung der Flächen an der BAB 4 ist aus folgenden weiteren Gründen nicht tragbar:</p> <p>Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ignorieren des gültigen FNP: Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

„von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

Naturschutz:

Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).
- Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU Natur-Wiederherstellungs-Verordnung: Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiter wachsen.
- Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Lärm- und Verkehrsbelastung:

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.
- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen.
- Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.
- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen, jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

Freiraumfunktion:

Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke,

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche

Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.

- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als RGZ und/oder BSN statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldbereichen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht

vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-161	
1028392	
1033959_001	
Inhalt	<p>Da wir an der Wasserdelle in unmittelbarer Nähe der Autobahn wohnen, ist uns die nächtliche Lärmbelästigung durch die Autobahn sehr gut bekannt. Ich kann und mag mir gar nicht vorstellen, wieviel lauter die Nächte werden und das zusätzlich zum bereits vorhandenen Fluglärm.</p> <p>Es handelt sich hier um ausgewiesene Waldflächen, deren Zerstörung und Bebauung, insbesondere im Hinblick auf das erhebliche Potential an Flächen, welche im Ortsteil Refrath bisher ungenutzt zur Verfügung stehen, nicht nachzuvollziehen ist. Dieses Waldstück zwischen Refrath, Rath und Köln-Brück ist relativ klein und der Andrang der Besucher, besonders am Wochenende verhältnismäßig groß, leicht zu erkennen an den vielen parkenden Kraftfahrzeugen. Bei zusätzlicher Bebauung verkleinert sich dieses Erholungsgebiet nochmals nicht unerheblich.</p> <p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-162	
1028393	
1033970_001	
<p>Inhalt</p> <p>Kreis Düren, HIER: Stadt Jülich // Gemarkung Bourheim #### ID-Nr'n: 1003410 + 1006068 #### =zukünftige Tagebau-Ersatzstraße: Anbindung L238/Höhe: Aldenhovener-Brücke #####</p> <p>Zur ersten Orientierung Ihrerseits habe ich beide o.a. ID-Nr'n angegeben: In unmittelbarer Nähe ist ein GEWERBEGEBIET NICHT(!) IN DEN PLANUNTERLAGEN AUFGENOMMEN BZW. Mit der Bitte, diese nun als "Gewerbliche Bauflächen" ZEICHNERISCH FESTGELEGT werden sollen.</p> <p>Begründungen, amtliche Nachweise:</p> <p>Es handelt sich um die "Interkommunale Gewerbefläche der Stadt Jülich mit der Gemeinde Aldenhoven".</p> <p>Gemarkung Bourheim: "Auf den Pletten".</p> <p>Flächennutzungsplan-Änderung zum B-Plan Nr. A 7</p> <p>Stadt Jülich*, Sitzungsvorlagen Nr. 44 / 2018</p> <p>* = in Anlage beigefügt: Sitzungsvorlage 44 / 2018 Beschlusstext 44 / 2018 v. 27.08.2019 Protokollunterlagen v. 05.02.2015 Protokollunterlagen v. 08.03.2018 Bekanntmachung v. 08.03.2018 Presse Info v. 08.03.2018</p> <p>Des weiteren: Übersicht/Screenshots im Regionalplan: MOMENTAN FEHLENDE ZEICHNERISCHE FESTLEGUNG.</p> <p>Ich bitte um Aufnahme/zeichnerische Festlegung in den zukünftigen, rechtswirksam bindenden Regionalplan der Bezirksregierung Köln.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans, hier die Neufestlegung eines GIB. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Darüber hinaus ist entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist (vgl. Stellungnahmen der Stadt Jülich aus der ersten und zweiten Offenlage).</p>

AZ: Ö-M-2-166

1028399

1033978_001

Inhalt

Stellungnahme zur Änderungskarte A-2-24 Blatt 12_13 Bonn-Rhein Sieg Kreis Nr 1026274 ASBz-Gelände

vielen Dank für die Gelegenheit, zu den Veränderungen im Regionalplanentwurf Stellung nehmen zu können.

Lassen Sie mich zunächst etwas zu meiner Person sagen. Ich bin Mitglied des Rates der Stadt Sankt Augustin und bekomme in dieser Funktion auch häufig Anfragen und Bitten von Bürgerinnen und Bürgern aus meiner Stadt. Die Fragen und Stellungnahmen, die mich dazu in den letzten Tagen zum Regionalplan erreicht haben, haben mich bewogen, die Argumente zusammenzufassen und die folgende Stellungnahme zum Regionalplan abzugeben. Sie ist als persönliche Stellungnahme aufzufassen, da ich aus Zeitgründen das Thema nicht mehr in die zuständigen Gremien der Stadt einbringen konnte. Konkret betrifft die Stellungnahme das nunmehr als ASBz für polizeiliche Nutzung eingestufte Gebiet nordwestlich des Bundespolizei Geländes in Sankt Augustin Hangelar (mit Nr 1026274 bezeichnet und im beiliegenden Kartenausschnitt mit Sägezahnmarkierung rot umrandet).

Wenn ich und die Mitbürger, die mich angesprochen haben, diese Markierung richtig interpretieren, sieht der Regionalplan dort nun die Möglichkeit einer Erweiterung des Bundespolizeigeländes für eine „polizeiliche Nutzung“ vor. Über die konkret geplante oder mögliche Nutzung wird im Plan und den beiliegenden Dokumenten nichts Näheres ausgesagt, aber man hört hier in der Stadt, dass dort eine Erweiterung der Hubschrauberwerft der Bundespolizei erstellt werden soll. Eine solche Erweiterung würde eine erhebliche Erhöhung der Lärmbelastung der Bürger in Sankt Augustin-Meindorf, Sankt Augustin-Menden und Sankt Augustin-Hangelar, sowie der Bürger von Bonn-Vilich Müldorf und Bonn-Geislar bedeuten und damit auf die Gesundheit der betroffenen Menschen einwirken. Eine Hubschrauberwerft besteht leider nicht nur aus einer abgeschlossenen Halle, in der die Wartungsarbeiten durchgeführt werden, sondern auch aus Freiflächen vor der Werkstatthalle, auf der im Freien die Triebwerke und Rotoren der Hubschrauber am Boden getestet werden. Diese Testläufe dauern durchaus 15 bis 30 Minuten am Stück und sind teilweise durch besonders unangenehme Klopf Frequenzen, die durch die Rotoren in Bodennähe verursacht werden, gekennzeichnet. Im Gegensatz zur Lärmentwicklung bei einer Flugbewegung, bei der die Lärmeinwirkung nur kurzfristig andauert, ist der „Bodenlärm“ der Werft sehr viel länger zu hören und bzgl. der Dauer von uns Menschen nicht einschätzbar und damit besonders Stress auslösend. Je nach Windrichtung leiden alle der oben genannten umliegenden Ortschaften unter diesem Bodenlärm. Schon bisher wird die

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Dies verhindert unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen. Der Festlegung der im 1. Planentwurf enthaltenen Fläche als Siedlungsraum stehen das NSG Grube Bergmann, der Regionale Grünzug und das BGG entgegen, sodass eine Neuabgrenzung folgerichtig ist. Die BimA als Treuhänderin der angrenzenden Liegenschaft der Bundespolizei bringt allerdings eine Erweiterung des zweckgebundenen ASB vor, welche wie die BimA versichert hat, mit der Stadt abgestimmt ist.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant einbezogen und berücksichtigt. Dabei wurden die Stn. der Stadt St. Augustin (1. Offenlage ID 1008355), der BImA (1. Offenlage ID1026274_1) und dem LANUV (1. Offenlage ID 1006432) berücksichtigt.

Weiterhin werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben. Die Prüfung potenziell entstehender Lärmemissionen einer künftigen, noch nicht feststehenden Nutzung geht über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Lärmbelästigung durch die derzeit bestehende Werft der Bundespolizei und die ebenfalls am Flugplatz Hangelar befindliche Hubschrauberwerft der ALT (Tochtergesellschaft des ADAC) von vielen Mitbürgern als belästigend und störend bezeichnet. Eine weitere Steigerung dieser Lärmemissionen würde die Lebensqualität und Gesundheit der Bürger daher stark beeinträchtigen. Aber nicht nur der Gesundheitsschutz der Menschen wäre durch einen Ausbau der Werft betroffen, sondern auch der Natur- und Artenschutz. Die ASBz-Erweiterungsfläche grenzt unmittelbar an eine für den Naturschutz hochwertige Fläche (Grube Bergmann) und „frisst“ sich in die von den Kommunen der Umgebung mit viel Aufwand geschützte Landschaft des „Grünen C“. Damit werden wichtige Ziele der Regionalplanung wie Erhaltung von Biotopverbünden, Verbesserung der Artenvielfalt konterkariert. Damit Biotopverbünde wirksam sind, dürfen sie nicht ständig verengt werden. Eine Nutzung des rot markierten Bereiches als Erweiterung der Hubschrauberwerft würde eine weitgehend komplette Asphaltversiegelung des Bereiches bedeuten (vgl. Luftbilder der bereits bestehenden Werft weiter östlich). Dies entspricht in keiner Weise den angestrebten umweltpolitischen Zielen der Regionalplanung.

2 Die Bezirksregierung hat im Planentwurf dankenswerterweise den sich nördlich an das ASBz-Gebiet im alten Plan als ASB ausgewiesenen Bereich in eine Freiraumfläche für Landschaftsschutz und Grünzug umgewidmet. Diese Umwidmung wird aber nur zum Ziel führen, wenn die im Augenblick noch bestehende Freifläche im alten ASB Gebiet nicht eingeengt wird. Der Regionalplan soll die Nutzungsmöglichkeiten der knappen Ressource Land für Gewerbe, Bürger und öffentliche Infrastruktur beschreiben und regeln. Dabei sind neben der Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und den Anforderungen des Naturschutzes natürlich auch Belange der staatlichen Institutionen zu beachten. Insofern kann man die Intention der BImA verstehen, sich weitere Flächen in Sankt Augustin für eine Erweiterung des Bundespolizeigeländes planerisch zu sichern. Allerdings müssen auch diese Ansprüche gegen die oben genannten Gründe sorgfältig abgewogen werden. Dazu ist in den beigefügten Dokumenten leider nichts Wesentliches zu finden, so dass eine Würdigung für die anderen Stakeholder (Stadt, Bürger, Naturschutzverbände, Gewerbe,... etc. nicht möglich ist. Aufgrund der oben vorgetragenen Überlegungen zum Lärm- und Gesundheitsschutz sowie der Erhaltung des Biotopverbundes komme ich und eine Reihe von Mitbürgern zu der Überzeugung, dass man das rot gekennzeichnete Gebiet nicht als ASBz für eine „polizeiliche Nutzung“ ausweisen sollte, sondern stattdessen im Rahmen des Biotopverbundes Sieg-Aue - Hangelarer Heide als einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich mit besonderer Funktion zum Schutz der Landschaft und Erholung und als regionaler Grünzug kennzeichnen sollte. Ich bitte um Beachtung und positive Würdigung dieser Stellungnahme. Vielen Dank.

[Abbildung]

AZ: Ö-M-2-167	
1028395	
1033971_001	
<p>Inhalt</p> <p>Die Interessengemeinschaft Industriegebiet Lindern – IGL – hat sich im September 2021 gegründet, nachdem in der Presse ausführlich über die Gründung der Future Site InWest GmbH und die begonnene Entwicklung des Industriegebietes Lindern berichtet wurde. Seitdem befindet sich die IGL im Dialog mit Verwaltung und Politik, positioniert sich und begleitet den Planungsprozess konstruktiv. Zurzeit haben wir 132 Mitglieder.</p> <p>Die IGL hat bereits im Rahmen der ersten Beteiligung zu Neuaufstellung des Regionalplans Stellung genommen. Wir erkennen, dass unsere Anregungen, Bedenken und Einwendungen im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans bereits teilweise Berücksichtigung gefunden haben. Hierfür danken wir Ihnen ganz herzlich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.</p>

Inhalt

1. **Punkt 3.3.3 Standort für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben, Standort Geilenkirchen, GIB flächenintensive Großvorhaben Geilenkirchen Lindern**

und

1. **ID 1003681, Stadt Geilenkirchen: Verkehrsinfrastruktur, L 228**

Im derzeitigen zweiten Planentwurf ist das Industriegebiet Geilenkirchen Lindern unverändert weiter vorgesehen. Für uns stellt sich indessen weiterhin die generelle Frage, ob das Gebiet für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben überhaupt geeignet ist.

Zur Ausweisung des Gebietes im zweiten Entwurf des Regionalplanes wird Ihrerseits weiterhin ausschließlich auf den Landesentwicklungsplan verwiesen. Dabei hätte es nach unserer Auffassung Ihre Aufgabe sein müssen zu prüfen, ob dieser Standort, der seit den 1970iger Jahren landesplanerisch ausgewiesen ist, auch heute noch die Voraussetzungen erfüllt, die seinerzeit der Grund für eine Ausweisung dieser Fläche war.

Wie Ihnen bekannt sein dürfte, waren zu Beginn der 1970iger Jahre 2 Autobahnen, die den Kreis Heinsberg an das deutsche Autobahnnetz anschließen sollten, geplant. Zum einen die sog. Selfkantautobahn und zum anderen die Rurtalautobahn. Deren Kreuzungspunkt war in unmittelbarer Nähe des Industriegebietes Lindern geplant. Letztlich wurde nur die heutige A 46 – allerdings in einem Abstand von 8 km Luftlinien zum geplanten Industriegebiet Lindern – als Selfkantautobahn hergestellt. Die Planung der Rurtalautobahn wurde nicht weiterverfolgt und aufgegeben. Damit haben sich die Rahmenbedingungen für das ausgewiesene Industriegebiet über die Jahre erheblich verändert. Gleichwohl hat man das Gebiet weiter ausgewiesen, ohne die Anbindungen an die Autobahnen voranzubringen.

Hierzu fehlt im zweiten Planentwurf weiterhin jegliche Stellungnahme!

Nach unserer Auffassung fehlt weiterhin eine ausreichende Planung für eine Verkehrsanbindung des Industriegebietes.

In den textlichen Erläuterungen zum Landesentwicklungsplan wird in den Erläuterungen zu Punkt 6.4 1 lediglich folgendes ausgeführt:

„Für die drei Standorte Datteln/Waltrop, Euskirchen/Weilerswist und Geilenkirchen Lindern gibt es bereits Entwicklungsinitiativen. Für diese Standorte wird eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt. Das schließt die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz (insbesondere Straße und Schiene) ein.“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Bezüglich des zeichnerisch festgelegten GIB Geilenkirchen-Lindern gilt weiterhin, dass der LEP NRW die Sicherung des Standortes vorsieht. Im Regionalplan Köln ist der Standort gemäß Ziel 6.4-1 LEP NRW im derzeitigen Flächenumfang konkret räumlich abzugrenzen. Im Regionalplan Köln ist dieser gemäß Anlage 3 LPIG DVO als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für flächenintensive Großvorhaben festgelegt. Für den Standort Geilenkirchen-Lindern führt der LEP NRW aus, dass es bereits Entwicklungsinitiativen gibt und eine mittelfristige Verfügbarkeit angestrebt wird. Die vorgebrachten Bedenken richten sich daher an die Ebene der Landesplanung und sind einer Abwägung auf Ebene des Regionalplans nicht zugänglich.

Darüber hinaus gilt, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde.

Die Festlegung der Ortsumgehung Lindern L228n erfolgt gemäß den Erläuterungen zu G.57 *Festlegungen für Straßenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen* als Grobtrasse. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Anregungen bezüglich der Umstufung der Dringlichkeit einzelner Planungen im Landesstraßenbedarfsplan sowie Planungen neuer Autobahnauffahrten gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Sie richten sich an übergeordnete Planungs- und Genehmigungsebenen.

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.

Für den Standort Geilenkirchen Lindern ist zurzeit diese mittelfristige Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, hier die Autobahnen A 46 und A 44, nicht gegeben. Von daher muss dringend vor einer weiteren Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen Lindern im Regionalplan durch die Landesregierung und ggf. den Landtag sichergestellt werden, dass die notwendigen Landstraßen L 228 (Ortsumgehung Lindern) und L 364 (Ortsumgehung Lindern, Leiffarth und Würm) im Landesstraßenbedarfsplan mit der höchsten Dringlichkeitsstufe ausgewiesen und zügig geplant werden. Gleichzeitig muss für die Ortslagen Heinsberg Randerath, Horst und Dremmen eine verkehrliche Lösung gefunden werden. Dies alles fehlt bislang.

Wir unterstützen den Vorschlag der Stadt Heinsberg, über eine neue Autobahnauffahrt an der K 22 /A 46 eine ortslagenfreie Anbindung des Industriegebietes Lindern an die A 46 über die K 16 und die K 22 herzustellen. Der bisherige Vorschlag, die Anbindung über die L 364 an die Autobahnauffahrt Hückelhoven Ost herzustellen, halten wir mittelfristig nicht für realisierbar, da die Widerstände gegen die Ortsumgehungen Hückelhoven und Hilfarth zu groß sind. Zwar hat das Bundesverwaltungsgericht mit seiner Entscheidung vom 07.12.2023 den Weg für den ersten Teilabschnitt zwischen Autobahnanschluss an die A 46 und Hückelhoven Doveren freigemacht, jedoch ist der weitere Teilabschnitt zwischen Hückelhoven Doveren und dem geplanten Industriegebiet in Geilenkirchen Lindern derzeit nicht einmal geplant. Bis ein Planfeststellungsverfahren durchgeführt und die juristischen Instanzen durchlaufen hat, werden zweifelsfrei etliche Jahre vergehen. Der Zeitrahmen hierfür ist nicht im Geringsten absehbar.

In Bezug auf die L 228 ist festzustellen, dass diese nach wie vor in der Landesstraßenbedarfsplanung lediglich mit der Dringlichkeitsstufe 2 versehen ist. Auch die Stadt Geilenkirchen hat ausweislich der Synopse zur Beteiligung der öffentlichen **Stellen (vgl. ID 1003681, Stadt Geilenkirchen: Verkehrsinfrastruktur, L 228)** hervorgehoben, dass eine Anhebung auf die Dringlichkeitsstufe 1 „zwingend erforderlich“ ist. Aus unserem Dialog mit der Kommunalpolitik ist uns bekannt, dass diese Ansicht auch vom Landrat des Kreises Heinsberg geteilt und gegenüber der Landesregierung wiederholt eingefordert worden ist. **Der politische Wille zur Anhebung der Dringlichkeitsstufe auf Dringlichkeitsstufe 1 fehlt im Verkehrsministerium des Landes derzeit indessen.**

Zu begrüßen ist grundsätzlich, dass für die L 228 (ID 1003681) im Rahmen der Regionalplanung eine neue Linienführung vorgesehen worden ist. Uns ist bewusst, dass damit noch keine Linienbestimmung verbunden ist. Gleichwohl sind wir der Auffassung, dass eine Verlegung der vorgesehenen Ortsumgehung L 228 von der Westseite Linderns auf die Ostseite zu bevorzugen ist. Derzeit ist die L 228 im aktuellen zweiten Planentwurf wie folgt dargestellt:

[Abbildung]

Die von uns vorgeschlagenen Umgehungsstraßen – einschließlich der L 228 – sind nachfolgend planerisch dargestellt:

[Abbildung]

Die von uns vorgeschlagene Linienführung östlich von Lindern hat aus unserer Sicht zwei Vorteile:

a) Erstens wäre nur ein Brückenbauwerk über die Bahnlinie auf der Strecke von Aachen nach Mönchengladbach erforderlich, wohingegen die im zweiten Planentwurf vorgesehene Linienführung zwei Brückenbauwerke über Bahnlinien erforderlich macht, nämlich einerseits über die vorgenannte Bahnlinie auf der Strecke von Aachen nach Mönchengladbach und zudem über die Bahnlinie auf der Strecke zwischen Heinsberg und Lindern. Aus unserer Sicht ist nicht vorstellbar, auf Brückenbauwerke zu verzichten. Alternativ kämen nur Bahnübergängen mit Schranken in Betracht, was in Ansehung der Anbindung eines landesbedeutsamen Industriegebiets mit einer Größenordnung von 256 ha und den dort entstehenden Verkehren aus unserer Sicht unrealistisch ist.

b) Zum anderen würde dies die Hauptwindrichtung von Südwesten aus berücksichtigen. Die Hauptwindrichtung ist maßgeblich bei der Übertragung von Verkehrslärm zu berücksichtigen. Bei einer westlichen Ortsumgehung würde der Verkehrslärm aufgrund der Hauptwindrichtung zum Ort geführt werden, während er bei einer westlichen Umgehung vom Ort Lindern weggeführt wird.

Dementsprechend plädieren wir darauf, die Linienführung für die L 228 bereits im Rahmen der Regionalplanung auf die Ostseite von Lindern zu verlegen.

Sollte die Landesregierung sich allerdings weiter gegen den notwendigen Ausbau der skizzierten Ortsumgehungen aus politischen Gründen aussprechen, dann muss sich die Landesplanung auch von der Ausweisung des Industriegebietes Geilenkirchen Lindern verabschieden und das Gebiet als Freiraumfläche ausweisen.

Es ist nicht vorstellbar und den Bürgern in den Orten Geilenkirchen Lindern, Leiffarth, Würm, Heinsberg Randerath, Horst und Dremmen und Hückelhoven, Hilfarth und Brachelen nicht zuzumuten, die Ziel und Quellverkehre, die das geplante Industriegebiet auslösen würde, durch die Orte zu führen. Schon die heutigen Verkehrsmengen führen in den Ortslagen zu gefährlichen Situationen. Auch städtebaulich würde dies zu chaotischen Verhältnissen führen.

Im Übrigen ist festzuhalten, dass bei der letzten durch die Landesplanungsbehörde in Auftrag gegebenen Untersuchung, ob die Standorte für landesbedeutsame flächenintensive Großvorhaben geeignet sind, die ILS für Geilenkirchen Lindern folgendes festgestellt hat: „Die Fläche hat nur eine „Grenzeignung „. Begründung: Ländliche Lage für Großansiedlungen nur bedingt geeignet, verkehrliche Anbindung verbesserungsbedürftig (Ortsdurchfahrten) bzw. nicht optimal (Entfernung zu den Flughäfen). Ein großer Teil der Fläche ist allerdings im Landesbesitz.“

Insgesamt kommt die ILS zu dem Ergebnis: **Nicht integrierter Standort im Außenbereich zwischen dörflichen Ortsteilen.**

Gleichwohl wird die Eignung für die Nutzung laut LEP noch für gegeben beurteilt, weil das Land schon über einen Großteil der Flächen verfügt. Wenn allein diese Untersuchung aus dem Jahre 2001 die Ausweisung der Fläche begründen soll, so ist dies **zurückzuweisen**.

Die Flächenverfügbarkeit kann nicht allein entscheidend dafür sein, ob ein derart landesbedeutender Standort ausgewiesen wird. Wie bereits ausgeführt, muss sichergestellt sein, dass die Verkehrsanbindungen an die Autobahnen A 46 für die nördlichen Verkehre und A 44 für die südlichen Verkehre ortslagenfrei planerisch kurzfristig mit hoher Dringlichkeit geplant und verwirklicht werden. Nur dann könnte man bei Hintenanstellung aller sonstigen Hinderungsgründe von einer Geeignetheit des Gebietes sprechen.

Vor diesem Hintergrund sind wir der Auffassung, dass die Fläche für das Industriegebiet Geilenkirchen Lindern nach derzeitigem Stand im Regionalplan nicht weiter ausgewiesen werden und die Fläche dem Freiraum überlassen werden sollte.

Inhalt

1. ID 1003678, Stadt Geilenkirchen: Ausweisung eines neuen ASB für den Stadtteil Lindern

Die Auswertung der im Rahmen der öffentlichen Beteiligung zur Verfügung gestellten Materialien zeigt, dass die Städte Geilenkirchen, Heinsberg und Hückelhoven die Entwicklung des Industriegebietes Lindern zum Anlass nehmen, weitere allgemeine Siedlungsbereiche ausweisen zu wollen. Dies ist verständlich.

Bei der im Planentwurf vorgesehenen Ausweisung der Stadt Geilenkirchen als zASB und der vorgesehenen baulichen Erweiterungen der Ortslage Brachelen sehen wir keine Probleme, da diese durchaus harmonisch die Ortslagen abrunden und nur geringfügig erweitern.

Der im aktuellen Planentwurf für den Stadtteil Geilenkirchen Lindern vorgesehenen Ausweisung als ASB müssen wir hingegen entgegentreten. Wir begrüßen insoweit zwar, dass der Anregung der Stadt Geilenkirchen in Bezug auf die Dimension des ASB Lindern im Planentwurf nicht vollständig gefolgt wurde, jedoch halten wir eine Ausweisung des Ortes Lindern als ASB insgesamt für nicht angezeigt.

Die Umsetzung dieser Planung hätte zur Folge, dass der Ort Lindern ganz erheblich vergrößert würde. Hierdurch würde das traditionelle Ortsbild, welches aus unserer Sicht schützenswert ist, perspektivisch nicht erhalten. Die Bevölkerungsstruktur würde sich vollkommen verändern. Die Mitgliederversammlung der IGL hat aus diesen Gründen eine derartige Ausweisung von Lindern zum ASB bereits in ihrer Sitzung vom 14.06.2022 abgelehnt.

Der Regionalplan sieht nicht ohne Grund vor, dass dem Grunde nach nur Ortschaften von mehr als 2.000 Einwohnern ein ASB werden sollen. Lindern hat aber nur ca. 1.300 Einwohner. Grundsätzlich ist nach der Wertung des Regionalplans auch in Lindern dem Schutz des Freiraums Vorrang vor Siedlungsinteressen einzuräumen. Dieser Wertung schließt sich die IGL weiterhin an.

Wir teilen auch nicht die Sicht der Stadt Geilenkirchen, die aus der Synopse bezüglich der Beteiligung öffentlicher Stellen unter der ID 1003678 folgt. Nach dieser Darstellung würde sich die Ausweisung des Ortes Lindern zum ASB „geradezu aufdrängen“. Gezeichnet wird ein Bild des Ortes Lindern, welches nicht der Realität entspricht. Insbesondere die dargestellte Infrastruktur erweckt einen falschen Eindruck. In diesem Zusammenhang ist zunächst darauf hinzuweisen, dass der dort erwähnte Geldautomat bereits nicht mehr existiert. Bei dem erwähnten Imbiss handelt es sich zudem nur um eine „Dönerbude“ mit zwei Tischen. Die im Supermarkt befindliche Bäckerei ist lediglich ein Verkaufsstand. Die Tankstelle verfügt lediglich über eine Zapfsäule mit zwei Tankplätzen und die Kunden haben nur die Möglichkeit, an einer

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003678 1. Offenlage) vorgebracht.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird darauf verwiesen, dass die kommunale Entwicklungsabsicht entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Geilenkirchen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Darüber hinaus werden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird allerdings auf das notwendige Maß begrenzt, sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Im vorliegenden Fall äußert sich dies auch dadurch, dass die zeichnerische Festlegung des ASB für den Ortsteil Lindern hinter der ursprünglichen Anregung der Stadt Geilenkirchen zurückbleibt.

Die Verortung der Siedlungsraumpotentiale erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt eine Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden,

automatischen Vorrichtung mit Karte zu zahlen. Mitarbeiter existieren dort ebenso wenig wie die bei Tankstellen üblichen Verkaufsläden.

Lindern ist entgegen der aus der Synopse wiedergegebenen Darstellung kein florierender Ort, sondern vielmehr ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf.

Richtig ist allein, dass der Ortsteil Lindern über einen Bahnhof verfügt. Dies rechtfertigt nach hier vertretener Auffassung im Zusammenhang mit dem Industriegebiet jedoch nicht die Ausweisung als ASB. Die Stadt Geilenkirchen hält die Ausweisung von Lindern als ASB vor allem deshalb für erforderlich, weil Lindern im Zuge der Entwicklung des Industriegebietes „perspektivisch wachsen“ würde und Pendlerverkehre „zukünftig zu einem größeren Anteil über den ÖPNV abgewickelt werden“ sollen. Menschen, die aber aufgrund der Entwicklung des Industriegebietes nach Lindern ziehen werden, bedürfen keines Bahnanschlusses, um ihren Arbeitsplatz im Industriegebiet Lindern mit dem ÖPNV aufzusuchen. Richtig ist im Rahmen der Argumentation daher nur, dass Ortschaften mit Bahnhöfen sich zur Entwicklung eines ASB anbieten, wenn von dort aus ein an einem anderen Ort befindlicher Arbeitsplatz aufgesucht werden soll. Menschen in Lindern werden aber auch in Zukunft denklogisch nicht mit der Bahn nach Lindern fahren, da sie dort schon leben und den ÖPNV folglich nicht zum Pendeln benötigen. Daher verfängt das Argument, das Lindern über einen Bahnanschluss verfügt und daher zwecks Anbindung an das Industriegebiet zum ASB entwickelt werden sollte, keineswegs.

Dementsprechend sollte Lindern nach unserer Ansicht weiterhin kein ASB, sondern ein landwirtschaftlich geprägtes Dorf im Freiraum bleiben.

Hierfür sprechen aus unserer Sicht zudem ökologische Aspekte. Mit dem Industriegebiet werden künftig in unmittelbarer Nähe zu Lindern nach den gutachterlichen Flächenberechnungen 256 ha landwirtschaftliche Fläche verloren gehen. In Anlehnung an die sog. Klimakrise und einer weltweiten Verknappung von Nahrungsmitteln sind wir der Meinung, dass dem Natur, Umwelt und Klimaschutz und der Erhaltung der landwirtschaftlichen Flächen gerade in den dörflich geprägten Regionen Vorrang gegenüber neuen Siedlungsinteressen eingeräumt werden sollte. Demgegenüber können – und sollten – Siedlungsinteressen in den bereits bestehenden größeren Siedlungsbereichen konzentriert werden, so wie dies vom zweiten Planentwurf im Übrigen auch vorgesehen ist.

Natürlich soll sich auch der Ort Lindern weiter entwickeln können. **Dies muss jedoch harmonisch und in einer Größenordnung geschehen, welche die bestehende Struktur des Ortes berücksichtigt.** Entsprechende Bauflächen für bis zu 2 geschossige Bebauung könnte die Stadt Geilenkirchen rund um das alte Dorfzentrum der Kirche, an der Winkelstraße und dem Pauweg, ggf. auch noch an der Brachelener Straße ausweisen. **Dies ist aber ohne eine Ausweisung von Lindern als ASB möglich (sog. „endogenes Wachstum“).**

Wir hoffen sehr, dass sie unsere Argumente bei der weiteren Bearbeitung des Regionalplanes berücksichtigen werden und verbleiben

ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde hier im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und - falls möglich - durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-M-2-17	
1026967	
1032559_001	
<p>Inhalt</p> <p>ich möchte meiner Ablehnung gegenüber der geplanten Änderung des Regionalplans 2024, in dem die Umwandlung des Gebiets 127 entlang der BAB 4 in Bergisch Gladbach von einem Waldgebiet zu einem allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) vorgesehen ist, Nachdruck verleihen. Diese Entscheidung steht in klarem Widerspruch zu mehreren relevanten deutschen Verordnungen und Leitlinien, die den Schutz von Umwelt und Lebensraum betreffen.</p> <p>Ein wesentlicher Punkt ist die Einhaltung der Bundes-Bodenschutzverordnung (BBodSchV), die das Ziel verfolgt, die natürlichen Bodenfunktionen zu schützen und nachhaltige Nutzungen zu ermöglichen. Der Wald erfüllt wichtige Schutzfunktionen wie die Vermeidung von Erosion, das Filtern von Schadstoffen und die Förderung der Wasserspeicherung. Eine Umwandlung in Siedlungsfläche würde diese Funktionen beeinträchtigen und damit den Grundsätzen dieser Verordnung widersprechen.</p> <p>Darüber hinaus steht der Plan im Gegensatz zu den Zielen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), das den Schutz von Natur und Landschaft als Pflicht der öffentlichen Hand fest schreibt. Paragraph 1 des BNatSchG fordert, die biologische Vielfalt und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten. Der betroffene Wald ist nicht nur ein Lebensraum für zahlreiche Arten, sondern auch ein Bestandteil des regionalen Biotopverbunds. Eine Zerstörung dieses Gebiets würde die ökologischen Funktionen beeinträchtigen und gegen die Vorgaben des Gesetzes verstoßen.</p> <p>Ein weiteres wichtiges Argument ergibt sich aus der Klimaschutzverordnung des Bundes (Klimaschutzgesetz, KSG), die klare Ziele zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen vorgibt. Wälder fungieren als bedeutende CO₂-Senken, die zur Einhaltung dieser Klimaziele beitragen. Die geplante Umwandlung würde nicht nur die Speicherkapazität für CO₂ verringern, sondern auch die Bemühungen zur Anpassung an den Klimawandel konterkarieren, indem ein wichtiges Element für die Regulierung des Mikroklimas in der Region zerstört wird.</p> <p>Hinzu kommt die EU-Natur-Wiederherstellungsverordnung, die im August 2024 in Kraft getreten ist. Diese fordert, dass städtische Ökosysteme bis 2030 keinen Nettoverlust an Grünflächen und Baumüberschirmung erleiden dürfen und danach weiter wachsen sollen. Die Umsetzung der Umwidmung widerspricht klar diesen Bestimmungen und untergräbt die Bemühungen, das Stadtklima nachhaltig zu verbessern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Des Weiteren regelt das Wasserhaushaltsgesetz (WHG) den Schutz der Gewässer und den natürlichen Wasserkreislauf. Der Wald spielt eine zentrale Rolle bei der Grundwasserneubildung und als natürlicher Wasserspeicher, der bei Starkregenereignissen das Abflussvolumen reduziert. Eine Versiegelung dieser Flächen würde das Risiko von Überflutungen erhöhen und somit gegen die Prinzipien des WHG verstoßen, das auf die Vermeidung und Minimierung von Hochwasserschäden abzielt.

Schließlich sieht die Raumordnungsverordnung (ROV) vor, dass Flächen nachhaltig und verantwortungsvoll genutzt werden. Die Umnutzung von Wald zu Siedlungsfläche steht im Widerspruch zu der Vorgabe, sparsamer und schonender mit Flächen umzugehen, wie sie in der ROV und in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung festgeschrieben ist. Diese Strategie zielt darauf ab, den täglichen Flächenverbrauch bis 2030 deutlich zu reduzieren und langfristig einen Netto-Null-Verbrauch zu erreichen.

Angesichts dieser Argumente bitte ich Sie eindringlich, die geplante Umwidmung zu überdenken und den langfristigen Schutz dieser wichtigen Waldfläche im Sinne der geltenden Gesetze und Verordnungen sicherzustellen. Der Erhalt des Waldes ist nicht nur ein ökologisches Anliegen, sondern auch ein Beitrag zur Einhaltung der gesetzlichen Verpflichtungen, die unsere Lebensqualität und die Zukunft künftiger Generationen sichern.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat

der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnung schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an

die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-173

1028424

1034001_001

Inhalt

2. Stellungnahme zu Änderung Nr. 1006158

meine Stellungnahme vom 12.11.2024 möchte ich nach dem Besuch der Sitzung des Eitorfer Gemeinderates am 12.11.2024 wie folgt ergänzen: Ich rege – insbesondere mit Blick auf die Rechtssicherheit des neuen Regionalplanes und die Planungssicherheit für die Gemeinde Eitorf – nochmals an, den GIB bei Eitorf-Lindscheid aus dem Regionalplan zu streichen.

Begründung: Das Oberverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 21.03.2024 zur 1. Änderung des Landesentwicklungsplan (LEP) dem damaligen Landesgesetzgeber sehr deutlich und unmissverständlich aufgezeigt, dass rein politisch motivierte Entscheidungen ohne jegliche Ermittlung der potenziellen Auswirkungen und Abwägung von Belangen (in dem Sinne: „Wir machen das jetzt, weil wir das wollen und die nötigen Mehrheiten haben.“) NICHT zulässig sind. Bitte begehen Sie nicht den gleichen Fehler. Die Voraussetzungen der Ausnahme des LEP Ziel 6.3-3 liegen im Falle des GIB Lindscheid NICHT vor: Die gewerblichen Flächenbedarfe für Eitorf sind im Regionalplan tendenziell zu hoch an gesetzt, vorhandene Potenziale und Brachflächen (insbesondere das ZF-Areal mit 5 ha) wurden nicht ausreichend berücksichtigt, Alternativen (neuer GIB an anderer Stelle, Umwandlung eines ASB in GIB (z.B. der teilweise fehlgenutzte Teil des Gewerbegebietes Im Auel östlich der neuen Feuerwache bis zum Alten Fuhrweg mit ca. 8 ha) und eine entsprechende kommunale Bauleitplanung (mit Ausschluss von Fehlnutzungen) sowie die Möglichkeiten einer interkommunalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit) wurden nicht geprüft und dokumentiert. Insbesondere rechtfertigen mangelnde Grundstücksverfügbarkeiten keine Neuansätze (vgl. Erläuterungen zu Ziel Z2 Absatz 3 im Regionalplanentwurf). Die regionalplanerischen Ziele und Grundsätze insbesondere Z1, Z2 sowie G1, Gneu1, G19, G20, G24, G25 und G29 werden bei der Festlegung des GIB Lindscheid missachtet. Ich verweise diesbezüglich auf meine Stellungnahme vom 12.11.2024. Nach dem o.g. Urteil ist u.a. der LEP Grundsatz 6.1-2 - Leitbild Flächensparende Siedlungsentwicklung - wieder wirksam. Die Regional- und Bauleitplanung soll demnach durch flächensparende Siedlungsentwicklung das Leitbild umsetzen und das tägliche Wachstum der Siedlungs- und Verkehrsfläche bis zum Jahr 2020 auf 5 ha netto reduzieren und langfristig auf „Netto-Null“ senken. Die Neufestlegung des GIB bei Lindscheid – zumal in nicht integrierter Lage – steht auch diesem Grundsatz entgegen. Es ist verwunderlich, warum die Regionalplanungsbehörde mit dem vorliegenden 2. Planentwurf und der Regionalrat mit seinem Beschluss vom 11.10.2024 in Kenntnis des o.g. OVG-Urteils vom 21.03.2024 auch für die Gemeinde Eitorf überraschend und kurzfristig, grundlegend

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Bezug auf die Stellungnahme ID 1033439_001 genommen. In sofern wird auf den Ausgleichsvorschlag zu der vorgenannten Stellungnahme verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

und ohne ausreichende stichhaltige Begründung von den Landesplanerischen Zielen und Grundsätzen abweichen. Es handelt sich hier offensichtlich nicht um eine fachlich begründete Ausnahme von Ziel 6.3-3 und Abwägung von Belangen, sondern um eine politisch motivierte Entscheidung. Der Regionalrat scheint eine Normenkontrolle des Regionalplanes an dieser Stelle bewusst in Kauf zu nehmen. Im Gemeinderat Eitorf fielen Worte wie „historische Entscheidung“ und es begann bereits eine Diskussion darum, wer sich denn nun am meisten für diese Planung eingesetzt habe. Was überhaupt nicht zur Sprache kam, war das Thema Rechtssicherheit des Regionalplanes (geschweige denn das Thema Kosten und Nutzen für die Gemeinde Eitorf). Das der Rat und die Verwaltung der Entscheidung doch noch nicht ganz trauen, zeigt die Tatsache, dass der Rat das begonnene Bauleitplanverfahren für Altebach II nur „ruhend gestellt“ und nicht aufgehoben hat. Man will sich hier scheinbar eine Option offenhalten. Nicht bedacht wurde, dass wenn der GIB Altebach II einmal entfallen ist, die Ziele der Raumordnung einer gewerblichen Entwicklung an dieser Stelle entgegen stünden. Wenn dann der GIB Lindscheid nach einer wahrscheinlich erfolgreichen Klage gegen den Regionalplan vom OVG für unwirksam erklärt würde, hätte die Gemeinde womöglich weder den einen noch den anderen GIB zur Verfügung. Der Regionalrat würde der Gemeinde Eitorf somit einen „Bärendienst“ erweisen, wenn er am GIB Lindscheid festhielte. Ich bitte auch dies bei Ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

AZ: Ö-M-2-18	
1027021	
1032617_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>In der vorbezeichneten Angelegenheit vertreten wir bekanntlich die rechtlichen Interessen der Firma [ANONYMISIERT], anwaltlich. Eine auf uns lautende Vollmacht der [ANONYMISIERT] haben wir Ihrem Hause bereits mit Schreiben vom [ANONYMISIERT] vorgelegt.</p> <p>Namens und im Auftrag unserer Mandantin nehmen wir zu dem Regionalplan Köln in der Fassung des 2. Planentwurfs wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln (Anlage 2 - 4 Blatt 02-03) in der Fassung des 2. Planentwurfs sollen die in der nachfolgenden Abbildung 1 gekennzeichneten Flächen in der Gemeinde Titz als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Bei diesen Flächen handelt es sich teils um ehemalige, teils um in Betrieb befindliche und teils um geplante Abgrabungs- und Deponieflächen der mit unserer Mandantin verbundenen [ANONYMISIERT], auf denen unsere Mandantin nach Beendigung des Abgrabungs- und Deponiebetriebs ihres Schwesterunternehmens in dem in unserer Stellungnahme zum 1. Planentwurf des Regionalplans Köln vom 22.04.2022 dargelegten Umfang die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen anstrebt.</p> <p>Da eine BSN-Darstellung mit der geplanten Nutzung unserer Mandantin kollidieren würde, haben wir in der vorgenannten Stellungnahme darum gebeten, von einer BSN-Darstellung der für die geplante Erzeugung von Solarenergie in Aussicht genommenen Teilflächen abzusehen. Dieser Bitte wurde im 2. Planentwurf des Regionalplans Köln nicht entsprochen. Hiergegen bestehen erhebliche Bedenken, die auch nicht durch die in Anlage B-3 zum 2. Planentwurf gegebene Begründung ausgeräumt werden können.</p> <p>Darin wird zu Az.: Ö-M-34, ID-Nr. 1000836, ausgeführt, dass die Festlegung der BSN zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt worden sei. Der Fachbeitrag stelle gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1000586 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus gilt, dass laut §8 (2) LNatSchG NRW der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege unter folgenden Maßgaben regelmäßig zu aktualisieren ist: "Eine Aktualisierung ist vorzunehmen, soweit dies nach Maßgabe des § 9 Absatz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes erforderlich ist, <u>in der Regel jedoch alle zehn Jahre</u>. <u>Die Aktualisierung hat rechtzeitig vor Aufstellung des Regionalplans zu erfolgen</u>."</p> <p>Die Vorgaben des § 9 Absatz 4 BNatSchG besagen: "Die Landschaftsplanung ist fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere <u>weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind</u>. Die Fortschreibung kann als sachlicher oder räumlicher Teilplan erfolgen, sofern die Umstände, die die Fortschreibung begründen, sachlich oder räumlich begrenzt sind." Die vorgetragenen Bedenken beinhalten keine wesentliche Veränderung von Natur und Landschaft im Planungsraum. Es wird auf eine lokal begrenzte Betroffenheit verwiesen, die eine Abweichung zwischen dem Fachbeitrag für Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) und den aktuellen Umständen im Bestand sieht.</p> <p>Eine lokale Verschiebung der festgelegten Rekultivierungsziele begründet auf</p>

Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt worden seien unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen seien nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen worden, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspreche.

Zwar trifft es zu, dass der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW gemäß § 8 LNatSchG NRW eine Grundlage für die Regionalplanung bildet. Soweit in dem Fachbeitrag des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln aus dem Jahr 2019 die vorliegend in Rede stehenden Flächen vollständig als Biotopverbundflächen von herausragender Bedeutung eingestuft wurden, entspricht der Fachbeitrag allerdings nicht mehr dem aktuellen Stand und ist schon lange von der tatsächlichen Entwicklung überholt, sodass er insoweit keine geeignete fachliche Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen darstellen kann. Vielmehr besteht insoweit nach § 8 Abs. 4 LNatSchG i. V. m. § 9 Abs. 4 BNatSchG eine zwingende Verpflichtung zur Aktualisierung des Fachbeitrags. Die Verpflichtung korrespondiert mit der in § 9 Abs. 4 BNatSchG normierten Verpflichtung, die Landschaftsplanung – hierzu gehört auch der Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan – fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf die Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen und zu erwarten sind.

Ausweislich der Anlage_I.6_Düren_Heinsberg zum vorgenannten Fachbeitrag sind die vorliegend in Rede stehenden Flächen als "Verbundflächen Stillgewässer" dargestellt (siehe nachfolgende Abbildung 2).

[Abbildung]

Als Leitarten für den Zielartenverbund für Arten der Stillgewässergilde werden in der Anlage_I.6_Düren_Heinsberg für den hier fraglichen Bereich die Kreuzkröte und die Wechselkröte aufgeführt (siehe nachfolgende Abbildung 3), die als Pionierarten in Kleinstgewässern, Tümpeln und Abgrabungsgewässern mit sonnenexponierten Flachufern insbesondere in Abgrabungsbereichen vorkommen.

[Abbildung]

Aus den im LINFOS NRW hinterlegten Daten ist ersichtlich, dass die Einstufung als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung maßgeblich auf die ursprünglich dort vorhandenen, im Zusammenhang mit dem Betrieb der Zuckerrübenfabrik angelegten Klärbecken der Firma Pfeifer & Langen sowie die vormals im nordwestlichen Teil der Biotopverbundfläche betriebene Abgrabung mit offenen, von Steilwänden umgebenen Sand- und Kiesflächen mit Pionier- und Ruderaluren und mehreren Kleingewässern zurückging (siehe textliche Beschreibung des LANUV zu VB-K-4904-006).

regionalplanerischer Maßstabebenen nicht, eine fehlende Bedeutung für den Regionalen Biotopverbund. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Eine laufende Aktualisierung des Fachbeitrags innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Während des Aufstellungsverfahrens kann es stetig zu lokal begrenzten Änderungen kommen, die keine Auswirkungen auf den Gesamtplan haben. Stattdessen wird auf Basis der Beratung gemäß § 34 LPlG sichergestellt, dass eine Berücksichtigung der konkreten Umstände erfolgt.

Die raumordnerischen Rahmenbedingungen zur Prüfung von Freiflächen-Solaranlagen finden sich in den Zielen 10.2-14 „Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum“ und 10.2-15 „Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie“ sowie in den Grundsätzen bis einschließlich 10.2-18 „Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum“ des LEP wieder. Hierbei ist vorhabenspezifisch neben der „Raumbedeutsamkeit“ bspw. die Bodenzahl oder auch die Vereinbarkeit mit Nutz- und Schutzfunktionen zu überprüfen. Je nach Vorliegen von Betroffenheit können auf Grund eines veränderten Planungsbereiches Konflikte gelöst oder verstärkt werden. Daher kann nur die Landesplanerische Anfrage (§ 34 LPlG NRW) Gewissheit geben, ob die Planung zulässig ist.

Die vorgenannten Festlegungen des LEP beziehen sich allerdings nicht auf privilegierte Vorhaben nach § 35 (1) Nr. 8 b) und § 35 (1) Nr. 9 BauGB. Hierbei gilt die Einschränkung, dass raumbedeutsame Anlagen dennoch den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen dürfen.

Ein „allgemeiner“ Ausschluss von Planungen und Maßnahmen in BSLE erfolgt generell nicht. Ob eine Inanspruchnahme von BSN und Waldbereichen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wird bei privilegierten und nicht raumbedeutsamen Anlagen in der Einzelfallprüfung überprüft. Die Vereinbarkeit mit Regionalen Grünzügen kann auch bei raumbedeutsamen Anlagen gegeben sein, bspw. bei Vorliegen ausschließlich klimatischer Funktion oder Anwendung von Maßnahmen zur Verminderung der potenziellen Beeinträchtigungen (siehe hierzu LEP Ziel 10.2-14). Bei der Prüfung werden selbstverständlich auch die Belange des §2 EEG berücksichtigt.

Die Einzelfallbetrachtung erfolgt aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen des Verfahrens nach § 34 LPlG. Eine allgemein gültige Aussage zu der angeregten Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen. Ob eine Inanspruchnahme von BSN bzgl. der

Wie bereits in unserer Stellungnahme vom 22.04.2022 dargelegt und aus der nachfolgenden Abbildung 4 ersichtlich, sind die für die damalige Einstufung maßgeblichen Strukturen nicht mehr vorhanden. Im südlichen Teil der "Biotopverbundfläche" wurden die ehemals vorhandenen Hochpolder der Firma Pfeifer & Langen bereits vor vielen Jahren beseitigt. Die betreffenden Flächen unterliegen heute auf der Grundlage rechtsgültiger Bauleitpläne der Gemeinde Titz und bestandskräftiger Genehmigungen vollständig einer gewerblich-industriellen Nutzung. Im nördlichen Teil der "Biotopverbundfläche" befinden sich östlich der ehemaligen Bahntrasse die Flächen des ehemaligen Tagebaus Noah, in dem in Kürze der Betrieb der gleichnamigen DK 0-Deponie aufgenommen werden soll. Der hierfür erforderliche abfallrechtliche Planfeststellungsbeschluss liegt seit dem 16.12.2022 vor, ist bestandskräftig und schreibt vor, dass die Deponie mit einer Oberflächenabdichtung zu versehen und im zentralen Bereich als extensive Grünlandfläche zu rekultivieren ist. Die Anlage von Stillgewässern ist dort dagegen weder vorgesehen, noch aus technischen Gründen (Oberflächenabdichtung) möglich. Die westlich der ehemaligen Bahntrasse gelegenen Altpolderflächen sind inzwischen ebenfalls vollständig wiederverfüllt und wurden - bis auf die Altpolder 1 und 2 sowie kleinere Randflächen der Altpolder 4 und 5 - im zentralen Bereich als extensive Grünlandfläche rekultiviert. Im Rahmen der im Parallelverfahren anhängigen 25. Änderung des Flächennutzungsplans sowie der Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 56 soll hier ein Sondergebiet "Freiflächen-Photovoltaikanlage Ameln" ausgewiesen werden.

[Abbildung]

Lediglich im Bereich der vorerwähnten Altpolder 1 und 2 sowie der genannten Randflächen der Altpolder 4 und 5 sind Stillgewässer sowie Offenlandstrukturen vorhanden, die für die vom LANUV NRW als wertgebend für die Biotopverbundfläche eingestuft Pionierarten Kreuz- und Wechselkröte geeignete Habitatbedingungen aufweisen. Die Offenlandstrukturen sind in der nachfolgenden Abbildung 5 rot umrandet und die Stillgewässer blau umrandet gekennzeichnet.

[Abbildung]

Allenfalls diese außerhalb der von unserer Mandantin für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen gelegenen Teilflächen können demnach für die genannten Arten der Stillgewässer eine Biotopverbundfunktion übernehmen.

Insofern ist der Fachbeitrag des LANUV NRW aus dem Jahr 2019 zwingend aktualisierungsbedürftig und die BSN-Darstellung im 2. Planentwurf hinsichtlich ihrer räumlichen Ausdehnung erheblich zu reduzieren.

Als Grundlage für eine BSN-Darstellung der im Teilplan NR in der Fassung des 2. Planentwurfs als BSAB dargestellten Abgrabungserweiterungen südlich des Tagebaus Noah kann der Fachbeitrag im Übrigen bereits deshalb nicht herangezogen werden, weil letztgenannte Flächen derzeit weit überwiegend noch einer ackerbaulichen Intensivnutzung unterliegen und vom LANUV NRW nicht als Biotopverbundfläche eingestuft wurden.

geschilderten Umstände für Freiflächen-Fotovoltaik mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wird in der Einzelfallprüfung des 34er-Verfahrens überprüft.

Es existieren auch keine Schutzgebietsfestsetzungen, die eine BSN-Darstellung in der im 2. Planentwurf vorgesehenen räumlichen Ausdehnung zu rechtfertigen vermögen. Die Flächen der oben genannten Altpolder sowie des Tagebaus bzw. der Deponie Noah sind im Landschaftsplan "Titz/Jülich-Ost" des Kreises Düren lediglich als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen. Eine Ausweisung als Naturschutzgebiet ist dagegen nicht geplant. Der Landschaftsplan enthält zudem eine salvatorische Klausel, wonach bei der Aufstellung, Änderung und Ergänzung eines Bebauungsplanes mit dessen Rechtsverbindlichkeit widersprechende Darstellungen und Festsetzungen des Landschaftsplanes außer Kraft treten, soweit der Träger der Landschaftsplanung im Beteiligungsverfahren diesem Plan nicht widersprochen hat. Nach unserem Kenntnisstand wurden seitens des Trägers der Landschaftsplanung in dem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 56 der Gemeinde Titz keine Bedenken gegen die Ausweisung eines Sondergebiets für Freiflächensolaranlagen geltend gemacht. Dementsprechend ist davon auszugehen, dass die Landschaftsschutzgebietsfestsetzung sowie die diesbezüglichen Schutzanordnungen mit Inkrafttreten des vorgenannten Bebauungsplans ihre Wirksamkeit verlieren. Die im Teilplan NR für eine BSAB-Darstellung vorgesehenen Abgrabungserweiterungsflächen, die im 2. Planentwurf des Regionalplans Köln zugleich als Deponiestandort ausgewiesen werden sollen, liegen schließlich vollständig außerhalb von geschützten Teilen von Natur und Landschaft. Für sie existieren gar keine Schutzgebietsfestsetzungen. Hier können sich - wenn überhaupt - allenfalls während des Abgrabungsbetriebs temporär Pionierarten der Abgrabungsstandorte einstellen, die mit der nach Abbauende abschnittsweise und sukzessive erfolgenden Aufnahme des Deponiebetriebs allerdings zwangsläufig wieder verloren gehen werden.

Wir dürfen Sie daher nochmals bitten, von einer BSN-Darstellung der von unserer Mandantin für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen in Aussicht genommenen Teilflächen abzusehen.

In diesem Zusammenhang erlauben wir uns den Hinweis, dass die BSN-Darstellung, soweit sie die Altpolder westlich der ehemaligen Bahntrasse umfasst, über die im Teilplan NR in der Fassung des 2. Planentwurfs vorgesehene Darstellung des BSAB-L-23 hinausgeht. Insoweit kann es sich demnach nicht - wie in der Anlage B 3 zum 2. Planentwurf angedeutet – lediglich um eine nachrichtliche Übernahme des im Teilplan NR in der Fassung des 2. Planentwurfs für den BSAB-L-23 festgesetzten Rekultivierungsziels handeln.

Für die von der gleichnamigen DK 0-Deponie eingenommenen Teilflächen des Tagebaus Noah wurde die Oberflächenrekultivierung zudem bereits in dem von der Bezirksregierung Arnsberg erlassenen bestandskräftigen abfallrechtlichen Planfeststellungsbeschluss vom 16.12.2022, Az.: 61.qu105-3.7-2013-1, geregelt. Dort wird bestimmt, dass die Flächen nach Beendigung des Deponiebetriebs und Aufbringung der Oberflächenabdichtung als Extensivgrünland zu rekultivieren sind. Eine entsprechende Rekultivierung ist auch für das südliche Drittel der Tagebaufläche Noah vorgesehen, für die das abfallrechtliche Planfeststellungsverfahren mit Blick auf die inzwischen vorgesehene Darstellung als Deponiefläche im Regionalplan Köln in

Kürze fortgeführt werden soll. Für die Süderweiterung des Tagebaus Noah schreibt der bestandskräftige bergrechtliche Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Arnsberg vom 18.05.2021, Az.: 62.05.2-2019-2, schließlich eine Wiedernutzbarmachung als landwirtschaftliche Nutzfläche (Acker) vor, sodass eine Eignung als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung ausgeschlossen werden kann.

Da die im Teilplan NR für eine BSAB-Darstellung vorgesehenen Flächen nach Beendigung der Rohstoffgewinnung entsprechend der nunmehr im Regionalplan Köln in der Fassung des 2. Planentwurfs vorgesehenen Darstellung für den Betrieb einer DK 0-Deponie genutzt werden sollen, ist auch für die Zukunft nicht damit zu rechnen, dass sie sich zu einer Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung entwickeln werden. Denn die Rekultivierungsmöglichkeiten sind aufgrund des Umstands, dass die künftigen Deponieflächen – ebenso wie die Deponien Polder 3 und Noah - aus Gründen des Grundwasserschutzes mit einer Oberflächenabdichtung versehen werden müssen, eingeschränkt. Dort können weder tiefwurzelnde Gehölze gepflanzt, noch Wasserflächen angelegt werden, da diese zwangsläufig zu einer aus Grundwasserschutzgründen unbedingt zu vermeidenden Beschädigung des Oberflächenabdichtungssystems führen würden. Auch eine natürliche Sukzessionsentwicklung ist deshalb auf den betreffenden Flächen nicht möglich. Eine Umsetzung des im Teilplan NR vorgesehenen Rekultivierungsziels BSN ist daher auf den betreffenden Flächen objektiv nicht möglich. Von einer entsprechenden Darstellung ist daher sowohl im Teilplan NR als auch im Regionalplan Köln abzusehen.

Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-187	
1028492	
1034062_001	
<p>Inhalt</p> <p>Ich vertrete die rechtlichen Interessen der [ANONYMISIERT]. Die entsprechenden auf mich lautenden Vollmachten füge ich diesem Schreiben als Anlage bei.</p> <p>Meine Mandanten sind Eigentümer u. a. folgender Flurstücke:</p> <ul style="list-style-type: none"> - [ANONYMISIERT] sowie - [ANONYMISIERT] - [ANONYMISIERT] <p>Als Eigentümer der o. g. Flurstücke ist meine Partei von der geplanten Reaktivierungsmaßnahme, die in der Neuauftellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (2. Planentwurf) ausgewiesen ist, erheblich betroffen.</p> <p>Ausweislich des Planentwurfs soll die reaktivierte Strecke zwischen Linnich und Baal in Form der sogenannten westlichen Variante so aufgenommen werden, dass von der ursprünglichen Bestandstrasse bereits am südwestlichen Ortsrand von Hückelhoven-Rurich Richtung Nordwesten abgewichen werdenl und dann in relativ enger Bündelung dem Malefinkbach bis zum Bahndamm der vorhandenen Strecke Aachen-Mönchengladbach folgen und dann bis zum Bahnhof Baal reichen soll.</p> <p>Würde der Plan so geändert, wie dies beabsichtigt ist, würden die Flurstücke meiner Partei, die bereits durch die alte Bahntrasse durchschnitten worden sind, erneut erheblich beeinträchtigt. Die alte Bahntrasse durchschneidet im Wesentlichen schon die arrondierten Flächen meiner Mandantschaft, insbesondere sind hier die Flächen [ANONYMISIERT] erheblich betroffen.</p> <p>Nunmehr soll neben der Durchschneidung der alten Strecke auch noch insbesondere das im Eigentum meiner Mandantschaft stehende Flurstück [ANONYMISIERT] durch die neu geplante Trasse durchschnitten werden. Das durch die Planung betroffene Grundstück [ANONYMISIERT] würde durch die beabsichtigte Trassenführung praktisch zweigeteilt, wobei der westlich gelegene Teil wertlos werden würde.</p> <p>Es kann nicht angehen, dass — nachdem die arrondierten Flächen meiner Partei bereits durch die alte Trasse durchschnitten wurden — nunmehr durch die neue Trassenführung noch ein zweiter Bereich der Flächen meiner Partei entwertet werden soll.</p> <p>Um die Umwelt möglichst zu schonen, wäre es vielmehr angeraten, die Reaktivierung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die bestehende Festlegung erfolgt hier gemäß <i>G.54 Festlegungen für Schienenplanungen aus den Bedarfsplänen berücksichtigen</i> als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Konkretisierung, da bislang noch keine Planfeststellung vorliegt. Eine Konkretisierung der Linienführung bzw. Suche einer raumverträglichen Trassierung erfolgt erst in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren. Dabei soll das Gebot der flächensparenden Bündelung von Verkehrstrassen gemäß LEP NRW berücksichtigt werden. Die vorgebrachten Hinweise sind folglich Hinweise für die nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

auf der alten Trassenführung durchzuführen, damit noch weitere Ressourcen unnötig gebraucht würden. Die alte Trasse ist schließlich vorhanden und kann insoweit ohne Weiteres wieder reaktiviert werden.

Im Hinblick darauf, dass die Flurstücke meiner Mandantschaft bereits schon einmal durch die Trassenführung durchschnitten wurden, ist eine zweite Durchschneidung der Flurstücke meiner Partei durch die nunmehr geplante westliche Variante nicht hinnehmbar.

Selbst wenn aber die Strecke so wie geplant durchgeführt wird, müsste zumindest die alte Trasse, soweit sie die Grundstücke meine Partei durchschneidet, rekultiviert und meine Partei rückübereignet werden.

AZ: Ö-M-2-188	
1028498	
1034073_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Gemeinde Niederzier, Bereich "Tagesanlagen Tgb. Hambach und Kohlebunker":</u></p> <p>Die in der Entwurfsplanung dargestellte Ausweisung als ASB und „GIBtrans" unterstützt das durch Gemeinde Niederzier, Neuland Hambach GmbH sowie Perspektive.Struktur.Wandel GmbH erarbeitete Strukturkonzept für die künftige Folgenutzung des Areals und wird dementsprechend begrüßt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

InhaltStadt Frechen; Bereich Brikettfabrik „Wachtberg“:

Im überarbeiteten Entwurf des Regionalplans wurde in der zeichnerischen Darstellung im Stadtgebiet Frechen die gewerbliche-industrielle Ausweisung im Bereich der Brikettfabrik nach Süden erweitert (sog. Fläche „Wachtberg II“). Diese Fläche ist nicht Bestandteil der bisherigen Konsensvereinbarung zwischen der PSW GmbH und der Stadt Frechen.

Das Areal der Brikettfabrik Wachtberg ist hervorragend infrastrukturell angebunden und eignet sich aufgrund seiner baulichen und betrieblichen Vornutzung besonders gut für gewerbliche und industrielle Ansiedlungen. Die PSW GmbH als gemeinsame Gesellschaft von Land NRW und RWE Power erarbeitet derzeit gemeinsam mit der Stadt Frechen unter Berücksichtigung denkmalwerter Substanz ein neues Strukturkonzept für den Bereich Wachtberg (1), das eine Grundlage für die Folgenutzung des Konversionsstandortes sowie die weitere Bauleiplanung sein soll. Hierdurch soll der Strukturwandel insbesondere mit der Ansiedlung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze unterstützt und gleichzeitig die Versiegelung von Freiflächen vermieden werden.

Durch die nunmehr dargestellte Neuausweisung weiterer gewerblich-industrieller Flächen im südlichen Anschluss an die Brikettfabrik sind erhebliche Einschränkungen (z.B. durch fehlende Schallkontingente) für die Entwicklung der Konversionsfläche „Wachtberg“ zu erwarten. Durch die Ausweisung von gewerblichen Flächen in einem Waldgebiet ist zudem ein erheblicher Widerstand aus der Zivilgesellschaft zu erwarten, sodass ein Akzeptanzverlust für die laufende Entwicklung im Bereich der Konversionsfläche bezogen auf die umliegende Wohnbebauung nicht ausgeschlossen werden kann. Vor diesem Hintergrund regen wir an, die Ausweisung der zusätzlichen Flächen („Wachtberg II“) zunächst so lange zurückzustellen, bis negative Auswirkungen auf die laufende gewerbliche-industrielle Entwicklung zur Folgenutzung der Konversionsfläche „Wachtberg“ ausgeschlossen werden können. Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass die Grundstückseigentümerin RWE absehbar keine Rodungen von eigenen Waldflächen im Bereich „Wachtberg II“ beabsichtigt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003657).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

InhaltStadt Bergheim, Bereich Kraftwerk Niederaußem:

Seitens der PSW GmbH wird die Ausweisung der Kraftwerksanschlussfläche in Bergheim-Niederaußem als „GIBtrans“ begrüßt. Neben dieser Fläche sind auch die nordwestlich sowie südöstlich angrenzenden Flächen Teil des durch die PSW GmbH in enger Abstimmung mit der Kreisstadt Bergheim laufenden Qualifikationsprozesses. Daher regen wir an, auch diese Bereiche als GIB auszuweisen. Durch die Erweiterung der Fläche könnte die gewerblich-industrielle Nachnutzung im Umfeld des Kraftwerks- und Fabrikstandortes Niederaußem bereits vor Abschaltung des letzten Braunkohlenkraftwerksblockes beginnen und somit frühzeitig Raum für die Schaffung von Folgearbeitsplätzen im Sinne des Strukturwandels bieten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung ausgedrückt und darüber hinaus wird bezüglich einer Erweiterung des Standortes die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung aufrecht erhalten (vgl. ID 1010554 der 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (siehe auch ID 1011374). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-19	
1027030	
1032638_001	
<p>Inhalt</p> <p>Ich bewirtschafte in Bergheim-Glessen einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit einer intensiven ackerbaulichen Nutzung. Der im Entwurf vorliegende neue Regionalplan weist in seiner kartenmäßigen Darstellung im Bereich Hüchelhoven (Glessen, Büsdorf) sowie Geyen (Manstedten) hochwertige Ackerfläche als künftige BSL-Flächen (Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung) aus. Vor dieser geplanten BSL-Ausweisung bin ich sowohl als Eigentümer wie auch als Pächter in einem Umfang von ca. 120 ha betroffen. Zudem soll in Bergheim-Glessen das Naturschutzgebiet (BSN - Schutz der Natur) erweitert werden. In meinem Fall ist dies betriebswirtschaftlich existenzgefährdend, da das Gebiet im neuen Regionalplan meinen Hof einschließt (den [ANONYMISIERT]) sowie die direkten Nachbarflächen betrifft. Von der Erweiterung des Naturschutzgebietes wären so die Hofstelle wie ca. 10 ha forstwirtschaftliche Fläche betroffen, hiergegen lege ich einen deutlichen Einspruch ein.</p> <p>Aus meiner Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der forstwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird.</p> <p>Zudem möchte ich Einspruch erheben gegen den geplanten Verlauf des Schienennetzes zwischen Glessen und Oberaußen. Hiervon wäre ein erheblicher Teil meiner Flächen betroffen und ich würde Flächen verlieren, die für die Existenz des Betriebes von größter Bedeutung sind.</p> <p>Es wird glaube ich sehr deutlich, in welchem Ausmaße mein Betrieb vom neuen Regionalplan betroffen wäre.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der 1. Öffentlichen Auslegung. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der 1. Öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1011487).</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird in Hinblick auf das festgelegte Schienennetz auf Folgendes verwiesen: Entsprechend der Plankonzeption werden geplante Schienenwege festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Darüber hinaus werden in der zeichnerischen Festlegung sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen nur dargestellt, wenn deren Bedarf durch die Fachplanung bzw. den Vorhabenträger dargelegt und durch den Regionalrat bestätigt wurde (vgl. Begründung Kapitel 5.1.3). Dies ist bei der betreffenden Neubaumaßnahme der Fall. Die Festlegung entspricht einem Grundsatz der Raumordnung, der gem. § 4 (1) ROG in den nachfolgenden Planverfahren zu berücksichtigen ist. Gemäß den Erläuterungen zu G.55 <i>Festlegung für sonstige regionalbedeutsame Schienenplanungen</i> erfolgt die Festlegung als Grobtrasse. Die Grobtrasse zeigt eine Lage an, die die Planung in Bezug zu anderen Raumnutzungen und Raumfunktionen setzt, z.B. eine Linienführung entlang oder durch einen ASB. Sie ist von der Fachplanung weiter zu konkretisieren. Die vorgebrachten Belange sind folglich als Hinweise in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.</p>

AZ: Ö-M-2-191	
1028472	
1034039	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Hiermit möchte ich erneut mein Bedenken äußern zur Neuaufstellung des Regionalplanes NRW.</p> <p>Ich betreibe einen landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetrieb im Kreis Euskirchen, Gemarkung Dahlem. Ich habe festgestellt, das ein Teil meiner eigenen Fläche, laut neuem Regionalplan, zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden soll. Da diese Fläche auch im Winter von einigen Jungtieren beweidet wird, sehe ich da ein großes Problem. Ich bin auf diese Fläche angewiesen, da betriebsnah keine Ausweichfläche zur Verfügung steht.</p> <p>Sollte diese Fläche doch zum Naturschutzgebiet erklärt werden, würde das die Existenz meines Nebenerwerbsbetriebes gefährden.</p> <p>Daher bitte ich Sie, bei dieser Fläche von der Ausweisung zum Schutz der Natur (BSN) abzusehen.</p> <p>Flächenangaben: Gemarkung Dahlem</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Anlage: Skizze von einer Flurkarte</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>[Anlagen]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den</p>

Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-M-2-192	
1028476	
1034043_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>hiermit erhebe ich Einwendung gegen den auf Ihrer Homepage veröffentlichten zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln.</p> <p>Der Regionalplan sieht eine Reihe von Entwertungen von Freiräumen mit wichtigen Funktionen für den Klimaschutz und den Artenschutz vor, u. a. der Flächen 1007696 und 1004881. Ich bitte darum, der Verantwortung für die folgenden Generationen dadurch gerecht zu werden, dass hier keine Änderung der Bewertung der Flächen erfolgt.</p> <p>1) Bürgerbusch Der Bürgerbusch ist das letzte große zusammenhängende Waldstück in Leverkusen. Im Sinne des Klima- und Artenschutzes und in Verantwortung gegenüber nachfolgenden Generationen ist dieser unbedingt als Ganzes zu erhalten und vor Zerschneidung zu schützen. Daher bitte ich darum, von den Planungen der L288n durch dieses Gebiet Abstand zu nehmen.</p> <p>2) Sportpark Leverkusen (Fläche 1006011) In Anbetracht der wenigen unversiegelten Flächen im Zentrum der Stadt und der Belastung durch die Autobahn ist es unbedingt notwendig, die Fläche zwischen Autobahn, Dhünn, dem Stadion und der Eisenbahn als Freiraumflächen zu erhalten. Dies ist auch zum Schutz des Fließgewässers der Dhünn und aus Gründen des Hochwasserschutzes notwendig. Außerdem gehört dieser Bereich Leverkusens bereits jetzt zu den am stärksten von sommerlicher Erhitzung betroffenen. Eine weitere Versiegelung würde hier zu weiteren gesundheitlichen Gefahren für die Bevölkerung führen, wenn nicht in der Umgebung andere Flächen dafür entsiegelt werden. Für eine solche liegen bisher keine Anhaltspunkte vor. Auch vor dem Hintergrund, dass dieser Bereich bereits durch die Anlage von Sportanlagen entwertet wurde, die hinsichtlich des Artenschutzes eine deutliche Verschlechterung gegenüber der vormaligen Auenlandschaft nahe des FFH-Gebietes der Dhünn darstellt, bitte ich dringend darum, hier keine Nutzungsänderung der Fläche vorzunehmen.</p> <p>3) Auf den Heunen (Fläche 1001462) Auf den Heunen wurden Teile eines Landschaftsschutzgebietes als potentiell bebaubares Grundstück eingezeichnet. Es ist nicht klar, ob die Höhere Naturschutzbehörde einer damit verbundenen Aufhebung von dem Schutzstatus der</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans geplante Straßen festgelegt werden, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung. Der konkrete Verlauf der Trasse wurde noch nicht hinreichend räumlich konkretisiert. Insofern können die angesprochen Belange auf den nachlegarten Planungs- und Genehmigungsebenen berücksichtigt werden.</p> <p>Zu 2.)</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch</p>

Flächen zugestimmt hat. In jedem Fall liegen keine zwingenden Umstände für eine solche Zustimmung vor, da für die hier geplante Feuerwache etwa gleichwertige Flächen in nächster Nähe vorhanden sind. Nach § 66 (3) sind außerdem Naturschutzvereinigungen an der Erteilung von der Erteilung von Befreiungen von Verboten zum Schutz von geschützten Landschaftsbestandteilen zu beteiligen. Bevor eine solche vorliegt, ist daher der Schutzstatus in der Regionalplanung nicht aufzuheben. Denn dieser ist für die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen dringend notwendig.

Zwar hat die Stadt Leverkusen den Standort mit einer Matrix begründet. Allerdings läge bei einer Verschiebung der Prioritäten, v. a. auch hinsichtlich der Geruchsbelästigung am geplanten Standort, der Standort „Auf den Heunen“ nicht auf dem 1. Platz. Daher ist diese Matrix nicht geeignet, als Begründung für eine Aufhebung des Schutzstatus herangezogen zu werden. Die Priorisierung und die Entscheidung liegt dabei nicht allein im Ermessen der Stadt Leverkusen, zumal die Voraussetzungen dafür, dass sich der Rat für eine Weiterverfolgung des Projektes ausgesprochen hat, nämlich eine Entsiegelung von Flächen gleichen Umfangs, nicht vorliegen. Daher bitte ich dringend darum, hier keine Änderung der Flächennutzung vorzunehmen.

Ich bitte um eine Bestätigung des fristgerechten Eingangs meines Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISIERT]

bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 3.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des

LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-194	
1028499	
1034074_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>wir nehmen zunächst Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben, datierend vom 31.08.2022, zur ersten Offenlage.</p> <p>In der Sache teilen wir Ihnen nunmehr mit, dass uns die Eheleute [ANONYMISIERT], sowie deren Sohn [ANONYMISIERT], auch weiterhin mit ihrer Interessenwahrnehmung beauftragt haben.</p> <p>Bei Bedarf werden wir eine weitere Vollmacht vorlegen.</p> <p>Allerdings ist unsere Tätigkeit noch von der vorgehenden Vollmacht gedeckt.</p> <p>Im Hinblick auf die zweite Offenlage geben wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft folgende Stellungnahme ab:</p> <p>1. Die uns vorliegenden Unterlagen lassen nicht genau und exakt erkennen, wo die Grenzen des Regionalplanes Köln tatsächlich verlaufen.</p> <p>2. Aus den uns jetzt vorliegenden Unterlagen können wir allerdings erkennen, dass der landwirtschaftliche Vollerwerbsbetrieb unseres Mandanten ggf. vollumfänglich auch von der jetzigen Regionalplanung erfasst ist, d.h. hier stellt sich die Frage, wie der Betrieb in der Folge noch bewirtschaftet werden kann.</p> <p>3. Dieserhalb nehmen wir weiterhin Bezug auf die Ausführungen zur zweiten Offenlage, hier Ziffer 4.3, Ziffer 4.3.1, Bereiche für den Schutz der Natur.</p> <p>Insoweit heißt es u.a.:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von BSN für eine nicht den Schutz- und Entwicklungszielen entsprechende Nutzung darf nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen.“</p> <p>Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist aber absolut nicht erkennbar, dass Sie einer solchen Forderung auch nur im Geringsten Rechnung getragen hätten, bzw. dass die betrieblichen Einwirkungen des Betriebes unserer Mandantschaft in die Abwägung mit eingeflossen seien. In der Erläuterung Ihrerseits ergibt sich vielmehr folgende</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die</p>

Formulierung:

„Die Festlegung zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzung oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z. 20) und BSLE (Z 21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der vg. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der entsprechende Schutzzweck mit angemessenem Abstand sichergestellt werden kann.“

Aus Ihren weiteren Überlegungen ist allerdings nicht erkennbar, dass es auch nur im Geringsten eine Auseinandersetzung tatsächlicher Art gegeben hätte. Die betrieblichen Belange, wie seinerzeit mit oben genanntem Schreiben vorgetragen, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Eine Abwägung hat nie stattgefunden.

Wie verstehen Sie das Ganze, dass ca. 97 % der Eigentumsfläche nebst der Hofstelle von der aktuellen Planung betroffen sind. Wie kann hier Ausgleich geschaffen werden, wie kann der Betrieb überleben? Warum setzen Sie sich mit dieser Thematik nicht auseinander?

5.

Nun zu den betrieblichen Belangen unserer Mandantschaft.

Unsere Mandanten sind Eigentümer der zuvor genannten Parzelle, dazu gehört ein landwirtschaftlicher Betrieb, sowie landwirtschaftliche Nutzflächen. Die landwirtschaftlichen Nutzflächen sind verpachtet.

Dazu nun Folgendes:

[ANONYMISIERT]

In der Anlage übermitteln wir:

- Landpachtvertrag — Zupachtvertrag — vom 02.12.2020 zwischen

[ANONYMISIERT],

- Nutzungsvertrag vom 07.08.2020 zwischen [ANONYMISIERT].

Auf den Inhalt derselben nehmen wir ausdrücklich Bezug.

Auf das Einkommen aus dem landwirtschaftlichen Betrieb ist unsere Mandantschaft dringend angewiesen. Ungeachtet dessen besteht die Möglichkeit, dass der Betrieb nochmal aktiviert wird durch eigene Betriebsaufnahme, bzw. durch die Kinder unserer Mandantschaft.

Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des BSN verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des BSN an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB bzw. die (im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB ggf. privilegierte) Errichtung von Anlagen zur Erzeugung/Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urf. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Urf. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des BSN Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder

Eine Weiterführung des seit langem bestehenden Betriebes ist nur gewährleistet, wenn die bisher durchgeführten betrieblichen Komponenten weiterhin uneingeschränkt nutzbar sind. Aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen muss unsere Mandantschaft damit rechnen, dass durch Auflagen in der Düngung und im Pflanzenschutz die Bewirtschaftung erheblich beeinträchtigt wird.

Zudem muss damit gerechnet werden, dass der Wert der Eigentumsflächen durch die naturschutzrechtlichen Auflagen erheblich sinken wird.

Sie müssen mit einer Wertminderung und ggf. sogar der Unverkäuflichkeit dieser Flächen rechnen, aber auch, wie bereits angeführt, der Nichtwiederaufnahme eines landwirtschaftlichen Betriebes durch sie oder ihre Rechtsnachfolger.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unseres Mandanten somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen,
- Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Unserer Mandantschaft liegt derzeit ein Angebot betreffend Errichtung von Windrädern und Solarpark vor.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz dieses Betriebes sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG.

Auf die hierzu reichhaltige Literatur und Judikatur wird ausdrücklich hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5 % der Eigentumsflächen.

Ihrer Stellungnahme sehen wir entgegen.

[ANONYMISIERT]

vollständig durch Schutzfestsetzungen in der nachgelagerten Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-197	
1028477	
1034045_001	
<p>Inhalt</p> <p>Die [Anonymisiert] ist Eigentümerin eines ca. 570 ha großen Forstrevieres in Stolberg-Schevenhütte zwischen der Wehebachtalsperre und der Laufenburg (im Weiteren: „Laufenburger Wald“), welches in den nachstehenden beiden Forsteinrichtungswerken aus den Jahre 2000 und 2024 farbig dargestellt ist:</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Laufenburger Wald, Revierkarte 2000, damals noch ohne Kalamitätsflächen</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Laufenburger Wald, Revierkarte 2024, Kalamitätsflächen sind schwarz dargestellt</p> <p>Nach dem Zweiten Planentwurf 2024 zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln sollen große Teile des Forstreviers als Bereiche zum Schutz der Natur (BSN) festgelegt werden. Diese betrifft insbesondere den südlichen und südwestlichen Teil des Forstreviers, der im Süden an die Wehebachtalsperre und im Südwesten an Schevenhütte angrenzt. Nach den textlichen Festlegungen im Zweiten Planentwurf 2024 werden die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als Vorranggebiete festgelegt.</p> <p>In den angrenzenden Waldgebieten des Kreises Düren, dem Meroder Wald und dem Hochwald, ist dagegen keine Erweiterung der BSN-Flächen geplant. BSN sind dort weiterhin auf ausgewählte Bachläufe beschränkt. Ein nordwestlich des Laufenburger Waldes befindlicher Buchenwald von mehr als 100 ha Größe, der im Eigentum des Landes NRW steht, soll nur in geringem Umfang als BSN festgelegt werden.</p> <p>Zum Ersten Planentwurf 2021 hat die [Anonymisiert] mit Schreiben vom 31.08.2022 Stellung genommen und sich darin gegen die Festlegung von BSN auf ihrem Grundbesitz ausgesprochen.</p> <p>Dies vorausgeschickt geben wir für die [Anonymisiert] die folgende Stellungnahme zum Zweiten Planentwurf 2024 der Neuauufstellung des Regionalplans Köln ab und legen an:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Auf die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) auf dem Grundbesitz der Mandantin in Laufenburger Wald zu verzichten. 2. Hilfsweise, die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) auf 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.</p> <p>Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.</p> <p>Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den</p>

dem Grundbesitz der Mandantin im Laufenburger Wald auf den im geltenden Regionalplan festgelegten räumlichen Umfang zu begrenzen.

Die Anregungen werden wie folgt begründet:

Der Planentwurf erweist sich als abwägungsfehlerhaft, soweit der Laufenburger Wald großflächig als BSN festgelegt werden soll. Dem liegt eine fehlerhafte Ermittlung zugrunde, denn die betroffenen Waldbereiche bilden weder heute noch zukünftig eine Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung. Der dem Planentwurf zugrunde liegende Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) gibt die örtliche Situation nicht zutreffend wieder. Bei der Erarbeitung dieses Fachbeitrags, der aus dem Jahr 2019 stammt, rechtfertigte der Laufenburger Wald keine Einstufung als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung. Durch die seit 2018 und damit größtenteils nach Aufstellung des Fachbeitrags großflächig entstandenen Kalamitätsflächen hat sich die waldbauliche und ökologische Situation grundlegend verändert. Der Umfang der entstandenen Kalamitätsflächen wird im Vergleich der beiden oben abgebildeten Revierkarten aus den Jahren 2000 und 2024 (Kalamitätsflächen sind dort schwarz dargestellt) deutlich. Die naturschutzfachlichen Voraussetzungen einer Festlegung als BSN sind dadurch erst Recht nicht gegeben. Der Fachbeitrag, dem Erhebungen aus den Jahren vor 2019 zugrunde liegen, erweist sich damit auf den von Kalamitäten betroffenen Waldflächen als gänzlich überholt. Eine auf diese fachliche Grundlage gestützte erhebliche Vergrößerung der BSN im Laufenburger Wald wäre abwägungsfehlerhaft.

Im Einzelnen:

Nach § 7 Abs. 2 Satz 1, Abs. 7 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Das Abwägungsgebot ist verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet oder in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss.

Bei der planerischen Abwägung wird zwischen drei Phasen, nämlich der Ermittlung der Belange, deren Gewichtung und Bewertung und der Ausgleichsentscheidung im Verhältnis der Belange zueinander, also ihrer Relation, unterschieden. Dieses Mehrphasenmodell der Abwägung hat nicht nur Bedeutung für die Kontrollperspektive, sondern folgt auch der gedanklichen Struktur planerischer Entscheidungen. Nur ein Belang, der in seiner konkreten Bedeutung ermittelt worden ist, kann mit dem ihm zukommenden Gewicht in die nachfolgende Abwägungsentscheidung eingestellt werden; nur bei Einstellung aller Belange in die Abwägung mit dem ihnen jeweils objektiv zukommenden Gewicht ist eine „richtige“ Planungsentscheidung, d. h. eine Entscheidung gewährleistet, bei der die von der Planung berührten Belange so zu einander ins Verhältnis gesetzt worden sind, dass dem Gewicht der einzelnen Belange auch entsprochen wird und die Entscheidung dem Rechnung trägt. Gedanklich geht es in den verschiedenen Phasen der Abwägung darum, über den Vorgang der Informationsgewinnung und der Informationsverarbeitung

regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im Regionalplan.

Die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung der BSN vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.20) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor.

Bei der angesprochenen Regionalen Biotopverbundfläche "VB-K-5203-030 Laufenburger Wald" sind laut Landschaftsinformationssammlung NRW (LINFOS 2025) diese wertbestimmenden Merkmale aufgeführt:

- Dem Gebiet kommt aufgrund der großflächigen naturnahen Laubwäldern, des naturnahen Charakters vieler Fließgewässer und Quellbereiche und Feuchtwälder eine herausragende Bedeutung für den Schutz und Erhalt der fließgewässertypischen Lebensgemeinschaften zu.
- Die naturnahen Eichen- und Buchenbeständen sind wichtige Relikthabitate für Artengemeinschaften der Wälder in der stark durch Fichtenforste geprägten Rureifel.
- Im Rahmen des landesweiten Biotopverbundes ist das Gebiet ein wichtiges Element für die Vernetzung naturnaher Fließgewässer und naturnaher Laubwälder der

eine Ausgleichsentscheidung zwischen verschiedenen Belangen zu treffen, wobei diese entsprechend ihrer objektiven Gewichtigkeit proportional sein muss. Dabei kommt der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials als Phase der Informationsbewertung dieser Belange eine Gelenkfunktion zur eigentlichen Abwägung zu. Die Einstellung der Belange ist gewissermaßen das „Nadelöhr“, durch das die Belange Eingang in den Vorgang der Gewichtung und letztlich der Ausgleichsentscheidung finden. Nur ermittelte und gewichtete Belange bilden die Basis für die Planungsentscheidung.

Die an die Abwägung im Einzelnen zu stellenden Anforderungen richten sich nach dem Regelungsgehalt der raumordnerischen Festlegung. Das Abwägungsgebot gilt sowohl für Ziele als auch für Grundsätze der Raumplanung. Allerdings sind die Anforderungen, die an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte zu stellen sind, umso höher, je konkreter und strikter die raumordnerische Festlegung ausgestaltet ist. Festlegungen mit Zielqualität nach § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG müssen abschließend abgewogen sein. Auch sie bedürfen zwar in aller Regel der weiteren Konkretisierung – etwa durch eine fachplanungsrechtliche Entscheidung –, um zu genauen Festlegungen für einzelne raumbedeutsame Maßnahmen zu gelangen. Mit ihnen trifft der Plangeber aber eine Entscheidung, die für die Abwägungs- und Ermessensentscheidungen der nachfolgenden Planungsebenen bindend sein soll.

Abschließend abgewogen sein muss ferner nur der nachfolgende Planungsentscheidungen bindende, raumordnerische „Zielkern“, während der „Zielrahmen“ der Konkretisierung durch nachfolgende Planungsentscheidung überlassen bleibt. Für die abschließende Abwägung eines „Zielkerns“ bedarf es einer vertieften Ermittlung der öffentlichen und privaten Belange, die für die Abwägung von Bedeutung sind, und einer umfassenden Bewertung.

Zu alledem: OVG Münster, Urt. v. 21.3.2024 – 11 D 133/20, BeckRS 2024, 9207 Rn. 98 ff.

Die im Planentwurf vorgesehenen BSN bilden als Vorranggebiete für Natur und Landschaft Ziele der Raumordnung i. S. v. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG. Sie müssen daher abschließend abgewogen sein und stellen vergleichsweise hohe Anforderungen an die Ermittlungstiefe und die Abwägungsdichte bei der Erarbeitung des Regionalplans. Sie bedürfen daher einer aktuellen, fachgerecht erstellten und nachvollziehbaren Bestandserfassung des gegenwärtigen Zustandes von Natur und Landschaft.

Wesentliche Grundlage für die geplante Darstellung der BSN ist der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019). Darin wird der Laufener Wald vollständig als „Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung“ eingestuft. Eine fachliche Begründung ist der Anlage I.5 „Karten zum Biotopverbundsystem für die Städteregion Aachen und Stadt Aachen“ des Fachbeitrages hingegen nicht zu entnehmen. In der Tab. 1.1 dieser Anlage I.5 sind allerdings bedeutsame Waldtypen für andere Kernbereiche in der Städteregion aufgeführt. Hiervon kommen im Laufener Wald die Feuchtwaldtypen Auen- und Moorwälder nur lokal entlang der Siefen vor. Auf den vorherrschenden Bodentypen Pseudogley und insbesondere Braunerde sind potentiell

Ruhreifel.

- Jagdrevier für verschiedene Fledermausarten (Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus, Wasserfledermaus, Braunes Langohr, Großer Abendsegler)

Das Schutzziel ist der Erhalt und die Entwicklung großflächiger naturnaher Laubwälder, naturnaher Fließgewässer und Feuchtwälder.

Hierfür wurden folgende Entwicklungsziele definiert:

- Erhalt des Wasserregimes
- Erhalt der Laubwaldbestände
- Umwandlung nicht-bodenständiger Gehölze
- naturnahe Waldbewirtschaftung
- Aufwertung der Gewässer, zum Beispiel durch Freistellen von Fichten

Abschließend ist auf § 44 LFoG NRW "Pflicht zur Wiederaufforstung" hinzuweisen, welcher § 11 BWaldG konkretisiert. In Absatz 1 wird geregelt, dass Kahlfächen und stark verlichtete Waldbestände innerhalb von zwei Jahren wieder aufzuforsten oder zu ergänzen sind, falls nicht die Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt oder sonst zulässig ist. Im Einzelfall könne als Wiederaufforstung auch die flächendeckende Entwicklung von Wald durch die natürliche Ansammlungen von Forstpflanzen von der Forstbehörde zugelassen werden. Auch bestimmte Formen der flächendeckenden Entwicklung von Wald durch Stockausschlag oder Wurzelbrut können von den Forstbehörden zugelassen werden.

Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt).

Buchenwälder verbreitet. Die wertvollsten Waldbereiche sind bereits durch die Naturschutzgebiete „Rotenbruchbach und Kannenhau“ und „Werschsiefen“ geschützt.

Naturschutzfachlich wertvolle Buchenwälder haben nur geringste Flächenanteile im Laufenburger Wald. Bedingt durch ein massives Buchensterben in den letzten 8-10 Jahren liegt der Buchenholzanteil mittlerweile nur noch unter 5 % der Revierfläche. Die verbliebenen Buchen-Altbestände im Revier Laufenburg sind so stark geschädigt, dass sie in den nächsten 5-10 Jahren gänzlich verschwunden sein werden. Verschiedene negative klimatische Faktoren haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass nicht nur Fichte und Buche, sondern auch die Baumarten Eiche, Esche, Birke und Ahorn teilweise um mehr als 50 % abgenommen haben. Die so entstandenen Freiflächen und Kahlschläge, die in der oben abgebildeten Revierkarte schwarz dargestellt sind und ca. 26 % der Revierfläche ausmachen, konnten inzwischen zu ca. 80 % mit den Bauarten Roteiche, Esskastanie, Küstentanne und Douglasie wieder aufgeforstet worden, um den Forstbetrieb und die Vollbestockung zu erhalten.

Vor diesem Hintergrund ist die Einstufung des Laufenburger Waldes als „Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung“ im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus fachlicher Sicht nicht nachzuvollziehen, insbesondere vor dem Hintergrund der klimatisch-forstwirtschaftlichen Entwicklung seit 2019.

Infolge der seit 2018 großflächig entstandenen Kalamitätsflächen im Wald dürfte der Fachbeitrag aus dem Jahre 2019 insgesamt überholt sein und keine geeignete und hinreichend aktuelle Datengrundlage für die Festlegung von BSN im Wald bilden. Die Anforderungen an die notwendige Ermittlungstiefe bei der Festlegung von Zielen der Raumordnung werden so verfehlt. Der Planentwurf erweist sich in dieser Hinsicht als abwägungsfehlerhaft.

Es wird angeregt, auf die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) auf dem Grundbesitz der Mandantin in Laufenburger Wald zu verzichten bzw. – hilfsweise – die Festlegung von BSN im Laufenburger Wald auf den im geltenden Regionalplan festgelegten räumlichen Umfang zu begrenzen.

Wir bitten Sie darum, uns den Eingang dieser Stellungnahme zu bestätigen.

AZ: Ö-M-2-198

1028479

1034047

Inhalt

Empfängeradresse: regional bezregierung Köln
Betreff: Widerspruch/Bedenken gegen das Bauvorhaben NEUHAUS (Erkelenz)

[ANONYMISIERT],

hiermit lege ich Widerspruch/Bedenken gegen das Bauvorhaben ein. Ich möchte meine tiefste Besorgnis über dieses Vorhaben zum Ausdruck bringen und darauf hinweisen, dass dies meiner Meinung nach negative Auswirkungen auf das Eigentum und mein Wohnumfeld haben wird. Als angrenzender Nachbar bin ich von diesem Bauvorhaben direkt betroffen und habe daher ein berechtigtes Interesse daran, meine Bedenken zu äußern. Ich bin der festen Überzeugung, dass die geplante Baumaßnahme Gewerbegebiet nicht in unserem Interesse liegt. Diese Meinung basiert auf folgenden Punkten:

1. Lärmbelästigung:

Das Bauvorhaben beinhaltet den Einsatz von schwerem Gerät und die damit einhergehende Lärmbelästigung stellt dies eine erhebliche Beeinträchtigung der ruhigen Wohngegend dar. Ich befürchte, dass die Ruhe des Eigentums gestört wird und meine Lebensqualität darunter leidet.

2. Wertminderung von Eigentum

Die Errichtung des geplanten Bauvorhabens würde zu einer erheblichen Wertminderung des Eigentums führen. Ein hoher Gebäudekomplex würde das Wohnumfeld erheblich beeinträchtigen zwecks des massiven Verkehrsaufkommens. Und Geruchs und Lärmbelästigung.

Des weiteren würde für die dafür vorgesehene Bauflächen wieder ein Stück Natur entnommen. Und den noch vorhandenen Tieren der niest Platz gestohlenen sowie ein weiteres Verkehrschaos was ein zügiges und unbeschwertes gelangen zur unserer Wohnsiedlung erschwert.

Ich appelliere daher an Sie, meinen Widerspruch /Bedenken gegen das Bauvorhaben ernst zu nehmen und die möglichen Auswirkungen auf unsere schöne Wohngegend/ Eigentum und meine /unsere Lebensqualität zu berücksichtigen. Es liegt in Ihrer Verantwortung, für eine gerechte und angemessene Lösung in dieser Angelegenheit zu sorgen.

[ANONYMISIERT]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Erkelenz noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven (GIB). Darüber hinaus besteht für die Stadt Erkelenz noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt im konkreten Fall eine Festlegung als GIB bzw. GIBflex.

Darüber hinaus wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der

Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung - hierzu zählt u.a. auch die Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben - vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

AZ: Ö-M-2-2	
1026785	
1032463_001	
<p>Inhalt</p> <p>wir sind [ANONYMISIERT].</p> <p>Unsere Eltern haben uns erzählt, dass in Köln geplant wird, wie welche Landschaft in Zukunft genutzt werden soll.</p> <p>Warum möchten Sie, dass mitten auf unseren Kuhweiden und Mähwiesen in Zukunft Häuser und Fabriken gebaut werden?</p> <p>Was sollen wir dann machen? Wir wollten doch auch Landwirte werden und unseren Hof weiter führen. Bitte nehmen Sie uns diese Chance, diesen Wunsch nicht weg. Unser Hof besteht seit über 600 Jahren!</p> <p>Kinder dürfen sich doch auch an öffentlichen Stellungnahmen beteiligen, also möchten wir 4 Sie bitten alles zu tun um unseren Bauernhof zu schützen und hier eben keine Bebauung zuzulassen, das sind Wiesen und Weiden die unsere Kühe brauchen und wir brauchen unsere Kühe!</p> <p>Bitte denken Sie noch einmal darüber nach!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Zudem ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1011913_001).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-200	
1028482	
1034049_001	
Inhalt	Abwägung
Stellungnahme zur Änderung Nr. 1006158 Eitorf Lindscheid	Typ Anregung/Bedenken
<p>hiermit regen wir an, den Flächentausch der GIB Gebiete von Eitorf Altenbach gegen Lindscheid wieder zurückzunehmen und das GIB bei Eitorf Lindscheid aus dem Regionalplan zu streichen. Begründung: Das GIB Eitorf Lindscheid steht den Zielen des LEP vollumfänglich entgegen. Die vorgesehene Nutzung der Flächen in Lindscheid bedeuten eine weitere Zersiedelung der Landschaft. Die Ausführungen der Gemeinde Eitorf, es läge hier keinerlei Zersiedelung vor, wird damit begründet, dass ein ASB Gebiet zwischen Eitorf Lindscheid und Mühleip vorläge. Die willkürliche Zusammenfassung zu einem Gebiet soll ein ASB mit ca. 2000 Einwohner begründen. Faktisch sind aufgrund der Topographischen Gegebenheit und der vorhandenen Bebauung zwei voneinander unabhängige Ortschaften zu betrachten. Eine Übereinstimmung mit dem Ziel 6.1-4, nämlich eine Vermeidung von bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen ist somit nicht gegeben. Weiterhin steht als Tauschfläche das ASB Gebiet Huckenbröl zu Verfügung. Die Gemeinde Eitorf hat in keinster Weise untersucht, inwieweit diese Fläche als Tauschfläche in Anspruch genommen werden kann. Die Gemeinde Eitorf ist dabei, zusammen mit dem Rhein-Sieg- Kreis im Rahmen der Regionale 2025 eine Weiterentwicklung der Talachse durchzuführen. Dies beinhaltet das Gewerbegebiet Schöller, die Neuordnung und Weiterentwicklung des Gebietes Gauheswiese sowie das brachliegende Grundstück am Bahnhof und die Neuordnung und Entwicklung der Gebäude und Flächen nach der Schließung der Firma ZF Sachs. Entsprechend zur Verfügung stehenden Flächen und Möglichkeiten sind von der Gemeinde Eitorf bei der Ausweisung von GIB Flächen bisher nicht berücksichtigt worden, obwohl Brachflächen nach dem LEP vorrangig zu nutzen sind. Nicht nachvollziehbar ist, warum eine interkommunale Zusammenarbeit mit Hennef bzw. der Gemeinde Asbach nicht doch möglich sein sollte. Entsprechende Nachweise liegen nicht vor. Das geplante GIB liegt zudem im Bereich des Biotopenverbundes und stellt ein verbindendes Element zwischen dem Eipbach und dem Krabach dar, was sich auch entsprechend im Projekt Chance 7 widerspiegelt. Zum rechtlichen Vorgehen des Tausches ist festzuhalten, dass dieser Tausch einzig und allein auf die Einschätzung des Vorsitzenden des Regionalrates beruht und von ihm angestoßen wurde(dies geht aus den vorliegenden Unterlagen der Gemeinde Eitorf hervor). Inwieweit dieses Vorgehen rechtlich zulässig, ist in Zweifel zu ziehen und bedarf einer genauen rechtlichen Überprüfung. Sollte dieses Vorgehen rechtlich zu beanstanden sein besteht die Gefahr, das die Zulässigkeit des gesamten Regionalplanes beanstandet werden müsste. Siehe hier das Urteil vom OVG vom 21.03.2024.</p>	Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
	Erläuterung <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Der entsprechende Nachweis ist in der Planbegründung dokumentiert. Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.</p> <p>Für den GIB in Eitorf gilt, dass gemäß den Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen hat, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen bzw. einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Die Gemeinde Eitorf hat gegenüber der Regionalplanungsbehörde dargelegt, dass für Expansionen vorhandener Unternehmen am selben Standort oder deren Umsiedlung innerhalb des Gemeindegebietes keine Flächenvorsorge bei einem bestehenden GIB Bedarf mehr stattfinden kann. Eine bisher im Regionalplan gesicherte GIB Fläche am Hauptort „Altebach II“ sollte die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen für die Erschließung eines ca. 24 ha großen</p>

Gewerbegebietes. Hierzu wurde im Jahr 2020 sowohl die Änderung des FNP als auch die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen, obwohl bereits schon zum Aufstellungsbeschluss Konflikte u.a. mit dem Naturschutz und dem Artenschutz absehbar waren. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren stellte sich heraus, dass aufgrund unterschiedlicher Restriktionen (hier u.a. Umweltbericht, FFH-Verträglichkeitsprüfung I und II, Artenschutzprüfung I und II), landespflegerischer Fachbeitrag, vertiefendes Fledermausgutachten, Reptilienbericht sowie(hydrogeologisches Gutachten) und unter Beachtung der Stellungnahmen der UNB Siegburg (Konkret: Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebs im Südwesten), sowie weiterer Flächenerfordernisse (u.a aufgrund der Notwendigkeit von gebietsinternen Ausgleichsflächen entlang des Bahndammes und der Siefen sowie des Erhalts eines Brunnenschachtes) der ursprüngliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes von ca. 24 ha auf 7 ha reduziert worden wäre. Zudem müssen insbesondere aufgrund des Vorkommens des Ameisenbläulings Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Wirksamkeit rechtlich dauerhaft für 30 Jahre abgesichert sein. Hierfür erforderliche Ausgleichsflächen befinden sich alle nicht in kommunalem Eigentum.

Seitens der Verwaltung der Gemeinde Eitorf wurde ausgeführt, dass im Rahmen einer Alternativenprüfung (bestätigt durch Beschlüsse des Rates der Gemeinde Eitorf vom 28.10.2024 und 12.11.2024) insgesamt 13 zum Teil sehr unterschiedliche Standorte auf ihre Eignung als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen hin untersucht wurden. Beurteilt wurden die jeweiligen Flächen auf die Kriterien Lage, Planungsrecht, Erschließung, Strukturelle Bedeutung, Gebietscharakter, Orts- und Landschaftsbild und Ökologie hin. In der Prüfung stellte sich der Standort Eitorf Lindscheid als geeignet heraus, um die vorhandenen Wirtschaftsflächenbedarfe im Gemeindegebiet zu verorten. Zudem wurde bereits im Rahmen einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2009 nachgewiesen, dass die Ver- und Entsorgung des Gebietes sichergestellt werden kann, dass hochwertige Biotopkomplexe nicht vorgefunden wurden und dass planungsrelevante Tier- und Pflanzenvorkommen im Zuge der damaligen Datenbeschaffung für das Plangebiet nicht bestätigt werden konnten. Die Eignung des Standortes für die beabsichtigten Ansiedlungen wird zudem im Sinne einer teilregionalen Abstimmung durch die Ausführungen im „Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035“ (GfK, Verfasser: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH Froelich & Sporbeck Umweltplanung und Beratung, Köln) bestätigt. Zudem ist die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz kurzweilig möglich.

Gem. Landesentwicklungsplan (LEP) Ziel 6.3-3 hat die Kommune nachgewiesen, dass der bedarfsgerechten Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an den vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereich oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in Altebach II aufgrund der o.g. entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen nicht möglich ist. Die Nachfolgenutzung einer Brachfläche bzw. die Nachnutzung einer isoliert im Freiraum liegenden Brach(teil)fläche scheidet zudem aus, da Eitorf über keine gewerbliche / industrielle Brachflächen verfügt

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des

Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des endogenen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht daher ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche). Zur Umsetzung des ermittelten Bedarfs an Gewerbeflächen kann eine Inanspruchnahme dieser Flächen nicht immer vermieden werden; sie erfolgt in Abwägung auf Basis einer erforderlichen Gesamtbetrachtung für Flächendarstellungen im neuen Regionalplan Köln unter Beachtung aller raumrelevanten Kriterien sowie einer Überprüfung der Schutzgüter.

Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung, wurde bei der Abwägung einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung der Festlegung eines GIB in Lindscheid gegenüber den übrigen landesplanerischen Vorgaben eine höhere Gewichtung beigemessen. Die Umsetzung durch Festlegung von Siedlungsbereichen erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Die Regionalplanung überlässt die weitere Konkretisierung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Hinsichtlich möglicher interkommunaler Kooperationen wird zudem auf die textlichen Festlegungen im Ziel *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verwiesen.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten

und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen dazu beitragen, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgt und so dazu beitragen, die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Bei der Umsetzung der Siedlungsbereiche soll eine möglichst hohe Bebauungsdichte angestrebt werden, sofern diese mit den städtebaulichen Belangen, siedlungsklimatischen Erfordernissen und dem vorsorgenden Hochwasserschutz vereinbar ist. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum, die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Der LEP NRW formuliert zudem die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen ist gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie erfolgt im Sinne eines Flächentausches und wird auf das notwendige Maß begrenzt. Im Rahmen der planerischen Abwägung wurde der bedarfsgerechten Verortung neuer Siedlungsraumpotentiale gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen

des Bodenschutzes gewährt. Dies erfolgte unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Für den Bereich Altebach II erfolgt nunmehr eine Rücknahme des GIB und eine Festlegung als AFAB sowie eines BSN und BSLE (vgl. ID 1. Offenlage 1004325, 1004556, 1004923, 1006450).

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional herausragend bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsrumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der

Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

AZ: Ö-M-2-205	
1028731	
1034256_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Zudem wurden die Bedenken bereits im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung im Rahmen der Neuauftellung des Regionalplans Köln geltend gemacht (vgl. ID 1009071 und ID 1009065, 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-206	
1028426	
1034257_001	
<p>Inhalt</p> <p>Namens und im Auftrag unserer Mandantin beantragen wir nochmals, die Darstellung im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln für den oben angegebenen Grundbesitz unserer Mandantin [ANONYMISIERT] von GIB in ASB zu ändern.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Im Entwurf des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ist für das Plangebiet die Darstellung eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) vorgesehen. In den GIB sind Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen vorzuhalten. Hierzu wird im Entwurf des Regionalplans Köln folgendes ausgeführt: <i>Gemäß (Ziel) Z10 sollen GIB gesichert und entwickelt werden und insbesondere vor Wohnbebauung und anderen schutzbedürftigen Nutzungen geschützt werden. Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen.</i> <i>Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.</i></p> <p>Der Grundbesitz unserer Mandantin befindet sich an [ANONYMISIERT]. Nördlich und östlich grenzen an den Grundbesitz ASB an. Nördlich befinden sich Sportstätten (u.a. Belkaw Arena) und östlich wird durch den Bebauungsplan Nr. 2118 – Jakobstraße – in unmittelbarer Nachbarschaft sogar Wohnbebauung zugelassen. Südöstlich grenzen ebenfalls nicht emittierende Gewerbebetriebe (u.a. [ANONYMISIERT]) sowie der [ANONYMISIERT] und Wohngebäude an. Diese Flächen sind vollständig bebaut bzw. werden kurzfristig mit nicht emittierenden Nutzungen entsprechend dem Bebauungsplan Nr. 2118 bebaut und es sind keine Flächen mehr verfügbar, die durch emittierende Gewerbe- oder Industriebetriebe bebaut werden könnten.</p> <p>II. Rechtliche Beurteilung Gemäß Zielfestlegung des Entwurfes des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln sind GIB Flächen insbesondere für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe vorzuhalten sowie Nutzungen auszuschließen, die mit gewerblich-industriellen Nutzungen nicht vereinbar sind. Um bestehende emittierende Betriebe im GIB in ihrer</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.</p> <p>Auch für die nun im Rahmen der Beteiligung vorgetragenen besonderen Umstände – hier Berücksichtigung der Eigentümerbelange im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung - gilt, dass der Festlegung eines GIB gegenüber einem ASB aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht dokumentiert auch durch umliegende gewerbliche Bauflächendarstellungen im FNP ein erhöhtes Gewicht</p>

zugelassenen Nutzung nicht einzuschränken bzw. in ihren Entwicklungsmöglichkeiten zu beschränken, soll insbesondere wohnverträgliches Gewerbe wie Einzelhandel oder großflächige Büronutzungen innerhalb der ASB realisiert werden. Aufgrund der tatsächlich vorhandenen Nutzungen handelt es sich bei dem Gebiet östlich der Jakobstraße und nördlich der L288, in welchem der Grundbesitz unserer Mandantin liegt, um ein ASB, das zudem unmittelbar nördlich und östlich an ASB angrenzt. Das Gebiet ist durch eine vielseitige Mischnutzung geprägt, die sowohl gewerbliche als auch wohnverträgliche Nutzungen einschließt, wodurch es sich maßgeblich vom Gebiet südwestlich der Jakobstraße (GIB) abgrenzt. Diese Mischung zeigt sich unter anderem in der Planung einer Kindertagesstätte direkt angrenzend, was für eine deutliche Ausrichtung des Gebiets auf familienfreundliche und wohnkompatible Strukturen spricht. Die Errichtung einer Kita in diesem Bereich legt nahe, dass die Nutzung so angelegt ist, dass sie mit sensibleren Wohnformen vereinbar ist und den Bedürfnissen der Anwohner gerecht wird. Aufgrund der vorhandenen Wohnnutzung und der weiteren kurzfristig entstehenden Wohnnutzung sowie der Kindertagesstätte sind für den Grundbesitz unserer Mandantin keine emittierenden Gewerbebetriebe zulässig, da dies dem Schutz der Wohnbebauung, der geplanten Kindertagesstätte und der weiteren bereits vorhandenen Nutzungen widerspräche. Der Grundbesitz unserer Mandantin ist mit – einem nicht emittierenden – Gewerbebetrieb des großflächigen Einzelhandels bereits entwickelt, der zudem Bestandsschutz genießt. Auch südlich, östlich und nördlich des OBI Marktes sind keine freien Flächen mehr für die Ansiedlung emittierender Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden. Ebenfalls ist absehbar, dass langfristig keine freien Flächen für die Ansiedlung emittierender Industrie- und Gewerbebetriebe verfügbar werden. Es ist daher zurzeit nicht erkennbar, dass in diesem Gebiet in der Zukunft Flächen für emittierende Industrie- und Gewerbebetriebe zur Verfügung stehen werden. Diese Ausweisung einer GIB für den Bereich [ANONYMISIERT] stellt somit einen „Etikettenschwindel“ dar. Daher wird diesseits angeregt, dass die Flächen des [ANONYMISIERT] sowie der südöstlich angrenzenden Bebauung mit [ANONYMISIERT] und einzelnen Wohngebäuden dem ASB zuzuordnen. Denn diese Fläche ist vollständig bebaut und es ist keine Fläche verfügbar, auf der Gewerbe- oder Industriebetriebe entwickelt werden könnten. Zudem stehen die derzeitigen Gebäude und Nutzungen unter Bestandsschutz. Dies rechtfertigt es, für diese Flächen östlich und nördlich der Jakobstraße ein ASB auszuweisen. Für nicht emittierende Gewerbebetriebe ist nämlich nicht Ziel 10, sondern Ziel 7 einschlägig. Dort heißt es:

Gemäß Ziel 7 sollen ASB gesichert und entwickelt werden. Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind auszuschließen. Die ASB umfassen insbesondere Flächen für Wohnen, wohnverträgliches Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentliche und privaten Dienstleistungen sowie siedlungszugehörige Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen.

Die Bebauung des Grundbesitzes unserer Mandantin mit einem [ANONYMISIERT] entspricht den Vorgaben für ein ASB, da es sich um wohnverträgliches Gewerbe handelt. Die bestehenden (bestandsgeschützten) Nutzungen sind somit mit der

beigemessen wird. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Seitens der Kommune wurden weder im Rahmen der 1. Offenlage noch im Rahmen der 2. Offenlage veränderte Entwicklungsabsichten hinsichtlich der GIB Festlegung geäußert (vgl. ID 1033438). Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesem Falle ein Sicherungserfordernis als GIB, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüberhinaus gilt, dass Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als Vorranggebiete festgelegt sind. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Zudem werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Darstellung eines GIB und folglich mit den Zielen des Regionalplanentwurfs nicht vereinbar. Die Darstellung eines GIB im Regionalplanentwurf für den Grundbesitz unserer Mandantin ist daher rechtlich angreifbar. Im Gegensatz zum Objekt unserer Mandantin, wurde das benachbarte Bebauungsplangebiet im Regionalplan als ASB klassifiziert. Dies zeigt einen deutlichen Widerspruch in der Planung, denn die Nutzungsarten in beiden Gebieten ähneln sich stark. Daher erscheint es sachgerecht und konsequent, auch den Grundbesitz unserer Mandantin in den ASB einzubeziehen. Um die Wirksamkeit des Regionalplanentwurfs nicht zu beeinträchtigen, wird angeregt, die Flächen östlich und nördlich der Jakobstraße – wie beantragt – als ASB darzustellen.

AZ: Ö-M-2-207	
1028513	
1034120_001	
<p>Inhalt</p> <p>anbei übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Vereins lebenswerte Region Bonn Siebengebirge mit Bitte um Beachtung, da ich diese voll umfänglich unterstütze! Alle meine Argumente wurden vom Verein dort intensiv und sachrichtig durchleuchtet und sollten Beachtung finden. Bei all den Argumenten ist mir besonders wichtig, auf die Böden hinzuweisen, welche eine enorme Klima-Bedeutung haben. Diese müssen viel höher bewertet werden, damit sie ihre Funktion erfüllen können, das Klima zu schützen. Es gilt Bestandsraum zu nutzen und entsprechend umzuwandeln, anstatt Neuland zu besiedeln! Davon hängen wir, davon hängt unsere Zukunft ab! Zum anderen ist der zusätzliche Verkehr ein enormes Problem, wenn vor allem die Flächen Stieldorf, Vinxel, Roleber, Gilgen und Hoholz besiedelt werden! Die Ortsdurchfahrten sind schon jetzt völlig überlastet. Mit der Seilbahn brauchen wir nicht zu rechnen, da diese nicht wirtschaftlich zu sein scheint. Wir brauchen die Landschaft für die Naherholung und für den Erhalt des Klimas des Klimas! Handeln Sie BITTE entsprechend. Es liegt in ihrer Verantwortung!!</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-209	
1028721	
1034248_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Zudem wurden die Bedenken bereits im Rahmen der 1. öffentlichen Auslegung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln geltend gemacht (vgl. ID 1009071, 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-21

1027373

1032693_001

Inhalt

Auf Beschluss des Regionalrates Köln wurde der 2. Planentwurf des Regionalplanes Köln veröffentlicht. Zu Planänderungen kann die Öffentlichkeit innerhalb der Offenlegungsfrist Stellung beziehen.

Eine Planänderung betrifft die zeichnerische Darstellung einer neuen Fläche als „Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze“ (BSAB) im Stadtgebiet Wegberg (Kreis Heinsberg) in unmittelbarer Nähe der Ortschaften Schönhausen, Moorshoven und Kipshoven. Die Fläche wurde aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe übernommen und trägt dort die Bezeichnung BSAB L-02.

Das Planverfahren zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe ist weiterhin in Bearbeitung. Zu eingereichten Stellungnahmen ist eine Beschlussfassung noch nicht erfolgt. Dies betrifft auch unsere Anträge und Stellungnahmen zum BSAB L-02 zur Einhaltung von 300 m-Schutzabständen. Die Stadt Wegberg hat zum BSAB L-02 ihre kommunale Konsenserklärung mit Schreiben vom 19.06.2024 zurückgenommen und so ihre ablehnende Haltung zur Erweiterung der Abgrabung dokumentiert.

Wir beantragen, von einer zeichnerischen Darstellung des BSAB L-02 im Regionalplan abzusehen, da hierfür bis zu einer Beschlussfassung und finalen Aufstellung des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe keine belastbare Grundlage besteht.

Begründung unserer Stellungnahme bzw. unseres Antrages

Das geplante BSAB wird von den Ortschaften Mehlsbusch, Rath-Anhoven, Schönhausen, Moorshoven und Kipshoven umschlossen. Die Ortschaften haben sich letzten Jahrzehnten stetig entwickelt und sind durch neue Wohngebiete in der Flächenausdehnung gewachsen. Ebenso hat sich im Zuge der Ausnutzung neuer Genehmigungen die Flächenbeanspruchung für den Kies- und Sandabbau und das Betriebsgelände der [ANONYMISIERT] erheblich ausgeweitet. Aus der geplanten Erweiterung der Abgrabungsfläche um rund 11 ha erwächst naturgemäß ein hohes Konfliktpotential zwischen unternehmerischen Wachstums- und Renditezielen sowie dem Wunsch der Bürger nach einem ruhigen und erholsamen Wohnumfeld.

Konkret betreibt die [ANONYMISIERT] auf ihrem Betriebsgelände 3 Asphalt-, 3 Beton- und Trockenmischanlagen. Durch den Betrieb dieser Anlagen sowie dem laufenden Kies- und Sandabbau sind die umliegenden Ortschaften erheblichen kumulativen Emissionen ausgesetzt, welche die Wohn- und Lebensqualität der Einwohner bereits jetzt massiv belasten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-02 der Anregung entsprechend angepasst.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-02 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Darüber hinaus werden Anregungen und Bedenken zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - gegeben. Die raumordnerische Abwägung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken erfolgt nicht im vorliegenden Verfahren, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR.

Diese Belastungen erwachsen aus

- Lärm durch den Lkw-Verkehr für den An- und Abtransport der Materialien sowie dem laufenden Baggerbetrieb

- Feinstaub aus der Verarbeitung und Recycling sowie der Lagerung diverser Materialien (Kies, Sand, Baustoffe, Recyclingstoffe, Bruchasphalt etc.)

- Abluft und Gerüchen aus dem Betrieb der Mischanlagen, insbesondere der Asphaltmischanlagen.

Der Stadt Wegberg und dem Kreis Heinsberg ist aus vergangenen Genehmigungsverfahren bekannt, dass sich als Folge der beeinträchtigten Wohn- und Lebensqualität ein beachtenswerter Widerstand aus dem Kreis der betroffenen Anwohner gebildet hat. Trotz dieser Kenntnis hat die Stadt Wegberg im Oktober 2020 ohne Bürgerbeteiligung im laufenden Regionalplanverfahren einen lokalen Konsens erklärt und das Unterschreiten der 300 m-Schutzabstände zum Nachteil der Einwohner aktiv unterstützt.

Die Öffentlichkeit wurde durch eklatante Fehler der Stadt Wegberg in der Bearbeitung der kommunalen Konsenserklärung massiv benachteiligt und so in der Wahrnehmung ihrer Schutzinteressen wirkungsvoll behindert.

1. Eine vorherige Bürgerinformation oder Bürgerbeteiligung wurde nicht durchgeführt, obgleich der Stadt die kritische Haltung der Bürger bekannt war. In der Folge hat auch keine sorgsame Abwägung zwischen Interessen von Abgrabungsunternehmen, Bürgern, Politik und Stadt stattgefunden.

2. Offensichtlich wurde der Inhalt der Konsenserklärung nur im kleinsten Kreis zwischen Fachbereich und Abgrabungsunternehmen erörtert. Gewählte Vertreter aus der örtlichen Politik und betroffene Bürger waren nicht eingebunden.

3. Die Erklärung des kommunalen Konsenses erfolgte im Alleingang durch das technische Dezernat der Stadt Wegberg. Dabei handelte sich zweifelsfrei um eine Kompetenzüberschreitung des Dezernats, da die Zuständigkeitsordnung der Stadt Wegberg vor Abgabe der Konsenserklärung ein positives Votum des zuständigen Fachausschusses vorsieht. Der erklärte Konsens ist in der Folge unwirksam, da die anzuwendende Zuständigkeitsordnung nicht beachtet wurde.

4. Die Bürger haben bereits im Oktober 2021 die Rücknahme des kommunalen Konsenses beantragt. Der damals zuständige Technische Beigeordnete hat bei Nachfragen wiederholt Bürger und Mitglieder des Fachausschusses der Stadt Wegberg mit falschen Aussagen (das Verfahren ist wieder auf „Null“ gestellt; eine Rücknahme ist nicht nötig, da der Konsens erneut zu erklären ist) in die Irre geleitet.

Erst mit der Offenlegung des 2. Planentwurfes zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe und der zeichnerischen Darstellung des BSAB L-02 traten die dramatischen Folgen und die Wirkung des kommunalen Konsenses für die Öffentlichkeit offen zu

Tage.

Rund 8 ha der neu geplanten BSAB-Fläche von insgesamt 11 ha befinden sich innerhalb des 300 m-Schutzabstandsfläche zu den Ortschaften Schönhausen, Moorshoven und Kipshoven. Die Beanspruchung der 300 m-Schutzfläche führt für die Anwohner zu massiven Beeinträchtigungen ihres Schutzgutes Wohnen. Nach der zeichnerischen Darstellung des BSAB L-02 liegt der Abstand zu Schönhausen bei ca. 200 m und ca. 140 m zu Moorshoven. Der Abstand zum Ortsrand von Kipshoven liegt bei rund 30 m und damit in einer beängstigenden wie bedrohlichen Nähe.

Das hierzu im Umweltbericht zum BSAB L-02 keine Beeinträchtigungen für das Schutzgut „Wohnqualität im Umfeld“ herausgearbeitet werden, ist schon mehr als verwunderlich. Ganz offensichtlich bestehen im Planverfahren systematische Mängel bei der Analyse und Bewertung von Schutzinteressen der Menschen. Andernfalls hätte die massive Beeinträchtigung der Wohnqualität, ausgelöst durch das signifikante Unterschreiten der Schutzabstände, schon bei den Beurteilungskriterien zum BSAB L-02 negativ auffallen müssen.

Für uns stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob bei Planung eines BSAB-Geländes mit einer Nähe von 30 m zur Wohnbebauung die Tragfähigkeit des Untergrundes geklärt wurde. Besitzt der Untergrund zwischen Plangebiet und der Siedlungsfläche eine derart ausgeprägte Tragfähigkeit, dass in unmittelbarer Nähe zur Wohnbebauung eine Abgrabung erfolgen kann? Kann der Eintritt von Folgeschäden ausgeschlossen werden?

Die betroffenen Bürger haben mit Schreiben vom 15.05.2024 von der Stadt Wegberg die Rücknahme der kommunalen Konsenserklärung gefordert. Nach Erörterung im zuständigen Fachausschuss für Wohnen, Bauen, Vergaben und Liegenschaften (WBVL) hat die Stadt Wegberg daraufhin ihre Konsenserklärung mit Schreiben vom 19.06.2024 an die Bezirksregierung Köln zurückgenommen. In ihrer jüngsten Stellungnahme kommt die Stadt Wegberg zu dem Ergebnis, dass „... die Wohnbevölkerung bereits heute durch die bestehenden Betriebsabläufe (Beton- und Asphaltwerk, Bauschuttrecycling, Grünannahme, bestehende Abgrabung) des ansässigen Unternehmens und den damit verbundenen Emissionen stark beeinträchtigt [wird].“

Mit Rücknahme der Konsenserklärung hat die Stadt Wegberg im laufenden Planverfahren zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe einen zulässigen Einfluss genommen. Dies entspricht der Zielsetzung der Offenlegung des 2. Planentwurfs (siehe Bekanntmachungstext zur Offenlegung des 2. Planentwurfs). Wie im Bekanntmachungstext ausdrücklich aufgeführt, ist lediglich eine neue und erstmalige Erklärung zur Verringerung des Schutzabstandes nicht mehr zulässig. Eine gegenteilige Erklärung, also die Rücknahme eines kommunalen Konsenses, ist damit nicht automatisch ausgeschlossen. Eine Rücknahme des Verzichtes muss möglich sein, wenn die Kommune in einer Neubewertung des vor Ort geplanten Auskiesungsprojekt BSAB L-02 dem Schutzgut Wohnumfeld eine dringliche Priorität einräumt.

Die von der Stadt Wegberg erklärte Rücknahme der Konsenserklärung hat zur Folge, dass in der Planung neuer BSAB-Flächen eine Unterschreitung der 300 m-Schutzabstände nicht mehr zulässig ist und die Vorsorgeabstandsflächen einzuhalten sind (vgl. Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe, Erster Planentwurf 06/2020, Seite 163, Tz. 119).

Abschließen möchten wir unsere Ausführungen mit dem Ergebnis der Sondersitzung des zuständigen Fachausschusses der Stadt Wegberg. Der Fachausschuss hat die vorbereitete Stellungnahme der Stadt Wegberg zum 2. Planentwurf des Regionalplanes erörtert und verabschiedet.

Im Rahmen ihrer ersten Stellungnahme zum Regionalplan hatte die Stadt Wegberg beantragt, das ehemalige Gebiet der Nassabgrabung im BSAB L-02 zum Gewerbegebiet umzuwidmen. Dieser Antrag scheiterte jedoch, da diese geplante Nutzung nicht mit dem LEP NRW vereinbar ist. Es ist also nur dem Bestandsschutz zu verdanken, dass an dieser Stelle überhaupt noch eine gewerbliche Nutzung zulässig ist. Eine Erweiterung der gewerblich genutzten Fläche in einem nach aktueller Rechtslage unzulässigen Bereich ist mehr als fragwürdig. Das Anliegen der [ANONYMISIERT] ihren erneuten Antrag auf Erweiterung der Gewerbefläche von Seiten 5 der Stadt Wegberg zu unterstützen wurde vom zuständigen Fachausschuss in der Sitzung am 05.11.2024 folgerichtig abgelehnt. Auch dies ein klares Indiz für die ablehnende Haltung der Kommune gegenüber den Plänen zur Erweiterung der Abgrabungsfläche. Mit der lapidar als nachrichtlich benannten Übernahme und damit Festlegung der BSAB-Fläche im Regionalplan wird das mehr als eindeutig Statement der Stadt Wegberg ignoriert. Dies kann von uns so nicht hingenommen werden.

Wir fordern daher vom Regionalrat, die Entscheidung der Stadt Wegberg zur Rücknahme des lokalen Konsenses, umfassend zu berücksichtigen und den Schutzabstand von 300 m wiederherzustellen. Nur auf diese Weise kann der Regionalrat seinem eigenen Leitbild gerecht werden und einen aus Sicht aller Bürger rechtswidrig zustande gekommenen Zustand aufheben.

AZ: Ö-M-2-215	
1028709	
1034235_001	
<p>Inhalt</p> <p>Bezug: ASB 5-505-B01 bzw. 1002753</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>als Eigentümer und Bewohner der Siedlung am Heckpfad in Köln begrüßen wir die Änderung in ein ASB als ersten Schritt in eine geordnete Entwicklung. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass in dem aktuellen Änderungsvorschlag nicht die komplette Siedlung aufgenommen wurde und bitten daher um Korrektur an der Nord-Westlichen Grenze und die Aufnahme der Flurstücke 697 und 698 in das ASB. Diese Flurstücke gehören unabgrenzbar zur Gesamtstruktur der Siedlung. Ein Ausschluss führt in unseren Augen bei der künftigen Aufstellung eines Bebauungsplanes zu einer unbeabsichtigten Härte.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-M-2-216	
1028724	
1034253_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwasssergefährdeter Bereiche, d.h auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-217	
1028716	
1034241_001	
<p>Inhalt</p> <p>Betrett: Änderung des Flächennutzungsplan gemäß Ratsbeschluss vom 05.11.2024. Hiermit stimmen wir gegen die o.g. Maßnahme.</p> <p>Die Ausweisung eines Baugebietes in eine nachweisliche Überschwemmungszone ist wohl sehr fragwürdig. Gezielter Siedlungsbau in einem Gebiet, wo am 15.07.2021 das Wasser 2m hoch stand wirft viele Fragen auf. Laut unterer Wasserbehörde Euskirchen ist genau diese Fläche dafür verantwortlich, dass Satzvey im Bereich vom Veybach her bis zur Obergartzemer Straße überflutet war und wird. So auch die Stellungnahme des verantwortlichen Fachbereichsleiter der Stadt Mechernich.</p> <p>Weiterhin würde durch das ausgewiesene Baugebiet die einzige geeignete Fläche für die dringends benötigte Umgehungsstraße Satzvey vernichtet. Bisher waren weder die Stadt Mechernich noch der Erftverband in der Lage die bisherigen Hochwasserereignisse richtig zu bearbeiten und geeignete Maßnahmen umzusetzen. Bei einer Vergrößerung der versiegelten Flächen in der Größenordnung des bisherigen Altortes Satzvey besteht die Gefahr, dass bei Naturereignissen wie im Juli 2021 Menschen nicht nur Hab und Gut sondern auch ihr Leben verlieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise für die nachgelagerte Planungsebene gegeben. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-218

1028751

1034278_001

Inhalt

Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im Auftrag unserer Mandanten folgende Stellungnahme ab:

Da nach der Überarbeitung des Entwurfs des Regionalplans Köln keine Änderungen für die Flächen unserer Mandanten vorgenommen sind, ist für diese Flächen nach wie vor ein Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festgelegt. Nach Ziel 10 der textlichen Festlegungen des erneut offen liegenden Regionalplans sind Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.

Die Fehlerhaftigkeit dieser Festlegung haben wir bereits im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgetragen. Die abgegebene Stellungnahme, die wir in der Anlage beifügen, bleibt uneingeschränkt aufrechterhalten.

Ergänzend dazu möchten wir betonen, dass die Abwägung unter Berücksichtigung der privaten Belange unserer Mandanten und der bereits im Rahmen der öffentlichen Auslegung vorgetragenen Investitionen und Entwicklungsabsichten unserer Mandanten fehlerhaft ist.

In der Planbegründung führt der Plangeber aus, dass die FNP-Darstellungen in die Planung einbezogen worden sind. Weiter heißt es in der Planbegründung unter der Überschrift „Abfrage Entwicklungsabsichten“ auf S. 88 f., dass die Entwicklungsabsichten der Kommunen i.S.d. Gegenstromprinzips bei der Festlegung neuer Siedlungsbereiche berücksichtigt worden seien. Zu Entwicklungsabsichten Privater, insbesondere von Landwirten und Unternehmern, verhält sich die Planbegründung indes nicht. Sie stellt auf S. 89 f. lediglich klar, dass eine Vielzahl an öffentlichen und privaten Belangen berücksichtigt worden seien, ohne etwaige private Belange überhaupt zu benennen.

In der Rechtsprechung des OVG Lüneburg ist unter Verweis auf die Rechtsprechung des VGH Mannheim anerkannt, dass angesichts des Charakters des Raumordnungsplans als überörtliche rahmensetzende Planung und wegen des nur groben Rasters der raumordnerischen Abwägung und der damit verbundenen Ungenauigkeiten sich der Plangeber regelmäßig darauf beschränken könne, private

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des GIB verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des GIB an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB ein.

Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Ur. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Ur. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine

Belange in einer pauschalen, typisierenden Art und Weise als Gruppenbelange zu berücksichtigen, es sei denn, eine spezifische Betroffenheit privater Belange eines Einzelnen dränge sich auf.

OVG Lüneburg, Urteil v. 10.06.2024 – 1 KN 90/21 –, juris Rn. 27

Das OVG Münster betont ergänzend, dass nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes in die Abwägung alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen sind, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinlig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auch auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen.

OVG Münster, Urteil v. 21.03.2024 – 11 D 133/20.NE –, juris Rn. 287 ff.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben der Rechtsprechung sei zunächst erneut darauf hingewiesen, dass der Betrieb des Hofes eine ca. 90 ha große landwirtschaftliche Fläche umfasst. Die Darstellungsschwelle von 10 ha im Regionalplan Köln ist damit eindeutig überschritten, sodass es sich bereits aus diesem Grund nicht nur um kleinteilige private Belange handelt.

Unabhängig davon führt die Festlegung eines GIB hier jedoch dazu, dass private Belange auf den nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebenen nicht mehr zu prüfen sind. Insbesondere mögliche Erweiterungen des Betriebs durch unsere Mandanten auf der Grundlage des § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB werden an den entgegenstehenden Zielen der Raumordnung (GIB) scheitern. Denn mit der Festlegung eines GIB gestaltet der Regionalplan unmittelbar Inhalt und Schranken des Eigentums i.S.v. Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG, da raumbedeutsame Vorhaben nach der sog. echten Raumordnungsklausel des § 35 Abs. 3 Satz 2 Halbs. 1 BauGB den Zielen der Raumordnung, also auch der hier geplanten Festlegung als GIB, nicht widersprechen dürfen.

Vor diesem Hintergrund sind die bereits im Rahmen der öffentlichen Auslegung geltend gemachten privaten Belange mit besonderem Gewicht in die Abwägung einzustellen.

Hinzu kommt, dass der Plangeber offensichtlich die Vorstellung hat, dass vermeintliche kommunale Entwicklungsabsichten diese privaten Belange überwiegen. Das ist indes nicht der Fall. Es handelt sich vorliegend um eine bloße, nicht konkretisierte kommunale Absicht, die weder im Flächennutzungsplan noch in Bebauungsplänen verfestigt ist. Eine solche Absicht kann die gewichtigen, auch grundrechtlich geschützten privaten Belange unserer Mandanten nicht überwiegen.

weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des GIB Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB und BSLE eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauensstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Gemäß den landesweiten Ziel- und Grundsatzformulierungen (Ziel 6.1-1 bis Grundsatz 6.1-9 LEP NRW) entscheidet die Regionalplanungsbehörde hierbei über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Kommunen unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien. Ziel 6.3-1 LEP NRW formuliert die Vorgabe, dass auf der Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen zu sichern. Die im Vorfeld der Neuaufstellung erarbeiteten Grundlagen und vorliegenden Konzeptionen sind als regionales Gewerbeflächenkonzept in die Festlegungen zum Plankonzept mit Beschluss des Regionalrates im März 2020 eingeflossen und definieren auf dieser Basis den Handlungsauftrag sowie notwendige Steuerungsfunktionen des neuen Regionalplans im Rahmen eines integrierten regionalen Gewerbeflächenkonzepts gemäß den Festlegungen 6.3-1 Ziel LEP NRW. Somit setzt gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW die Regionalplanung ebenenspezifisch (u. a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) die landesplanerischen Vorgaben über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden um. Der Regionalplan Köln sichert so mit spezifischen Raumnutzungskategorien ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Erfordernisse der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe.

Die Stadt Gummersbach verfügt über 81 ha endogenen Wirtschaftsflächenbedarf. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und

Zusammengefasst kann die bloße kommunale Entwicklungsabsicht hier die abwägungserheblichen privaten Belange unserer Mandanten nicht überwiegen, insbesondere auch nicht aufgrund eines nicht rechtsverbindlichen Industrie- und Gewerbeflächenkonzepts für die Kommunen des Oberbergischen Kreises. Völlig fehlerhaft ist unter Berücksichtigung des § 35 BauGB auch die Annahme des Plangebers, dass hier ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. (Eigentums-)Rechte nicht berührt werden.

Wir fordern Sie deshalb namens und im Auftrag unserer Mandanten noch einmal auf, die Ausweisung des vorgesehenen GIB zurückzunehmen und die ursprüngliche Festlegung aus dem derzeit geltenden Regionalplan Köln, Teilabschnitt Regierung Köln, entsprechend zu übernehmen.

Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Weitere Ausführungen hierzu sowie zum Erarbeitungsprozess finden sich in den entsprechenden Kapiteln der Begründung. Aufgrund des kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt daher die Festlegung als Siedlungsraum und konkret eines GIB in Rospe. Die Verortung eines GIB in der Kreisstadt Gummersbach berücksichtigt zudem Ziel 2-1 LEP NRW sowie 6.1-3 Grundsatz LEP NRW im Sinne der zentralörtlichen Gliederung sowie dem Leitbild der dezentralen Konzentration durch Festlegung endogener Wirtschaftsflächenpotentiale in einem Mittelzentrum eines eher ländlich geprägten Kreises. Somit wird im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung durch die Konzentration der Siedlungstätigkeit auf den Siedlungsraum eine Entwicklung gewährleistet, die zur langfristigen Auslastung der Infrastruktur beiträgt, Verkehr vermeidet und zusammenhängenden Freiraum sichert.

Die Kommune hat darauf verwiesen, dass die Neuaufstellung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Köln als notwendige Planungsgrundlage angesehen wird, auf der auch unter den Gesichtspunkten des Klimaschutzes und den unterschiedlichen Nutzungsansprüchen eine bedarfsgerechte Entwicklung auf kommunaler Ebene erfolgen kann (vgl. ID 1000622, 1. Offenlage). Im Rahmen der 2. Offenlage ist auch unter Kenntnis der vorgebrachten Anregungen des Antragstellers keine weitere Anregung hierzu eingebracht worden, so dass davon ausgegangen werden kann, dass die Entwicklungsabsichten der Kommune weiterhin bestehen.

Im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Die Umsetzung durch Festlegung von Siedlungsbereichen erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB).

Gemäß Ziel 6.1-1 und 6.3-1 LEP NRW entscheidet die Regionalplanung unter Berücksichtigung raumordnerischer Kriterien ebenenspezifisch (u.a. zur siedlungsräumlichen, umweltverträglichen sowie verkehrlichen Eignung) über die quantitative Verteilung des Bedarfs auf die Gemeinden. Der Regionalplan Köln sichert zudem ein verschiedenartiges Flächenangebot für die unterschiedlichen Formen der gewerblich-industriellen Raumnutzung entsprechend der hierfür ermittelten Bedarfe auf jeweils dafür geeigneten Standorten und setzt mit differenzierten GIB-Festlegungen den Handlungsauftrag der Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in spezifischen Raumnutzungskategorien im neuen Regionalplan für verschiedene wirtschaftliche Funktionen und Nutzungen unter Beachtung der landesplanerischen Vorgaben um. Der Regionalplan setzt zudem ebenenspezifisch

die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen um gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Diese dienen dem Ausgleich großräumiger Konflikte unter Beachtung der regionalplanerischen Betrachtungsebene.

Hierbei ist im Rahmen des Regionalen Gewerbeflächenkonzeptes auch festgestellt worden, dass die endogene Verortung von Wirtschaftsflächenbedarfen auf die einzelnen Kommunen und die Strategie der Innenentwicklung (Begriffsdefinition in Anlehnung an das BauGB) gemäß Grundsatz 6.1-6 LEP NRW (Vorrang der Innenentwicklung), des Flächenrecyclings gemäß Grundsatz 6.1-8 LEP NRW (Wiedernutzung von Brachflächen) und des Flächentauschs gemäß den Ausführungen in Ziel 6.1-1 LEP NRW zur Versorgung der Bevölkerung und zur Stärkung der Wirtschaft mit Bauland in den Teilregionen des Regierungsbezirks Köln nicht ausreichen wird. Diese landesplanerischen Vorgaben sind in die planerischen Festlegungen im Regionalplan in den entsprechenden Zielen und Grundsätzen miteingestellt.

Dies gilt insbesondere für die Teilregionen im Regierungsbezirk, die durch naturräumliche bzw. topografische Voraussetzungen stark in ihrer Flächenentwicklung eingeschränkt sind (z. B. Oberbergischer Kreis, Rheinisch-Bergischer Kreis, Kreis Euskirchen). Auswertungen der teilregionalen Konzepte ergeben, dass konkret im Oberbergischen Kreis nur 5 % der bauleitplanerisch gesicherten Flächen größer als 5 ha sind (Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH 2016, S. 7). vgl. hierzu auch die Ausführungen in der Begründung. In diesen Regionen zeigt sich ein Sicherungserfordernis auf Ebene des Regionalplans und insbesondere ein qualitativer Bedarf von geeigneten, zusammenhängenden Flächen dieser Größenordnung. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der besonderen Voraussetzungen in manchen Teilregionen und hier konkret im Oberbergischen Kreis sowie entsprechend der gesamträumlichen Konzeption (s. Ausführungen hierzu in der Begründung) besteht in diesen Fällen ein Sicherungserfordernis auf Ebene des Regionalplans, sodass die aktuelle Abgrenzung des GIB in Rospe im Sinne einer gesamträumlichen Abwägung und im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.

Von der Festlegung neuer GIB ist im Regionalplan Köln bisher regionalplanerisch festgelegter Freiraum mit zum Teil auch landwirtschaftlich genutzten Flächen mit guten Produktionsvoraussetzungen und deren Betriebsstandorten betroffen konkret gilt dies auch für den GIB Rospe. Zur Umsetzung des ermittelten Bedarfs an Gewerbeflächen kann eine Inanspruchnahme dieser Flächen nicht immer vermieden werden; sie erfolgt in Abwägung auf Basis einer erforderlichen Gesamtbetrachtung für Flächendarstellungen im neuen Regionalplan Köln sowie unter Beachtung aller raumrelevanten Kriterien sowie einer Überprüfung der Schutzgüter. Zudem sind die Anregungen des Antragstellers im Rahmen der 1. Offenlage eingegangen und wurden durch den Regionalen Planungsträger in der Abwägung berücksichtigt. Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung sowie der Auswertung der nun vorgebrachten Anregungen/

Ergänzungen der Anregungen im Rahmen der 2. Offenlage wird einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung des GIB Standortes in Gummersbach Rospe weiterhin Vorrang auch gegenüber den neu vorgebrachten privaten und betrieblichen Belangen der landwirtschaftlichen Nutzung im Sinne einer höheren Gewichtung eingeräumt.

Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können. Zudem machen sich die textlichen Festlegung im angeführten Ziel Z.10 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen die in Ziffer 1.c) der Planzeichendefinition angegebenen Nutzungen als Vorrangnutzungen in den festgelegten GIB zu eigen. Hinsichtlich erforderlicher kleinräumiger Konfliktlösungen handelt es sich um eine Einzelfallentscheidungen mit einem Konkretisierungs- und Abwägungserfordernis auf den nachgelagerten Planungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung und eine sachgerechte Lösung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Die Festlegung des GIB Rospe gegenüber einer Freiraumdarstellung erfolgt im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung zusammenfassend auch hinsichtlich möglicher

Betroffenheiten auf der Grundlage des § 35 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 BauGB und hier auch betroffener privater und betrieblicher Belange.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Darüberhinaus gibt der LEP NRW vor, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Hierzu wird entsprechend der landesplanerischen Vorgaben durch die Formulierung von Grundsätzen die Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln zur Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW) aufgegriffen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe der Umweltprüfung des Regionalplans Köln wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020).

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten

Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde zudem hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen. Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Festlegung der BSLE wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Das hat zur Folge, dass eine Festlegung als BSLE nicht zwangsläufig das Vorliegen von lärmarmen Räumen beinhaltet.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Ein Beispiel dafür sind die Regionalen Grünzüge. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend

der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Festlegungen bezüglich der Klimaanpassung erfüllt nicht die Rechtsqualität der Ziele der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Entsprechend der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) erfolgt die Festlegung als Vorbehaltsgebiet. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Im Rahmen der Umweltprüfung wurden insbesondere bei den Plangebieten, bei denen erhebliche Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend nicht auszuschließen sind, konkrete Standortalternativen geprüft (siehe detaillierte Darlegung in Kap. 7 des Umweltberichtes). Plangebiete, die schutzgutübergreifend nicht zu voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen führen, müssen keiner Alternativenprüfung unterzogen werden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden.

AZ: Ö-M-2-222	
1028567	
1034205_001	
<p>Inhalt</p> <p>kraft anliegender Vollmacht (Anlage A1) zeigen wir die Vertretung der rechtlichen Interessen der Erbgemeinschaft [ANONYMISIERT] an.</p> <p>Wir haben bereits mit Schreiben vom 30. August 2022 per E-Mail eine Eingabe für die von uns vertretene Erbgemeinschaft an die Regionalplanungsbehörde übersandt. In dem jetzt offengelegten 2. Planentwurf haben wir gemeinsam mit unserer Mandantin keinerlei Auseinandersetzung mit der von uns abgegebenen Stellungnahme finden können. Unsere Mandantschaft hat daher zunächst telefonischen Kontakt mit der Regionalplanungsbehörde aufgenommen, um in Erfahrung zu bringen, wie dieser Umstand zu erklären ist. Am gestrigen Tage hat die Regionalplanungsbehörde in Person [ANONYMISIERT] unsere Mandantin wie aus der anliegenden E-Mail vom 13. November 2024, 11:32 Uhr (Anlage A2) ersichtlich angeschrieben.</p> <p>Der E-Mail dürfen wir entnehmen, dass die Stellungnahme bei der Bezirksplanungsbehörde eingegangen, von dieser allerdings im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt worden ist. Die offengelegten Synopsen / ID-Nummern beinhalten keine Hinweise auf die von uns abgegebene Stellungnahme. Soweit in der E-Mail die Behauptung aufgestellt wird, dass die von uns für unsere Mandantschaft vorgetragenen Belange (negativer Einfluss der Planung auf die verfassungsrechtlich geschützten Belange des Inhabers eines eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes und Eigentumsbelange) angeblich keinen Einfluss auf das Abwägungsergebnis gehabt haben sollen, vermögen wir dies mangels einer Dokumentation der Abwägung nicht nachzuvollziehen. Wir stellen diese Behauptung daher berechtigter Weise in Frage.</p> <p>Folglich halten wir, wie aus den nachfolgenden Ausführungen ersichtlich, unsere Anregungen und Bedenken in vollem Umfang aufrecht.</p> <p>Der Klarstellung halber weisen wir darauf hin, dass wir uns nicht an die mit der Bekanntmachung zur Neuaufstellung vom 07. Oktober 2024 ausgesprochenen Beschränkung gebunden fühlen, bezüglich einer Stellungnahme zu dem 2. Planentwurf und zu dem Umweltbericht auf die im Vergleich zum 1. Entwurf (Stand: 2021) vorgenommenen Änderungen beschränkt zu sein. Da wir gemeinsam mit unserer Mandantin nicht zu erkennen vermögen, ob und ggf. an welcher Stelle Änderungen in Bezug auf die von uns angesprochenen zeichnerischen und textlichen Festlegungen erfolgt sind, geht eine solche Beschränkung ins Leere.</p> <p>Wir erwarten, dass sich die Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Abwägung mit</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf einen redaktionellen Fehler in der Planunterlage B-3 "Synopse: Öffentlichkeits" hingewiesen. Es handelt sich um eine zweckdienliche Unterlage gemäß § 9 Abs. 2 ROG. Ein Änderungsbedarf des Planentwurfs ergibt sich hieraus nicht.</p> <p>Der Ausgleichsvorschlag zu der angesprochene Stellungnahme wird in der Synopse nicht aufgeführt.</p> <p>Im Vorfeld des Beschlusses zur zweiten öffentlichen Auslegung wurden dem Regionalrat des Regierungsbezirks Köln als Planungsträger die Original-Stellungnahmen zur ersten öffentlichen Auslegung zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass der Plangeber seine Abwägungsentscheidung auf Basis einer vollständigen Entscheidungsgrundlage vollzieht (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024).</p> <p>Der Planungsträger hat sich inhaltlich mit der in Rede stehenden Anregung befasst; das Ergebnis kann der Planunterlage A-2-10 "Blatt05_Leverkusen Koeln Rheinisch Bergischer Kreis_Planentwurf" entnommen werden.</p> <p>Für den angesprochenen Bereich wurde die zeichnerische Festlegung teilweise geändert. Zu Dokumentationszwecken wird dieser Abwägungsvorschlag nachfolgend erläutert. (s. ID 1034205_001, ID 1034205_002, ID 1034205_003, ID 1034205_004, ID 1034205_005, ID 1034205_006)</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.</p>

der Stellungnahme auseinandersetzt.

Inhalt**STELLUNGNAHME:**

Unsere Mandantin ist u.a. Eigentümerin folgender landwirtschaftlich genutzter Grundstücke, die in unterschiedlicher Weise von der Planung zur Neuaufrstellung des Regionalplans Köln in den Ortsteilen Widdersdorf, Lövenich und Pulheim betroffen sind:

Betroffene Flächen laut Planunterlage Neuaufrstellung Regionalplan Köln 2022

[Abbildungen]

Betroffene Flächen laut Planunterlage Vorstudie Stadtbahnstrecke 2021

[Abbildungen]

Die in den in der Spalte „Bezeichnung“ enthaltenen Buchstaben „A“ bis „I“ betreffen landwirtschaftlich bewirtschaftete Grundstücke aus dem v.g. Eigentumsbestand, deren schematische Lage sich aus der als Anlage A3 überreichten Planunterlage mit einer Einzeichnung der Flächen „A“ bis „I“ ergibt. Im Folgenden wird der Einfachheit halber auf eben diese Bezeichnungen Bezug genommen, um die Betroffenheit unserer Mandantin durch die Neuaufrstellung des Regionalplans Köln 2022 zu verdeutlichen. Detaillierte Erläuterungen hierzu befinden sich im weiteren Text.

Die im Eigentum unserer Mandantin stehenden Grundstücke werden sämtlich von dem unter der postalischen Adresse [ANONYMISIERTE], geführten landwirtschaftlichen Betrieb (im Folgenden: Hofstelle Pauli) aus bewirtschaftet. Der landwirtschaftliche Betrieb wird von [ANONYMISIERTE]geführt.

Wir haben eine Betroffenheit der Eigentumsgrundstücke sowie des landwirtschaftlichen Betriebes in diversen Kapiteln des Entwurfes des Regionalplanes identifiziert. Betroffenheiten ergeben sich ausweislich der Erläuterungskarten für folgende Themenbereiche:

- Klimaschutz - Erläuterungskarte K1
- Schutzwürdige Böden - Erläuterungskarte F2
- Regionale Grünzüge - Erläuterungskarte F3
- Landwirtschaft- Erläuterungskarte F4
- Regionaler Biotopverbund - Erläuterungskarte F5
- BSLE mit besonderer Bedeutung für den Schutz von Arten des Offenlandes/ der Äcker - Erläuterungskarte F6
- Trinkwasservorsorge - Erläuterungskarte F9
- zASB Siedlungsbereiche - Erläuterungskarte S1

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Erläuterungskarten dienen der gesamträumlichen Übersicht und sind entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Textlichen und Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen.

Zur Illustration der Betroffenheit, wie sie sich aus den v.g. Erläuterungskarten ablesen lässt, überreichen wir als Anlagenkonvolut A4 Kopien der Erläuterungskarten, in denen die Lage der Hofstelle [ANONYMISIERT] mit einem blauen Kreuz gekennzeichnet ist.

Wir erwarten, dass die nachfolgend noch näher zu erläuternden schutzwürdigen Interessen unserer Mandantin als Eigentümerin der landwirtschaftlich genutzten Flächen und ihres Pächters als deren Nutzer im Rahmen der planerischen Abwägung mit dem erforderlichen Gewicht berücksichtigt werden.

Im Hinblick auf die im Falle der Umsetzung der Regionalplanung auf den Ebenen der Flächennutzungs- und Bauleitplanung praktisch zu erwartenden Auswirkungen beschränken wir uns allerdings im Folgenden auf vier Aspekte mit besonderer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit der Hofstelle Pauli. Eine solche besondere Betroffenheit ergibt sich zum einen durch die geplanten Festlegungen zur Verkehrsinfrastruktur, dargestellt in den zeichnerischen Festlegungen Blatt 05 - Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer-Kreis, dort unter der Gliederungsziffer 3 - Verkehrsinfrastruktur (hierzu nachfolgend unter 1.). Eine weitere Betroffenheit resultiert aus den Festlegungen aus dem vorgenannten Blatt 05 betreffend die geplanten Festlegungen zu der Gliederungsziffer 2 - Freiraum (hierzu nachfolgend unter 2.). Des Weiteren resultiert eine Betroffenheit aus den Festlegungen aus dem vorgenannten Blatt 05 im Sinne der Gliederungsziffer 1 - Siedlungsraum - Allgemeine Siedlungsbereiche (hierzu nachfolgend unter 3.). Schließlich ergibt sich eine Betroffenheit betreffend die geplante Erweiterung des Gewerbegebietes Lövenich in Gestalt eines GIB aus dem Blatt 05 - Gliederungsziffer 1 - Siedlungsraum (hierzu nachfolgend unter 4.).

Inhalt

1. Betroffenheit durch geplante Maßnahmen der Verkehrsinfrastruktur

Grundsätzlich fordert unsere Mandantin die Umsetzung der Vorgaben aus dem Dokument „Tabelle zur Erläuterungskarte - Landschaftsräume“ der Textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln Anhang C - Landschaftsräume Seite 4 unter LR-II-003 „Lössterasse der Köln-Bonner Rheinebene“:

„Eine weitere Ausdehnung der Siedlungsflächen und Zerschneidung der Landschaft durch Verkehrsbänder wird vermieden.“

Hilfsweise fordert unsere Mandantin zumindest, dass bei Neubau der Straßenbahn die Trassen immer parallel zu bestehenden Straßen und Feldwegen verlaufen, anstatt die landwirtschaftlichen Flächen willkürlich zu durchschneiden. Dabei müssen Erschließung und Zufahrt zu den landwirtschaftlichen Grundstücken natürlich ungehindert erhalten bleiben.

Die im Eigentum unserer Mandantin stehenden Grundstücke werden durch zwei auf dem Blatt 05 zeichnerisch dargestellten Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung (Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr) betroffen. Die Trassenführung ist in der Anlage A3 farblich gelb abgesetzt.

Hiermit angesprochen sind die Planungen für eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 von der Haltestelle „Weiden West“ zur Trassenführung der Anbindung von Köln-Widdersdorf an das Stadtbahnnetz (zuletzt diskutiert wurden zwei Varianten zur Verlängerung der Stadtbahnlinie 1) und die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 mit dem Arbeitstitel „Stadtbahnstrecke Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem“.

Die zuletzt diskutierte Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 über Widdersdorfer Gebiet ist durch das entsprechende Planzeichen in dem als Anlage A3 überreichten Planausschnitt als südliche der beiden dort eingezeichneten Trassen dargestellt. Die Trassenführung für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 befindet sich in der Anlage A3 als die nördliche der beiden dargestellten Trassenvarianten.

Ausweislich der Berichterstattung in der regionalen Presse über die Fortführung der Planungen für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 hat unsere Mandantin den Rückschluss gezogen, dass dieses Projekt strenggenommen aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr weiter zu verfolgen ist. Bekanntlich hat der Rhein-Erft-Kreis in Zusammenarbeit mit den Städten Köln, Bergheim und Pulheim bei dem „bürostadtVerkehr“ eine Untersuchung mit dem Arbeitstitel „Vorstudie Stadtbahnstrecke Widdersdorf-Brauweiler-Niederaußem“ in Auftrag gegeben. Der Gesamtbericht mit der Darstellung der Ergebnisse der Studien wurde im Januar 2021 vorgelegt. Der Verkehrsausschuss der Stadt Köln und die Bezirksvertretungen Lindenthal und Ehrenfeld haben sich in verschiedenen Sitzungen mit diesem Thema

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. 1. Offenlage: ID 1002721, ID 1002094, ID 1002727, ID 1016370).

befasst. Wir überreichen die entsprechende Beschlussvorlage für die Sitzung des Verkehrsausschusses der Stadt Köln vom 18. Januar 2022 nebst dort erwähnter Anlagen als Anlagenkonvolut A5.

In der vorgenannten Vorstudie von „bürostadtVerkehr“ werden insgesamt sechs Streckenvarianten untersucht, drei Streckenvarianten für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 und drei Streckenvarianten für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1. Von den dort untersuchten Planfällen zur Linie 1 erreicht keiner der drei untersuchten Planfälle zur Linie 1 einen Nutzen-Kosten-Indikator von über 1, der Voraussetzung für eine Bezuschussung der Baumaßnahme und eine hieraus resultierende „realistische Realisierbarkeit“ ist: Die in der Untersuchung sogenannte Streckenvariante B1 mit einem vorläufigen Nutzen-Kosten-Indikator von -0,4 tangiert die im Eigentum unserer Mandantin stehenden Grundstücke [ANONYMSIERT], in der als Anlage A3 überreichten Planunterlage mit dem Buchstaben „E“ gekennzeichnet. Weiterhin betroffen sind die Grundstücke [ANONYMSIERT], in der als Anlage A3 überreichten Planunterlage mit dem Buchstaben „F“ bezeichnet. Die Planunterlage in der Anlage A3 lässt erkennen, dass die Streckenvariante B1 auf dem derzeitigen Wirtschaftsweg, welcher die alleinige Zuwegung zur Hofstelle Pauli darstellt, geplant ist.

Der weitere Verlauf dieses Wirtschaftsweges in östlicher Richtung mit Brücke über den Kölner Randkanal ist die direkte Zuwegung zu den landwirtschaftlich genutzten Flächen „F“, „G“, „H“ und „I“ unter Umgehung öffentlicher Kraftstraßen und Les DurchgangsvÄrkehrs. Über den westlichen Verlauf des Wirtschaftsweges, respektive über die Zuwegung zu der Hofstelle Pauli, werden die Flächen „A“, „B“, „C“, „D“ und „E“ angefahren.

Weiterhin beschneidet die Streckenvariante die mit dem Buchstaben „F“ gekennzeichneten Flächen der Parzellen[ANONYMSIERT]in einer Art und Weise, die eine geordnete landwirtschaftliche Beackerung der Flächen nicht mehr möglich macht.

Dasselbe gilt für die im Lageplan Anlage A3 mit dem Buchstaben „A“ gekennzeichneten Flächen [ANONYMSIERT]. Auch diese können für den Fall der Beibehaltung dieser Trassenführung nicht mehr vernünftig landwirtschaftlich genutzt werden.

Nochmals bekräftigt unsere Mandantin die Forderung nach einem zu bestehenden Wirtschaftswegen und Straßen parallel geführten Trassenverlauf. Dies gilt insbesondere für das Grundstück [ANONYMSIERT], einem asphaltierten Feldweg parallel zur Bonner Straße, der unter Aufrechterhaltung der Erschließungsfunktion für die landwirtschaftlich genutzten Flächen für die Trasse genutzt werden könnte.

Angesichts der Tatsache, dass fachgutachterlich festgestellt worden ist, dass weder die Streckenvariante B1 mit einem Nutzen-Kosten-Indikator von -0,4 noch die Streckenvariante B2 mit einem solchen von 0,2 eine realistische Chance darauf besitzt, zukünftig jemals realisiert zu werden, muss die Regionalplanung dieser Erkenntnis Rechnung tragen, indem der Planfall „Verlängerung der Stadtbahnlinie 1“ in der Regionalplanung nicht weiter betrachtet wird. Eine Abwägung dieser Darstellung mit den eigentumsrechtlichen und wirtschaftlichen Belangen unserer Mandantin muss

ergeben, dass der Eigentumsschutz und der Schutz des eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetriebes in Form des landwirtschaftlichen Betriebes auf der Hofstelle Pauli ein höheres Gewicht hat, als eine auf Grund der wirtschaftlichen Kennzahlen nicht realisierungsfähige Planung einer Infrastrukturmaßnahme.

Wir beantragen daher, den Entwurf des Regionalplans Köln, Blatt 05, dahingehend abzuändern, dass die dort getroffenen Festlegungen für eine Verlängerung der Stadtbahnlinie 1 ersatzlos gestrichen werden.

Nach der Vorstudie hat allein der Planfall A3 mit einem vorläufigen Nutzen-Kosten-Indikator von 1,1 eine realistische Chance auf eine Umsetzung. Insoweit sollte auch ausschließlich die Trassenführung für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 4 beibehalten werden.

Die Vorstudie, die der als Anlage A5 überreichten Beschlussvorlage zu Grunde gelegen hat, ist im Nachgang zu der Befassung des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Köln noch einmal überarbeitet worden. Die letzte Anpassung, datiert auf den 12. Oktober 2021, betrifft die Seiten 55-57 der Vorstudie. Auf der Seite 57 findet sich eine Tabelle mit einer „Fiktivberechnung mit Flächenpotenziale[n] und 30 % Kostensteigerung“, die das oben klargestellte Ergebnis auch unter Berücksichtigung aktueller wirtschaftlicher Rahmenbedingungen bestätigt:

Demzufolge hat nach wie vor nur der Planfall A3 einen stabilen Nutzen-Kosten-Indikator von über 1. Alle anderen Planfälle, insbesondere auch die Planfälle/Streckenvarianten B1 und B2, die das Eigentum unserer Mandantin tangieren, liegen deutlich unter 1.

Somit sprechen auch aktuelle gutachterliche Erkenntnisse gegen eine Aufrechterhaltung einer Darstellung von Streckenvarianten für die Verlängerung der Stadtbahnlinie 1.

Inhalt**2. Betroffenheit durch Festlegungen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung sowie Regionale Grünzüge**

Die landwirtschaftlichen Eigentumsflächen unserer Mandantin in den Ortsteilen Widdersdorf, Lövenich und Pulheim haben eine Gesamtfläche von 93 ha. Bewirtschaftet werden diese Flächen durch einen Pächter im Vollerwerbsbetrieb. Die gesamten 93 ha sind als Regionale Grünzüge überplant, dargestellt in den zeichnerischen Festlegungen Blatt 05 - Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer-Kreis, dort unter der Gliederungsziffer 2 - Freiraum. Zusätzlich sind mit den Flächen „E“, „G“, „H“ und „I“ circa 63 ha für Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung vorgesehen.

Unsere Mandantin lehnt grundsätzlich die Überplanung aller landwirtschaftlich genutzten Flächen als Naherholungsgebiet und geschützte Landschaft sowie Regionale Grünzüge ab (zeichnerische Festlegungen Blatt 05: Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung).

Durch Ausweisung als Erholungsgebiet sind Konflikte bei der Durchführung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung mit erholungssuchenden Bürgern vorprogrammiert, wie es jetzt schon in zunehmenden Maße der Fall ist. Die landwirtschaftlichen Flächen werden als Hundespielwiesen und Freiflächen zur allgemeinen Nutzung bzw. als Spielfläche durch Kinder genutzt, dabei kommt es u.a. zu Verunreinigungen durch Hundekot und Beschädigung der angebauten Feldfrüchte, was zwangsläufig zu Konflikten führt.

Zudem hätte die Ausweisung als geschützte Landschaft / Regionaler Grünzug eine unmittelbare Einschränkung der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung (Düngung, Pflanzenschutz) zur Folge (vgl. Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115).

Eine ökonomisch profitable Bewirtschaftung wird dadurch erheblich eingeschränkt, was den Wert der Flächen bei Verpachtung und Verkauf deutlich mindert.

Wir beantragen für unsere Mandantin,

die Darstellung für Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung sowie Regionale Grünzüge nicht weiter zu verfolgen und die angesprochenen Flächen zukünftig auch weiterhin als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche darzustellen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Schutz der Landschaft (BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben das Ziel BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Festlegungen der BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer

freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung geeignet.

Inhalt**3. Betroffenheit durch Darlegungen für zentralbedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche (zASB)**

Der Erläuterungskarte S1 kann in Zusammenschau mit den zeichnerischen Festlegungen, Blatt 05 - Leverkusen, Köln, Rheinisch-Bergischer-Kreis, Gliederungsziffer 1 - Siedlungsraum - entnommen werden, dass dafür zukünftig folgende im Eigentum unserer Mandantin stehende Flächen als Darstellung eines Allgemeinen Siedlungsbereiches (ASB) vorgesehen sind: Gemarkung Lövenich, Flur 11, Flurstücke Nr. 963, 982, in der als Anlage A3 überreichten Planunterlagen mit dem Buchstaben „E“ gekennzeichnet, sowie [ANONYMISIERTE], in der als Anlage A3 überreichten Planunterlage mit dem Buchstaben „G“ gekennzeichnet.

Ganz offensichtlich soll die geplante zusätzliche Festlegung von einem Allgemeinen Siedlungsbereich den vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereich Lövenich abrunden. Gemäß der textlichen Festlegung Ziff. 3.2.1 - Ziel 7- Allgemeine Siedlungsbereiche sind Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) als Vorranggebiete festgelegt. Sie dienen dem Wohnen, dem wohnverträglichen Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Planungen und Maßnahmen, die mit diesen Nutzungen nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.

Die vorgesehene Darstellung überplant einen Großteil der von der Hofstelle Pauli landwirtschaftlich genutzten hofnahen Ackerflächen. Die Fläche „E“ ist 25,5 ha, die Fläche „G“ 21 ha groß. Beide Flächen machen bei einer Gesamtbewirtschaftungsfläche von 93 ha 50% der bewirtschafteten Ackerfläche aus. Der Verlust der in der Anlage A3 mit dem Buchstaben „E“ gekennzeichneten Ackerfläche als festgelegte Arrondierungsfläche ist gerade wegen ihrer unmittelbaren Nähe zur Hofstelle Pauli existenzbedrohend. Auch die mit dem Buchstaben „G“ gekennzeichnete Ackerfläche liegt in der Nähe der Hofstelle Pauli und ist für einen wirtschaftlichen Betrieb unabdingbar. Ein Verzicht auf eine landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen würde die Existenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes ernsthaft in Frage stellen.

Bei den überplanten Flächen handelt es sich um Böden höchster Qualität, s. Textliche Festlegung Regplan_Koeln_Anhang-C Erläuterungskarte_Landschaftsräume.pdf, LR II-003, Lössterrasse der Köln-Bonner Rheinebene. Diese wären bei Nutzung als Bau- bzw. Gewerbegebiet unwiederbringlich für die Landwirtschaft (Lebensmittelerzeugung) verloren. Gerade in der aktuellen Versorgungssituation aufgrund des Ukraine-Krieges wird die Wichtigkeit der heimischen Lebensmittelerzeugung deutlich und der Schutz besonders der landwirtschaftlichen Flächen höchster Qualität eminent.

Auch in der Erläuterungskarte A3-F2 schutzwürdige Böden wird diesen Böden eine

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist in Teilen entsprochen (s. 1. Offenlage ID 1002714).

Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

„sehr hohe Funktionserfüllung“ zugesprochen.

Dieser Befund wird auch im Umweltbericht zu der Darstellung K_ASB_11 (Anhang C zum Umweltbericht-Prüfbogen der im Regionalplan Köln festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereiche, ASB, ASBz, hier: Prüfbogen für K_ASB_11, Seite 417 ff.) unter Ziffer 2.12 bestätigt. Danach bedingt eine Inanspruchnahme der Ertragsflächen landwirtschaftlicher Ackerflächen eine voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkung. In dem Umweltbericht ist zudem unter den Ziffern 2.17 und 2.18 betreffend das Schutzgut Klima/Luft festgehalten, dass die Flächeninanspruchnahme Flächen mit einer sehr hohen klimaökologischen Bedeutung und klimarelevante Böden betrifft. Auch hier wird eine voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkung konstatiert. In der zusammenfassenden Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen halten die Gutachter bosch & partner fest, dass „hinsichtlich der Schutzgut bezogenen Beurteilung [...] voraussichtlich bei drei Kriterien (schutzwürdige Böden/klimarelevante Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten [sind], so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden“ (siehe K_ASB_11 / Seite 4).

Wir beantragen für unsere Mandantin,

die Darstellung für ein ASB in nördlicher und östlicher Arrondierung des vorhandenen ASB Lövenich nicht weiter zu verfolgen und die angesprochenen Flächen zukünftig auch weiterhin als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche darzustellen.

Mit der geplanten Festlegung von großen Teilen der in der Anlage A3 mit den Flächenbezeichnungen „E“ und „G“ bezeichneten landwirtschaftlich genutzten Flächen als ASB geht nicht nur landwirtschaftliche Nutzfläche verloren. Die verbleibende landwirtschaftliche Nutzfläche weist eine Restgröße auf, die unter ökonomischen Gesichtspunkten nicht zu bewirtschaften ist. Zusätzlich erschwerend werden aus den derzeitig bestehenden optimal zu bewirtschaftenden rechteckigen Flächen mit breiten Fahrgassen und optimalen Wendemöglichkeiten Reststücke mit spitzen Ecken. Dadurch wird eine Bewirtschaftung mit den betriebseigenen und lohnunternehmerischen (überbetrieblichen) landwirtschaftlichen Maschinen sowie die landwirtschaftliche Bearbeitungsweise extrem erschwert, wenn nicht sogar unmöglich.

Demzufolge findet eine Durchschneidung einer zusammenhängenden Wirtschaftsfläche mit zugehöriger Hofstelle statt, die langfristig gesehen das Ende des landwirtschaftlichen Betriebes in seiner heutigen Form zur Folge hätte. Aufgrund dieser beschriebenen Bewirtschaftungshindernisse wird eine Verpachtung zu einem angemessenen Preis nicht möglich sein. Insgesamt wird der Wert der Restgrundstücke als landwirtschaftliche Flächen erheblich gemindert.

Ersatzflächen von vergleichbarer Größe und Bodenqualität für die wegfallenden Ackerflächen sind im näheren Umkreis von Lövenich, Widdersdorf und Brauweiler auf dem Markt hoch nachgefragt und kaum verfügbar. Daher muss auf die Darstellung des Arrondierungsbereiches des ASB Lövenich 11 verzichtet werden.

Hilfsweise beantragen wir,

die Arrondierungsflächen so weit auszudehnen, dass auf jeden Fall die kompletten Flurstücke [ANONYMISIERT] sowie [ANONYMISIERT] von der Ausweitung erfasst werden.

In diesem Fall ist zumindest die Option eröffnet, durch eine Gesamtveräußerung der Hofstelle Pauli nebst hofnaher Flächen einen Verkaufserlös zu erzielen, der die [ANONYMISIERT] in die Lage versetzt, eine Ersatzhofstelle in vergleichbarer Größe und Bodenqualität zu erwerben.

Inhalt

4 Betroffenheit durch die Festlegung eines GIB für die Arrondierung des Gewerbegebietes Lövenich

Von der Darstellung betroffen ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche [ANONYMISIERT], in der als Anlage A3 überreichten Planunterlage mit dem Buchstaben „G“ gekennzeichnet.

Östlich der vorgesehenen Arrondierung des ASB Lövenich um eine Teilfläche des Flurstücks [ANONYMISIERT] soll noch eine weitere, landwirtschaftlich genutzte Teilfläche desselben Flurstücks als Ausweitung des GIB Lövenich festgelegt werden.

Auch dieser Festlegung widersprechen wir aus den genannten Gründen. Eine Inanspruchnahme dieser ertragsreichen landwirtschaftlich genutzten Fläche hat negative Auswirkungen auf den Fortbestand des landwirtschaftlichen Betriebes auf der Hofstelle Pauli, der auf eine Möglichkeit zur Bewirtschaftung hofnaher Flächen zwingend angewiesen ist. Auch hier verfangen die bereits erteilten Hinweise zu der mit einer Inanspruchnahme verbundenen Vernichtung von Böden höchster landwirtschaftlicher Qualität mit einer sehr hohen Funktionserfüllung, von Flächen mit sehr hoher klimaökologischer Bedeutung und klimarelevanten Böden. Auch im Falle dieser geplanten Festlegung gilt, dass diese nur eine Teilfläche des Flurstücks [ANONYMISIERT] betreffen, sodass eine nicht mehr wirtschaftlich zu beackernde Restfläche verbleibt.

Vor diesem Hintergrund beantragen wir,

auf die Darstellung der Erweiterung des GIB Lövenich in nordöstlicher Richtung zu verzichten.

Die Ausweisung eines GIB in direkter Nachbarschaft zur Wohnbebauung bedeutet durch den vorgeschriebenen Abstand zwischen beiden Nutzungsbereichen zusätzlichen Flächenverlust.

Hilfsweise beantragen wir,

die Erweiterung des GIB Lövenich auf die Fläche [ANONYMISIERT] (in der Anlage A3 mit „H“ gekennzeichnet) zu legen.

Diese Fläche ist wegen ihrer Lage direkt am Lise-Meitner-Ring bereits heute erschlossen und bietet den weiteren Vorteil, dass sie räumlich unmittelbar an das bestehende Gewerbegebiet angrenzt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

der zweite Planentwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ändert die Flurstücke 8-807-B02 (Autobahnzubringer Hans-Schulten-Straße) und 8-807-087 (Hundewiese) zu allgemeinem Siedlungsbereich.

Als Bürgerverein von Neubrück lehnen wir diesen Plan ab. Es gibt nichterkannte oder hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Auswirkungen:

- Schutzgut Landschaft
 - Flurstück 8-807-087 ist Teil des „Landschaftsschutzgebiets Landschaftsraum Gut Leidenhausen und Freiräume um Brück“ (LSG-5008-0004).
 - Flurstück 8-807-087 ist im Masterplan Grün der Stadt Köln als „Immergrün“ ausgewiesen.
- Hundewiese
 - Flurstück 8-807-087 ist die einzige Hundefreilauffläche im Norden von Neubrück.
- Die Fläche wird im Integrierte Raumanalyse Köln-Ost als Möglichkeit für eine bessere fußläufige Durchlässigkeit zwischen Merheim und Neubrück empfohlen. Eine Bebauung würde dies verhindern.
- Nach einem Abriss des Autobahnzubringers müsste eine neue Verkehrsanbindung an die Autobahn erstellt werden. Dies kompliziert sich durch die Streckenführung der geplanten Stadtbahn-Verbindung zwischen Linie 1 und Linie 9.
- Für die neuen Bürger einer Wohnbebauung fehlen ausreichend Kindergärten, Grundschulen und Schulen mit gymnasialer Oberstufe, sowie ausreichende Einkaufsmöglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISERT]

[Anlagen]

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. (s. ID 1003216 1. Offenlage)

Darüber hinaus wird darauf verwiesen, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit liegen, sind in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des

	Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	---

Inhalt

der zweite Planentwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln weist das Flurstück 8-809-010 (ehemaliges Madaus Gelände) als allgemeinen Siedlungsbereich aus. Dutzenden von ablehnenden Stellungnahmen wurden mit der Begründung „kommunale Entwicklungsabsichten“ nicht gefolgt.

Als Bürgerverein von Neubrück lehnen wir diesen Plan und die Begründungen dafür ab. Es gibt nicht erkannte oder hinsichtlich der Beeinträchtigungen und Folgen unterschätzte Auswirkungen:

- Schutzgut Landschaft
- Die Fläche ist Teil des „Landschaftsschutzgebiets Landschaftsraum Gut Leidenhausen und Freiräume um Brück“ (LSG-5008-0004).
- Die Fläche ist im Masterplan Grün der Stadt Köln als "Immergrün" und "Potentialgrün" ausgewiesen.
- Schutzgut Wasser
- Die Fläche weist laut Hinweiskarte Starkregengefahren des Landes NRW eine hohe Überflutungstiefe auf.
- Schutzgut Mensch und Klima
- Auf der Fläche liegt ein nächtlicher Kaltluftvolumenstrom (KVS) von Ausmaß "mittel", dessen Einwirkungsbereich die nächtlich überwärmte Siedlung Neubrück ist. Durch Bebauung des Flurstück 8-809-010 würde der derzeitige nächtliche Kühleffekt deutlich reduziert.
- Schutzgut Biologische Vielfalt
 - Die Fläche schließt an den Biotopverbund VB-K-5008-005 an und sollte diesem zugeordnet werden.
- Es ist festgelegt, dass auf der Fläche die Ausgleichpflanzungen für das Neubaugebiet "Merheimer Gärten" zu erfolgen haben. Da die Bäume rechtsrheinisch verloren gegangen sind, sollte auch die Ausgleichsfläche rechtsrheinisch sein.
- Die Integrierte Raumanalyse Köln-Ost hat für den Großteil der Fläche eine Nutzung als Bürgerpark vorgeschlagen, was sich mit der geplanten Bebauung nicht vereinbaren lässt.
- Diese Analyse bemängelt auch, dass Neubrück schlecht an das öffentliche

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Es wird darauf verwiesen, dass für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale kommunale Entwicklungsabsichten bestehen, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Schienennetz angebunden ist. Die vorgeschlagene Erweiterung der Linie 9 führt durch die vorgeschlagene Fläche.

- Für die neuen Bürger einer Wohnbebauung fehlen ausreichend Kindergärten, Grundschulen und Schulen mit gymnasialer Oberstufe, sowie ausreichende Einkaufsmöglichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISERT]

[Anlagen]

AZ: Ö-M-2-234	
1028753	
1034280_001	
Inhalt	Abwägung
<p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>in der im Betreff bezeichneten Angelegenheit zeigen wir an, dass die Einrichtungshaus [ANONYMISERT] von uns anwaltlich beraten und vertreten wird. Eine uns legitimierende Vollmacht kann erforderlichenfalls nachgereicht werden.</p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im Auftrag unserer Mandantin folgende Stellungnahme ab:</p> <p>Die [ANONYMISERT]-Unternehmensgruppe, zu der unsere Mandantin gehört, betreibt zahlreiche Möbel- und Einrichtungshäuser an verschiedenen Standorten und ist Eigentümerin der jeweiligen, bebauten Grundstücke.</p> <p>Im Geltungsbereich des Regionalplans Köln ist unsere Mandantin u.a. Eigentümerin der Grundstücke [ANONYMISERT] sowie der [ANONYMISERT] in Leverkusen mit der postalischen Anschrift [ANONYMISERT] Leverkusen und [ANONYMISERT] Leverkusen. Auf den zuvor genannten Grundstücken betreibt unsere Mandantin das [ANONYMISERT]Einrichtungszentrum Leverkusen nebst zugehörigem Parkhaus sowie das Möbelhaus Trends Leverkusen mit zugehöriger Stellplatzanlage.</p> <p>Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Leverkusen stellt für den Bereich des Möbel- und Einrichtungshauses [ANONYMISERT]ein Kerngebiet sowie für den Bereich des Möbel- und Einrichtungshauses [ANONYMISERT]eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung „Handel – Möbelmarkt“ dar.</p> <p>Der Bebauungsplan Nr. 122a/I Wiesdorf Süd Europaring der Stadt Leverkusen, durch ortsübliche Bekanntmachung am 06.07.2006 in Kraft getreten, setzt für das Grundstück des Möbel- und Einrichtungshauses [ANONYMISERT]ein Kerngebiet mit einer Grundflächenzahl von 1,0 und einer Geschossflächenzahl von 3,5 fest. Allgemein zulässig sind dort u.a. großflächige Einzelhandelsbetriebe.</p> <p>Für das Möbel- und Einrichtungshaus [ANONYMISERT] setzt der vorhabenbezogene Bebauungsplan V16/I „Smidt Wohncenter, Haus II“ in Leverkusen-Wiesdorf, durch ortsübliche Bekanntmachung am 31.05.2006 in Kraft getreten, ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Möbel“ fest. Die zulässige GRZ wird mit 0,8 festgesetzt, die maximale Verkaufsfläche mit 10.700 m². Nach den textlichen Festsetzungen sind dort Einzelhandelsbetriebe mit maximal 10.700 m² Verkaufsfläche mit Waren aus dem</p>	<p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass auf Ebene des Regionalplans darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf besteht. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesem Falle ein Sicherungserfordernis als GIB, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Bereich Möbel sowie einem näher bestimmten Zusatzwarenangebot zulässig.

Der derzeit geltende Regionalplan Köln legt für die zuvor genannten Flächen einen Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) fest. Auch der derzeit erneut offenliegende Entwurf des Regionalplans Köln wird die bisherige Festlegung eines Bereichs für gewerbliche und industrielle Nutzung beibehalten bzw. übernehmen.

Gegen die Festlegung eines GIB bzw. seine Beibehaltung bestehen grundlegende Rechtmäßigkeitsbedenken:

Die Festlegung eines GIB für die betroffenen Grundstücke unserer Mandantin führt nach Ziel 10 der textlichen Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans Köln dazu, dass Entwicklungspotentiale für die von unserer Mandantin betriebenen großflächigen Einzelhandelsbetriebe nicht bestehen. Denn Planungen und Maßnahmen, die mit einer gewerblichen oder industriellen Nutzung nicht vereinbar sind, sind auszuschließen. Auszuschließen ist demnach insbesondere der großflächige Einzelhandel (vgl. Ziel 6.5-1 LEP NRW). Zukünftige Änderungen der Bebauungspläne, die die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Betriebe unserer Mandantin geschaffen haben und sichern, scheitern daher zwangsläufig an entgegenstehenden Zielen der Raumordnung. Damit ist unsere Mandantin auch daran gehindert, die im großflächigen Einzelhandel regelmäßig auftretenden Anpassungsbedarfe, die maßgeblich auf die sich rasant ändernden Wünsche und Erwartungen der Kunden beruhen, umzusetzen, was zwangsläufig zu wirtschaftlichen Schäden führen wird. Selbst Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB können nicht erteilt werden, da die Ziele der Raumordnung in Form des GIB als öffentliche Belange der Erteilung von Befreiungen in der Regel entgegenstehen.

Die beabsichtigte Festlegung als GIB berücksichtigt daher weder die grundrechtlich geschützten Interessen und Rechte unserer Mandantin aus Art. 12 und Art. 14 GG noch die in der Planbegründung angeführte bedarfsgerechte Festlegung von Siedlungsbereichen.

Im Einzelnen:

Nach der Rechtsprechung des OVG Münster sind nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes in die Abwägung alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen.

OVG Münster, Urteil v. 21.03.2024 – 11 D 133/20.NE –, juris Rn. 287 ff.

Darüberhinaus gilt, dass Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) als Vorranggebiete festgelegt sind. Sie dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Die GIB umfassen insbesondere Flächen für die Ansiedlung, Erweiterung und Verlagerung von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben sowie von sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen mit den ihnen zuzuordnenden Anlagen. Der in der Planzeichendefinition aufgeführten Zusatz „insbesondere“ (Anlage 3 zur LPIG DVO) bedeutet, dass der dort genannte Nutzungskatalog nicht abschließend ist und zumindest in nachrangiger Größenordnung auch weitere Nutzungen in GIB geplant werden können.

Im Übrigen richtet sich die Planung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben nach den landesplanerischen Vorgaben gemäß Kapitel 6.5 LEP NRW. Hiernach ist eine Überplanung von vorhandenen Standorten mit großflächigem Einzelhandel möglich, sofern die landesplanerischen Vorgaben beachtet werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

In diesem Zusammenhang ist weiter zu berücksichtigen, dass nach der Planbegründung, dort S. 57, auf der Grundlage des Gegenstromprinzips und der kommunalen Planungshoheit rechtskräftige FNP-Darstellungen für Bauflächen im Sinne eines Vertrauensschutzes bzw. übertragenen „Bestandsschutzes“ berücksichtigt worden sein sollen. Entsprechend heißt es dazu auf S. 87 der Planbegründung, dass sich die Siedlungsbereichsdarstellungen grundsätzlich an der FNP-Darstellung orientieren, die in der Regel in den Siedlungsraum einbezogen wird. Ausnahmen sollen dabei lediglich bandartige Entwicklungen, Splittersiedlungen und unerwünschte oder konfliktträchtige Siedlungsentwicklungen darstellen.

Unter Berücksichtigung der wirksamen Darstellungen im Flächennutzungsplan, der rechtskräftigen Festsetzungen in den zuvor genannten Bebauungsplänen, des baulichen Bestands sowie der ausgeübten Nutzung und den damit im Zusammenhang stehenden Grundrechten aus Art. 12 und Art. 14 GG (Recht am ausgeübten und eingerichteten Gewerbebetrieb sowie Eigentumsgrundrecht) erweist sich die erneut offengelegte Planung nach Maßgabe der Ausführungen in der Planbegründung als offensichtlich abwägungsfehlerhaft.

Denn es ist kein Grund ersichtlich, weshalb für die Grundstücke unserer Mandantin sowie die bauleitplanerisch abgesicherten und bestandsgeschützten Betriebe unserer Mandantin Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden. Mit dieser Festlegung belegt der Plangeber vielmehr, dass er die Maßstäbe für die Sicherung des Bestandes, die er sich selbst auferlegt hat und die sich in der Planbegründung finden, zu Lasten unserer Mandantin nicht rechtmäßig angewandt hat.

Wir regen deshalb an, die festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen für die zuvor genannten Grundstücke zurückzunehmen und für diese Flächen einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) festzulegen.

Wir gehen davon aus, dass diese Änderung nicht zu einer erneuten Offenlage bzw. Veröffentlichung führen wird, da die Änderung in einen ASB lediglich die kommunale Planung nachzeichnet und den Eigentümer- und Betriebsinteressen unserer Mandantin entspricht, sodass eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen i.S.d. § 9 Abs. 3 Satz 1 ROG auszuschließen ist.

Mit freundlichen Grüßen

[ANONYMISERT]

AZ: Ö-M-2-239	
1028760	
1034288_001	
Inhalt	<p>Natur ist wichtig und schützenswert! Keine Bebauung entlang der A4 wird gefordert! Weder eine Feuerwache, noch Industrie und schon gar kein Flüchtlingsheim! Kommen Sie bitte auf keinen Fall auf so eine vermurkste Idee! Unser Kind und auch der Hund aber auch ICH erfreuen uns an der Natur!</p> <p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-245

1028773

1034298_001

Inhalt

Sofern diesen nicht gefolgt wurde, halten wir unsere Anregungen und Bedenken zum ersten Planentwurf, die wir in der Stellungnahme vom 30.08.2022 formuliert hatten, weiter aufrecht.

Konkret betrifft dies unsere Anregung zur Änderung der BSN-Darstellung in Weilerswist, Groß-Vernich. Dazu haben Sie in der Synopse unter der ID 1006892 Stellung genommen. Sie folgen der Anregung nicht mit dem Hinweis, die BSN-Darstellung sei aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV entwickelt worden, der für den angesprochenen Bereich eine Biotopverbundfläche der Stufe I (herausragende Bedeutung) darstelle. Eine Änderung der BSN-Darstellung sei daher nicht möglich.

Diese Position geht nach unserer Auffassung fehl: Die Aufgabe der Regionalplanung beschränkt sich nicht darauf, die Inhalte der jeweiligen Fachbeiträge unkritisch und ungefiltert zu übernehmen. Vielmehr muss sie die verschiedenen Fachbeiträge gegeneinander und mit eigenen Erkenntnissen abwägen.

Wenn der Fachbeitrag des LANUV der benannten Stelle eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund zuschreibt, dann erfolgte diese Zuordnung entweder willkürlich oder sie basierte auf veralteten Fachplanungen. Der naturschutzfachliche Wert ergibt sich jedenfalls nicht aus der aktuellen Flächennutzung: dort befindet sich nämlich das Betriebsgelände des Quarzkies- und Quarzsand-Tagebau Vernich mit Aufbereitungsanlage, Waage, Absetzbecken und entsprechenden Nebengebäuden, dessen herausragender naturschutzfachlicher Wert sich uns nicht erschließt. Allerdings war dort im Rekultivierungsplan zur ursprünglichen Rahmenbetriebsplanzulassung eine Rekultivierung mit dem Ziel Arten- und Biotopschutz vorgesehen, die die Darstellungen im Fachbeitrag durchaus rechtfertigen könnte. Mit Planfeststellung vom 25.04.2019 wurde aber der Rahmenbetriebsplan erweitert und ein neuer Gesamt-Rekultivierungsplan beschlossen. Dieser sieht den Kernbereich für den Arten- und Biotopschutz nun nicht mehr im Norden des Tagebaus, sondern im Süden mit direktem Anschluss an das NSG 2.1-6, „Straßfelder Fließ“ vor. Der Planfeststellungsbeschluss erfolgte vermutlich nach inhaltlicher Fertigstellung des Fachbeitrags, somit konnte dieser diese Entwicklung also nicht berücksichtigen. Umso mehr ist es nun nach unserer Auffassung die Aufgabe der Regionalplanung diese fachplanerische Festsetzung in den Darstellungen des Regionalplans zu berücksichtigen. Dabei ist auch der Verweis auf Ziel 2.6 des Fachplanes (dort auf Seite 267) nicht zielführend: Die planfestgestellte Folgenutzung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In § 18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut § 8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im

für den benannten Bereich ist Acker, für den dann die Ziele des BSN gelten würden. Eine inhaltliche Einflussnahme auf bereits planfestgestellte Vorhaben kann der Regionalplan dagegen nicht nehmen. Jedenfalls führen die Darstellungen im aktuellen Regionalplan-Entwurf dazu, dass nach Abschluss der Abbautätigkeit die naturschutzfachlich weniger wertvolle Fläche als BSN festgesetzt wäre.

Wir regen daher nochmals an, die BSN-Darstellung entsprechend untenstehender Abbildung zugunsten von BSLE zurückzunehmen und stattdessen im Südwesten die BSN-Darstellung zu ergänzen.

[Abbildung] Abb.: Vorschlag Änderung BSN-Darstellung

Falls Sie zu den Ausführungen Rückfragen haben oder weiteres Kartenmaterial benötigen, stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung. Wir bitten um wohlwollende Prüfung unserer Anregungen und Bedenken und verbleiben.

Regionalplan.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 Nicht energetische Rohstoffe. Regionalplanerisch Vorgaben zur Rekultivierung von BSAB sind nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns, sondern ergeben sich aus dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe

Bei rechtmäßiger Inanspruchnahme des BSAB treten die zeichnerischen Festlegungen des Gesamtplans zurück. Die Festlegungen des Teilplans NR (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebieten) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der Vorrang der BSAB nebst Rekultivierungsplanungen wird planungsrechtlich dadurch sichergestellt, dass die Festlegungen der Regionalplan-Neuaufstellung innerhalb der BSAB (mittels textlicher Zielformulierung) nur bedingt gelten. Dies wird durch das Planzeichen im Regionalplan "Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegt.

Inhalt

Offenlegung der Regionalplanentwurfs 2024 - neue Festlegungen zum Gebiet 127 (Flächen entlang der BAB 4)

Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden.

„In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist soweit wie möglich zu vermeiden.“

(Quelle: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauch>)

Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22) Eine Erschließung der Flächen an der BAB 4 ist aus folgenden weiteren Gründen nicht tragbar:

Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker:

- Ignorieren des gültigen FNP: Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nach dem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hieranscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

Naturschutz:

Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).
- Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU Natur-Wiederherstellungs-Verordnung: Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiter wachsen.
- Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Lärm- und Verkehrsbelastung:

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath / Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydeemission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.
- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen.
- Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhre auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.
- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen, jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

Freiraumfunktion:

Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstgerichtlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche

Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.

- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als RGZ und/oder BSN statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht

vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-248	
1028775	
1034299	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>hiermit möchte ich meinen vehementen Widerspruch gegen die Regionalplanung zum Ausdruck bringen! Hier soll anscheinend - in Anbetracht der kurzen Frist für Stellungnahmen - still und leise über die Interessen der Bürger hinweg ein Vorhaben durchgedrückt werden, das bei allen derzeitigen alarmierenden, wissenschaftlichen Erkenntnisse über den Klimawandel und seine bereits spürbaren Folgen, tatsächlich vorhat, enorme Flächen unumkehrbar zu roden und zu versiegeln. Es ist unglaublich! Es ist mir unbegreiflich, warum auf die steuerzahlenden (und das in BGL nicht zu knapp!!) Bürger in Bezug auf Lärm- und Feinstaubimmission - ganz zu schweigen vom schmelzenden Wert ihrer Immobilien!! - so gar keine Rücksicht genommen wird! Davon abgesehen - für wen werden diese Flächen denn benötigt, beim derzeitigen Schrumpfen der Wirtschaft, zig Firmeninsolvenzen, etc.?? Sollen hier etwa Bauvorhaben abgewickelt werden, mit denen sich Nutznießer und Schwippschwager der Verwaltung und Politik noch schnell die Taschen vollmachen, bevor die Auftragslage vollends den Bach runter geht? Gier frisst Hirn. Anders kann ich mir diesen vollends aus der Zeit gefallenen Regionalplan nicht erklären.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Es wird davon ausgegangen, dass es sich um eine Stellungnahme zu einer veränderten Siedlungsraumfestlegung in Bergisch Gladbach Frankenforst handelt. Hierzu wird nachfolgend ausgeführt:</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese</p>

auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden allgemeine Informationen zur räumlichen Entwicklung vorgebracht. Es wird davon ausgegangen, dass zudem Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben werden.

Zudem werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten.

AZ: Ö-M-2-249	
1028815	
1034323	
<p>Inhalt</p> <p>Die Unterordnung der landwirtschaftlichen Flächen wurde mir in ihrem Antwortschreiben bestätigt. Die Festlegung der Landwirtschaftlichen genutzten Flächen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, Kapitel 4.3) enthält keine textliche Festsetzung das die Landwirtschaftlich genutzten Flächen mit den gleichen Rechten ausgestattet sind, wie unter 4.4 Landwirtschaft, somit wären sie besser vor Verordnungen und Gesetze zu schützen. (Momentaner Zustand). 1/3 meines Landwirtschaftlichen Betriebs befindet sich im BSN und BSLE Gebiet. Das Angebot Vertragsnaturschutz ist keine Option für mich (ich bin kein Landschaftspfleger). Auf die Flächen bin ich angewiesen um mein Unternehmen zu erhalten. Ich bin Landwirt der Unternehmerisch sich den Marktgegebenheiten anpassen muss. Dies bedeutet, das die Möglichkeit für mich bestehen sollte den Betrieb auf den Anbau von anderen Produkten (z. B. Anbau von Sonderkulturen) umzustellen, so wie es in der freien Wirtschaft üblich ist, um das überleben meines Betriebes zu sichern. In diesem Zusammenhang bitte ich um Gleichstellung zum Schutz der LW-Flächen wie unter 4.4 Landwirtschaft. Der Neue Regionalplan zum Schutz der Natur und Landschaft öffnet Tor und Tür für Neue Gesetze u. Verordnungen die, die Nutzung der Flächen einschränken was zu mehr Aufwendungen (Hohe Kosten), Beschränkungen (z. B. Düngung, Einsatz von Pestiziden).</p> <p>Drum bitte ich um eine Formulierung die, die Landwirtschaftlichen Flächen vor neuen Gesetzen und Verordnungen schützt, und die Nutzung der Flächen wie vor der Neufassung des Regionalplans garantiert. Sollten dennoch Flächen aufgrund von Gesetzen und Verordnungen in der Nutzung eingeschränkt werden, so ist dies zu Entschädigen oder eine Ersatzfläche bereit zu stellen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1011857_001, 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Die angeregten textlichen Änderungen gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus und sind innerhalb der nachgeordneten fachplanerischen Spielräume umzusetzen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden durch die Festlegungen des Regionalplans nicht berührt.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich darüberhinaus keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-255	
1028793	
1034303_001	
Inhalt	<p>Hiermit möchte ich gegen die geplante Einrichtung des Gewerbegebietes mit der Nummer 1026685 in ErfstadtLechenich, hinter dem REWE Lebensmittelmarkt, Widerspruch einlegen. In diesem von ihnen angedachten Gebiet, befindet sich außer dem genannten REWE Lebensmittelmarkt keinerlei anderes Gewerbe, aber eine Wohnbebauung. Hingegen wäre eine Erweiterung des bestehenden Gewerbegebietes zwischen Bonner Str und der B 265 problemlos machbar. Auch wäre hier eine Anbindung an die B 265 ohne großen Aufwand möglich. Außer den Autohäusern und anderen Gewerbetreibenden ist hier keine Wohnbebauung zu verzeichnen. Ich bitte um Überprüfung des angedachten Gewerbegebietes. Vielleicht wäre ein Ortstermin möglich, damit sie sich selbst ein Bild von der Lage machen könnten.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026685 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-259

1028817

1034327_001

Inhalt

[ANONYMISIERT]

0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG

Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT] innerhalb des bestehenden BSAB Nr. 31 und auf unmittelbar daran angrenzenden Flächen eine Mineralstoffdeponie darzustellen. Die Festlegung der Deponieklasse soll unter Berücksichtigung der aktuellen Situation am Markt erfolgen.

[Abbildung]

Zur optimalen Nutzung der Deponie wird in Ergänzung hierzu angeregt, innerhalb derangeregten Deponiefläche eine zeitlich befristete Fläche zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen darzustellen. Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form etwa 13,5 ha. Es handelt sich um die nördliche Teilfläche des genehmigten Steinbruchs Taubenberg. Die nördliche Teilfläche wird nachfolgend auch als Vorhabensgebiet oder Vorhabensfläche bezeichnet.

1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG

Die [ANONYMISIERT] aus Krefeld regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie am Standort Kall-Rinnen darzustellen.

[Abbildung]

Zur langfristigen Sicherung des Fortbestands beabsichtigt die Firma [ANONYMISIERT], neben der Kalksteingewinnung am Standort Kall-Rinnen, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle am Standort langfristig zu konzipieren und zu planen. Im Anschluss an die Gewinnungstätigkeit sollen zukünftig bautechnisch nicht mehr verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich im nördlichen Teil des Steinbruchs Taubenberg abgelagert werden. Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen.

1.1 Lage, Genehmigungen und Sachstand BSAB

Lage

Die Standort Kall-Rinnen liegt in der Gemeinde Kall, zwischen den Ortschaften Rinnen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Teilplans NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln und des Teilplans NR werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen nicht berührt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

und Steinfeld. Der umgebende Landschaftsraum wird überwiegend von Wald und von Landwirtschaftsflächen (z.B. Acker und Grünland) eingenommen. Südwestlich des Steinbruchs Taubenberg liegt der Steinbruch der Firma [ANONYMISIERT] aus Kall-Rinnen. Im Steinbruch der [ANONYMISIERT] wurde der Abbau von Kalkstein bereits vollständig durchgeführt. Derzeit erfolgt die Verfüllung des Steinbruchs. Der gesamte Landschaftsraum wird durch zahlreiche überörtliche Straßen verkehrlich erschlossen. Nordwestlich des Vorhabensgebiets verläuft die L 203, südöstlich die L 22. Nordöstlich verläuft die L 204 und südwestlich die K 60. Über die am Standort sehr gut ausgebaute verkehrliche Infrastruktur ist das Vorhabensgebiet hervorragend an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Genehmigungen

Der genehmigte Steinbruch Taubenberg liegt im Kreis Euskirchen, Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT]. Für den Abbau und die Herrichtung des Steinbruchs Taubenberg liegt unter dem Geschäftszeichen [ANONYMISIERT] eine Genehmigung vom 17.05.1991, ergänzt um eine Änderungsgenehmigung vom 07.12.1993, welche im Wesentlichen Anpassungen der Lärmschutzauflagen zum Gegenstand hat, vor.

Derzeit gültiger Regionalplan

Ein Großteil des Untersuchungsraums und fast der gesamte Steinbruch Taubenberg werden im derzeit gültigen Regionalplan von der zweckgebundenen Nutzung "Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze" (BSAB) überlagert. Es handelt sich um das BSAB 31 "Kall-Sötenich Südwest". Das BSAB 31 "Kall-Sötenich Südwest" weist die Form eines nach Süden geöffneten Hufeisens auf. Die nordöstlichsten Teilflächen des Steinbruchs Taubenberg werden nicht von der BSAB-Darstellung erfasst. Die gesamte Fläche des BSAB wird im Regionalplan als "Waldbereiche" dargestellt. Von dieser Darstellung werden auch die nordöstlichsten Flächen des Steinbruchs Taubenberg erfasst. Das BSAB-31 wird vollständig von der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" überlagert. Die nordöstlichen Flächen des Steinbruchs Taubenberg werden von der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" überlagert.

Für das gesamte BSAB 31 "Kall-Sötenich-Südwest" wird im derzeit gültigen Regionalplan das Rekultivierungsziel "BSN EU-71" dargestellt. Die Ortschaft Rinnen wird im Regionalplan als "Allgemeine(n) Freiraum- und Agrarbereiche(n)" dargestellt.

Regionalplan Neuaufstellung, Stand Oktober 2024

Die BSAB-Darstellung wurde unverändert in den derzeit in Aufstellung befindlichen Regionalplan übernommen.

Das gesamte BSAB-31 wird weiterhin von der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" überlagert. Die nordöstlichsten Flächen des Steinbruchs Taubenberg werden von der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" überlagert. Die außerhalb der BSAB-Darstellung gelegenen Flächen werden als "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche" dargestellt.

[Abbildung]

Es wird angeregt, den nördlichen Teilbereich des Steinbruchs Taubenberg im Planentwurf des Regionalplans zusätzlich als "Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie" darzustellen.

1.2 Erfordernis der Anregung

Die Eignung eines bestimmten Standorts zur langfristigen Deponierung mineralischer Abfälle bedarf vorliegend einer zeichnerischen Festlegung im Regionalplan. Eine entsprechende Ausweisung des Standorts Kall-Rinnen ist daher anzuregen. Die Regelung des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes („ROG“) unterwirft behördliche Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen mit Blick auf übergeordnete Vorgaben der Raumordnung weitergehenden Anforderungen. Bedarf die Zulassung eines bestimmten, durch Privatpersonen verantworteten, Vorhabens eines Planfeststellungsverfahrens im Sinne der §§ 72 ff. VwVfG NRW und erweist sich diese Planung in einem zweiten Schritt als „raumbedeutsam“, hat die öffentliche Hand im Rahmen der Zulassungsentscheidung einerseits die Ziele („Z“) der Raumordnung zu beachten (sog. „Beachtungspflicht“), andererseits die Grundsätze („G“) und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidung zu berücksichtigen („Berücksichtigungspflicht“). Die Errichtung und der Betrieb von Deponien bedarf nach § 35 Abs. 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes („KrWG“) im Einzelnen der Planfeststellung durch die zuständige Behörde. Ferner handelt es sich bei der Ertüchtigung des Standorts Kall-Rinnen zu einer Deponie für die Beseitigung mineralischer Abfälle nach Maßgabe nachstehender Ausführungen um eine „raumbedeutsame“ Planung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG, die Nutzung der in Rede stehenden Flächen als Abfalldeponie bedarf mithin bereits auf regionalplanerischer Ebene der hier angeregten Legitimation: Die Aufgabe der Raumordnung fällt den Ländern zu. Auf Landesebene legt der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen („LEP NRW“) unter Ziffer 8.3-1 als übergeordnetes Ziel der Abfallwirtschaft fest, dass Standorte für raumbedeutsame Deponien zu sichern sind. Dieses Ziel langfristiger Standortsicherung erstreckt sich ausweislich der Erläuterungen zu Ziffer 8.3-1 grundsätzlich auch auf die Erschließung neuer Deponieflächen.

Der im Entstehen begriffene Regionalplan greift diese übergeordneten Planungsziele konkretisierend auf, indem der Plangeber in den Zielen Z.41 und Z.42 einheitliche Vorgaben für die Einstufung und Verortung sowohl bestehender als auch zukünftig entstehender Deponien vorsieht, soweit diese als „raumbedeutsam“ zu gelten haben. „Raumbedeutsam“ sind insoweit Standorte für Abfalldeponien ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha bzw. solche Flächen, die den Deponieklassen D I bis III zuzuordnen sind und daher regionale Bedeutung entfalten (vgl. Erläuterung 1 zum Ziel Z.41 des Regionalplans). Diese Festschreibungen gelten nach den Erläuterungen zum Ziel Z.42 des Regionalplans auch für Neustandorte. Damit setzt der Plangeber im Ergebnis die bereits in einem gemeinsamen Erlass der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und

Verbraucherschutz („MKULNV“) vom 11.03.20113 (Stk-Az.: 30.08.50.03; MKULNV-Az.: IV-3/IV-2840.02) konzipierten Hinweise zur Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Raumordnungsplänen für neu planfestzustellende Deponien sowie wesentliche Änderungen vorhandener Deponien um.

Mit Blick auf vorstehende Erwägungen als „raumbedeutsam“ identifizierte Neustandorte für Abfalldéponien sind ausweislich der Erläuterung 1 zum Ziel Z.42 des Regionalplans nur auf Flächen zulässig, die als Bereiche für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldéponie ausgewiesen bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldéponie) zeichnerisch festgelegt sind (vgl. Erläuterung 1 zum Ziel Z.41 des Regionalplans). Anderweitige Flächen stehen nach dem ausdrücklichen Willen des Plangebers für die Realisierung „raumbedeutsamer“ Déponiestandorte nicht zur Verfügung. Vorhabensgegenstand ist eine öffentlich zugängliche Déponie, auf der mineralische Abfälle déponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Firma [ANONYMISIERT] die Errichtung und der Betrieb einer etwa 13,5 ha großen Mineralstoffdéponie angestrebt. Die Rohstoffgewinnung, die Verfüllung von Bodenaushub sowie die Aufbereitung und das Recycling von Mineralstoffen gehört seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der Gesellschafter der [ANONYMISIERT]. Die Gesellschafter ([ANONYMISIERT]) beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit

Abbruch, Tiefbau sowie Recycling von mineralischen Stoffen und tragen so einen gewichtigen Teil zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei. Dem Firmenverbund zugehörig ist auch die [ANONYMISIERT] aus Kall-Rinnen, die den benachbarten Steinbruch am Standort Kall-Rinnen betreibt. Ein Restbestandteil von Mineralstoffen kann auch mit modernsten Recyclingmethoden nicht wiederverwendet werden und muss schließlich einer Déponierung zugeführt werden. Die nächste Aufbereitungsanlage des Firmenverbundes ist gerade einmal 30 km entfernt und somit kann mit dem benannten Standort ein möglichst ressourcenschonender Kreislauf geschlossen werden. Da Déponien bekanntermaßen der letzte Teil der Kreislaufwirtschaft sind und eine möglichst hohe Gemeinwohlverträglichkeit der Kreislaufführung ermöglichen sollen, wäre dieser Standort die optimale Wahl.

Die bereits vorhandene Infrastruktur kann weitergenutzt werden, ein zusätzlicher Flächenbedarf würde nicht entstehen wenn man die ausgebeutete Steinbruchfläche als Déponiekörper nutzen würde. Die Sicherstellung von entsprechendem Déponieraum in dem Gebiet der angefallenen Abfälle wäre somit am Standort sehr gut zu realisieren.

Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht eine sehr hohe Nachfrage nach Déponieraum zur Ablagerung mineralischer Abfälle in der Region. Die Einschätzung erfolgt auf Grundlage der bereits seit vielen Jahren bestehenden Projektumsetzungen im direkten Umfeld des benannten Standortes. Der besonderen und im Folgenden vertieft dargestellten Eignung des Standorts Kall-Rinnen für die langfristige Gewährleistung der regionalen Abfallentsorgung stehen nach alledem die Vorgaben des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 ROG in Gestalt einer für

das behördliche Planfeststellungsverfahren maßgebenden Bindungswirkung übergeordneter Ziele und Grundsätze der Raumplanung gegenüber. Eine Zulassung des o.g. Standorts als Deponie für die Beseitigung mineralischer Abfälle ist zum jetzigen Zeitpunkt von vornherein ausgeschlossen, da die derzeitige Entwurfsfassung des Regionalplans, welche in die behördliche Zulassungsentscheidung einzubeziehen ist, die relevanten Flächen nicht als ein Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie festgelegt oder diese Nutzung vorhabenbezogen durch die Verwendung eines entsprechenden Plansymbols legitimiert. Um die Standortpotenziale auch zukünftig umfänglich nutzen zu können, ist die Darstellung einer sogenannten Mineralstoffdeponie im neuen Regionalplan erforderlich.

1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die [ANONYMISIERT] eine regionalplanerische Darstellung für eine Abfalldeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen. Dies erweist sich in mehrfacher Hinsicht als vorteilhaft. Zunächst soll die am Standort Kall-Rinnen bereits bestehende Infrastruktur weiterhin genutzt werden. Der Standort Kall-Rinnen ist bereits heute ein etablierter Standort für die Gewinnung von Kalkstein, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Abbautätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen. Dagegen wird das Vorhaben am Standort in Kall-Rinnen und nach Maßgabe der projektierten (Betriebs-) Struktur und -abläufe von anderweitigen überörtlichen Regelungs- und Planungsinstrumenten nicht erfasst, lässt sich folglich auch unter diesem Gesichtspunkt effizient realisieren. Es wird insbesondere vom Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle) nicht erfasst. Dessen sachlicher Geltungsbereich beschränkt sich ausweislich Ziffer 1.5 Abs. 2 auf gegenüber öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassungspflichtige Abfälle. Hiesiger Vorhabensgegenstand ist hingegen eine gewerblich betriebene, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Auch die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Im Umfeld des Standorts Kall-Rinnen stehen derzeit keine anderen Entsorgungseinrichtungen in Form von Deponien zur Verfügung. Die nächstgelegene Deponie der Klasse I liegt im Rhein-Erft-Kreis in der Nähe von Erftstadt-Erp. Im weiteren Umkreis gelegene, vergleichbare Entsorgungsstandorte sollten für die Frage der des Entsorgungsbedarfs sowie der damit verknüpften Standortgünstigkeit außer Betracht bleiben. Denn sowohl der Landes- als auch der Regionalplangeber haben die bereits auf Unionsebene in Art. 16 Abs. 3 der Richtlinie 2008/98/EG („Abfallrahmenrichtlinie“) vorgesehene Zielvorgabe entstehungsnahe Entsorgung in ihre jeweiligen Festlegungen überführt und im Einzelnen ausgestaltet. Nach dem Grundsatz 8.3-4 des LEP NRW soll sich die räumliche Verteilung von Deponien an den Entstehungsschwerpunkten der zu beseitigenden Abfälle orientieren. Transportentfernungen sind möglichst zu verringern. Auch die unter Ziffer 5.3.1 des

neu entstehenden Regionalplans präzisierten Ziele und Grundsätze der regionalen Raumordnung sind hiervon erkennbar geprägt. Insofern sollte bei der Beurteilung der generellen Standorteignung der Blick schwerpunktmäßig auf die lokale Entsorgungsinfrastruktur für Abfälle der bezeichneten Art gerichtet werden, anhand derer sich ein Mangel geeigneter, örtlicher Entsorgungsinfrastruktur belegen lässt (vgl. auch bei Ziffer 2.). Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Kall-Rinnen etablierten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung führt infolgedessen zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Überdies entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von Abbauflächen, welche im Nachgang ohnehin zu rekultivieren sind. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können. Der Verbrauch bisher ungenutzter und daher unvorbelasteter Flächen durch die Errichtung eines vollständig neuen Abfallwirtschaftsbetriebs einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann insoweit nicht planerisches Ziel sein und ist mit dem hiesigen Vorhaben auch nicht verbunden. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3 1 "Ziel Standorte für Deponien" des LEP NRW. Wie unter Ziffer 1.2 dargestellt, muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW). Vorliegend kann dieser Gedanke auch auf die Folgenutzung von Abgrabungen als Deponien übertragen werden. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Kall-Rinnen offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des BSAB steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern.

2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Textteil und Erläuterungen des im Entstehen begriffenen Planentwurfs, Stand Oktober 2024, enthalten wie bereits ausgeführt im Kapitel 5.3.1 die Kriterien, welche unter dem Aspekt der Raumordnung die Erschließung neuer Deponiestandorte einhegen. Demnach sind bei der Standortplanung im Ausgangspunkt Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen. Davon ausgehend, dass es sich bei dem projektierten Vorhaben um eine „raumbedeutsame“ Neuplanung handelt (vgl. bei Ziffer 1.2), stellt die Erläuterung 2 zu Ziel Z.42 des Regionalplans die „Bedarfsanalyse“ als entscheidenden Faktor heraus, um zukünftigen Nutzungskonflikten und damit in Zusammenhang stehenden Belästigungen vorzubeugen. Bereits im Jahr 2014 hat eine im Auftrag Landesministerium für

Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sachverständig durchgeführte Studie auf Seite 96 zusammengefasst festgehalten, dass „neue Deponievolumina bereits kurz- bis mittelfristig notwendig werden“. Im Einzelnen wurde herausgestellt, dass „selbst bei Umsetzung aller bekannten Planungen für neue DK I-Deponien bzw. Deponieabschnitte [...] die Volumina in den einzelnen Regierungsbezirken für lediglich drei Jahre [ausreichen]. [...] Vor allem im [...] Südosten des Landes Nordrhein-Westfalen zeichnen sich zu geringe DK I-Deponiekapazitäten ab. Unter Berücksichtigung der Zeiträume für die Realisierung neuer Deponien bzw. Errichtung oder Wiederinbetriebnahme vorhandener Deponien (etwa 10 Jahre) wird deutlich, dass bereits [zu diesem frühen Zeitpunkt] weitere DK I-Deponieplanungen notwendig werden“. Dieser Entwicklung wurde im Folgenden nicht Rechnung getragen. Insbesondere die stetige Verschärfung von Grenzwerten und die damit einhergehende Ausweitung bürokratischer Hürden haben im Gegenteil dazu beigetragen, dass gerade der Bedarf an Deponieflächen für mineralische Abfälle fortbesteht. Nach Angaben des statistischen Bundesamts werden mehr als die Hälfte der zurzeit betriebenen Deponien bis 2032 ihre vorgesehene Betriebsdauer erreichen, die verbleibende Deponiekapazität somit um etwa ein Drittel zurückgehen, sofern nicht bestehende Deponien vergrößert bzw. neue Deponieflächen geschaffen werden. Zu den gleichen Resultaten kommt ein vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen am 26.07.2018 vorgelegter Abfallwirtschaftlicher Fachbeitrag zum neu zu fassenden Regionalplan auf den Seiten 29 ff. Zuletzt haben vor allem die durch Ersatzbaustoff- und Bundesbodenschutzverordnung zum 01.08.2023 eingeführten, allgemeinverbindlichen Regelungen zum Umgang mit mineralischen Abfällen zu einer nennenswert erhöhten Inanspruchnahme bestehender Deponien geführt. Eine aktuelle Umfrage von vier Bau- und Recyclingverbänden unter den Mitgliedsunternehmen kommt insoweit zu dem Ergebnis, dass 42 Prozent der Betriebe infolge der geänderten Gesetzeslage die Wiederaufbereitung mineralischer Abfälle zugunsten einer Beseitigung durch Deponierung zurückfahren. Hierüber berichteten zuletzt selbst große Medienhäuser. Die infolge dieser Umstände gegenwärtig hohe Nachfrage nach Ablagerungsflächen für mineralische Abfälle wird daher in absehbarer Zeit weiter zunehmen, was die in Plansatz 5.3.1 des Regionalplans geregelte Zielvorgabe langfristiger Sicherung von Deponiestandorten mit besonderer Dringlichkeit unterstreicht. Diese, durch eine erhebliche Nachfrage geprägte, allgemeine Bedarfslage bestätigt sich auch mit Blick auf die am Vorhabenstandort vorhandene Entsorgungsinfrastruktur. Die derzeitige „Unerschlossenheit“ des hier gegenständlichen Entsorgungsgebiets lässt sich insbesondere dem o.g. Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag entnehmen: Die einzige im südöstlichen Teil des Regierungsbezirks befindliche „raumbedeutsame“ Deponie („Zentrale Mülldeponie Mechernich“) befand sich nach den dortigen Ausführungen bereits im Jahr 2018 in der Stilllegungsphase im Sinne von § 10 der Deponieverordnung („DepV“). Sie wird mithin langfristig nicht weiter betrieben. Gleichzeitig sieht die Neufassung des Regionalplans, wie auch der zitierte Fachbeitrag auf den Seiten 37 ff. unmissverständlich klarstellt, für das betreffende Gebiet keinen anderen Deponiestandort der Klassen I bis III vor. Der gesamte Kreis Euskirchen, die westlich an diesen anschließende Städteregion Aachen sowie die in unmittelbarer

Nähe gelegene westliche Hälfte des Rhein-Sieg-Kreises sowie die ebenfalls in kurzer Zeit erreichbare kreisfreie Stadt Bonn verfügen damit über keine Deponie zur Ablagerung mineralischer Abfälle, soweit sie nach Maßgabe der obigen Erwägungen überhaupt in die Betrachtung der lokalen Versorgungsstruktur mit einzubeziehen sind. Damit liegt auch die nächstgelegene „raumbedeutsame“ Deponie („Gewerbeabfalldeponie Rhiem“) außerhalb der Grenzen des Kreises Euskirchen, sodass ein unmittelbarer – überregionaler und lokaler – Bedarf an der Erschließung eines neuen „raumbedeutsamen“ Deponiestandorts besteht, welcher insbesondere kreisansässigen Abfallerzeugern offen steht. Auch unter dem Aspekt der – unionsrechtlich vorgegebenen – Entsorgung in unmittelbarer Nähe des Entstehungsorts der (mineralischen) Abfälle erscheint eine entsprechende Ertüchtigung des Standorts Kall-Rinnen naheliegend und sinnvoll. Neben dem „Bedarfskriterium“ wird in Ziff. 3 dargelegt, dass potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt. Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Kall-Rinnen gering ist. Dabei ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das Vorhaben den im Regionalplan festgelegten Grundsatz G.69 vollumfänglich umsetzt. Dieser Grundsatz gibt dem Plangeber auf, bei Standortplanungen für Abfalldeponien vorrangig bereits vorbelastete Flächen zu berücksichtigen, wozu nach den diesbezüglichen Erläuterungen insbesondere Bereiche zählen, die bereits für Bergbau- oder Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen wurden. Da mit dem Vorhaben die Folgenutzung einer Abgrabung („Steinbruch“) beabsichtigt ist, erscheint der Standort auch in dieser Hinsicht als besonders geeignet. Zudem trägt dieser Umstand entscheidend dazu bei, bodenrechtliche Nutzungskonflikte auf ein absolutes Minimum zu verringern. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem den Anforderungen der Landschaftsentwicklung Rechnung getragen wird. In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen. Beeinträchtigungen von gegenüber Immissionen empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen“ sind nicht zu erwarten. Eine immissionschutzrechtliche Betrachtung der genehmigten Abbautätigkeit wurde bereits im Rahmen des vorangegangenen Verfahrens zur Genehmigung des Steinbruchs Taubeneberg durchgeführt. Am westlichen Rand des Steinbruchs wurde eine Verwallung angelegt, welche das Vorhaben abschirmt. Im Rahmen des Genehmigungsantrags können Emissionsprognosen betreffend Lärm und Staub erstellt werden, um den Nachweis zu erbringen, dass die gesetzlichen Grenzwerte auch im Rahmen des geplanten Vorhabens vollumfänglich eingehalten werden können. Insgesamt wird deutlich, dass der Standort Kall-Rinnen für die Ertüchtigung zu einer sogenannten Mineralstoffdeponie regionaler bzw. überregionaler Bedeutung in idealer Weise geeignet ist, insbesondere einem derzeitigen Bedarf nach

Entsorgungsinfrastruktur abhelfen und Engpässen in der langfristigen Sicherung lokaler Entsorgungsmöglichkeiten damit vorbeugen würde.

3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Vorhabensgebiet befindet sich vollumfänglich auf dem Gebiet der Gemeinde Kall. Der Steinbruch Taubenberg wird vollumfänglich von der Darstellung "Fläche für (genehmigte) Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Vorranggebiete)" erfasst. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Kall wird der Steinbruch Taubenberg teilweise als "Fläche für Wald" und teilweise als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt.

[Abbildung]

4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

4.1 Aktueller Zustand und Erschließung

Aktuell wird im genehmigten Steinbruch Taubenberg, Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT] Kalkstein abgebaut. Nach fachgutachterlicher Bewertung beläuft sich das restliche Abbauvolumen im Taubenberg Nord noch auf ca. 7 Mio. Tonnen Kalkstein. Hiervon können voraussichtlich ca. 70-80 % aus Qualitätsgründen vermarktet werden. Der komplette Abbau des vorhandenen Materials dürfte noch etwa 15-20 Jahre in Anspruch nehmen. Vor der jeweiligen Abbauwand werden zur Veredelung der gewonnen Rohstoffe eine Siebmaschine und ein Brecher betrieben. Die Zufahrt zu dem Steinbruch Taubenberg erfolgt über den asphaltierten Flurweg [ANONYMISIERT] bis auf die K 60. Der Verlauf der Zufahrt wird in der nachfolgenden Abbildung 4 als orange Linie dargestellt. Diese Zufahrt soll auch weiterhin genutzt werden.

[Abbildung]

4.2 Betriebsablauf

Die Rohstofflagerstätte liegt im Bereich der Sötenicher Kalkmulde auf einer flachwelligen Hochfläche, welche im Zuge von verschiedenen tektonischen Bewegungen entstanden ist. Die Geländehöhen im Bereich des Vorhabensgebiets liegen zwischen 460 mNHN im Norden/Nordosten und 500 mNHN im Westen/Südwesten. Die maximale Gewinnungssohle des Steinbruchs liegt bei 410 mNHN. Im Rahmen der bereits genehmigten Rohstoffgewinnung kann somit Kalkstein mit einer Mächtigkeit von 50 bis 90 m abgebaut werden. Die Rohstoffgewinnung erfolgt ausschließlich im Trockenabbauverfahren. Es erfolgt keine Freilegung von Grundwasser. Der gemäß Deponieverordnung geforderte Mindestabstand zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand +1 m wird im Genehmigungsverfahren überprüft und zur Festlegung der Deponiesohle zugrunde gelegt. Falls es aus wasserrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte, könnte das Planum der Deponie mit sauberem Bodenmaterial angefüllt und weiter angehoben werden. Nach vorläufiger Auswertung kann davon ausgegangen werden, dass der gesamte durch Rohstoffgewinnung hergestellte Hohlraum mit mineralischen Abfällen aufgefüllt werden kann. Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer

Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 1 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Kalksteingewinnung- auf der nördlichen Fläche des Steinbruchs Taubenberg. Die Einrichtung der Mineralstoffdeponie nach Deponieverordnung erfordert zuvor mindestens eine Teil-Entlassung des S einbruchs aus dem Bundes-Immissionsschutzrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponie-technischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sicker-wassererfassung, und Ober-flächen-entwässerung und Oberflächenabdichtung).

Gegenüber der Rohstoffgewinnung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer Gewinnungsfläche
- Anpassung des Ablaufs der genehmigten Rekultivierung des Steinbruchs an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung. Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengespeichert und fachgerecht entsorgt. Das Deponat wird in Abhängigkeit von der jeweiligen Deponieklasse mit einer Oberflächenabdichtung versehen. Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht. Nach der Rekultivierung kann das auf der Oberfläche anfallende Wasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht werden.

4.3 Überschlägige Angabe zur Verfüllmenge

Nach vorläufiger Einschätzung der Firma Kalksteinwerke Kall ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 500.000 t pro Jahr zu rechnen ist. Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von etwa 11 bis 13 Mio t umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 22 bis 26 Jahren beanspruchen.

4.4 Belastungen von Wohngebieten

Nordwestlich des Vorhabensgebiets liegt die Ortschaft Rinnen. Der Steinbruch liegt auf einer Hochfläche, in Richtung der Ortschaft Rinnen fällt das Gelände deutlich ab. Die kürzeste Entfernung zwischen dem Vorhabensgebiet und den Wohngebieten der Ortschaft Rinnen beträgt etwa 220 m bis 230 m. Im Rahmen der Zulassung des Steinbruchs Taubenberg wurden die immissionschutzrechtlichen Vorgaben bezüglich der Rohstoffgewinnung bereits überprüft. Fachgutachten haben ergeben, dass der Steinbruchbetrieb unter Einhaltung der zulässigen Grenzwerte zulässig ist. Im Rahmen des jetzigen Betriebs erfolgt zunächst der Abbau auf der nördlichen Teilfläche. Von dort aus erfolgt der Abbau grundsätzlich in südöstliche Richtung. Der Abbau rückt stetig von der Ortschaft Rinnen ab. Die geplante Verfüllung in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgt erst nach dem Abbau. Der Steinbruch Taubenberg liegt innerhalb eines Waldgebiets. Der Steinbruch Taubenberg wird durch die bestehenden Waldflächen optisch abgeschirmt und ist von der Ortschaft Rinnen

ausgehend nicht direkt einsehbar. Im Rahmen des späteren Zulassungsverfahrens ist nachzuweisen, dass die gesetzlich erforderlichen Grenzwerte betreffend Immissionen an den relevanten Immissionsorten eingehalten werden. Falls eine gutachterliche Bewertung zu dem Ergebnis kommt, dass emissionsmindernde Maßnahmen erforderlich sind, wären verschiedene Maßnahmen denkbar. Auf den Randstreifen der Deponie könnten zusätzliche Verwallungen in Form von Lärmschutzwällen angelegt werden, um den Ortsrand gegen Lärmimmissionen und Staubimmissionen abzusichern. Ausgehend von den Charakteristika des Vorhabens und der Möglichkeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen, kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführung des Vorhabens unter Einhaltung der erforderlichen Grenz- und Richtwerte grundsätzlich möglich ist.

4.5 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus müssen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs des Steinbruchs, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen. Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln, (Bekanntmachung von Oktober 2024), auf der gesamten Fläche des zukünftigen BSAB das Rekultivierungsziel "Schutz der Natur" fest. Für kleinere Teilflächen im nordöstlichen Bereich des Vorhabensgebiets wird das Rekultivierungsziel "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" festgelegt.

Eine Festlegung als Deponiestandorts würde diesen Rekultivierungszielen nicht entgegen stehen. Die Rekultivierung des Deponiekörpers kann, ebenso wie die bereits genehmigte Rekultivierung des Steinbruchs Taubenberg, an den im Regionalplan genannten Rekultivierungszielen ausgerichtet werden kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

4.5.1 Rekultivierung wie genehmigt

Im Rahmen der Rekultivierung ist die Entwicklung eines vielfältigen Biotopkomplexes vorgesehen. Die Randbereiche des Steinbruchs sind mit heimischen Gehölzen zu bepflanzen, im zentralen Bereich sind nährstoffarme Sukzessionsflächen auf Gesteinsböden anzulegen. Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

[Abbildung]

4.5.2 Gesamtkonzept der Rekultivierung unter Berücksichtigung einer Mineralstoffdeponie

Es bestehen mehrere Möglichkeiten, um den Anforderungen an eine fachgerechte Rekultivierung am Standort gerecht zu werden.

Im vorliegenden 2. Planentwurf des Regionalplans wird Bezug genommen auf die Rekultivierung von Deponiebereichen: "Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldéponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. (vgl. Kapitel 5.3.1 Deponie, Z 43, Erläuterung 1)." Unter Berücksichtigung der Raumstruktur in Form von Waldflächen wäre es denkbar, die befüllte Deponie mit Wald zu bepflanzen. Mit dieser Art der Rekultivierung würde der Darstellung im Regionalplan als Fläche für "Waldbereiche" Rechnung getragen. Um zu verhindern, dass die Oberflächenabdichtung durch Wurzeln beeinträchtigt wird, könnte eine mehrere Meter mächtige Rekultivierungsschicht aufgetragen werden. Aufgrund der großen Abbautiefe von 60 bis 90 m wäre eine mehrere Meter mächtige Rekultivierungsschicht auch aus wirtschaftlicher Betrachtungsweise vertretbar, da weiterhin eine sehr große Verfülltiefe zur Verfügung steht. Die Details können im Vorfeld des Zulassungsverfahrens mit allen Beteiligten abgestimmt werden. Falls auf der Deponie keine größeren Gehölze angepflanzt werden sollen, wäre es ebenso möglich, eine halboffene Oberfläche, bestehend aus einer Gras- und Krautflur anzulegen und auf Teilflächen ausgewählte flachwurzelnde Gehölze in kleineren Gruppen anzupflanzen. Es wäre möglich, großflächig Gesteinsbiotope aus Vorsieb oder nicht verwertbaren anderen Überresten aus der Kalksteingewinnung anzulegen, die typischen Elemente des Steinbruchs auch im Rahmen einer Deponierekultivierung auf Teilflächen zu erhalten. Die Gesteinsflächen könnten als Bestandteil der Rekultivierungsschicht angelegt werden und wertvollen Lebensraum für viele spezialisierte Tier- und Pflanzenarten bieten. Die angeregte Deponie bezieht sich auf den nördlichen Teil des Steinbruchs Taubenberg. Unter Berücksichtigung der aktuellen Genehmigung würde der südliche Teilbereich des Steinbruchs weiterhin als offenen gelassener Steinbruch rekultiviert werden. Insofern werden am Standort weiterhin in einem großen Umfang nährstoffarme Sukzessionsflächen auf Gesteinsböden vorhanden sein.

5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

5.1 Standortvoraussetzungen

Grundvoraussetzung für Errichtung und Betrieb einer Deponie ist, dass die in Anhang 1 zur DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte erfüllt sind. Anhang 1 zur DepV sieht mit Blick auf die Standorteignung in Ziffer 1.1 folgende Kriterien vor: "Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 12 Abs. 2 des KrWG durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:

1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstands der Oberkante der geologischen Barriere

- vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,
2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,
3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,
4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,
5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."

Diese Anforderungen sind am Standort Kall-Rinnen grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der teilweise durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Mit Ausnahme des Landschaftsschutzgebiets sind keine weiteren Schutzgebiete unmittelbar betroffen.
- Ein fachgerechter Umgang mit (schutzwürdigen) Böden wird bereits im Rahmen der Gewinnungstätigkeit geregelt.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist anzunehmen.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und fachgerecht entsorgt werden. Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verwehrsicherung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort sehr gute Eigenschaften.

5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht

betroffen:

- keine EU-Vogelschutzgebiete
- keine Naturdenkmäler
- keine Geschützten Landschaftsbestandteile
- keine Alleen
- keine Wasserschutzgebiete
- keine Überschwemmungsgebiete

5.3 Schutzgebiete und Schutzansprüche im Vorhabensgebiet

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet

- Schutzwürdige Böden

5.3.1 Landschaftsschutzgebiete

Mit Ausnahme der Siedlungsflächen von Rinnen, Sötenich und dem Zementwerk südlich von Sötenich wird der gesamte Untersuchungsraum als Landschaftsschutzgebiet LSG-5405-0002 (LANUV) bzw. L 2.2.4 "Sötenicher Kalkmulde" (Landschaftsplan Kall, Kreis Euskirchen) dargestellt. Die Fläche des Vorhabensgebiets liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebiets.

[Abbildung]

Im Landschaftsplan werden der Schutzgegenstand sowie der Schutzzweck wie folgt beschrieben:

Schutzgegenstand:

"Das Landschaftsschutzgebiet umfasst den südlichen Teil der Sötenicher Kalkmulde (Kalkeifel), die von den anstehenden Kalken und Dolomiten geprägt ist. Während die breiten Sohlen der Trockentäler meist intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, sind auf den Hangflächen oft magere Wiesen oder Aufforstungen zu finden."

Schutzzweck:

Die Schutzausweisung erfolgt:

- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der sehr abwechslungsreichen Landschaft,
- zur Erhaltung und Optimierung der landwirtschaftlich geprägten, überwiegend offenen Landschaft,
- zur Erhaltung der Gehölzstrukturen (Waldbereiche, Feldgehölze, Hecken, Baumreihen etc.) in der freien Landschaft,
- zur Erhaltung und Optimierung des Gebietes mit einzelnen in Nordrhein-Westfalen gefährdeten Biotopen,
- zur Erhaltung des z.T. mageren und artenreichen Grünlandes, vor allem im Bereich der Bergkuppen,
- zur Optimierung des Gesamttraumes für den Arten- und Biotopschutz,
- zur Erhaltung des Gebietes in seiner Funktion als Pufferzone für unter Naturschutz stehende Gebiete wie Sistiger Heide, Hänge an Urft und Gillesbach u.a.,
- zur Erhaltung und Entwicklung naturnaher Fließgewässer durch Bewahrung naturnaher Gewässerstrukturen sowie Verbesserung der Durchgängigkeit durch Beseitigung von Verrohrungen, Durchlässen und im Hauptschluss gelegenen Teichanlagen sowie Beseitigung standortfremder Gehölzbestände,
- wegen seiner Funktion als Gebiet mit einem hohen Anteil regional, aber auch landesweit bedeutsamer Biotopverbundflächen,
- zur Erhaltung und Optimierung vieler, nach § 62 des Landschaftsgesetzes NRW („LG NRW“) geschützter Biotope (Nass- und Feuchtgrünland, Borstgrasrasen, Magerwiesen und -weiden, Trocken- und Halbtrockenrasen, Wälder und Gebüsche trockenwarmer Standorte, Auwälder),
- zur Erhaltung geowissenschaftlich schutzwürdiger Objekte sowie aus Gründen des Bodendenkmalschutzes.

5.3.2 Schutzwürdige Böden

In der Karte des Geologischen Dienstes NRW werden etwa 1/3 der Fläche des Vorhabensgebiets von der Darstellung "Schutzwürdige Böden". Die Schutzausweisung bezieht sich vorliegend auf das Biotopentwicklungspotenzial (hohe Funktionserfüllung) dieser Böden. Insofern ist die vorliegende Darstellung im Bereich der Steinbruchflächen nicht mehr aktuell.

Die als schutzwürdig ausgewiesenden Böden wurden bereits im Rahmen der Kalksteingewinnung vollständig abgetragen.

Im südwestlichen Teil des Untersuchungsraums werden schutzwürdige Böden bezüglich des Biotopentwicklungspotential (sehr hohe Funktionserfüllung) dargestellt. Diese Flächen liegen jenseits des Kuttenbachs.

[Abbildung]

Am nordwestlichen und nördlichen Rand des Untersuchungsraums werden schutzwürdige Böden bezüglich der Fruchtbarkeit (sehr hohe Funktionserfüllung) dargestellt.

5.4 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet, treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- FFH-Gebiet
- Naturschutzgebiete
- Biotopverbund
- Biotopkataster
- Gesetzlich geschützte Biotope
- Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile
- Bau- und/oder Bodendenkmäler

5.4.1 FFH-Gebiet

Das Vorhabensgebiet und sein direktes Umfeld liegt nicht in einem Gebiet im Sinne der FFH-Richtlinie. Die bewaldeten Hänge jenseits der Urft werden als FFH-Gebiet mit der Bezeichnung DE-5405-302 "Hänge an Urft und Gillesbach, Urftaue von Urft bis Schmidtheim" ausgewiesen.

Repräsentanz des FFH-Gebiets:

"Bedeutsam sind im Gebiet die Orchideen- und Waldmeister-Buchenwälder. Aufgrund ihrer Ausbildung, Größe und Naturnähe besitzt das Gebiet landesweite Bedeutung als repräsentatives Orchideen-Buchenwaldgebiet mit seltenen und gefährdeten Arten. Die Achenlochlöhlen sind als Höhlen von hervorragender Repräsentativität einzustufen. Sie dienen 11 Fledermausarten als Winterquartier. Die Stolzenburghöhlen werden trotz ihrer geringen Größe von 7 Fledermausarten als Winterquartier genutzt und sind als Vorkommen mit sehr guter Ausbildung und guter Repräsentativität einzustufen. Die Urft wird regelmäßig von der Groppe besiedelt, feuchte Hochstaudenfluren begleiten den Flußlauf."

[Abbildung]

Entwicklungsziel des FFH-Gebiets:

"Wichtiges Ziel ist der Erhalt und die Förderung eines geschlossenen naturnahen Buchenwaldkomplexes als Lebensraum für gefährdete Orchideenarten durch naturnahe Waldbewirtschaftung, sowie Erhöhung des Laubwaldanteils durch Umwandlung standortfremder Gehölze. Weitere vorrangige Maßnahmen sind der Erhalt der sechs Höhlen in ihrem derzeitigen Zustand und der Schutz der Fledermäuse vor möglichen Störungen. Die Urft soll mit ihrem natürlichen Verlauf als Lebensraum für die gefährdete Groppe erhalten werden."

5.4.2 Naturschutzgebiete

Im nordöstlichen Untersuchungsraums liegt das Naturschutzgebiet mit der Bezeichnung 2.1-12 "Auen und Hänge an der Urft und Gillesbach". Das Schutzgebiet orientiert sich am Verlauf der Urft und umfasst auch das zuvor genannte FFH-Gebiet. Im südlichen Untersuchungsraum ragt das Naturschutzgebiet 2.1-11 "Laubwald am Kuttenbach" ein. Das Naturschutzgebiet liegt jenseits des Kuttenbachs.

[Abbildung]

5.4.3 Biotopverbund

Die Biotopverbundfläche VB-K-5405-018 "Alte Tagebauflächen bei Sötenich" liegt südlich des Vorhabensgebiets. Das Vorhabensgebiet wird nicht von dieser Darstellung erfasst.

[Abbildung]

Im östlichen und im nordöstlichen Untersuchungsraum liegen weitere Biotopverbundflächen. Es handelt sich um feuchtegeprägte Flächen im Niederungsbereich der Urft und des Kuttenbachs.

5.4.4 Biotopkataster

Im Niederungsbereich der Urft und des Kuttenbachs werden großflächig Biotopkatasterflächen dargestellt. Eine weitere Biotopkatasterfläche liegt südwestlich des Vorhabensgebiets. Es handelt sich um einen ehemaligen und bereits rekultivierten Steinbruch.

[Abbildung]

Biotopkatasterflächen im östlichen Untersuchungsraum:

- BK-EU-00004 "Talaue der Urft von Soetenich bis zur Urftschleife"
- BK-5405-103 "Urft in Kall"
- BK-EU-00003 "Südlich exponierte Urfttalhänge um die Ruine Stolzenburg bei Urft"
- BK-EU-00001 "Kalkhänge zwischen Steinbruch bei Soetenich und NSG Stolzenburg"

Biotopkatasterflächen im südöstlichen Untersuchungsraum:

- BK-5405-0019 "Kuttenbachtal westlich Steinfeld"

- BK-5405-0004 "NSG Laubwald am Kutenbach"

Biotopkatasterfläche im westlichen Untersuchungsraum:

- BK-5405-0020 " Perlgras-Buchenwald und Kalkmagerrasenreste

5.4.5 Gesetzlich geschützte Biotope und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

Im östlichen Untersuchungsraum sind einige der Urftmäander und die bewaldeten Hänge am Rand der Urft als gesetzlich geschützte Biotope ausgewiesen (BT-5405-533-8, BT-5405-09149-2015 etc.). Südwestlich des Vorhabensgebiets sind zwei kleinflächige "Naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (Festuco brometalia)" mit Beständen bemerkenswerter Orchideen als gesetzlich geschützte Biotope (BT-5405-0254-2014 und BT-5405-0255-2014) ausgewiesen.

[Abbildung]

Der Kutenbach im südöstlichen Bereich des Untersuchungsraums ist als gesetzlich geschütztes Biotop "Fließgewässer" BT-5405-0251-2014 ausgewiesen.

Am südwestlichen Rand des Untersuchungsraums wird eine Ausgleichsfläche als gesetzlich geschütztes Landschaftsbestandteil (GGLB) dargestellt.

5.4.6 Bau- und/oder Bodendenkmäler

Im Bereich des Vorhabensgebiets sind keine eingetragenen Baudenkmäler oder Bodendenkmäler vorhanden. Im Rahmen der Rohstoffgewinnung wurde bereits die gesamte obere Bodenschicht abgetragen. Innerhalb des Untersuchungsraums sind im Ortsbereich Rinnen mehrere alte Gebäude (u.a. Fachwerkhäuser in der Holzgasse) in der Liste der Baudenkmäler der Gemeinde Kall erfasst. Bodendenkmäler sind im Untersuchungsraum nicht erfasst.

5.5 Landschaftsplan

Der Untersuchungsraum liegt innerhalb des Geltungsbereichs des rechtskräftigen Landschaftsplans 24 "Kall" des Kreises Euskirchen. Im Landschaftsplan werden neben den bereits genannten Schutzgebieten und Schutzausweisungen auch Entwicklungsziele dargestellt. Für den Steinbruch Taubenberg wird das Entwicklungsziel 1.3 "Wiederherstellung einer in ihrem Wirkungsgefüge, ihrem Erscheinungsbild oder ihrer Oberflächenstruktur geschädigten oder stark vernachlässigten Landschaft" aufgeführt. Für die bewaldeten Bereiche entlang der Urft und des Kutenbachs wird im Landschaftsplan das Entwicklungsziel 1.1-1 TR2 "Erhaltung und Entwicklung von Landschaftsräumen mit einem hohen Anteil an FFH-Gebieten, besonderer Bedeutung für den Biotopverbund und Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen- und Tierarten" dargestellt.

[Abbildung]

Für den restlichen Untersuchungsraum wird das Entwicklungsziel 1.1-2 "Erhaltung einer vielfältig strukturierten Kulturlandschaft mit z.T. naturnahen Lebensräumen"

dargestellt.	
--------------	--

[ANONYMISIERT]	
----------------	--

AZ: Ö-M-2-26	
1027483	
1032824_001	
<p>Inhalt</p> <p>im Rahmen der geplanten Ausweisung einer Mischwaldfläche als Siedlungsbereich (Änderung 127 des zweiten Planentwurfs) möchte ich auf die erheblichen naturschutzfachlichen, gesellschaftlichen und verkehrlichen Bedenken hinweisen, die gegen eine solche Maßnahme sprechen.</p> <p>1. Naturschutzfachliche Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Biodiversität und Lebensraumverlust: Mischwälder sind wertvolle Lebensräume für eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten. Eine Umwidmung in Siedlungsbereiche würde unweigerlich zu einem Verlust dieser Lebensräume führen. Besonders betroffen wären spezialisierte Arten, die auf die spezifischen Bedingungen des Waldes angewiesen sind. Der Verlust von Biodiversität hat weitreichende negative Auswirkungen auf das gesamte Ökosystem. • Klimaschutz: Wälder spielen eine entscheidende Rolle im Klimaschutz, da sie große Mengen an CO₂ binden und somit zur Reduktion der Treibhausgase beitragen. Die Rodung von Waldflächen für Siedlungszwecke würde diesen positiven Effekt erheblich mindern und den Klimawandel weiter vorantreiben. <p>2. Gesellschaftliche Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erholungswert und Lebensqualität: Mischwälder bieten den Menschen Erholungsmöglichkeiten und tragen zur Steigerung der Lebensqualität bei. Der Verlust dieser Flächen würde die Naherholungsmöglichkeiten einschränken und die Lebensqualität der Anwohner mindern. • Gesundheitliche Vorteile: Der Aufenthalt in Wäldern hat nachweislich positive Auswirkungen auf die physische und psychische Gesundheit der Menschen. Eine Reduktion der Waldflächen könnte somit auch negative gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung haben. <p>3. Verkehrliche Aspekte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verkehrsbelastung: Die Umwandlung von Waldflächen in Siedlungsbereiche führt in der Regel zu einer erhöhten Verkehrsbelastung. Dies kann zu Staus, Lärmbelästigung und einer Verschlechterung der Luftqualität führen, was wiederum negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Anwohner hat. • Infrastrukturkosten: Der Ausbau der notwendigen Infrastruktur (Straßen, Versorgungsleitungen etc.) für neue Siedlungsbereiche ist mit hohen Kosten 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

verbunden. Diese Mittel könnten sinnvoller in die Verbesserung bestehender Infrastrukturen investiert werden.

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass die Ausweisung von Mischwaldflächen als Siedlungsbereiche erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt, die Gesellschaft und die Verkehrssituation hat. Ich appelliere daher dringend an die Verantwortlichen, alternative Lösungen zu suchen, die den Schutz unserer wertvollen Waldflächen gewährleisten und gleichzeitig die Bedürfnisse der Bevölkerung berücksichtigen.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-267	
1028825	
1034340_001	
<p>Inhalt</p> <p>Im Folgenden nehmen wir zur zweiten Offenlage des Entwurfs über die Änderung des Regionalplans Köln Stellung.</p> <p>Im ersten Abschnitt thematisieren wir Änderungen im vorliegenden, überarbeiten zweiten Entwurf. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir die dazugehörigen Texte aus der Synopse Öffentlichkeit dafür kopieren und unsere Stellungnahme anfügen. Das erlaubt uns zu einem späteren Zeitpunkt den Kontext unserer Stellungnahme nachzuvollziehen. Unsere aktuellen Stellungnahmen finden Sie versehen mit der dazugehörigen Nummer in den Kästen.</p> <p>Im zweiten Abschnitt gehen wir auf einige Rückmeldungen zu unserer ersten Stellungnahme ein, da wir hier den Bedarf sehen, die oftmals unspezifischen Erläuterungen/Begründungen auch inhaltlich zu hinterfragen. Eine Begründung dafür, dass in der zweiten Offenlage auf Einwendungen und deren Bewertung zur ersten Offenlage nicht eingegangen werden darf, ist nicht gegeben. Diese pauschale Maßgabe betrachten wir daher als unzulässig.</p> <p>Allgemeine Hinweise</p> <p>Gemäß den „Hinweisen zum Verfassen von Stellungnahmen“ geben wir bekannt, dass es sich um eine Stellungnahme aus der Öffentlichkeit handelt.</p> <p>Wir weisen darauf hin, dass wir unsere erste Stellungnahme als weiterhin gültig betrachten. Unsere Stellungnahme zum parallel verlaufenden Planungsverfahren Landschaftsplan Leverkusen fügen wir als notwendige ergänzende Quelle unserer Stellungnahme zur 2. Offenlage bei.</p> <p>Wir fordern zudem eine Überprüfung, ob die formalen Bedingungen zur öffentlichen Bekanntmachung der zweiten Offenlage der Neuaufstellung des Regionalplans Köln des Regionalrats hinreichend erfüllt waren. Wir konnten nur die Bekanntmachung auf den Seiten der Bezirksregierung Köln finden. Eine Bekanntmachung in der Presse oder Amtsblättern konnten wir nicht ausmachen. Es ist zudem nicht verständlich, weshalb nicht alle Einwender*innen, die sich zur ersten Offenlage gemeldet haben, informiert wurden. Dieser Kreis repräsentiert schließlich Betroffene und sachkundige Bürger und Institutionen mit hohem Interesse an der Tätigkeit des Regionalrats.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Die gesetzlichen Vorgaben zur Bekanntmachung, zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten.</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen. Stellungnahmen, die über die geänderten Planinhalte hinausgehen bzw. sich auf nicht geänderte Teile des Plans beziehen unterliegen der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und sind von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p>

1034340_002

Inhalt

1001462

Gegenstand der Einwendung

[Abbildung] alter Plan

[Abbildung] neuer Plan

1001462, Stadt Leverkusen

Inhalt

Bevölkerungs- und Katastrophenschutz Auf Grund des baulichen Zustandes, der Lage im Wohngebiet und der nicht mehr erfüllten Anforderungen an den zukünftigen Bevölkerungs- und Katastrophenschutz der Feuerwache Nord in Leverkusen-Opladen ist der Neubau einer neuen zentralen Feuerwache für das nördliche Stadtgebiet notwendig. Nach intensiver Flächensuche und detaillierter Prüfung soll ein Bereich an der Solinger Straße mit der Gewannenbezeichnung ? Auf dem Heunen? für die Feuerwache Nord bereitgestellt werden. In der angehängten Erläuterungskarte ist vermerkt, welcher Bereich die ASB Darstellung Opladen ergänzt. Der ASB soll um diesen Bereich erweitert werden. [s. Anhang Abb. 1001462_1]

Anhänge

Abb_ID_1001462_1.pdf

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird geändert (s. Änderungskarten). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht ? neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben ? wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen

Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung

Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf.

Unsere Stellungnahme zur Änderung 1001462:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionsverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

Die Festlegung dieses Bereichs als ASB spiegelt den Willen der zuständigen Behörden Leverkusens wider, an dieser Stelle die neue Feuerwache zu realisieren. Aus unserer Sicht sind mögliche Standortalternativen in Leverkusen nicht hinreichend untersucht und auch nicht hinreichend transparent erörtert worden. Wir nehmen an, dass potenzielle Alternativstandorte existieren, die den Anforderungen einer neuen Feuerwache genügen und möglicherweise eine günstigere Umweltverträglichkeit aufweisen. Für den hier markierten Standort liegt ein ausführliches biologisches Gutachten der angrenzenden Waldbereiche mit planungsrelevanten Arten der UNB Leverkusen vor. Die Versiegelung landwirtschaftlich wertvoller Flächen und die bedenkliche geplante Enteignung des Eigentümers sind im Hinblick auf Alternativlosigkeit zu hinterfragen. Bestärkt werden wir in der Bewertung, dass diese Fläche nicht benötigt wird, weiterhin durch die aktuelle Ratsvorlage, die eine Interimslösung (siehe Karte unten) an der Europa-Allee vorschlägt. Laut Vorlage sei Standort und Umfang dieser Interimslösung ausreichend für die Erfüllung der Aufgaben. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat in den nächsten Tagen diesen „Interimslösungen“ zustimmen wird und somit diese gebaut werden. Die Interimslösung stellt damit auch funktional eine weitere mögliche Alternative zum Standort 1001462 dar, so dass die von den vorgestellten Alternativen (siehe Anlage Schreiben vom 5.4.24; NABU- und BUNDStellungnahme) um eine weitere geeignete Alternative zu der Fläche 1001462 ergänzt werden kann. Somit sehen wir insgesamt mindestens sieben mögliche realisierbare Alternativflächen für eine Rettungswache für Standort 1001462. Es besteht daher kein Bedarf diese Fläche umzuwidmen. Wir bitten darum, die Fläche aus Gründen des Artenschutzes, Klimaschutz und Nähe zum Natura 2000 Gebiet Wupper weiterhin mit der heutigen Festsetzung zu versehen. Eine Möglichkeit ist der ohnehin schon identifizierte Interimsstandort im Herzen von Leverkusen-Opladen:
[Abbildung]

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

1006011

[Abbildung] alter Plan

[Abbildung] neuer Plan

Erklärung: Stadion / Sport

1006011

Inhalt

Plandarstellung des RPK

Im Umfeld des CHEMPARK Leverkusen wurden im ENTWURF RPK folgende für unsere Belange relevante Darstellungen vorgenommen: Darstellung des JugendFußball-Leistungszentrums und der BayArena incl. Nebenanlagen (Zwischen BAB 3, Bahnstrecke, Dhünn und Bismarckstraße) im AFAB: Beide Einrichtungen finden sich in einem AFAB mit überlagernder Freiraumfunktion RG (nicht jedoch in einem BSLE) und unterliegen insoweit auch dem Ziel (Z.18) RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen", konkretisiert durch die unter Erläuterung 7 formulierte grundsätzliche Zulässigkeit nur für die Nutzungen des Z.17, sofern die Aufgabe und Funktion des RG nachweislich nicht beeinträchtigt wird. Die Zuordnung der vorgenannten Einrichtungen als dem Siedlungsraum zugehörige "überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit und Tourismuseinrichtungen" (Z. 16) oder dem Freiraum zugehörige Flächen in denen „Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen" bei Verträglichkeit zulässig (Z.17) bzw. „Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus" ermöglicht ist (G.26) erscheint hier nicht sachgerecht möglich zu sein. Diese Flächen und Anlagen sind seit Jahrzehnten maßgeblich durch die Nutzung der Sportanlagen für den Leistungs-/ Spitzensport geprägt, ohne den AFAB / RG zu beeinträchtigen. Insoweit bitten wir im Hinblick auf die vorgenannten Einrichtungen im AFAB mit überlagernder Freiraumfunktion RG sowie die tatsächliche bauliche Ausgestaltung der angesprochenen Einrichtungen zu prüfen, z.B. eine Zweckbindung "Anlage für Spitzen- / Leistungs- und Jugendsport" einzuführen und für diese Zweckbindung eine grundsätzliche Zulässigkeit von Bestand und Entwicklung dieser Nutzungen für die gewählten zeichnerischen Darstellung AFAB / RG, die zugehörigen textlichen Festlegungen und das Umfeld festzuschreiben. Alternativ wären in den textlichen Festlegungen weitergehende Beschreibungen zur Zulässigkeit der vorgenannten Einrichtungen im AFAB / RG erforderlich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird in Teilen geändert (s. Änderungskarten). Nach den

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen

landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Weder die DVO zum LPIG NRW noch der LEP NRW sehen eine gesonderte Zweckbindung "Anlage für Spitzen-/ Leistungs- und Jugendsport" als Planzeichen vor. Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen. Vorhandene, isoliert im Freiraum liegende Standorte, die die regionalplanerische Darstellungsschwelle überschreiten (ab einer Größenordnung von 10 ha), sind aus Gründen des Freiraumschutzes als Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzungen (ASBz) festgelegt, um eine weitergehende Inanspruchnahme des Freiraums für allgemeine Siedlungszwecke zu vermeiden. Unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle erfolgt keine zeichnerische Festlegung. Gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW hat jede Neu-, Änderungs-, Über- oder Erweiterungsplanung umwelt-, sozial- und zentrenverträglich zu erfolgen. Neuplanungen von Standorten sind der Regel nur im bzw. unmittelbar angrenzend an den Siedlungsraum möglich. Die Weiterentwicklung vorhandener Standorte, in isolierter Freiraumlage, sind darüber hinaus nur möglich wenn eine Flächenerweiterung, ausgehend von der bisherigen Größe des vorhandenen Standortes, geringfügig ist, eine Nutzungserweiterung im funktionalen Zusammenhang mit der bisherigen Standortnutzung steht bzw. eine Nutzungsänderung den Charakter der bisherigen Standortnutzung im Wesentlichen erhält. Vor diesem Hintergrund wird der Standort der "BayArena inklusive Nebenanlagen" aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich Seite 2560 von 4463 an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. In Folge der Änderung wird die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen. Für den Standort des "Jugend Fußball-Leistungszentrums" gelten die o.g. landesplanerischen Vorgaben gemäß Ziel 6.6-2 LEP NRW zumal keine Bauflächendarstellung im Flächennutzungsplan vorliegt. Die aktuelle Festlegung ist somit folgerichtig.

Unsere Stellungnahme zur Änderung 1006011:

Wir befürworten die Festlegung der Fläche südlich der Dhünn als Freiraum. Eine Festsetzung der vollständigen nördlichen Bereiche der Dhünn in 1006011 als Siedlungsbereich halten wir nicht für sinnvoll. Wir bitten darum diese Fläche als Freiraum mit der Zweckbindung Sport und Klimaschutz festzulegen. Begründung: Es handelt sich hier um die ehemalige Aue der Dhünn. Die Dhünn ist als FFH-Gebiet ausgezeichnet. Die heutige Nutzung dieser Fläche als Sportstätte hat sie aus Sicht des Artenschutzes bereits stark entwertet. Im Sinne des Klimaschutzes und der Artenvielfalt sollte diese Fläche wieder renaturiert werden. Da dies aber wahrscheinlich nicht den Wünschen der Leverkusener*innen entspricht, bitten wir

Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

zumindest darum, dass der heutige Status nicht noch weiter verschlechtert wird. Solch eine Verschlechterung würde durch eine Festlegung als Siedlungsfläche ermöglicht. So wurde in den letzten Tagen u. a. bekannt, dass es Überlegungen gibt, Teile der Sportstätten aufzugeben und dort Parkplätze anzulegen. Dies halten wir im Sinne der erwünschten sparsamen Nutzung von Freiflächen und der Klimafolgenanpassung (Erhitzung der versiegelten Flächen) nicht für sinnvoll. Wir bitten daher darum, dass auch im nördlichen Bereich von 1006011 die heutige Nutzung „Freiraum“ weiterhin festgesetzt wird.

Inhalt

1003556

[Abbildung] alter Plan: Freiflächen / Agrarraum

[Abbildung] neuer Plan: Siedlungsraum

[Abbildung]

[Luftbild]

Erklärung

[Abbildung Tabelle Ausgleichssynopse]

Unsere Stellungnahme zur Änderung 1003556:

Leider sieht die Ausweisung des neuen Siedlungsbereichs zwischen Rombergsweiher und Am Sandberg vor, dass auch der noch verbliebene Sandberg mit seinem Eichenwaldbestand für Siedlungszwecke genutzt werden soll. Aufgrund der besonderen Geologie, des Eichenbestands und Vorkommen besonderer Insekten wie Ameisenjungen lehnen wir diese Umwidmung und eine mögliche Bebauung ab. Weitere biologische/ökologische Untersuchungen/Gutachten betrachten wir als notwendig:

- Erfassung des Baumbestands – es handelt sich um einen durch Naturverjüngung entstandenen Eichenwald auf Sandgrund. Dieser Waldbestand ist im Regionalplan fehlerhafterweise nicht als Wald klassifiziert.
- Der Eichenbestand sollte auf seine Vogel- und Fledermausfauna untersucht werden. Außerdem kommt es im Frühjahr regelmäßig zum Kahlfraß durch Raupen (Kleiner und Großer Frostspanner etc.). Es ist daher anzunehmen, dass die Eichen des Sandbergs mindestens als wichtige Nahrungsquellen für Vögel und andere Insektenfresser fungieren.
- In der unmittelbar benachbarten Riedbachaue sind Hirschkäfer beobachtet worden. Es sollte geklärt werden, ob der Ursprung dieser Käfer, der durch seine Bodenverhältnisse und den Eichenbestand für Hirschkäfer günstige Sandberg ist.
- Dieser Sandberg ist genau wie der Heidberg, als geologisches Naturdenkmal zu betrachten. Da die Sandbergformationen in Leichlingen ohnehin schon stark durch Bebauung, eine Mülldeponie und andere Infrastrukturprojekte gestört bzw. zerstört sind, sollten die heute noch bestehenden Reste unbedingt geschützt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche

hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. Die in Rede stehende Fläche erfüllt nicht die vorangegangenen Kriterien zur regionalplanerischen Festlegung eines Waldbereichs.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren

berücksichtigt. Zudem wurden südlich der L 294 ausschließlich bereits im FNP als Wohnbaufläche dargestellte Bereiche in den ASB mit aufgenommen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. (vgl. ID 1003556, 1. Offenlage)

Inhalt

1003888

[Abbildung] alter Plan

[Abbildung] neuer Plan

Erläuterung: (viele Einwendungen)

1003842, Landesbüro der Naturschutzverbände NRW

Inhalt

ASB, Dierath, 51°05'11" N / 7°04'47" O

Ablehnung ASB nordöstlich Dierath

Keine Ausweisung des Bereichs nordöstliches Dierath als ASB. Hier wären stattdessen die Freiraumdarstellungen Bereich zum Schutz der Landschaft und Regionaler Grünzug zu erweitern, nach Osten bis zur L219. (s. E.2.7, Burscheid, Nr. 1)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme hinsichtlich der Rücknahme von Siedlungsraum ist teilweise entsprochen. Der Stellungnahme hinsichtlich einer Erweiterung von Regionalem Grünzug und BSLE ist entsprochen (s. StnID 1003888).

[Luftbild]

Unsere Stellungnahme zur Änderung 1003888:

Die großflächige Ausweisung am Nagelsbaum 1003888 als Siedlungsbereich für eine neue Feuerwache ist nicht akzeptabel: Streuobstwiesenreste, landwirtschaftliche Nutzflächen und das Landschaftsbild werden beeinträchtigt. Die Maßnahme bedarf einer umfangreichen Ausgleichsflächenplanung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003888, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Darüberhinaus gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern im Sinne der bedarfsgerechten neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für

die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung sowie der Auswertung der Anregungen im Rahmen der 2. Offenlage wird einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung durch Erweiterung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung angrenzend an den Hauptort Burscheids im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf. Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden

Inhalt

Die Abstimmung der vielfältigen Raumansprüche in unserer dicht besiedelten Region stellt eine der großen, aktuellen Herausforderungen dar: Wie können wirtschaftliche und soziale Interessen mit der Notwendigkeit des Erhalts der ökologischen Funktionalität, der Bewahrung der Biodiversität und der Lebensqualität bei gleichzeitiger Minimierung der Klimaänderungsfolgen vereint werden?

Sowohl als Vertretung regionaler Gruppen von BUND, NABU, LNU, der NaturFreunde und weiterer Interessensgruppen wie der lokal tätigen Offenland Stiftung als auch Einzelpersonen möchten wir einen Beitrag zur Bewertung des Regionalplanentwurfs Köln für die Region Leverkusen, Leichlingen und Umgebung leisten.

Unsere Motivation

- Bewahrung einer abwechslungsreichen, ländlichen Kulturlandschaft, Bewahrung gewachsener Böden, der Regenerationsfähigkeit des Grundwassers.
- Abwendung zumindest aber Minimierung von Klimafolgeerscheinungen wie extreme Hitze und Trockenheit (Erhalt von Kaltluftentstehungsgebieten, Kaltluftkorridoren, Erhalt bzw. idealerweise deutliche Ausweitung städtischen Grüns), dadurch Schädigung der Vegetation z. B. des Waldes, Brände, aber auch von Sturmschäden und Überflutungen in Folge von Regenereignissen (durch immer weniger Retentionsfläche, Bodenversiegelung, Nichtbeachtung der natürlichen Dynamik von Gewässern und der landschaftlichen Topografie und Bodeneigenschaften allgemein).
- Bewahrung einer artenreichen Landschaft mit dem Ziel mindestens das heutige Arteninventar und die gegenwärtige Lebensraumvielfalt für zukünftige Generationen zu bewahren. Hinreichende Einrichtung und Pflege von Schutzgebieten, Einrichtung notwendiger Korridore zur Ausbreitung und Austausch der Arten und Populationen, aber auch durch umsichtigen Umgang mit allen Landschaftsschutzgebieten und allen Grünflächen und Kleinsthabitaten, die nicht unbedingt unter ein derzeitiges Schutzkonzept fallen.
- Im Bereich Artenschutz sollte bedacht werden, dass der reine Verweis auf planungsrelevante Arten und die FFH-Richtlinie alleine in unserer bereits stark geschädigten Region nur bedingt greifen kann: Vielfach müssen wir Naturschützer und dem Natur- und Artenschutz verpflichtete Behörden und Gremien bereits um den Erhalt des aus funktionsökologischer Sicht minimalen Artenspektrums kämpfen. So müssen für unsere Region sogar allgemein in Zentraleuropa noch als häufig und ungefährdet betrachtete Arten als Leitarten für unsere Region herangezogen werden. Dazu gehören zum Beispiel Traubeneichenwälder, Wiesenschmetterlinge wie Brauner Waldvogel und Ochsenauge, Amphibien wie Grasfrosch und Erdkröte – allesamt Arten bei denen wir ein merklich lückenhaftes Vorkommen selbst in geeignet erscheinenden Habitaten verzeichnen und sogar von deutlichen Rückgängen ausgehen müssen.

1002830 und 1007459

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Ausführungen zu Beweggründen und Motivation werden zur Kenntnis genommen.

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007459: 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass die Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

AZ: Ö-M-1319

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Unsere Stellungnahme zu 1007459:

Die bisherige Raumentwicklung im Geltungsbereich des neu aufzustellenden Regionalplans Köln konnte die Aufgabe die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang zu bringen, bislang nicht gewährleisten: Wir erleben weiterhin ein Schwinden oder eine Verschlechterung des Erhaltungszustands der Lebensräume, der seltenen und besonders zu schützenden, aber auch der einst häufigen Arten in unserer Region. Der Regionalplan als Grundlage für die sich daraus ergebende kommunale Planung ist zu granular. Es muss bezweifelt werden, dass hinreichende, lokale Kenntnisse (in Form von Gutachten, Forschungs- und Naturschutzprojekten, Citizen-Science), die für den Natur- und Artenschutz, den Gewässerschutz, die Anpassung an den Klimawandel und Abstandsregelungen z. B. an sensible FFH oder NSG beschafft/herangezogen und berücksichtigt wurden. Die Granularität wird z. B. darin sichtbar, dass siedlungsnah Waldformationen nicht als Wald, sondern als allgemeiner Siedlungsraum ausgewiesen werden (1003556: Sandberg Leichlingen und viele weitere). Damit erhöhen sich Arbeitsaufwand, Verantwortung und das Risiko möglicher Beeinträchtigung des Natur- und Artenschutzes auf die nachgeordneten planerischen Stellen wie der kommunalen Landschaftsplanung etc., die sich auf den Regionalplan beziehen. Potenziell betroffen bzw. beeinträchtigt sind aus unserer Sicht: Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), Naturschutzgesetz Nordrhein-Westfalen (NatSchG NRW), Regelungen zum Schutz gefährdeter Arten basierend europäischen Vorgaben durch die Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) sowie die Vogelschutzrichtlinie, Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW), Wasserhaushaltsgesetz (WHG), Landesplanungsgesetz Nordrhein-Westfalen (LPIG NRW) sowie kommunale Satzungen (z. B. Naturschutzsatzungen).

Wir finden im vorliegenden Regionalplanentwurf keine wesentlichen, praktischen Ansätze und Anzeichen für ein deutliches Umdenken zur Begegnung der zukünftigen Herausforderungen Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Biodiversitätserhalt in unseren Kommunen, Landschaften, Natur- und Kulturräumen. Wir fordern:

- Siedlungsdruck verringern: keine neuen Siedlungsflächen, sondern nachhaltiges Wachstum und Verdichtung im bereits vorhandenen Siedlungsraum (Status letzter Regionalplan).
- Notwendig i. R. d. Klimafolgenanpassung: Herausnahme von ausgewiesenen

Siedlungs-/Gewerbeflächen, wo dies aus Hochwasser- oder Grundwasserschutz bzw. als Retentionsflächenerhalt geboten ist.

- Bevölkerungsentwicklungsprognosen sind als Argumentationsgrundlage zu nutzen und der Flächenverbrauch ist nach Bevölkerungsentwicklung sparsam vorzunehmen (es ist nicht ersichtlich, warum in Gebieten des Regionalplans, von denen das statistische Bundesamt in einer aktuellen Untersuchung von einer Stagnation der Bevölkerungsentwicklung ausgeht, neue Siedlungsflächen ausgewiesen werden müssen).
- Begrenzung des Zuzugs: Neue Konzepte für Siedlung, Gewerbe und Mischgebiete sind gefragt: Leverkusen und Leichlingen sind nicht nur als Schaf- und Pendlerstädte zu entwickeln. Dies ist auch kontraproduktiv für Verkehrsentwicklung (Klimaschutz!). Die Pandemie hat uns gelehrt, dass das Arbeitsverhalten der Zukunft ganz andere Ansprüche stellt.
- Der Regionalplan reflektiert bezüglich Gewerbe- und Siedlungsflächenplanung nicht die Erfordernisse und Ansprüche an eine zukünftige, nachhaltige und regionale Lebensweise mit minimalem Klima-Fußabdruck.
- Innerstädtische Grünflächen sind nicht explizit im Regionalplan ausgewiesen: Diese Flächen müssen aber mindestens unverändert erhalten bleiben, wenn nicht im Rahmen der Klimafolgenanpassung ausgeweitet werden. Beispiel: Aussparung des FFH-Gebiets Wupper im Stadtgebiet Leichlingen; Wohnraumverdichtung darf nicht auf Kosten des Stadtgrüns und damit Stadtklimas erfolgen.
- Biotopverbund als eine grundlegende Argumentationsgrundlage für „Schutz der Natur“-Gebietsvorschläge als Platz für Wildnis und Naturwaldzellen. Die (neue) Landesregierung und die Kommunen sind zu motivieren, neue echte Naturschutzgebiete und großflächige Biotopverbünde/Korridore sind auszuweisen.
- Schutzkonzept für „Schutz der Natur“-Flächen: Wie kann der Freizeitdruck reduziert werden? Der schädliche Einfluss von mehr Bevölkerung im Umfeld von FFH-Gebieten, NSGs etc. ist als nicht zu vermeidende Umweltgefährdung zu berücksichtigen.
- Grundwasserschutz bedeutet auch keine Versiegelung mehr; Bebauungsnahe Versickerung von Regenwasser ist zwingend zu berücksichtigen.
- Wetteranomalien und Bevölkerungsschutz: Hier ist nicht erkennbar, dass der Regionalplanentwurf potenziell wirkungsvoll Erfahrungen durch Extremwetterereignisse der letzten Jahre berücksichtigt. Ausführliches Kartenmaterial mit Kaltluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten, Hochwasserkarten, Bodengutachten (auch in Hinblick auf Wasserhaltekapazität u.v.a.) liegen vor und sollten aus Gründen des Bevölkerungsschutzes unbedingt mit deutlichem Sicherheitspuffer berücksichtigt werden.

Wir mussten bei der Beschäftigung mit dem vorliegenden Regionalplanentwurf Köln feststellen, dass all die hier aufgeführten Punkte und viele weitere Details nicht oder unzureichend berücksichtigt werden. Ausweitung der Siedlungsflächen, der Gewerbegebiete und damit primär wirtschaftliche Interessen scheinen von vorrangiger Bedeutung gewesen zu sein, als die Sicherstellung einer auch für zukünftigen Generationen lebenswerten, artenreichen und eine, dem Klimawandel gegenüber resilien-ter Landschaft und Umwelt.

Der Erhalt des heutigen Minimums von Naturräumen und Arteninventar bedarf eines weitsichtigen und tiefgreifenden strategischen Wandels im Denken: Wir müssen akzeptieren, dass Bevölkerungsdichte, Industrie und Gewerbe, Siedlungsflächen und Infrastruktur nicht weiter anwachsen dürfen. Neue und unlängst bekannte Lösungsansätze müssen konsequent für die heute bereits erschlossenen Flächen erarbeitet und angewandt werden. Das führt idealerweise sogar zu einem Rückbau von Infrastruktur und einer Ausweitung von Renaturierung. Auch die wesentlich stärkere Umwidmung bzw. andersartige Nutzung von Gebäuden ist zu bedenken: Aus leerstehenden Industrie- und Bürogebäuden muss Wohnraum entstehen.

Im Hinblick auf die Stellungnahme zu den allgemeinen textlichen Abschnitten des Regionalplans schließen wir uns daher im vollen Umfang der ausführlichen Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW an. Wir hoffen sehr, dass der neue Regionalplan Köln nach Überarbeitung und Berücksichtigung der Stellungnahmen ein wirksames Instrument einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und umweltverträglichen Flächennutzung wird.

Inhalt

1007461

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Der Entwurf des Regionalplanes hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel.

Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt.

Unsere Stellungnahme zu 1007461:

Dementsprechend ist es unabdingbar, dass alle Stellungnahmen und Einwendungen als Anlage unaufgefordert allen nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen als mit den Dokumenten verknüpfte Anlage zur Verfügung gestellt werden. Bitte bedenken Sie, dass im Rahmen der nachgelagerten Planungsvorgänge wie Landschaftsplanung oder Bebauungsplanung bei Einwänden der Naturschützer*innen oft planerische Festlegungen des Regionalplans als Legitimation herangezogen werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Stellungnahmen die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingebracht werden, sind Teil der raumordnerischen Abwägung und werden entsprechend dokumentiert. Soweit Belange auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind, finden Sie Eingang in den Regionalplan. Die Bindungswirkung von Erfordernissen der Raumordnung für nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen ergibt sich aus § 4 ROG bzw. den Raumordnungsklauseln in entsprechenden Fachgesetzen.

Inhalt

Spezifische Stellungnahme Fledermausschutz Murbachtal

von [ANONYMISIERT]

Ort Leichlingen/Leverkusen, Gebiet Murbachtal

Beschreibung

Das Gebiet umfasst ausgehend von Diepental das Murbachtal bis Balken mit Waldhängen bei Pattscheid, Neuenkamp, Stöcken, Holz und Wietsche. An die Wälder schließen auf Leverkusener und Leichlinger Seite landwirtschaftlich genutzte Flächen und dörflich geprägte Siedlungen an. Der namensgebende Bach durchzieht das Tal mit seinen bewaldeten Hängen und mündet bei Balken (Leichlingen) in die Wupper. Die ehemaligen Aufstauungen des Murbachs (Talsperre Diepental und westlich gelegenes Staugewässer) werden bzw. sind bereits abgelassen. Geplant ist den Lauf des Murbachs naturnah zu entwickeln. In Teilen werden die trocken gefallen Flächen entlang des Bachs einer natürlichen Sukzession (Neubewachsung) überlassen. Die Hangwälder setzen sich aus Fichten (sind zum großen Anteil wegen Hitzesommern und Borkenkäferbefall abgestorben und gerodet), Rotbuchen, Trauben- und Stieleichen u.a. Baumarten zusammen. Höhlen- und Totholzbäume, z.B. Im Bereich des Naturfreundehauses Neuenkamp und anderen Bereichen, bieten Lebensraum für Insekten, viele Vogelarten (Spechte, Waldkauz) und Quartiermöglichkeiten für streng geschützte Fledermausarten. Vorkommen von Braunen Langohren, Fransen-, Wasserfledermaus, Abendsegler, Kleinabendsegler, Zwerg-, Rauhaufledermaus, Große/Kleine Bartfledermaus sind nachgewiesen; Nahrungshabitate und Quartiermöglichkeiten in Höhlenbäumen und in Anliegerhäusern sind vorhanden. Das Murbachtal im Zusammenhang mit der Wupper kann als Korridor von Fledermäusen bei ihren saisonalen Wanderungen genutzt werden.

Kritikpunkte

- Ausweisung eines Gewerbegebiets Nordwestlich der Ortslage Wietsche, erhöhtes Verkehrsaufkommen.
- Intensive forstliche Nutzung der Hangwälder

Vorschläge

- Gewerbegebiete: Verzicht auf die Planung des Gewerbegebiets nordwestlich der Ortslage Wietsche, um den ruhigen Charakter des Landschaftsraum zu erhalten.
 - Artenschutz: Ausweitung des Schutzes des Gebietes ist essentiell für den Artenschutz in der Region. Beispiel Artengruppe Chiroptera (Fledermäuse).
 - Wälder: Erhaltung von Habitatbäumen, (Höhlenbäume, Totholz, Bäume mit Totholzanteil)
- zur Förderung von Fledermäusen und höhlenbrütenden Vogelarten, Wespen, Hornissen, Wildbienen u.a. Umbau von Nadelwäldern in Laubmischwäldern. Nachhaltige forstwirtschaftliche Nutzung, kein Einsatz von Pestiziden.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans (hier u.a. Anregungen zu Neuanpflanzungen entlang des Baches, zur Besucherlenkung, zur Entstehung von Nahrungshabitaten durch u.a. Überlassung einer natürlichen Sukzession in den Wäldern). Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Zudem werden allgemeine Informationen (und Hinweise) zur Freiraumentwicklung sowie zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe/Erneuerbare Energien gegeben.

Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen. Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIBregional im Sinne des

- Windwurfflächen und anderen Freiflächen (Fichtenrodungen) in den Wäldern der natürlichen Sukzession überlassen: Aufwuchs aus Baumsämlingen, Strauchwerk, Stauden, Wildgräsern. Es entstehen Nahrungshabitate für Fledermäuse, Vögel, Insekten sowie Fortpflanzungsmöglichkeiten für Insekten und Gebüschbrüter.
- Bei Neuanpflanzungen entlang des Bachs heimische, blütenreiche und damit insektenreiche Gehölze wählen.
- Besucherlenkung, um ruhige Uferbereiche als Rückzugsorte für Vögel und Insekten u.a. zu schaffen.
- An und auf den Hängen des Tals KEINE Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen (Gefahr von Fledermaus- und Vogelschlag).

Gegenstromprinzips folgerichtig (vgl. ID 1034258_001).

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der Umweltprüfung berücksichtigt und haben Eingang in die Abwägung gefunden (vgl. Umweltbericht LEI_GIBz_1). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIBz) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Zu den Hinweisen hinsichtlich der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergieanlagen gilt, dass der Regionalrat Köln aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen hat, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln.

In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann

demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Inhalt

1007512

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unsere Stellungnahme zu 1007512:

Diese generische Erläuterung geht leider in keiner Weise auf die vorgebrachten Bedenken inhaltlich ein. Wir bitten um eine inhaltsbezogene Erläuterung, die die vorgebrachten Argumente reflektiert.

Um auf die generischen Erläuterungen/Begründungen einzugehen: Es ist basierend auf langfristigen demografischen Prognosen nicht ersichtlich, warum über den heutigen Siedlungsraum hinaus Siedlungsraumpotenziale im Regionalplan für die Kommunen Leichlingen und Leverkusen festgelegt werden müssen. Die demografischen Modelle zeigen für die Kommunen keine oder eine nur eine verschwindend kleine Zunahme von maximal 2 % bis 2050. Daher betrachten wir eine Begründung für Siedlungsraumpotenziale bezugnehmend auf die Bevölkerungsentwicklung als nicht stichhaltig. Betrachten wir die Analysen des statistischen Bundesamts wird klar, dass der Bedarf für neu auszuweisende Siedlungsraumpotenziale in Regionen mit nicht oder sehr flach

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007512 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen

wachsender Bevölkerungszunahme (wie der unseren) sich nur daraus ergibt, dass aufgrund des wachsenden Wohlstands der Bedarf für Siedlungsraumpotenziale nur mit einem wachsenden Wohnraumanspruch pro Person erklärt werden kann. Aus unserer Sicht rechtfertigt die Nachfrage nach Mehrbedarf von Wohnraum pro Person nicht den Verbrauch oder die Einengung von freier Landschaft, landwirtschaftlichen Flächen, Grünland oder gar Wald und naturnahen Räumen. Ebenso wenig ist mit einem raumbeanspruchenden Wirtschaftswachstum zu rechnen, zumal die Mehrzahl der innovativen, wachsenden Wirtschaftsbereiche nicht zu den Flächenverbrauchern gehören (z. B. Digitalisierung, Dienstleister etc.). Dies wirkt sich auch auf den Infrastrukturbedarf aus: Deutschland belegt ohnehin bereits einen Spitzenplatz. Noch mehr Flächenverbrauch für Straßen etc. ist nicht vertretbar. Wir betrachten es als unabdingbar, dass alle Stellungnahmen und Einwendungen als Anlage unaufgefordert allen nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen als mit den Dokumenten verknüpfte Anlage zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass relevante Informationen z. B. Arten- und Biotopschutz, die den Behörden wohlmöglich nicht vorliegen, weitergegeben werden. Bitte beachten Sie dazu die folgenden Quellen:

*bevoelkerungsvorausberechnung-fuer-nrw Landesbetrieb IT.NRW
Leverkusen: Wie die Bevölkerung 2050 aussehen könnte | Kölner Stadt-Anzeiger
Demografieportal - Fakten - Regionale Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-
Westfalen
Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich 405 000 neue
Wohnungen pro Jahr fertiggestellt - Statistisches Bundesamt*

verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Hierzu wird auf die umfangreichen Ausführungen zur Ermittlung der Bedarfe sowie der Methode zur zeichnerischen Festlegung in den entsprechenden Kapiteln der Begründung verwiesen u.a.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der

Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Berücksichtigung des Grundsatz 6.1-2 LEP NRW hat im Kapitel A sowie auch in den regionalplanerischen Festlegungen Eingang in den Regionalplan sowie seine Festlegungen u.a. konkret im neuen Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparen umsetzen* gefunden. Auf die Ausführungen in der Begründung wird entsprechend verwiesen und ergänzend auch auf die Ausführungen in der Begründung u.a. im Kapitel *Region+ Wirtschaft – Regionales Gewerbeflächenkonzept*.

Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensvorgaben hinsichtlich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln sind. Diese gehen über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Verfahrensvorgaben dieser Art werden im LPIG NRW normiert. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

1034340_010

Inhalt

Ort: Leverkusen-Hitdorf

Beschreibung: Hitdorf, Großer Laacher See, Buschbergsee; artenreiche Baggerseen, Umgebung mit schützenswerten Eichenbeständen z. B. am Laacher See; reiche Avifauna; Wildrückzugsgebiet (Feldhase, Fasan).

Kritikpunkt: Die Einrichtung eines "Schutz der Natur"-Gebietes innerhalb des großflächigen Landschaftsschutzgebietes ist unbedingt zu befürworten. Kritisch zu sehen ist die potenzielle Zerschneidung des Gebiets mit der hier rot gestrichelt eingezeichneten, geplanten Umgehungsstraße L43n

Vorschlag / Kommentar: Planung für die Umgehungsstraße L43n beenden. Das Schutzgebiet sollte nicht durchschnitten werden, um Wildtierschutz zu gewährleisten und Ruhebereiche nicht zu gefährden.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung eines BSN wird begrüßt.

Zur Festlegung der L43n gilt Folgendes: Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Die weitere Konkretisierung und Prüfung der Umweltverträglichkeit erfolgt in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren.

1034340_011

Inhalt

1007519

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegung wird korrigiert (s. Änderungskarten) (vgl. STN ID

1004881). Die Festlegung der Bedarfsplanmaßnahme L 43 bleibt bestehen.

Außerdem wird die bestehende Straße nach Monheim aufgrund ihrer

Anschlussfunktion als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße festgelegt.

[Abbildung] neuer Plan

1007696, 1004881

[Abbildung] alter Plan

[Abbildung] Änderung im neuen Plan

[Abbildung] Tabellenausschnitt Ausgleichssynopse

Unsere Stellungnahme zu 1007696, 1004881:

Die Festlegung der möglichen L 43n widerspricht der Wertigkeit dieses

Landschaftsbereiches. In diesem Bereich ist mit den naturnahen bzw. als NSG

ausgewiesenen Kiesgruben Monbag, Buschbergsee und Laacher See ein sehr hohes

Schutzpotenzial gegeben. Wir bitten daher die Festlegung als L 43n zu streichen. Wir

empfehlen, eine Untersuchung, ob Tiere wie Kleinsäuger, Reptilien und Amphibien

(Kreuzkröten-Vorkommen an und um die Seen) gefährdet sind und wie die Straßen

bei erhöhtem Verkehrsaufkommen so abgesichert oder gestaltet werden, dass eine

Gefährdung wandernder Tiere minimiert wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen

festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen

Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen

Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu

übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

In der Strategischen Umweltprüfung der Zeichnerischen Festlegungen des

Regionalplans wurden die Darstellungsfälle betrachtet, bei denen es sich nicht um

eine nachrichtliche Übernahme beziehungsweise um eine verpflichtende Vorgabe der

Fachplanung handelt, sondern es um Festlegungen geht über die der Regionalrat

selbst entscheiden kann. Aus diesem Grund wurden die Übernahmen aus dem

Landesstraßenbedarfsplan keiner Strategischen Umweltprüfung unterzogen, denn

diese Festlegungen sind unabhängig von einem möglichen Ergebnis der

Umweltprüfung zwingend festzulegen. Eine Prüfung der Belange erfolgt übergeordnet

in dem anschließenden Planfeststellungsverfahren.

Inhalt

Gebiet „LEI_ASB_1: DE-4808-301: FFH-Gebiet „Wupper von Leverkusen bis Solingen““

Ort: Leichlingen, Ziegwebersberg

Beschreibung: Auszug

[Abbildung]

Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt.

Vorschlag / Kommentar: Eine Siedlungsplanung im Überschwemmungs- und Retentionsbereich der Wupper halten wir aus heutiger Sicht für absolut fahrlässig.

Forderungen: Bisherige Nutzung erhalten oder extensive landwirtschaftliche Nutzung.

Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts.

[Abbildung] [Abbildung]

1007522

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Gebiet „LEI_ASB_1“

Ort: Leichlingen

Beschreibung: Landwirtschaftlich genutzte Fläche

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007522, ID 1007592, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Dabei gilt zudem, dass auch siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert sind. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird hinsichtlich der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung sowie der Festlegung von Siedlungsraum auf Folgendes verwiesen:

Kritikpunkt: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt.

Vorschlag / Kommentar: Eine Siedlungsplanung im Überschwemmungs- und Retentionsbereich der Wupper halten wir aus heutiger Sicht für absolut fahrlässig.
Forderungen: Bisherige Nutzung erhalten oder extensive landwirtschaftliche Nutzung.
Optimal: Wiederherstellung eines flussnahen Auenabschnitts.

[Abbildung]

1007592

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht, hier belegt durch die Darstellung im Flächennutzungsplan, sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und die Entwicklung des Siedlungsbereichs unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 und Ziel 28 wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h.

soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Unsere Stellungnahme zu 1007522 und 1007592:

Diese generische Erläuterung geht leider in keiner Weise auf die vorgebrachten Bedenken inhaltlich ein. Wir bitten um eine inhaltsbezogene Erläuterung, die die vorgebrachten Argumente reflektiert.

Bitte gehen Sie auf die Kritikpunkte ein, die im Sinne einer Vorsorgemaßnahme im Regionalplan berücksichtigt werden sollten: Verlust landwirtschaftlicher Flächen, Bodenversiegelung im Auenbereich; die deutliche Verstärkung des schädigenden Freizeitdrucks auf das FFH-Gebiet durch mehr Siedlungsraum blieb im Gutachten aus unserer Sicht zu Unrecht unberücksichtigt. Um auf die generischen Erläuterungen/ Begründungen einzugehen: Es ist basierend auf langfristigen demografischen Prognosen nicht ersichtlich, warum über den heutigen Siedlungsraum hinaus Siedlungsraumpotenziale im Regionalplan für die Kommunen Leichlingen und Leverkusen festgelegt werden müssen. Die demografischen Modelle zeigen für die Kommunen keine oder eine nur verschwindend kleine Zunahme von maximal 2 % bis 2050. Daher betrachten wir eine Begründung für Siedlungsraumpotenziale

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GiB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt die methodischen Vorgaben des LEP NRW der Bedarfsberechnung zugrunde. Diese bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten*. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*. Die Gegenüberstellung von Bedarfen und Siedlungsflächenreserven ist Tabelle 8: Flächenbedarf und -potentiale im Regierungsbezirk Köln zu entnehmen.

Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. Hierzu wird auf die umfangreichen Ausführungen zur Ermittlung der Bedarfe sowie der Methode zur zeichnerischen Festlegung in den entsprechenden Kapiteln der Begründung verwiesen u.a.

Der Regionalplan Köln legt somit ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige

bezugnehmend auf die Bevölkerungsentwicklung als nicht stichhaltig. Betrachten wir die Analysen des statistischen Bundesamts wird klar, dass der Bedarf für neu auszuweisende Siedlungsraumpotenziale in Regionen mit nicht oder sehr flach wachsender Bevölkerungszunahme (wie der unseren) sich nur daraus ergibt, dass aufgrund des wachsenden Wohlstands der Bedarf für Siedlungsraumpotentiale nur mit einem wachsenden Wohnraumanspruch pro Person erklärt werden kann. Aus unserer Sicht rechtfertigt die

Nachfrage nach Mehrbedarf von Wohnraum pro Person nicht den Verbrauch oder die Einengung von freier Landschaft, landwirtschaftlichen Flächen, Grünland oder gar Wald und naturnahen Räumen.

Wir betrachten es als unabdingbar, dass alle Stellungnahmen und Einwendungen als Anlage unaufgefordert allen nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen als mit den Dokumenten verknüpfte Anlage zur Verfügung gestellt werden, um sicherzustellen, dass relevante Informationen z. B. Arten- und Biotopschutz, die den Behörden wohlmöglich nicht vorliegen, weitergegeben werden. Bitte beachten Sie dazu die folgenden Quellen:

bevoelkerungsvorausberechnung-fuer-nrw Landesbetrieb IT.NRW

Leverkusen: Wie die Bevölkerung 2050 aussehen könnte | Kölner Stadt-Anzeiger
Demografieportal - Fakten - Regionale Bevölkerungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen

Seit 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland durchschnittlich 405 000 neue Wohnungen pro Jahr fertiggestellt - Statistisches Bundesamt

raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche).

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die Berücksichtigung des Grundsatz 6.1-2 LEP NRW hat im Kapitel A sowie auch in den regionalplanerischen Festlegungen Eingang in den Regionalplan sowie seine Festlegungen u.a. konkret im neuen Grundsatz *Siedlungsentwicklung flächensparen umsetzen* gefunden. Auf die Ausführungen in der Begründung wird entsprechend verwiesen.

Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumb Beobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

Zudem wird darauf hingewiesen, dass Verfahrensvorgaben hinsichtlich der Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln sind. Diese gehen über den

Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Verfahrensvorgaben dieser Art werden im LPIG NRW normiert. Die Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung im Rahmen obliegt der kommunalen Planungshoheit. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen werden Raumwiderstände, Umweltauswirkungen, landesplanerische Vorgaben sowie sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven – soweit auf Ebene der Regionalplanung relevant – einbezogen und berücksichtigt. Die Abgrenzung des ASB erfolgt aufgrund der endogenen Entwicklungsabsichten bzw. der faktischen Umstände im Bestand sowie unter Berücksichtigung der umliegenden Freiraumfunktionen (u.a. Regionaler Grünzug, BSLE).

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Für RG besteht in Ziel 18 der Regionalplanentwurf die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW

und VV-Artenschutz NRW. Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Im Grundsatz 29 des Planentwurfs, wird der Auftrag an die nachfolgende Planungsebenen erteilt, sich mit der Entwicklung und dem Schutz schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb der Vorranggebiete BSN auseinanderzusetzen. Kleinteiligen Nutzungen und Funktionen entsprechen nicht dem regionalen Maßstab und sind damit folglich Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege können im regionalplanerischen Maßstab im Freiraum erfolgen. Die Festlegung von BSN und BSLE ist keine Grundvoraussetzung für Entwicklungen des Naturschutzes und der Landschaftspflege. Siedlungsräumlichen Entwicklungen hingegen sind bei einer regionalplanerischen Relevanz zeichnerisch im Siedlungsraum zu sichern.

Im Übrigen entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch

interpretierbar bleibt. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

In Bauflächen von Flächennutzungsplänen und in kleineren Siedlungsbereichserweiterungen verbleibt die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Auf die Erläuterungen zu Ziel 27 ÜB erhalten und entwickeln und Ziel 28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen wird verwiesen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit die Belange auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Darüberhinaus gilt, dass gemäß § 9 Abs. 3 ROG im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen. Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt**[Abbildung]**

Kreis: Stadt Leverkusen

Flächenbezeichnung: 1 – 10 in der Karte oben

Flächenbewertung:

In der zweiten Änderung des Regionalplans sind Flächen als Siedlungsbereich/ Industrie vorgesehen, die zum Teil im aktuellen Flächennutzungsplan der Stadt nicht als Siedlungsfläche/Industrie vorgesehen sind. Die Wertigkeit der Flächen zeigt sich z. B. durch eine Definition der Flächen 3, 4, 7, 8, 9, 10 im aktuellen Landschaftsplanentwurf der Stadt mit dem Entwicklungsziel 7.

Diese Flächen sind aus Sicht des Artenschutzes und des Klimaschutzes nicht zu bebauen und müssen daher im heutigen Bestand konserviert werden. Sie dürfen nicht durch weitere Bebauung von hier zur Zeit noch unbebauten Flächen weiter entwertet werden. Detail zu Fläche 6: Dies gilt auch für die in beiliegender Karte markierte Fläche 6. Die heutigen Ackerflächen zwischen der Solingerstraße und der Straße „Am Hauweg“ sowie der Eichenwald N/W des Hauweges müssen im heutigen Zustand erhalten bleiben und dürfen nicht als Industriefläche definiert werden. Wir bitten daher um eine entsprechende Festsetzung des heutigen Zustandes bzw. eine Angleichung an den Landschaftsplanentwurf Leverkusen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prækclusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Darüber hinaus gilt, die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt

1001464 und 1003560

[Abbildung]

[Luftbild]

Unsere Stellungnahme zur Änderung 1001464 und 1003560:

Die Flächen sind landwirtschaftliche Nutzflächen mit großem Anteil Grünland und zur Zeit sehr wertig für die Avifauna der Umgebung, die Verbindung der freien Landschaft zwischen Heidberg und Neuenhof/Landscheid sowie die Förderung des Klimaschutzes Wassereinzugsgebiete für nahe gelegen Quellen z. B. des Leimbaches?). Sie ist daher zwingend in diesem Zustand zu erhalten. Diese Region ist bereits durch die in den letzten Jahren erfolgte Ansiedlung von großen Industrieflächen am Straßerhof stark belastet worden, so dass eine weitere Entwertung nicht erfolgen soll. Wir bitten daher die heutige Ausweisung der Fläche als Freiraum zum Schutz der Natur beizubehalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001464, ID 1003560 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden,

ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-M-2-268	
1028824	
1034337_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>
<p>Ich fände eine Bebauung gut, da wir hier oben auch Infrastruktur brauchen, der große Aufschrei kommt doch nur von dem Angeblichen Bürgerverein die ich nicht groß als Vertretung der Bürger hier sehe! Zum Einen findet hier ein Generationswechsel statt und die Leute die hier groß entscheiden betrifft es nicht lange und den Geht es nur ums Geld weil der feine Herr <i>[ANONYMISIERT]</i> dann Angst hat das sein Grundstück im Preis fällt und er keine freie Sicht aufs Siebengebirge hat... Desweiteren wird der soziale Wohnungsbau hier oben von dem Bürgerverein dargestellt als ob die letzten Assoziale hier dann wohnen würde! Was fernab jeglicher Realität ist, da eine alleinerziehende Krankenschwester Evtl auch eine sozial Wohnung braucht da es finanziell einfach nicht anders möglich ist. Mein Standpunkt hierzu ist also bauen sie eine schöne Wohnsiedlung mit Spielplatz Kindergarten und Infrastruktur wie einem Discounter.Und ich spreche für wahrscheinlich die anderen 90% der Leute die hier wohnen und arbeiten und einfach keine Zeit haben sich mit so kleingeistigen alten Bürgervereinsfanatikern auseinander zu setzen</p>	

AZ: Ö-M-2-269

1028826

1034344_001

Inhalt

Gegen den Siedlungsschwerpunkt Mechernich-Satzvey legen wir Einspruch ein. Hier entsteht ein neuer Ort, der mit dem alten Ort nichts zu tun hat. Die vorgesehene Bebauung liegt in folgenden Bereichen: 1. Überschwemmungsgebiet des Veybaches. Nach der Flutkatastrophe am 14./15.7.2021 stand dieses Gebiet bis zu 2m unter Wasser. Einen Hochwasserschutz gibt es nicht und ist bisher nicht geplant. 2. Landschaftsschutzgebiet 3. Teilweise im Naturschutzgebiet 4. In der Wasserschutzzone IIIA des Wasserwerkes Satzvey 5. Hochwertige landwirtschaftliche Flächen, damit verbunden eine weitere Reduzierung der Ernährungsgrundlagen 6. Eine Ortsumgehung wird unmöglich gemacht. 7. Erhöhung des Straßenverkehrsaufkommens, der zusätzlich zum heutigen Straßennetz aufgenommen werden muss. Wir bitten die Änderung des Regionalplanes im obigen Punkt nicht zu genehmigen. Wir sind Bürger des Ortes Satzvey, unsere Anschrift lautet: [ANONYMISIERTE]. Es wird um Unterrichtung ihrer Entscheidung gebeten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmten Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften – möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofspunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbaden eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnung schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-27	
1027522	
1032869_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Betreff: Stellungnahme zur Änderung des Landschaftsplans Aachen</u></p> <p>hienmit möchte ich meine Einwände in die Änderung des Landschaftsplanes vorbringen:</p> <p>Erworben haben wir den Hof [Anonymisiert] 2020 von [Anonymisiert], sodass wir uns an der ersten Offenlage 2018 nicht beteiligen konnten. Daher geht nun unsere erste Eingabe in dieser Phase der öffentlichen Beteiligung ein.</p> <p>Zunächst eine Beschreibung der Sachlage an [Anonymisiert]. Zum Hof gehören [Anonymisiert] (zur Verdeutlichung Anlage 1, Übersicht über die Lage der Flächen).</p> <p>Mein Bewirtschaftungskonzept stellt sich folgendermaßen dar:</p> <p>Mit der Ackerfläche betreibe ich einen „Marktgarten“, baue also Gemüse in Beetform an und vertreibe dieses über eine solidarische Landwirtschaft/ Gemüseboxen.</p> <p>Vornehmlich baue ich alte Gemüsesorten an und versuche damit einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Sortenvielfalt zu leisten.</p> <p>Des Weiteren habe ich 2023 eine neue Streuobstwiese auf der Grünfläche angelegt mit 40 Bäumen alter Obstsorten aus der Region. Auch die Streuobstwiese geht mit ihrem Ertrag zukünftig mit in die Gemüseboxe.</p> <p>Darüber hinaus züchten wir eine Hühnerrasse, die auf der roten Liste der vom Aussterben bedrohten Nutztierassen steht. Die Eier der Hühner werden vermarktet und wir leisten einen weiteren Beitrag zum Erhalt der Artenvielfalt.</p> <p>Geplant ist es weitere Nutztierassen von der roten Liste zu halten (Gänse und Schafe). Das Gesamtkonzept für den Hof ist eine ökologisch wertvolle kleinbäuerliche Bewirtschaftung, bei der ein Kreislauf von eigener Futtermittelerzeugung, der Haltung von Nutztieren, dem Obstanbau, sowie dem Anbau von Gemüse.</p> <p>In Zukunft möchte ich den Hof gerne erweitern und entwickeln. Es wird unter anderem ein Geräteschuppen an der Ackerfläche benötigt. Eine Bewässerungsanlage für die Gemüsebeete ist in Planung, dazu benötige ich entweder eine Brunnenbohrung, oder eine Anlage um Regenwasser zu sammeln. Ein Kühlhaus für die Lagerung Ernte bis zur Ausgabe der Gemüseboxen ist erforderlich.</p> <p>Um die ganzjährige Tierhaltung auf der Grünfläche zu ermöglichen, muss ein Offenstall auf der Weidefläche errichtet werden. Und für die trockene Aufbewahrung des Futters (selbst erzeugtes Heu) wird langfristig eine Lagerstätte errichtet werden</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich. Die Hinweise beziehen sich auf die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

müssen.

Mit der Entwicklung eines „Archehofes“ zum Erhalt alter Nutztierassen und alter Gemüse-/ Obstsorten geht auch die Errichtung einer Lernstätte für Bauernhofpädagogik einher. Auch hierfür steht die Errichtung einer Art Schutzhütte auf dem Plan.

[Anonymisiert], Sie waren ja bereits bei mir vor Ort und sind mit meinem Fall vertraut. Sie konnten sich von der Planung und meiner ökologischen Herangehensweise überzeugen. Es freut mich, dass Ihnen mein Entwicklungskonzept auch aus Ihrer Naturschutz-Sicht gut gefällt.

Nun zur Problematik, die sich aus dem neuen Landschaftsplan für meinen Hof ergibt:

Aus dem derzeitigen, in der Phase der öffentlichen Beteiligung befindlichen Landschaftsplan geht hervor, dass von meinem Land (sechs Hektar) 5,4 Hektar in Naturschutzgebiet umgewandelt werden sollen. Ausgenommen sind nur die 0,6 Hektar Ackerfläche.

Demnach sollen 90% meiner Landwirtschaftsfläche in Naturschutzgebiet umgewandelt werden.

Von der ersten Offenlage 2018 bis zum heutigen angepassten Entwurf wurden bei den umliegenden Höfen [Anonymisiert] ausnahmslos alle hofnahen Wiesen wieder dem Naturschutzgebiet herausgenommen (bis an die Bachufer heran). Die Begründung war, dass das Entwicklungspotential der Höfe erhalten werden muss. Da wir 2018 noch nicht die Eigner von [Anonymisiert] waren, keine Eingabe einreichen konnten, sind die hofnahen Flächen bei uns alle noch im geplanten Naturschutzgebiet gelegen. Ich bitte dringend um eine Anpassung, eine Gleichstellung mit den anderen Höfen, damit auch wir die gleichen Entwicklungschancen haben.

Ich habe bereits Gespräche mit Ihnen [Anonymisiert] geführt - sowohl individuell vor Ort, per Mail und persönlich bei einer Informationsveranstaltung der Kreisbauernschaft. Ihr einstimmiger Tenor dieser Gespräche war, dass Sie sich meinen individuellen Fall noch einmal genau ansehen müssen und dass eine Umwandlung von 90% der Wirtschaftsfläche zu überdenken sei.

Bisher lagen die Flächen im Landschaftsschutzgebiet. Mit dem alten Ge- und Verbotskatalog von 1988 für Landschaftsschutzgebiete, wäre eine Umsetzung meiner oben genannten Bewirtschaftungspläne problemlos möglich gewesen.

Mit dem neuen Landschaftsplan und einer Umwandlung meiner gesamten Grünfläche in Naturschutzgebiet mit den dazugehörigen Ge- und Verboten, ist die gesamte Existenz des Hofes gefährdet. Eine Weiterentwicklung der Flächen und des Hofes wäre unmöglich, ein wirtschaftliches Handeln und Bewirtschaften wäre nicht mehr umsetzbar.

Des weiteren existiert ein Fachgutachten der Firma Raskin Umweltplanung und Umweltberatung GmbH („Neubewertung und Modifikation des artenschutzrechtlichen Ausgleichs für das Gewerbegebiet Aachen - Heerlen ab 2021“) erstellt am 18.03.2021 dessen Inhalte und Schlussfolgerungen die untere Naturschutzbehörde in vollem Umfang teilt (siehe Anlage 2).

Als Ausgleichsflächen für [Anonymisiert] sollten Leittierarten wie Feldhamster, Wachtel, Rebhuhn, Grauammer, Feldlerche, Steinkauz, Wiesenpieper und Kiebitz besonders geschützt werden.

Nach diesem Fachgutachten sind meine Flächen jedoch nicht mehr für diese Naturschutzzinhalte geeignet und auch durch gezielte Maßnahmen nicht mehr optimierbar, was den Natur- und Artenschutz anbelangt. Daher wurde mein Kompensationsvertrag aufgelöst. Die Einnahmen aus diesem Vertrag stehen meinem Betrieb daher zur Kompensation nicht mehr zur Verfügung.

Aus meiner Sicht spricht demnach nichts dagegen, meine gesamten Flächen aus dem geplanten Naturschutzgebiet herauszunehmen, um mir hier vor Ort ein kleinbäuerliches ökologisches Handeln zu ermöglichen und somit einen deutlich größeren Beitrag zu Natur- und Artenschutz zu leisten, als das Grünland brach liegen zu lassen, was nach oben genanntem Gutachten für den Artenschutz sowieso ungeeignet ist. Ich könnte mit meiner betrieblichen Weiterentwicklung sogar einen wertvollen Beitrag leisten, indem ich meinen Lehrauftrag zum ökologischen Denken, Handeln und Wirtschaften wahrnehmen könnte. Ich bitte dringend darum dieses betriebliche Potential nicht zu verhindern, bzw. meine Existenz durch Ihre Pläne nicht zu zerstören.

Im Einzelnen möchte ich nun auf alle Punkte des Verbotskataloges eingehen, die mir ein wirtschaftliches Handeln in Zukunft unmöglich machen.

Allgemeine Verbote und deren Textliche Festsetzungen

1a. Bauliche Anlagen im Sinne des§ 2 BauO NRW2018 einschließlich Straßen, Wege, Brücken, Reitwege, Reitplätze, Plätze oder sonstige Verkehrsanlagen mit Nebenanlagen, Tiergehege sowie Anlagen in und an Gewässern (...) zu errichten, zu ändern oder deren Nutzung zu ändern.

- Mit diesem Verbot wäre eine Nutzung der Grünfläche im oben genannten Sinn meine Planung hinfällig. Die Existenz des Hofes wäre dadurch gefährdet. Für eine Nutzung der Bauernhofpädagogik wäre ein kleines Wegenetz in Form von z.B. Wanderrundweg mit Holzhackschnitzeln zwischen Weidefläche, Streuobstwiese, Ackerfläche notwendig, um die Grasnarbe des eigentlichen Grünlandes nicht dauerhaft zu schädigen.
- Für die Gemüsekastenabgabe ist die Errichtung eines kleinen Gebäudes geplant, was mit einem Weg und einem trockenen Bereich mit den restlichen Hofgebäuden verbunden werden muss. Dies wäre demnach ebenfalls nicht möglich.

3a. Ober- oder Unterirdische Leitungen aller Art - auch Drainageleitungen - außerhalb von Straßen anzulegen oder zu ändern. (Inklusive Verbot 24a zur Veränderung des

Wirkungsgrades)

- Da die Stadt keine Abwasserleitungen am [Anonymisiert] betreibt, unterhalte ich eine genehmigte Kleinkläranlage, deren gereinigtes Wasser über eine Drainageleitung in den [Anonymisiert] Bach geleitet wird. Auch das Oberflächenwasser wird mit Genehmigung über eine Drainageleitung in den [Anonymisiert] Bach geleitet. Im Rahmen der Klimaveränderung und der immer häufiger auftretenden Starkregenereignisse wird es in absehbarer Zeit notwendig, die Entwässerung der Hoffläche zu überarbeiten und in ihrem Wirkungsgrad zu erhöhen, dies wäre nach Verbot 24a nicht möglich. Des weiteren ist eine anfallende Reparatur und Instandsetzung der Kleinkläranlage zukünftig nur unter vorheriger Anzeige bei der unteren Naturschutzbehörde möglich. Sollte sich die untere Naturschutzbehörde dann gegen eine Maßnahme aussprechen, oder aufgrund von Personalmangel nicht zeitnah auf die Anzeige reagieren können, sind mir die Hände gebunden und ein sachgemäßer Umgang mit den entstehenden Abwässern in diesem Falle nicht möglich.
- Eine Neuerrichtung der zwingend notwendigen Bewässerung des Gemüseackers ist nach diesem Verbot nicht umsetzbar, es besteht eine 100ige Gefährdung meine Existenz, da die Haupteinnahmen aus dem Verkauf der Gemüseboxen besteht.
- Bei Errichtung der geplanten Gebäude muss eine Drainage zur Abführung des Regenwassers bedacht werden. Auch dieses ist mit dem Verbot nicht möglich. Die Tiere würden dann zwar von oben vor Regen geschützt sein, stünden jedoch mit den Klauen ständig im Schlamm, was tierwohlrechtlich nicht vertretbar ist. Eine artgerechte Haltung von ganzjährig auf der Weide stehenden Nutztieren wäre demnach nicht umsetzbar.
- Im Verlauf des [Anonymisiert] Baches auf meinem Grünland wird der Bach an einer Stelle durch eine Betonröhre geführt. Auch hier sind eine stetige Kontrolle, sowie Instandhaltungsmaßnahmen notwendig. Der [Anonymisiert] Bach dient als Entwässerungspuffer des Oberflächenwassers von [Anonymisiert]. Dieses Oberflächenwasser wird über Drainagen in den Teich bei [Anonymisiert] geleitet. Der Teich speist den [Anonymisiert] Bach. Bei den zunehmenden Starkregenereignissen könnte es notwendig werden den Durchgang des Baches durch die Betonröhre zu erneuern, oder zu Vergrößern, um eine dauerhafte Überschwemmung des Grünlandes zu verhindern. Dies wäre ebenfalls wie der vorhergehende Punkt gefährdet.

5a. Buden, Verkaufsstände, Verkaufswagen, Bauwagen, Warenautomaten sowie Wohnwagen oder Wohnmobile auf- oder abzustellen.

- Für die Gemüseboxenausgabe, den Eier-, Obst- und Gemüseverkauf muss in Zukunft eine Möglichkeit geschaffen werden. Dies wäre nach Verbot 5a nicht möglich.

6a. Werbeanlagen im Sinne des §1 O Abs. 1 BauO NRW 2018, mobile Wertanlagen sowie Schilder zu errichten, abzustellen, anzubringen oder zu ändern.

- Für die bessere Zurkenntnisnahme des Hofes, seiner Funktion, dem Hinweis zum Verkauf der Erzeugnisse ist es erforderlich Schilder aufzustellen. Dies wäre demnach verboten.
- Schilder zur Erläuterung der Ost- und Gemüsesorten, sowie Erklärtafeln zu den Nutzierrassen könnte ich nicht aufstellen.

9. Hunde unangeleint mit sich zu führen, Hunde außerhalb der Wege laufen zu lassen oder sie in Gewässern schwimmen zu lassen, Hundesportübungen oder Hundeausbildungen (einschließlich Jagdhundeausbildungen) durchzuführen. Diese Verbote gelten insbesondere nicht für Polizeihunde, Rettungshunde, Herdenschutzhunde, Hütehunde, Blindenhunde, Assistenzhunde und Jagdhunde im Einsatz.

- Ich bin Hundehalterin und Züchterin. Um einen gut ausgebildeten Jagdhund oder einen gut ausgebildeten Herdenschutzhund oder einen gut ausgebildeten Hütehund einsetzen zu können, muss ich diese auf meinen Wiesen ausbilden können. Wie soll man on einen gut funktionierenden Arbeitshund kommen, wenn die Ausbildung untersagt ist. Natürlich erfolgt eine Ausbildung stets unter der Schonung der Wildtiere, eine Beachtung ihrer Brut- und Setzzeiten. Eine Umwandlung meiner Grünfläche in Naturschutzgebiet verhindert die korrekte Ausbildung meiner Hunde.

10a. Zu zelten oder zu campen.

- Mit der Umwandlung in Naturschutzgebiet dürfen weder meine eigenen Kinder, noch zukünftige Kinder der Bauernhofpädagogik das Abenteuer erleben einmal auf der Wiese bei den Schafen zu übernachten.

11 a. Flächen außerhalb der dafür zugelassenen bzw. entsprechend gekennzeichneten Straßen, Wege, Park- bzw. Stellplätze oder Hofräume zu betreten, zu befahren(...).

- Ausgenommen von diesem Verbot ist nur der Eigentümer. Dies würde bedeuten, dass weder meine eigenen Kinder, noch Besuchskinder, noch zukünftige Lernende bei der Bauernhofpädagogik die Grünfläche betreten dürfen. Das Betreten der Grünfläche wäre nur noch nur Pflege und Instandhaltung erlaubt. Dies sehe ich als stille Enteignung und als existenzgefährdend für die zukünftigen Pläne einer wirtschaftlichen Nutzung meiner Flächen.

12. Stehende oder Fließende Gewässer einschließlich Fischteiche/ Fischzuchtanlagen anzulegen, aufzustauen, umzugestalten (..).

- Zur Sicherstellung der notwendigen Bewässerung ist ein Brunnen oder eine Speicherung von Regen-/ Oberflächenwasser geplant. Die ökologisch wertvollste Möglichkeit wäre eine Anlage eines kleinen Teiches, der durch das Aufgefängene Regenwasser der Dachfläche gespeist wird. Dieses wäre jedoch durch Verbot 12 nicht möglich. Eine Bewässerung wäre nicht möglich, die

Existenz wäre gefährdet.

- Im Verlauf des [Anonymisiert] Baches auf meinem Grünland wird der Bach an einer Stelle durch eine Betonröhre geführt. Diese Situation habe ich oben bereits geschildert. Eine Erneuerung oder Instandsetzung dieser Unterführung wäre gemäß Verbot 12 untersagt, da man in das fließende Gewässer eingreifen muss.

14a. Oberflächenwasser einzuleiten, Bewässerungs-, Entwässerungs- oder andere den Wasserhaushalt bzw. Grundwasserspiegel betreffende Maßnahmen vorzunehmen. Dies umfasst auch die Wasserentnahme aus Fließ- und Stillgewässern.

- Eine zukünftige Entnahme von Wasser aus dem [Anonymisiert] Bach zur Viehtränkung wäre nach diesem Verbot nicht möglich. Noch werden die Grünflächen nicht beweidet, es besteht demnach auch noch keine Anfrage auf genehmigte Viehtränken bei der unteren Naturschutzbehörde. Eine Genehmigung nach Rechtskrafterlangung dieser Satzung ist nach dem Verbot 14a. nicht möglich. Die Viehtränke müsste demnach mit Trinkwasser aus der Leitung geschehen und wäre mit einem enormen finanziellen und Arbeitszeitaufwand verbunden. Abgesehen von der Verschwendung von Trinkwasser wäre eine Viehhaltung dann mit deutlich höherem finanziellen Aufwand verbunden und wieder einen Schritt näher an der Unwirtschaftlichkeit. Was ist mit der Begrifflichkeit punktuelle Tränke mit geringem Eingriff in die Gewässerstruktur gemeint. Wie kann ich erfahren, ob in meinem Fall eine Genehmigung nach Inkrafttreten der Satzung möglich ist. Wer entscheidet über diese Begriffe und welche langfristige Wirtschaftssicherheit habe ich, wenn eine Genehmigung notwendig ist und auch wieder entzogen werden kann?
- Sollte eine Anlage von einem Bewässerungsteich angestrebt werden, wäre eine Einleitung des überschüssigen Regenwassers vom Teich in den Bach verboten.

19a. (...) Dieses Verbot gilt nicht für die temporär erforderliche Lagerung von Materialien, Betriebsmitteln und Erzeugnissen im Rahmen der ordnungsgemäßen Forstwirtschaft sowie im Rahmen einer nach § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB privilegierten Landwirtschaft. Erläuterung: Eine temporäre Lagerung umfasst in der Regel nicht mehr als 14 Tage.

- Sollte im Rahmen der oben genannten Verbote eine Errichtung von Lagerstätten und Geräteunterbringung nicht möglich sein, muss eine Lagerung unter freiem Himmel auf der Grünfläche erfolgen. Diese kann auch länger als 14 Tage andauern. Was für Folgen hat dies? Ein Wirtschaften ist unter diesen Umständen massiv eingeschränkt.

20a. Mieten, Silagen, Mist- oder Komposthaufen anzulegen, zu erweitern oder bereitzustellen. Dies umfasst nicht eine temporäre Lagerung von Heu-, Silage- oder Strohballen. Erläuterung: Eine temporäre Lagerung umfasst in der Regel nicht mehr als 14 Tage.

- Es besteht mitten auf dem Grünland ein Misthaufen umfasst von

Betonwänden. Kann dieser weiterbetrieben werden? Dieser Mist-/ Kompost muss zeitnah erweitert werden, damit der Heckenschnitt nicht mehr verbrannt, sondern ökologisch sinnvoll kompostiert werden und weiter genutzt werden kann. Dies wäre aber nach Verbot 20a. nicht erlaubt. Aus ökologischer Sicht zweifelhaft.

- Der Betrieb eines zusätzlichen Komposthaufens neben der Ackerfläche ist für den Gemüseanbau zwingend erforderlich. Auch diese wäre dann verboten.
- Bei der Weidehaltung von Schafen und Gänsen ist ein Offenstall nebst Schuppen für die Heu und Strohlagerung notwendig. Ist diese untersagt, müssen Heu und Stroh in Folienballen regen sicher gelagert werden. Eine temporäre Lagerung von nicht mehr als 14 Tagen ist dann nicht gegeben. Eine sachgerechte Lagerung wäre demnach von Stroh und Heu nicht möglich

23a. Veranstaltungen jeder Art durchzuführen und Aufbauten zu deren Zweck zu errichten. • Mit diesem Verbot wären sämtliche ökologische Lehrveranstaltungen untersagt. • Veranstaltungen wie Lehrgänge zum ökologischen Gemüseanbau in Marktgartenform wären nicht möglich. Ausrichtung von Hoffesten zur besseren Vermarktung und zur Verbesserung der Akzeptanz von ökologischer Landwirtschaft wären nicht möglich. • Sämtliche Veranstaltungen im Rahmen von Bauernhofpädagogik wären untersagt. • Traditionelle Veranstaltungen für die Dorfgemeinschaft (z.B. Osterfeuer, Erntedankgottesdienst, Erntedankfest, Feste in der Weihnachtszeit) wären untersagt. • All diese Aspekte gehören zu einem wirtschaftlichen Führen eines kleinbäuerlichen Hofstruktur. Somit sehen ich die Existenz den Hofes durch dieses Verbot stark gefährdet.

24a. Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen, Hecken, (...) Obstbäume gänzlich oder teilweise zu beschädigen, auszureißen, auszugraben, zu beschädigen ... • Im Rahmen der Pflege kann es notwendig sein, einen Obstbaum aus der • Streuobstwiese zu entfernen (z.B. bei Erkrankung des Baumes), wenn den restlichen Bäumen sonst die Ansteckung droht. Ist die Entnahme und der Ersatz eines unheilbar erkrankten Baumes möglich, oder ist dieses durch Verbot 24a. ebenfalls untersagt? • Wenn von einem einzelner Baum Gefahr für den Landwirt droht (z.B nach Sturm o.ä.), muss der Baum entnommen werden dürfen. Anderenfalls müsste der Bereich um die Gefahrenstelle brach liegen. Ist dies ebenfalls durch 24a. verboten?

29a. Erstaufforstungen vorzunehmen (...). • Eine Erweiterung der Streuobstwiese wäre demnach nicht mehr möglich. Die ökologische Zwiennutzung des Grünlandes als Streuobstwiese und Weide wäre demnach eingeschränkt.

38a. Bienenvölker aufzustellen. • In Kooperation mit einem Imker werden an der Streuobstwiese und am Gemüseeker Bienenvölker und Hummelvölker aufgestellt, um die Bestäubung zu verbessern. Der gewonnene Honig kommt als Bestandteil in die Gemüseboxen oder wird ab Hof verkauft. Ich befinde mich derzeit in der Weiterbildung zur Hobbyimkerin, um in Zukunft die Bienen selbst halten und versorgen zu können. Dies wäre nach Verbot 38a. dann nicht mehr möglich, die Ernte wäre schlechter und die Einnahmequelle des eigenen Honigs wäre nicht vorhanden. Dies wäre ein weiterer Baustein der Existenzgefährdung.

Ein weitere Aspekt, auf den ich in meiner Stellungnahme eingehen möchte, sind die Regelungen zu Unberührtheiten. In wie weit ich in meinem individuellen Fall die einzelnen Punkte als existenzgefährdend erachte entnehmen Sie aus den nun folgenden Punkten.

Regelungen zu Unberührtheiten und deren Textliche Festsetzungen

1. Die bei Inkrafttreten des Landschaftsplans auch naturschutzrechtlich rechtmäßig und ordnungsgemäß ausgeübten Nutzungen aufgrund rechtskräftiger Genehmigungen oder aufgrund baurechtlichen Bestandschutzes in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang. • Da nur bereits bestehende landwirtschaftliche Nutzung und Gebäude Bestandsrecht haben, wäre eine zwingend notwendige Weiterentwicklung zur Existenzsicherung und zum Aufbau eines Archehofes für alte Ost- und Gemüsesorten, sowie die artgerechte Haltung von bedrohten Haustierrassen nicht möglich. Die Umwandlung von 90% meiner Flächen in Naturschutzgebiet würde die Vernichtung meiner landwirtschaftlichen Existenz bedeuten. Neue Kleinstgebäude, wie Geräteschuppen, Offenstall, Heulager, Ausgabestation für Gemüseboxen, Schulungsstätte für ökologischen Gemüseanbau oder Bauernhofpädagogik etc. All das wäre nicht mehr möglich.

2. Die im Sinne des § 5 BNatSchG ordnungsgemäße landwirtschaftliche Bodennutzung für die nach § 35 BauGB privilegierte Landwirtschaft in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang gemäß den Grundgesetzen der guten fachlichen Praxis; weiterhin Bestand haben die Verbote Nr. 1a, 3a, 4a, 7a, 11a, 13a, 14a, 18a, 19a, 20a, 24a, 25a, 26, 27a, 28, 29a, 35, 39a, 40, und 41. • Hier nennen Sie zwar die Möglichkeit, die ordnungsgemäße weiteren landwirtschaftlichen Nutzung, jedoch haben die oben Genannten Verbote weiterhin Bestand. Dadurch besteht in meinem Fall keinerlei Möglichkeit in ökologischem Sinn Landwirtschaft in kleinbäuerlicher Struktur zu entwickeln. • Ein Beweidungskonzept mit rotierendem System zur Beweidung und Heuproduktion für die Wintermonate setzt eine ganzjährige Nutzung der Grünflächen voraus. Eine späte Mahd der gesamten Grünfläche nach dem 15.06. bedeutet, dass der Zukauf von Futtermitteln zwingend erforderlich wird. Diese zusätzliche finanzielle Belastung macht ein wirtschaftliches Arbeiten mit den alten Haustierrassen unmöglich. • Alle Punkte, die ich oben unter den Verboten genannt habe, bleiben trotz der Unberührtheit für die landwirtschaftliche Nutzung, die Sie hier formulieren leider existenzbedrohend!

4a. (...) Weiterhin unberührt bleiben die ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei im Sinne des § 5 Abs. 4 BNatSchG und der Imkerei einschließlich der vorübergehenden Einstellung von Bienenkästen nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde (...). • Die Einschränkung der Imkerei, nur vorübergehend Bienenstöcke aufstellen zu dürfen und das auch nur nach vorhergehender Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde macht ein ökologisches Handeln in diesem Fall unmöglich. Was bedeutet vorübergehend? Wohin soll der Bienenstock denn, wenn er nicht mehr an der Obstwiese stehen darf? Wie kann ich dann den eigenen Honig produzieren? Wie soll der Prozess ablaufen, wenn ich für die Umsetzung, das Aufstellen eines Bienenstockes jedes Mal erst eine Genehmigung einholen muss. Wir sprechen hier von der Hobbyimkerei auf eigenem Grünland, nicht

von Profiimkern mit mehreren hundert Bienenvölkern. • Auch der Einsatz von Hummelvölkern zur Verbesserung der Bestäubungsrate wäre demnach nicht möglich.

5a. Unterhaltungs-, Erhaltungs-, Instandsetzungsarbeiten sowie Pflegemaßnahmen an Verkehrsflächen (...) sowie an rechtmäßig genehmigten Anlagen wie Brücken, Leitungen, (...), Versorgungsanlagen bzw. an Versorgungsleitungen(...) im Rahmen der gesetzlichen und unter gesetzlichen Bestimmungen nach Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde. (...) Die Durchführung der Maßnahmen ist der unteren Naturschutzbehörde vor Beginn anzuzeigen. • Es liegen Versorgungsleitungen in dem von Ihnen ausgewiesenen Naturschutzgebiet. Demnach dürfen diese instandgehalten werden. Jedoch wird es, wie oben beschrieben in Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit notwendig, diese Leitungen zu erneuern, bzw. deren Fassungsvermögen den höheren Niederschlagswerten anzupassen. Dies wäre demnach verboten. Also Instandhalten ja, aber erneuern nein. • Alle pflegerischen und instand haltenden Arbeiten müssen vorab angezeigt oder gar genehmigt werden. Der Zeitrahmen eines Genehmigungsverfahrens steht im Widerspruch zur Bewirtschaftung der Flächen. Stürzt ein Baum auf die Fläche, demoliert den Weidezaun, muss ich meine Arbeiten erst melden. • Der [Anonymisiert] Bach (Entwässerung von [Anonymisiert]) fließt auf meinen Flächen durch eine Betonröhre. Mehr Niederschlag bedeutet mehr Abwasser von [Anonymisiert] plus das Oberflächenwasser von der direkten Umgebung, bedeutet potentiell eine Gefahr, dass die Röhre nicht mehr mit dem Wasservolumen zurecht kommt. Sollte die Röhre durch mehr Wasser und demnach mehr Schwemmmaterial wie Äste u.ä. verstopfen, überschwemmt ein Großteil meiner Flächen. Welcher Handlungsspielraum bleibt mir da? Darf diese Unterführung des Baches durch mein Grünland erneuert werden? Müsste dieses erst genehmigt werden? Und was wäre, wenn es keine Genehmigung gibt? Muss ich dann hinnehmen, dass meine Weidefläche mit dem Oberflächenabwasser von [Anonymisiert] versumpft, da es dann ja Naturschutzgebiet wäre?

9. Erstaufforstung nach Ausforstungskonzept mit gebietsheimischen, standortgerechten Baum- und Straucharten (...) im Einvernehmen mit der Unteren Naturschutzbehörde. (...) • Demnach darf ich zukünftig nicht ohne Zustimmung der unteren Naturschutzbehörde entscheiden, wie ich meine Flächen bewirtschafte? Entlang des [Anonymisiert] Baches hat der Vorbesitzer der Flächen Fichten gepflanzt, die nun in die Jahre kommen und alle nach und nach absterben und in die Grünfläche umfallen. Diese müssen in den nächsten Jahren alle nach und nach ersetzt werden durch dem Klima angepasste Baumarten. Der bürokratische Aufwand, jeden Baum erst genehmigen zu lassen wäre unzumutbar. Sollte die Wiederaufforstung verwehrt bleiben, droht durch die aufbrechende Windkante eine höhere Austrocknung der Wiesen-, und Ackerflächen. Hier ist ein eigenverantwortliches Handeln mit meinem ökologischen Sachverstand auch den eigenen Flächen erforderlich. • Die Erweiterung der Streuobstwiese ist geplant. Auch dieses könnte mir im schlimmsten Fall verwehrt werden. • Was geschieht mit umstürzenden Bäumen, die keine unmittelbare Gefahr darstellen?

10. Unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwehr einer unmittelbar drohenden Gefahr; die Maßnahmen sind der unteren Naturschutzbehörde nachträglich unverzüglich

anzuzeigen. Weitere Maßnahmen aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht und erforderlichen Gefahrenabwehr; sie sind der unteren Naturschutzbehörde vor ihrer • Durchführung anzuzeigen. • Wie definiert sich dieser Passus? Wann droht eine unmittelbare Gefahr? Wie gehe ich mit Gefahren um, die nur mir als Bewirtschafterin und Besitzerin der Fläche drohen? Ein vom Umstürzen bedrohter Baum muss noch entnommen/ gesichert werden. Und dies nicht nur an der Straße, sondern auch zur Sicherung meiner Arbeit und zur Sicherung meiner Gebäude. • Ein bereits umgestürzter Baum auf der Grünfläche muss entfernt werden dürfen, ohne vorab eine Genehmigung einholen zu müssen. Theoretisch müsste man in einem Naturschutzgebiet die Natur selbst schalten und Walten lassen. Demnach könnte mir ein Mitarbeiter der unteren Naturschutzbehörde ja auch untersagen, diesen Eingriff in den natürlichen Kreislauf vorzunehmen. Eine Enteignung und Entmündigung im landwirtschaftlichen Umgang von 90% meiner Fläche, bzw. 100% meiner Grünfläche ist nicht hinnehmbar.

11 . Die von der unteren Naturschutzbehörde zugelassenen, bzw. von ihr angeordneten sowie von ihr durchgeführten Monitoring-, Untersuchungs-, Kontroll-, Forschungs-, und Sicherungsmaßnahmen einschließlich hierfür notwendiger Baustelleneinrichtungen sowie archaische Ausgrabungen. • Ein Monitoring der bei uns beheimateten Wildsellerieart ist sehr unterstützenswert und zu 100% zu vereinbaren mit der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Im Gegenteil, ich hatte mit [Anonymisiert] 2023 eine Vereinbarung getroffen, dass ich am [Anonymisiert] die Brombeeren zurückschneide, damit der Sellerie nicht überwuchert wird. • Eine Ausgrabung oder Baustelleneinrichtung wäre jedoch ein massiver Eingriff in die Flächen und nur akzeptabel, wenn der wirtschaftliche Schaden dann ebenfalls seitens des Verursachers übernommen wird.

12a. Die von der unteren Naturschutzbehörde angeordneten, zugelassenen sowie von ihr durchgeführten Pflanz-, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen. (...) • Wir sprechen in meinem Fall von 90% der Gesamtfläche. Die Überantwortung in die Entscheidungshoheit der unteren Naturschutzbehörde des gesamten Hofes ist nicht hinnehmbar. Sie haben als Ziel die Unterstützung und Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen und ökologischem Umgang mit der Natur innerhalb der Landwirtschaft. In meinem Fall würden sie die Existenz eines kleinen ökologisch arbeitendem Betrieb zerstören. Ein eigenverantwortliches Handeln ist dann unmöglich. Sollte sich die untere Naturschutzbehörde für eine Umstrukturierung des Naturschutzgebietes entscheiden, in dem meine Flächen liegen, müsste ich dies hinnehmen und die Bewirtschaftung meiner Flächen aufgeben? Ich wiederhole mich nur ungern, aber es geht um 90% meiner Flächen!

Des weiteren ist mein Fall auch von folgenden Ausnahmetatbeständen betroffen:

Ausnahmetatbestände

1 a. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für das Errichten oder Ändern - inklusive einer Nutzungsänderung - von baulichen Anlagen(...) erteilen, sofern keine erhebliche und nachhaltige Beeinträchtigung oder Zerstörung von naturschutzfachlich wertvollen Gebieten entsteht (...) • Sie beschreiben eine

eventuelle Genehmigung für das Errichten von baulichen Anlagen. In der derzeitigen Sachlage wäre es mir als privilegierte Landwirtschaft im Außenbezirk möglich, Wirtschaftsgebäude (Geräteschuppen, Offenstall, Heulager, Gemüsekipstenaussgabe, Kühlraum, etc.) zu errichten, um das Entwicklungspotential des Hofes voranzutreiben und um die ökologische Landwirtschaft in meinem Betrieb auszubauen. Derzeit wäre es ein leichter Weg, mir für diese Pläne eine Baugenehmigung einzuholen. Fallen dann zukünftig sämtliche Flächen bis auf den kleinen Acker, ins Naturschutzgebiet, kann ich nicht mehr handeln. Mit allen Entwicklungsplänen bin ich dann auf die Genehmigung und den guten Willen der unteren Naturschutzbehörde ausgeliefert. Das Naturschutzgebiet reicht bis an die Wand meines einzigen Wirtschaftsgebäudes, das Entwicklungspotential des Hofes wäre dann zerstört. • Bei den umliegenden Nachbarhöfen haben Sie von 2018 bis zum derzeitigen Neuentwurf alle hofnahen Wiesen aus dem Naturschutzgebiet wieder herausgenommen, um das Entwicklungspotential der Höfe zu erhalten. Dieses erbitte ich auch für meinen Hof.

3a. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für: (...) erteilen, wenn das Vorhaben aus Gründen der Verkehrssicherheit, (...). • Auch diese Möglichkeit der Ausnahmeerteilung löst meines Erachtens nicht meine Problematik, da meine Vorhaben nicht unter die Punkte fallen, die hier genannt werden.

5a. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag nach den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen eine Ausnahme zur Minderung bzw. Vermeidung der durch Klimaveränderungen ausgelösten Auswirkungen erteilen, (...) • Da es sich bei mir nicht um eine kleine Teilfläche handelt, die in Naturschutzgebiet verwandelt werden soll, sondern um 90% der Wirtschaftsfläche, kann nicht erwartet werden, dass ich für jede notwendige Handlung Anträge mit neuester wissenschaftlicher Erkenntnis fundiert erarbeite. Demnach bin ich in Zukunft handlungsunfähig und unterliege in jeglicher Sicht der Genehmigung der unteren Naturschutzbehörde.

6a. Die untere Naturschutzbehörde kann auf Antrag eine Ausnahme für die Anlage von Einrichtungen zur Viehtränkung im Rahmen(...) außerhalb von gesetzlich geschützten Biotopen (...) erteilen. • Ein Teil meiner Fläche ist, soweit ich das Geodatenportal korrekt bediene und lese, in einem „Biotop“. Bedeutet der Ausnahmetatbestand 6a demnach, dass ich in diesem Bereich dann zukünftig keine Viehtränke mehr genehmigt bekommen werde? Dann könnte ich 50% der Weidefläche nicht mehr als solche benutzen. • Auch auf der restlichen Fläche wäre die Errichtung einer Viehtränke nur nach Ausnahmegenehmigung möglich. Demnach wäre mir bei Nicht-Erteilung dieser Genehmigung eine tierwohlgerechte ganzjährige Weidehaltung von Haustierrassen der roten Liste nicht möglich, bzw. die Verorgung der Tiere wäre nicht langfristig sichergestellt.

zusammenfassend möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass mit der Umsetzung des aktuellen Entwurfes des Landschaftsplans die Existenz meines Hofes, meines Betriebes hochgradig gefährdet ist. Anhand meiner detaillierten Beschreibung der Entwicklungsziele/ Betriebsziele können Sie ablesen, dass es sich bei meinem Betrieb um einen Nischenbetrieb handelt. Ich führe keine klassische Landwirtschaft. Es wird bei mir nicht gedüngt, oder Pestizide/ Fungizide oder Herbizide zum Einsatz gebracht. In meinem Betrieb wird versucht so naturnah wie möglich mit größtmöglichem

Respekt vor Flora und Fauna zu wirtschaften und eine Direkterzeugung/ -
vermarktung aufzubauen. All diese Ziele wären jedoch mit einer Umwandlung von
90% der Wirtschaftsfläche nicht mehr möglich.
Ein Schutz den Bachlaufes und der Uferzone ist absolut nachvollziehbar und würde
von meiner Seite auch gerne unterstützt, die restlichen Pläne bitte ich jedoch dringen
nocheinmal zu überarbeiten!

AZ: Ö-M-2-271	
1029021	
1034351_001	
Inhalt	<p>Der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftsschutzgebietes Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden! Im Rahmen einer Online Petition "Rettet den Frankenwald" (www.openpetition.de/petition/online/rettung-desfrankenwaldes) haben sich über 4.300 Menschen für den Erhalt des Waldes an der A4 eingesetzt. Sie können dies nicht einfach ignorieren. Dieser Wald ist Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alte Eichen). Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD! Wir alle haben die Pflicht ihn zu schützen. Daher bitte ich Sie, den Regionalplan zu ändern, so dass der Wald an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der

vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden. In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden

Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-272	
1029024	
1034364_001	
Inhalt	<p>Die aktuelle Herausforderung des Klimawandels ist, keine weitere Verdichtung entlang der A4 zwischen Bensberg-Lustheide und Bensberg-Frankenforst zuzulassen. Den vielfältigen Raumansprüchen muss deshalb in diesem Bereich eine Absage erteilt werden. Die geplante raumordnerische Regelung dieses Bereiches ist vom Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln unter den derzeitigen Umweltbedingungen fahrlässig beschlossen worden. Der neue Regionalplan missachtet die ökologische Funktion dieses Raumes. Der Wald in diesem Bereich ist nicht nur Lebensraum für unzählige Tier- und Pflanzenarten sondern auch ein wichtiger Luftfilter, wirkt auf die Luftreinheit, und Geräuschkulisse für die lärmgeplagten Autobahnanwohner. Seine Funktion als Wasserspeicher und Trinkwasserfilter sowie als Bodenschutz und Hochwasserschutz (Frankenforstbach) ist äußerst wichtig. Das Ökosystem Wald entlang der A4 zwischen Lustheide und Frankenforst muss erhalten werden.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind

die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden. In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht

grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-274	
1029025	
1034366_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren, das Herz von Rath/ Heumar sind u.a. unsere unverbauten Felder. Die derzeitigen Planungen der Stadt Köln sehen eine weitgehende Bebauung (mit über 800 Wohneinheiten) vor. Aufgrund der aktuellen Katastrophen rund um Niederschläge, wie zuletzt in Spanien, sehen wir wie elementar wichtig unversiegelte Flächen für uns sind. Wasserschutzgebiet, Naturschutz, Naherholung, Artenvielfalt und eine wertvolle Kälteschneise für ganz Köln. All das haben wir direkt vor unserer Haustür und das soll vernichtet werden? Wir sagen „Nein“!</p> <p>HERZlichst</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

AZ: Ö-M-2-275

1030132

1036848_001

Inhalt

Die Realisierung einer Bebauung auf den neuerlich im Plan vorgesehenen Flächen wäre mit erheblichen negativen Auswirkungen verbunden. Für den Ort Satzvey würde sie den Verlust des bisherigen dörflichen Charakters bedeuten, außerdem würde die bereits zur Zeit überaus problematische Verkehrssituation im Ort noch weiter verschärft. Eine Minderung der Belastung durch den Bau einer Umgehungsstraße ist nicht mehr möglich, seit der für eine Trasse in Betracht kommende Bereich in der Nähe der Bahnlinie durch die Entwicklung des dortigen Gewerbegebiets blockiert worden ist. Zudem würde ein noch intakter Bereich der Voreifel Landschaft zerstört. Die Fläche liegt auch in unmittelbarer Nähe eines Wasserschutzgebietes, auch dahingehend sind negative Auswirkungen zu erwarten. Mit Verwunderung wird zur Kenntnis genommen, dass hier wieder in hohem Maße Fläche versiegelt wird, während eine übergreifende Zielsetzung des Landes eine Verringerung der Flächenversiegelung ist. Die vorgesehene Bebauung und die damit verbundene Flächenversiegelung konterkarieren auch die Bemühungen um Hochwasserschutz im Bereich des Veybachs. Es sei daran erinnert, dass sowohl der Ort Satzvey wie auch die im Bachverlauf unterhalb gelegene Stadt Euskirchen bei der Flut im Jahre 20/21 massiv betroffen waren. Der kurzzeitige Abfluss des Regenwassers bei mit zunehmender Häufigkeit zu erwartenden Starkregenereignissen würde als Folge weiterer versiegelter Flächen noch extremer beschleunigt und erhöht. Dies ist meines Erachtens eine unverantwortbare zusätzliche Gefährdung der in diesem Raum lebenden Bevölkerung. Als Bewohnerin des Ortes bitte ich darum, von der vorgesehenen Planung Abstand zu nehmen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-28

1027537

1032890_001

Inhalt

Wir nehmen zunächst Bezug auf unser an Sie gerichtetes Schreiben, datierend vom 26.05.2023, zur ersten Offenlage.

In der Sache selbst teilen wir Ihnen nunmehr mit, dass uns die Mandanten [ANONYMISIERT], auch weiterhin mit Ihrer Interessenwahrnehmung beauftragt haben.

Im Hinblick auf die zweite Offenlage geben wir namens und in Vollmacht unserer Mandantschaft folgende Stellungnahme ab:

1. Die uns vorliegenden Unterlagen lassen nicht genau und exakt erkennen, wo die Grenzen des Regionalplanes Köln tatsächlich verlaufen.
 2. Aus den uns jetzt vorliegenden Unterlagen können wir allerdings erkennen, dass der landwirtschaftliche Betrieb unserer Mandantschaft zumindest teilweise von der Regionalplanung erfasst ist, d.h. wie soll denn der Betrieb in der Folge noch bewirtschaftet werden können?
 3. Bei unseren Mandanten handelt es sich betreffend: 1. [ANONYMISIERT] um einen Staatlich geprüften Landwirt, 2. bei [ANONYMISIERT] um eine Hauswirtschaftsmeisterin und 3. bei [ANONYMISIERT], um einen Staatlich geprüften Agrarbetriebswirt. Alle drei Personen lassen erkennen, dass sie nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft ausbildungsmäßig bestens gerüstet sind, den nachfolgenden, näher zu beschreibenden landwirtschaftlichen Betrieb zu bewirtschaften.
 4. Dieserhalb nehmen wir weiterhin Bezug auf die Ausführungen zur zweiten Offenlage, hier Ziffer 4.3, Ziffer 4.3.1, Bereiche für den Schutz der Natur.
- Insoweit heißt es u.a.:
- „Die Inanspruchnahme von BSN für eine nicht den Schutz- und Entwicklungszielen entsprechende Nutzung darf nur in eng definierten Ausnahmefällen erfolgen.“

Aus den uns vorliegenden Unterlagen ist aber absolut nicht erkennbar, dass Sie einer solchen Forderung auch nur im Geringsten Rechnung getragen hätten, bzw. dass die betrieblichen Einwirkungen des Betriebes unserer Mandantschaft in die Abwägung mit eingeflossen seien. In der Erläuterung Ihrerseits ergibt sich vielmehr folgende Formulierung:

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen:

Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).

Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung, insofern können an die raumordnerische Abwägung auch nur solche Anforderungen gestellt werden, die dem rahmensetzenden Charakter gerecht werden. Dabei ist insbesondere auch die Maßstäblichkeit der Regionalplanung zu berücksichtigen. Die raumordnerische

„Die Festlegung zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3, textliche Festlegungen) greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzung oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z 20) und BSLE (Z. 21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der vg. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der entsprechende Schutzzweck mit angemessenem Abstand sichergestellt werden kann. "

Aus Ihren weiteren Überlegungen ist allerdings nicht erkennbar, dass es auch nur im Geringsten eine Auseinandersetzung tatsächlicher Art gegeben hätte. Die betrieblichen Belange, wie seinerzeit mit oben genanntem Schreiben vorgetragen, wurden in keiner Weise berücksichtigt. Eine Abwägung hat nie stattgefunden.

Wie verstehen Sie das Ganze, dass ca. 97 % der Eigentumsfläche nebst der Hofstelle von der aktuellen Planung betroffen sind. Wie kann hier Ausgleich geschaffen werden, wie kann der Betrieb überleben? Warum setzen Sie sich mit dieser Thematik nicht auseinander?

5. Nun zu den betrieblichen Belangen unserer Mandantschaft. Vorab ist festzuhalten, worauf wir bereits hingewiesen haben, dass aufgrund des zur Verfügung stehenden Kartenmaterials nicht exakt erkennbar ist, welche Parzellen unserer Mandantschaft konkret betroffen sein werden.

Unsere Mandantschaft bewirtschaftet einen landwirtschaftlichen Vollerwerbslandwirt und betreibt von der oben genannten Hofstelle aus ihr landwirtschaftliches Anwesen (Betrieb).

Der Betrieb unserer Mandantschaft liegt im Entwurf des Plangebietes des Regionalplan Köln von 2021.

Schwerpunkt seines Betriebes sind die Milchproduktion und Ackerbau. Insgesamt hält unsere Mandantschaft 145 Tiere, aufgeteilt in 65 Milchkühe und 80 Tiere in der Nachzucht.

Im Eigentum unserer Mandantschaft befinden sich insgesamt 45 ha landwirtschaftliche Fläche. Hinzu gepachtet wurden 85,8179 ha. Zusätzlich befinden sich 1,3753 ha Landwirtschaftselemente auf den Flächen.

Als Dauergrünland werden insgesamt 83,0269 ha, davon 8,6145 ha im Vertragsnaturschutz bewirtschaftet. Auf den 47,7910 ha Ackerflächen werden angebaut: Sommergerste zum Verkauf, Winterweizen, Wintertriticale, Ackergras und Wildäcker.

Somit verbleiben als Hauptfutterfläche noch 7 4, 4124 ha.

Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung, die spezifische lokale Gegebenheiten berücksichtigt, kann auf den nachgelagerten, fachplanerischen Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Es werden Bedenken gegen die Planung erhoben, die Festlegung des BSN verletze in erheblichem Maße abwägungsrelevante Eigentümerinteressen und betriebliche Belange und verstoße gegen Art. 14 GG. Das Heranrücken des BSN an landwirtschaftliche Betriebe schränke deren betriebliche Entwicklung gem. § 35 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BauGB bzw. die (im Sinne des § 35 Abs. 1 BauGB ggf. privilegierte) Errichtung von Anlagen zur Erzeugung/Nutzung von erneuerbaren Energien ein. Den vorgebrachten Bedenken wird nicht gefolgt: Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm – etwa durch Änderung einer für ihn bislang günstigen Gesetzeslage oder einer bauplanungsrechtlichen Situation im Umfeld – eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urf. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37). Vorhaben im Außenbereich sind nicht ohne Weiteres zulässig, sondern stehen unter dem Vorbehalt der Nichtbeeinträchtigung (§ 35 Abs. 2 BauGB) bzw. des Nicht-Entgegenstehens (§ 35 Abs. 1 BauGB) öffentlicher Belange. § 35 BauGB vermittelt auch keinen Schutz gegen neu auftretende öffentliche Belange. Da im Regelfall davon auszugehen ist, dass Grundstücken im Außenbereich keine Baulandqualität im Sinne einer zulässigen Nutzung nach § 42 BauGB zukommt (vgl. BVerwG Urt. v. 27. 1. 2005 – 4 C 5/04) und insofern für die Eigentümer keine gesicherte Rechtsposition für eine weitere Entwicklung im Außenbereich besteht (allein eine Privilegierung im Außenbereich genügt hierfür nicht), sind hier in dieser Hinsicht auch keine Abwägungsmängel erkennbar. Die privaten und betrieblichen Belange der Eigentümer im Außenbereich, d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Im Ergebnis der gesamtplanerischen Abwägung in Würdigung aller erheblichen Belange wurde der Festlegung des BSN Vorrang gegenüber der Festlegung eines AFAB eingeräumt. Soweit im Rahmen der Beteiligung keine besonderen Umstände dahingehend vorgetragen wurden, dass die privaten Belange im Außenbereich bereits eine weitere rechtliche Konkretisierung und Verfestigung erfahren hätten (bspw. Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage), bestand auf Ebene der Regionalplanung auch kein Einlass, in eine nähere individualisierte Abwägung einzutreten und den Eigentümerbelangen erhöhtes Gewicht beizumessen.

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der nachgelagerten Landschaftsplanung

Durch die geplante Neuausweisung des Regionalplanes würden als Naturschutzflächen insgesamt 37,2828 ha ausgewiesen.

Dadurch wäre der Betrieb unserer Mandantschaft mit Flächen von 45,8974 ha durch Umweltauflagen belastet (BSN-Flächen 37,2828 ha + Vertragsnaturschutzflächen 8,6145 ha).

Von diesen genannten 45,8974 ha sind insgesamt 31,1007 ha der Eigentumsflächen unserer Mandantschaft durch die BSN-Ausweisung betroffen.

Dies bedeutet, dass rund 97 % der Eigentumsflächen, die existentiell für den Betrieb als Futter- und Weideflächen benötigt werden, mit Auflagen erheblich belastet werden und in ihrem Wert nachhaltig gemindert würden. Lediglich 37,1295 ha der in der Bewirtschaftung befindlichen Flächen sind demzufolge nicht mit Umweltauflagen belastet!

Die genannten Zahlen machen deutlich, dass durch die Neuausweisung des Regionalplanes die Hofstelle unserer Mandantschaft direkt, sowie alle angrenzenden Flächen um den Hof erheblich beeinträchtigt werden. Dies betrifft insbesondere die Gemarkung Lammersdorf, Flur [ANONYMISIERT] und Flur [ANONYMISIERT].

Alle gegenwärtigen und künftigen betrieblichen Erweiterungen würden erschwert, bzw. unmöglich gemacht werden. Zudem muss darauf hingewiesen werden, dass durch den Weiterbau der Autobahn der A 1 weitere erhebliche Beeinträchtigungen hinzu kommen werden, wie Flächenverluste durch die Autobahntrasse und die Schaffung von Ausgleichsflächen.

Momentan werden 11,6835 ha von der Autobahn GmbH des Bundes gepachtet, die bei einem Weiterbau ebenfalls entfallen würden.

Durch die geplante BSN-Ausweisung wird der Betrieb unserer Mandantschaft somit erheblich beeinträchtigt:

- Vergrößerung und Erweiterung des Betriebes
- Düngen insgesamt, sowie Ausbringung von Wirtschaftsdünger (Gülle/Mist),
- Beweidung (Großvieheinheit pro Hektar) und Anbau von Getreide sowie landwirtschaftlicher Kulturen, - Abstandsregelung zu BSN-Flächen,
- Pflanzenschutzmaßnahmen,
- zukünftiger Bau von Windrädern und Solarparks,
- Wertminderung und Unverkäuflichkeit der Flächen.

Dazu möchten wir noch erwähnen, dass unserer Mandantschaft zwischenzeitlich ein Angebot für den Bau von Windrädern, bzw. der Erstellung eines Solarparks zugegangen ist.

Würde aber die Regionalplanung hier Umsetzung erfahren, so wären auch diese betrieblichen Belange unterlaufen und könnten nicht wahrgenommen werden.

Vor diesem Hintergrund wird eindringlich gefordert, die Betriebsflächen unseres

umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen in seiner Sitzung am 09.12.2022 beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln. Der von der Regionalplanungsbehörde erarbeitete Planentwurf wurde vom Regionalrat in seiner Sitzung am 20.12.2024 zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen (vgl. Sitzungsvorlage RR 50/2024). Der Geltungsbereich des Teilplans umfasst räumlich den gesamten Regierungsbezirk Köln. In der Zeit vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025 haben die Öffentlichkeit, als auch die in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen die Möglichkeit, den Planentwurf einzusehen und ihre Stellungnahme abzugeben. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können Hinweise, Anregungen und Bedenken vorgebracht werden. Die Planungen für den Ausbau der Erneuerbaren Energien, z.B. im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, bleibt hiervon unberührt und die Zulässigkeit richtet sich nach der aktuellen Rechtslage. Hinsichtlich der Vereinbarkeit mit den Zielen der Raumordnung auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präziserungsbedarf.

Mandanten aus der Neuaufstellung des Regionalplanes herauszunehmen, um die dauerhafte Existenz des Betriebes unserer Mandantschaft sicherzustellen.

Alles andere wäre ein massiver Verstoß gegen das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG. Auf die dazu ergangene reichhaltige Literatur und Judikatur hierzu hingewiesen; insbesondere auf die Rechtsprechung des BGH im Hinblick auf Eigentumsverlust von 5 % der Eigentumsfläche.

6. Unsere oben genannten Mandanten haben einen GbR-Vertrag miteinander geschlossen. Alle drei Personen sind im Rahmen des GbR-Vertrages an dem landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieb beteiligt.

7. Des Weiteren haben wir noch auf folgendes hinzuweisen:

Im Anschluss an das Ökononomiegebäude unserer Mandantschaft befindet sich eine Hauswiese im Eigentum der Mandantschaft in der Größenordnung von ca. 10 ha. Diese Fläche dient als Beweidungsfläche, d.h. die Stalltüre wird geöffnet und die Tiere kommen zum Beweiden auf die Fläche und nachher wieder zurück.

Bei der aktuellen GV-Situation würde dann die Betriebsfläche überwiegend entfallen. Zulässig waren bislang 2 GV pro Hektar, was ja jetzt nicht mehr möglich wäre.

Wie gehen Sie mit diesem Problem um?

AZ: Ö-M-2-281

1029069

1034504_001

Inhalt

hiermit erhalten Sie meine Stellungnahme zu Ihrem zweiten Planentwurf 2024 zur Neuauufstellung des Regionalplans Köln mit der Bitte, diese im weiteren Planverfahren zu berücksichtigen. Meine Stellungnahme bezieht sich auf den Bereich des ehemaligen Waldhotels Grunge in 53721 Siegburg Kaldauen (Lage: Höhenweg 1 / Ecke Buchenweg). Seit Ihrem letzten Entwurf im Jahr 2021 sind signifikante Änderungen eingetreten, die in Ihrer Planung für den Bereich des ehemaligen Waldhotels Grunge berücksichtigt werden müssen. Zum damaligen Zeitpunkt bestand das Argument, die Landschaftsschutzgrenze, die – aufgrund einer rechtswidrigen Bebauung – durch das Hotelgelände verläuft, aus Gründen des Bestandsschutzes zu verschieben. Das Argument des Bestandsschutzes ist aufgrund der aktuellen Abrisspläne des Eigentümers des ehemaligen Waldhotels hinfällig. Gemäß der aktuellen Bauplanung des Eigentümers soll das Hotel vollständig, inklusive der Tiefgarage und aller versiegelten Außenflächen, abgerissen werden. Hinzu kommt laut Auskunft im Planungsausschuss der Stadt Siegburg, dass in Siegburg mittlerweile für Ersatzbepflanzungen keine freien Flächen mehr zur Verfügung stehen. Mit Ihrem aktuellen Planentwurf für das o.g. Gebiet schädigen Sie das Landschaftsschutzgebiet in Siegburg Kaldauen nachhaltig. Indem Sie den „Sonderbereich Hotel und Gastronomie“ widerrechtlich ohne die Zustimmung der Anwohner der Gottfried-Kinkel-Straße in einen „Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwandeln, ebnen Sie den Weg für ein überdimensionales Bauvorhaben an dieser Stelle. Die aktuelle Bauplanung sieht vor, sowohl auf dem Hotelgelände – welches hälftig im Landschaftsschutzgebiet liegt – als auch über die von Ihnen angedachte neue Grenze des Landschaftsschutzgebietes hinaus einen über Jahrzehnte gewachsenen Baumbestand im Landschaftsschutzgebiet zu fällen. Die aktuelle Bauplanung beschreibt, dass erst nach 40 Metern der Bestandswald erhalten bleiben soll. Das wird zu spürbaren klimatischen Veränderungen führen. 2 Mit der überproportional erhöhten Nutzung des Waldes als Folge des überdimensionalen Bauprojektes „Wohnraum für ca. 200 Personen auf dem ehemaligen Hotelgelände“ erhöht sich der Druck auf das Landschaftsschutzgebiet extrem, so dass weitere negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt der „grüne Lunge Kaldauens“ zu erwarten sind. Beispielhaft sind hier die Vertreibung von Fledermäusen und anderen Wildtieren sowie die wesentlich erhöhte Lichtverschmutzung zu nennen. Mit Ihrem aktuellen Planentwurf zur Neuauufstellung des Regionalplans verfehlen Sie klar das Ziel, die Mindestabstände zwischen Wald und Siedlungsflächen wieder zu vergrößern, um dadurch die Risiken der erhöhten Waldbrandgefahr zu mindern. Ich sehe aufgrund Ihrer Entscheidung, den „Sonderbereich Hotel und Gastronomie“ in einen „Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umzuwandeln, den Brandschutz für die Anwohner und Häuser der Gottfried-

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Außerdem gilt: Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Kinkel-Straße sowie für den unter Landschaftsschutz stehenden Wald extrem gefährdet. Es wäre grob fahrlässig und für uns lebensgefährlich, wenn die Bezirksregierung Köln diese Gefahr vor dem Hintergrund der immer häufiger auftretenden Waldbrände nicht ernst nehmen würde. Aufgrund der oben aufgeführten drohenden Folgeschäden und Gefahren rege ich an, die Fläche des ehemaligen Waldhotels Grunge, die widerrechtlich im Landschaftsschutzgebiet bebaut wurde und deren Entsiegelung nun seitens des Eigentümers geplant ist, aus der ASB-Abgrenzung im Entwurf Ihres Regionalplanes herauszunehmen und wieder dem Landschaftsschutzgebiet zuzuweisen. Die "grüne Lunge Kaldauens" muss für die Pflanzen- und Artenvielfalt und das Klima in Siegburg erhalten werden!

AZ: Ö-M-2-283	
1029070	
1034512_001	
<p>Inhalt</p> <p>ich bin dagegen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

Inhalt

[ANONYMISIERT].Ich , [ANONYMISIERT], aus Neuhaus, möchte meine Bedenken, Enttäuschung, Traurigkeit, wie soll ich es nennen, mitteilen. Ich möchte etwas ausholen. Ich lebe seit fast 60 Jahren in Neuhaus. Im Laufe der Jahre musste man sich hier schon einiges gefallen lassen. Ohne Rücksicht auf uns Bewohner, (zZ ca 250) wurde vor vielen Jahren eine Autobahn gebaut, ohne vernünftigen Lärmschutz. Die ist so nah, ich komm zur Terrasse raus, vielleicht 30 Meter weiter, dann kann ich die Autobahnböschung hochgehen. Es ist laut, so laut. Eine vernünftige Wand bekommen wir nicht. Dahinter sofort eine Grünannahmestelle, keiner wurde gefragt, oder informiert, nichts. Im Sommer stehen wir kurz vor zu Hause im Stau, weil dort soviel Grünschnitt von den Menschen hingebacht wird, dass für uns Anwohner der Weg versperrt ist, sogar der Verkehr der Düsseldorfer Straße stockt . Es gibt für uns keinen anderen Weg. Das sollte man hier mal gesehen und die Autobahn gehört haben. Aber nicht genug. Nun ist auch noch ein Gewerbegebiet geplant. Durch fehlende Abstimmung zwischen den Kommunen im Kreis Heinsberg, was die Gewerbegebiete angeht, ist Zuviel Flächenverbrauch. Die Stadt Erkelenz schafft Gewerbegebiete auf Vorrat, anstatt bestehende Gebiete nachzuverdichten. Wertvoller Ackerboden geht verloren. Neuhaus wird im Flächennutzungsplan nicht als Wohngebiet aufgeführt, jedoch wohnen hier insgesamt knapp 250 Menschen, deren Wohnhäuser ohne Beteiligung "überplant" werden. Es gab keinerlei Beteiligungsmöglichkeit bei der Erstellung des Gewerbeflächenkonzepts der Stadt Erkelenz. Das Kleine Wäldchen, direkt an der Autobahn ist ein wichtiges Rückzugsgebiet für vielerlei Tiere. Durch das Gewerbegebiet wird den dort lebenden Tieren die Möglichkeit abgeschnitten zu anderen Naturbereiche zu wandern. Das neue Gebiet schließt nicht an ein bestehendes Gewerbegebiet an. Dies wird zwar von der Stadt Erkelenz so dargestellt, der facto ist jedoch, die Autobahn eine Zäsur zwischen Stadt-(Gewerbe) und Dorfgebiet. In den geretteten Dörfern sind auch Gewerbeflächen gerettet worden, diese müssen mit betrachtet werden! Ich bedanke mich und hoffe, auch im Namen unserer Dorfgemeinschaft, dass uns ein Gewerbegebiet erspart bleib. [ANONYMISIERT].

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Erkelenz noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven (GIB). Darüber hinaus besteht für die Stadt Erkelenz noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt im konkreten Fall eine Festlegung als GIB bzw. GIBflex.

Darüber hinaus wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der

Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung - hierzu zählt u.a. auch die Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben sowie die Beachtung artenschutzrechtlicher Belange - vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

AZ: Ö-M-2-288

1029082

1034525_001

Inhalt

Vorbemerkung

Der NB REK hat in seiner Sitzung am 23. 2. 2022 beschlossen, eine Stellungnahme zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu erarbeiten, soweit dieser den REK berührt.

Auf Grund dieses Beschlusses nimmt der NB REK auch zur erneuten Offenlage des Regionalplans Stellung. Der unteren Naturschutzbehörde des REK wird die Stellungnahme im Rahmen des gesetzlichen Beratungsauftrages mit der Bitte um Übernahme der aufgeführten Gesichtspunkte übermittelt.

Die Stellungnahme beschränkt sich auf Schwerpunkte, die für den Schutz der Natur, das Landschaftsbild und den Klimawandel im REK von Bedeutung sind.

An der generellen Bewertung des Regionalplanentwurfs in unserer Stellungnahme vom 26. 7. 2022 hat sich bei unter Berücksichtigung der nun erneut offengelegten Version leider nichts geändert. Wir weisen darauf hin, dass insbesondere die weiter zunehmende Versiegelung klimarelevanter Böden und die Zerschneidung von Lebensräumen und Grünzügen negative Folgen für Natur und Menschen der Region insbesondere im ohnehin stark belasteten Rhein-Erft-Kreis haben wird. Die Umweltprüfung ergibt ausweislich der Prüfbögen in der weit überwiegenden Mehrzahl der Fälle neuer Gewerbe- und Siedlungsgebiete erhebliche Umweltauswirkungen (rote Flächen, insbesondere die Versiegelung klimarelevanter Böden. Um so mehr sollte sich die weitere Ansiedlung Gewerbe auf Konversionsflächen beschränken, um die Inanspruchnahme wertvoller Böden zu begrenzen. Es ist nicht erkennbar, inwieweit diese Aspekte geprüft wurden. Im Rhein-Erft-Kreis liegen zwei Kumulationszonen (Abb. links, Seite 176 Umweltbericht), innerhalb derer kritische Umweltprüfungen um so mehr Gewicht haben sollen. Wir bitten daher, die Ausweisung von Gewerbe- und Siedlungsbereichen bei kritischem Ergebnis der Umweltprüfung insbesondere im Zusammenhang mit der Zerschneidung oder Verkleinerung von regionalen Grünzügen zurückzunehmen.

[Abbildung]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrechterhalten (vgl. ID 1005616 ff.1. Offenlage).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von

Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Darüber hinaus gilt, dass die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung darstellt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Dies gilt auch für die Siedlungsentwicklung in den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen gemäß landesplanerischen Vorgaben. Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative

umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Inhalt

Einzelbemerkungen

ID 1001414 Gewerbegebiet Barbarahof/Knapsack HÜR_GIBz_1

Der Naturschutzbeirat lehnt das Vorhaben ab. Die vorgesehene Planung eines Gewerbegebietes zerstört die Durchlässigkeit des Regionalen Grünzuges, da dieser durch den Knapsacker Hügel im Osten und die Siedlungsbereiche im Westen begrenzt ist. Es bleibt nur ein schmaler Korridor unmittelbar an der Ortslage Erftstadt-Kierdorf übrig. Die geltend gemachte „Kommunale Entwicklungsabsicht“ kann die nachteiligen Folgen nicht überspielen. Die Planung führt zu einer Versiegelung klimarelevanter Böden und widerspricht den Zielen G 18 / 19 / 21 / 24 / 25.

Der Umweltbericht kommt zu folgender Bewertung: Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei drei Kriterien (klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, geschützte Landschaftsbestandteile, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.

Im Einzelnen:

- Flächeninanspruchnahme von Grünflächen mit mindestens sehr hoher klimaökologischer Bedeutung
- Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils
- Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches.

Die massive Durchschneidung des BSLE und des regionalen Grünzuges ist nicht zu übersehen und auch nicht durch kleine Grünflächen im Gewerbegebiet zu kompensieren. Erschwerend kommt hinzu, dass die Fläche in einer Kumulationszone im Rhein-Erft-Kreis liegt, innerhalb derer Umweltauswirkungen um so mehr zu berücksichtigen sind.

Die Ausweisung wird mit dem Argument des Flächenbedarfes durch den Strukturwandel begründet. Da in unmittelbarer Nähe großflächige Anlagen der Braunkohlenindustrie vorhanden sind, können dort im Rahmen der Konversion von Betriebsflächen neue Betriebe angesiedelt werden. Im Übrigen wird grundsätzlich bezweifelt, dass der im Zuge des bis mindesten 2030 laufenden Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung vermutete Arbeitskräfteüberschuss tatsächlich eintritt und daher eine Neuansiedlung von Gewerbe auf großen Flächen aus diesem Grunde nicht erforderlich scheint.

Wir regen an, die Fläche als Teil des Grünzuges durch die Etablierung von Agroforstsystemen aufzuwerten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

In Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs Köln wurde festgelegt, dass Planungen und Maßnahmen, die die Funktionen der RG beeinträchtigen, ausgeschlossen sind. Gleichzeitig wird die Ausnahmeregelung getroffen, dass Ausnahmsweise RG für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden dürfen, wenn für diese keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die Erweiterung des GIB Hürth/Knapsack erfolgt im Sinne des Ziels "GIBtransformation sichern und umsetzen". In deren Erläuterungen in Punkt 6 wird sichergestellt, dass die Funktionsfähigkeit des RG auch bei einer Inanspruchnahme weiterhin gewährleistet bleibt. Eine Alternative um den bestehenden GIB Hürth/Knapsack außerhalb des RG zu erweitern, ist aufgrund der großflächig umgebenden zeichnerischen Festlegung des Regionalplanentwurfs aus der 1. Offenlage nicht möglich. Somit stehen der zeichnerischen und textlichen Verortung des GIB Hürth/Knapsack keine Ziele der Raumordnung entgegen.

Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber den Schutzgütern "Klima/Luft", "Landschaft" und „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der

tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

1034525_003

Inhalt

ID 1003657 Gewerbegebiet Wachtberg FRE_GIB_2

Der Naturschutzbeirat lehnt das Vorhaben ab.
Das geplante Gewerbegebiet liegt in der Nähe des Braunkohlestandortes Wachtberg.
Der Umweltbericht kommt zu folgender Bewertung: Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich bei drei Kriterien (klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume, Kulturlandschaft) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden.
Im Einzelnen:

- Flächeninanspruchnahme von Grünflächen mit mindestens sehr hoher klimaökologischer Bedeutung
- Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches.

Darüber hinaus handelt es sich überwiegend um eine Waldfläche, die als eine mehrere Jahrzehnte alte Rekultivierung entstanden ist und auf Grund der Vielfalt und geringen Störeinflüssen einen hohen ökologischen Wert aufweist. Waldflächen sollen im waldarmen Rhein-Erft-Kreis generell vor Inanspruchnahme geschützt bleiben (Ziel G22). Vielmehr sollten Waldflächen zusätzlich entwickelt werden; daher begrüßen wir die Neuausweisung der weiter nördlich gelegenen Fläche ID 1003659 als Wald.
Die Ausweisung des Gewerbegebietes wird mit dem Argument des Flächenbedarfes durch den Strukturwandel begründet. Da in unmittelbarer Nähe großflächige Anlagen der Braunkohlenindustrie vorhanden sind, können dort im Rahmen der Konversion von Betriebsflächen neue Betriebe angesiedelt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich aufgrund eines Flächentausches Waldbereich (siehe Stn ID 1003657 der 1. Offenlage) besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen wird Zustimmung zur Festlegung von Waldbereich erklärt.

Inhalt

ID 1004747 Gewerbegebiet KER_GIBz_4

Der Naturschutzbeirat lehnt das Vorhaben ab.
Das Gebiet betrifft Flächen mit hoch schutzwürdigem Boden. Der Raum ist bisher ein ausschließlich von landwirtschaftlicher Nutzung geprägtem Freiraum, der als Grünvernetzung zwischen den FFH-Gebieten und dem Neffelbachbereich gesichert werden sollte. Hinweis auf Ziel G.19: Freiraumsicherung und -entwicklung.
Besonders bedeutsam ist die unter Pkt. 2.17 hervorgehobene klimaökologische Bedeutung im Umweltbericht hervorzuheben, die eine Nutzung der Fläche für Industrie- und Gewerbe, aber auch für den weiteren Siedlungsausbau aus Sicht der NSV ausschließt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zusätzlich soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine

wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. Abstandsflächen, Begrenzung der Bauhöhe) entgegengewirkt werden.

Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen. Naturgemäß bestehen maßstabsbedingt Diskrepanzen zu örtlich bzw. kommunal vorliegenden Daten. Die Berücksichtigung der Belange der Klimaanpassung erfolgt als Querschnittsthema. Auch wenn im entsprechenden Kapitel, den Vorgaben des LEP NRW folgend, ausschließlich Grundsätze formuliert werden, bildet sich die Thematik im Gesamtplan in besonderem Maße, auch durch Zielfestlegungen, ab. Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Verortung der GIBtransformation in den Kreisen Düren, Rhein-Erft und der Städteregion Aachen wird darauf verwiesen, dass gemäß § 38 LPIG „Flächen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier“ die Regionalplanung im Rheinischen Revier die Bedarfe gemäß § 38 LPIG NRW auch entsprechend im 2. Planentwurf zeichnerisch im Rheinischen Revier zu verorten hat. Das Rheinische Revier umfasst hierbei im Sinne der landesplanerischen Vorgaben die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss, Städteregion Aachen und Stadt Mönchengladbach und schließt somit eine räumliche Ungebundenheit aus. Hierzu wird zudem auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung zur Zielfestlegung *GIBtransformation sichern und umsetzen* verwiesen. Die zeichnerische Festlegung der GIBtransformation erfolgte zudem auf Grundlage mehrerer Abstimmungsprozesse und der hierbei zugrunde liegenden Kriterien. Hierzu wird auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung im *Kapitel B. Methodik zur zeichnerischen Festlegung der GIBtransformation* verwiesen. Sofern neuen bedarfsgerechten Siedlungsraumpotentialen für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen im Sinne des §38 LPIG NRW im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes

gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Der Regionalrat hat der Festlegung der GIBtransformation gegenüber anderen Raumnutzungsbelangen, insbesondere zum Umwelt- und Naturschutz im Sinne einer gesamtplanerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu u.a. vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung beispielsweise agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen. Auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung wird hierzu verwiesen. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde gewährleistet werden.

Inhalt

ID 1021211 und 1027296: Erweiterung der BSN-und Waldbereiche (Steinheide)

Grundsätzlich sind die Erweiterungen der BSN-Bereiche zu begrüßen, können aber in der vorliegenden Form die notwendige Waldvernetzung nicht gewährleisten. Hier bleibt die Forderung des Naturschutzbeirates nach Herstellung einer leistungsfähigen Waldvernetzung zwischen Hambacher Wald und Steinheide bestehen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es wird Zustimmung erklärt und bedauert, dass der Stellungnahme zur ersten öffentlichen Auslegung nicht vollumfänglich gefolgt wurde. Dies wird zur Kenntnis genommen und auf die Abwägungsvorschläge entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen.

Darüber hinaus gilt, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen sollen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasserversorgung (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger

Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Abstimmungsformate u.a. auch mit der Beteiligung des MUNV und dem MLV und anderen Stakeholdern, dessen konkrete und abgeschlossenen Ergebnisse Eingang in die zukünftigen Änderungsverfahren des Regionalplans finden werden.

Inhalt

ID 1005278, 1005231, 1005278, 1004990, Gewerbegebiete Elsdorf / Bergheim

Der Naturschutzbeirat lehnt die geplante Änderung ab.
Im Vergleich zur ersten Offenlage wurde die Gewerbefläche im Bereich der Stadt Elsdorf und im angrenzenden Bereich der Stadt Bergheim erneut deutlich vergrößert. Die nun angesetzten Flächen sind, obgleich durch einen Flächentausch mit dem südlich gelegenen Gewerbegebiet Heppendorf/Sindorf (Fläche 1005231, 1005278) teils kompensiert, deutlich über den Bedarf der Kommune mit lediglich rund 22.000 Einwohnern hinaus dimensioniert. Durch den bevorstehenden Entfall der Braunkohlen-Infrastruktur (Kraftwerke, Kohlebunker, etc.) steht ausreichend Fläche zur Verfügung, so dass keine Notwendigkeit für die Aktivierung der Transformationsfläche (1005278) auf Elsdorfer Stadtgebiet besteht. Die Lage und Ausdehnung der geplanten Gewerbegebiete (1005231, 1005278) und des Transformationsgebiets (1005278) könnten kaum schlechter gewählt sein, da dadurch der einzig verbliebene Freiraumkorridor zwischen der geschlossenen Bebauung der Stadt Elsdorf und der geschlossenen Bebauung Stadt Bergheim gänzlich entfällt und so keine Vernetzung mehr gegeben ist. Verschlimmert wird dies durch den Lückenschluss durch den auf Bergheimer Fläche liegenden Gewerbebereich bei BM-Zieverich (12) und das ebenfalls erweiterte Gewerbegebiet bei BM-Thorr (1004990). Durch die Transformationsfläche (1005278) wird zudem der geschützte Bach „Elsdorfer Fließ“ komplett überplant und ein beliebter Bereich zur Naherholung für die Elsdorfer Bevölkerung zerstört. Nördlich angrenzend wird der geschützte Bach und die hier ökologisch wertvollen Randbereiche durch das Gewerbegebiet ebenfalls ausradiert. In jedem Fall ist die Planung und Sicherung eines mehrere hundert Meter breiten, südlich parallel zur Autobahn verlaufenden Freiraumkorridors notwendig, um die Durchlässigkeit weiter zu gewährleisten und die vorgesehenen Barrieren zumindest etwas zu minimieren. Da laut Kartenblatt südöstlich des „Gut Desdorf“ ein solcher Korridor vorgesehen zu sein scheint, sollte dieser verbreitert und nach Nordwest fortgeführt werden.

[Abbildung] Zeichnerische Darstellung 1. Offenlage (Ausschnitt)

[Abbildung] Zeichnerische Darstellung 2. Offenlage (Ausschnitt)

[Abbildung] Zeichnerische Darstellung und Bezeichnung der Flächen 2. Offenlage (Ausschnitt)

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen die Abwägungsvorschläge der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1005278, 1005231, 1005278, 1004990) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und es wird auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Zudem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt werden. Der Regionalplan Köln legt ein großes Angebot verschiedenartiger Flächen zeichnerisch fest und sichert eine bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen, regionalen und überregionalen Flächenbedarfe sowie der erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen.

Hierzu soll die Regionalplanung für das Rheinische Revier bei der Ermittlung der Wirtschaftsflächenbedarfe den erhöhten Flächenbedarfen, die für die Transformation der Industrie im Rheinischen Revier hin zu klimaschonenden Produktionsweisen erforderlich sind, Rechnung tragen (§ 38 LPIG NRW i. V. m. Ziel 6.1-1 LEP NRW). Auf dieser Grundlage werden Bereiche als GIBtransformation bedarfsgerecht festgelegt. Auch diese unterliegen besonderen Anforderungen zur Verortung, die gemäß § 38 LPIG zwischen den Regionalräten Köln und Düsseldorf abgestimmt und beschlossen wurden. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem

Zweck nicht vereinbar sind. Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen (vgl. Prüfbögen ELS_GIBz_2, ELS_GIBz_3, BM_GIB_2). In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck der betroffenen Schutzgüter vereinbar ist. Der bedarfsgerechten Festlegung von GIB, GIBtransformation und GIBregional gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung in Bergheim und Elsdorf Vorrang eingeräumt. Hierzu wird auch auf die weiteren Ausführungen in den entsprechenden Kapiteln der Begründung verwiesen.

Außerdem gilt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und

Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Inhalt**Textliche Festlegungen:**

Waldbereiche 4.5.1 Seite 80 ff der Synopse:

Der Naturschutzbeirat lehnt die Änderung ab. Die Formulierung sollte für waldarme Gebiete (Kreisebene) unverändert bleiben, um den Schutz der Waldflächen sicherzustellen.

Planungen und Maßnahmen, die Waldbereiche in Anspruch nehmen, sind in der Regel ausgeschlossen auszuschließen [Anmerkung: Wort ist in Originalstellungnahme durchgestrichen].

Der folgende Passus sollte so gefasst werden:

Die ausnahmsweise Inanspruchnahme von Wald darf nur dann erfolgen, wenn sie unmittelbar in öffentlichem Interesse (im Sinne der Genehmigung von Waldumwandlungen nach LFoG) liegt und nicht nur flächenmäßig 1:1, sondern unter Berücksichtigung des funktionalen Ausgleiches als zusätzliche Fläche erfolgt. Dies führt je nach Alter und ökologischem Wert des in Anspruch genommen Waldes zu einer deutlich größeren Ersatzaufforstungsfläche.

Der Absatz 2 sollte zum Schutz des Waldes unverändert bleiben.

Waldbereiche sind gemäß LPIG DVO als Vorranggebiete festgelegt. Im Sinne des ROG sind Vorranggebiete für bestimmte Nutzungen und Funktionen vorgesehen. Es handelt sich um Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Dies bedeutet, dass der Vorrang nur innerhalb der festgelegten Waldbereiche gilt. Innerhalb der festgelegten Waldbereiche sind alle Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die nicht mit der vorrangigen Funktion vereinbar sind. Die Entwicklung von Wald ist auch außerhalb der Waldbereiche grundsätzlich möglich.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß Rechtsprechung des BVerwG entspricht die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln.

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Die Waldbereiche im Regionalplan an Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt. Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum. Somit ist die Kulisse der Waldbereiche hinreichend räumlich und sachlich bestimmbar.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung wurden die Formulierungen des Ziel 22 "Waldbereiche erhalten und entwickeln" des ersten Regionalplanentwurfs im zweiten Planentwurf angepasst. In der Zielfestlegung des Ziels 22 des ersten Regionalplanentwurfs, gelten andere Voraussetzungen für die Inanspruchnahme von Waldbereichen, als im zweiten Regionalplanentwurf:

Einerseits darf im zweiten Planentwurf nur eine Inanspruchnahme erfolgen, wenn der Ausgleich der im Regionalplan gesicherten Waldbereiche durch die zeichnerische Sicherung neuer Waldbereiche erfolgt. Das heißt unabhängig von Kompensationserfordernissen aus den nachgelagerten Planverfahren, müssen bereits auf Regionaler-Ebene in mindestens gleichen Flächenumfang Waldbereiche regionalplanerisch vor weiteren Inanspruchnahmen gesichert werden. Zudem ist die Funktion des jeweils betroffenen Waldbereiches insgesamt zu erhalten. Durch diese beiden Ergänzungen in den Erläuterungen wird sichergestellt, dass in der Regel kein Funktionsverlust des fehlenden Waldbereiches langfristig erfolgt. Somit können die langfristigen Folgen einer Waldinanspruchnahme auf regionalplanerischer Ebene bereits gemindert bzw. vermieden werden.

Der Grundsatz G.36 gibt den fachplanerischen Umsetzungskorridor hierfür vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Punkt- oder linienhafte Inanspruchnahmen die insbesondere durch Windenergieanlagen und Trassen erfolgen wird auf Grund § 2 EEG der Vorrang in der Abwägung eingeräumt. Entsprechend können diese Maßnahmen umgesetzt werden, ohne dass ein Regionalplanänderungsverfahren zur Sicherung von Ausgleichsflächen vorab im Regionalplan erfolgen muss. In diesen Fällen reicht die Bewältigung der Kompensationserfordernisse im nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren (siehe hierzu Grundsatz 36).

AZ: Ö-M-2-29	
1027603	
1033031_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der zweiten Offenlage ist erstmalig eine ASB neu-Satzvey als allgemeiner Siedlungsschwerpunkt für die Schaffung von Bauland vorgesehen: <i>[Abbildung]</i>.</p> <p>Als Bewohner des Ortes Satzvey, spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung dieser Fläche als Bauland aus. Schon mit der Ausweisung der Fläche sind erhebliche Auswirkungen für den Ort zu erwarten. Auf Grund der massiven Flächenversiegelung steigt die Gefahr weiterer Hochwasserereignisse wie aus dem Jahr 2021 im Ort erheblich. Dies stellt eine Gefahr für die Bewohner dar. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet verloren gehen.</p> <p>Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren.</p> <p>Desweiteren leidet Satzvey schon jetzt unter den Folgen ungelöster Verkehrsprobleme mit massiven Staus im Ortskern zu verkehrsreichen Zeiten sowie zu den Zeiten an denen Großveranstaltungen auf der Burg Satzvey stattfinden.</p> <p>Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbaden) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-290

1029080

1034523_001

Inhalt

wir nutzen erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme. Wir verstehen die Planungsunterlagen so, dass der Erweiterung der Umwidmung des bislang als Sondergebiet für Gastronomie und Hotel eingeordnete Gebiet des ehemaligen Waldhotels Grunge, am Höhenweg in Siegburg in ein Siedlungsgebiet nichts entgegensteht. Trotz vorliegender Stellungnahmen der Kaldauer Anwohner werden Ihrerseits keine Gründe gesehen, die gegen eine Umwidmung in ein Siedlungsgebiet sprechen. Daher möchten wir nochmals folgenden Gründe nennen, die unserer Einschätzung nach, deutlich gegen eine Umwidmung in ein Siedlungsgebiet sprechen. Außerdem regen wir nochmals an, das Gebiet in die vorangegangene Gebietsklasse zurückzuführen, die vor der Umwidmung als Sondergebiet / Sonderbaufläche bestand. Allem voran verweisen wir darauf, dass die Umwidmung des Gebiets als Sonderbaufläche unserer Einschätzung nach nur unter falschen Annahmen / Beweggründen vorgenommen worden sein kann. Die Dimensionen des Hotels waren bereits zur Zeit der Bauumetzung, als auch aus heutiger Betrachtung völlig am Bedarf vorbei geplant und umgesetzt worden. Bereits seit Anfang 2003 ist das Hotel geschlossen. Das Hotel war somit keine 5 Jahre geöffnet. Nun wird das nächste, für das Wohngebiet innerhalb einer verkehrsberuhigten Zone völlig überdimensionierte Bauprojekt in einer Sackgasse geplant. Auch jetzt ist eine Umwidmung des Gebiets – nun zu (bedeutend) werthaltigeren Siedlungsgebiet überhaupt nicht notwendig. Auf dem bestehenden Siedlungsgebiet können Wohnhäuser gebaut werden, die völlig ausreichend und verträglich mit dem bestehenden Umfeld sind. Vielmehr drängt sich – vor dem Hintergrund der erneut überdimensionierten Pläne – der Verdacht auf, dass passend gemacht wird, was aktuell (bau-) rechtlich noch nicht passt. An dieser Stelle verweisen auch wir auf das Urteil des OVG NRW, Az. 7A D 170/95, in dem festgestellt wurde, dass der Bebauungsplan Nr. 65, 6. nichtig ist. In der Urfassung des Bebauungsplans Nr. 65 aus dem Jahr 1966 war das zugrundeliegende Gebiet als Wasser- und Landschaftsschutzgebiet gekennzeichnet. Durch die erneute Umwidmung des Sonderbaugebiets in ein Siedlungsgebiet im Zusammenhang mit den überdimensionierten Planungen für ein Wohngebäudekomplex steht zu befürchten, dass es zu weiteren notwendigen Baumaßnahmen (z.B. Rückhaltebecken für Regenwasser, passende Rettungs- und Verkehrswege) kommt, die sich im Vorhinein nicht abzeichneten. Sowohl die Nutzung als auch die Bebauung wird mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit das angrenzende Wald- bzw. Landschaftsschutzgebiet beeinflussen. Das Siedlungsgebiet wird sich sehr wahrscheinlich in einer „Salamitaktik“ immer weiter in den Wald einschneiden. Bereits in den jetzigen Planungen sind notwendigen Fällungen von altem Baubestand vorgesehen. Die Wälder müssen immer mehr hinter den Interessen der Wirtschaft, Gesellschaft und

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Außerdem gilt: Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Politik (jetzt Wohnungsbau und Immobilien) zurückstehen. Dieses Vorgehen widerspricht dem Klima- und Naturschutz sowie dem Hitzeaktionsplan der Stadt Siegburg. Hier weisen wir auch auf den aktuellen Waldzustandsbericht hin, in dem beschrieben ist, dass nur einer von 5 Bäumen gesund ist. Zudem verläuft parallel zum Wald der Kningelbach, in dessen Einzugsbereich, bis zum Gelände des Hotels heran, Feuersalamander und andere bedrohte und schützenswerte Tierarten vorkommen. Für die Feuersalamander hat Deutschland einen besonderen Schutzauftrag. 2 Es gibt im gesamten Stadtgebiet Siegburg viele alte Gebäude, in denen sich Wohnraum umsetzen lässt und es dafür nicht notwendig ist eine baumlose Brandschneise umzusetzen. Wir appellieren daher an eine sachgerechte Abwägung der unterschiedlichen Interessen. Es kann nicht sein, dass in Siegburg umfangreich (auch im Umfeld unpassender) Wohnraum geschaffen wird und die dazugehörigen Ausgleichsmaßnahmen an völlig anderer Stelle stattfinden (wie bspw. in Overath, 20km entfernt). Solch ein Vorgehen ist, unserer Einschätzung nach, unverhältnismäßig. Eine Umwidmung in ein Siedlungsgebiet würde jedenfalls Tür und Tor dafür öffnen, erneut einen überdimensionierten Bau an den Rand (Sackgasse) eines Waldes „hineinzuoperieren“.

AZ: Ö-M-2-291	
1029079	
1034521_001	
<p>Inhalt</p> <p>wie ich las, sind die im Regionalplan unter anderem in Königswinter-Stieldorf und Königswinter-Vinxel ausgewiesenen Siedlungsbereiche gar nicht nötig. Wenn man den von der Bezirksregierung vorgegebenen Bedarf von 2850 Wohneinheiten bis zum Jahr 2040 zugrunde legt, gibt es offenbar noch genug bereits vorhandene Wohnbaufläche! Die „Lücke“ sei nur entstanden, weil in der Berechnung des Flächennutzungsplanentwurfs die Marge für bauleitplanerische Risiken im Vergleich zu derjenigen der Bezirksregierung verdoppelt worden sei. Das bedeutet, dass man scheinbar gut auf die 26 Hektar Siedlungsbereiche von Stieldorf und Vinxel im Regionalplan verzichten kann.... Der Verlust fürs Klima, den Biotopverbund, die Artenvielfalt, aber auch den Freizeitwert der Region, den eine Versiegelung weiterer, großer Flächen mit sich bringen würde, wäre erheblich und ist mit wichtigen Grundsätzen des Regionalplans nicht vereinbar. Ich möchte Sie daher bitten, die großflächigen Neubaugebiete Stieldorf und Vinxel aus dem Regionalplan herauszunehmen, da sie schlicht nicht nötig und für Klima und Natur schädlich sind.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplans eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-293

1029083

1034526

Inhalt

[ANONYMISIERT], in Vertretung für unsere Dorfgemeinschaft von Erkelenz-Neuhaus, möchte ich Ihnen zum aktuellen Entwurf des neuen Regionalplans, die folgenden Einwände, bzw. Bedenken übermitteln: - durch eine fehlende Abstimmung zwischen den konkurrierenden Kommunen im Kreis Heinsberg was die Gewerbegebiete angeht entsteht ein zu hoher Flächenverbrauch - die Stadt Erkelenz schafft Gewerbefläche auf Vorrat anstatt bestehende Gebiete nachzuverdichten - wertvoller Ackerboden geht verloren - Neuhaus wird im Flächennutzungsplan nicht als Wohngebiet aufgeführt, jedoch wohnen hier insgesamt knapp 250 Menschen deren Wohnhäuser ohne Beteiligung "überplant" werden - es gab keinerlei Beteiligungsmöglichkeit bei der Erstellung des Gewerbeflächenkonzepts der Stadt Erkelenz - das kleine Wäldchen bei uns in Neuhaus liegt direkt an der Autobahn ist ein wichtiges Rückzugsgebiet für vielerlei Tiere; durch das Gewerbegebiet wird den dort lebenden Tieren die Möglichkeit abgeschnitten zu anderen Naturbereichen im Umland zu Wandern - das neue Gebiet schließt nicht an ein bestehendes Gewerbegebiet an, dies wird zwar von der Stadt Erkelenz so dargestellt, der facto ist jedoch die Autobahn eine Zäsur zwischen Stadt- (Gewerbe) und Dorfgebiet - erst kürzlich wurden die dörfer Holzweiler, Keyenberg und Kuckum vor dem Tagebau gerettet. In diesen Dörfern bestehen Gewerbeflächen die in der aktuellen Neuaufstellung berücksichtigt werden sollten um zusätzliche Versiegelung und Vernichtung von wertvollem Ackerland zu verhindern [ANONYMISIERT]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Gewerbe gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Erkelenz noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven (GIB). Darüber hinaus besteht für die Stadt Erkelenz noch Bedarf für zusätzliche, über den ermittelten Siedlungsraumbedarf hinausgehende und potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche gemäß dem Grundsatz *Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren* (GIBflex). Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt im konkreten Fall eine Festlegung als GIB bzw. GIBflex.

Darüber hinaus wurden bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der

Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung - hierzu zählt u.a. auch die Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben sowie die Beachtung artenschutzrechtlicher Belange - vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

AZ: Ö-M-2-294	
1029105	
1034556_001	
<p>Inhalt</p> <p>Vorwort Die nachfolgende Stellungnahme setzt sich aus zwei Teilen zusammen.</p> <p>Einmal aus einer flächenbezogenen Stellungnahme mit dem Ergebnis, dass weitere Flächen auf dem Gebiet von Leverkusen/Burscheid weder zulässig noch zumutbar sind. Eine weitere über die bereits bisherige hohe Flächeninanspruchnahme kommt einer Überdehnung der Flächenpflichten gem. Art 28 i.V.m. Art 3 GG gleich durch Überbeanspruchung der sozialen Belastung wie Ungleichbehandlung/Diskriminierung der Bevölkerung. Die enteignungsgleiche Belastung einer überproportional betroffenen Bevölkerung durch Entwertung ihrer Immobilien bis ca. 1,5km rund um solche Anlagen, wie die flächenartig gesundheitlich steigende Belastung durch Lärm- und sonstige Emissionen hat eine nicht mehr hinnehmbare Grenze überschritten. Die Fürsorge- wie Vorsorgepflicht der Stadt Leverkusen wie der Bezirksregierung steht Windenergieanlagen entgegen. Das wird sodann fachlich erläutert.</p> <p>In einem zweiten Teil wird das Ergebnis im Licht der aktuellen Rechtsprechung, sowie der technischen wie faktischen Entwicklung der Windanlagen einerseits und andererseits der Systementwicklung im Lichte der zunehmend ineffizienten Stromproduktion wie fallende Wertigkeit des Windstroms, netztechnische Überlastungen und ihre Folgen, steigende Kostenineffizienz, behandelt, wie sie der Gesetzgeber außer Acht gelassen hat und zwingenden Entwicklungen, die dem Gesetzes-Ziel entgegenstehen.</p> <p>Teil 1</p> <p>Zunächst wird die Stellungnahme aus 2022 wiederholt und Bezug genommen.</p> <p>Im Namen der Mandanten wiederhole ich und nehme Bezug zum Entwurf des aufzustellenden Regionalplanes (Zeichnerische Festlegungen Blatt 05, Bereich) wie folgt:</p> <p>Die für den Bereich Heidberg/Heiligeneiche vorgesehen Fläche GiB interkommunal sollte ausschließlich im Ausmaß des bisherigen Flächennutzungsplanes der Städte Burscheid und Leverkusen festgesetzt werden und die bisherige kommunale Planung und bereits bestehende Bebauung nicht erweitern. Allein die bereits und in Zukunft weiterhin interkommunal genutzte Fläche des Entsorgungsbetriebes als Kompostieranlage und Wertstoffhof sollte als interkommunal festgesetzt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001464, 1003560 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.</p> <p>Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern</p>

Eine Ausdehnung der Gewerbe- und Entsorgungsbetriebsflächen sind, insbesondere auf Grund der zu erwartenden Intensivierung der Emissionen durch Gewerbe und des Entsorgungsbetriebes, für die Anwohner und Eigentümer unzumutbar und daher bereits im jetzigen Planungsstadium vorbereitend auszuschließen.

Eine oder mehrere Windanlagen würde die negativen Effekte verstärken, bzw dürfte aufgrund der Lärm-Vorbelastung kaum eine effiziente Standortnutzung für Windanlagen möglich sein. Hierzu wird auch auf den Lärmaktionsplan bzgl der nahen Autobahn Bezug genommen.

Ebenso muss aus Gründen des Naturschutzes ein weiterer Eingriff in die Flora und Fauna der Umgebung, insbesondere durch Abholzungen und starken Beschnitt sowie geringwüchsiger Ersatzbepflanzung, verhindert werden. Gegen den für diesen Teilbereich bisher als Entwurf veröffentlichten Regionalplan sprechen insbesondere folgende Punkte: Im Umweltbericht Anhang E BUR-GIB-1 zum gegenständlichen Bereich ist unstreitig aufgeführt, dass die umliegenden Wohnbereiche bereits jetzt und im bisherigen Plan nicht unerheblich betroffen und weitere Planungen und Prüfungen notwendig sind. (Punkt 2.03) Gleiches gilt für den Grundwasserkörper des Umfeldes, welcher eine weitere besonders schutzpflichtige Funktion nicht nur für die Anwohner, sondern vielmehr auch für die beteiligten Kommunen, aufweist. (Punkt 2.15) Naturschutztechnisch noch relevanter und erheblicher ist jedoch das Vorliegen und die Inanspruchnahme von klimarelevanten Böden in Form von absolut schutzpflichtiger Pseudogley-Braunerde (Punkt 2.18).

Ein unnötiger Eingriff in diese Böden würden nicht nur einen irreversiblen Eingriff in die vorhandene Vegetation bewirken, sondern auch zukünftige Natur- und Umweltschutzprojekte durch Kultivierung stark beeinträchtigen bzw. unter Umständen sogar unmöglich machen, sofern dann nicht weitere Bodenaustausche durchgeführt werden.

Weiterhin liegt das Plangebiet innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches in Form der KLB-Nr. 359: Optisch-mechanische Telegraphenlinie Berlin-Koblenz sowie KLB-Nr. 329: Alte Höhenstraße von Mülheim nach Lennep (Burscheid, Leverkusen, Wermelskirchen). Unter anderem aus diesen Punkten hat die Stadt Burscheid in ihrer Stellungnahme zum aufzustellenden Regionalplan angeregt, eine Beschränkung der GiB-interkommunal- Fläche auf das Entsorgungszentrum vorzunehmen und die sonstigen GiB-Flächen, insbesondere die neue Fläche auf Leverkusener Stadtgebiet, herauszunehmen.

Teil 2

Zusammenfassung

Die sich an den Gesetzen orientierende und diese interpretierende Rechtsprechung erscheint nicht immer konsistent, was auch die Planung im Lichte diverser Entscheidungen nicht einfach macht. Erschwerend kommen hinzu die höchst widersprüchlichen Entwicklungen des durch EE hochlaufenden Strommarktes. Der CO2-Fussabdruck der EE-Anlagen wächst überproportional und damit nicht im Sinne

neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Hinsichtlich der Ausführungen zum Thema Windenergie bzw. Erneuerbare Energien wird darauf verwiesen, dass im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln diesbezüglich keine regionalplanerischen Festlegung getroffen werden. Mit Beschluss des Regionalrats vom 9.12.2022 wurde der Regelungsgegenstand aus dem Gesamtplan herausgelöst und wird im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien behandelt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

des Gesetzgebers.

Die gesetzlichen Feststellungen des § 2 EEG entwickeln sich in der Praxis diametral entgegengesetzt. Das kann nicht ohne Folgen bleiben. Die Ineffizienz des hierdurch entstandenen Systems steigt kontinuierlich und war so nicht Ziel des Gesetzes. Die steigenden Systemkosten zum Nachteil aller Stromkunden und einer parallelen Deindustrialisierung gefährdet überproportional die Steuereinnahmesituation und Stabilität der betroffenen Gemeinden. Im Lichte eines höchst verschuldeten Bundeslandes NRW muss aus grundgesetzlichen Gründen eine – zumindest überproportional - betroffene Gemeinde frühzeitig zur Sicherung ihrer finanziellen Unabhängigkeit gegensteuern dürfen. Das wird im Weiteren ausgeführt.

Die aktuelle Rechtsprechung:

Die Planung und Bewertung der Flächen in den Regionalplanungen wie des LEP NRW hat im Lichte des aktuellen Urteils des OVG NRW vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) zu erfolgen. Diese obergerichtliche bemerkenswerte Entscheidung dürfte auch für andere Regionalplanungen und Landesentwicklungspläne wie auch die Planung in Leverkusen Relevanz haben. Das Urteil ist nunmehr rechtskräftig und damit allgemeinverbindlich.

<https://landesplanung.nrw.de/ovg-urteil-zur-1-aenderung-des-landesentwicklungsplans-nrw>

Die Folge. Alle privaten und öffentlichen Interessen sind umfassend zu erörtern und gegeneinander abzuwägen. Politische Koalitionsvereinbarungen haben außen vor zu bleiben.

Sodann ist eine möglichst bestandskräftige Planung im Spiegel der zwei hierzu relevanten wie aktuellen Gerichtsentscheidungen des auch für Leverkusen zuständigen 22. Senats des OVG NRW zu finden. Wobei darauf hinzuweisen ist, dass aufgrund der dynamischen Veränderungen der Gesetzeslagen wie der parallelen Rechtsprechung derzeit keine vollständig rechtssichere Planung möglich erscheint.

Einmal das Urteil in Sachen F-Planung der Stadt Paderborn Aktenzeichen: 22 D 47/23.AK vom 02.07.24, siehe nachfolgende Pressemitteilung

Die 14. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Paderborn zur Darstellung von Vorrangflächen für die Nutzung der Windenergie ist nicht zu beanstanden. Das hat das Oberverwaltungsgericht in einem dagegen gerichteten Normenkontrollverfahren entschieden. Die im Jahr 2021 beschlossene 146. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Paderborn stellt insgesamt neun Vorrangzonen für die Windenergie mit einer Gesamtfläche von rund 648 ha dar. Sie soll zugleich bezwecken, dass die Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb der dargestellten Konzentrationszonen grundsätzlich nicht zulässig ist. Hiergegen wandte sich die Antragstellerin, die im Stadtteil Wewer in einem Bereich, den die Stadt Paderborn letztlich nach einer Einzelfallprüfung nicht als Vorrangzone dargestellt hat, mehrere Windenergieanlagen errichten möchte. Der Antrag hatte keinen Erfolg. Zur

Begründung hat der Vorsitzende des 22. Senats im Wesentlichen ausgeführt: Bei ihrer Konzentrationszonenplanung sind der Stadt Paderborn keine beachtlichen Abwägungsfehler unterlaufen. Dies gilt insbesondere für den Umgang mit Flächen, die zum maßgeblichen Zeitpunkt der Beschlussfassung (16. Dezember 2021) noch innerhalb des - zwischenzeitlich abgeschafften - landesrechtlichen Mindestabstands lagen und für die Einordnung von militärisch genutzten Flächen (Truppenübungsplatz Senne und Standortübungsplatz „Auf der Lieth“) als sogenannte harte Tabuzonen (= Errichtung und Betrieb von Windenergieanlagen aus tatsächlichen und/oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen). Die Berücksichtigung eines planerischen Vorsorgeabstands von 1.000 m zu reinen und allgemeinen Wohngebieten (gerechnet ab Rotorblattspitze) ist ebenfalls nicht zu beanstanden. Die Stadt durfte auch (Natur-)Schutzgebiete sowie Laub- und Laubmischwaldflächen auf der Ebene der sogenannten weichen Tabuzonen (= nach den Vorstellungen der Gemeinde sollen in diesen Zonen Windenergieanlagen im gesamten Gemeindegebiet nicht aufgestellt werden, obwohl dies grundsätzlich tatsächlich und rechtlich möglich wäre) ausschließen. In diesem Rahmen durfte sie auch Bestandsschutzinteressen von Betreibern bestehender Anlagen differenziert berücksichtigen. Ebenfalls keinen Abwägungsfehler begründet die einzelfallbezogene Vorgehensweise der Stadt Paderborn, Flächen aus Gründen des vorsorgenden Artenschutzes nicht für die Windenergie zur Verfügung zu stellen, namentlich im „Wewer’schen Wald“ zum Schutz des Rot- und Schwarzmilans sowie der Waldschnepfe und am „Knipsberg“ zum Schutz des zum damaligen Zeitpunkt in diesem Bereich brütenden Schwarzstorchs, des Rotmilans und des Uhus. Einen Verstoß der Konzentrationszonenplanung der Stadt Paderborn gegen das Gebot, der Windenergie substantiell Raum zu verschaffen, konnte der Senat ebenfalls nicht feststellen. Die vorgesehenen Konzentrationszonen machen - nach den nicht zu beanstandenden planerischen Annahmen - gut 16 % der Fläche aus, die für die Windenergiezone grundsätzlich zur Verfügung steht. Das ist insoweit jedenfalls als ausreichend anzusehen. Das Obergerverwaltungsgericht hat die Revision nicht zugelassen. Hiergegen kann die Antragstellerin Nichtzulassungsbeschwerde erheben, über die das Bundesverwaltungsgericht entscheidet.

Sodann das Urteil in Sachen F-Planung von Bad Berleburg Aktenzeichen: 22 D 48/24.NE vom 27.09.24, siehe nachfolgende Pressemitteilung

Der Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ der Stadt Bad Berleburg ist unwirksam, soweit damit die Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb von Konzentrationszonen ausgeschlossen werden soll. Das hat das Obergerverwaltungsgericht in einem Normenkontrollverfahren entschieden und damit seine vorläufige Einschätzung im zugehörigen Eilverfahren (Beschluss vom 17.06.2024, Az.: 22 B 286/24.NE) bestätigt. Der Anfang 2024 bekanntgemachte Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ stellt insgesamt zwölf Vorrangzonen für die Windenergie mit einer Gesamtfläche von etwa 2.175 ha dar. Er soll zugleich bezwecken, dass die Errichtung von Windenergieanlagen außerhalb der dargestellten Konzentrationszonen grundsätzlich nicht zulässig ist. Hiergegen wandten sich die Antragsteller, die in einem Bereich, den die Stadt Bad Berleburg nicht als Konzentrationszone ausgewiesen hat, eine Windenergieanlage errichten möchten.

Der Normenkontrollantrag hatte beim erstinstanzlich zuständigen Oberverwaltungsgericht Erfolg. In der mündlichen Urteilsbegründung hat der Vorsitzende des 22. Senats im Wesentlichen ausgeführt: Bei ihrer Konzentrationszonenplanung sind der Stadt Bad Berleburg mehrere Abwägungsfehler unterlaufen. Sie hat ihre Planung schon nicht unter Beachtung eines schlüssigen Gesamtkonzepts erarbeitet. Dies betrifft insbesondere die Einordnung der Laubwaldbestände mit einer Größe unter 4 ha sowie die Darstellung von Tabubereichen innerhalb der Konzentrationszonen. Zudem hat sie, als sie einen einheitlichen Vorsorgeabstand aus Gründen des Lärmschutzes festgesetzt hat, nicht hinreichend zwischen den unterschiedlichen Schutzansprüchen der verschiedenen Baugebietstypen differenziert. Die Anwendung des Kriteriums der Verhinderung einer Umzingelung von einzelnen Ortslagen erweist sich in ihrer konkreten Ausgestaltung ebenfalls als fehlerhaft. Sie ist so nicht nachvollziehbar abgewogen. Angesichts der festgestellten Abwägungsfehler kommt es auch nicht entscheidend darauf an, dass die Stadt nach eigener Auffassung mit ihrer Planung genügend Raum für die Windenergie zur Verfügung gestellt hat. Das Oberverwaltungsgericht hat die Revision nicht zugelassen. Dagegen kann die Stadt Bad Berleburg Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht einlegen.

Zudem sei verwiesen auf die Eilentscheidung des 22. Senats Az: 22 B 727/24.AK vom 26.09.24 zu im Einzelfall ausgeschlossene Rückstellungsoptionen gem. § 36 Abs. 3 LPlanG, PM vom 26.09.24

Die auf einer Anweisung der Bezirksregierung Arnsberg beruhende Aussetzung eines Genehmigungsverfahrens für eine Windenergieanlage durch den Kreis Soest ist aller Voraussicht nach (offensichtlich) rechtswidrig. Das hat das Oberverwaltungsgericht heute entschieden und damit einem Eilantrag der Betreiberin stattgegeben. Die Betreiberin beantragte im September 2023 beim Kreis Soest die Erteilung einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung für eine Windenergieanlage in Werl. Die Bezirksregierung Arnsberg erhob zunächst keine raumordnungsrechtlichen Bedenken gegen dieses Vorhaben. Der Standort liegt außerhalb eines der im Regionalplanentwurf für die Stadt Werl vorgesehenen Windenergiebereiche, in denen Windenergieanlagen zukünftig privilegiert zulässig sein sollen. Nach erneuter Beteiligung wies die Bezirksregierung Arnsberg den Kreis Soest auf der Grundlage einer seit dem 12.06.2024 geltenden Vorschrift im Landesplanungsgesetz (§ 36 Abs.3 LPlG NRW) an, das Genehmigungsverfahren für ein Jahr auszusetzen. Es sei zu befürchten, dass das laufende Regionalplanverfahren durch das Vorhaben der Antragstellerin unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werde. Entsprechend dieser Anweisung setzte der Kreis Soest das Genehmigungsverfahren bis zum 10.07.2025 aus und ordnete die sofortige Vollziehung dieser Entscheidung an. Der dagegen gerichtete Eilantrag hatte beim erstinstanzlich zuständigen Oberverwaltungsgericht Erfolg. Zur Begründung hat der 22. Senat im Wesentlichen ausgeführt: Die Aussetzung des Genehmigungsverfahrens erweist sich nach der Prüfung im Eilverfahren als (offensichtlich) rechtswidrig. Dabei spricht schon grundsätzlich Überwiegendes dafür, dass die landesrechtliche Aussetzungsvorschrift gegen eine Vorschrift des Bundes-Immissionsschutzgesetzes verstößt und daher nach der Kollisionsregel des Art. 31 GG („Bundesrecht bricht Landesrecht“) nichtig sein dürfte.

Diese Frage bedurfte im Eilverfahren und mangels Entscheidungserheblichkeit allerdings keiner abschließenden Feststellung. Denn in der hier allein zu entscheidenden Fall-konstellation liegen zumindest die Voraussetzungen für die Aussetzung offenkundig nicht vor. Dies gilt jedenfalls deshalb, weil die Durchführung des Regionalplan-verfahrens nach dem konkret verfolgten Planungskonzept des Regionalrats Arnsberg durch die zur Genehmigung gestellte Einzelanlage nicht wesentlich erschwert oder gar unmöglich gemacht wird. Ein solcher Fall wird in der Regionalplanung vielmehr überhaupt nicht betrachtet. Selbst wenn man aber von einer wesentlichen Erschwerung ausginge, erwiese sich die konkrete Aussetzungsentscheidung als offensichtlich ermessensfehlerhaft. Die von der Bezirksregierung Arnsberg angestellten Erwägungen sind offenkundig unzureichend, insbesondere hat sie zahlreiche im vorliegenden Einzelfall gegen eine Anweisung sprechenden Gesichtspunkte nicht gewürdigt. Der Beschluss ist unanfechtbar. Beim Oberverwaltungsgericht sind aktuell noch weitere 17 Eilverfahren anhängig, die auf die landesrechtliche Aussetzungsvorschrift gestützte Anweisungen der Bezirksregierungen Arnsberg (16) bzw. Detmold (1) zum Gegenstand haben. Diese betreffen rund 50 Windenergieanlagen. Weitere Hinweise: § 36 Abs.3 LPlG NRW Die Bezirksregierungen können die Genehmigungsbehörde im Einzelfall anweisen, die Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben der Windenergie im Sinne des § 35 Absatz 1 Nr. 5 des Baugesetzbuchs auszusetzen, wenn sich ein Raumordnungsplan in Aufstellung befindet oder geändert wird, um den Flächenbeitragswert im Sinne des § 3 Absatz 1 Windenergieflächenbedarfsgesetzes oder eines daraus abgeleiteten Teilflächenziels zu erreichen, und zu befürchten ist, dass die Durchführung der Planung durch das Vorhaben unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werden würde. Die Anweisung der Bezirksregierung nach Satz 1 ist bei Vorhaben, die zum 12. Juni 2024 bereits beantragt waren, ein Jahr nach Eingang der vollständigen Genehmigungsunterlagen bei der Genehmigungsbehörde zulässig. Dies gilt nicht, wenn bis zum 2. Juni 2023 vollständige Genehmigungsunterlagen bei der Genehmigungsbehörde vorlagen. Für nach dem 12. Juni 2024 beantragte Vorhaben ist die Anweisung der Bezirksregierung innerhalb von sechs Monaten zulässig, nachdem die Bezirksregierung von dem Vorhaben in einem Verwaltungs-verfahren förmlich Kenntnis erhalten hat. Die Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben kann für ein Jahr, bei Vorliegen besonderer Umstände höchstens um ein weiteres Jahr, längstens bis zum 31. Dezember 2025 ausgesetzt werden. Die Befugnis zur Aussetzung gilt nicht für Repowering-Vorhaben im Sinne des § 16b Absatz 1 und 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist.

Sowie das Urteil vom 06.09.24 - 22 D 106/23.AK gegen den NABU, insoweit Windenergieanlagen im Arnsberger Wald - im zu entscheidenden Fall – trotz eines Schwarzstorchvorkommens wegen artenschutzrelevanter Auflagen zulässig seien

Schließlich erfolgt eine ausführliche Darstellung unter Bezugnahme auf das Urteil des OVG Berlin das nach hiesiger Auffassung von erheblicher Relevanz ist. Das OVG Berlin Urteil vom 23.07.24 - 11 A 16.20 - PM 29/24 vom 23.07.24
In der Pressemitteilung heißt es dazu zusammengefasst:

Ausgehend von Prognosefehlern, weil teilweise nicht die aktuellsten Daten eingestellt und Veränderungen in der Planung der Maßnahmen nicht berücksichtigt wurden, ist die Bundesregierung zu einer entsprechenden Änderung des Luftreinhalteprogramms verpflichtet. Dabei hat sie darauf zu achten, dass die Maßnahmen geeignet sind, die in der NEC-Richtlinie festgelegten Reduktionspflichten der Bundesrepublik Deutschland einzuhalten.

Einführung

Eckpunkte und Grundsätze

Rechte und Pflichten von Gemeinde und Anwohner sind konkrete Abwägungsmomente.

Die Gemeinden haben eine umfassende Fürsorgepflicht und Vorsorgepflicht aus Art 28 GG für alle Bürger. Keine Ungleichbehandlung entgegen Art 3 GG insb. in Sachen Abstände zu Wohnhäusern usw.

Außenbereichssatzung sind hierzu hilfreiche Gestaltungs-Instrumente.

Akzeptanz soll im Lichte der kommenden Anlagengeneration von 250m+ nur bei min 1000m Abstand zu allen Wohnhäusern und diskriminierungsfreie Gleichbehandlung aller Anwohner erreicht werden. Die aktuelle Rechtsprechung des OVG NRW will solche Abstände nach Schutzwürdigkeit der Wohngebiete differenzieren.

Unfallgefahren und –vermeidung sind nur durch gesicherte Abstände bei min. 1000m Abstand gewährleistet (Gutachten Veenker)

Überlegungen zum individuelle-subjektiven Schutz der Anwohner

Lärm/Schallausbreitung durch besonders hohe Anlagen in verschiedensten Formen sind eine Herausforderung

Vorbelastungen und das Vorsorgeprinzip sind nur zu realisieren bei einem 1000m Abstand um nicht in Streitigkeiten wegen zu hoher gesundheitlicher Lärmbelastung, gesichert durch Art 2 GG zu geraten.

Rechtssicherheit für Anwohner sind nur durch Mindestabstände von 1000m zu erreichen, weil andernfalls die Betreiber durch (vorläufige) Betriebseinschränkungen auf niedrigere Abstände drängen. Diese aber sind in der Regel nicht überprüfbar und werden von den zuständigen Behörden nach BImSchG erfahrungsgemäß unzureichend bis gar nicht überwacht. Außerdem werden zunächst erteilte Betriebseinschränkungen zwecks formaler Einhaltung von Immissionsbelastungsgrenzen der Anwohner diese nach Antrag des Windanlagenbetreibers auf Änderungen der Genehmigung (also z.B. Aufhebung der nächtlichen Betriebseinschränkung gem. § 16 BImSchG) dem Anwohner in der Regel nicht mitgeteilt. Die Anwohner werden gem. § 16 BImSchG allein gelassen werden und wundern sich über erhöhte nächtliche Lärmwerte. Siehe dazu auch der Missbrauch des Lärmschutzes durch den § 31 k BImSchG, wo ohne jedwede

Information betroffener Anwohner im Winter 2022/2023 und 2023/2024 der nachts aus Immissionsschutz betriebliche eingeschränkte Betrieb auf Antrag des Betreibers der jeweiligen Windanlagen weitestgehend aufgehoben wurde. Deshalb ist allein eine klare Abstandsregelung von z.B. 1000m zu Wohnhäusern eine solche Anwohner sicher schützende Regelung.

Auf die aktuelle Rechtsprechung des OVG NRW zur nun unstreitigen Planoption von 1000m Abständen zur Wohnbebauung, siehe OVG NRW 22 D 47/23.AK PM vom 02.07.24, wird ausdrücklich Bezug genommen. Dort hat der Senat einen solchen Vorsorgeabstand zugelassen und damit dem massiven Eingriff in den Nachbarschutz durch Minister Habecks windfreundliche aber Anwohner benachteiligende gesetzliche Regelung vom 01.02.23 in § 249 Abs. 10 BauGB einen gewissen Schutz entgegengestellt, auch wenn dies nach der Schutzwürdigkeit ggfls. zu differenzieren sein könnte.

Je höher die Windanlagen desto besser kann sich der Schall auch über größere Entfernungen ausbreiten.

Infraschall und Körperschall (durch den Boden geleitet ins Haus von Anwohnern bei Abständen von unter 1000m) sind bei der kommenden Anlagengeneration von 6 bis 10 MW real, insb. wenn mehrere dieser Groß-Anlagen in Gruppen stehen, wie es heute und in Zukunft immer häufiger der Fall sein wird. Denn der „Summenpegel“ mehrerer Anlagen kann beträchtlich sein.

Die ersten 7,8 MW-Anlagen sind bereits beantragt. Sie haben 80m lange Rotoren und eine überstrichene Rotorfläche von ca. 25.000qm. Dies sind die Anlagengrößen der sich die Regionalplanung stellen muss, aber in der aktuellen Planung nicht stellt. Siehe Näheres dazu weiter unten.

Visuell bedrängende Wirkung durch zu geringe Abstände zu industriellen Großanlagen mit einer Höhe von 250m+ ist real bei unter 1000m Abständen, insb. bei erhöhten Anlagenstandorten, auch wenn das BMWK die Abstände mit dem §249 Abs. 10 BauGB drastisch minderte, also die Abstände der Wohnhäuser zu Windanlagen bei immer höheren Anlagen und damit den Anwohnerschutz kürzte. Das ist ein Widerspruch in sich, da man erwarten dürfte, dass bei immer höheren Anlagen (Unfallgefahren) auch die (Vorsorge-)Abstände steigen. Herr Minister Habeck ist stattdessen den Wünschen der Windindustrie gefolgt.

- Wertverluste von Immobilien (gem. RWI-Studie vom Januar 2019 von ca. 25% bei unter 1000m Abstand, damals bei Windanlagen bis nur 150m Höhe, weswegen heute bei Anlagen bis 300m Höhe auch höhere Wertverluste anzunehmen sind) gegenüber extrem EEG-subventionierten Anlagen mit hohen Subventions-Renditen der Projektierer sind gerade bei geringeren Abständen als 1000m relevant. Ein entschädigungsloses soziales Sonderopfer ist für die Anwohner nicht zumutbar. Vielmehr stellt ein solcher Eingriff einen enteignungsgleichen Eingriff ins Eigentum zwecks Ermöglichung von Subventionen und hohen Subventionsrenditen dar, die die Anwohner durch die CO2-Steuer wie auch die CO2-Steueranteile im EU-ETS zwangsfinanzieren müssen, werden also gezwungen ihren eigenen Wertverlust des

Hauses zu finanzieren.

Unfallgefahren

Konkrete Unfallgefahren bestehen bei den heutigen Grossanlagen bei Abständen zu Wohngebäuden unter 995m. Hierzu wird das Gutachten „Veenker“ vorgelegt, aus dem sich die statistischen und probabilistisch notwendigen Abstände und konkreten Wahrscheinlichkeiten von Unfällen ergeben. Beim Einhalten eines 1000m Abstandes ist das irrelevant. Durch die signifikante Unterschreitung des 1000m Abstandes – zum Teil zu Abständen von unter 500m zu Wohnhäusern – ist die Unfallgefahr nicht nur offensichtlich sondern gem. Veenker sehr konkret und liegt in einem statistisch wahrscheinlichen Korridor, der für betroffene Anwohner nicht zumutbar ist. Die durch Windanlagen an Wohnhäuser herangebaute statistisch belegte Unfallwahrscheinlichkeit mit Gefahr für Leib und Leben der Anwohner macht die vorgelegte Planung für Abstände von heutigen und zukünftig 250 bis 300m hohen Windanlagen unter 1000m zu Wohnhäusern unzumutbar und nicht hinnehmbar.

Gefährdung durch Boden- und Wasserkontaminationen

Eine signifikante Gefährdung stellt die Boden- und Wasserkontamination durch versch. Schadstoffe der Rotoren dar. Durch großflächige Verteilung von Mikroplastik durch natürliche Abtragung/Verschleiß der Oberfläche der Rotoren, werden die in den Mikropartikeln enthaltenen gefährlichen Chemikalien PFAS (sollen gem. EU in den nächsten Jahren verboten werden) und BPA (Urteil des EuGHs vom 09.02.23: BPA sind besonders gefährlich) in die Umwelt und Natur frei gesetzt.

Weitere gefährliche Stoffe sind CFK/GFK. Carbon (CFK/GFK) sind gemäß UBA (Umweltbundesamt) dann besonders toxisch und gesundheitlich gefährlich und werden in der Gefährlichkeit mit Asbest verglichen, wenn sie bei einem Brand der Rotoren eine höhere Temperatur als 600C (Brandlast) erreichen bzw. überschreiten. Da die Rotoren in ihrer inneren Struktur aus leichtem Balsaholz von ca. 50 Baumstämmen pro Rotorblatt zusammengesetzt sind, besteht eine inhärente und extrem hohe Wahrscheinlichkeit für eine relevante Brandlast, d.h. die Voraussetzungen die Temperatur von 600C zu überschreiten ist per se gegeben. Dann können in den CFK/GFK-Anteilen der Rotoroberflächen auch die toxischen Veränderungen eintreten, die bei einem üblichen Verwehen der Bestandteile durch den Wind zunächst die Menschen in der näheren Umgebung gefährden, und bei Verwehen auf die umliegenden Felder diese in der Regel landwirtschaftlich nicht mehr nutzbar machen.

Ein weiterer Gesichtspunkt ist der Verlust an Heimat – der Eingriff in die Verantwortung für die Heimat. Wer kümmert sich um die Heimat? Letztlich die Anwohner! Deshalb haben Sie ein starkes Mitbestimmungsrecht. Die jetzige Planung führt zu einer industriellen Überprägung und dem gewillkürten Eingriff in z.T. jahrhundertealte, geübte und bewährte heimatliche Strukturen

Weitere Gesichtspunkte in Stichpunkten:

Industrialisierung durch WKA – industriell-monotone Überprägung des

Landschaftsbildes und dessen Verlust insb. im Hinblick auf Tourismus, Erhalt, Pflege und Verantwortung.

Die Straßenbauarbeiten und der damit verbundene Aufwand ist erheblich – Kosten – Reparaturen während der Betriebsphasen – Rückbau der Infrastruktur und Wege ist während der Betriebszeit ausgeschlossen und wird bisher anschließend weder geregelt noch ist er aufgrund der jahrzehntelangen Verdichtung der Infrastrukturflächen möglich.

Es findet ein Flächenfrass durch umfassenden Wegebau Verbreiterung auf bis zu 6 Meter und erheblicher Auskofferung (ca. 1,5 bis 2m) statt zzgl. Fundament- sowie weitere Infrastrukturflächen.

Verschärft einschlägig ist die Lieferkettenverantwortung nach dem deutsche LieferkettensorgfaltspflichtenG für Materialien, die für eine WKA verwendet werden, z.B. Balsaholz aus dem Regenwald Equadors, sehr schwieriges nicht recycelbares Carbon/GFK/CFK usw. für die Ummantelung der Rotoren, weltweiter Rohstoffraubbau für Kupfererz, Eisenerz, Bauxit und Seltene Erden, Verlagerung der in der Regel fossilen Verarbeitung in Drittländern, sowie unserer dadurch ursächlichen CO₂/Klimagase-Verantwortung in anderen Ländern, weshalb kein CO₂-freier Strom durch Windanlagen möglich oder denkbar ist. Denn gem. Lieferkette, Scope-3, ESG und CSRD ist eine umfassende Transparenz aller Vorketten unabdingbar.

Ggf. Verlust von Wald und Waldflächen als CO₂-Senke durch WKA-Standorte im Wald, incl. Verlust des Waldes von Sauerstoffproduzent, Wasserspeicher und Biodiversität usw.

Austrocknung und Verlust des Waldes als Wassergewinnung und –reservoir durch intensiven Wegebau und dadurch Öffnung des Waldes für Hitzeinseln mit großen Folgeschäden

CO₂-Fussabdruck durch Energie- und CO₂-Verbrauch von WKA, bevor die Anlagenteile nach Deutschland geliefert werden, die im Rahmen des LieferkettenG und Scope-3, d.h. Erfassung aller Klimagasemissionen usw. ab Beginn der Rohstoffexploration

Fehlender Brandschutz im Umfeld trockener Wälder, Feuerüberschlag und großflächige Brände durch Windanlage bei 250m Höhe sind im Wald unvermeidlich.

Rückbaukosten (durch Bürgschaften gesichert) – sind in der Regel viel zu niedrig angesetzt, da Recycling energieintensiv ist und da Energie über die CO₂-Steuer und EEG&Netzkosten generell teurer wird, wodurch Recycling unwirtschaftlich bzw. sehr viel teurer wird als bisher unterstellt, siehe Urteil des 7. Senats des OVG NRW vom 25.09.24 in Sachen SL Naturenergie./ Kreis Düren (Gemeinde Vettweiss) mit Rückstellungsbürgschaft von weit über 400.000 Euro für zwei Windenergieanlagen. Auch das ist nach hiesiger Erkenntnis zu niedrig im Lichte der Haftung des Landkreises bei unzureichender Regelung oder Insolvenz des Betreibers (siehe der Fall im Kreis Daun im Bericht des Landesrechnungshofes Rheinland-Pfalz von Anfang

2024).

https://rechnungshof.rlp.de/fileadmin/rechnungshof/Jahresberichte/2024/Praesentation_Jahresbericht_2024.pdf Chart 29 und 30 Siehe Anhang 1

Praktische Anlagentechnik und eine Systemüberforderung die weiteren Flächenplanungen entgegenstehen

Derzeit wird erkennbar, dass die Flächenbeitragswerte bundesweit deutlich überschritten sind, bzw. nach neuester Rechtsprechung bedarf es im Endergebnis nur noch ca. 1% der Flächen, statt der bisher unterstellten 2%-Flächen. Eine Folge ist, dass automatisch Schutzgebiete jedweder Art nicht mehr zugunsten der Windindustrie geöffnet werden dürfen wie auch Abstände zur Wohnbebauung von 1000m angemessen sind, ggfls. auch höhere Abstände!

Im §3 WindBG wird ausgeführt: „(2) Die Länder erfüllen die Pflicht nach Absatz 1, indem sie 1. die zur Erreichung der Flächenbeitragswerte notwendigen Flächen selbst in landesweiten oder regionalen Raumordnungsplänen ausweisen oder 2. eine Ausweisung der zur Erreichung der Flächenbeitragswerte notwendigen Flächen durch von ihnen abweichende regionale oder kommunale Planungsträger sicherstellen; dabei legt das jeweilige Land hierzu regionale oder kommunale Teilflächenziele fest, die in Summe den Flächenbeitragswert erreichen, und macht diese durch ein Landesgesetz oder als Ziele der Raumordnung verbindlich.“

Eine Verbindlichkeit kann im Hinblick auf den Fortschritt vieler Planungen weitgehend unterstellt werden.

Aber nicht nur das 1,1% Ziel 2027, sondern sogar das 1,8% End-Ziel nach § 3 WindBG *[Fußnote 1: Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land (Windenergieflächenbedarfsgesetz - WindBG) § 3 Verpflichtungen der Länder]* ist in der Regel bereits heute und erst recht in Zukunft übererfüllt durch die in den Regionalplänen ausgewiesenen Windvorrangzonen sowie die additiven Beschleunigungsflächen, die zahlreiche Gemeinden bereits gem. § 36 BauGB durch das gemeindliche Einvernehmen verbindlich gemacht haben oder dabei sind es zu tun. Viele Landesregierungen gehen nach eigenem Bekunden fest davon aus, sogar die 1,8% schon 2025 zu erreichen. Man muss folglich davon ausgehen, dass mit Sicherheit der (Zwischen-)Wert von 1,1% faktisch jetzt schon erreicht bzw. überschritten ist!

Der Flächenbeitragswert ist also aus zwei Gründen bereits jetzt de facto übererfüllt:

1. Die Flächenplanung des RP,
2. Die von Gemeinden einvernehmlich und zur RP-Planung additiv übermittelten Beschleunigungsflächen gem. 245e Abs.5 BauGB

Ist die Ausweisung nach dem WindBG fertiggestellt, tritt die Gemeindeöffnungsklausel außer Kraft.

Damit entfällt die Privilegierung gemäß § 35 Abs. 1 BauGB!

Der erreichte Flächenbeiwert führt gem. 3 WindBG dazu, dass 245e Abs.5 BauGB *[Fußnote 2: Infolge der Einführung des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) werden derzeit bundesweit zahlreiche Regionalpläne geändert oder neu aufgestellt. Denn bis 2027 bzw. 2032 müssen die Länder nachweisen, dass sie den im WindBG vorgesehenen Flächenbeitragswert erreicht haben. Für die Übergangszeit stattdessen § 245e Abs. 5 Baugesetzbuch (BauGB) die Gemeinden seit dem 14. Januar 2024 mit der Befugnis aus, selbst (zusätzliche) Windenergiegebiete auszuweisen. Was passiert, wenn sich die Planungen auf Regional- und Gemeindeebene zeitlich überschneiden, ist allerdings nicht vollständig geklärt.]* nicht mehr anwendbar ist. Ist die Ausweisung nach dem WindBG fertiggestellt, tritt die Gemeindeöffnungsklausel außer Kraft. Das erscheint nach hiesiger Auffassung generell der Fall. Nach § 245e Abs. 1 S. 2 BauGB entfällt die Ausschlusswirkung aller bisherigen, außerhalb des WindBG erfolgten und nicht „transferierten“ Ausweisungen in Regionalplänen und Flächennutzungsplänen, sobald die Flächenbeitragswerte des WindBG erreicht sind.

Als privilegiert i.S.d. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gelten dann entsprechend der ausdrücklichen Anordnung in § 249 Abs. 2 S. 1 BauGB nur noch Flächen innerhalb der Windenergiegebiete nach § 2 WindBG; die Privilegierung aller anderen Flächen entfällt, Windenergievorhaben sind dort dann nach § 35 Abs. 2 BauGB zu beurteilen und damit in aller Regel unzulässig.

Die Träger der Regionalplanung können bereits bestehende Flächenausweisungen auf kommunaler Ebene mithilfe der neuen Planungsinstrumente des WindBG mithin einfach übersteuern. *[Fußnote 3: <https://www.taylorwessing.com/de/insights-and-events/insights/2024/01/die-gemeindeoeffnungsklausel>]*

Die Vorschrift des § 245e Absatz 5 BauGB setzt weiterhin voraus, dass die Gemeinde ein Gebiet zugunsten der Windenergienutzung plant, welches die Anforderungen des § 2 Nr. 1 WindBG erfüllt. *[Fußnote 4: Im Sinne dieses Gesetzes sind 1. Windenergiegebiete: folgende Ausweisungen von Flächen für die Windenergie an Land in Raumordnungs- oder Bauleitplänen: a) Vorranggebiete und mit diesen vergleichbare Gebiete in Raumordnungsplänen sowie Sonderbauflächen, Sondergebiete und mit diesen vergleichbare Ausweisungen in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen; b) für die Flächenbeitragswerte nach der Anlage Spalte 1 zusätzlich Eignungs- und Vorbehaltsgebiete in Raumordnungsplänen, wenn der Raumordnungsplan spätestens am 1. Februar 2024 wirksam geworden ist;]*

Selbst wenn man davon ausgehen sollte, dass der Flächenbeiwert formal noch nicht erreicht wäre, dann gelten die Übergangsregel und die Übergangsbestimmungen. Diese definieren aber eine Reihe von Bedingungen, damit sie angewendet werden können.

Zur höchst kritischen Situation der Netze aber auch eines weiteren Zubaus Siehe aktuell die Gutachten von Prof. C. Bauer, Universität Darmstadt <https://www.fr.de/wirtschaft/fallen-negativ-folgen-minus-solarpaket-ampel-strompreise-solarstrom-zr-93030115.html> und <https://efahrer.chip.de/news/kommen-jetzt-strafen-fuer-solarbesitzer-professor-stellt->

Ohne ausreichende Netze oder Speicher macht der ganze Zubau – und dies insbesondere beim Überschreiten der Flächenziele - keinen Sinn. Weder Netze und erst recht Speicher aber sind in absehbarer Zeit nicht im erforderlichen Umfang verfügbar. Die derzeitige Planung von Speichern ist bundesweit nicht einmal ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein. Es verstößt u.a. gegen § 5 Abs. 1 Nr. 4 BImSchG Windanlagen zu genehmigen und zu errichten, ohne dass klar ist, ob der Strom überhaupt netztechnisch genutzt werden kann. Andernfalls wird jeden Tag auf diese Weise mehr Geld verbrannt zu Lasten der täglich schon an der Grenze des Zumutbaren belasteten Bürger.

Das gilt auch für die in vielen Planungen befindlichen Speicher insoweit, als diese einen erheblichen Rohstoffbedarf haben, der nur durch Inkaufnahme eines hohen CO₂-Fussabdrucks und vielfältige Eingriffe und Zerstörungen zum Nachteil von Menschen und Natur möglich ist. So wird vermeintlich „grüner“ Strom durch Windanlagen bei Inanspruchnahme solcher Batterien automatisch zu „grauem“ Strom, zzgl. zu den z.T. extrem hohen Umwandlungsverluste. Folglich steht solcher Batterieeinsatz dem Ziel der Regionalplanung für Windenergieanlagen entgegen. Denn damit werden die CO₂-Ziele komplett in Frage gestellt.

Diese Situation muss auch die Regionalplanung bei ihren Entscheidungsprozessen umfassend abwägen, beispielhaft OVG NRW aaO. zur weitgehenden Unwirksamkeit des LEP NRW vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE).

Ergänzend sei nun auf folgendes aktuelle hinweisen.

Das OVG Berlin Urteil vom 23.07.24 - 11 A 16.20 - PM 29/24 vom 23.07.24, hat einer Klage teilweise stattgegeben, wonach die Daten der Behörde zur Grundlage der Klimaziele überholt waren bzw. die aktuellsten Daten nicht eingestellt waren und dies der Behörde anzulasten sind mit dementsprechenden Folgen

Das gilt auch hier.

Denn die Flächenplanungen u.a. des RP Köln (incl. LANUV NRW wie auch des BMWK usw.) beruhen auf Wind-Anlagengrößen die heute (fast) nicht mehr beantragt oder errichtet werden. So wurden durch das LANUV von der Bundesnetzagentur das Anlagenregister zu den Erneuerbaren Energien, - zwischen August 2014 und Dezember 2018 zugrunde gelegt sowie das Marktstammdatenregister seit 01.01.2019 und geht das LANUV z.B. beim Flächenbedarf noch von 2 MW-Anlagen aus. Die vom LANUV zugrunde gelegte Berechnung der mittleren anlagenspezifischer Jahreserträge für den Windenergieanlagenbestand in Nordrhein-Westfalen fußen auf einer Masterarbeit von 2015, und diese wiederum auf noch älteren Daten https://www.energieatlas.nrw.de/site/Media/Default/Dokumente/Masterarbeit_Bettina_Einicke.pdf

für die Windanlagen angenommen wurden mit lediglich 90m Rotordurchmesser und Nabenhöhen zwischen 80 und 130 m (Seite 4). Für Windstärken lagen nur vor bzw. wurden zugrunde gelegt solche mit nur 150m Höhe (Seite 20). Darüber hinaus gibt es keine Betrachtungen, obwohl der in 250m bis 300m Höhe nochmals stetigere Wind

und die höheren Windgeschwindigkeiten in der 3. Potenz exponentiell höhere Stromerträge verursachen. Heute sind üblich Rotordurchmesser onshore von 160m bis 180m und Anlagen bis knapp 300m hoch. Es ist offensichtlich, dass die damalige Master-Arbeit bzw die anschließende Grundlagenarbeit des LANUV das aktuelle und zukünftige Geschehen in keiner denkbaren Weise abbilden kann, bzw. Fiktion und Realität völlig auseinanderlaufen. Insbesondere die daraus vom LANUV für die Flächenberechnung abgeleitete Extrapolation viel zu niedriger Werte offenbart die völlige Untauglichkeit der Grundlagen im Lichte heutiger und zukünftiger Entwicklung.

Heute und erst recht in Zukunft sind Anlagen von 6 bis 8 MW mit 250m bis 300m Höhe üblich geworden. Diese erreichen aufgrund der physikalischen Besonderheiten (Siehe Anlage BWE), der höheren Leistung und in 250m Höhe mindestens doppelt so hohen Windgeschwindigkeit, wie bisher unterstellt, den mindestens 10-fachen Stromertrag (LEENRW PM vom 23.07.21 siehe Näheres unten). Die explosionsartige Größe heutiger und zukünftiger Anlagen ist im von der BNetzA geführten Marktstammdatenregister einzusehen.

Im Lichte dieser Zahlen und explodierender Anlagengrößen braucht es folglich weniger als 1 % der Flächen um die Stromproduktionsziele durch EE bis 2030 in NRW zu erreichen. Das hängt damit zusammen, dass die 250m+- Anlagengeneration dort oben die bis zur dreifachen Windgeschwindigkeit nutzen kann. Damit gilt das physikalische Gesetz: 2-fache Windgeschwindigkeit = 8-facher Stromertrag, 3-fache Windgeschwindigkeit = 27-facher Stromertrag. Außerdem haben die heutigen Anlagen ca. 6 bis 8 MW installierte Leistung statt 1 MW wie vor 20 Jahren. Das führt zu Volllaststunden von früher 1500h p.a. jetzt bis zu ca. 3500 h p.a. mit durchschnittlich 15-fach höheren Stromerträgen. Eine einzige 6 bis 8 MW Anlage mit 265m Höhe kann bei idealen Verhältnissen (z.B. im Sauerland oder Paderborner Land oder Eifel) so viel Stromerzeugen (+/- 20 Mill kWh) wie 100 1 MW-Anlagen mit 100m Höhe. Dazu verweist der Unterzeichner auf seine gutachterliche Stellungnahme vom 31.05.21 an den Landtag NRW. Diese Sicht vertritt nicht überraschend ähnlich auch der LEENRW vom 23.07.21,

siehe <https://www.lee-nrw.de/presse/mitteilungen/klimaziel-erreichbar-mit-nur-20-prozent-mehr-windenergieanlagen/> und

<https://www.lee-nrw.de/data/documents/2021/07/23/573-60fa88df9ec2d.pdf>
verlinkte Studie Windguard

<https://www.lee-nrw.de/data/documents/2020/11/23/532-5fbb61e5e6bb2.pdf>
und hat sich dem Unterzeichner angeschlossen ohne ihn zu erwähnen.

Diese Steigerung der Stromproduktion durch die explodierenden Anlagengrößen hat also sogar der LEE NRW vor zwei Jahren in einem Gutachten bestätigt, aaO. Damit darf dieser Fakt als unstreitig festgestellt gelten.

Die Folge davon ist, dass die politischen und klimarelevanten Stromertragsziele für Windstrom bereits auf einer Fläche von ca. 1% des Landes erreicht werden können. Deshalb gehen nicht nur die aktuellen Flächenplanungen an den faktischen Realitäten vorbei, mit "erst Recht" den Windanlagenplanungen vor Ort entgegen stehenden Folgen, sondern das hat auch enorme Folgen für die kompletten kommenden noch

schneller steigenden Redispatchmengen, Netzaufnahmeoptionen und Kostenfolgen für die BNetzA und die dafür von Ihr herangezogenen Stromendverbraucher, die schon durch die PV-Zubau Situation netztechnisch wie kostenseitig massiv unter Druck geraten (Gutachten Prof Bauer aaO).

Aufgrund dessen sind Flächen mit Abständen von unter 1000m zu Wohnhäusern fachlich nicht erforderlich und braucht es auch keiner Flächen in Schutzgebieten, ggfls. auch nicht in Waldgebieten. Die Folge ist eine höhere Akzeptanz der Bevölkerung und entspannte Planungen.

Noch schneller noch mehr dieser Wind-Großanlagen mit ca. 20MillkWh plus X pro Anlage pro Jahr zu bauen und in Betrieb zu nehmen hat schon im Lichte der PV-Situation in ggfls. zwei bis drei Jahren den noch schnelleren Zusammenbruch der Netze zur Folge. Die Redispatchkosten betrugen 2023 bereits über 3 Mrd. Euro, zwangsauszugleichen über die Netzentgelte als Teil des Strompreises durch alle privaten Stromnutzer. Diese Kosten werden in diesen und den folgenden Jahren aus obigen Gründen, wenn weiterhin Windanlagen ohne Netzparität errichtet und betrieben werden sollen, weiter steigen. Das aber trägt nicht zur erforderlichen Akzeptanz durch die Bürger bei. Das Gegenteil ist der Fall da diese Bürger all diese extreme Ineffizienz zwangsfinanzieren müssen, ohne dass diese darüber aufgeklärt werden. Das aber steht u.a. § 5 Abs.1 Nr. 4 BImSchG entgegen, siehe Auszug (1) Genehmigungsbedürftige Anlagen sind so zu errichten und zu betreiben, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für die Umwelt insgesamt nicht hervorgerufen werden können; 4. Energie sparsam und effizient verwendet wird.

Die sich daraus ergebenden Handlungspflichten ergeben sich aufgrund des Urteils des OVG Berlin sowie der Gesetzeslage selbstredend. Es können nicht die explosionsartig großen Windanlagen mit Strommengen in der 3.Potenz (und deshalb weder mit PV-Ausbau und Zielen vergleichbar, noch sind deren Zahlen aus der Vergangenheit in die Zukunft extrapolierbar) in eine 2%-Flächenkulisse eingeplant und die Kreise zur Genehmigung verpflichtet werden, wenn durch solche Großanlagen exorbitant nicht nur höhere und so nicht geplante Strommengen produziert werden, wenn der Wind weht, sondern wo die Netze diese extremen Strommengen nicht nur nicht aufnehmen können, sondern für die gar keine Netzplanung vorhanden ist, für die es also auch in 20 Jahre keine Netzkapazitäten geben wird. Insoweit war z.B. auch von Anfang an das sog „1000 Windanlagen-Programm in 5 Jahren“ der Landesregierung in NRW zum Scheitern verurteilt, weil die Explosion bei der Anlagengröße wie daraus folgenden Strommengen in der 3. Potenz nicht bedacht wurden.

Es sei zudem darauf hingewiesen, dass diese 1000 Windanlagen in der oben beschriebenen Größenordnung und Stromproduktion in der 3. Potenz zu Subventionsansprüchen über 20 Jahre in Höhe von ca. 40 Mrd. Euro führen. Nirgends ist geregelt, wie und wer das bezahlen soll. Nicht einmal eine bei diesen Dimensionen absolut erforderliche Technikfolgenabschätzung ist erstellt worden. Sollte hierzu nicht umgehend eingegriffen werden wird die gesamte Planung bei einer unweigerlich kommenden Klage gegen die aktuellen Planungen scheitern.

Die Flächenplanungen müssen an die explodierende Leistung der heutigen und zukünftigen Anlagengrößen umgehend angepasst und die daraus folgenden Konsequenzen für die Planung schnellstmöglich berücksichtigt werden.

LieferkettenG – Scope 3 - EU EntwaldungsRiLi

[Abbildung]

Hier sind insbesondere die Scope-3 Emissionen für Windanlagen ausführlich darzustellen. Hierbei wiederum sind die vorgelagerte Wertschöpfung und die nachgelagerte Wertschöpfung zu konkretisieren.

Zur vorgelagerten Wertschöpfung gehören die Emissionen des Mining, also das Erschließen und Ausbeuten der Rohstoffe in Tagebauen, wie bei Kupfer/Kupfererz, Aluminium/Bauxit, Eisen/Eisenerz, Seltene Erden, Zement und Kies sowie u.a. die Gewinnung und Verarbeitung von Balsaholz aus dem Amazonasgebiet in Ecuador (ca. 50m Baumstämme für einen 70m-Rotor, also 150 Baumstämme für drei Rotoren) für die Innenstruktur der Rotorblätter, dessen Einbau bei onshore-Anlagen der Regelfall ist. Hinzu kommen die Emissionen bei der Verarbeitung der Rohstoffe und die Ewigkeitslasten, also z.B. etwa 8000t Laugen&Co pro Windanlage als Ewigkeitslasten.

Hierneben und zusätzlich sind im Rahmen des LieferkettenG zu betrachten die Eingriffe in Menschenrechte (Rechte der Indigenen), Eigentumsrechte und (anteilige) Verluste der Biodiversität.

In Scope1&2 werden die Emissionen betrachtet die beim Bau der Windanlage beim jeweiligen Hersteller anfallen. Hierzu zählt ggfls. auch eine Bilanz von für eine Windanlage gefällttem Baumbestand sowie des Weiteren CO₂ im Waldboden gebundenes CO₂, dass nach dem Abholzen der Fläche in der Regel auch verloren geht. Gleiches gilt für die jeweilige Biodiversität vor Ort. Letztere können überraschend hoch sein, während die CO₂-Emissionen bei Teileproduktion in Deutschland (soweit sie nicht in China stattfindet) und der Zusammensetzung der Anlagenteile allgemein bekannt und im Verhältnis zu Scope-3 sehr gering sind.

Zur nachgelagerten Wertschöpfung gehören die Emissionen/Energieaufwand der Entsorgung, also Beseitigung und Entsorgung des Fundaments, des Stahlturms, des SF 6, der Kupferleitungen und der Rotorblätter. Hinsichtlich der Entsorgung und des energetischen Aufwandes der Rotorblätter wird auf die einschlägige Untersuchung des UBA verwiesen.

Scope 1-3 usw. sind dem Betrieb einer Windanlage und ggfls. durch ihren Betrieb geminderten CO₂-Emissionen gegenüberzustellen. Hinzu kommen die CO₂- und Methanemissionen, die erforderlich sind, um die Versorgung in sog. Dunkelzeiten zu sichern. Diese haben sich Windanlagen als Systemkosten zuzurechnen. Gleiches gilt für Batterien für sog. Überschussstrom von Windanlagen, Der wird ein- und anschließend wieder ins Netz ausgespeist. Die Rohstoffe mit all den schon oben bei den Rohstoffen für Windanalgen ausgeführten Nachteilen und Folgen (bei Batterien insb. die besonders schädliche Lithium-Gewinnung und –verarbeitung) muss sich die Windanlage ebenfalls als weitere Systemkosten zurechnen lassen. Solcher Windstrom

erhält also einen erheblichen CO₂/Methan und Ressourcenfussabdruck. Er ist als Ergebnis eines solch notwendigen und unabdingbar inhärenten Gesamtsystems weder „grün“ noch „klimaneutral“.

Sodann ist nicht die Menge an produziertem Strom in kWh relevant, sondern des jeweiligen Wertes dieses Stroms. Für eine objektive Gesamtbetrachtung außer Betracht bleiben nicht produzierte, aber bezahlte Stunden (Redispatch usw.). Bei den produzierten Stunden ist nicht der nach dem EEG subventionierte Wert, sondern der tatsächliche Wert zugrunde zu legen. Denn nur diese kann überhaupt in der Lage sein im entsprechenden Netz- und Abnahmeumfeld in Aggregaten CO₂ zu mindern.

Die Bedeutung des § 2 EEG im Lichte dieser Gesamtsystembetrachtung

Der 22. Senat zieht in seiner Rechtsprechung regelmäßig den § 2 EEG als Genrealschlüssel zu Hilfe. Das heißt fast alle Entscheidungen werden mit der Generalklausel des § 2 EEG begründet. Es liegt nahe das auch rein vorsorglich auch hier zu tun, um auf der sicheren Seite der Rechtsprechung dieses Senats zu sein. Dem stehen aber die zuvor geschilderten Fakten entgegen. Hinzu kommt, dass z.B. die Kohlekommission im Kohleausstieg 2038 als Voraussetzung geregelt hat, dass die CO₂-Zertifikate der Kohlekraftwerke, die endgültig geschlossen werden, gelöscht werden müssen. Das ist nach hiesigem Wissen bis heute nicht erfolgt. Soweit die CO₂-Zertifikate nicht gelöscht sind hat auch der von Windanlagen produzierte Strom keinerlei CO₂-Minderungsrelevanz. Das aber setzt § 2 EEG voraus, wenn man seine Begründung anschaut.

Auszug aus BTDr. S 158-159 zur Gesetzes-Begründung des § 2 EEG, Unterstreichungen vom Autor)

§ 2 Satz 1 EEG 2021 schreibt analog zum Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) und zum Gesetz zum Ausbau von Energieleitungen (EnLAG) das überragende öffentliche Interesse an der Nutzung von erneuerbaren Energien fest. Außerdem wird festgeschrieben, dass diese Anlagen der öffentlichen Sicherheit dienen. Die Regelung findet auch für einzelne Windenergieanlagen Anwendung und gilt auch in Fällen der Eigenversorgung. Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien werden in der Regel von Unternehmen oder Privatpersonen mit einer Gewinnerzielungsabsicht errichtet und dienen insofern ihrem wirtschaftlichen Interesse. Da die Anlagen gleichzeitig zur Erreichung der energiepolitischen Ziele dieses Gesetzes sowie der Zielsetzung der Bundesregierung zum Klimaschutz und den Zielsetzungen der Europäischen Union im Energie- und Klimabereich beitragen, liegt ihre Errichtung und ihr Betrieb aber gleichzeitig in einem übergeordneten öffentlichen Interesse. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat dementsprechend festgestellt, dass „die Förderung erneuerbarer Energiequellen, die für die Union von hoher Priorität ist, u. a. im Hinblick darauf gerechtfertigt [ist], dass die Nutzung dieser Energiequellen zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt und zur Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung beitragen und die Erreichung der Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen beschleunigen kann“. 16) Staatliche Behörden müssen dieses überragende öffentliche Interesse bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern

berücksichtigen. Dies betrifft jede einzelne Anlage einschließlich dazugehöriger Nebenanlagen, insbesondere bei Windenergieanlagen an Land, weil hier die Ausbauziele derzeit wegen knapper Flächen nicht erreicht werden. Darüber hinaus dient der Ausbau der erneuerbaren Energien auch der öffentlichen Sicherheit. Bereits heute macht Strom aus erneuerbaren Energien rund 42 Prozent des deutschen Stromverbrauchs aus. Bis 2030 soll dieser Anteil auf mindestens 80 Prozent ansteigen, wie § 1 Absatz 2 Nummer 1 EEG 2023 nach Artikel 2 dieses Gesetzes vor schreibt. Damit werden die erneuerbaren Energien den weit überwiegenden Teil der Stromerzeugung abdecken. Gleichzeitig werden konventionelle Anlagen durch den Kohle- und Kernenergieausstieg in einem erheblichen Umfang stillgelegt. Ohne den Zubau von Erneuerbare-Energien-Anlagen kann die Versorgung mit Strom nicht dauerhaft gesichert werden. Der EuGH hat im Zusammenhang mit der Warenverkehrsfreiheit festgestellt, dass Energieerzeugnisse (in dem damaligen Fall Erdölerzeugnisse) wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung als Energiequelle in der modernen Wirtschaft wesentlich sind für die Existenz eines Staates, da nicht nur das Funktionieren seiner Wirtschaft, sondern vor allem auch das seiner Einrichtungen und seiner wichtigen öffentlichen Dienste und selbst das Überleben seiner Bevölkerung von ihnen abhängen. Eine Versorgungsunterbrechung und die sich daraus für die Existenz eines Staates ergebenden Gefahren können somit seine öffentliche Sicherheit schwer beeinträchtigen.¹⁷⁾ Diese Erwägungen sind auf die Stromversorgung insgesamt übertragbar. Strom ist für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitssystems und Versorgung der Bevölkerung sowie für jegliche moderne Kommunikation zwingend erforderlich. Auch die Europäische Kommission hat festgestellt, dass Windparks im Interesse der Volksgesundheit oder öffentlichen Sicherheit stehen und deshalb Ausnahmen vom Artenschutz möglich sind.¹⁸⁾ Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienend muss im Fall einer Abwägung dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien müssen daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden. Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung ist regelmäßig bereits eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien erfolgt. Nach § 2 Satz 3 EEG 2021 gilt Satz 2 nicht gegenüber Belangen zur unmittelbaren Sicherheit der Landes- und Bündnisverteidigung.

16) EuGH, Urt. vom 4.5.2016 – C-346/14, Rn. 73.

17) Vgl. EuGH, Urteil vom 10.7.1984, 72/83, Rn. 34.

18) Europäische Kommission, Leitfaden „Entwicklung der Windenergie und Natura 2000“, Dezember 2012, S. 20.

Entgegnung der Begründung zu § 2 EEG:

Gewinnerzielungsabsicht und das sog. wirtschaftlichen Interesse ist ein Vorwand, da Windanlagen nur aufgrund des EEG-Höchstsatzgarantie errichtet werden, also ausschließlich subventionsgetrieben sind, selbst wenn gelegentlich für den Strom an der Börse geringe Werte gezahlt werden, doch fast immer weit unter dem garantierten Höchstsatz und immer häufiger ist der Windstrom Null wert oder sogar noch weniger. Dann muss der Produzent bzw. der Garant (der Bundeshaushalt) zusätzlich zum EEG-Höchstsatz auch noch den Wert hinzuzahlen der zwischen dem Wert Null und einem beliebigen Wert unter null erreicht, also im Minusbereich liegt. Das sind dann statt des Höchstwertes von 7,35 EurokWh plus Regionalzuschlag (Im Süden ca. 11.3 CentkWh) weitere CentkWh. Bei einem Wert von minus 10CentkWh muss der Bundeshaushalt dann 21,35 CentkWh zahlen.

Windanlagen könne faktisch nichts bzw. nur geringe Beiträge zwecks Erreichung der energiepolitischen Ziele des EEG sowie der Zielsetzung der Bundesregierung zum Klimaschutz und den Zielsetzungen der Europäischen Union im Energie- und Klimabereich beitragen, da u.a. Voraussetzung im Kohleausstieg durch die Kohlekommission systemisch die CO₂-Zertifikate gelöscht werden müssten, die den Mengen der geschlossenen Kraftwerke entsprechen. Das ist bis heute nicht erfolgt. Hinzu kommt, dass seit Beginn des EU-ETS am 01.01.2005 zahlreiche energieintensive Anlagen in Deutschland geschlossen wurden die Rohstoffe für Windanlagen herstellen und nun diese im Ausland hergestellt werden. Sowohl diese Verlagerungen wie auch die Produktion und Verarbeitung der Rohstoffe für Windanlagen findet inzwischen fast nur noch im Ausland statt und muss folglich den für Deutschland produzierten Windanlagen als Ressourcen- und CO₂-Fussabdruck zugerechnet werden, siehe u.a. LieferkettensorgfaltspflichtenG, Scope – 3. Herr B.Bergt, MdB, verbreitet dazu, dass inzwischen 7 von 10 Teilen für Windanlagen aus China stammen. Die dadurch eintretenden Eingriffe in die Natur und Umwelt, Menschenrechte und Gesundheit der Menschen sowie Enteignungen, Umsiedlungen usw. sowie deren CO₂-Emissionen sind fast unbegrenzt hoch, auch und gerade weil sie im Ausland stattfinden, wo bekannterweise in der Regel weitaus geringere Umweltstandards gelten als in Deutschland. Folglich werden durch die dortige Produktion und Verarbeitung der Rohstoffe mehr Klimagase emittiert, als es in Deutschland gewesen wären. Eine solch offensichtliche Verlagerung durch die teuren Klimaschutzgesetze (KSG) darf natürlich nicht unbeachtet bleiben.

Siehe beispielhaft Raubbau im Namen der Umwelt in Spiegel vom 30.10.21 Seite 8ff. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/energiewende-wie-bodenschätze-für-grüne-technologien-ausgebeutet-werden-a-7c0a3f1e-26f6-4ed1-b936-a4082f09886e>

Siehe auch BVerwG, Urt. v. 04.05.2022 – 9 A 7.21 – Lückenschluss A 14 • Rn. 82: § 13 I 1 KSG verlangt von der Planfeststellungsbehörde mit einem – bezogen auf die konkrete Planungssituation – vertretbaren Aufwand zu ermitteln, welche CO₂-relevanten Auswirkungen das Vorhaben hat und welche Folgen sich daraus für die Klimaziele des KSG ergeben.

BVerwG, Beschl. v. 22.06.2023 – 7 VR 3/23 – LNG Leitung • Rn. 39: Die Behörde hat

die Pflicht, die zu erwartende Menge an Treibhausgasen, welche aufgrund des Projekts emittiert werden, zu ermitteln; nur bei unverhältnismäßigem Aufwand kommt eine Schätzung in Betracht.

Dafür spricht auch die EU-EntwaldungsRiLi die zum 01.01.25 in Kraft treten sollte und deren Inkrafttreten auf Drängen der Industrie (auch der Windindustrie) zum 01.01.26 verschoben wurde und die den CO₂- Ermittlungsgrundsatz pp. beim Erstkontakt (wie beim LieferkettensorgfaltspflichtenG und Scope-3) mit Rohstoffen beginnen lässt. Verordnung (EU) 2023/1115 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. Mai 2023 über die Bereitstellung bestimmter Rohstoffe und Erzeugnisse, die mit Entwaldung und Waldschädigung in Verbindung stehen, auf dem Unionsmarkt und ihre Ausfuhr aus der Union sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 995/2010 (Text von Bedeutung für den EWR)

Auf das Balsaholz für die Innenstruktur der onshore-Rotoren aus dem Amazonas-Regenwald in Ecuador (nur dort kommen sie natürlich vor) trifft darauf zu. Pro heute übliche Rotoren von ca. 80m Länge sind ca. 50 Baumstämme erforderlich, der Rest des Baumes wird verbrannt.

EU-weit einheitliche Regelungen für entwaldungsfreie Lieferketten

<https://www.bmel.de/DE/themen/wald/waelder-weltweit/entwaldungsfreie-Lieferketten-eu-vo.html>

Entwaldungs - Richtlinie der EU

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32023R1115>

Angesichts dessen ist nicht erkennbar, dass und ob Windanlagen im Rahmen der notwendigerweise gesamtheitlichen Betrachtung überhaupt einen Beitrag zur Linderung Klimaerwärmung leisten, aufgrund einer solchen Bilanz und vielfach hohen Emissionen und Ewigkeitslasten vielleicht sogar selbst Treiber der Klimaerwärmung sind. Jedenfalls, wenn überhaupt, ist der Gesamtaufwand zwecks Minderung von CO₂ weit höher als die CO₂-Kosten im Rahmen des EU-ETS aus 2005 oder des BEHG von 2020. Zudem hätte das BMWK das EEG längst in das EU-ETS integrieren können, wie es die EU seit 2004 wünscht, um eine übergreifende marktwirtschaftliche Lösung für alle Klimaziele zu erreichen. Auch dazu weigert sich das BMWK. Stattdessen hat es das EEG noch teurer und ineffizienter gemacht durch eine 25%ige Erhöhung des EEG-Höchstgarantiesatzes um 25% vom 27.12.22 auf seitdem 7,35 CentkWh.

Zuzüglich des regionalen Zuschlags ist die Subventionierung des Windstroms die teuerste seit 1991 und steht damit diametral der EU-Anforderung entgegen, die das EEG-Subventionssystem zuletzt im Dezember 2022 nur genehmigte, weil eine kontinuierliche Absenkung des Vergütungssystems vorgesehen war. Durch den Beschluss der BNetzA vom 27.12.22 – kurz nach dem erteilten Bescheid der EU zum EEG - wird dem Bescheid der EU nicht mehr entsprochen. Das BMWK äußert sich bisher nicht dazu, dass dem nicht so ist

Weil schon diese Voraussetzungen nicht vorliegen liegt die Errichtung von Windanlagen und ihr Betrieb nicht gleichzeitig in einem übergeordneten öffentlichen Interesse.

Der Europäische Gerichtshof EuGH, Urt. vom 4.5.2016 – C-346/14, Rn. 73. hatte festgestellt, dass „die Förderung erneuerbarer Energiequellen, die für die Union von hoher Priorität ist, u. a. im Hinblick darauf gerechtfertigt [ist], dass die Nutzung dieser Energiequellen zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung beiträgt und zur Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung beitragen und die Erreichung

der Zielvorgaben des Kyoto-Protokolls zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen beschleunigen kann“.

Zunächst ist festzustellen, dass inzwischen nicht mehr das Kyoto-Protokoll gilt. Es gilt ausschließlich das Paris-Protokoll. Ob die Entscheidung des EuGHs auf das Paris-Protokoll anzuwenden ist wird infrage gestellt. Denn das Paris-Abkommen ist nicht verpflichtend. Es kann nur durch eine Selbstbindung des jeweiligen Staates verpflichtend werden. Die aber kann jederzeit aufgekündigt werden (siehe USA nach der Wahl von Trump zum US-Präsidenten).

Wenn schon die Voraussetzungen eines „überragenden öffentlichen Interesses“ nicht vorliegen, können und dürfen staatliche Behörden dieses überragende öffentliche Interesse bei der Abwägung mit anderen Rechtsgütern nicht berücksichtigen. Dies betrifft jede einzelne Anlage einschließlich dazugehöriger Nebenanlagen, insbesondere bei Windenergieanlagen an Land.

Auch sind inzwischen - seit der Gesetzesbegründung - die Ausbauziele sehr wohl erreicht, von heute knappem Flächen kann keine Rede mehr sein. Vielmehr sind im Rahmen der Regionalpläne in NRW und hier insbesondere des Regionalen Plans für den Bereich des RP Köln der Flächenbeiwert bereits überschritten. Auch deshalb entfällt ein überragendes öffentliche Interesse und den in der Gesetzesbegründung aufgezeigten Abwägungspflichten.

Darüber hinaus dient der Ausbau der erneuerbaren Energien auch nicht der öffentlichen Sicherheit. Zwar macht Strom aus erneuerbaren Energien statt zur Zeit der Gesetzesbegründung von rund 42 Prozent inzwischen weit über 50% des deutschen Stromverbrauchs aus, schwankend von fast Null bis zu ca. 100%. Bis 2030 soll dieser Anteil auf mindestens 80 Prozent ansteigen, wie § 1 Absatz 2 Nummer 1 EEG 2023 nach Artikel 2 dieses Gesetzes vor schreibt. Damit sollen die erneuerbaren Energien den weit überwiegenden Teil der Stromerzeugung abdecken.

Hierzu stellt sich schon die Frage, ob die 80% belastbar definiert sind? Schon heute liegt der Strom aus EE in zahlreichen Stunden bei über 80%!

Hiernach könnte schon deshalb § 2 EEG i.V.m. § 1 EEG (80%) erfüllt sein und das überragende öffentliche Interesse für weitere Anlagen entfallen

Entscheidender ist aber § 1 EEG. Der lautet:

(1) Ziel dieses Gesetzes ist insbesondere im Interesse des Klima- und Umweltschutzes die Transformation zu einer nachhaltigen und treibhausgasneutralen Stromversorgung, die vollständig auf erneuerbaren Energien beruht.

(2) Zur Erreichung des Ziels nach Absatz 1 soll der Anteil des aus erneuerbaren Energien erzeugten Stroms am Bruttostromverbrauch im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) auf mindestens 80 Prozent im Jahr 2030 gesteigert werden.

(3) Der für die Erreichung des Ziels nach Absatz 2 erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.

Die Voraussetzungen für § 2 i.V.m § 1 EEG gemäß § 1 Abs. 3 EEG werden faktisch nicht erfüllt, da der Ausbau der erneuerbaren Energien weder stetig, insbesondere

aber weder kosteneffizient, umweltverträglich oder netzverträglich erfolgen. Auch deshalb ist § 2 EEG nicht anwendbar.

Die Windanlagen werden nicht kosteneffizient ausgeschrieben, errichtet und betrieben. Schon die Ausschreibungen der BNetzA unterscheidet bei ihren Ausschreibungen nicht nach der Leistungsklasse und den optional erreichbaren kWh pro Anlage. So produziert eine Anlage mit 4 MWh etwa bis 15 MillkWh, während eine 7,8 MW bis zu 24 MillkWh produzieren kann. Zudem ist bei der Höhe der Anlagen die ggfls. doppelte Windgeschwindigkeit zu beachten, die dann den bis zu achtfachen Stromertrag erreichen kann. Beide Anlagentypen werden von der BNetzA aber gleich, also nicht differenziert behandelt. Das führt zu einer erheblichen Übersubventionierung hoher und leistungsstarker Anlagen und damit zu überproportionalen Kostenineffizienz. Denn eine 7.8 MW-Anlage im Kreis Lippe kann gemäß Angaben des Projektierers bis zu 23,5 MillkWh im Jahr produzieren. Die EEG-Vergütung beträgt etwa 9,4 CentkWh (notw. Einzelfallbetrachtung gem. § 36h EEG muss hier dahinstehen) und die Anlage kostet incl. allem höchstens 6 bis 8 Mill Euro. Die durch die BNetzA zugesagte Garantievergütung beträgt dann bis zu 45 Mill Euro in 20 Jahren: Schon nach 2 bis 3 Jahren sind die Kosten der Anlage bereits durch die Subventionen egalisiert. Es ist offensichtlich nicht kosteneffizient, wenn eine Anlage die etwa 8 Mill Euro kostet eine Vergütung von bis zu 45 Mill Euro garantiert bekommt. Maßstab und benchmark ist hier die durch die BNetzA laufend überprüfte Verzinsung für die ÜNB = Übertragungsnetzbetreiber, deren Rendite derzeit bei etwa 7 % liegt. Obige Kosten machen deutlich, dass die Subventionierung der Windanlagen das Vielfache dieser 7% beträgt. Schon mehr als das Doppelte dieser 7% dürfte gem. der Rechtsprechung des BGH sittenwidrig sein. Hier liegt die „Verzinsung“ im Sinne einer Subventionierung weit darüber. Sie ist damit wohl sittenwidrig, jedenfalls nicht kosteneffizient im Sinne von § 1 Abs. 3 EEG.

Die Windanlagen werden auch nicht umweltverträglich produziert, errichtet und betrieben. Hier kann auf obige Ausführungen der Liefer- und Produktionsketten incl. Scope-3 verwiesen werden

Jedweder Verstoß gegen Umwelt- und Artenschutz vom Minnig bis zur Entsorgung kann einen Verstoß gegen eine Umweltverträglichkeit darstellen. Selbst eine Schutzregel in der Flächenplanung für örtliche Habitate geschützter Arten (Ausschluss wegen hartes Tabukriterium) ist keine vollständige Entlastung, da hierzu in gleicher Weise die Umweltverträglichkeit in der Liefer- und Produktionskette nachzuweisen ist für die Anlagen in für Windanlagen ggfls. in Betracht kommenden Gebieten.

Insbesondere aber sind Windanlagen nicht mehr netzverträglich. Zwar ist es bisher zu keinem flächendeckenden „Black-out“ gekommen. Das aber ist vom Gesetz nicht gemeint. Vielmehr führt die wetterabhängige Produktion immer dann zu einer Spitzenproduktion aller Windanlagen, wenn der Wind weht. Umgekehrt zu solchen Zeiten, wenn kein Wind weht. Schon in 2023 mussten über 3 Mrd. Euro für versch. Redispatchmassnahmen aufgewendet werden, die als Netzentgelte den Strompreis erhöhen und damit schon gegen § 1 Abs. 3 EEG „kosteneffizient“ verstoßen. Hinzu kommen die inzwischen viele tausende Eingriffe im Jahr durch die ÜNB, um das Netz stabil zu halten. Ohne diese in die Milliarden gehenden Maßnahmen wäre das Netz

hoffnungslos überfordert, was wiederum die Netzunverträglichkeit des volatilen Windstroms unterstreicht, der nur durch weitere notwendige Gaskraftwerke oder Batteriespeicher zwecks Ausgleiches der Volatilität aufgefangen werden kann. Gaskraftwerke wiederum sind durch die LNG-Produktionskette in den USA, Qatar o.ä. schädlicher als Kohlestrom.

Siehe z.B. ZEIT vom 10.10.24 „Die Gaslüge“, siehe

<https://www.zeit.de/2024/43/erdgas-energiepolitik-klimapolitik-lobbyismus-forschung> und

<https://www.spektrum.de/news/treibhausgasemissionen-fluessigerdgas-klimaschaedlicher-als-kohle/2236749>

D.h. die grundsätzliche und physikalisch zwingende Netzunverträglichkeit des volatilen Windstroms kann nur durch immense technische wie finanzielle Maßnahmen ausgefangen werden. Schon dadurch verteuert sich der Windstrom überproportional. Hinzu kommen die Abschaltungen von Windanlagen, letztlich überwiegend begründet in der Netzunverträglichkeit des unvermeidbar volatilen Windstroms. Der kann auch nicht durch PV-Stromnetzverträglich gemacht werden, weil die Mengen von PV-Strom inzwischen selbst das Netz immer häufiges Überfordern.

So waren die Strompreise am 13. Oktober 2024 für 16 Stunden negativ. Das war zumindest für das Jahr 2024 ein neuer Rekord. (Am 27. September waren die Strompreise bereits für 11 Stunden negativ). Weitere zwei Stunden lagen die Strompreise bei null.

[Abbildung]

<https://www.agrarheute.com/sites/agrarheute.com/files/styles/lightbox/public/2024-10/strompreise-spotmarkt.png?itok=xgeot251>

Der weitere Zubau mit immer höheren und leistungsstärkeren Anlagen führt zu weiteren Netzunverträglichkeiten. Denn durch die doppelte Windgeschwindigkeit bei bis 300m Gesamthöhe und Leistungen von derzeit bis 8 MW und ab 2026 von onshore- Anlagen bis 15 MW (derzeit im Probetrieb mit ca. 72MllkWh p.a.) werden die Planungsgrundlagen des LANUV weit überschritten und damit auch die parallel Netzplanungen mit 4 bis höchstens 5MW-Anlagen. Die aus heutiger und zukünftiger Sicht kleinen Anlagen von 4/5 MW-inst Leistung benötigten erheblich weniger Netzkapazitäten als die nun schon in der Anwendung und bald in der Praxis nutzbaren Groß-Anlagen. Für die gibt es aber weder heute noch zukünftig eine Netzplanung, noch genügend Netzkapazitäten. Damit steht einem Flächenbeiwert von mehr als 2% im Bereich des RP Köln die kommende Größe der heute und zukünftigen Strommengen entgegen. Kein Netzengpass und dennoch eine Strommenge wie vom LANUV zugrunde gelegt und völlig ausreichend wäre ein Flächenbeiwert von ca. 1 %. Wenn auf dieser Fläche die Anlagen mit 7 MW und 26 50 bis 300m Gesamthöhe und ihre in der 3. Potenz starken Strommengen errichtet würden wären die gesetzlichen Voraussetzungen eingehalten. Da aber auf den 2 % Flächen keine Beschränkungen der Anlagenhöhe oder der Leistungsstärke vorgesehen sind müssen die in Zukunft ertragsstärksten Anlagen in die Planung fließen. Deren Stromerträge aber sind so hoch, dass eine Netzverträglichkeit nicht mehr darstellbar ist. Es ist andererseits nicht

gesetzeskonform beliebige Redispatchkosten hoch laufen zu lassen und damit eine Schreibe der Ineffizienz zu verstärken. Mithin ist die derzeitige unbeschränkte Anlagenentwicklung mit einem Flächenbeiwert von 2% sachlich und gesetzlich nicht vereinbar

Schließlich tragen Windanlagen onshore auch nicht zur Sicherheit und Diversifizierung der Energieversorgung bei.

Inzwischen werden PV-Module zu über 80% aus China importiert und über 50% der Anlagenteile für Windanlagen kommen aus China. Herr B. Bergt, MdB-SPD, teilte als ehemaliger Mitarbeiter des Anlagenherstellers Nordex über den Wettbewerb mit, dass inzwischen 7 von 10 Teilen für Windanlagen aus China stammen. Das IW Köln schreibt von über 50% Anlagenteilen von Windanlagen aus China: Hinzu kommt, dass Windanlagen gegenüber klassischen Kraftwerken eine um 2/3 geringere Lebenszeit haben und dementsprechend ein sehr viel kürzerer Anlagentausch durch eine neue Anlagengeneration stattfinden muss. Da die letzten AKW inzwischen abgeschaltet sind und die Kohle in Kürze folgt, sind das vom Gesetz geplante wie geforderte Duopol Wind&PV schon in wenigen Jahren in Deutschland die einzigen Stromproduzenten. Das aber führt zwingend zu einer kompletten, jedenfalls weit höheren Abhängigkeit der Stromproduktion von China als Deutschland es bisher von Russland war. Ziel ist es aber, die Abhängigkeit der Stromproduktion von externen Produzenten geringer zu gestalten. Das aber ist durch die geplante wie realisierte Anlagentechnik Wind&PV mit völliger Sicherheit nicht erreichbar. Damit steht die gesetzliche Anforderung der derzeit faktischen Entwicklung der Planung des RP Köln in Leverkusen diametral entgegen.

Ein weiterer Zubau – hier durch die Flächenplanung – steht der gesetzlichen Regelung entgegen.

Gleichzeitig werden konventionelle Anlagen durch den Kohle- und Kernenergieausstieg in einem erheblichen Umfang stillgelegt. Es ist fraglich, ob ohne den Zubau von volatilen Erneuerbare-Energien-Anlagen die Versorgung mit Strom dauerhaft gesichert werden kann. Der EuGH hat im Zusammenhang mit der Warenverkehrsfreiheit festgestellt, dass Energieerzeugnisse (in dem damaligen Fall Erdölprodukte) wegen ihrer außerordentlichen Bedeutung als Energiequelle in der modernen Wirtschaft wesentlich sind für die Existenz eines Staates, da nicht nur das Funktionieren seiner Wirtschaft, sondern vor allem auch das seiner Einrichtungen und seiner wichtigen öffentlichen Dienste und selbst das Überleben seiner Bevölkerung von ihnen abhängen. Eine Versorgungsunterbrechung und die sich daraus für die Existenz eines Staates ergebenden Gefahren können somit seine öffentliche Sicherheit schwer beeinträchtigen.¹⁷⁾ Diese Erwägungen sind auf die Stromversorgung nicht übertragbar, weil volatiler wetterabhängige EE. Strom völlig ungeeignet ist für das Funktionieren der öffentlichen Verwaltung, des Gesundheitssystems und Versorgung der Bevölkerung sowie für jegliche moderne Kommunikation. Zudem ist eine ständig zur Verfügung stehende Energieversorgung durch Erdölprodukte in keinem Fall mit volatilen EE-Anlagen gleichzusetzen. Das wird schon dadurch plausibel, dass EE-Anlagen zwecks Zielerreichung zwingend auf eine erhebliche Anzahl von ca. 50 Gaskraftwerken angewiesen sind, um eine Versorgungssicherheit zu erreichen. Der Methangehalt und –schlupf über einen LNG-

Import führt aber zu Klimagasemissionen, dass sogar die Braunkohle mit BoA-Technik klimagünstiger ist. Gleiches gilt für parallele Batterietechnik mit immensen Eingriffen in die Natur und zum Nachteil der Menschen. Außerdem werden in beiden Fällen derart große Mengen Klimagase emittiert, die sich die Windanlagen nicht nur zurechnen lassen müssen, sondern Klimagas-minderungen in Richtung Klimaneutralität durch den Betrieb von Windanlagen im Lichte ihrer Produktionsketten (aaO) ausgeschlossen sind.

Ob sodann die Europäische Kommission zurecht festgestellt hat, ohne obige Bedenken abzuwägen, dass Windparks im Interesse der Volksgesundheit oder öffentlichen Sicherheit stehen und deshalb Ausnahmen vom Artenschutz möglich sind.¹⁸⁾ stehen obige Überlegungen entgegen. Die Definition der erneuerbaren Energien als im überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit angeblich dienend kann im Fall einer Abwägung nicht dazu führen, dass das besonders hohe Gewicht der erneuerbaren Energien berücksichtigt werden muss. Die erneuerbaren Energien können daher nach § 2 Satz 2 EEG 2021 bis zum Erreichen der Treibhausgasneutralität nicht als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung eingebracht werden. Dazu gilt folglich, dass die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen privilegiert sind.

Besonders im planungsrechtlichen Außenbereich, wenn keine Ausschlussplanung erfolgt ist, muss dem Vorrang der erneuerbaren Energien bei der Schutzgüterabwägungen im Lichte obiger Darlegungen inzwischen nicht mehr Rechnung getragen werden. Öffentliche Interessen können in diesem Fall den erneuerbaren Energien als wesentlicher Teil des Klimaschutzgebotes nur dann entgegenstehen, wenn sie mit einem dem Artikel 20a GG vergleichbaren verfassungsrechtlichen Rang gesetzlich verankert bzw. gesetzlich geschützt sind oder einen gleichwertigen Rang besitzen. Das ist beim Artenschutz im Sinne des Vertrags von Montreal des IPBES mit 30% Schutzgebieten im Sinne von Art 20a GG der Fall. Im planungsrechtlichen Außenbereich mit Ausschlussplanung kommt eine Abwägung zugunsten der erneuerbaren Energien nur ausnahmsweise in Betracht.

Besorgniserregend allerdings, dass Deutschland seine 30% Schutzgebiete noch nicht gemeldet hat, wiewohl eine vergleichbare Struktur und Pflichten wie das IPPC.

Siehe Bericht im Spiegel vom 15.10.24

https://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/umweltschutz-mehrheit-der-laender-vernachlaessigt-verpflichtungen-zum-schutz-der-natur-vor-biodiversitaetsgipfel-a-8d149125-2eff-42c6-8323-47e44cf678a6?sara_ref=re-so-app-sh

Weitere Bedenken ergeben sich aus Artikel 292 der Empfehlung (EU) 2024/612 der Kommission vom 18. Dezember 2023 (vom 07.03.2024), wonach Deutschland erst am 3. November 2023 den Entwurf eines aktualisierten integrierten nationalen Energie- und Klimaplanes vorgelegt hat. Dies hätte vor dem 30. Juni 2023 sein müssen. Aufgrund der verspäteten Einreichung hat die Europäische Kommission sie nicht

genehmigt, so dass die Gültigkeit der aktuellen Flächenausweisungen infrage steht.
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/NL/TXT/?uri=CELEX:32024H0612>

Das IPBES Abkommen vom 19.12.22 in Montreal
Klimaschutz, Biodiversität und soziale Gerechtigkeit müssen zusammengedacht werden, fordern der Weltbiodiversitätsrat IPBES (Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services) und der Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) schon 2021.

Anpassung an den Klimawandel gelingt nur durch den Erhalt der noch vorhandenen natürlichen Lebensräume.

Im Rahmen der Regionalplanung sollten prioritär verpflichtend 30%-Schutzgebiete u. a. gemäß EU-Vorgabe (Green-Deal von 2020) wie auch zusätzlich durch den Vertrag mit dem IPBES von Montreal COP 15 vom 19.12.22 ausgewiesen werden, bevor Standorte für Windenergieanlagen in Betracht kommen und konkretisiert werden. *[Fußnote 5: <https://www.bmuv.de/pressemitteilung/montreal-moment-fuer-die-natur>]*

Im Lichte dieser internationalen Verpflichtungen sollten und müssen die Landschaftsschutzgebiete usw effektiv unter Schutz gestellt und nicht für die Errichtung jeglicher Form von Industrieanlagen wie Windindustrieanlagen von bis 300m Höhe und überstrichenen Rotorflächen von 20.000 bis 30.000qm geöffnet werden. Insoweit ist die Bundesvorgabe betr. 1,8% Flächen nachgeordnet gegenüber int. Verpflichtungen. Andernfalls würde Deutschland vorsätzlich int. Verpflichtungen brechen. Dazu gehört als verantwortliche Behörde für die Flächen-Umsetzung auch der RP Köln. Bis 2030 gibt es nur noch diese letzte Gelegenheit mit dieser Planung bzw um diese Ziele zu sichern. Auch das verlangt das OVG NRW in seiner Entscheidung vom März (aaO.) abzuwägen.

Denn die relevanten Flächen von 30% auszuweisen hat sich Deutschland gem. des Vertrags von Montreal vom 19.12.22 bis 2030 verpflichtet. Weder Bund noch Land noch der RP als ausführendes Organ können sich dieser internationalen Verpflichtungen entziehen.

Da die Ziele des Artenschutzes als Garant unserer Lebensgrundlagen höherrangig sind als die Klimaziele, Art 20a GG, sind wegen der Grundlagenfunktion der Arten und der Biodiversität für das menschliche Leben diese Ziele von „überragendem globalen Überlebens-Interesse“, wohingegen die Klimaziele durch Windanlagen in § 2 EEG „nur“ von „überragendem öffentlichen Interesse“ sind, zumal eine „Anpassung“ an das Klima von wachsender Bedeutung ist und der Erhalt unserer Lebensgrundlagen schon denklogisch vorgehen muss. Insoweit bestehen bereits Bedenken an der Interessendefinition des § 2 EEG, siehe oben.

Zudem gibt es nach Ausführungen der BNetzA und des BMWK keine Gasmangellage mehr, so dass die Voraussetzungen der sog. NotfallVO und dessen einschränkenden Folgen für Mensch und Natur umgehend zu beenden sind.

Der Zustand von Ökosystem hat sich zudem weiter verschlechtert: Der

Sachverständigenrat SRU fordert von Deutschland ein rasche Weichenstellung für Renaturierung. Deutschland muss nach Einschätzung des Sachverständigenrats für Umweltfragen auf nationaler Ebene rasch die Weichen für eine Wiederherstellung der Umwelt stellen - unabhängig vom stockenden Gesetzgebungsprozess auf EU-Ebene.

Der Zustand vieler Ökosysteme hierzulande habe sich weiter verschlechtert, daher müsse die „verbliebene Natur nicht nur geschützt, sondern ihr Zustand auch aktiv wieder verbessert werden“, heißt es in der Stellungnahme des Beratergremiums der Bundesregierung. [Fußnote 6: <https://www.tagesspiegel.de/politik/zustand-von-okosystem-weiter-verschlechtert-sachverständigenrat-fordert-von-deutschland-rasche-weichenstellung-fur-renaturierung-11543420.html>], [Fußnote 7: https://www.umweltrat.de/DE/Home/home_node.html]

Mit der EU-Biodiversitätsstrategie haben sich die europäischen Staaten verpflichtet, 30 Prozent der Landes- und Meeresfläche unter verbindlichen Schutz zu stellen, einschließlich eines „Verschlechterungsverbots“. Ein Drittel davon, 10 Prozent, sollen streng geschützt werden. Die Umsetzung soll bis zum Jahr 2030 erfolgt sein.

Das BMUV schreibt [Fußnote 8: <https://www.bmu.de/themen/naturschutz/allgemeines-und-strategien/ueberblick-allgemeines-/strategien>]:

„Die Natur ist es nicht nur aus sich selbst heraus wert, geschützt zu werden. Die biologische Vielfalt und eine intakte Natur sind die Grundlagen für das Leben der Menschen, für unsere Lebensqualität und Gesundheit. Biologische Vielfalt umfasst den Reichtum an Pflanzen, Tieren, Pilzen und Mikroorganismen ebenso wie die Vielfalt an Lebensräumen und Erbanlagen. Schutz und nachhaltige Nutzung von Natur und biologischer Vielfalt sichern langfristig die Bedürfnisse heutiger und zukünftiger Generationen. Nur wenn das Naturkapital geschützt und erhalten wird, kann es auch künftig wichtige Ökosystemleistungen für die Menschen erbringen.

Trotz vielfacher nationaler, europäischer und internationaler Gegenmaßnahmen schwindet die Biologische Vielfalt weltweit in dramatischem Ausmaß. Das ist nicht nur aufgrund des Eigenwertes der Natur Besorgnis erregend. Die Biodiversität ist auch Grundlage unserer Existenz. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit setzt sich daher mit aller Kraft dafür ein, den Schutz der biologischen Vielfalt national, in der EU und weltweit entscheidend voranzubringen und das UN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt umzusetzen....Der Umbau unseres Energiesystems verändert Landschaften und beeinflusst die Natur. Die Energiewende muss deshalb naturverträglich gestaltet werden...“

Auch die in der Mitte des Jahres durch die EU verabschiedete RenaturierungsRiLi unterstreicht das Vorhergesagte. Wichtiger aber ist die immanente gar nicht erst eintretende Verschlechterung der Natur, damit es einer Renaturierung gar nicht erst bedarf. Denn keine zerstörte Natur kann wieder in ihren ursprünglichen Zustand in gleicher biodiversitärer Qualität zurück versetzt werden.

Dem entsprechend kommt dem Erhalt – oder sogar Vergrößerung – der vorhandenen Schutzgebiete und Naturräume allergrößte Bedeutung zu und begründet eine besondere Verpflichtung für die Gemeinde Leverkusen wie auch den Kreis Minden-Lübbecke.

Da im Kreis Minden-Lübbecke gegenwärtig nur ca. 20% der Kreisfläche rechtskräftige LSG sind, liegt der Kreis weit unter dem Landesdurchschnitt von 45% und unterhalb der int. Verpflichtungen gem. EU und Montreal

Ausführungen zur besonderen Flächensituation im Umfeld von....

Schutzgebiete und Flugkorridore müssen deshalb für die konfliktträchtigen Windanlagen geschlossen bleiben.

Denn Schutzgebiete sollen die Wiederbesiedlung der weitgehend durch überzogene Nutzung verödeter Kulturlandflächen ermöglichen.

Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) wird seit 2011 durch das Bundesprogramm Biologische Vielfalt unterstützt. *[Fußnote 9: <https://biologischevielfalt.bfn.de/bundesprogramm/ueberblick.html>] Dabe* kommt der Erhaltung/Schaffung von Biotopverbünden (z.B. auch in Form der Erhaltung von Flugkorridoren) große Bedeutung zu. Biotopverbünde sind das beste Mittel, um die Vielfalt zu erhalten und sogar zu erhöhen.

Die ehemalige Bundesumweltministerin Svenja Schulze: „Damit Tiere und Pflanzen aus-reichend Lebensraum finden und sich auch in neuen Lebensräumen etablieren können, brauchen sie zusammenhängende Gebiete. Nur so können ihre Populationen dauerhaft bestehen bleiben. Deshalb ist ein Ziel der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt, ein funktionsfähiges System vernetzter Biotope zu schaffen.

Dabei kommt es auf die Kommunen an, die wir dabei unterstützen wollen, Biotope miteinander zu vernetzen und so zu sichern.“Ex-BfN-Präsidentin Prof. Dr. Beate Jessel: „Ein bundesweiter Biotopverbund kann nur durch das gemeinsame Engagement vieler Akteure erreicht werden. Deshalb ist es so wichtig, dass das Projekt bei den Kommunen selbst ansetzt: Städte und Gemeinden werden dabei unterstützt, Maßnahmen zum Biotopverbund beispielhaft in die Tat umzusetzen.“

Auch Angela Merkel hat als Bundeskanzlerin Deutschland ausdrücklich dazu verpflichtet, den Lebensraum von Tieren und Pflanzen besser zu schützen. Die Anstrengungen müssten hochgefahren werden, um biologische Vielfalt zu wahren, mahnte Merkel beim EU-Gipfel BIODIVERSITÄT „One Planet“ am 11.1.2021. Das müsse nicht irgendwann, sondern jetzt geschehen. Deutschland verpflichtete sich, bis 2030 jeweils 30 Prozent der Land- und Meeresflächen unter Schutz zu stellen. *[Fußnote 10: <http://www.undekade-tagung.de/>]*

Die EU-Kommission hat Deutschland wegen jahrelanger Verstöße gegen geltendes Naturschutzrecht vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagt. Unter anderem habe Deutschland eine bedeutende Anzahl von Gebieten immer noch nicht als besondere Schutzgebiete ausgewiesen.

"Wir brauchen eindeutig eine großangelegte Renaturierungskampagne in Europa", sagte der EEA-Experte Carlos Romao. "Das ist ein Muss nicht nur für die Biodiversität, sondern auch zur Bekämpfung des Klimawandels."

[Fußnote 11: <https://www.dw.com/de/eea-umweltagentur-natur-in-europa-ist-bedroht/a-55326963>]

Noch besser ist es allerdings die Natur von vornherein so zu schützen, dass es einer späteren Renaturierung nicht bedarf.

Der Erhalt der Biodiversität ist gemäß dem Bericht des IPCC eine der wichtigsten Maßnahmen zur Abmilderung der Effekte des Klimawandels. Das sechste Artensterben ist global in vollem Gange – nicht primär ausgelöst durch den Klimawandel, sondern durch Raubbau, verstärkte Nutzung naturnaher Flächen, Nutzungsumwidmung, auch für die Energiewende in den für die benötigten Rohstoffe missbrauchten Ländern und deren Natur und Arten sowie häufig Indigenenrechte sowie in Deutschland durch die geringe Energiedichte von PV&Windanlagen und folglich hohe Flächeninanspruchnahme. Mit dem Schutz von Habitaten und gefährdeten Arten lässt sich eben kein Geld verdienen.

Der Bericht des Bundesamtes für Naturschutz (BfN) vom Februar 2019 [Fußnote 12: *BfN (Bundesamt für Naturschutz). Erneuerbare Energien Report. Die Energiewende naturverträglich gestalten! Bonn - Bad Godesberg Februar 2019*] äußert sich sehr besorgt über den Einfluss „Erneuerbarer Energien“, insbesondere der Windkraft, auf die Artenvielfalt in Deutschland. „Die Energiewende versetzt Naturschützer in Alarmstimmung. Arten sterben.“ kommentiert die FAZ [Fußnote 13: *F.A.Z. vom 14.2.2019: Jedes vierte Windrad steht im Schutzgebiet*] den Bericht.

Das BfN stellt schon 2019 (FAZ 14.02.2019) besorgt fest, dass bereits jedes 4. Windrad in einem Schutzgebiet steht. Das dürfte heute noch ein noch beunruhigendes Verhältnis sein. Das BfN fordert hier ein Umdenken: Die Energiewende muss natur- und umweltverträglich erfolgen. Eine wichtige Rolle spielen dabei ein effizienter Umgang mit der Fläche und die Berücksichtigung der jeweiligen landschaftlichen Gegebenheiten.

Dabei könnten die heute und morgen üblich gewordenen Anlagen mit ca. 250m Höhe und 7 MW plus x inst. Leistung selbst dann erhebliche Auswirkungen auf die Landschaft haben, wenn sie außerhalb von Schutzgebieten stünden.

Solche geschützten Gebiete sind aber dringend nötig, denn bereits ein Drittel der in Deutschland vorkommenden Tier- und Pflanzenarten steht auf der Roten Liste und ist damit im Bestand gefährdet. Der weitere Zubau verdichtet die noch freien Räume und Habitate zwangsläufig.

Die Auswirkungen der Windkraft auf den Bestand von Insekten, Fledermäusen, Greifvögeln, Zugvögeln und besonders schutzwürdige Arten ist vielfach beschrieben, ist abzuwägen und braucht hier deshalb nicht weiter thematisiert werden.

Solange die von Deutschland gem. Vertrag von Montreal sowie des EU-Green Deal von 2020.übernommene Verpflichtung 30%-Flächen spätestens bis 2030 als besonders geschützt auszuweisen nicht ausgewiesen sind, ist die Flächenplanung/ Regionalplanung für Windanlagen gem. § 36 LPlG NRW auszusetzen..

Weitere Flächenausweisungen	
-----------------------------	--

Im Ergebnis sind keine weiteren Flächen auf dem Gemeindegebiet von Leverkusen/ Burscheid für Windanlagen auszuweisen.	
--	--

AZ: Ö-M-2-295

1029115

1034565_001

Inhalt

Meiner o. g. Eingabe aus August 2022 wurde nicht gefolgt. Ich wiederhole insofern meinen Vortrag bezüglich meiner betrieblichen und persönlichen Situation wie folgt: Mein Name ist [Anonymisiert], ich bin Betriebsinhaberin des o. g. Reittherapiezentrum in [Anonymisiert]. Das [Anonymisiert] ist ein anerkanntes Reittherapiezentrum des Deutschen Kuratoriums für therapeutisches Reiten (DKThR) und eine 5 Sterne Islandpferde-Reiter- und Züchterverband (IPZV)-geprüfte Anlage. Ziel des [Anonymisiert] ist es, Menschen, die durch Krankheit, Behinderung oder soziale Schwierigkeiten benachteiligt sind, insbesondere Kindern und Jugendlichen, das therapeutische Zusammensein mit Pferden zu ermöglichen. Dabei werden die Bereiche Reittherapie, Hippotherapie, Reitpädagogik und Behindertenreitsport sowie integrative reittherapeutische Reit- und Voltigiergruppen abgedeckt. Erlebnispädagogische, integrative Ferienfreizeiten und Wochenendangebote runden das Jahresprogramm des Reittherapiezentrum ab.

2007 wurde der Förderverein [Anonymisiert] gegründet. In Zeiten mangelnder Förderungsmöglichkeiten hat der Verein es sich zur Aufgabe gemacht, Spenden zu sammeln und Sponsoren zu suchen, um Menschen mit finanziell schwachem Hintergrund das therapeutische Reiten zu ermöglichen. Der Vereinsvorstand, bzw. die Vereinsmitglieder ermöglichen durch ihre ehrenamtliche Arbeit aktuell wöchentlich mehr als 50 Patienten eine Teilnahme an reittherapeutischen Maßnahmen im [Anonymisiert].

Vor 23 Jahren habe ich mich in Roetgen selbstständig gemacht und den Grundstein für das heutige Reittherapiezentrum gelegt. Seit Mai 2017 bin ich mit dem Betrieb in [Anonymisiert] ansässig. Mein Betrieb umfasst 2 Reithallen, einen Reitplatz, ein Hofgelände und ist umgeben von Wiesen und Hecken. Ich (Dipl. Reittherapeutin, Dipl. Reitpädagogin SGTR, Ausbilderin für Behindertenreitsport DKThR, Trainerin C IPZV und Trainerin C Voltigieren FN) betreue mit einem Team von Trainern und Therapeuten unterschiedlichster reittherapeutischer Fachbereiche, festangestellten Mitarbeitern, Minijobbern, Praktikanten, ehrenamtlichen Helfern und unseren 34 Therapiepferden ca. 330 Klienten pro Woche. Das Betriebsgelände/-gebäude in [Anonymisiert] wurde von mir zeitlich und finanziell aufwendig zu einem idealen Aufenthaltsort mit Offenstallhaltung für alle unsere Pferde, sowie Menschen mit und ohne Handicap

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrechterhalten.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

In den Erläuterungen zu Ziel 20 "Wertvolle Biotopverbundflächen fachplanerisch sichern" Punkt 2 ist aufgeführt, dass je nach Wertigkeit und dem jeweiligen Schutzbedürfnis bzw. der Empfindlichkeit der in den BSN gelegenen Biotope auf der Grundlage der geltenden fachgesetzlichen Regelungen geeignete Instrumente zur Umsetzung der Schutzziele auszuwählen sind. Aus der regionalplanerischen Festlegung leitet sich nicht das Erfordernis ab, die BSN vollständig oder überwiegend als Naturschutzgebiet auszuweisen. Zu den geeigneten Instrumenten der Fachplanung gehören neben unterschiedlichen Möglichkeiten zu Festsetzungen im Rahmen der Landschaftsplanung (z. B. Naturschutzgebiete (NSG), Landschaftsschutzgebiete (LSG), geschützte Landschaftsbestandteile) auch vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern.

Sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand auch durch vertragliche Vereinbarungen erreicht werden kann, muss diese Möglichkeit vorrangig geprüft werden. Zu dem wird in Punkt 4 erläutert, dass Maßstabsbedingt in den BSN auch Flächen enthalten sein können, die von den Zielen unberührt bleiben. Dies ist z. B. der Fall, wenn mehrere kleinere Biotopflächen, Einzelobjekte oder -elemente zu einem BSN zusammengefasst wurden und dabei kleinteilig bebaute oder land- oder forstwirtschaftlich intensiv genutzte Flächen, die keine besonderen Funktionen oder Potentiale für den Biotopverbund aufweisen, einbezogen wurden.

Ggf. erforderliche Maßnahmen zur Vermeidung örtlicher Konflikte mit landwirtschaftlicher Nutzungen gegenüber ökologischen oder forstlichen Funktionen können beispielsweise durch die Anwendung von vertragsnaturschutzrechtlichen Lösungen und ähnlichen Instrumenten wie den Ökokonten gelöst werden. Sie sind Gegenstand der bauleitplanerischen bzw. landschaftsplanerischen Umsetzung.

umgebaut.

Sollte das Reittherapiezentrum und die dazugehörigen Flächen wie Wiesen etc. durch die Ausweisung in der Neuaufstellung des Regionalplanes in ein Naturschutzgebiet eingegliedert werden, stellt dies für meinen Betrieb eine existentielle Bedrohung dar, welche eine Schließung zur Folge haben würde.

Diese tragische Konsequenz werde ich Ihnen gerne im Folgenden erläutern:

Eine Eingliederung meines Betriebes in ein Naturschutzgebiet zieht elementare Beschränkungen nicht nur in der Pferdehaltung, sondern auch in der Pflege der Wiesen und Weiden nach sich (z.B.

Pferdeanzahl pro Hektar Weidefläche). Als Therapiezentrum arbeiten wir mit speziell ausgebildeten Therapiepferden. Diese sind sowohl von der körperlichen als auch von der charakterlichen

Konstitution besonders geeignet, die sehr anspruchsvolle Arbeit mit unseren Patienten zu absolvieren.

Ein grundlegendes Prinzip ist jedoch, dass nur gesunde und artgerecht gehaltene Pferde diese sehr wichtige Therapiearbeit leisten können. Meine Therapiepferde können sich im Offenstall und auf großen Wiesen (24/7) ausreichend bewegen und haben durch die Herdenhaltung die Möglichkeit zur gegenseitigen Fellpflege, zum Toben und Entspannen. Ihre artgerechte Haltung ist grundlegende und unerlässliche Voraussetzung für ihren täglichen, qualifizierten und zuverlässigen Einsatz in der Reittherapie.

Sollte mein Betrieb in ein Naturschutzgebiet eingegliedert werden, könnte ich meine Pferde weder in der bisherigen Anzahl noch in der bisherigen Art und Weise mit artgerechter Offenstall-Haltung

halten. Folglich wäre mein Betrieb nicht mehr wirtschaftlich zu führen und wäre von einer Schließung bedroht. Ebenfalls gingen eine nicht unerhebliche Anzahl von Arbeitsplätzen verloren. Nicht zu

vergessen, dass mir und meinem Sohn damit auch die Existenzgrundlage entzogen würde und wir vor Nichts außer meinen Schulden stünden. Ich bitte daher darum, meinen Betrieb aus den ausgewiesenen Flächen zum Schutze der Natur zu entfernen.

Ergänzend trage ich vor, dass zwar gemäß Ihrer Erläuterung auf Seite 129 B-3 Öffentlichkeit „eine Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen.“ D. h. theoretisch könnte meine Stellungnahme bei der Landschaftsplanung berücksichtigt werden, wobei die Betonung hier auf „könnte“ liegt. Es gibt für mich keine Sicherheit dahingehend, dass die Städteregion meine Belange bei der Erstellung des Landschaftsplans berücksichtigen wird. Diese Unsicherheit ist für mich untragbar. Wie den beim zweiten Planentwurf des Regionalplans eingearbeiteten Änderungen zu entnehmen ist, wird durchaus von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, detaillierte Änderungen bereits jetzt vorzunehmen. Wieso kann dies nicht auch zum jetzigen Zeitpunkt schon auf Regionalebene für meinen Betrieb erfolgen? Eine inhaltliche Begründung dazu ist Ihrer Erläuterung auf

Darüber hinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung erfolgt auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

Seite 129 nicht zu entnehmen. Meine erste Eingabe erfolgte vor mehr als 2 Jahren im August 2022; das Ende des zweiten Planentwurfs wird erfahrungsgemäß nicht zügiger erfolgen. Bis ein entsprechender Landschaftsplan, der den Regionalplan konkretisiert der Städteregion Aachen rechtskräftig wird, vergehen weitere Jahre. Ich empfinde es als absolut unzumutbar einen Betrieb in dieser Ungewissheit führen zu müssen. Wie soll ich über Investitionen, Schaffung von Arbeitsplätzen etc. sinnvoll entscheiden, wenn im Raum steht, dass ich meinen Betrieb, in den nächsten Jahren aufgrund den Bestimmungen des Regionalplans bzw. Landschaftsplans schließen muss?

Da wie bereits von mir erörtert, die mir drohenden Konsequenzen sehr einschneidend für die reittherapeutische Patientenversorgung, für meine persönliche Existenz sowie für die Existenz meiner Mitarbeiter sind, hoffe ich sehr, dass Sie meine Argumente zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen. Anbei ein Link zum Reittherapiezentrum [Anonymisiert].

Bitte nehmen Sie sich die Zeit und sehen sich diesen an. Gerne dürfen Sie sich nach Absprache auch persönlich einen Eindruck von unserer Arbeit als auch von den örtlichen Gegebenheiten machen.

AZ: Ö-M-2-298	
1029088	
1034529_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Einwendung gegen die Festsetzung GIBflex WirtschaftsPark Erftstadt im Regionalplan</p> <p>[...] die von Ihnen vorgeschlagene neue Fläche am Ortsrand von Lechenich zum neuen Regionalplan entbehrt jeder Ortskenntnis. Die von der Stadt Erftstadt ursprünglich vorgeschlagene Fläche an der K44 ist von Straßen umgeben und für ein Gewerbegebiet bestens geeignet. Aus meiner Sicht müsste auch ein Hochwasserschutz für die Flächen möglich sein. Stattdessen eine Fläche unmittelbar an der Wohnbebauung vorzuschlagen, die tatsächlich von den Menschen für Spaziergänge usw. genutzt wird, ist schon haarsträubend. Zudem handelt es sich auch um kein Abrundung von Lechenich. Ich bitte Sie vor diesem Hintergrund um eine Überprüfung Ihrer Entscheidung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026685 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

Hiermit beantrage ich, das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358) – nachfolgend kurz „Waldstück Brüderstraße“ – wie im Ersten Entwurf des Regionalplans gekennzeichnet – weiterhin als „Waldbereich“ beizubehalten. Der Änderungsantrag, diese Fläche als Gewerbegebiet (vgl. ID-Änderungsantrag 127) zu verzeichnen, ist zurückzuweisen.

Wie bereits in meiner Stellungnahme zum Ersten Planentwurf des Regionalplans vom 20.08.2022 ausführlich ausgeführt, ist die Umwidmung dieses Waldstücks in eine Gewerbefläche rechtswidrig.

Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf das seitens des vom Bundesverfassungsgericht aus dem Klimaschutzgebot des Art. 20a GG resultierende intertemporale Freiheitsrecht der jungen Generation auf Sicherstellung eines ausreichenden und rechtzeitigen Klimaschutzes durch den Gesetzgeber (vgl. BVerfG Beschluss vom 24.03.2021 – 1 BvR 288/20). Auf die jüngst im September 2024 von Greenpeace e.V., Germanwatch e.V. und ca. 54.000 Mitunterzeichnern eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz wird ergänzend verwiesen.

Bekanntlich hat der Klimawandel, beispielsweise durch vermehrt auftretenden Starkregenereignisse infolge des Temperaturanstiegs, dramatische Folgen für unsere Lebensverhältnisse; dies macht ein kohärentes Schutzkonzeptes des Staates zum Schutz der Umwelt und Natur zwingend erforderlich, und das nicht allein mit Blick auf das Klimaschutzgesetz. Vielmehr ist jedes staatliche und öffentliche Handeln zwingend an diesen klimapolitischen Herausforderungen auszurichten. Die Bedeutung des Waldes insbesondere zur Senkung der Kohlenstoffemissionen und zur Minderung der Hitzefolgen (vgl. Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Erster Entwurf 2021, S. 42 ff.), aber auch als Überschwemmungsfläche sind hinlänglich bekannt.

Eine Umwidmung einer Waldfläche wie des Waldstücks entlang der Brüderstraße in ein Gewerbegebiet ist eine Fehleinschätzung der Gesamtlage, namentlich im Hinblick auf den Klimaschutz und die Bedeutung des Waldes für künftige Generationen zu werten und ist daher offensichtlich rechtswidrig.

I. Zur Begründung im Einzelnen:

1. Widerspruch zu den Vorgaben des Regionalen Gewerbeflächenkonzepts der

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des

Bei der Prüfung einer Fläche als potenzielle Gewerbefläche sind diverse Ausschlusskriterien zu berücksichtigen, die sich überwiegend aus den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW ableiten; diese Ziele des LEP sind bindend und keiner Abwägung zugänglich (siehe S. 18 Gewerbeflächenkonzept). Hiernach werden u.a. Waldbereiche sowie Überschwemmungsgebiete für eine gewerblich/industrielle Entwicklung nicht in Betracht gezogen (S. 19 Gewerbeflächenkonzept). Unter Berücksichtigung dieser klaren Ausschlusskriterien scheidet aber eine Umwidmung der Waldfläche entlang der Brüderstrasse in eine Gewerbefläche eindeutig aus:

(1) Das Waldstück entlang der Brüderstrasse ist Landschaftsschutz- und Wasserschutzgebiet ((IIIB Erkmühle) und liegt in der FFH-Pufferzone. Im Osten des Gebietes liegen angrenzend „sehr schützenswerte Böden“ (siehe Steckbriefe Gewerbe der Stadt Bergisch Gladbach zum Flächennutzungsplan 2035 zur Fläche G-Fr2a Brüderstrasse). Dieser Steckbrief weist weiterhin darauf hin, dass der Fläche eine besondere Bedeutung für die Naherholung zukommt. Wie angesichts dieser klaren Ausschlusskriterien für das Waldstück entlang der Brüderstrasse eine Umwidmung als Gewerbefläche vorgenommen werden kann, ist inhaltlich keinesfalls nachvollziehbar und kann damit nur als offensichtlich rechtswidrig bewertet werden.

(2) Weiterhin besteht nach dem Gewerbeflächenkonzept die Vorgabe, dass „Potenzialstandorte“ mit einer verfügbaren Bruttofläche von weniger als zehn Hektar keine Berücksichtigung im Prozess finden (vgl. S. 20 des Konzepts). Die Waldfläche entlang der Brüderstrasse ist jedoch „nur“ 4,5 Hektar groß. Wie bereits im Gewerbeflächenkonzept ausgeführt, grenzt auch das Waldstück Brüderstraße als kleine Fläche an Siedlungsgebiete – hier die Wohn-bebauung in Neufrankenforst, insb. der Brüder-, Schubert-, Beethoven- und Händelstrasse sowie der Strasse Hummelsbroich.

Bekanntlich ist zudem gerade Neufrankenforst bereits jetzt erheblichen Lärm- und Immissionsbelastungen durch Flug- sowie Verkehrslärm, vor allem der Bundesautobahn A4 sowie der Frankenforster Strasse und der Brüderstrasse, ausgesetzt (vgl. Lärmkarte Umweltministerium NRW für Neufrankenforst). Rein der Größe nach scheidet also für das Waldgebiet Brüderstrasse also eine Umwidmung aus.

(3) Schließlich widerspricht die Umwidmung des Waldgebietes Brüderstrasse in eine Gewerbefläche den raumordnerischen Vorgaben des Gewerbeflächenkonzepts zur Siedlungsplanung und dem Freiraumschutz (siehe S. 21 des Konzepts). Hiernach ist insbesondere eine erhebliche Verengung regionaler Grünzüge ein Ausschlusskriterium. Mit der Umwidmung sowohl der Waldfläche Brüderstrasse als auch der weiteren Waldgebiete in Lustheide und am Bundesamt für Straßenwesen (BAST) in Bergisch Gladbach würden im Ergebnis sämtliche Waldflächen und damit der gesamte Grünstreifen entlang der A4 in den Bergisch Glad-bacher Stadtteilen Lustheide, Refrath und Frankenforst wegfallen.

Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Zwischenfazit:

Bereits nach dem Gewerbeflächenkonzept widerspricht die Umwidmung der Waldfläche Brüderstrasse in ein Gewerbegebiet den Ausschlusskriterien im Hinblick auf den Natur- und Artenschutz, den Grundwasser- und Gewässerschutz, den raumordnerischen Vorgaben zu Siedlungsplanung und dem Freiraumschutz sowie der Vorgabe zur Mindestflächengröße. Auch ist die Qualifikation der Waldfläche Brüderstrasse als „schutzwürdiger Boden“ ein weiteres Kriterium der „Nicht-Eignung“ dieser Fläche.

2. Unvereinbarkeit mit den Vorgaben zur Raumordnung

(1) Eine Umwidmung der Waldfläche Brüderstrasse steht zudem im klaren Widerspruch zu den Vorgaben des LEG NRW. Denn nach dem LEP NRW sind „Waldbereiche im Regionalplan zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln“ (vgl. Ziffer 4.5.1 der Begründung zur Neuauftellung des Regionalplans Köln, S. 175 ff.) Selbst wenn man annimmt, dass Bergisch Gladbach keine „waldarme“ Kommune ist, also eine Inanspruchnahme von Wald vornehmlich durch einen Ausgleich der Struktur bestehender Waldbestände zu erfolgen hat, funktioniert dies jedoch bei einer Umwidmung der Waldfläche Brüderstrasse sowie der weiteren Waldflächen entlang der A4 in Frankenforst nicht; denn dann gibt es an dieser Stelle keinen Wald mehr, der strukturell verbessert werden könnte. Und es nützt der lokalen Bevölkerung auch nichts, wenn Wald Kilometer weit entfernt am anderen Ende der Stadt „strukturell verbessert“ wird, wenn in ihrer Heimat vor Ort die bereits jetzt hohe Lärm- und Immissionsbelastung weiter zunimmt, zumal Bergisch Gladbach weit weg ist von der Qualifikation als „waldreiche“ Kommune. Die Waldfläche entlang der Brüderstrasse ist – wie auch die weiteren Waldgebiete in Lustheide, Refrath und am BAST im Hinblick auf das Gebot des Walderhaltes zur Sicherung oder Verbesserung seiner Nutz-, Schutz- oder Erholungsfunktion sowie im Hinblick auf die Verbesserung der Freiraumfunktion zwingend zu erhalten.

(2) Eine Umwidmung des Waldstücks Brüderstrasse steht zudem im Widerspruch zu den Vorgaben des LEP NRW im Hinblick auf den Grundwasser- und Gewässerschutz sowie zum vorbeugenden verbesserten Hochwasserschutz (vgl. Ziffer 4.7.2 und 4.7.3 der Begründung zur Neuauftellung, S. 183 ff.). Ein hinreichender Grundwasser- und Gewässerschutz ist für das Wasserschutzgebiet Waldstück Brüderstrasse (= IIIB Erkermühle) bei einer Gewerbenutzung nicht mehr darstellbar. Auch ist es angesichts zunehmender Starkregenereignisse infolge des Klimawandels absurd, vorhandene Überschwemmungsfläche durch Versiegelung als Gewerbefläche entfallen zu lassen, zumal in Bergisch Gladbach-Frankenforst bekanntlich ohnehin ein hoher Grundwasserspiegel vorherrscht.

3. Weitere Argumente gegen die Umwidmung der Waldfläche entlang der Brüderstrasse

Zur Vermeidung ausführlicher Wiederholungen möchte ich ergänzend auf die bereits in meiner ersten Stellungnahme vom 20.08.2022 ausgeführten Argumente hinweisen, die nachfolgend wie folgt kurz zusammengefasst werden:

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungspotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem

(1) Vor erst wenigen Jahren hat die Stadt Bergisch Gladbach im Jahr 2019 einen neuen Flächennutzungsplan 2035 (!!!) aufgestellt, in dem das Waldstück Brüderstrasse final als Waldgebiet W III B ausgewiesen wurde.

[Abbildung]

(2) Im Waldstück Brüderstrasse siedelt zudem die stark gefährdete Mückenfledermaus siedelt. Ferner war bereits im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung zur Bahndammtrasse in 2012 festgestellt worden, dass der Teil des Waldgebiets Brüderstraße in der Nähe des Bundesamtes für Straßenwesen (BASt) Jagd- und Brutgebiet der ebenfalls gefährdeten Zwergfledermaus ist.

(3) Im Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach (aus Juni 2022) war das Waldstück Brüderstrasse („69 BASt-Gelände Brüderstraße“) als eine „Achse mit Erholungs- und Verbindungsfunktion“ qualifiziert worden. Es ist daher schlicht abwegig, ein Gebiet, das laut den eigenen Feststellungen der Stadt Bergisch Gladbach als Rückzugsort und Naherholung der Bevölkerung dienen soll, für eine Gewerbefläche zu opfern.

(4) Auch verfügt die Stadt Bergisch Gladbach nach der Insolvenz (in 2018) und endgültigen Liquidation der Zanders-Werke im Frühjahr 2021 im Innenstadtbereich über eine erhebliche Potenzialfläche. Das Erfordernis, anderweitig eine neue Gewerbefläche zu schaffen und dies zulasten eines Waldgebietes, ist weder inhaltlich nachvollziehbar, noch erforderlich.

(5) Im Zuge der damaligen Diskussion um den Flächennutzungsplan 2035 hatte die Landschaftsbehörde darauf hingewiesen worden, dass die Waldflächen entlang der A4 eine zentrale Bedeutung für den Lebensraum Frankenforst haben – für Mensch, Tier- und Pflanzenarten. So machte die untere Landschaftsbehörde RBK geltend, es bestünden erhebliche Bedenken; es sei eine Verträglichkeitsprüfung erforderlich, da das Gebiet als Ergänzungsbiotop, Biotopvernetzung, Feuchtbereich und Lärmschutzwald einen Ver-bindungskorridor für wandernde Tierarten entlang der Autobahn darstelle (Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde Rheinisch-Bergischer Kreis, der Landrat vom 25.10.2016). Der Landschaftsbeirat lehnte die Gewerbeflächen entlang der A4 im Bereich Lustheide/Frankenforst, für die komplett Wald aufgegeben werden muss, ab (Stellungnahme des Landschaftsbeirats des Rheinisch-Bergischer Kreises, der Landrat vom 03.11.2016).

(6) Auch die Bezirksregierung Köln hatte in ihrer Stellungnahme vom 22.11.2016 zur Neuauftellung des Flächennutzungsplanes 2035 in Bergisch Gladbach im Hinblick auf die Belange von Natur und Landschaft, Artenschutz, FFH-Gebiete ausgeführt: „Es hat ... kein vollständiger Abgleich mit den Belangen von Natur- und Landschaft stattgefunden und es sind somit aus Sicht von Natur- und Landschaft weitere Flächen als bedenklich einzustufen. ...Die derzeitige Planung verursacht einen erheblichen Flächenverbrauch ... Reduziert werden sollte die Bebauung der Fläche G-Fr2a [= der Wald entlang der Brüderstraße]. Gegen den bisherigen Planungsumfang bestehen

abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hinsichtlich der Ausführungen zum Regionalen Gewerbeflächenkonzepts der Bezirksregierung Köln Region + Wirtschaft gilt, dass gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf

erhebliche Bedenken ... Es wird empfohlen einen mind. 100 m breiten Streifen für die Naherholung und die Feinstaubfilterung im Hinblick auf die angrenzende Wohnbebauung zu erhalten. ... Aufgrund der räumlichen Lage des Gebietes innerhalb des 300 m Abstandes zum FFH- u. Vogelschutzgebiet „Königsforst“ ist im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu klären, ob es erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgebiet durch die Bebauung geben kann.“

Es ist nicht nachvollziehbar, wie trotz der damaligen erheblichen Bedenken jetzt eine Umwidmung im neuen Regionalplanentwurf vorgenommen wird, zumal sich an der Begründungsgrundlage inhaltlich nichts geändert hat, außer dass der Klimawandel deutlich schneller als eventuell erwartet „zuschlägt“.

(7) Auch der Landesbetrieb Wald und Holz, Nordrhein-Westfalen, Regionalforstamt Bergisches Land hatte in seiner Stellungnahme vom 07.10.2016 im damaligen FNP-Verfahren 2035 vorgetragen, dass „aus forstbehördlicher Sicht gegen die Neuaufstellung des FNP vielfältige Bedenken [bestünden] ... Der geplanten Ausweisung als Gewerbefläche wird widersprochen.“ [Hervorhebungen durch die Verfasserin].

(8) Die Realisierung eines entsprechenden Gewerbegebietes auf dem Waldgebiet Brüderstraße würde einen unzumutbaren Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung, verursachen. Feinstaub ist aus Sicht der World Health Organization (WHO) direkter Verursacher für Lungenkrebs; insoweit gibt es bekanntlich auch nach wie vor keinen Grenzwert, unter dem Feinstaub als ungefährlich angesehen werden kann. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche.

(9) Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sog. FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und de Biotopverbund. Mit dem Wegfall des Waldes fehlt unwiederbringlich sowohl ein Schadstofffilter, als auch ein Lärmschutz, die beide nicht anderweitig kompensiert werden können.

Fazit:

Im Ergebnis sprechen daher unzählige, schwerwiegende Argumente für den Erhalt und Schutz des Waldstücks Brüderstraße. Der Antrag der Stadt Bergisch Gladbach, hier eine Gewerbefläche vorzusehen, lässt jegliche sach- und interessengerechte Abwägung vermissen und wirkt klimapolitisch gänzlich „aus der Zeit gefallen“. Er ist daher als rechtswidrig zurückzuweisen.

Ich fordere, die Festsetzung der Fläche entlang der Brüderstraße als Waldfläche im finalen Regionalplan aufrecht zu erhalten.

Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Es handelt sich somit nicht um eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen (hier somit nicht um die Verteilung regionaler Flächenbedarfe gem. der Region+-Prozesse).

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

AZ: Ö-M-2-30	
1027607	
1033034_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

AZ: Ö-M-2-302	
1029089	
1034540_001	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme zum Regionalplan Köln – Waldumwandlung entlang der A4 zwischen Frankenforst und Lustheide</p> <p>Der neue Regionalplan Köln hat das Potenzial, die Flächennutzung in der Region weitreichend zu verändern, indem er die Zukunft der Bau-, Gewerbe-, und Naturschutzgebiete festlegt. Die geplante Umwandlung des Waldstreifens entlang der A4 zwischen Frankenforst und Lustheide in ein Mischgebiet, das sowohl Wohn- als auch Gewerbebauten ermöglichen würde, gibt jedoch Anlass zu ernsthafter Sorge. Der Waldstreifen, der momentan ein intaktes Stück Natur in einer ohnehin stark bebauten Region darstellt, spielt eine wichtige Rolle für das lokale Mikroklima, die Luftqualität und die Erholungsmöglichkeiten der Anwohner. Ein Mischgebiet an dieser Stelle würde nicht nur eine Zerstörung wertvollen Waldes bedeuten, sondern auch zusätzliche Verkehrs- und Lärmbelastungen für die Anwohner und Anwohnerinnen in Frankenforst und Lustheide mit sich bringen. Die Infrastruktur, besonders im Bereich Schulen und Ausbildung, steht schon jetzt an der Grenze ihrer Kapazitäten. Ohne eine signifikante Aufstockung dieser Kapazitäten würde die zusätzliche Wohn- oder Gewerbeansiedlung die Belastung für die Schulen und andere öffentliche Einrichtungen verschärfen und somit die Lebensqualität für alle Bewohner verringern. Eine Alternative zur Nutzung intakter Waldflächen könnte in der Optimierung und besseren Nutzung bestehender Industriegebiete oder bereits geschädigter Waldflächen liegen. Zahlreiche brachliegende oder untergenutzte Flächen in Gewerbegebieten könnten neu entwickelt oder revitalisiert werden, um den Bedarf an Wohn- und Gewerbebaum zu decken, ohne wertvolle Naturgebiete zu zerstören. Zudem gibt es in den bestehenden Wohngebieten Defizite, die im Rahmen des Regionalplans dringend adressiert werden sollten. Spielplätze und Naherholungsbereiche, die für die Lebensqualität der Familien und Anwohner von großer Bedeutung sind, zeigen oft Anzeichen von Vernachlässigung. Eine Sanierung und Verbesserung dieser Flächen würde nicht nur die Attraktivität der Region steigern, sondern auch den Druck von der umliegenden Natur nehmen. In Anbetracht der Dringlichkeit, Naturgebiete und Waldflächen zu schützen, die nicht nur für das Klima, sondern auch für die Lebensqualität in den Städten unverzichtbar sind, sollte die Umwandlung des Waldstreifens entlang der A4 sorgfältig überdacht werden. Der Regionalplan Köln sollte den Erhalt des Waldes und eine nachhaltige Flächennutzung in den Vordergrund stellen und bestehende, bereits versiegelte Flächen optimal nutzen, bevor ein weiterer Verlust von Waldflächen in Kauf genommen wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-304

1029092

1034541_001

Inhalt

Der Ortskern Satzvey ist jetzt schon sehr stark durch den Straßenverkehr, insbesondere Lkw's, belastet. Bei der Ortsdurchfahrt handelt es sich um eine schmale Strasse mit zusätzlichen Fahrbahnverengungen. Ein zusätzliches, hohes Verkehrsaufkommen besteht durch den nahegelegenen BAB- Anschluß Wisskirchen. Eine weitere Bebauung, in der geplanten Größenordnung, würde diese Problematik weiter verstärken. Die Wohnqualität verschlechtert sich, da Satzvey jetzt schon eingerahmt ist von Industriegebieten und einem militärischen Übungsgebiet. Die alljährlichen Ruheplätze für Zugvögel (Kraniche/Wildgänse), hauptsächlich im Bereich der Grube Sporkenbach, wären deutlich gefährdet. Eine weitere Versiegelung der Bödenflächen, in der geplanten Größenordnung, erscheint mir in vieler Hinsicht sehr negativ (Zerstörung von Naturflächen und einer langsam gewachsenen Dorfgemeinschaft, Überschwemmungen usw.). Ich spreche mich deutlich gegen diese Bebauungspläne aus und zwar zum Schutz der angrenzenden Natur, der Dorfgemeinschaft und des Dorfes (steigender Straßenverkehr, Sicherheit und Lebensqualität)

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPlIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-306	
1029119	
1034570_001	
<p>Inhalt</p> <p>wir erhielten Kenntnis, dass der Regionalrat z.Zt. den Regionalplan Köln aktualisiert. Wir möchten diese Gelegenheit nutzen und insbesondere unsere Besorgnis über die Reaktivierung von zwei Bahnstrecken bei Wegberg zum Ausdruck bringen.</p> <p>Dabei geht es um die Planung der zwei in der nachfolgenden Karte mit a) und b) bezeichneten Strecken gemäß der „Verpflichtung zur Sicherung bestehender Bahnstrecken“ im Raum Wegberg im Rahmen einer Änderung des Regionalplans des Regierungsbezirks Köln. Die vorgeschlagenen Strecken, vermutlich zweigleisig mit Elektrifizierung, verlaufen auf alten, längst stillgelegten Strecken, weitgehend ohne vorhandene Gleise. Die beiden Bahntrassen sind auf der nachfolgenden Karte dargestellt.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Nachfolgend eine kurze Beschreibung der genannten Bahnstrecken:</p> <p>a) Trasse (a) von Ratheim/Wassenberg durch den Wassenberger Wald (FFH-Gebiet DE-4803-303 "Helfensteiner Bachtal-Rothenbach") mit Anbindung an die Strecke Mönchengladbach-Wegberg-Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens-Versuchsgelände im Bereich Wegberg-Arsbeck). Die Strecke Mönchengladbach-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sogenannten Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhrgebiet.</p> <p>b) Trasse (b) vom in Planung befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Gemeinde Niederkrüchten, Kreis Viersen, Regierungsbezirk Düsseldorf) durch den Meinweg (FFH-Gebiet DE-4802-302 "Meinweg mit Ritzroder Dünen") ebenfalls mit Anbindung im Bereich Arsbeck an dieselbe Strecke (Regierungsbezirk Köln).</p> <p>Gerade bezüglich der Trasse unter b) findet sich in den Unterlagen die Aufforderung der Regionalplaner Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von der tatsächlichen Realisierung ist auf Grund dieser Interessenlage also auszugehen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p>

Inhalt

a) Die Trassen durchschneiden den Meinweg, den Elmpter und den Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in den Niederlanden und in Deutschland bilden ein komplexes Ökosystem. Jegliche massive Veränderung von außen führt zu einer Veränderung im Gleichgewicht des biologischen Systems mit der möglichen Folge einer irreversiblen Schädigung oder gar Zerstörung dieses komplexen und für beide Länder einzigartigen Systems.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

1034570_003

Inhalt

b) Diese Pläne zeigen in eklatanter Weise die planerische Fehlleistung, ein so großes Gewerbegebiet wie das Projekt "Javelin Park" in der Gemeinde Niederkrüchten mitten im Naturpark Maas-Schwalm-Nette bei Elmpt zu entwickeln. Der von den Initiatoren zugrunde gelegte Grundsatz „Grün bleibt grün“ wurde bereits durch die geplante Abholzung von rund 40 bis 50 ha Wald, den Bau eines zusätzlichen Verkehrsknotens und die Realisierung einer neuen Kläranlage im Schwalmtal verletzt. Der nun geplante Bahnanschluss durch den Meinweg und den Grenzwald Elmpt machen diese Annahme nun völlig unglaubwürdig.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es wird Kritik am Projekt "Javelin Park" in Niederkrüchten geübt, welches außerhalb des Geltungsbereichs des Regionalplans Köln liegt.

Die Festlegung des Schienenwegs Wegberg - Niederkrüchten folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind.

Inhalt

c) Beide Trassen enden auf einer Teilstrecke des ehemaligen, sogenannten Eisernen Rheins und führen durch Wegberg in Richtung Mönchengladbach. Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es gerade bei dem zu erwartenden Güterverkehr aus den angeschlossenen Industriegebieten zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner bis hin zu existentiellen Risiken. Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge. Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins per Landtagsbeschlüssen aus 2007 und 2011 abgelehnt.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Inhalt

d) Aus den zur Verfügung gestellten Dokumenten wurde nicht deutlich, daß die nach den Verträgen von Espoo und Aarhus sowie insbesondere die nach der 2005 aktualisierten Deutsch-Niederländischen Erklärung zur grenzübergreifenden UVP / SUP nötigen Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategische Umweltprüfung durchgeführt wurde.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Inhalt

Auf Grund des Vorgesagten und der im Rahmen der – damals letztendlich abgewiesenen – Abwägung zum Eisernen Rhein, die wir nun ebenfalls zum Inhalt dieser Eingabe machen, kommen wir zu dem Schluss, dass bezüglich Erhalt der ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur die Aufnahme der genannten Trassen in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar ist und abgewiesen werden muß.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

AZ: Ö-M-2-307	
1029120	
1034571_001	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme zum Zweiten Planentwurf des Regionalplans 2024 insb. zum Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (ID-Änderungsantrag 127)</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>hiermit beantrage ich,</p> <ol style="list-style-type: none"> das Waldstück entlang der Brüderstraße in 51427 Bergisch Gladbach-Neufrankenforst (nördlich der A4 und östlich der L 358) — nachfolgend kurz „Waldstück Brüderstraße“ — wie im Ersten Entwurf des Regionalplans gekennzeichnet — weiterhin als „Waldbereich“ beizubehalten und. den Änderungsantrag, diese Fläche als Gewerbegebiet (vgl. ID-Änderungsantrag 127) zu verzeichnen, zurückzuweisen. <p>Begründung: Die Umwidmung dieses Waldstücks in eine Gewerbefläche ist mit dem geltenden Recht nicht vereinbar. Dies gilt insbesondere auch mit Blick auf das seitens des vom Bundesverfassungsgericht aus dem Klimaschutzgebot des Art. 20a GG abgeleitete intertemporale Freiheitsrecht der jungen Generation auf Sicherstellung eines ausreichenden und rechtzeitigen Klimaschutz durch den Gesetzgeber (vgl. BVerfG Beschluss vom 24.03.2021 -1 ih« 288/20). Auf die jüngst im September 2024 von Greenpeace e.V., Germanwatch e.V. und ca. 54.000 Mitunterzeichnern eingereichte Verfassungsbeschwerde gegen das Klimaschutzgesetz wird ergänzend verwiesen. Der Klimawandel hat, beispielsweise durch vermehrt auftretenden Starkregenereignisse infolge des Temperaturanstiegs, dramatische Folgen für unsere Lebensverhältnisse; dies macht ein kohärentes Schutzkonzept des Staates zum Schutz der Umwelt und Natur zwingend erforderlich, und dies nicht allein mit Blick auf das Klimaschutzgesetz. Vielmehr ist jedes staatliche und öffentliche Handeln an diesen klimapolitischen Herausforderungen auszurichten. Die Bedeutung des Waldes insbesondere zur Senkung der Kohlenstoffemissionen und zur Minderung der Hitzefolgen (vgl. Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Erster Entwurf 2021, S. 42 ff.), aber auch als Überschwemmungsfläche sind hinlänglich bekannt. Eine Umwidmung einer Waldfläche wie des Waldstücks entlang der Brüderstraße in ein Gewerbegebiet ist eine Fehleinschätzung der Gesamtlage, namentlich im Hinblick auf den Klimaschutz und die Bedeutung des Waldes für künftige Generationen. I. Im Einzelnen: 1. Widerspruch zu den Vorgaben des</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Regionalen Gewerbeflächenkonzepts der Bezirksregierung Köln Region + Wirtschaft (Oktober 2019) Bei der Prüfung einer Fläche als potenzielle Gewerbefläche sind diverse Ausschlusskriterien zu berücksichtigen, die sich überwiegend aus den Zielen des Landesentwicklungsplans (LEP) NRW ableiten. Diese Ziele des LEP sind bindend und keiner Abwägung zugänglich (siehe S. 18 Gewerbeflächenkonzept). Hiernach werden u.a. Waldbereiche sowie Überschwemmungsgebiete für eine gewerblich/industrielle Entwicklung nicht in Betracht gezogen (S. 19 Gewerbeflächenkonzept). Unter Berücksichtigung dieser eindeutigen Ausschlusskriterien scheidet eine Umwidmung der Waldfläche entlang der Brüderstraße in eine Gewerbefläche eindeutig aus: (1) Nach dem Gewerbeflächenkonzept besteht die Vorgabe, dass „Potenzialstandorte“ mit einer verfügbaren Bruttofläche von weniger als zehn Hektar keine Berücksichtigung im Prozess finden (vgl. S. 20 des Konzepts). Die Waldfläche entlang der Brüderstraße ist jedoch „nur“ 4,5 Hektar groß. Rein der Größe nach scheidet also für das Waldgebiet Brüderstraße also eine Umwidmung aus. Wie bereits im Gewerbeflächenkonzept ausgeführt, grenzt auch das Waldstück Brüderstraße als kleine Fläche an Siedlungsgebiete — hier die Wohnbebauung in Neufrankenforst, insb. der Brüder-, Schubert-, Beethoven- und Händelstraße sowie der Straße Hummelsbroich. Bekanntlich ist zudem gerade Neufrankenforst bereits jetzt erheblichen Lärm- und Immissionsbelastungen durch Flug- sowie Verkehrslärm, vor allem durch die Bundesautobahn A4, die Frankenforster Straße und die Brüderstraße, ausgesetzt (vgl. Lärmkarte Umweltministerium NRW für Neufrankenforst). (2) Die Umwidmung des Waldgebietes Brüderstraße in eine Gewerbefläche widerspricht den raumordnerischen Vorgaben des Gewerbeflächenkonzepts zur Siedlungsplanung und dem Freiraumschutz (siehe S. 21 des Konzepts). Hiernach ist insbesondere eine erhebliche Verengung regionaler Grünzüge ein Ausschlusskriterium. Mit der Umwidmung sowohl der Waldfläche Brüderstraße als auch der weiteren Waldgebiete in Lustheide und am Bundesamt für Straßenwesen (BASt) in Bergisch Gladbach würden im Ergebnis sämtliche Waldflächen und damit der gesamte Grünstreifen entlang der A4 in den Bergisch Gladbacher Stadtteilen Lustheide, Refrath und Frankenforst wegfallen. (3) Das Waldstück entlang der Brüderstraße ist Landschaftsschutz- und Wasserschutzgebiet ((IIIB Erkermühle) und liegt in der FFH-Pufferzone. Im Osten des Gebietes liegen angrenzend „sehr schützenswerte Böden“ (siehe Steckbriefe Gewerbe der Stadt Bergisch Gladbach zum Flächennutzungsplan 2035 zur Fläche G-Fr2a Brüderstraße). Dieser Steckbrief weist weiterhin darauf hin, dass der Fläche eine besondere Bedeutung für die Naherholung zukommt. Wie angesichts dieser klaren Ausschlusskriterien für das Waldstück entlang der Brüderstraße eine Umwidmung als Gewerbefläche vorgenommen werden kann, ist inhaltlich keinesfalls nachvollziehbar und kann damit nur als offensichtlich rechtswidrig bewertet werden. Zwischenfazit: Bereits nach dem Gewerbeflächenkonzept widerspricht die Umwidmung der Waldfläche Brüderstraße in ein Gewerbegebiet den Vorgaben zur Mindestflächengröße, den raumordnerischen Vorgaben zur Siedlungsplanung und zum Freiraumschutz sowie den Ausschlusskriterien im Hinblick auf den Natur- und Artenschutz, den Grundwasser- und Gewässerschutz. Auch ist die Qualifikation der Waldfläche Brüderstraße als „schutzwürdiger Boden“ ein weiteres Kriterium der „Nicht-Eignung“ dieser Fläche. 2. Unvereinbarkeit mit den Vorgaben zur Raumordnung (1) Eine Umwidmung der Waldfläche Brüderstraße steht im Widerspruch zu den Vorgaben des LEG NRW. Denn nach dem LEP NRW sind

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes „Königsforst“ in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten

„Waldbereiche im Regionalplan zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln“ (vgl. Ziffer 4.5.1 der Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, S. 175 ff.) Selbst wenn man annimmt, dass Bergisch Gladbach keine „waldarme“ Kommune sei, also eine Inanspruchnahme von Wald vornehmlich durch einen Ausgleich der Struktur bestehender Waldbestände zu erfolgen habe, funktioniert dies jedoch bei einer Umwidmung der Waldfläche Brüderstraße sowie der weiteren Waldflächen entlang der A4 in Frankenforst nicht; denn dann gibt es an dieser Stelle keinen Wald mehr, der strukturell verbessert werden könnte. Und es nützt 3 der lokalen Bevölkerung auch nichts, wenn Waldkilometer weit entfernt am anderen Ende der Stadt „strukturell verbessert“ wird, wenn in ihrer Heimat vor Ort die bereits vorhandene hohe Lärm- und Immissionsbelastung weiter zunimmt, zumal Bergisch Gladbach weit weg ist von der Qualifikation als „waldreiche“ Kommune. Die Waldfläche entlang der Brüderstraße ist — wie auch die weiteren Waldgebiete in Lustheide, Refrath und am BAST im Hinblick auf das Gebot des Walderhaltes zur Sicherung oder Verbesserung seiner Nutz-, Schutz- oder Erholungsfunktion sowie im Hinblick auf die Verbesserung der Freiraumfunktion zwingend zu erhalten. (2) Eine Umwidmung des Waldstücks Brüderstraße steht zudem im Widerspruch zu den Vorgaben des LEP NRW im Hinblick auf den Grundwasser- und Gewässerschutz sowie zum vorbeugenden verbesserten Hochwasserschutz (vgl. Ziffer 4.7.2 und 4.7.3 der Begründung zur Neuaufstellung, S. 183 ff.). Ein hinreichender Grundwasser- und Gewässerschutz ist für das Wasserschutzgebiet Waldstück Brüderstraße (= IIIB Erkermühle) bei einer Gewerbenutzung nicht mehr darstellbar. Auch ist es angesichts zunehmender Starkregenereignisse infolge des Klimawandels absurd, vorhandene Überschwemmungsfläche durch Versiegelung als Gewerbefläche entfallen zu lassen, zumal in Bergisch Gladbach-Frankenforst bekanntlich ohnehin ein hoher Grundwasserspiegel vorherrscht. 3. Weitere Argumente gegen die Umwidmung der Waldfläche entlang der Brüderstraße (1) Vor erst wenigen Jahren hat die Stadt Bergisch Gladbach im Jahr 2019 einen neuen Flächennutzungsplan 2035 aufgestellt, in dem das Waldstück Brüderstraße final als Waldgebiet W III B ausgewiesen wurde.

[Abbildung]

(2) Im Waldstück Brüderstraße siedelt zudem die stark gefährdete Mückenfledermaus siedelt. Ferner war bereits im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung zur Bahndammtrasse in 2012 festgestellt worden, dass der Teil des Waldgebiets Brüderstraße in der Nähe des Bundesamtes für Straßenwesen (BAST) Jagd- und Brutgebiet der ebenfalls gefährdeten Zwergfledermaus ist. (3) Im Lärmaktionsplan der Stadt Bergisch Gladbach (aus Juni 2022) war das Waldstück Brüderstraße („69 BAST-Gelände Brüderstraße“) als eine „Achse mit Erholungs- und Verbindungsfunktion“ qualifiziert worden. Es ist daher schlicht abwegig, ein Gebiet, das laut den eigenen Feststellungen der Stadt Bergisch Gladbach als Rückzugsort und Naherholung der Bevölkerung dienen soll, für eine Gewerbefläche zu opfern. (4) Auch verfügt die Stadt Bergisch Gladbach nach der Insolvenz (in 2018) und endgültigen Liquidation der Zanders-Werke im Frühjahr 2021 im Innenstadtbereich über eine erhebliche Potenzialfläche. Das Erfordernis, anderweitig eine neue Gewerbefläche zu schaffen und dies zulasten eines Waldgebietes, ist weder inhaltlich nachvollziehbar, noch

Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf „verfahrenskritische Vorkommen“, die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden. In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregen Gefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich

erforderlich. (5) 4 Im Zuge der früheren Diskussion um den Flächennutzungsplan 2035 hatte die Landschaftsbehörde darauf hingewiesen worden, dass die Waldflächen entlang der A4 eine zentrale Bedeutung für den Lebensraum Frankenforst haben — für Mensch, Tier- und Pflanzenarten. So machte die untere Landschaftsbehörde RBK geltend, es bestünden erhebliche Bedenken; es sei eine Verträglichkeitsprüfung erforderlich, da das Gebiet als Ergänzungsbiotop, Biotopvernetzung, Feuchtbereich und Lärmschutzwald einen Verbindungskorridor für wandernde Tierarten entlang der Autobahn darstelle (Stellungnahme der Unteren Landschaftsbehörde Rheinisch-Bergischer Kreis, der Landrat vom 25.10.2016). Der Landschaftsbeirat lehnte die Gewerbeflächen entlang der A4 im Bereich Lustheide/Frankenforst, für die komplett Wald aufgegeben werden muss, ab (Stellungnahme des Landschaftsbeirats des Rheinisch-Bergischer Kreises, der Landrat vom 03.11.2016). (6) Auch die Bezirksregierung Köln hatte in ihrer Stellungnahme vom 22.11.2016 zur Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes 2035 in Bergisch Gladbach im Hinblick auf die Belange von Natur und Landschaft, Artenschutz, FFH-Geblete ausgeführt: „Es hat ... kein vollständiger Abgleich mit den Belangen von Natur- und Landschaft stattgefunden und es sind somit aus Sicht von Natur- und Landschaft weitere Flächen als bedenklich einzustufen. ... Die derzeitige Planung verursacht einen erheblichen Flächenverbrauch ... Reduziert werden sollte die Bebauung der Fläche G-Fr2a (= der Wald entlang der Brüderstraße). Gegen den bisherigen Planungsumfang bestehen erhebliche Bedenken. Es wird empfohlen einen mind. 100 m breiten Streifen für die Naherholung und die Feinstaubfilterung im Hinblick auf die angrenzende Wohnbebauung zu erhalten. ... Aufgrund der räumlichen Lage des Gebietes innerhalb des 300 m Abstandes zum FFH- u. Vogelschutzgebiet „Königsforst“ ist im Rahmen einer FFH-Verträglichkeitsprüfung zu klären, ob es erhebliche Auswirkungen auf dieses Schutzgebiet durch die Bebauung geben kann.“ (7) (8) Es ist nicht nachvollziehbar, wie trotz der damaligen erheblichen Bedenken jetzt eine Umwidmung im neuen Regionalplanentwurf vorgenommen wird, zumal sich an der Begründungsgrundlage inhaltlich nichts geändert hat, außer dass der Klimawandel deutlich schneller als eventuell erwartet „zuschlägt“. Auch der Landesbetrieb Wald und Holz, Nordrhein-Westfalen, Regionalforstamt Bergisches Land hatte in seiner Stellungnahme vom 07.10.2016 im damaligen FNP-Verfahren 2035 vorgetragen, dass „aus forstbehördlicher Sicht gegen die Neuaufstellung des FNP vielfältige Bedenken [bestünden] ... Der geplanten Ausweisung als Gewerbefläche wird widersprochen.“ [Hervorhebungen durch die Verfasserin]. Die Realisierung eines entsprechenden Gewerbegebietes auf dem Waldgebiet Brüderstraße würde einen unzumutbaren Anstieg der Schadstoffbelastungen für gesamt Refrath und Frankenforst, insbesondere in Hinsicht auf die Feinstaub- und Lärmbelastung, verursachen. Feinstaub ist aus Sicht der World Health Organization (WHO) direkter Verursacher für Lungenkrebs; insoweit gibt es bekanntlich auch nach wie vor keinen Grenzwert, unter dem Feinstaub als ungefährlich angesehen werden kann. Dies gilt vor allem für Kinder und Jugendliche. (9) Das Waldstück entlang der Brüderstraße liegt im sog. FFH-Puffergebiet und hat daher eine besondere Funktion für Klimaschutz, Freizeit und Erholung, Bodenschutz, Artenschutz und den Biotopverbund. Mit dem Wegfall des Waldes fehlt unwiederbringlich sowohl ein Schadstofffilter, als auch ein Lärmschutz, die beide nicht anderweitig kompensiert werden können. Fazit: Im Ergebnis sprechen

ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Hinsichtlich der Ausführungen zum Regionalen Gewerbeflächenkonzept der Bezirksregierung Köln Region + Wirtschaft gilt, dass gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen hat. Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher

daher zahlreiche, gewichtige Argumente für den Erhalt und Schutz des Waldstücks Brüderstraße. Der Antrag der Stadt Bergisch Gladbach, hier eine Gewerbefläche vorzusehen, lässt eine sach- und interessengerechte Abwägung vermissen und wirkt klimapolitisch unzeitgemäß. Der Antrag ist daher zurückzuweisen.

[ANONYMISIERT]

Regionalplanreserven hier ASB. Es handelt sich somit nicht um eine Verteilung regionaler Flächenbedarfe gemäß den landesplanerischen Vorgaben mit entsprechenden Festlegungen (hier somit nicht um die Verteilung regionaler Flächenbedarfe gem. der Region+-Prozesse und nicht um die Verteilung von GIB Bedarfen).

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. Stellungnahme, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-308	
1029121	
1034572_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir sind gegen den Flächenänderungsplan. Es kann in der heutigen Zeit nicht sein, dass wir vorhandene Wälder und somit die Luft, die wir brauchen, vernichten.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMSIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-2-310	
1029124	
1034574	
<p>Inhalt</p> <p>Von mir ein klares Nein zur Abholzung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-M-2-312	
1029129	
1034576_001	
<p>Inhalt</p> <p>Unserer Stellungnahme (Ö-P-614, 1001808, 1002973) vom 12.08.2022 zur Neuauufstellung des Regionalplans wurde leider nicht gefolgt. In der Synopse Öffentlichkeit wurde pauschal darauf verwiesen, dass die Festlegungen im Regionalplan keine verpflichtende Umsetzung durch die Kommunen in den Landschaftsplänen bedeutet und dass auf Grund der Grenzen der Darstellbarkeit auch Flächen enthalten sein können, die von den Zielen unberührt bleiben.</p> <p>In der Begründung zur Neuauufstellung des Regionalplans wird ebenfalls erklärt, dass maßstabsbedingt Flächen in einem BSN enthalten sein können, die keine besondere Wertigkeit für den regionalen Biotopverbund aufweisen (Seite 171 der Begründung). Des Weiteren wird in der Begründung auch erklärt, dass die Entscheidung über die konkrete Ausweisung von Schutzgebieten auf nachfolgender Ebene in den Landschaftsplänen erfolgt (Seite 172 der Begründung).</p> <p>Die Vorgaben für die Raumordnung in der Landwirtschaft (4.4 Seite 174/175 in der Begründung), beinhalten den Grundsatz der Erhaltung der landwirtschaftlich genutzten Flächen und Betriebe. Dies ist zwar vielversprechend aber unserer Meinung nach nicht ausreichend, da die Möglichkeit der Ausweisung unserer landwirtschaftlich genutzten Flächen (siehe Stellungnahme von 12.08.2022 im Anhang) als Naturschutzgebiet dadurch weiterhin bestehen bleibt.</p> <p>Die Landschaftspläne orientieren sich am Rahmenplan der Bezirksregierung Köln also sollte hier von vorneherein der Verlauf des geplanten Bereiches zum Schutz der Natur entsprechend auch im Detail angepasst sein. Es wurden in der unmittelbaren Nachbarschaft Änderungen im Planentwurf vorgenommen (siehe z.B. A-1 Textliche Festlegungen Punkt 5.4.2</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002973, 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die zeichnerischen Festlegungen erfolgen auf Grundlage der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 und der dort vorgeschriebenen Planzeichen. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt.</p> <p>Darüberhinaus ergeben sich gegenüber der ersten Beteiligung keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht</p>

<p>Festgestellte - Änderung aufgrund ID 1026270) was bedeutet, dass eine Überarbeitung/ Änderung des Entwurfes im Detail durchaus stattfinden kann.</p> <p>Da sich unser landwirtschaftlicher Betrieb am äußersten Rand (direkt angrenzend an den bebauten Innenbereich der Stadt Stolberg) des geplanten Bereiches zum Schutz der Natur befindet, gäbe es durch eine Ausklammerung unserer Betriebsflächen vom BSN keine Durchschneidung eines Biotopverbundes. Dieser Verbund ist ohnehin über das FFH Gebiet Brander Wald gewährleistet.</p> <p>Zur Sicherstellung unserer Existenzgrundlage bitten wir Sie, die Grenze des eingezeichneten BSN so zu verlagern, dass unsere Flächen nicht durch den künftigen Landschaftsplan der Städteregion Aachen einem Naturschutzgebiet zugeschrieben werden können. Unser ganzer Betrieb liegt in dem aktuell gültigen Landschaftsplan im Bereich eines geschützten Landschaftsbestandteils. Damit ist nach unserer Ansicht der Schutz der Natur dort in ausreichendem Maße sichergestellt.</p>	<p>erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>
--	--

AZ: Ö-M-2-314	
1029131	
1034590_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT] bildet gemeinsam mit dem [ANONYMISIERT] eine ARGE, um im Auftrag des Grundstückseigentümers die in Rede stehende Fläche zu entwickeln. Entsprechende Vorverträge und Abstimmungen liegen uns vor. Vor diesem Hintergrund stellen wir folgenden Antrag: Wir beantragen die Erweiterung der Regionalplanfläche um den in dem Plan gekennzeichneten Bereich (siehe Anlage 1) als „GE-Fläche“, um dort einen Digitalpark errichten zu können. Wie schon in der Machbarkeitsstudie Dateninfrastruktur im Rheinischen Revier „Zukunft regional - digital: Das Rheinische Revier“ durch DE CIX im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW aus April 2021 ausgeführt, sind Digitalparks eine sinnvolle Ergänzung in unmittelbarer Nähe zu Großrechenzentren, wie Microsoft eines in Bedburg errichten wird. Damit können eine Vielzahl von Arbeitsplätzen entstehen, die notwendig werden, wenn der Braunkohletagebau eingestellt wird und dafür anderweitig Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen. In der beigefügten Ausarbeitung (siehe Anlage 2) wird erläutert, warum dieser Standort besonders prädestiniert für die Ansiedlung eines Digitalparks ist. Der Eigentümer der Fläche ist bereit, seine Fläche für eine solche Nutzung einzubringen.</p> <p>Erste Sondierungsgespräche mit ansiedlungswilligen Unternehmen haben ebenfalls schon stattgefunden.</p> <p>[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

AZ: Ö-M-2-316

1029134

1034594_001

Inhalt

Mit der zweiten Offenlegung des Regionalplanentwurfs wurde im Kreis Euskirchen, Stadt Mechernich, OT Satzvey der bisherige Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) über die bestehende Ortsfläche in Richtung Norden hinaus eingezeichnet (Siehe Kartenausschnitt). [Karte Regionalplan]

Als Einwohner des Ortes Satzvey spreche ich mich gegen die geplante Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs aus. Meine Ablehnung begründe ich wie folgt: 1. Mit dem Bauvorhaben auf Ackerland geht eine Zerstörung von fruchtbarem Ackerboden (Karte 4) und eine Zersiedlung von landwirtschaftlicher Fläche durch bandartige Neubaugebiete (Nordost ASB neu) einher. 2. Die Bebauung führt zu einer Bodenversiegelung und verschärft damit die Gefahr von oberflächlich abfließenden Regenwasser Richtung Ortskern (siehe Karte 1), welche bereits 2021 zur Verschärfung der Hochwasserkatastrophenlage führte. 3. Die ohnehin bereits schwierige Belastung des Kanalsystems im Ortskern steigt weiter. 4. Die Verkehrsbelastung des Ortskerns, schon heute problematisch, nimmt mit steigender Einwohnerschaft ebenfalls zu. 5. Die Abschaffung des Landschaftsschutzgebietsstatus (LINFOS-Kennung: LSG-EU00003 Gebietsname: LSG Mechernicher Voreifel bei Kommern) im neuen ASB (Karte 2) und Verhinderung der Migration von Wildtieren zw. NSG LINFOS-Kennung: EU063 Gebietsname: NSG Ehemalige Klebsandgrube bei Satzvey und LSG Überschwemmungsgebiet & LSG Veybach LINFOS-Kennung: LSG-EU-00002 Gebietsname: LSG Fliessgewässer und Auen (Karte 2)- steht Landschaftsschutz und Umweltschutzinteressen entgegen. 6. Die Bautätigkeit findet im Wasserschutzgebiet III A (Karte 3) statt. 7. Bautätigkeiten in unmittelbarer Nähe zur ehm. Klebsandgrube können die dortigen ungesicherten Hänge (zw. 34m und 6m) destabilisieren (Karte 5) Ich bitte Sie im Sinne der „... vielfältigen Funktionen des Freiraumes, z. B. als klimatischer oder lufthygienischer Ausgleichsraum, bedeutender Naherholungsraum, als Standort landwirtschaftlicher Produktion, als Retentionsraum zum Hochwasserschutz, als Raum zur Sicherstellung der Trink- und Brauchwassergewinnung oder als Lebensraum für Tiere und Pflanzen nachhaltig zu sichern...“ (aus Anforderungen des neuen Regionalplans S.26) unsere hohe Lebensqualität im Ort zu erhalten und die Neuausweisung von ASB Flächen außerhalb der bestehenden Ortslage Satzveys abzulehnen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbaden eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwasssergefährdeter Bereiche, d.h auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-317	
1029139	
1034596_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans und des zweiten Planentwurfs möchten wir unsere Einwände gegen die geplante Ausweisung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets im Bereich „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ vorbringen. Unsere Bedenken basieren auf wesentlichen umweltbezogenen, gesellschaftlichen und infrastrukturellen Aspekten.</p> <p>1. Verlust landwirtschaftlicher Flächen und wertvoller Böden</p> <p>Das geplante Gewerbe- und Industriegebiet in Heiligeneiche würde zu einer großflächigen Inanspruchnahme wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen führen. Diese Flächen sind nicht nur essenziell auch für die zukünftige regionale Nahrungsmittelproduktion, sondern auch durch ihre fruchtbaren Böden besonders schützenswert. Der Verlust dieser Böden infolge der geplanten Flächenversiegelung steht im Widerspruch zu den Zielen einer nachhaltigen Landnutzung und nimmt der Region langfristig ihre Resilienz im Bereich der lokalen Landwirtschaft und Ernährungssicherung. Darüber hinaus erhöht die Versiegelung der Flächen die Anfälligkeit für Folgen von Starkregenereignissen, die mit dem Klimawandel häufiger und intensiver werden. Im Juli 2021 waren auch in unserer Region die Auswirkung deutlich sichtbar. Deshalb sollte jede weitere Versiegelung vermieden werden.</p> <p>2. Erhaltung des Lebensraums für geschützte Tierarten</p> <p>Der Bereich Heiligeneiche ist ein wichtiger Lebensraum für etliche geschützte Tierarten, darunter Bussarde, Milane, Turmfalken, sowie Rehwild und Feldhasen, die hier ihre Reviere haben. Die geplante Bebauung würde nicht nur einen erheblichen Teil des Lebens- und Jagdraums dieser Arten zerstören, sondern auch ihre natürlichen Wander- und Jagdgebiete durchschneiden. Eine großflächige Bebauung und die damit verbundenen Zerstörungen des Lebensraumes hätte unweigerlich zur Folge, dass die ohnehin schon stark gefährdeten Populationen weiter zurückgehen. Die Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht sind allgemein bekannt. Angesichts der Verantwortung, die natürliche Artenvielfalt zu bewahren, ist die Umwidmung des Gebiets Heiligeneiche als Industrie- und Gewerbefläche untragbar.</p> <p>3. Erholungsnutzung und Lebensqualität</p> <p>Das Gebiet um Heiligeneiche wird intensiv als Naherholungsraum genutzt,</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001464, ID 1003560 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum.</p> <p>Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3</p>

insbesondere von den Bewohnerinnen und Bewohnern der angrenzenden, dicht besiedelten Städte Leverkusen und Burscheid. Die Grünflächen bieten Raum für Erholung und Freizeitaktivitäten, die zur Lebensqualität der Bevölkerung beitragen. Die Umwandlung dieser Flächen in ein Gewerbegebiet würde die Erholungsfunktion stark beeinträchtigen und den Zugang der Bevölkerung zu naturnahen Freiflächen erheblich einschränken. Solche Veränderungen können langfristig negative Auswirkungen auf die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Erholungssuchenden haben, die auf diese Freiräume angewiesen sind.

4. Klimawandel und CO₂-Reduktion

Angesichts der aktuellen Klimakrise und der gesellschaftlichen Dringlichkeit zur Reduktion von CO₂-Emissionen erscheint die Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbeflächen in bislang unversiegelten Gebieten problematisch. Die natürlichen Böden in Heiligeneiche leisten einen wertvollen Beitrag zur CO₂-Bindung und sind Teil einer widerstandsfähigen, klimafreundlichen Landschaft. Eine Versiegelung dieser Flächen würde nicht nur die CO₂-Speicherkapazität der Region verringern, sondern auch durch den Bau und den Betrieb des Industrie- oder Gewerbegebiets zusätzliche Emissionen freisetzen. Diese Faktoren stehen im Widerspruch zu den Klimazielen des Bundes und des Landes, die in den kommenden Jahrzehnten eine deutliche Reduzierung der Emissionen anstreben und den Erhalt unversiegelter, natürlicher Flächen priorisieren.

5. Verkehrsinfrastruktur und Lärmbelastung

Die Schaffung eines Gewerbe- und Industriegebiets in Heiligeneiche wird zwangsläufig zu einem gesteigerten Verkehrsaufkommen führen. Besonders die Zunahme des Schwerlastverkehrs wird mit einer erhöhten Lärmbelastung und zusätzlicher Abnutzung der bestehenden Verkehrsinfrastruktur verbunden sein. Die aktuell vorhandenen Kapazitäten sind für ein Projekt dieser Größenordnung nicht ausreichend ausgelegt. Dies würde nicht nur die Lebensqualität der Anwohner zusätzlich beeinträchtigen.

Wesentliche Punkte unserer Stellungnahme finden sich im "Umweltplan zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln" (A-3-1 Umweltbericht) wieder:

Zu 1. Verlust landwirtschaftlicher Flächen und wertvoller Böden:

- **Schutzwürdige Böden und deren Funktionen:** Der Umweltbericht betont die hohe Bedeutung schutzwürdiger Böden für die Nahrungsmittelproduktion und als natürliche Ressourcen, die im Regionalplan zu sichern sind (Kapitel 4.4.2, „Schutzwürdige Böden“). Diese Böden sind essenziell für nachhaltige Landnutzung und tragen zur Erhaltung der Resilienz bei.
- **Hochwasservorsorge durch Böden mit hoher Wasseraufnahmefähigkeit:** Die Flächen in Heiligeneiche erfüllen wichtige Funktionen zur Wasseraufnahme und -versickerung, was bei Starkregenereignissen entscheidend zur Minderung von Überflutungsrisiken beiträgt (Kapitel 4.5.4, „Hochwasservorsorge“).

Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Zu 2. Erhaltung des Lebensraums für geschützte Tierarten:

- Biologische Vielfalt und Habitatverlust: Der Bericht hebt hervor, dass der Verlust zusammenhängender Lebensräume (z. B. für Bussarde, Milane und andere geschützte Arten) gravierende Auswirkungen auf die Biodiversität hat. Die Flächen in Frage befinden sich innerhalb eines Verbundes von Schutzgebieten und erfüllen wesentliche ökologische Funktionen (Kapitel 4.2.9, „Biotopverbund“).

Zu 3. Klimawandel und CO₂-Reduktion:

- CO₂-Speicherkapazität der Böden: Laut dem Umweltbericht tragen die klimarelevanten Böden in der Region signifikant zur CO₂-Bindung bei. Ihre Versiegelung würde diesen positiven Effekt verringern und dem Ziel der Treibhausgasreduktion widersprechen (Kapitel 4.6.3, „Klimarelevante Böden“).
- Klimatische Ausgleichsfunktion: Grünflächen wie die in Heiligeneiche wirken als klimatische Ausgleichsräume und sind für eine nachhaltige Regionalentwicklung unverzichtbar (Kapitel 4.6.2, „Klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume“).

Zu 4. Erholungsnutzung und Lebensqualität:

- Lärmarme Erholungsräume: Der Bericht unterstreicht die Bedeutung von naturbezogenen, lärmarmen Erholungsräumen, die insbesondere in verdichteten urbanen Regionen zur Lebensqualität beitragen (Kapitel 4.1.3, „Lärmarme Erholungsräume“).

Fazit

Aus den genannten Gründen sprechen wir uns gegen die Ausweisung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets im Bereich „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ aus. Wir bitten um eine erneute Prüfung und Anpassung des Regionalplans unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, landwirtschaftlich wertvolle Böden zu schützen, den Schutz vor den Folgen von Starkregenereignissen zu gewährleisten, Lebensräume für geschützte Tierarten zu erhalten, die Erholungsnutzung zu bewahren und die dringend erforderliche CO₂-Reduktion aktiv zu unterstützen. Der Schutz der natürlichen Ressourcen, die Erhaltung der Lebensqualität und eine funktionale Infrastruktur müssen zentrale Prinzipien im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans sein.

Mit freundlichen Grüßen,

[ANONYMISIERUNG]

AZ: Ö-M-2-318	
1029140	
1034598_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Der Stellungnehmer schließt sich dem Stellungnehmer "Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V." an. Siehe hierzu die Erläuterungen zu den StnID 1033120_001 bis 1033120_004.</p>
<p>Bonn und Königswinter sind sehr lebenswerte Regionen zum wohnen, wandern, radeln, insgesamt lädt das Umland zur Naherholung und entdecken der Natur ein. Ich schließe mich dem Antrag des Vereins Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V., vgl. Anlage, an, damit für uns, unsere Kinder, Enkelkinder und die fortführenden Generationen Natur erlebbar bleibt.</p>	

Inhalt

1. Allgemeine Stellungnahme zu Kriterien

1.1 Gebiete in Ausweisung

1.1.1 Bereiche zum Schutz der Natur

Die beabsichtigte Erweiterung der "Bereiche zum Schutz der Natur" im Regionalplan Köln (wie in Erläuterungskarte F5 zu sehen) in Verbindung mit dem geplanten Ausschluss von Windenergie und der Restriktion von Photovoltaik (PV) auf Freiflächen im Entwurf des

Teilplans Erneuerbare Energien (Stand 06.10.2024) gibt Anlass zu erheblichen Bedenken. Wir, als Entwickler von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien, sehen uns vor große Herausforderungen gestellt, da uns dadurch potenzielle Standorte genommen werden, auf

denen wir bedeutende Fortschritte in Richtung nachhaltige Energieerzeugung machen könnten. Auch andere wichtige Infrastrukturprojekte, wie Trassenplanungen, die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Region Köln und Deutschlands von entscheidender

Bedeutung sind und das Gelingen der Energiewende unterstützen würden, werden dadurch beeinträchtigt oder sogar verhindert. Daher sollte eine moderatere Neudefinition der "Bereiche zum Schutz der Natur" erfolgen. Des Weiteren ist es wichtig zu beachten, dass die Definition weiterer Ausschlussflächen für Windenergie und Freiflächenphotovoltaik im Regionalplan Köln negative Auswirkungen auf die regionale Wertschöpfung und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich erneuerbarer Energien haben kann. Durch die Einschränkung der Nutzung erneuerbarer Energien werden potenziell innovative Unternehmen daran gehindert, in der Region zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies kann langfristig zu einer Abwanderung von Unternehmen sowie zu einem Verlust an Fachkräften führen. Außerdem verweisen wir auf die energiepolitischen Ziele Deutschlands, die eine deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien vorsehen. Durch die Einschränkung der räumlichen Nutzung von Windenergie und Freiflächenphotovoltaik im Regionalplan Köln wird die Erreichung dieser Ziele erschwert, dies schließt auch das Flächenziel für den Regierungsbezirk Köln ein. Dieses ist durch die Höhenbeschränkungen in vielen Bereichen der Region ohnehin schwer zu erreichen. Ein verstärkter Ausbau erneuerbarer Energien ist jedoch von entscheidender Bedeutung, um den Klimawandel einzudämmen und die Energiewende erfolgreich umzusetzen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Regionalplanung verfolgt das Ziel, verschiedene Nutzungsansprüche an den Raum aufeinander abzustimmen und zu koordinieren. Durch die parallel erfolgende Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbaren Energien zum Regionalplan Köln wird den Erneuerbaren Energien umfassend Rechnung getragen und dem gesetzlichen Auftrag des WindBG sowie den Vorgaben des LEP NRW entsprochen. Beide Verfahren sind inhaltlich verzahnt und eng aufeinander abgestimmt. Auf diese Weise wird dem überragenden öffentlichen Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Planungsregion Köln bereits hinreichend Rechnung getragen.

Die Einzelfallbetrachtung erfolgt aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen des Anpassungsverfahrens nach § 34 LPlG. Eine allgemein gültige Aussage würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen. Darüber hinaus gilt generell, dass der Landesentwicklungsplan weitreichende Anforderungen an die Prüfung von Windenergieanlagen und Freiflächen-Solaranlagen stellt, die in den Zielfestlegungen der zweiten Änderung des LEP 10.2-6 ff. aufgeführt sind.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind wurden diese im Rahmen des Naufaufstellungsverfahrens des Regionalplans abzuwägt. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein

1.1.2 Agrarstrukturell bedeutsame Flächen

Durch die Festlegung von agrarstrukturell bedeutsamen Flächen in einem Ausmaß, welches im Regionalplan Köln geplant ist, besteht die Gefahr einer übermäßigen Anzahl an Nutzungskonflikten. Der LEP NRW Grundsatz 10.2-16 sieht lediglich die Entwicklung von Agri-PV in landwirtschaftlichen Kernräumen oder vergleichbaren Bereichen vor. Von einer Vergleichbarkeit ist hier auszugehen. Aufgrund des niedrigeren Wirkungsgrades von Agri-PV im Gegensatz zu konventionellen Freiflächen-Photovoltaikanlagen, ist eine ausgedehnte Ausweisung solcher Gebiete nicht ratsam. Angesichts der Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Ausbauziele der Windenergie aufgrund der technischen Beschränkungen durch die Bundeswehr, sollten weitere Möglichkeiten der Solarenergie offengehalten werden. Möglichkeiten der Regulierung sollten sich an Kriterien orientieren, die kleinräumiger definiert werden können. Acker- bzw. Grünlandzahlen sind dabei nur eine Alternative. Der Regierungsbezirk Kassel (Nordhessen) orientiert sich beispielsweise zusätzlich zu diesen Kriterien auch an der nutzbaren Feldkapazität und der Ertragsmesszahl (<https://beteiligungsportal.hessen.de/portal/rpks/beteiligung/themen/1003280/1008602>, zuletzt geöffnet am 23.10.2024).

1.2 Zusammenhang mit dem Teilregionalplan Erneuerbare Energien

Angesichts der anhaltenden Klimakrise und des dringenden Bedarfs an erneuerbaren Energien ist es nicht nachvollziehbar, dass im Regionalplan Köln keinerlei Berücksichtigung der erneuerbaren Energien erfolgt. Trotz der geplanten Aufstellung des TREP EE (Teilregionalplan Erneuerbare Energien) lässt sich aufgrund der isolierten Behandlung der Ausweisung von Schutzgebieten nicht absehen, welchen Einfluss diese auf die weitere Entwicklung der erneuerbaren Energien haben werden. Die Förderung und der Ausbau erneuerbarer Energien sollten zu den zentralen Anliegen des Regionalplans gehören, um die Energiewende voranzutreiben und die Klimaziele zu erreichen. Eine angemessene Einbeziehung des Themas erneuerbare Energien in den Regionalplan wäre daher äußerst wünschenswert. In einem derart isolierten Regionalplan gestaltet sich die Bewertung der Kriterien besonders herausfordernd.

2. Fazit

Die von uns gemachten Ausführungen und Anregungen zielen auf einen schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Gebiet des Regierungsbezirkes Köln hin und tragen dazu bei, dass die entsprechenden Klimaschutzziele erreichbar bleiben. Die von unserem Unternehmen vorgebrachten fundierten Vorschläge zur Nutzung der Windenergie sind sehr gut geeignet, um das von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen vorgegebene Ausbauziel für die Erneuerbaren Energien zu erreichen. Aus diesem

entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPlG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im Regionalplan.

Die agrarstrukturell bedeutsamen Räume wurden auf der Grundlage des Fachbeitrags der Landwirtschaftskammer erarbeitet und sind integriert in die zeichnerische Festlegung des Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs.

Grund bitten wir Sie, unsere Anregungen und Vorschläge im weiteren Verfahren zu berücksichtigen sowie uns im Anschluss die Abwägungsunterlagen zu den von uns aufgeführten Anmerkungen zuzuschicken.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-320	
1029154	
1034614_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Hiermit erheben wir Einwendung gegen den auf Ihrer Homepage veröffentlichten zweiten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln.</p> <p>1) Bauen im Sportpark Leverkusen Die Fläche zwischen Autobahn, Dhünn, dem Stadion und der Eisenbahn ist bislang als „Freiraum“ und „regionaler Grünzug“ gekennzeichnet. In Anbetracht der wenigen unversiegelten Flächen im Zentrum der Stadt und der Belastung durch die Autobahn ist es unbedingt notwendig, diese Freiraumflächen zu erhalten.</p> <p>2) Bau der Feuer- und Rettungswache Nord (FRW) im Landschaftsschutzgebiet Auf den Heunen Bei der Vorstellung der Planung zur Neuaufstellung des Landschaftsplans durch die Verwaltung im Mai 2024 ist das Gebiet Auf den Heunen erneut als besonders schützenswert, als LANDSCHAFTSSCHUTZGEBIET, ausgewiesen. Eine Bebauung ist ohne Änderung des Schutzstatus nicht zulässig.</p> <p>Begründung:</p> <p>Im Folgenden beziehen wir uns in unserer Einwendung gegen die beiden geplanten Änderungen im Regionalplan (RPlan) auf eine Stellungnahme der Stadt zur Überarbeitung des Regionalplans von April 2022, in der wörtlich von extremen Auswirkungen des enormen Flächenverbrauchs auf die Leverkusener Bevölkerung und von der vorherrschenden Flächenknappheit die Rede ist. Auch steht dort geschrieben, dass dem Freiraum und der Natur genügend Schutz eingeräumt und den zusätzlichen Herausforderungen des Klimawandels Rechnung getragen werden muss. Aufgrund der hohen Bebauungsdichte der Stadt wird dem Freiraum ein höherer Stellenwert beigemessen, einer Fragmentierung oder Unterbrechung der Landschaft ist entgegenzuwirken. Die Stadt Leverkusen begrüßt eine Sicherung und überregionale Vernetzung der regionalen Grünkorridore und Freiräume. „Der Flächenverbrauch, einschließlich der damit einhergehenden Versiegelung offener Bodenbereiche, ist nun den letzten Jahren innerhalb des Stadtgebietes Leverkusen sehr weit fortgeschritten. Die Inanspruchnahme immer neuer Flächen und die</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID</p>

Zerstörung von Böden ist auf die Dauer nicht vertretbar.“

Diese aus dem Fachbereich 61 stammenden Erläuterungen nehmen wir beim Wort. Die geplanten Änderungen im RPlan stehen im Widerspruch dazu und sind nicht hinnehmbar.

Die Planung der Verwaltung für den Bau der neuen FRW im Landschaftsschutzgebiet geht davon aus und kann - neben der unbestrittenen Notwendigkeit der Erweiterung der derzeitigen FRW - einzig damit begründet werden, dass es keinen alternativen, in Frage kommenden Standort gibt. Das ist falsch. So hat sich zum Beispiel der kommunale Naturschutzbeirat in seiner Sitzung vom 12.11.2024 fast einstimmig erneut gegen einen Bau im LSG ausgesprochen. Das geschieht nicht aus Verantwortungslosigkeit dem Katastrophenschutz gegenüber, sondern vielmehr aus Sorge um den Erhalt der Natur, zum Schutz vor unnötiger weiterer Versiegelung und nicht zuletzt aufgrund der Perspektive, einen als Interimslösung gedachten Standort für die längerfristige Nutzung vorzusehen und so weitere Versiegelung und die damit einhergehende Hochwasser- bzw. Überschwemmungsgefahr bei zukünftigen Starkregenereignissen zu verhindern. Der Bereich des LSG Auf den Heunen bietet derzeit oberhalb des Tals der Wupper Versickerungsfläche für Regenwasser. Sollte hier die mit 30.000 qm veranschlagte FRW gebaut werden, potenziert sich damit die Gefahr von Überschwemmungen im unteren Flussverlauf, in dessen Einzugsgebiet sich unter anderem das Leverkusener Klärwerk in Bürrig befindet.

Die Bebauung der Fläche Auf den Heunen ist im Übrigen bis heute nicht demokratisch legitimiert. Zur Eruierung des Potentials dieser Fläche wurde eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, von deren Ergebnis weiteres Vorgehen abhängen sollte. Die Zustimmung allein zu dieser Machbarkeitsstudie fand nur unter der Bedingung im Stadtrat eine Mehrheit, dass die Verwaltung zur Kompensation für die zu versiegelnde Fläche gleichwertige Entsiegelungsflächen ausfindig machen würde. Das ist bis heute nicht geschehen.

Zur geplanten Versiegelung bisheriger Grünflächen im Bereich des Fußballstadions zur Schaffung der nach den Regularien der Fußballverbände vorgesehenen Parkplätze, wenn aufgrund des Autobahnausbaus die Stellflächen unter der Stelzenautobahn wegfallen, möchten wir die Bezirksregierung bitten, für den Bundesliga-Fußballverein aufgrund der besonderen Umstände eine Ausnahmegenehmigung zu erwirken. Das Stadion liegt zentral in der Stadt; es ist für zig-Tausende Fans bestens mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Es existiert ein gut ausgebauter Bus-Shuttle-Service zu den etwas außerhalb gelegenen Parkplätzen. Hier ließe sich ohne Probleme ein dem VIP-Status angemessener (Limousinen-) Shuttle-Service für gehobeneren Ansprüche einrichten. So wie die gesamte Stadtbevölkerung durch den Autobahnausbau mit Einschränkungen wird leben müssen, so kann eben ein derartiges Großbauprojekt auch am Betrieb eines Bundesliga-Profivereins nicht spurlos vorbeigehen. Auch für diese Änderung des Nutzungsplans liegt unseres Wissens keine Zustimmung des Kommunalparlaments

1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 2.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

vor.

Angesichts der Sachlage wäre es fatal, eine diesbezügliche Neuaufstellung des Regionalplans und die Aufhebung des LS für die Fläche Auf den Heunen und die Schaffung von Parkplätzen im Zentrum der Stadt zu genehmigen. Nicht nur würde durch die zusätzlichen Versiegelungen die Gefahr einer Naturkatastrophe erhöht (Überschwemmungsgefahr) und wertvoller Lebensraum für Menschen und Wildtiere zerstört. Eine Zustimmung, die unter den vorliegenden Bedingungen eben nicht von der bürgerschaftlichen Vertretung genehmigt ist, läuft Gefahr, das Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen weiter zu unterminieren. Diesen Entwicklungen darf nicht durch die Entscheidung der vorgesetzten Behörde Vorschub geleistet werden.

Wir bitten um eine Bestätigung des fristgerechten Eingangs unseres Schreibens.

Mit freundlichen Grüßen

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-321	
1028477	
1034615_001	
<p>Inhalt</p> <p>Zur Einordnung der nachfolgenden Anregungen und Bedenken fassen wir die Ausgangssituation zunächst wie folgt zusammen:</p> <p>1.</p> <p>Unsere Mandantin ist Eigentümerin einer etwa 110 ha, also 1.100.000 m² großen Fläche in Aachen-[Anonymisiert], die von [Anonymisiert] umschlossen wird. In diesem Gebiet befindet sich unter anderem eine derzeit landwirtschaftlich genutzte Teilfläche der Gemarkung [Anonymisiert], die südlich an [Anonymisiert] und westlich an eine umfangreiche Wohnbebauung entlang [Anonymisiert] angrenzt und sich nördlich bis [Anonymisiert] erstreckt. Diese „Dreiecksfläche“ im Umfang von 92.194 m² eignet sich ideal als Baufläche zur Befriedigung des dringenden Wohnraumbedarfs der Stadt Aachen.</p> <p>Das in der nachfolgenden Abbildung beigefügt Luftbild (Anlage 1) zeigt das Grundstück unserer Mandantin. Die in der zweiten Abbildung dargestellte Fotomontage (Anlage 2) zeigt das Grundstück, wie es im Falle der Bebauung der Dreiecksfläche aussähe.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>[Abbildung]</p> <p>Bereits anhand dieser Abbildungen zeigt sich in tatsächlicher Hinsicht die städtebaulich sinnvolle Einbindungsmöglichkeit der landwirtschaftlich genutzten Flächen unserer Mandantin in die vorhandene Siedlungsstruktur.</p> <p>2.</p> <p>Die Stadt Aachen leidet aufgrund schrumpfender Flächenreserven bei einer kontinuierlich wachsenden Bevölkerung an einem erheblichen Wohnraumangel, der den Druck auf den Wohnungsmarkt fortschreitend steigert und die Mietpreise für Wohnraum erheblich erhöht. Ausweislich des von Frau Oberbürgermeisterin Keupen und Herrn Beigeordneten Sicking verantworteten „Handlungskonzepts Wohnen“ (Anlage 3) aus dem Jahr 2022 hat eine im Zuge der Konzeptentwicklung erstellte Wohnraumbedarfsprognose einen zusätzlichen Flächenbedarf für den Wohnungsbau im Umfang von 178,1 ha ermittelt. Im Vergleich zu den Darstellungen des Flächennutzungsplans AACHEN*2030, der trotz größter Bemühungen lediglich 84 ha</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003929, 1007570, 1003687 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht - hier auch erneut bestätigt durch die Begrüßung der Rücknahme des Siedlungsraums in der Stellungnahme ID 1034379_002 durch die Stadt Aachen - besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist.</p> <p>Im Hinblick auf die Anregung, die im ersten Regionalplan-Entwurf enthaltene ASB-Fläche auch dann beizubehalten bzw. nun wieder aufzunehmen, wenn die Kommune die Fläche zur Streichung im Rahmen der Beteiligung empfiehlt gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Dies verhindert – unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit –, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.</p>

neue Wohnbauflächen ausweist, ergibt sich daraus nach dem Handlungskonzept Wohnen ein Delta von ca. 94 ha Wohnbaufläche, das in dem Stadtgebiet der Stadt Aachen derzeit nicht abgedeckt werden kann (S. 12 der Anlage 3).

Aufgrund dieses erheblichen Wohnraumbedarfs trat die Stadt Aachen bereits im Jahr 2015 an unsere Mandantin heran, um auf dem 110 ha großen Grundstück gemeinsam die Eignung der vorgenannten südlichen Dreiecksfläche sowie einer auf den obigen Abbildungen ebenfalls ersichtlichen nördlichen Teilfläche als Wohnbauflächen zu prüfen. Immerhin könnte allein die hier gegenständliche, ca. 9,2 ha große Dreiecksfläche bereits etwa 10% des prognostizierten Flächenbedarfs der Stadt Aachen erfüllen.

3.

Um dieser Wohnraumknappheit zu begegnen und die Bebaubarkeit der Teilflächen fachgerecht zu ermitteln, wurden in Absprache mit dem damaligen Oberbürgermeister Marcel Philipp auf Kosten unserer Mandantin sodann zahlreiche Gutachten erstellt, die im Jahr 2019 zu einer positiven Eignungsbewertung (Anlage 4) der Stadt Aachen führten, wonach beide Teilflächen als Wohnbauflächen geeignet bewertet wurden.

Die als Anlage 5 und 6 beigegeführten Klimagutachten, die im Zuge dieser Eignungsbewertung erstellt wurden, betreffen zwar primär die „nördliche Teilfläche“, jedoch sind die gutachterlichen Ergebnisse auf die hier gegenständliche südliche Dreiecksfläche übertragbar und bestätigen deren Bebaubarkeit. Ein natur- und artenschutzfachliches Gutachten, das die Bebaubarkeit der südlichen Fläche ebenfalls bestätigt, fügen wir als Anlage 7 bei.

Über die Tatsache, dass die Bebauung der südlichen Dreiecksfläche auch aus Klimasicht unbedenklich ist, bestand mit der Verwaltung der Stadt Aachen seit jeher Einigkeit. Die zu dieser Bewertung führenden, über die vorgenannten Untersuchungen hinausgehenden Gutachten, die die Stadtverwaltung selbst in Auftrag gegeben hat, wurden unserer Mandantin aufgrund der unstreitigen Bebaubarkeit der südlichen Fläche nie zur Verfügung gestellt. Ohne diese Gutachten hätte die städtische Eignungsbewertung (Anlage 4) jedoch nicht positiv ausfallen können.

4.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen im Jahr 2020 geriet das Verfahren jedoch ins Stocken. Am 04.04.2019 fand eine öffentliche Sitzung mit den Mitgliedern des Planungsausschusses statt, in der der damalige Planungsausschussvorsitzende eine Bebauung der hier gegenständlichen südlichen Dreiecksfläche trotz des entgegenstehenden Votums der Verwaltung überraschend ablehnte. Obwohl diese Einschätzung vor allem politisch motiviert war, wurde daraufhin der Flächennutzungsplan AACHEN*2030, der nun für die südliche Dreiecksfläche eine Fläche für Landwirtschaft darstellt, vorangetrieben, genehmigt und bekanntgemacht. Diese Entwicklung stand den Ergebnissen der eingeholten Gutachten ebenso wie dem klar ermittelten Wohnraumbedarf diametral entgegen.

Für die Berücksichtigung der privaten Belange der Eigentümer, d.h. insbesondere ihrer Nutzungsinteressen, gilt, dass für die nun im Rahmen der Beteiligung vorgetragenen besonderen Umstände – hier konkret das Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der ursprünglich beabsichtigten Planungsinteressen der Stadt Aachen (auch hinsichtlich einer weiteren rechtlichen Konkretisierung und Verfestigung) – im Rahmen der gesamtplanerischen Abwägung der kommunalen Entwicklung hinsichtlich einer Freiraumfestlegung im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung gegenüber einer Festlegung eines ASB ein erhöhtes Gewicht beigemessen wird.

Bezüglich des Wohnraumbedarfs der Stadt Aachen wird darauf verwiesen, dass sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt wurden.

Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Grundsatz *Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen*, Ziel *Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen* sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel *GIBregional sichern und umsetzen* und Ziel *GIBplus sichern und umsetzen* im gesamten Planungsraum und konkret in der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen.

Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen. In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet.

Einheitlicher Maßstab für die Bewertung regionaler Klimafunktionen ist insbesondere der Fachbeitrag "Klima" des LANUV für den Regierungsbezirk Köln. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Der Schutz von regional bedeutsamen klimawirksamen Bereichen erfolgt im Regionalplan Köln insbesondere durch das Planzeichen "Regionale Grünzüge" (Vorranggebiet). Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge in den verdichteten Räumen, wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die

5.

Trotz dieser überraschenden Entwicklung bot die Verwaltung der Stadt Aachen unserer Mandantin – zweifellos aufgrund der positiven Eignungsbewertung der Bauflächen – in dem als Anlage 8 beigefügten Schreiben vom 15.11.2019 den Ankauf dieser Teilflächen an. Dies geschah sieben Monate nach der vorgenannten öffentlichen Sitzung, in der eine Bebauung der Flächen allein aus politischen Gründen abgelehnt worden war.

Dieses Kaufangebot beruhte dabei auf den übereinstimmenden Ergebnissen der von den Parteien in Auftrag gegebenen Gutachten und war Ausdruck des städtischen Wunsches einer Bebauung der vorbezeichneten Flächen. Trotz des weit unter dem Verkehrswert von Wohnbauflächen liegenden Angebots war unsere Mandantin im Interesse der Schaffung bezahlbaren Wohnraums zu einer entsprechenden Einigung bereit. Diese Einigungsbereitschaft besteht zugunsten einer wirtschaftlich sinnvollen und gesellschaftlich im Sinne der Wohnraumschaffung dringend erforderlichen Nutzung bis zum heutigen Tage, denn der Wohnraumbedarf der Stadt Aachen hat sich seither weiter vergrößert.

6.

Ebenfalls nach der öffentlichen Sitzung vom 04.04.2019 stellte die Stadt Aachen zum Zweck der Wohnraumschaffung des Weiteren eine Sanierungssatzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes „Beverau“ vom 20.12.2019 auf, die wir als Anlage 9 beifügen. Diese Satzung, in deren Geltungsbereich auch die südliche Dreiecksfläche liegt, dient nach § 3 der Satzung der Entwicklung der „Beverau“ in baulicher und sozialer Hinsicht im Rahmen der Städtebauförderung. Der Satzungsgeberin kam es dabei offenkundig gerade darauf an, die bauliche Entwicklung auch auf dem Grundstück unserer Mandantin voranzutreiben, um den Wohnraumbedarf der Stadt Aachen zu sichern und die für eine Wohnbebauung landschaftlich sowie städtebaulich bestens geeignete Teilfläche einer Bebauung zuzuführen.

II.

Der zweite Entwurf des Regionalplans Köln wurde gegenüber dem ersten Entwurf nun dahingehend geändert, dass der vormals dargestellte Allgemeine Siedlungsbereich (ASB) im Bereich der Dreiecksfläche entfallen ist und nun als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion „Regionaler Grünzug“ festgelegt wird (Anlagen 10-12).

1.

Die Festlegung der vorbezeichneten Fläche als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich mit der Freiraumfunktion „Regionaler Grünzug“ ist unter den oben dargestellten Gesichtspunkten nicht akzeptabel und verstößt gegen das Gebot der gerechten Abwägung.

potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Dabei sind laut LPIG DVO Regionale Grünzüge als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken.

Die vorliegende Fläche ist aus den vorgenannten Gründen und insbesondere für die Funktionserfüllung des RG als klimaökologischer Ausgleich sowie zur Biotopvernetzung - hier belegt durch die Einstufung im Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege als Biotopverbundfläche der Stufe 2 mit besonderer Bedeutung - geeignet.

Bei der Aufstellung der Raumordnungspläne sind die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gemäß § 7 Abs. 2 ROG gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen. Dieser Abwägungsvorgang entspricht ausweislich der erkennbar an § 1 Abs. 7 BauGB angelegten Formulierung demjenigen der verbindlichen Bauleitplanung und folgt für die rechtssatzförmige Regionalplanung zudem aus dem Verhältnismäßigkeitsprinzip.

Nach ständiger Rechtsprechung des BVerwG ist das Gebot der gerechten Abwägung wegen eines Fehlers im Abwägungsvorgang verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet, wenn in die Abwägung an Belangen nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, oder wenn die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt wird. Ein Fehler im Abwägungsergebnis liegt vor, wenn der Ausgleich zwischen den von der Planung berührten Belangen in einer Weise vorgenommen wird, die zur objektiven Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht. Dies ist hier der Fall.

vgl. BVerwG, Urteil vom 12.12.1969 – IV C 105.66, VerwRspr 1970, 571.

a)

Zunächst wurde die städtebauliche Eignungsbewertung, in der die vorbenannte Teilfläche durch die Stadt Aachen am 25.01.2019 als zur Wohnbebauung geeignet bewertet wurde, offenkundig nicht in der Abwägung zur Aufstellung des Regionalplans berücksichtigt.

Hinsichtlich der südlichen Dreiecksfläche hat die Stadt Aachen keinerlei Klimabedenken erhoben. Vielmehr hat sie das zwischenzeitlich vorgebrachte Argument, es handele sich um ein Kaltluftentstehungsgebiet, das bereits in zahlreichen der etwa 5.000 Eingaben im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung zur Änderung des Flächennutzungsplans vorgebracht wurde, ausführlich geprüft, für nicht einschlägig befunden und im Rahmen der städtischen Eignungsbewertung (Anlage 4) letztlich die Bebauung empfohlen. Zwar kommt es durch eine Bebauung zwangsläufig zu einem Eingriff in den Naturhaushalt. Dieser Eingriff ist ausweislich der vorgenannten Eignungsbewertung, die auf den von der Stadt selbst in Auftrag gegebenen Klimagutachten beruht, jedoch verhältnismäßig.

Denn wie sich aus diesen im Rahmen der Eignungsprüfung erstellten Klimagutachten ergibt, ist die in Rede stehende Fläche für eine Wohnbebauung uneingeschränkt geeignet. Die in Bezug auf die nördliche Teilfläche im Bereich Aachen Forst erstellten Gutachten vom Ingenieurbüro AVISO (Anlagen 5 und 6), die sich inhaltlich auf die südliche Dreiecksfläche übertragen lassen, stellen fest, dass das Grundstück unserer Mandantin von sich aus keinen Beitrag zur lokalen Belüftung der angrenzenden Bebauung leistet, so dass die Auswirkungen durch eine Bebauung gering ausfallen würden und die Belüftung der Nachbarbebauung weiterhin in ausreichendem Maße gegeben wäre. Auch sei eine mögliche Verringerung der Kaltluftproduktionsfläche durch die geplante Bebauung bezogen auf das voll ausgebildete großräumliche Kaltluftabfluss-System des Beverbachtals als unbedenklich einzustufen (vgl. S. 19 der Anlage 5, S. 28 der Anlage 6). Der Einfluss einer etwaigen Bebauung der

„Dreiecksfläche“ auf das Kaltluftabfluss-System ist damit gerade keine neue Erwägung, die die geplante Änderung des Regionalplanentwurfs heute rechtfertigen würde. Vielmehr wurde der Sachverhalt bereits vielfach in klimatischer Hinsicht geprüft und als unbedenklich eingestuft. Die rein politische Entscheidung, das Gebiet im Flächennutzungsplan AACHEN*2030 als Fläche für Landwirtschaft auszuweisen, stellt allein keinen tauglichen Sachgrund dar, der in der Abwägung der vorgenannten gutachterlichen Ergebnisse eine abwägungsgerechte Festlegung eines Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichs im Regionalplan erlauben würde.

Nichts anderes folgt aus den Ergebnissen der natur- und artenschutzfachlichen Bewertung der in Rede stehenden Teilfläche durch die Firma Raskin Umweltplanung, der zufolge aus naturschutzfachlicher und artenschutzrechtlicher Sicht keine Bedenken gegen die Bebauung dieser Fläche bestehen. Vielmehr stellt dieses Gutachten fest, dass es sich bei dieser Fläche um einen als Grünland genutzten, artenarmen Bereich ohne besondere naturschutzfachliche Wertigkeit handelt (S. 14 der Anlage 7).

Irreführend und sachgrundlos war daher auch die als Anlage 13 beigefügte Stellungnahme des [Anonymisiert] vom 05.12.2021, die im Wege der ersten Öffentlichkeitsbeteiligung zur Neuaufstellung des Regionalplans im Jahr 2021 eingereicht wurde. Der Verfasser dieser Stellungnahme legt dar, die im ersten Regionalplanentwurf geplante Festlegung der hier gegenständlichen Fläche als Allgemeiner Siedlungsbereich beruhe auf einem „veralteten Diskussionsstand“, sodass eine „Anpassung an den aktuellen Willen des Stadtrates versehentlich (bedingt durch den Personalwechsel im Regionalrat und wegen Corona) unterblieben“ sei (S. 2 der Anlage 13).

Diese Interpretation des Geschehensablaufs stellt eine bewusste Fehldarstellung der Tatsachenlage dar. Im Hinblick auf die zahlreichen Gutachten, die die Bebauung der Flächen auf dem Grundstück unserer Mandantin übereinstimmend als natur- und landschaftsschutzrechtliche unbedenklich eingestuft haben, hat die Stadtverwaltung die Flächen im Jahr 2019 als geeignet bewertet, ein konkretes Kaufangebot zum Zwecke der Bebauung der Grundstücke abgegeben und eine Sanierungssatzung erlassen, die den Planungswillen der Stadt klar zum Ausdruck bringt. Die ursprünglich geplante Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs war daher kein „Versehen“ aufgrund eines veralteten Diskussionsstands, sondern eine bewusste Entscheidung für den dringend benötigten Wohnungsbau. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass das Kaufangebot der Stadt Aachen bewusst unter Einbeziehung einer Mehrerlösregelung abgegeben wurde, wonach sich der Verkaufspreis im Falle der weiterhin auch seitens der Stadtverwaltung geplanten Bebauung signifikant erhöhen sollte. Auch daraus folgt, dass die Stadt an ihrer positiven Eignungsbewertung trotz der Darstellungen des Flächennutzungsplans weiter festhielt. Die Eingaben 1003929, 1007570 und 1003687, die nach den Karten über die Änderungen des Regionalplans (Anlagen 10-12) maßgeblich für die Änderung des Palentwurfs waren, enthalten keinerlei neue Sachargumente in Bezug auf die klimatischen Auswirkungen einer möglichen Bebauung der Dreiecksfläche. Vielmehr berufen sich die Stellungnahmen auf dieselben Argumente, die von der Verwaltung der Stadt Aachen bereits umfassend

geprüft und sachlich abgewogen wurden. Diese Abwägung hat letztlich zu dem positiven Votum der Stadt Aachen für eine Bebauung der hier gegenständlichen Fläche geführt (Anlage 4).

Es ist aus diesem Grunde abwägungsfehlerhaft, trotz der unveränderten umwelt- und Klimaschutzrechtlichen Sachlage nun aufgrund der Wiederholung von bereits geprüften und im Ergebnis klar verworfenen Argumenten den ursprünglichen Regionalplanentwurf zu ändern und dadurch die dringend benötigte Wohnbebauung zu erschweren.

b)

Im Hinblick auf die vorgenannten Gutachten ist das Abwägungsergebnis zudem auch aus landschaftsschutzrechtlicher Perspektive nicht nachvollziehbar. In der Abwägung wurde insbesondere nämlich nicht berücksichtigt, dass die vorbezeichnete Fläche nicht etwa durch eine besonders vielfältige, schutzwürdige Vegetation geprägt ist, sondern als strukturarmer Wiesenfläche nach ihrer derzeitigen Nutzung einzig als Weidefläche für die auf dem Grundstück unserer Mandantin betriebene Landwirtschaft dient. Die Fläche weist sowohl für den Naturhaushalt als auch für das Landschaftserleben gerade auch in Relation zu dem restlichen, ca. 1.100.000 m² großen Grundstück einschließlich umfangreicher Wald- und Wiesenflächen eine nur geringe Wertigkeit und mit lediglich ca. 92.000 m² auch flächenmäßig einen nur untergeordneten Umfang auf (vgl. Anlage 7). Auch dies spricht für die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs.

c)

Abwägungsfehlerhaft wird darüber hinaus auch der eindeutige Planungswille der Stadt Aachen missachtet. Dies ergibt sich bereits aus der Sanierungssatzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes „Beverau“ vom 20.12.2019, die die südliche Dreiecksfläche des hier gegenständlichen Grundstücks erfasst und nach dem klar erkennbaren Willen der Satzungsgeberin gerade die bauliche Entwicklung des Sanierungsgebiets sicherstellen soll.

Hier kam es der Kommune darauf an, die städtebauliche Entwicklung der „Beverau“ voranzutreiben und die Bebaubarkeit der bisher landwirtschaftlich genutzten Flächen unserer Mandantin zu betonen. Dieser Wille der Satzungsgeberin, der schon aus Gründen der kommunalen Selbstverwaltung und der Planungshoheit der Gemeinde im Abwägungsprozess zur Aufstellung des Regionalplans zu beachten ist, bleibt durch dessen geplante Festlegungen abwägungsfehlerhaft unberücksichtigt.

d)

Schließlich wird die geplante Festlegung des Regionalplans auch nicht dem öffentlichen Interesse an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums gerecht, das sich abstrakt aus den bekannten Leitgedanken der Bundes- und Landesgesetzgeber und im Konkreten auch aus dem umfassenden „Handlungskonzept Wohnen“ (Anlage 3) der Stadt Aachen ergibt.

Wie aus der *Anlage 1 der Verordnung zur Bestimmung von Gebieten im Land Nordrhein- Westfalen mit einem angespannten Wohnungsmarkt nach § 201a Satz 1 des Baugesetzbuches (BaulandmobilisierungsVO NRW)* ersichtlich ist, ist selbstverständlich auch die Stadt Aachen ein Gebiet mit einem angespannten Wohnungsmarkt. Für diese Gebiete sieht der Bundesgesetzgeber etwa in §§ 9 Abs. 2d, 31 Abs. 3, 201a BauBG umfangreiche Erleichterungen vor, die den Wohnungsbau befördern sollen.

Darüber hinaus besteht im Stadtgebiet der Stadt Aachen auch in tatsächlicher Hinsicht ein akuter Mangel an Flächen für den Wohnungsbau, der sich nach der in dem städtischen Handlungskonzept zitierten Wohnraumprognose auf insgesamt 178,1 ha beläuft. Auch unter Berücksichtigung der neuen Darstellungen des Flächennutzungsplans AACHEN*2030 besteht nach Angaben der Stadt Aachen ein dringender Flächenbedarf im Umfang von 94 ha Wohnbaufläche, der in dem Stadtgebiet der Stadt Aachen derzeit nicht abgedeckt werden kann (S. 12 der Anlage 3).

Obwohl die Stadt Aachen die oben bezeichneten Teilflächen auf dem Grundstück unserer Mandantin aufgrund der erstellten Fachgutachten als für den Wohnungsbau geeignet bewertet hat, sich die Bebauung in städtebaulich harmonischer Weise einfügen würde, der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum im Stadtgebiet der Stadt Aachen weiterhin immens ist und dieser Bedarf allein durch die Festlegung der hier gegenständlichen Dreieckfläche als Allgemeiner Siedlungsbereich um 10% reduziert werden könnte, sieht der Regionalplanentwurf insoweit abwägungsfehlerhaft einen allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich vor, der der Bebauung des Grundstücks und der Schaffung neuen Wohnraums entgegensteht.

2.

Zusammenfassend leidet die Abwägung in Anbetracht der städtebaulichen Eignungsbewertung der hier gegenständlichen Fläche als Wohnbaufläche, der in diesem Rahmen erstellten Gutachten, der zum Zwecke der Wohnbebauung erlassenen Sanierungssatzung, der geringen ökologischen Wertigkeit der betroffenen Wiesenfläche, dem Interesse der Eigentümerin an der wirtschaftlich sinnvollen Verwertung ihres Grundstücks, dem öffentlichen Interesse an der Schaffung bezahlbaren Wohnraums und der naheliegenden Möglichkeit, den offenen Wohnraumbedarf im gesamten Stadtgebiet durch die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs auf der hier gegenständlichen Dreiecksfläche um 10% zu reduzieren an einer Fehlgewichtung der öffentlichen und privaten Belange im Sinne des § 7 Abs. 2 ROG. Der daraus folgende Abwägungsmangel ist erheblich, weil er offensichtlich ist und auf das Abwägungsergebnis von Einfluss sein kann.

Im Ergebnis dürfen wir daher höflich darum bitten, die Festlegung der vorbezeichneten Teilfläche im Regionalplanentwurf entsprechend zu korrigieren. Die ursprünglich geplante Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs ist dringend zu empfehlen, um dem erheblichen Wohnraumbedarf der Stadt Aachen gerecht werden zu können.

AZ: Ö-M-2-322

1029144

1034601_001

Inhalt

Wir nehmen Bezug auf die Neuaufstellung des Regionalplanes Köln und den Aufstellungsbeschluss vom 11.10.2024 und nehmen zu den Änderungen des Entwurfes wie folgt Stellung:

Ziel Z.neu4 regelt ein Vorrangverhältnis, demzufolge bedingte Festlegungen in den nur nachrichtlich übernommenen BSAB-Flächen bei Geltung des Teilplans NR nicht zur Anwendung gelangen. Diese Regelung von bedingten Festlegungen von BSN in BSAB verstößt gegen das Abwägungsgebot und sollten gestrichen werden.

Der Regionalplan einerseits und der Teilplan NR sind nicht hinreichend aufeinander abgestimmt. Es sind Fälle denkbar, in denen der Teilplan und der Regionalplan nicht gleichzeitig gelten, da die BSAB-Darstellungen des Regionalplans nur nachrichtlich aufgenommen werden. In dem Fall, dass der Regionalplan vor dem Teilplan NR zugelassen wird oder in dem Fall einer Aufhebung des Teilplans NR durch eine Gerichtsentscheidung gelten nur die bedingten Festlegungen des Regionalplans. Ein dann geltender BSN stünde (wegen des damit verfolgten Ziels der Erhaltung der Natur im bestehenden Zustand) einem Rohstoffabbau, der einen Eingriff in Natur und Landschaft erfordert und eine Eingriffskompensation erforderlich macht, entgegen. So wäre es allein von externen Faktoren abhängig, ob die Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen planerisch entschieden wird oder ob stattdessen Ziele wirksam werden, die im Gegensatz dazu eine Rohstoffgewinnung ausschließen. Zudem würde die Festlegung von BSN in Bereichen, die für den Rohstoffabbau erworben und genehmigt wurden gegen Art. 14 GG verstoßen, da die Festsetzung den Abbau unmöglich machen oder erheblich erschweren kann. Bedingte Festsetzungen von BSN in BSAB Bereichen sind daher abwägungsfehlerhaft.

Für den Tagebau Witterschlick würde das bedeuten, dass eine Unwirksamkeit des Teilplans NR (etwa wegen einer gerichtlichen Aufhebungsentscheidung) zur Folge hätte, dass eine bergrechtliche Planfeststellung (etwa eine Verlängerung oder Erweiterung) nicht genehmigt werden könnte, weil der bergbaulichen Inanspruchnahme das endabgewogene Ziel BSN im Tagebauvorfeld entgegenstünde. Der Regionalplan würde damit das Gegenteil von dem erreichen, was planerisch beabsichtigt ist, nämlich die Sicherung der Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen.

Bezogen auf den gesamten Planungsbereich des Regionalplans Köln würde das bedeuten, dass eine Aufhebung des Teilplans NR zur Folge hätte, dass großflächig

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Das Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) wird aufrechterhalten. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird.

Die Zielfestlegung Z. neu4 sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden jedoch im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR klarstellend redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*, Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern*, Z.22 *Waldbereiche erhalten und entwickeln*, Z.24 *Oberflächengewässer sichern*, Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG)*

(nämlich überall dort, wo bedingte Festlegungen in BSAB getroffen worden sind) für die Zukunft eine Sicherung der Rohstoffversorgung wegen der entgegenstehenden bedingten Ziele verhindert würde, obwohl die Rohstoffversorgung gerade planerisch gewollt ist.

sichern, Z.27 Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln und Z.41 St andorte für Abfalldeponien sichern die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Hinsichtlich der geäußerten Besorgnis, dass eine hypothetische Konstellation eintreten könnte, in welcher der Teilplan NR seine Rechtswirksamkeit insgesamt oder in Teilen verlöre und die Festsetzungen des geltenden Regionalplans einer beantragten Abgrabung entgegenstünden, ist auf den Bestandsschutz rechtmäßig zugelassener Abgrabungen hinzuweisen (s. Erläuterung (4) zu Z. neu4 sowie Ziel 4 *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* des Teilplans NR). Die von den Bedenkenträgern konstruierte hypothetische Fallgestaltung einer (teilweisen) Unwirksamkeit des Teilplans NR vermag keine Grundlage für die vorliegende Abwägungsentscheidung zu bilden. Der Regionalrat als Träger der Regionalplanung geht im Rahmen seiner Entscheidungsfindung von der Rechtswirksamkeit seiner eigenen planerischen Festlegungen aus. Sollten wider Erwarten der Regionalplan oder der Teilplan NR durch gerichtliche oder sonstige Verfahren für unwirksam erklärt werden, entstünde auf Ebene der Regionalplanung ohnehin ein Planungserfordernis, um die raumordnungsrechtliche Steuerungswirkung wiederherzustellen und die landesplanerischen Vorgaben in Bezug auf nichtenergetische Rohstoffe zu erfüllen.

AZ: Ö-M-2-323

1029146

1034604_001

Inhalt

Zu dem Entwurf des Regionalplanes Köln nehmen wir im Rahmen der Beteiligung Betroffener wie folgt erneut Stellung:

Die [ANONYMISIERT] bewirtschaftet unter der Anschrift [ANONYMISIERT] in 53945 Blankenheim-Lommersdorf einen landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Schwerpunkt Milcherzeugung.

Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen soll nunmehr mehrere Grünlandparzellen, darunter auch die unmittelbar am Stallgebäude unseres Betriebes gelegene Parzelle, die im Sommer die Hauptweidefläche der Milchkühe darstellt, als Bereich zum Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.

Diese Flächen dienen der Erzeugung des Futters für unsere Rinder. Naturschutzbedingte Einschränkungen in der Nutzung dieser Flächen würden sich bei der Futtergewinnung unmittelbar mengen- und qualitätsmäßig bemerkbar machen und sind für den Betrieb, insbesondere für die hofnahe Weideparzelle von fast 10 Hektar Größe, existentiell nicht tragbar.

Nach dem Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln besteht im Übrigen unsererseits die Besorgnis, dass bei einer Ausweisung von Landschaftsschutzgebieten auf den entsprechenden Flächen künftig die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln eingeschränkt oder gar untersagt werden kann, was für Grünlandflächen einen erheblichen Pflege-Mehraufwand nach sich ziehen würde.

Zudem ist eine betriebliche Entwicklung mit eventuell erforderlich werdenden Gebäuden allein auf der hofnahen Parzelle möglich, so dass der landwirtschaftlichen Nutzung hier Vorrang einzuräumen ist.

Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass bereits jetzt rund 95 % unserer Eigentumsflächen und auch ein großer Teil unserer Pachtflächen im Rahmen früherer Ausweisungen von FFH-, Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebieten mit Bewirtschaftungsauflagen versehen sind. Weitere Ausweisungen mit Bewirtschaftungsauflagen gefährden unseren landwirtschaftlichen Betrieb in seiner Existenz.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass viele um die Ortslage Lommersdorf gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen bereits für den beabsichtigten Weiterbau der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung).

Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen

Autobahn A1 - sei es als Flächen für die Trasse selbst oder als Ausgleichsfläche - verplant sind und der Landwirtschaft entzogen werden.

Im Hinblick hierauf sollte hier dem Interesse der Landwirtschaft an einem Erhalt der landwirtschaftlich genutzten Flächen Genüge getan und auf weitere Ausweisungen verzichtet werden.

Im Übrigen kritisieren wir die kurze Stellungnahmefrist von einem Monat und die übersichtliche Art der Planänderung. Wir bitten Sie daher eindringlich in Zukunft die Gegenüberstellung der Änderungen übersichtlicher zu gestalten.

Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

AZ: Ö-M-2-324	
1029149	
1034605_001	
<p>Inhalt</p> <p>Nach Kenntnisnahme der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf beziehen wir Stellung (Stellungnahmen s. Anhang). Bitte beachten Sie die dieser Stellungnahme beigefügte Unterschriftensammlung von Anwohnern sowie Mitbürgern, die das Gebiet „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ als Naherholungsgebiet nutzen. Die Unterschriftensammlung stützt die Einwände aus unserer Stellungnahme.</p> <p>Bitte bestätigen Sie uns den fristgerechten Eingang unserer Stellungnahme.</p> <p>Einwände gegen die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf betreffend die Ausweisung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets im Gebiet „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ (GIB)</p> <p>1. Widerspruch zum rechtsverbindlichen Landschaftsplan Zur Entwicklung eines interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiets im Gebiet „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ (GIB) wird der Wille der Stadt Leverkusen benötigt. Dieser Wille ist nicht erkenntlich. Die GIB-Ausweisung im Regionalplan steht auf Leverkusener Stadtgebiet sowohl im Widerspruch zum rechtsverbindlichen Landschaftsplan als auch zum neuen Entwurf des Landschaftsplans (2024) sowie zum vorbereiteten Bauleitplan (Flächennutzungsplan). Der Flächennutzungsplan stellt die Entwicklungsabsichten der Gemeinden dar. Der rechtsverbindliche Landschaftsplan und der neue Entwurf des Landschaftsplans setzen dort Landschaftsschutz fest. Der Entwurf des Regionalplans zeichnet eine Entwicklung vor, die zumindest auf dem Gebiet der Stadt Leverkusen bisher nicht angestrebt wurde. Es bestehen wesentliche Bedenken, dass der Entwurf des Regionalplans die Planungshoheit der Gemeinde aushöhlt, die Entwicklung in eine gemeindlich nicht abgestimmte Richtung (GIB) drängt und damit gegen Art. 28 (2) GG verstößt.</p> <p>2. Negative Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlbefinden der Anwohner</p> <p>Die geplante Bebauung in direkter Nähe zur benachbarten Wohnbebauung (Leverkusen-Heidelberg) würde die Lebensqualität im o.g. Gebiet erheblich mindern. Die geplante Bebauung und daraus resultierende mögliche Emissionen würden störend auf die direkten Anwohner des bislang ruhigen Wohnumfeldes einwirken und widersprechen dem Grundsatz der Erhaltung von Lebensqualität und Erholungsräumen für die direkten Anwohner. Des Weiteren würde die benachbarte Wohnbebauung (Leverkusen-Heidelberg) und die landwirtschaftliche Nutzung der direkt angrenzenden Rinderwiesen durch die geplante Bebauung erheblich beeinträchtigt.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003560, ID 1001464 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Die Abwägungsvorschläge aus der ersten öffentlichen Auslegung werden aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:</p> <p>Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. hierzu ID 1033136_003 und ID 1033668_002) sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Für die GIBinterkommunal gilt, dass die Festlegung der jeweiligen konkreten interkommunalen Zusammenarbeit durch zeichnerische und textliche Festlegung zur Sicherung der bauleitplanerischen Umsetzung durch die Akteurskommunen und aufgrund der Koppelung eines konkreten Flächenangebots mit einem zugeordneten Bedarf erfolgt.</p> <p>Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans</p>

Es gilt, Eingriffe in das hohe Schutzgut „Gesundheit“ zu vermeiden. So ist insbesondere von Gewerbe- und Industriegebieten eine enorme Verschmutzung von Luft und Licht zu erwarten. Auch kann an dieser Stelle nicht außer Acht gelassen werden, dass mit einer erheblichen Lärmbelastung zu rechnen ist. Dabei sind nicht nur die betreffenden Betriebe selbst ursächlich, sondern auch das damit einhergehende Verkehrsaufkommen. Diese Risiken gilt es in jede Abwägung mit einzubeziehen. Dabei muss der verfassungsrechtliche Rang des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung entsprechend einbezogen werden.

3. Eingriff in das Naherholungsgebiet

Das o.g. Gebiet wird zurzeit landwirtschaftlich genutzt und befindet sich in einem bedeutsamen Naherholungsgebiet, das in der Bevölkerung kommunenübergreifend große Beliebtheit erfährt und zur Lebensqualität in der Region beiträgt. Die Flächen des geplanten interkommunalen Gewerbegebietes liegen im Bereich der Stadt Leverkusen im Landschaftsschutzgebiet. Im Bereich der Stadt Burscheid grenzen die Flächen unmittelbar an Gebiete zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung. Dem stünde eine Flächennutzung für Gewerbe- und Industriezwecke in direktem Gegensatz. Vielmehr sollte das natürliche Landschaftsbild und das Naturerlebnis im Interesse der Bevölkerung bewahrt werden. Gemäß dem Landschaftsplan und den Anforderungen des Landesentwicklungsplans (LEP) ist die Erhaltung landschaftlicher Freiräume ein vorrangiges Ziel. Eine Bebauung in diesem Gebiet würde das Landschaftsbild visuell stark und nachhaltig beeinflussen sowie die Bedeutung der bestehende Erholungsfunktion zerstören.

4. Gefährdung von Flora und Fauna

Die standortspezifische Lage bringt auch eine besondere Bedeutsamkeit für Flora und Fauna mit sich. So liegen die Flächen in „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“, wie unter Punkt 3 bereits angeführt, im Bereich der Stadt Leverkusen im Landschaftsschutzgebiet und im Gebiet der Stadt Burscheid grenzen die Flächen unmittelbar an Gebiete zum Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung an. Den Flächen haben folglich eine bedeutsame Rolle für die Erhaltung von Flora und Fauna inne. Eine Bebauung für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) würde zu erheblichen Eingriffen in die natürlichen Lebensräume zahlreicher hier angesiedelter Tier- und Pflanzenarten führen: Fledermäuse (Bartrauma), Greifvögel wie Milan, Bussard, Falke, Fischreiher, nachtaktive Vögel wie der Waldkauz, wandernde Vögel wie Kraniche sowie Störche und bodenbewohnende Feld- und Waldsäugetiere mit ihren wichtigen Wildwechsel-Korridoren.

5. Eingriff in die Schutzgüter klimarelevante Böden

Aus der überarbeiteten Umweltprüfung des Planungsbüros Bosch & Partner, veröffentlicht durch die Bezirksregierung Köln i.R.d. Neuauflage des Regionalplans, geht hervor, dass im o.g. Gebiet durch die Schädigung klimarelevanter Böden (2.18) erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten sind (überarbeitete Offenlage Umweltprüfung, Oktober 2024, Anlage E/BUR3GIB1)). Gemäß § 1 Abs. 3 BNatSchG ist die Verantwortung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt verpflichtend und muss bei der Planungsentscheidung berücksichtigt werden.

6. Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen

Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Die vorgebrachten Belange wurden bereits in der Umweltprüfung berücksichtigt und haben Eingang in die Abwägung gefunden. Zudem werden konkret in Burscheid bereits vorhandene Bereiche mit entsprechender Darstellung im Flächennutzungsplan in den GIBinterkommunal aufgenommen. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Darüberhinaus gilt, dass die Umweltprüfung eine wichtige Grundlage für die Abwägung darstellt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Die Bewertungen des Umweltberichts müssen nach einem einheitlichen Maßstab für die gesamte Planungsregion erfolgen.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen

Die Versiegelung landwirtschaftlicher Flächen ist nicht konstruktiv und widerspricht dem erklärten Ziel der Landesregierung NRW, die Neuinanspruchnahme landwirtschaftlicher Produktionsflächen zu reduzieren (<https://www.umwelt.nrw.de/themen/umwelt/umwelt-und-ressourcenschutz/bodenund-flaechen/flaechenverbrauch>). Alternative Flächen zur Revitalisierung sollten geprüft werden.

[Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt]

Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Das Ergebnis des Prüfbogens BUR_GIB_3 bescheinigt keine erheblichen Umweltauswirkungen der Planung. Mögliche Konfliktpotenziale können im nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsverfahren gelöst werden. Das Vorliegen des ausgewiesenen Landschaftsschutzes (siehe entsprechende Hinweise im Prüfbogen) ging als Belang in die Gesamtplanerische Abwägung mit ein.

Hinsichtlich der Auswirkungen von Emissionen gilt, dass in der Regionalplanung die ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgt. Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort sachgerecht gelöst werden können. Die Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG ist auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen gewährleistet, wobei die für den gegenseitigen Schutz erforderlichen Abstandsflächen stets im Einzelfall unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher Vorgaben zu bemessen sind. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus.

Zudem ist darauf hinzuweisen, dass eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen grundsätzlich nicht erfolgt. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)

Inhalt

7. Verstöße gegen die erklärten Ziele der Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan

Der LEP NRW enthält unter 2-4 folgendes Ziel hinsichtlich der Entwicklung von Ortsteilen im Freiraum: „In den im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen ist unter Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzflächen eine bedarfsgerechte, an die vorhandenen Infrastruktur angepasste Siedlungsentwicklung möglich.“ (https://landesplanung.nrw.de/system/files/media/document/file/aenderung_der_verordnung_ueber_den_lep.pdf). Die „Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung“ stellen im Fall des o.g. Gebiets vorrangig den Schutz des Naherholungsgebiets und den damit einhergehenden Schutz von Flora und Fauna dar. Der „Erhalt der landwirtschaftlichen Nutzflächen“ ist bei einer Bebauung des o.g. Gebiets nicht möglich.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Ziele des LEP NRW werden beachtet. Mit Urteil des Oberverwaltungsgericht Münster vom 21. März 2024 (11 D 133/20.NE) wurde der überwiegende Teil der Festlegungen des 1. Änderungsverfahrens zum Landesentwicklungsplan (LEP NRW) für unwirksam erklärt hat. Von der Rechtsprechung ist auch Ziel 2-4 LEP NRW betroffen. Der Regelungsinhalt des Ziels 2-4 LEP NRW ist nun "wieder" im ursprünglichen Ziel 2-3 LEP NRW festgelegt. Dieses regelt die Siedlungsentwicklung für im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteilen. Da es sich hier jedoch nicht um die Siedlungsentwicklung in einem regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegenen Ortsteil handelt, sondern der Regionalplan den entsprechenden Bereich als Siedlungsraum festlegt (hier: GIBinterkommunal) finden die Vorgaben des Ziel 2-3 LEP NRW keine Anwendung. Hinsichtlich der Berücksichtigung der Erfordernisse der Landschaftsentwicklung und des Erhalts der landwirtschaftlichen Nutzfläche bei der Festlegung von Siedlungsraum wird auf die Erläuterungen zu Stellungnahme ID 1034605_001 verwiesen.

Hierzu gilt, dass gemäß den landesplanerischen Vorgaben die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 *Bedarfs gerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung*.

Für diese festgelegten Siedlungsbereiche gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven

entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Weitergehende Vorgaben zur Ausgestaltung und Umsetzung der (interkommunalen) Zusammenarbeit werden nicht getroffen. Dies dient der Wahrung der kommunalen Planungshoheit. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt**8. Ausweisung der Flächen als Vorrangflächen für Windkraft**

Die Öffentlichkeit wurde bislang bei der Planung der Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen im o.g. Gebiet nur unzureichend einbezogen. Die Stadt Leverkusen wünscht laut Stellungnahme zum ersten Entwurf des Regionalplans (August 2022) die Ausweisung einer Vorrangfläche für Windkraft im o.g. Gebiet. Ein sachlicher Teilplan für erneuerbare Energien ist parallel zur Entwicklung des Regionalplans in Arbeit. Nach § 3 Abs. 1 BauGB sind alle Betroffenen umfassend und frühzeitig in Planungsprozesse einzubeziehen. An dieser Stelle fordern wir die Übermittlung umfassender Informationen zum aktuellen Planungsstand und eine Beteiligung an den kommenden Planungsschritten. Wir sprechen uns klar gegen die mögliche Ausweisung einer Vorrangfläche für Windkraftanlagen im o.g. Gebiet aus und plädieren stattdessen für die Suche nach Alternativen an weniger sensiblen Standorten. Windkraftanlagen gefährden den naturrechtlich schutzbedürftigen Lebensraum von Vogel- und Tierarten (siehe Punkt 4). Die Anhäufung von Windkraftanlagen in sensiblen Gebieten hat kumulative negative Auswirkungen auf die Biodiversität und auf die ökologischen Funktionen dieser Landschaft, z.B. als Rast- und Brutgebiete. Der „Kumulativeneffekt“ mehrerer Windkraftanlagen beeinträchtigt diese Ökosysteme langfristig und unumkehrbar. Neben den erheblichen negativen Umweltauswirkungen kommen potenzielle Beeinträchtigungen für die Lebensqualität der angrenzenden Bevölkerung hinzu (siehe Punkte 2 und 3). Die Errichtung eines Windparks in direkter Nähe und ohne ausreichende Abstandsfläche zur Wohnbebauung (Leverkusen-Heidelberg) würde nicht nur ein Natur- und Landschaftsschutzgebiet beeinträchtigen, sondern auch die Attraktivität unseres Wohngebietes mindern. Der überarbeitete Umweltbericht zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln von Bosch & Partner aus Oktober 2024 unterstützt die Punkte 2-8 unserer Stellungnahme (A-Umweltprüfung, insbes. 11 Allgemeine verständliche Zusammenfassung, S. 185-200). 9. Unterschriftensammlung Bitte beachten Sie die dieser Stellungnahme beigefügte Unterschriftensammlung von Anwohnern sowie Mitbürgern, die das Gebiet „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ als Naherholungsgebiet nutzen. Die Unterschriftensammlung stützt unsere oben aufgeführten Einwände.

Die Zeitspanne der Offenlegung des zweiten Entwurfs des Regionalplans war mit rund 4 Wochen äußerst knapp bemessen, sodass uns wenig Zeit für Sammlung der Unterschriften blieb. Die wiederholt

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme in Bezug auf den Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Der Regionalrat Köln hat aufgrund der aktuellen rechtlichen und politischen Entwicklungen beschlossen, das Thema der Erneuerbaren Energien zeitnah in einem gesonderten Sachlichen Teilplan zu regeln.

Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine regionalplanerischen Festlegungen hinsichtlich dieses Themas getroffen und thematisch im Sachlichen Teilplan Erneuerbare Energien behandelt. Zeichnerische Festlegungen sind nicht erfolgt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Es wird bedauert, dass die Dauer der zweiten öffentlichen Auslegung vier Wochen betrug. Dies wird zur Kenntnis genommen. Zudem wird darauf verwiesen, dass der Regionalrat des Regierungsbezirks Köln in seiner Sitzung am 20.12.2024 den Planentwurf zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien zum Regionalplan Köln – kurz: Teilplan EE - zur öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung beschlossen hat für den Zeitraum vom 13. Januar 2025 bis einschließlich 13. Februar 2025. Hier wird gemäß § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 13 LPiG NRW der Öffentlichkeit sowie den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen Gelegenheit gegeben, zum Planentwurf Stellung zu nehmen.

Im Hinblick auf die Anregung zur Änderung der zeichnerischen Festlegungen des

(AZ: Ö-P-1618, ID 1010304) rege Beteiligung an der Unterschriftensammlung untermauert, dass unsere Einwände gegen die Bebauung des o.g. Gebiets breite Unterstützung in der Bevölkerung finden.

Angesichts der aufgeführten Bedenken bitten wir die Bezirksregierung Köln die Planungen zur Bebauung des Gebiets „Leverkusen/Burscheid Heiligeneiche“ zur gewerblichen und industriellen Nutzung nicht weiter zu verfolgen.

GlBinterkommunal wird auf die Ausgleichsvorschläge zu ID 1034605_001, 1034605_003, 1034605_008 verwiesen.

1034605_009	
Inhalt	<p>Wir bitten um eine schriftliche Bestätigung über den Eingang unserer Stellungnahme sowie eine Information über das weitere Verfahren.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen erfolgt grundsätzlich nicht. (s. Bekanntmachung Amtsblatt).</p>

AZ: Ö-M-2-325	
1029150	
1034607_001	
Inhalt	Abwägung
Einspruch Bebauung Satzvey	<p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

AZ: Ö-M-2-326	
1029157	
1034623_001	
<p>Inhalt</p> <p>Wir haben uns bereits während der ersten Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung am 29. August 2022 an Sie gewandt. Unser Schreiben und die darin vorgebrachten Bedenken und Hinweise betrafen die beabsichtigte Änderung des Regionalplanes im Gebiet der Stadt Euskirchen im Ortsteil Weidesheim. Dort am nordwestlichen Ortsrand im Bereich zwischen den Straßen „Dadenbergring“, „K21“ „Weidesheimer Straße“, „Zur Kleeburg“ sowie dem Gewässer „Niederkastenholzer Fließ“. Im alten Regionalplan war dieser Bereich nur partiell als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) ausgewiesen.</p> <p>Wir haben uns mit der damaligen Stellungnahme gegen die beabsichtigte Änderung gewendet und Sie gebeten den Zustand im alten Regionalplan wiederherzustellen oder die Fläche südwestlich der K21 (rot markierte Fläche) vollständig als allgemeiner Freiraum und Agrarbereich auszuweisen. (siehe Anlage)</p> <p>Im Zuge der Behandlung der Stellungnahme wurde auf unsere vorgebrachten Bedenken in wesentlichen Punkten nicht eingegangen (S. 273 der Beteiligungssynopse: Öffentlichkeit). Eine Änderung des Planentwurfes wurde abgelehnt.</p> <p>Wir hatten Bedenken hinsichtlich des Hochwasserschutzes, der Starkregengefahr, der widersprechenden Festsetzungen im Landschaftsplan des Kreises Euskirchen, des Denkmalschutzes der Kleeberg sowie Vorschläge zu Alternativflächen eingebracht.</p> <p>Lediglich auf den Hochwasserschutz und die Starkregengefahr wurde in der Abwägung eingegangen.</p> <p>Die Punkte zum Hochwasserschutz und zur Starkregengefahr wurden jedoch fehlerhaft abgewogen. Es wurde von Ihnen entgegnet, dass die tatsächliche Umsetzung Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sei. Im betreffenden Bereich bestehe auf Regionalplan-Ebene kein Konflikt zu den Belangen des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Inwieweit bei Umsetzung des ASB örtliche Maßnahmen, z.B. zur Starkregenvorsorge zu ergreifen seien oder Teilflächen für eine Retention freigehalten werden sollten, sei auf Ebene der Bauleitplanung durch die planende Kommune zu konkretisieren.</p> <p>Diese Abwägung widerspricht unter anderem der „Verordnung über die Raumordnung</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. [(vgl. ID 1006840 1. Offenlage).]</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Entwurf des Regionalplans hat eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Im betreffenden Bereich besteht auf Regionalplan-Ebene kein Konflikt zu den Belangen des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Offizielle Überschwemmungsgebiete der Fachplanung, welche in den Regionalplan als Überschwemmungsbereiche (ÜB)</p>

im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz“ vom 19. August 2021. Nach dieser sind die Planungsbehörden insbesondere der Regionalplanung verpflichtet „die Auswirkungen des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasserereignisse durch oberirdische Gewässer, durch Starkregen oder durch in Küstengebiete eindringendes Meerwasser (...) bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen einschließlich der Siedlungsentwicklung nach Maßgabe der bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten vorausschauend zu prüfen.“

Bei öffentlichen Stellen sind sowohl die Daten vom Hochwasserereignis 2021 verfügbar, als auch die Starkregenkarte NRW. Auf beide wurde bei Ausweisung dieses neuen ASB nicht eingegangen und auch im Regionalplan in Gänze nicht. Wäre diese Daten berücksichtigt worden, hätte eine Ausweisung als ASB nicht stattfinden dürfen.

Der Verordnungsgeber fordert, dass generell bei der Prüfung der Auswirkungen des Klimawandels auch zu berücksichtigen ist, ob die verfügbaren Daten Änderungen der Auswirkungen gerade in den letzten Jahren zeigen, und ob dies Rückschlüsse auf die weitere Entwicklung zulässt.

Die Beachtung des Klimawandels im Hinblick auf Hochwasser- und Starkregenereignisse bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen ist unabdingbar, um den großen, insbesondere volkswirtschaftlichen Schäden durch Hochwasserereignisse adäquat begegnen zu können.

Es handelt sich bei dieser Festlegung in der Verordnung um eine Zielfestlegung, d. h., die Prüfung wird verbindlich vorgeschrieben. Insofern besteht also kein Abwägungsspielraum wie bei einer Grundsatzfestlegung, sondern eine strikte Prüfpflicht.

Auf die anderen Aspekte u.a. zum Denkmalschutz der Kleeburg wurde in Ihrer Abwägung nicht eingegangen.

Somit sind sämtliche unserer Bedenken fehlerhaft oder gar nicht berücksichtigt worden.

Sollte daher die Festlegung des ASB (rot markierte Fläche neuer Regionalplan) nicht zurückgenommen werden, werden wir rechtliche Schritte gegen die fehlerhafte Regionalplanung einleiten.

[Abbildung 1] Regionalplan alt:

[Abbildung 2] Regionalplan neu

übernommen werden könnten, sind in dem Bereich nicht vorhanden.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Hinsichtlich des bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) wird auf folgendes verwiesen:

Daten zur Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit liegen in den Hochwassergefahrenkarten bei der wasserwirtschaftlichen Fachplanung vor. Jedoch hat diese im Regierungsbezirk Köln weder in Überschwemmungsgebieten noch in HQextrem-Gebieten Teilgebiete mit der Funktion "Abfluss", "Herstellung Abfluss" oder "Retention" ermittelt und abgegrenzt. Das Wasserhaushaltsgesetz enthält dazu keine rechtlichen Vorgaben.

Der LEP NRW enthält weder Vorgaben zur Abgrenzung solcher Teilgebiete noch zur Definition der unterschiedlichen Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten der einzelnen Raumnutzungen und Raumfunktionen. Damit sind die Voraussetzungen des Prüfauftrags in Ziel B I.1.1 (Z) Bundesraumordnungsplan Hochwasserschutz (BRPH) nicht gegeben.

Es wurden keine neuen Siedlungsraum-Reserven in festgesetzten oder vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten festgelegt (Restriktionskriterium). Sofern Siedlungsraumfestlegungen aufgrund der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit oder Überschneidung von Bestand von Überschwemmungsbereichen gemäß Z. 27 ÜB erhalten und entwickeln überlagert werden, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass diese auf regionalplanerischer Ebene nicht im Konflikt zueinander stehen. Die Überlagerung von ÜB und Siedlungsraum bzw. Ortsteilen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, im Fall von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen gemäß § 34 BauGB, rechtskräftigen verbindlichen Bauleitplänen oder anderen Satzungen nach BauGB, soll die Gefährdung durch Hochwasser hervorheben und zu einer angepassten Bauweise oder anderweitigen Schutzmaßnahmen anregen. Eine Nutzung für Siedlungszwecke ist im Einzelfall unter den wasserrechtlichen

Ausnahmevoraussetzungen möglich. Für Flächenpotentiale außerhalb des regionalplanerisch festgelegten Siedlungsraums, die bisher ausschließlich im Flächennutzungsplan gesichert und noch nicht in die verbindliche Bauleitplanung überführt wurden bzw. nach §34 BauGB zu bewerten sind, ist Z. 28 Durch Rücknahme von Bauflächen Schäden in ÜB vorbeugen zu beachten.

Nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 hat der Regionalrat Köln am 24.09.2021 noch vor dem Aufstellungsbeschluss beschlossen, große zukünftige siedlungsräumliche Entwicklungsbereiche, die im HQextrem liegen, nicht im Entwurf zu belassen. Damit traf er auf regionaler Ebene gemäß dem Grundsatz 4-2 des LEP NRW ?Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)? die Planungsentscheidung, bei der Entwicklung des Raumes vorsorgend die Auswirkungen der zu erwartenden Klimaänderungen zu berücksichtigen. Er legte im Aufstellungsbeschluss vom 10.12.2021 dementsprechend nur solche Siedlungsbereiche fest, die eine Lebensumgebung mit einem möglichst geringen Risiko für ein Extremhochwasser versprechen. Dagegen verbleibt innerhalb von HQextrem in Bauflächen von Flächennutzungsplänen gemäß G.48 die Verantwortung für die räumliche Nutzung aufgrund der kommunalen Planungshoheit bei den Kommunen. Die besondere Bedeutung des vorbeugenden Hochwasserschutzes wird dabei dem Überflutungsrisiko mit einer zwar seltenen Ereigniswahrscheinlichkeit, aber immensen Schäden gerecht.

Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Detailplanungen die über den Maßstab der Regionalplanung hinaus gehen, sind Sache der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-M-2-33	
1027618	
1033039_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der zweiten Offenlage ist erstmalig eine ASB neu-Satzvey als allgemeiner Siedlungsschwerpunkt für die Schaffung von Bauland vorgesehen: <i>[Abbildung]</i>.</p> <p>Als Bewohner des Ortes Satzvey spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung dieser Fläche als Bauland aus. Schon mit der Ausweisung der Fläche sind erhebliche Auswirkungen für den Ort zu erwarten. Auf Grund der massiven Flächenversiegelung steigt die Gefahr weiterer Hochwasserereignisse wie aus dem Jahr 2021 im Ort erheblich. Dies stellt eine Gefahr für die Bewohner dar. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet verloren gehen.</p> <p>Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Die Ortsdurchfahrt Satzvey ist ohnehin schon völlig überlastet und die örtliche Infrastruktur hat ihre Kapazitätsgrenze erreicht. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren. Nicht zuletzt ist der fragile Untergrund durch Tonabbau in der Vergangenheit (wasserführende Schichten, (Oberflächen-)Wasserabführung, Wiederverfüllung der Abbaugebiete etc.) für die geplante Bebauung in ihrem gigantischen Umfang m.E. eher ungeeignet.</p> <p>Die geplanten Wohngebiete in Firmenich und Satzvey zerstören die dörfliche Struktur der Region. Durch die Überfremdung gerade in diesem Bereich wird auch die Wohnqualität in den Ortsteilen erheblich gemindert. Es wird vehement versucht, landwirtschaftliche Flächen in Wohngebiete umzufunktionieren, ohne Landschafts- und Naturschutz nachhaltig zu berücksichtigen.</p> <p>Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB-Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen, um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-334	
1027963	
1034753_001	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Schutz der Landschaft zwischen Moitzfeld und Herkenrath zur Neuaufstellung Regionalplan Köln - Zweiter Planentwurf 2024 Betrifft: Änderungsfläche 1008175</p> <p>Wir, die Bürgerinitiative zum Schutz der Landschaft zwischen den Ortsteilen Moitzfeld und Herkenrath in Bergisch Gladbach (Mitglied in der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. LNU) mit mehr als 2.600 UnterstützerInnen, nehmen nachfolgend Stellung zur Neuaufstellung Regionalplan Köln – Zweiter Planentwurf 2024.</p> <p>Zielsetzung unserer Initiative ist der Schutz und Erhalt von Freiflächen auf dem Höhenzug zwischen den Ortsteilen Bergisch Gladbach Moitzfeld und Bergisch Gladbach Herkenrath („Höhenzug Moitzfeld/Herkenrath“ – siehe Lageplan in Abbildung 1), denen aufgrund vielfältiger, gutachterlich belegter Freiraumfunktionen (siehe z.B. Freiraumkonzept der Stadt Bergisch Gladbach, http://www.bergischgladbach.de/freiraumkonzept.aspx) eine große Bedeutung – auch unter überregionalen Gesichtspunkten – zukommt, u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landschaftsschutz und Biotopverbund • Stadtklimatische Bedeutung (Kaltluftgestehungsgebiet für die westlichen Verdichtungsräume) • Brut- und Nahrungsraum für artenschutzrelevante Vogelarten • Sicherung von Quellgebieten • Erhaltung besonders schutzwürdiger Böden • Naherholungs- und Freizeitregion <p>All dies sind Funktionen, die nach Zielsetzung des Landesentwicklungsplans (LEP) schützenswert sind (s.u.).</p> <p>[Abbildung 1: Lageplan Höhenzug Moitzfeld/Herkenrath] Quelle: Eigene Darstellung unter Verwendung einer Karte des Geoportals Bergisch Gladbach</p> <p>Daher haben wir als Initiative den ersten Planentwurf zum Regionalplan 2021 ausdrücklich begrüßt, in dem der Höhenzug außerhalb der existierenden Bebauung als Freiraum mit der Funktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Bergisch Gladbach verfügt über kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für die Wohnbauflächenentwicklung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stellungnahme zu ID 1008175, 1. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem</p>

Erholung“ ausgewiesen wurde (siehe Abbildung 2).

[Abbildung 2: Erster Planentwurf]

Quelle: Regionalplan Köln, Blatt 05, Entwurf Stand Dezember 2021

In dem nun vorliegenden Zweiten Planentwurf hingegen ist vorgeschlagen (Fläche 1008175), im südlichen Teil des Höhenzuges östlich der L289 einen ASB auszuweisen (Siehe Abbildung 3). Diese Änderung im Vergleich zum ersten Planentwurf geht laut Begründung allein auf die Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zurück.

[Abbildung 3: Änderungskarte Neue Festlegungen, Zweiter Planentwurf 2024]

Quelle: Änderungskarte Neue Festlegungen, Zweiter Planentwurf 2024

Die im 2. Planentwurf nun enthaltene Abwägung, die im Ergebnis zu der Entscheidung führte, an dieser Stelle im Gegensatz zum Ersten Planentwurf einen ASB auszuweisen, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und zudem widersprüchlich. Wörtlich heißt es hierzu „Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt östlich der Dr. Müller-Frank-Straße eine Erweiterung des ASB.“ (1008175, B-1 Synopse Öffentliche Stellen, Seite 3221).

Dieser Abwägung möchten wir widersprechen, da aus unserer Sicht keiner der genannten Gründe begründet ist:

Kein zusätzlicher kommunaler Bedarf: Die Synopse weist in ihrer Abwägung zur Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach (1004640, B-1 Synopse Öffentliche Stellen, Seite 3182) ausdrücklich darauf hin, dass die von der Stadt zitierte Bedarfsermittlung auf einem redaktionellen Fehler beruht und die korrekt ermittelten 107ha bereits im Ersten Planentwurf, der auf dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan 2035 beruht, berücksichtigt wurden. Abgesehen von der Zitierung des fehlerhaften Wertes kann die Stadt Bergisch Gladbach keinen höheren Bedarf begründen. Im Gegenteil führt die Stadt Bergisch Gladbach aus, dass die mangelnde Ausweisung von weiteren ASB Flächen den „Handlungsspielraum der Kommune zukünftig stark einschränkt“ (ebd.). Hiermit würde „der Öffentlichkeit signalisiert, dass diese Bereiche nicht mehr für eine Siedlungsentwicklung zur Verfügung stehen“ (ebd.). Aus diesen Ausführungen wird aus unserer Sicht deutlich, dass es eben keinen nachgewiesenen Bedarf gibt, sondern lediglich eine pauschale „Bevorratung“ von Flächen im Hinblick auf einen rein spekulativen zukünftigen Bedarf erfolgen soll. Dieser rein spekulative Charakter des Bedarfs kann aus unserer Sicht die Einschränkung der anderen Schutzziele an dieser Stelle (insbesondere Freiraumschutz) nicht rechtfertigen (s.u.).

Keine kommunale Entwicklungsabsicht: Es ist schlicht nicht nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage die Aussage in der Synopse zu einer „kommunalen Entwicklungsabsicht“ in Bezug auf die Fläche basiert. Weder ist eine solche in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach enthalten, noch ist die Fläche im erst jüngst in einem aufwendigen Prozess aktualisierten Beschluss zum nun rechtsgültigen Flächennutzungsplan 2035 für eine Entwicklung vorgesehen. Im Gegenteil, dort ist

Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Für die Anregung zur Sicherung eines Regionalen Grünzugs gilt, dass die Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume erfolgt. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Darüberhinaus ist im Rahmen der nachgelagerten konkretisierenden kommunalen Planung zu gewährleisten, dass gemäß den Ausführungen in Z.2 die Vorgaben des LEP NRW zu Ziel 6.1-4 LEP NRW beachtet werden. Zudem wird auf die

das Gebiet als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen (Abbildung 4). Es gibt also einen rechtlich bindenden Beschluss der Stadt Bergisch Gladbach, dort gerade keine Entwicklungsabsicht zu verfolgen. Insofern verwundert auch der Verweis in der Abwägung auf das „Gegenstromprinzip“, dass nach unserem Verständnis gerade darauf zielt, dass die Bauleitplanung der Kommunen auch Berücksichtigung in der Aufstellung der übergeordneten Pläne findet. Hier setzt sich der Regionalplan jedoch explizit über den im politischen Konsens verabschiedeten FNP hinweg und schreibt eben Planungsziele vor, die der gültigen kommunalen Bauleitplanung zuwiderlaufen.

[Abbildung 4: FNP Bergisch Gladbach 2035]

Quelle: Geoportal Bergisch Gladbach

Unklare „regionalplanerische Darstellungsfähigkeit“: Was genau in der Begründung mit der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemeint ist, bleibt unklar. Auffallend ist jedoch, dass in der sog. Abwägung letztlich gar keine Abwägung von verschiedenen Aspekten für die Fläche erfolgt (z.B. Wert für Freiraumnutzung vs. Flächenbedarf). Insbesondere erfolgt keine Begründung, inwiefern die Widersprüche der Ausweisung der Fläche als ASB zu den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplans aufgelöst werden. **Aus unserer Sicht widerspricht die Ausweisung eines ASB an dieser Stelle u.a. den folgenden LEP Zielen / Grundsätzen (Auswahl):**

- **6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung** – Angesichts des nicht nachgewiesenen Bedarfs (s.o.) ist aus unserer Sicht die Vorgabe „Bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, sind wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind.“ (LEP) einschlägig.
- **6.1-4 Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen** – „Bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen sind [...] zu vermeiden.“ (LEP) Im Gegensatz zu dem aktuell abgerundeten Siedlungsbereich würde der zusätzliche ASB genau eine solche bandartige Entwicklung darstellen.
- **7.1-1 Freiraumschutz** – gem. des städtischen Freiraumkonzeptes (s.o.) sind zahlreiche der im LEP genannten Funktionen an dieser Stelle einschlägig.
- **7.1-5 Grünzüge** – laut gültigem Freiraumkonzept der Stadt Bergisch Gladbach liegt der geplante ASB genau in einem ausgewiesenen überregionalen Grünzug (siehe Abbildung 5), der laut LEP Ziel eben als Vorranggebiete festzulegen sind.

Die Ausweisung eines ASB an dieser Stelle widerspricht somit offensichtlich zahlreichen Grundsätzen und Zielen des LEP. Es erstaunt daher, dass in der Abwägung pauschal von einer „regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit“ gesprochen wird, ohne dass diese Aspekte überhaupt erwähnt werden – geschweige denn nachgewiesen würde, warum diese in der Abwägung als nicht ausreichend gewichtig erachtet würden.

Ausführungen im Kapitel 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung der Begründung in Bezug auf die Darstellungsfähigkeit bzw. zur Methode der zeichnerischen Festlegungen verwiesen.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (siehe ID 1008175, 1. Offenlage). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer

[Abbildung 3: Lage des Höhenzugs in einem überregionalen Grünzug]

Quelle: Freiraumkonzept Stadt Bergisch Gladbach, Karte 4.1 (Ausschnitt), eigene Ergänzungen.

In Summe halten wir die in der Begründung zur Fläche 1008175 aufgeführten Abwägung als nicht geeignet, das Aufgeben von Freiraumfunktionen an dieser Stelle zu Gunsten eines ASB auch nur ansatzweise zu begründen. Insofern regen wir an, an dieser Stelle (wie im Ersten Planentwurf) Freiraum mit der Funktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ auszuweisen.

Wir bitten um Berücksichtigung dieser Ergänzungen bei der Neuaufstellung des Regionalplans.

Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-336	
1029200	
1034755	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>die geplante Neuaufstellung Regionalplan Köln - Zweiter Planentwurf 2024 - lehne ich insbesondere in Bezug auf die Teilbereiche 127 (Refrath-Lustheide) ab. In Zeiten des Klimawandels und den damit einhergehenden massiven Beeinträchtigungen ist eine Vernichtung bestehender Waldflächen und weitreichende Flächenversiegelung unbedingt zu vermeiden. Weitere Aspekte, die gegen eine Veränderung des RPlans im o.g. Bereich sprechen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei einem Wegfall des Waldes ist mit einer deutlichen Erhöhung der Lärm- und Schadstoffwerte in den angrenzenden Wohngebieten zu rechnen. Die zu erwartende Bebauung des kann diesen Effekt nicht kompensieren. - Der betroffene Wald dient der Bevölkerung als Naherholungsgebiet und wird täglich von vielen Menschen aufgesucht. Der Wald und sein alter Baumbestand haben zudem eine hohe ökologische Wertigkeit, die durch Ausgleichsbepflanzungen jedweder Art nicht wiederherzustellen wäre. - Die Verkehrssituation im Bereich Lustheide/Dolmanstraße/In der Auen ist bereits heute mehr als angespannt. Zusätzliches Verkehrsaufkommen und insbesondere zu erwartender Schwerlastverkehr zu einem neuen Gewerbegebiet würde zu einem Kollaps führen. - Nicht nur unmittelbar angrenzende Immobilien würden einen deutlichen Wertverlust erleiden, der Charakter des ehemals so hoch gelobten Grünen Wohnens in Refrath wäre unrettbar verloren. - Bereits heute ist die Kanalisation zum Abtransport des anfallenden Oberflächenwassers im Bereich Bensberg/Refrath nicht mehr in der Lage. Eine weitere Versiegelung von Flächen und damit zusätzliche Kanaleinleitungen werden diese Situation zu Lasten der Anwohner weiter drastisch verschärfen. <p>Es ist unverständlich, wie in der heutigen Zeit ein derart verantwortungsloser Umgang mit bestehenden Wald- und Grünflächen vorangetrieben werden kann. Bei Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Anhänge

[Oe-M-2-336.pdf](#)

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch

Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-337	
1029202	
1034774	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>
Ich bin gegen den o. g. Regionalplanentwurf 2024.	

AZ: Ö-M-2-338	
1029205	
1034777	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche</p>

Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-339	
1029205	
1034780	
<p>Inhalt</p> <p>der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken.</p> <p>Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenforst bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftsschutzgebiet Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden!</p> <p>Im Rahmen Einer Online-Petition „Rettet den Frankenwald“ haben sich über 4.300 Menschen für den Erhalt des Waldes an der A4 eingesetzt. Sie können dies nicht einfach ignorieren. Dieser Wald ist Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alten Eichen).</p> <p>Der beste Schutz vor Starkregen, Überschwemmungen und Hitze ist und bleibt der WALD!</p> <p>Wir alle haben die Pflicht, ihn zu schützen. Daher bitte ich Sie, den Regionalplan zu ändern, so dass der Wald an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatenschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der

vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und

	relevant sind.
--	----------------

AZ: Ö-M-2-344	
1029229	
1034820_001	
<p>Inhalt</p> <p>Betreff: Einwendung gegen die Festsetzung GIBflex WirtschaftsPark Erftstadt im Regionalplan</p> <p>[...] die von Ihnen vorgeschlagene neue Gewerbe-Fläche am Ortsrand von Lechenich zum neuen Regionalplan sollte aus meiner Sicht so nicht ausgewiesen werden aus folgenden Gründen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Gebiet grenzt in seinem Westen direkt an den östlichen Rand der abgerundeten Wohnbebauung von Lechenich. Damit sind Konflikte im Grenzbereich vorprogrammiert. Das Gelände fügt sich wie ein Zacken an Lechenich an. Es widerspricht damit in Form und Lage der Idee der ergänzenden Abrundung der Bebauung. - das Gebiet wird heute sowohl landwirtschaftlich als auch über die Wirtschaftswege zum Spazieren / innere Freizeit genutzt. - die Flächen südlich der Bonner Str. und nördlich des Römerhofweges zwischen dem Wohnheim für Geflüchtete, dem schon vorhandenen Gewerbe und dem P&R Parkplatz im Osten wäre deutlich besser geeignet. - auch die von der Stadt Erftstadt ursprünglich vorgeschlagene Fläche an der K44 ist als Gewerbegebiet besser geeignet. <p>Ich bitte Sie daher darum eine der genannten Flächen anstelle der jetzt vorgeschlagenen als Gewerbegebiet zu nutzen und das jetzt geplante zu streichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026685 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-347	
1029236	
1034856_001	
<p>Inhalt</p> <p>ID 1004121, Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg Seite 3872</p> <p>Die IHK führt aus: Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern „Der Bonner Hafen wird im textlichen Teil als landesbedeutsamer Hafen als GIBz festgelegt, die Fläche wird im aktuellen Regionalplan-Entwurf noch als GIB Standort mit kombiniertem Güterverkehr dargestellt. Die IHK spricht sich deshalb für eine entsprechende Änderung des planerischen Teils aus.“</p> <p>Ihr Ausgleichsvorschlag lautet: „Es wird ein neues Plansymbol für die landesbedeutsamen Häfen eingeführt.“ Ich möchte nochmals betonen: Es gibt ein Problem mit dem sog. Bonner Hafen.</p> <p>1. Bedingung für einen Hafen ist eine entsprechende Infrastruktur. Der landesbedeutsamer Hafen existiert nur auf dem Papier. Er ist reines Wunschdenken.</p> <p>2. Das Land NRW hat Planfeststellungsbeschlüsse zu beachten und umzusetzen. Die Festlegung als landesbedeutsamer Hafen erachte ich als Verstoß gegen den Planfeststellungsbeschluss für die Optimierung der Hafenanlagen im Hafen Bonn (22. Juni 2009/ 54.1.16.2)</p> <p>und meine Grundrechte: mittels eines REGIONALPLANS.</p> <p>Der verkehrliche Standortfaktor ist nicht gegeben. Zudem müssen Vor- und Nachlauf auf der Straße so kurz wie möglich gehalten werden. Das ist aber nicht der Fall, wenn Güter, die für Köln bestimmt sind, in Bonn gelöscht werden, um dann mit 40 Tonnern nach Köln durch Bonner Wohngebiete transportiert zu werden. Der Hafen ist entgegen, der Auffassung der IHK als standortnegativ zu bezeichnen.</p> <p>Begründung: Ich verweise erneut auf meine Ausführungen unter dem AZ Ö-M- 1480, 1003336, 1007098_001, Seite 887 ff. Die Hafenspedition „azs“ verdeutlicht den Bonner Bürgern tagtäglich, dass der Bonner „Hafen“ den Kriterien eines landesbedeutsamen Hafens in keiner Weise entspricht. Er verfügt über keine hafentaugliche Infrastruktur. Alle Ziele in Richtung Norden wären über die Autobahn problemlos zu erreichen. Dennoch wird die Autobahn von „azs“ konsequent umfahren.</p> <p>Mautgebühren können Speditionsunternehmen mit hohem Güterumschlag wirtschaftlich in Bedrängnis bringen. Da hilft auch der Titel „landesbedeutsamer Hafen“ nicht weiter. Ich frage mich, ob der Bonner Hafen noch wettbewerbsfähig wäre, wenn die Hafen-Spedition „azs“ Mautgebühren für Transporte Richtung Köln zahlen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Änderung der textlichen und zeichnerischen Festlegung der Häfen Köln-Niehl I, Köln-Niehl II, Köln-Godorf und Bonn-Graurheindorf erfolgte aufgrund von Hinweisen auf einen redaktionellen Fehler.</p> <p>Der Hafen Bonn-Graurheindorf war gemäß der textlichen Festlegung Z.32 bereits im ersten Planentwurf als landesbedeutsamer Hafen und somit als Vorranggebiet festgelegt. Die Festlegung erfolgte als GIBz und Oberflächengewässer mit der Zweckbestimmung multimodaler Güterverkehr Wasser-Land – Landesbedeutsamer Güterumschlaghafen mit dem Plansymbol Z (vgl. S. 140f. Textliche Festlegungen 1. Offenlage). Dies folgt aus den Vorgaben des Ziels 8.1-9 LEP NRW sowie der Festlegung von landesbedeutsamen Häfen im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).</p> <p>In den zeichnerischen Festlegungen des ersten Planentwurfs wurde jedoch fälschlicherweise statt des vorgesehenen Plansymbol Z das Planzeichen für den kombinierten Güterverkehr verwendet. Dieser Plangrafikfehler wurde im zweiten Planentwurf redaktionell geändert. Zudem wurde aus Gründen der besseren Les- und Zuordbarkeit das Plansymbol Z durch das Plansymbol H ersetzt. Des Weiteren erfolgte in den textlichen Festlegungen des zweiten Planentwurfs eine redaktionelle Umbenennung der Zweckbindung in „GIBz und Oberflächengewässer mit der Zweckbindung Landesbedeutsamer Hafen“.</p> <p>Die Änderungen sind rein redaktioneller Natur. Es erfolgte weder eine inhaltliche Änderung des Ziels noch eine Änderung des Rechtscharakters der Zielfestlegung.</p> <p>Darüber hinaus ist die Festlegung als landesbedeutsamer Hafen sachgerecht. Im Regionalplan werden solche Häfen als landesbedeutsame Häfen festgelegt, die im Ziel 8.1-9 LEP NRW in Verbindung mit dem Wasserstraßen-, Hafen und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen als landesbedeutsam eingestuft worden sind (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).</p>

müsste. Die Stadt Bonn, als Miteigentümerin des Hafens, unternimmt keinerlei Anstrengungen, diesen Umstand zu ändern. Eine Finanzierung der Mautgebühren aus dem städtischen Haushalt ist illusorisch. Der Bund wird auf die Erhebung von Mautgebühren ebenfalls nicht verzichten wollen. Die Bilanzen des Hafens finden sich in den Beteiligungsberichten der Stadt Bonn. Eine Ortsumgehung (auf der Straße oder auch als Gleisanschluss) war seinerzeit über die Herseler Straße als Kreisstraße (in Richtung Köln) angedacht. Sie scheiterte (wenig weitsichtig) am Widerstand der Bonner Kommunalpolitik - und ist nur als Torso vorhanden. Alternativ wäre noch eine Verlagerung des Hafens rheinabwärts in den Rhein-Sieg Kreis denkbar. Die Bonner Kommunalpolitik muss sich fragen lassen, ob sie den Hafen erhalten und die Wohnbevölkerung im Auerberger Süden schonen möchte, indem sie (die längst überfällige) Infrastruktur für den Hafen schafft. Oder ob sie lieber einem Landschaftsschutzgebiet im Auerberger Norden den Vorzug gibt. Entweder/oder. Beides wird langfristig leider nicht möglich sein. Es ist nicht Aufgabe der Regionalplanung, die Defizite kommunalpolitischen Handels zu heilen. Betroffen sind „An der Josefshöhe“ (nebst ca. 500 Anwohnern) immerhin 3 Schulen: eine Grundschule mit 233 Schülern, eine Hauptschule mit 348 Schülern und ein Berufskolleg mit 3666 Schülern. Die 133 Kinder des Kindergartens „An der Rheindorfer Burg“ unterliegen auf ihrem Spielgelände einer Einwirkzeit von 2,5 Stunden. Dann müssen sie rein und die Diesel-LKW dürfen weiterspielen. Dieses Gutachten hat die Stadt Bonn selbst in Auftrag gegeben. Einige Kinder werden von der Lebenshilfe betreut. Kinder ausländischer Herkunft sind (in verlärmter Umgebung) beim Spracherwerb gehandicapt. Derartige Defizite beeinträchtigen ihre spätere Beschulung. Die Josefshöhe ist überdies Schulweg für das Collegium Josephinum (Gymnasium und Realschule) mit insgesamt 1117 Schülern. Die beliebten Kunstrasenplätze sind für den Jugendfußball und den Schulsport eine wichtige Trainingsstätte. Soll etwa so die Infrastruktur für einen landesbedeutsamen Hafen aussehen? Aus aktuellem Anlass weise ich vorsorglich darauf hin, dass (falls mal wieder behauptet werden sollte, bei der Straße „An der Josefshöhe“ würde es sich um eine Kreisstraße handeln) Strassen.nrw bestätigen kann: Die Josefshöhe ist eine nicht klassifizierte Gemeindestraße. Ich bitte darum, eigene Ermittlungen durchzuführen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie sich vor Ort ein Bild von der Infrastruktur machen könnten, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bonner „Hafens“ prüfen und meine Bedenken bei der Aufstellung des Regionalplans berücksichtigen. Bis dato sollte das Plansymbol nicht eingetragen werden.

Inhalt

ID 1011427, Bundesstadt Bonn

Seite 1819

B 12 Bonn Nord ?Hydro-Areal? Am Josephinum / Georg-von-Boeselager-Str. / Friedrich-Wöhler-Str.

„Es wird angeregt, die aktuell als GIB dargestellte Fläche als ASB-Fläche auszuweisen. Das bestehende Planungsrecht beinhaltet MI-Flächen. Auch tatsächlich vollzieht sich eine Entwicklung hin zu gemischten Nutzungen.“ B-Plan 7524-2 B-Plan 7524-22 B-Plan 7524-58 [Stn-ID 1011427 Anlage 2 + 5: B 12]

Die Synopse führt aus: „Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.“

Die Ausweisung als ASB fördert ungesundes Wohnen. Welche Qualität hat Wohnraum auf Altlasten - in unmittelbarer Nähe der Autobahn? Seit 1918 findet (im angegebenen Plangebiet) Metallbearbeitung statt. Die Verarbeitung von Aluminium begann im Jahr 1921 mit 1300 Mitarbeitern. Ich gehe insoweit von Altlasten aus. Das angedachte ASB-Gebiet befindet sich zudem unmittelbar neben einer stark befahrenen Autobahn, der A555. Der Synopse ist nicht zu entnehmen, ob dieser Umstand berücksichtigt wurde. Im Stadtteile Buschdorf regt sich bereits Widerstand gegen eine ähnlich gelagerte Wohnbebauung (ebenfalls unmittelbar an der A555, Baugebiet „Im Rosenfeld“). Die größten Häuser mit 6 Geschossen (inklusive Erdgeschoss) sind zur Autobahn hin gelegen und sollen die restliche Siedlung gegen den Lärm der Autobahn abschirmen. Insoweit dienen die Wohnungen der einen den anderen als Lärmschutzwall. Möchte das Land NRW tatsächlich derart prekäre Wohnverhältnisse (nunmehr auch im Auerberg) per Regionalplan fördern?

<https://www.bonn-auerberg.de/auerberg/geschichte/historische-punkte>

Aufgrund des gewaltigen Energiebedarfs für den "Stromfresser Aluminium" und den hieraus resultierenden Kosten steht der Industriezweig hierzulande auf "wackeligen Beinen". Ob Hydro Aluminum Metal Bonn bzw. der (nunmehr japanische) Aluminium Profilerhersteller „Step-G“ sich langfristig am Standort „Bonn-Auerberg“ halten können, erachte ich als fraglich. Zulieferer für die Autoindustrie (besonders VW) tragen aktuell ein doppeltes Risiko.

<https://www.produktion.de/rohstoffe/schrott/deutsche-aluminiumindustrie-inder-krise-293.html>

<https://www.wiwo.de/technologie/umwelt/rohstoffe-die-produktion-vonaluminium-wandert-ab-aus-europa/29052530.html>

Mir fällt auf, dass die Kommune und die Wirtschaftsverbände die Nachteile ihrer Änderungswünsche unerwähnt lassen. Die vorgelegte Regionalplanung wird zudem ihren Zielen nicht gerecht. Sie stellt wirtschaftliche Interessen über die Gesundheit der Menschen. Sie

verbessert die Lebensqualität der Bevölkerung nicht. Sie verschlechtert sie.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-36	
1027621	
1033043_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden. „In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch)</p> <p>Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)</p> <p>Eine Erschließung der Flächen an der BAB 4 ist aus folgenden weiteren Gründen nicht tragbar:</p> <p>Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker:</p> <p>- Ignorieren des gültigen FNP: Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

können.

Naturschutz: Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).
- Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU Natur-Wiederherstellungsverordnung: Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiter wachsen.
- Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Lärm- und Verkehrsbelastung: Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.
- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen.
- Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.
- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen, jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

Freiraumfunktion: Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.
- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche

derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als RGZ und/oder BSN statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungspotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnung schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht

vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-360	
1029273	
1034900_001	
<p>Inhalt</p> <p>zur Kenntnisnahme übersende ich Ihnen im Anhang die Stellungnahme des Vereins Lebenswerte Region Bonn Siebengebirge, der ich mich anschließe.</p> <p>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Stellungnahme ID 1033120 angeschlossen. Es wird daher auf die Ausgleichsvorschläge zu ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-2-361

1029274

1034901_001

Inhalt

Dem Entwurf des Regionalplans ist unter Flächenbezeichnung ID 127, Flächen entlang der BAB 4, zu entnehmen, dass ein Großteil des Waldes an der A 4 von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) umgewandelt werden soll. Damit sind wir als Einwohner des Ortsteils Refrath der Stadt Bergisch Gladbach aus den folgenden Gründen nicht einverstanden: Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden.

Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldflächen aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen ASB umwidmen zu können.

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Zusätzlicher PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar. Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. In der Vergangenheit haben die Lärmemissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen. Die Lärmemissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg und Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und eine damit verbundene geänderte Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten. Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor.

Dieser wird aufgrund der Lage des FFH-Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Will man uns Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen? Der Wald ist als Naherholungsgebiet für die Menschen nicht zu unterschätzen. Die vorgelegte Planung widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

NRW-Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD! Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald ist Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten (u. a. Fledermäuse, 100 Jahre alten Eichen) und liegt direkt am Landschaftsschutzgebiet Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden!

Wir bitten daher eindringlich, die wertvollen Waldflächen zu erhalten statt sie in allgemeinen Siedlungsbereich umzuwandeln.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-362	
1029280	
1034911_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Regionalplan Neu 2024 Reg.-Bezirk Köln Hier: Bahntrassen im Bereich Elmpter Wald und Anschluß des Industrieparks Elmpst ehemaliges Flughafengelände - Stellungnahme zu Änderungen des Regionalplans für Reg-Bez. Köln</u></p> <p>Die geplante Änderung des Regionalplanes lehne ich ab, weil sie Natur- und Umweltschutz massiv zuwider läuft. In dem vorliegenden Entwurf des geänderten Regionalplans heißt es, dass Bahnlinien durch den Wassenberger Wald und insbesondere den Elmpter Wald geplant sind. Es wird darin auf die „Verpflichtung zur Sicherung vorhandener Bahntrassen“ verwiesen. Der Trassenverlauf ist geplant auf alten, viele Jahre nicht mehr betriebenen Trassen zum großen Teil ohne vorhandene Schienen und begleitende Infrastruktur. Der Ausbau geschieht vermutlich 2-gleisig mit Elektrifizierung. Einerseits geplant ist eine Trasse von Ratheim/Wassenberg durch den Wassenberger Wald mit Anbindung an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens-Prüfcenter) im Bereich Wegberg-Arsbeck. Die Strecke MG-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sog. Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhgebiet. Insbesondere beschäftigt mich jedoch die Trasse zum im Aufbau befindlichen Gewerbe- und Industriegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Regierungsbezirk Düsseldorf) durch den Elmpter Wald ebenfalls mit Anbindung im Bereich Arsbeck an dieselbe Strecke (Bezirk Köln).</p> <p>Stellungnahme: 1) Die Trassen durchschneiden den Elmpter und Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in den Niederlanden und Deutschland bildet ein komplexes Ökosystem. Hier sind der Nationalpark Meinweg, das FFH-Gebiet Lüsekamp, das FFH-Gebiet Boschbeeketal, das europäische Vogelschutzgebiet Mass-Nette-Platte sowie die DBUFlächen im Bereich des ehemaligen Flughafengeländes zu nennen. Jegliche massive Veränderung von außen führt zu einer Veränderung im Gleichgewicht des biologischen Systems mit der möglichen Folge einer irreversiblen Schädigung oder gar Zerstörung der Natur. Hier ist auf den weiteren Eintrag von Feinstaub, die Lärm- und</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

Lichtemissionen, die Kollision mit wandernden Tieren (also Lebensraumzerschneidung), die Belastung mit Pestiziden, die an Bahntrassen ausgebracht werden hinzuweisen. Im Bereich des ehemaligen Flughafens befindet sich zudem ein Trinkwasserschutzgebiet, welches durch die an Bahnstrecken regelmäßig ausgebrachten Pestizide beeinträchtigt werden wird. In allen Punkten ist eine entsprechende Voruntersuchung der Umweltauswirkungen zu fordern.

2) Beide Trassen enden auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins und führen durch Wegberg in Richtung Mönchengladbach. Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung insbesondere im Bereich Wegberg käme es bei den zu erwartenden Güterverkehren gerade aus den angeschlossenen Industriegebieten zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner. Erwähnt seien hier die erhöhte Herzinfarkt-, Schlaganfall- und Depressionsrate durch Lärmbelästigung. Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge. Letztere verursachen erhebliche Erschütterungen, die ein eigenes Krankheitspotential bergen. Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins per Landtagsbeschlüssen aus 2007 und 2011 abgelehnt.

3) Eine Bahntrasse zerschneidet die touristisch interessante Region und nimmt den Anwohnern von Niederkrüchten und auf niederländischer Seite die Chance auf eine Weiterentwicklung des Tourismus. Aus den genannten Gründen und zum Erhalt der geschützten Landschaftsbestandteile und der schutzwürdigen Arten, der Gefahr für die Trinkwassergewinnung, zum Schutze der Gesundheit der Anwohner und Anwohnerinnen sowie der regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trassen in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar.

1034922_001	
Inhalt	Abwägung
<p>ich schließe mich der beigefügten Stellungnahme zum zweiten Entwurf des Regionalplans 1731345336 an.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird sich der Stellungnahme ID 1033120 angeschlossen. Es wird daher auf die Ausgleichsvorschläge zu ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-2-364	
1029289	
1034927_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Mit der zweiten Offenlage ist erstmalig eine ASB neu-Satzvey als allgemeiner Siedlungsschwerpunkt für die Schaffung von Bauland vorgesehen: [Abbildung].</p> <p>Als Bewohner des Ortes Satzvey, spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung dieser Fläche als Bauland aus. Schon mit der Ausweisung der Fläche sind erhebliche Auswirkungen für den Ort zu erwarten. Auf Grund der massiven Flächenversiegelung steigt die Gefahr weiterer Hochwasserereignisse wie aus dem Jahr 2021 im Ort erheblich. Dies stellt eine Gefahr für die Bewohner dar. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet verloren gehen. Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren. Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-366	
1029296	
1034975_001	
<p>Inhalt</p> <p>Hiermit nehme ich Stellung und schließe mich der Argumentation des Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Stellungnahme ID 1033120 angeschlossen. Es wird daher auf die Ausgleichsvorschläge zu ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-2-371	
1029329	
1035138_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Allgemeines:</u></p> <p>Die Abtrennung der Erneuerbaren Energie in einem Sachlichen Teilplan EE ist grundsätzlich sehr nachvollziehbar und vermutlich auch richtig. Allerdings ergeben sich durch die parallelen Verfahren vielfach Wechselwirkungen die später tatsächlich für einzelne Vorhaben sehr relevant werden können und die aktuell nur sehr schwer zu erkennen und zu bewerten sind. Gleichzeitig gibt die Bundesgesetzgebung mit EEG § 2 den EE zwar ein grundsätzlich sehr hohes Gewicht, die tatsächlichen Auswirkungen dieser Regelung für die Praxis in Einzelfällen sind tatsächlich noch nicht hinreichend genau bestimmbar. Aus diesem Grund sollte abgewogen werden, ob man in dem Regionalplan Köln eine Regelung (idealerweise ein Ziel) aufnehmen sollte, den Ausbau der EE, analog zum Willen der Bundesregierung signifikant voranzutreiben und den EE (ähnlich wie z.B. im Grundsatz 33 erfolgt) im Regelfall ein überragendes Gewicht ggü. anderen Nutzungen zuzuschreiben. Eine solche Vorprägung wäre vermutlich bei einer Vielzahl an Einzelfällen sehr hilfreich.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für Anregungen zu Festlegungen des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien wird auf das entsprechende Verfahren verwiesen.</p>

Inhalt**Grundsatz 1**

Der Grundsatz 1 erscheint in seiner Wichtigkeit praktisch einer der Leitgedanke der Neuaufstellung des Regionalplans zu sein. Insofern sollte abgewogen werden, ob man aus dem Grundsatz nicht besser ein Ziel macht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums.

Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Die grundsätzlichen Vorgaben können bei Vorliegen besonders gewichtiger Gründe überwunden werden.

Auch aus den landesplanerischen Vorgaben ergibt sich kein Erfordernis zur Festlegung als Ziel der Raumordnung. Eine abschließend abgewogene Zielformulierung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht.

1035138_003

Inhalt

Ziel 19

In der Erläuterung des Ziels 19 sollte auch auf die teilweise Öffnung von BSN für die Windenergie gemäß LEP-NRW hingewiesen werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Öffnung von BSN für die Windnergienutzung ist den regionalen Planungsträgern vorbehalten. Gemäß den Erläuterungen zum Ziel 10.2-8 LEP NRW wird den regionalen Planungsträgern (nicht der kommunalen Bauleitplanung) die Möglichkeit eröffnet, bei der Festlegung von Windenergiebereichen abweichend von den Zielen 7.2-2 und 7.2-3 unter den im Ziel genannten Voraussetzungen auch Flächen innerhalb der regionalplanerisch festgelegten Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) in Anspruch zu nehmen.

1035138_004

Inhalt

Ziel 27

Innerhalb der Erläuterung des Ziels 27 sollte eine Klarstellung erfolgen, dass Windenergieanlagen in Überschwemmungsbereichen (vorbehaltlich der im BIMSCHG-Verfahrens beizubringenden Nachweise zur Standsicherheit) regelmäßig zulässig sind und die Funktionalität des Gebiets nicht einschränken, wobei im Bedarfsfall per Auflage innerhalb der BimSchG-Genehmigung vorgeschrieben werden kann, dass das von der WEA verdrängte Volumen, innerhalb des Überschwemmungsbereichs durch Maßnahmen (z.B. Erdbewegungen) kompensiert werden muss.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt und die Erläuterung zu Ziel 27 nicht durch eine gesonderte Hervorhebung zu Windenergieanlagen verändert.

1035138_005

Inhalt

Grundsatz 34

In Bezug auf den Grundsatz 34 möchten wir darauf hinweisen, dass die wirtschaftliche Erhaltung von landwirtschaftlichen Betrieben auch gelingen kann, indem Teile der landwirtschaftlichen Flächen für EE (z.B. Freiflächen-PV) verpachtet werden. Mithilfe der Pachteinnahmen (die regelmäßig höher sind als die landwirtschaftlichen Erträge, die aus derselben Fläche erwirtschaftet werden), können landwirtschaftliche Betriebe dann auch ertragsschwache Jahre besser abfedern. Dies wird langfristig auch den öffentlichen Haushalt entlasten, da bei einem weiter voranschreitenden Klimawandel davon auszugehen ist, dass landwirtschaftliche Betriebe (zwar sehr lokal, dafür aber auch sehr drastisch) hohen und existenzgefährdenden Ertragsausfällen ausgesetzt sein werden.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden allgemeine Hinweise zur landwirtschaftlichen Entwicklung bzw. Hinweise zu nachgeordneten Planungen vorgebracht. Darüber hinaus werden weder Bedenken noch Anregungen geäußert.

Inhalt

Grundsatz 36

Der Grundsatz 36 geht im Regelfall von einer Ersatzaufforstung aus und lässt nur in wenigen Ausnahmefällen Abweichungen zu. Dieser Ansatz ist grundsätzlich sinnvoll, allerdings ist zunehmend zu erkennen, dass Ersatzaufforstungen (die im Idealfall auch in der Nähe des Vorhabens erfolgen sollten) zunehmend schwerer bis unmöglich werden, da die dafür üblicherweise landwirtschaftlichen Flächen zunehmend nicht mehr beschafft werden können. Wir möchten deshalb dazu anregen in die Erläuterung des Grundsatzes einen Sonderfall aufzunehmen, der in Einzelfällen und nach entsprechender Darlegung des Vorhabenträgers (Anm.: Diese sollte nachvollziehbar, jedoch aus Sicht des Vorhabenträgers auch in Bezug auf den Aufwand der Beweisführung angemessen sein) auch Ausnahmen zulässt.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung den Wald vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrsstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Grundsatz 38 "Waldfunktionen sichern" Punkt 2 stellt klar, dass einzelne Funktionen in Abhängigkeit von der jeweiligen lokalen Situation vorrangig sein können. Hierbei können Ausweisungen, Festsetzungen oder vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, die zu einer Priorisierung führen. Beispielsweise können Kahlschlagverbote oder Baumartenfestsetzungen in Naturschutzgebieten die ökonomische Funktion einschränken. Zur Erhaltung der vielfältigen Funktionen des Waldes sollen bei Interessenkonflikten möglichst ausgleichende Lösungen angestrebt werden.

Abschließend ist auf § 44 LFoG NRW "Pflicht zur Wiederaufforstung" hinzuweisen, welcher § 11 BWaldG konkretisiert. In Absatz 1 wird geregelt, dass Kahlfächen und stark verlichtete Waldbestände innerhalb von zwei Jahren wieder aufzuforsten oder zu ergänzen sind, falls nicht die Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt oder sonst zulässig ist. Im Einzelfall könne als Wiederaufforstung auch die flächendeckende Entwicklung von Wald durch die natürliche Ansamung von Forstpflanzen von der Forstbehörde zugelassen werden. Auch bestimmte Formen der flächendeckenden Entwicklung von Wald durch Stockausschlag oder Wurzelbrut können von den Forstbehörden zugelassen werden.

Inhalt

Grundsatz 37

Der Grundsatz 37 bedarf aus unserer Sicht einer klaren Definition, die unstrittig dazu geeignet ist zu erkennen wann eine "Kleinwaldflächen" vorliegt und wann nicht. Während der Grundsatz 37 vorbeugend regeln soll, dass tatsächliche Waldflächen, die noch nicht zeichnerisch festgelegt worden sind, geschützt werden sollen, sollte auch der umgekehrte Fall bedacht werden. So gibt es aufgrund des (leider) schlechten Zustandes des Waldes, durchaus auch zeichnerisch festgelegte Waldflächen, die aber in der Realität nichts mehr mit einem echten Wald zu tun haben. Es sollte entsprechend abgewogen werden, ob man nicht auch für solche Flächen eine Regelung schafft, die die Flächen dann für andere Nutzungsarten öffnet.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die Festlegungen zum Wald, siehe Kapitel 4.5 textliche Festlegungen, greifen nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen ein. Als Vorranggebiet schützt die zeichnerische Festlegung den Wald vor einer Inanspruchnahme durch z.B. bauliche Nutzungen. Für die fachplanerische Umsetzung gibt das Ziel (Z.22) sowie die im Kapitel aufgeführten Grundsätze den Umsetzungskorridor vor. Eine Waldinanspruchnahme umfasst Planungen und Maßnahmen, die zu einer dauerhaften Umwandlung von Waldflächen führen. Hierzu gehören z. B. die Siedlungsentwicklung oder der Bau von Verkehrstrassen. Bereits vollzogene dauerhafte Umwandlungen von Wald bleiben von den Festlegungen unberührt (z.B. bebaute Bereiche).

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu walddarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Grundsatz 38 "Waldfunktionen sichern" Punkt 2 stellt klar, dass einzelne Funktionen in

Abhängigkeit von der jeweiligen lokalen Situation vorrangig sein können. Hierbei können Ausweisungen, Festsetzungen oder vertragliche Vereinbarungen getroffen werden, die zu einer Priorisierung führen. Beispielsweise können Kahlschlagverbote oder Baumartenfestsetzungen in Naturschutzgebieten die ökonomische Funktion einschränken. Zur Erhaltung der vielfältigen Funktionen des Waldes sollen bei Interessenkonflikten möglichst ausgleichende Lösungen angestrebt werden.

Abschließend ist auf § 44 LFoG NRW "Pflicht zur Wiederaufforstung" hinzuweisen, welcher § 11 BWaldG konkretisiert. In Absatz 1 wird geregelt, dass Kahlfächen und stark verlichtete Waldbestände innerhalb von zwei Jahren wieder aufzuforsten oder zu ergänzen sind, falls nicht die Umwandlung in eine andere Nutzungsart genehmigt oder sonst zulässig ist. Im Einzelfall könne als Wiederaufforstung auch die flächendeckende Entwicklung von Wald durch die natürliche Ansamung von Forstpflanzen von der Forstbehörde zugelassen werden. Auch bestimmte Formen der flächendeckenden Entwicklung von Wald durch Stockausschlag oder Wurzelbrut können von den Forstbehörden zugelassen werden.

Inhalt

Änderungen in Kap. 5.2.2-Kraftwerke und Nebenbetriebe-

Die RheinEnergie AG unterhält im Stadtgebiet Köln folgende (4) Kraftwerksstandorte:

- Heizkraftwerk Köln-Merkenich (Standort: im Hafen Niehl II)
- Heizkraftwerk Köln-Niehl (Standort: im Hafen Niehl I)
- Gas-und-Dampfturbinen-Heizkraftwerk Niehl 3 (Standort: im Hafen Niehl I)
- Heizkraftwerk Merheim
- Heizwerk Südstadt

Diese vier Kraftwerksstandorte waren in dem 1. Planentwurf aus dem Jahre 2021 (im Folgenden: „**Planentwurf 2021**“) sowohl zeichnerisch als auch textlich mit dem Ziel 35 als GIBz als Vorranggebiete festgelegt.

Der 2. Planentwurf 2024 unterscheidet sich insoweit von dem Planentwurf 2021, als dass für die Kraftwerksstandorte Merkenich und Niehl anders als bislang keine Planzeichen für „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ [Definition: Anlagen zur Energieerzeugung und –Umwandlung (Kraftwerke, Heizkraftwerke, Heizwerke und sonstige Feuerungsanlagen)] mehr festgelegt werden. Dasselbe gilt auch für die Kraftwerksstandorte in Merheim und in der Südstadt.

Kapitel 5.2.2 des Planentwurfes 2021 enthielten bislang u.a. für alle vier Kölner Kraftwerksstandorte folgendes Ziel:

„Z.35 Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sichern

Standort für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sind als Vorranggebiete festgelegt.

Sie dienen der Energieerzeugung.

Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion Energieerzeugung nicht vereinbar sind, sind ausgeschlossen.“

Die vier Kraftwerksstandorte lagen in als solchen festgelegten GIB (Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen) mit der Rechtsfolge des Status eines Vorranggebietes. GIB werden in der Planzeichenverordnung als Anlage zur Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz wie folgt definiert:

„Bereiche für die Unterbringung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben und Einrichtungen sowie jeweils zuzuordnenden Anlagen [...].“

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1016918 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Auch für die innerhalb von GIB liegenden Bestandskraftwerke besteht gemäß den Vorgaben des LEP NRW grundsätzlich kein regionalplanerisches Sicherungserfordernis als GIB mit Zweckbindung. GIB dienen der Ansiedlung, Bestandssicherung, Erweiterung und Verlagerung, insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und sonstigen emittierenden Betrieben und Einrichtungen, sowie jeweils zuzuordnender Anlagen. Hierzu zählen insbesondere auch Kraftwerke. Aus Gründen der Flexibilisierung, auch im Hinblick auf Erweiterungen sowie Um- und Nachfolgenutzungen, erfolgt deshalb auf Ebene der Regionalplanung keine Festlegung als GIB mit Zweckbindung "Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe" für Bestandskraftwerke. Eine "Abwertung" der Kraftwerksnutzung auch in Bezug auf den raumordnerischen Umgebungsschutz geht damit nicht einher. Der Umgebungsschutz für GIB ist durch den Grundsatz 6.3-2 LEP NRW sichergestellt; eine zusätzliche Regelung durch Grundsatz 10.3-3 LEP NRW ist damit nicht erforderlich.

Darüber hinaus besteht auf Ebene des Regionalplans kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Mit Hilfe des Planzeichens für „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ wurde eine Zweckbestimmung für den betreffenden Teil des GIB vorgenommen.

In dem 2. Planentwurf 2024 entfällt die Festsetzung eines Ziels ersatzlos. Die zeichnerischen Festlegungen werden entsprechend angepasst. Der Regionalplanentwurf verzichtet gänzlich auf eine Sicherung vorhandener Kraftwerke und einschlägiger Nebenbetriebe.

Als **Begründung**

für diese Korrektur führt die Regionalplanungsbehörde unter der ID-Nr. 1016918 folgendes an:

„Es bestehen Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit der getroffenen Festlegungen mit Ziel 10.3- 1 LEP NRW. Demnach ist Ziel 10.3-1 LEP NRW auch dann einschlägig, wenn eine erstmalige Aufnahme eines bestehenden Kraftwerksstandortes in den Regionalplan erfolgt. Die Festlegung der bestehenden, aber erstmal im Regionalplan festgelegten Standorte Köln-Merheim, Köln-Südstadt und Bonn innerhalb des ASB ist demnach nicht LEP-konform. Darüber hinaus gibt es grundsätzlich keinen landesplanerischen Sicherungsauftrag, vorhandene Kraftwerksstandorte im Regionalplan festzulegen. Mit dem Verzicht auf die regionalplanerische Sicherung vorhandener Kraftwerksstandorte wird eine flexible Nutzung der GIB ermöglicht. Eine Sicherung kann, sofern erforderlich, auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.“

Die Planung neuer Kraftwerksstandorte richtet sich nach den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW.“

Das in der Begründung angesprochene Ziel 10.3.-1 LEP NRW lautet wie folgt:

„10.3.1- Ziel: Neue Kraftwerksstandorte im Regionalplan

In Regionalplänen erfolgt die Festlegung neuer Standorte für die Energieerzeugung (Kraftwerksstandorte) als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) für zweckgebundene Nutzungen „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ als Vorranggebiete ohne Eignungswirkung. Neue Standorte dienen auch dazu, die Integration der Erneuerbaren Energien in das Energiesystem aktiv zu unterstützen.“

Wir verstehen diesen Begründungsansatz dahingehend, dass sich die Landesplanungsbehörde auf den Standpunkt stellt, dass die in dem Ziel angesprochene „Festlegung **neuer** Kraftwerksstandorte“ auch für bereits bestehende Kraftwerksstandorte gilt, die, wie dies bei den Kraftwerksstandorten Köln-Merheim, Köln-Südstadt und Bonn der Fall ist, bereits heute existieren, ohne jedoch bislang im Regionalplan zeichnerisch oder textlich festgelegt gewesen zu sein.

Nach Meinung der RheinEnergie AG schlägt die Argumentation der Regionalplanungsbehörde ausschließlich für die drei Kraftwerksstandorte Köln-Merheim, Köln-Südstadt und Bonn. Der 2. Planentwurf 2024 legt für die Kraftwerksstandorte Köln-Merheim und Köln-Südstadt konsequenterweise

zeichnerisch Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB), in denen die raumordnungsrechtliche Bedeutung der Kraftwerksstandorte als in die ASB integrierte Standorte auf der Ebene der Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung Berücksichtigung finden müssen.

Die Argumentation verfängt aber nicht für die in dem 2. Planentwurf 2024 gerade auch zeichnerisch lediglich noch als GIB festgelegten Kraftwerksstandorte Niehl und Merkenich. Zwar erhalten die Kraftwerksstandorte durch die Festlegung eines GIB den Status eines Vorranggebietes, das „insbesondere“ der Unterbringung in emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben, wie Kraftwerken und ihrer Nebeneinrichtungen zu dienen bestimmt ist. Andererseits erwächst aus der gleichzeitig praktizierten Festlegung für diese beiden in Hafenstandorten liegenden GIB ein weiterer Nutzungskonflikt sogleich noch unter Z. 2 dieser Stellungnahme einzugehen sein wird.

Die RheinEnergie AG vermag im Hinblick auf das Ziel 10.3.1 des LEP NRW keinen sachlichen Grund zu erkennen, warum die Kraftwerksstandorte Niehl und Merkenich nicht wie bislang vorgesehen als GIBz mit einer Zweckbindung für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe festgelegt werden.

Der aktuell gültige Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln enthält in **Kapitel B. 3.3-Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe-**, mit dem Ziel 1 für den **Kraftwerkssstandort Merkenich** folgende Festlegung:

„Ziel 1 (Stadt Köln)

Der zweckgebundene GIB in Merkenich dient ausschließlich der Sicherung des vorhandenen Kraftwerkes und seiner einschlägigen Nebenbetriebe.“

Der Kraftwerksstandort ist in dem aktuell gültigen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln auch zeichnerisch als GIB z mit der Zweckbestimmung „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe „festgelegt.

Der Kraftwerksstandort Merkenich ist somit unstreitig kein „neuer Kraftwerksstandort“ im Sinne des Ziels 10.3.1 des LEP NRW. Der Regionalplan hat dieses Ziel zu beachten. Die in dem 2. Planentwurf 2024 vorgesehene Festlegung als einfaches GIB ohne Zweckbindung beachtet das Ziel aber gerade nicht.

Dasselbe gilt für den **Kraftwerksstandort Niehl**. Der Kraftwerksstandort Niehl, der auf der Ebene der Bauleitplanung in dem Bebauungsplan 6849 N/02 der Stadt Köln als Industriegebiet GI- ausgewiesen ist und außerhalb des ASB liegt, hat dieselben qualitativen Merkmale wie der Kraftwerksstandort Merkenich. Der aktuell gültige Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln enthält für den Kraftwerksstandort eine zeichnerische Festlegung als GIB mit dem eine Zweckbindung auslösenden Planzeichen „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“. Mit den beiden Großkraftwerken des Heizkraftwerks Niehl und des Gas- und Dampfturbinen-Heizkraftwerk Niehl 3 der Kraftwerksstandort Niehl neben dem Kraftwerksstandort Merkenich von zentraler Bedeutung für die Versorgung der Stadt Köln mit Strom und Wärme.

Für die RheinEnergie AG ist es nicht nachvollziehbar, warum diese beiden Kraftwerksstandorte in ihrer raumordnungsrechtlichen Bedeutung von dem Status eines GIBz auf einen solchen eines GIB abgewertet werden.

Diese Abwertung hat insbesondere auch zur Folge, dass der **Grundsatz 10.3-3-Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte** für die Kraftwerksstandorte Merkenich und Niehl keine Geltung mehr beansprucht.
Der Grundsatz lautet wie folgt:

„Grundsatz Umgebungsschutz für Kraftwerksstandorte 10.3-3

Kraftwerksstandorte, die im Regionalplan zeichnerisch als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit der Zweckbindung „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ festgelegt sind, sollen durch geeignete Planungen und Maßnahmen vor dem Heranrücken von Nutzungen, die mit der Kraftwerksnutzung nicht vereinbar sind, geschützt werden.“

Dieser Grundsatz hat ausweislich des klaren Wortlautes keinen Geltungsanspruch für nicht mit einer Zweckbindung belegte GIB. Dies hat zur Folge, dass dieser Grundsatz der Raumordnung bei zukünftigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen anderer öffentlicher Stellen und schließlich bei Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Klarstellung bedürfen, nicht mehr zu berücksichtigen sind, vergleiche § 4 Abs. 1 S. 1 ROG. Für die RheinEnergie AG, die der Vorschrift des § 4 Abs. 1 Nr. 2 ROG unterfällt, kann dies in zukünftigen Bauleitplanverfahren und Gestattungsverfahren im weitesten Sinne gravierende Auswirkungen haben.

Anregung:

Die RheinEnergie AG regt an, für die beiden Kraftwerksstandorte Merkenich und Niehl davon abzusehen, diese wie in dem 2. Planentwurf 2024 vorgesehen zeichnerisch lediglich als GIB ohne Zweckbindung festzulegen und stattdessen die in dem Planentwurf 2021 vorgesehene Festlegung als GIBz für zweckgebundene Nutzungen „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ festzulegen.

Weiterhin regen wir an, von einer Streichung des Ziels 35 abzusehen.

Inhalt

Kap. 5.1.5-Infrastruktur für den kombinierten Güterverkehr-

Der 2. Planentwurf 2024 beinhaltet für die beiden GIB in den Hafenstandorten Köln-Niehl I und Köln-Niehl II (Merkenich) eine Zweckbindung mit Hilfe eines entsprechenden (für diesen Zweck extra neu geschaffenen) Planzeichens für Landesbedeutsame Häfen. Hiermit im Zusammenhang steht folgende Textliche Festsetzung eines Ziels:

„Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern“

Die Landesbedeutsamen Häfen sind als Bereiche für zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIBz) und Oberflächengewässer mit der Zweckbindung Landesbedeutsamer Hafen als Vorranggebiete festgelegt.

Sie dienen ausschließlich dem Güterumschlag zwischen Wasserstraße und dem Landweg sowie hafenorientierten Wirtschaftsbetrieben.

Planungen und Maßnahmen, die mit der Funktion als Güterumschlagshafen nicht vereinbar sind, sind auszuschließen.“

Als Standorte werden die Häfen Köln-Niehl I, Köln-Niehl II (Merkenich), Köln-Godorf sowie Bonn-Graurheindorf benannt.

Mit dieser Festlegung wird die bisher in dem Planentwurf 2021 vorgenommene zeichnerische Festlegung als Standorte des kombinierten Güterverkehrs durch das neue Planzeichen eines Landesbedeutsamen Hafens ersetzt.

Die Änderung wird unter der **ID-Nr. 1007386** zur Abwägung einer Stellungnahme des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW in der Synopse damit begründet, dass der Ausbaubedarf der Hafenstandorte durch die Fachplanung aufgrund der jeweils aktuellen Fortschreibung des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzeptes des Landes Nordrhein-Westfalen bestimmt werde. Alle weiteren Ausführungen in der Begründung zielen erkennbar auf den Hafen Godorf ab.

Die Eingabe des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW bezog sich auch ausschließlich auf die Festlegung eines Standortes für den kombinierten Güterverkehr im Hafen Godorf, dessen Erweiterung bekanntlich nicht zuletzt aufgrund der naturschutzfachlich brisanten Situation vor Ort von der Stadt Köln als Hafenstandort aufgegeben wurde.

Die Regionalplanungsbehörde hat die Eingabe des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW nun zum Anlass genommen, nicht lediglich den Hafen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Eine Änderung der textlichen und zeichnerischen Festlegung der Häfen Köln-Niehl I, Köln-Niehl II, Köln-Godorf und Bonn-Graurheindorf erfolgte aufgrund von Hinweisen auf einen redaktionellen Fehler.

Die genannten Häfen waren gemäß der textlichen Festlegung Z.32 bereits im ersten Planentwurf als landesbedeutsame Häfen und somit als Vorranggebiet festgelegt. Die Festlegung erfolgte als GIBz und Oberflächengewässer mit der Zweckbestimmung multimodaler Güterverkehr Wasser-Land – Landesbedeutsamer Güterumschlagshafen mit dem Plansymbol Z (vgl. S. 140f. Textliche Festlegungen 1. Offenlage). Dies folgt aus den Vorgaben des Ziels 8.1-9 LEP NRW sowie der Festlegung von landesbedeutsamen Häfen im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.5).

In den zeichnerischen Festlegungen des ersten Planentwurfs wurde jedoch fälschlicherweise statt des vorgesehenen Plansymbol Z das Planzeichen für den kombinierten Güterverkehr verwendet. Dieser Plangrafikfehler wurde im zweiten Planentwurf redaktionell geändert. Zudem wurde aus Gründen der besseren Les- und Zuordbarkeit das Plansymbol Z durch das Plansymbol H ersetzt. Des Weiteren erfolgte in den textlichen Festlegungen des zweiten Planentwurfs eine redaktionelle Umbenennung der Zweckbindung in „GIBz und Oberflächengewässer mit der Zweckbindung Landesbedeutsamer Hafen“.

Die Änderungen sind rein redaktioneller Natur. Es erfolgte weder eine inhaltliche Änderung des Ziels noch eine Änderung des Rechtscharakters der Zielfestlegung. Eine „Aufwertung“ der Häfen im Vergleich zum ersten Planentwurf, so wie in der Stellungnahme suggeriert, ist hierdurch nicht erfolgt.

Auf die zeichnerische Festlegung von vorhandene Kraftwerkstandorten wird aufgrund eines fehlenden landesplanerischen Sicherungsauftrag verzichtet. (s. ID 1016918 1. Offenlage). Eine Sicherung kann sofern erforderlich auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen. Entsprechend den Erläuterungen (4) "Z.32 Landesbedeutsame Häfen sichern" bleibt die Bestandsentwicklung vorhandener Betriebe unter Beachtung der vorrangigen Funktion möglich. Dies gilt auch für vorhandene Kraftwerksstandorte. Modernisierungen und Erweiterungen sind damit auch künftig möglich und stehen dem Vorranggebiet Landesbedeutsame Häfen nicht

Godorf, sondern gleich alle drei im Stadtgebiet der Stadt Köln liegende Häfen als Landesbedeutsame Häfen mit dem Rechtscharakter eines Vorranggebietes auszustatten.

Die RheinEnergie AG stellt den von der Regionalplans Behörde gewählten Ansatz in Frage, weil ein Handlungsbedarf aufgrund der Eingabe des Landesbüros der Naturschutzverbände nachvollziehbarer Weise allenfalls im Hinblick auf den Hafenstandort Köln-Godorf entstanden ist. Die Eingabe muss aber gerade nicht zum Anlass genommen werden, zugleich auch die beiden anderen Hafenstandorte mit einer im Vergleich zu der bisherigen Festlegung veränderten Festlegung zu belegen.

Die mit dieser Vorgehensweise verbundene Aufwertung der Hafenstandorte in Richtung von GIBz mit der Zweckbindung Landes bedeutsamer Hafen mit dem rechtlichen Status von Vorranggebieten stellt diese in Konkurrenz zu der in unmittelbarer Nähe der Häfen oder teilweise auch innerhalb der Häfen Niehl I und Niehl II stattfindenden Nutzung von Flächen als Kraftwerksstandorte. Letztere sind, wie aufgezeigt, zudem auch nicht mehr als zweckgebundene GIB ausgestaltet.

Nach dem Ziel 32 dienen die Vorranggebiete ausschließlich dem Güterumschlag zwischen Wasserstraße und dem Landweg sowie hafenorientierten Wirtschaftsbetrieben, Planungen und Maßnahmen die mit der Funktion als Güterumschlag schaffen nicht vereinbar sind, sind auszuschließen. Diese Festlegung wird in der Begründung (auf Seite 209) damit erläutert, dass durch die zeichnerische Festlegung als Vorranggebiet die Landesbedeutsam Häfen vor konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen geschützt würden. Die Vorranggebiete seien Umschlagsanlagen und Hafenwirtschaftsbetrieben für den Güterumschlag zwischen Wasserstraße und dem Landweg vorbehalten, weil sie standortgebunden und aufgrund von Flächenkonkurrenzen räumlich nicht erweiterbar seien. Die Hafennutzung erhalte im Sinne des § 7 Abs. 3 Nr. 1 ROG Vorrang gegenüber anderen Nutzungen.

Die RheinEnergie AG betreibt in den Häfen Köln-Niehl I und Köln-Niehl II der Versorgung der Stadt Köln mit Strom und Wärme dienende Energieerzeugungsanlagen. Für den Standort im Hafen Niehl I ist konkret die Errichtung einer Großwärmepumpe geplant, die als ein Erneuerbaren- Energie-Projekt der Energiewende und der Wärmewende in der Stadt Köln der Versorgung der Kölner Bevölkerung mit Fernwärme dienen soll. Eine solche Planung zeigt auf, welche Konflikte zwischen einer auf einem Kraftwerksstandort betriebenen emittierenden Anlage einerseits und in dem Hafen existierenden oder zu dessen Erweiterung geplanten emittierenden hafenorientierten Wirtschaftsbetrieben andererseits entstehen können.

Insoweit ist es für die RheinEnergie AG nicht nachzuvollziehen, warum, ohne dass für die Hafenstandorte Niehl I und Niehl II ein wirkliches Bedürfnis für eine Aufwertung der Hafenstandorte in Richtung von „GIBz“ erkennbar ist, gerade eine solche Aufwertung stattfindet, wohingegen die bisher als „GIBz“ festgelegten Kraftwerksstandorte eine Abwertung erfahren.

entgegen.

Die hieraus resultierende Ungleichgewichtigkeit der konfligierenden Nutzungsansprüche „Landesbedeutsamer Hafen“ versus „Kraftwerksstandort“ kann in zukünftigen Verfahren der Bauleitplanung (für den Kraftwerksstandort im Hafen Niehl I existiert anders als für den Hafen Niehl II kein Bebauungsplan) zu einer Benachteiligung der Kraftwerksstandorte führen. Dies kann zur Folge haben, dass für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit im Bereich Strom und Wärme unabdingbar erforderliche Modernisierungen oder Erweiterungen auf den lediglich als GIB festgelegten Kraftwerksstandorten in den als GIBz festgelegten Häfen unter Verweis auf die Ausschlusswirkung, die aus dem Ziel Z 32 resultiert, unmöglich gemacht werden.

Anregung:

Die RheinEnergie AG regt die Beibehaltung des bisherigen Status der beiden Häfen Niehl I und Niehl II als Standorte des kombinierten Güterverkehrs ohne den Status eines Landesbedeutsamen Hafens mit dem Status eines zweckgebundenen Vorranggebietes an. Die in dem 1. Entwurf 2021 vorgesehenen Festlegungen für die Häfen Niehl I und Niehl II haben nach wie vor ihre Berechtigung und bedürfen nicht ohne Not einer Aufwertung, die die begründete Gefahr birgt, dass auf den in den Häfen gelegenen Kraftwerksstandorten der RheinEnergie AG zukünftig keinerlei Modernisierungen und Erweiterungen mehr möglich werden.

1035138_010	
Inhalt	Abwägung
<p>RheinischeNetzgesellschaft mbH (RNG):</p> <p>Seitens der RNG gibt es keine Anmerkungen oder Einwände zur Neuauflistung Regionalplans</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1035138_011	
Inhalt	Abwägung
<p>Kölner Verkehrsbetriebe AG (KVB):</p> <p>Seitens der KVB gibt es keine Anmerkungen oder Einwände zur Neuaufstellung Regionalplans</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

1035138_012	
Inhalt	Abwägung
<p>Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK):</p> <p>Seitens der HGK werden keine Bedenken oder Anregungen zum Regionalplan Zweiter Planentwurf geäußert.</p>	<p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es wird Fehlanzeige gemeldet bzw. werden weder Hinweise noch Bedenken oder Anregungen geäußert.</p>

AZ: Ö-M-2-372	
1029397	
1035432_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit diesem Schreiben beziehen wir uns auf die am 14.11.2024 durch die [ANONYMISIERT] gegenüber der Bezirksregierung Köln formulierte Anregung zur Anpassung des im Entstehen begriffenen Regionalplans, die wir hier nochmals beifügen.</p> <p>Die [ANONYMISIERT] hat im Rahmen einer umfassenden Stellungnahme angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Gemeinde Kall [ANONYMISIERT] innerhalb des bestehenden BSAB Nr. 31 und den unmittelbar daran angrenzenden Flächen („Standort Kall-Rinnen“) eine Deponie für die Beseitigung mineralischer Abfälle darzustellen.</p> <p>Im Einzelnen betrifft dieses Vorhaben die nördliche Teilfläche des dort belegenen „Steinbruchs Taubenberg“. Die zum „Steinbruch Taubenberg“ gehörenden Flächen sind Eigentum der [ANONYMISIERT], die auch über die zur Ausbeutung des „Steinbruchs Taubenberg“ notwendigen Genehmigungen verfügt.</p> <p>Seit dem 01.09.2023 wird der „Steinbruch Taubenberg“ durch die [ANONYMISIERT] betrieben. Dem liegt ein langfristig angelegter Pacht- und Fördervertrag über den Gesteinsabbau im „Steinbruch Taubenberg“ zugrunde. Die [ANONYMISIERT] hat für die in Rede stehenden Flächen infolgedessen die Betreiberverantwortung gemäß § 52b BImSchG übernommen. Ihr Eintritt in die Betreiberrechte wurde dem Kreis Euskirchen als zuständiger unterer Immissionsschutzbehörde rechtzeitig angezeigt.</p> <p>Die Konzeption der seitens der [ANONYMISIERT] angeregten Ertüchtigung des Standorts zu einer sogenannten Mineralstoffdeponie sowie die Formulierung der diesbezüglichen Stellungnahme erfolgte daher in enger Abstimmung mit [ANONYMISIERT]. Für die Realisierung dieser Folgenutzung stehen die Eigentumsflächen der [ANONYMISIERT] innerhalb des festgelegten BSAB-Gebiets unmittelbar zur Verfügung.</p> <p>Dies vorausgeschickt teilen wir - nicht zuletzt in unserer Eigenschaft als Grundstückseigentümer - mit, dass wir uns der eingangs in Bezug genommenen Anregung</p> <p>anschließen</p> <p>und uns die Stellungnahme der [ANONYMISIERT] vom 14.11.2024 insoweit</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Hinblick auf die vorgebrachten Anregungen wird auf die nachfolgende Stellungnahme-ID 1035432_002 verwiesen.</p>

zu Eigen	
----------	--

machen.	
---------	--

Inhalt**0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG**

Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT] innerhalb des bestehenden BSAB Nr. 31 und auf unmittelbar daran angrenzenden Flächen eine Mineralstoffdeponie darzustellen. Die Festlegung der Deponieklasse soll unter Berücksichtigung der aktuellen Situation am Markt erfolgen.

[Abbildung]

Zur optimalen Nutzung der Deponie wird in Ergänzung hierzu angeregt, innerhalb derangeregten Deponiefläche eine zeitlich befristete Fläche zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen darzustellen. Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form etwa 13,5 ha. Es handelt sich um die nördliche Teilfläche des genehmigten Steinbruchs Taubenberg. Die nördliche Teilfläche wird nachfolgend auch als Vorhabensgebiet oder Vorhabensfläche bezeichnet.

1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG

Die [ANONYMISIERT] aus Krefeld regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie am Standort Kall-Rinnen darzustellen.

[Abbildung]

Zur langfristigen Sicherung des Fortbestands beabsichtigt die Firma [ANONYMISIERT], neben der Kalksteingewinnung am Standort Kall-Rinnen, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle am Standort langfristig zu konzipieren und zu planen. Im Anschluss an die Gewinnungstätigkeit sollen zukünftig bautechnisch nicht mehr verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich im nördlichen Teil des Steinbruchs Taubenberg abgelagert werden. Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll, organischen Stoffen (Bio-Abfälle) oder Sondermüll soll nicht erfolgen.

1.1 Lage, Genehmigungen und Sachstand BSAB**Lage**

Die Standort Kall-Rinnen liegt in der Gemeinde Kall, zwischen den Ortschaften Rinnen und Steinfeld. Der umgebende Landschaftsraum wird überwiegend von Wald und von Landwirtschaftsflächen (z.B. Acker und Grünland) eingenommen. Südwestlich des Steinbruchs Taubenberg liegt der Steinbruch der Firma [ANONYMISIERT] aus Kall-Rinnen. Im Steinbruch der [ANONYMISIERT] wurde der Abbau von Kalkstein bereits vollständig durchgeführt. Derzeit erfolgt die Verfüllung des Steinbruchs. Der gesamte Landschaftsraum wird durch zahlreiche überörtliche Straßen verkehrlich erschlossen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Festgesteinen (z. B. Karnonatgestein, Sandstein, Vulkanit) - inklusive Zwischennutzungen und Rekultivierungsziele - sind nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Sie sind auch nicht Gegenstand des Teilplans NR. Für die Festgestein-BSAB besteht derzeit kein Planerfordernis, da mit dem Regionalplan Köln a.F. insbesondere die landesplanerischen Vorgaben hinsichtlich der Versorgungszeiträume (vgl. Ziel 9.2-3 LEP NRW) erfüllt sind.

Die zeichnerischen und textlichen Festlegungen des Regionalplans Köln a.F zu Festgestein-BSAB bleiben von der Regionalplan-Neuaufstellung und dem Teilplan NR unberührt und gelten fort. In den entsprechenden Bereichen erfolgen keine regionalplanerischen Festlegungen. Die zeichnerischen Festlegungen der Festgestein-BSAB aus dem Regionalplan Köln a.F. werden im Rahmen der Regionalplan-Neuaufstellung nachrichtlich dargestellt.

Nach Bekanntmachung des Teilplans NR soll die Sicherung von Abbaubereichen für Festgesteine im Rahmen eines separaten Verfahrens geprüft und ggf. fortgeschrieben werden. Durch die Neuaufstellung des Regionalplans Köln und des Teilplans NR werden vorhandene Abbaurechte für den Abbau von Festgesteinen nicht berührt. Eine Abwägung zu den vorgebrachten Hinweisen, Anregungen und Bedenken kann demnach nicht an dieser Stelle erfolgen. Im Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans für Festgesteine können die Hinweise, Anregungen und Bedenken erneut vorgebracht werden.

Nordwestlich des Vorhabensgebiets verläuft die L 203, südöstlich die L 22. Nordöstlich verläuft die L 204 und südwestlich die K 60. Über die am Standort sehr gut ausgebaute verkehrliche Infrastruktur ist das Vorhabensgebiet hervorragend an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Genehmigungen

Der genehmigte Steinbruch Taubenberg liegt im Kreis Euskirchen, Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT]. Für den Abbau und die Herrichtung des Steinbruchs Taubenberg liegt unter dem Geschäftszeichen [ANONYMISIERT] eine Genehmigung vom 17.05.1991, ergänzt um eine Änderungsgenehmigung vom 07.12.1993, welche im Wesentlichen Anpassungen der Lärmschutzaufgaben zum Gegenstand hat, vor.

Derzeit gültiger Regionalplan

Ein Großteil des Untersuchungsraums und fast der gesamte Steinbruch Taubenberg werden im derzeit gültigen Regionalplan von der zweckgebundenen Nutzung "Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze" (BSAB) überlagert. Es handelt sich um das BSAB 31 "Kall-Sötenich Südwest". Das BSAB 31 "Kall-Sötenich Südwest" weist die Form eines nach Süden geöffneten Hufeisens auf. Die nordöstlichsten Teilflächen des Steinbruchs Taubenberg werden nicht von der BSAB-Darstellung erfasst. Die gesamte Fläche des BSAB wird im Regionalplan als "Waldbereiche" dargestellt. Von dieser Darstellung werden auch die nordöstlichsten Flächen des Steinbruchs Taubenberg erfasst. Das BSAB-31 wird vollständig von der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" überlagert. Die nordöstlichen Flächen des Steinbruchs Taubenberg werden von der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" überlagert.

Für das gesamte BSAB 31 "Kall-Sötenich-Südwest" wird im derzeit gültigen Regionalplan das Rekultivierungsziel "BSN EU-71" dargestellt. Die Ortschaft Rinnen wird im Regionalplan als "Allgemeine(n) Freiraum- und Agrarbereiche(n)" dargestellt.

Regionalplan Neuaufstellung, Stand Oktober 2024

Die BSAB-Darstellung wurde unverändert in den derzeit in Aufstellung befindlichen Regionalplan übernommen.

Das gesamte BSAB-31 wird weiterhin von der Freiraumfunktion "Schutz der Natur" überlagert. Die nordöstlichsten Flächen des Steinbruchs Taubenberg werden von der Freiraumfunktion "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" überlagert. Die außerhalb der BSAB-Darstellung gelegenen Flächen werden als "Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche" dargestellt.

[Abbildung]

Es wird angeregt, den nördlichen Teilbereich des Steinbruchs Taubenberg im Planentwurf des Regionalplans zusätzlich als "Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie" darzustellen.

1.2 Erfordernis der Anregung

Die Eignung eines bestimmten Standorts zur langfristigen Deponierung mineralischer Abfälle bedarf vorliegend einer zeichnerischen Festlegung im Regionalplan. Eine entsprechende Ausweisung des Standorts Kall-Rinnen ist daher anzuregen. Die Regelung des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 des Raumordnungsgesetzes („ROG“) unterwirft behördliche Entscheidungen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen mit Blick auf übergeordnete Vorgaben der Raumordnung weitergehenden Anforderungen. Bedarf die Zulassung eines bestimmten, durch Privatpersonen verantworteten, Vorhabens eines Planfeststellungsverfahrens im Sinne der §§ 72 ff. VwVfG NRW und erweist sich diese Planung in einem zweiten Schritt als „raumbedeutsam“, hat die öffentliche Hand im Rahmen der Zulassungsentscheidung einerseits die Ziele („Z“) der Raumordnung zu beachten (sog. „Beachtungspflicht“), andererseits die Grundsätze („G“) und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidung zu berücksichtigen („Berücksichtigungspflicht“). Die Errichtung und der Betrieb von Deponien bedarf nach § 35 Abs. 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes („KrWG“) im Einzelnen der Planfeststellung durch die zuständige Behörde. Ferner handelt es sich bei der Ertüchtigung des Standorts Kall-Rinnen zu einer Deponie für die Beseitigung mineralischer Abfälle nach Maßgabe nachstehender Ausführungen um eine „raumbedeutsame“ Planung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG, die Nutzung der in Rede stehenden Flächen als Abfalldeponie bedarf mithin bereits auf regionalplanerischer Ebene der hier angeregten Legitimation: Die Aufgabe der Raumordnung fällt den Ländern zu. Auf Landesebene legt der Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen („LEP NRW“) unter Ziffer 8.3-1 als übergeordnetes Ziel der Abfallwirtschaft fest, dass Standorte für raumbedeutsame Deponien zu sichern sind. Dieses Ziel langfristiger Standortsicherung erstreckt sich ausweislich der Erläuterungen zu Ziffer 8.3-1 grundsätzlich auch auf die Erschließung neuer Deponieflächen.

Der im Entstehen begriffene Regionalplan greift diese übergeordneten Planungsziele konkretisierend auf, indem der Plangeber in den Zielen Z.41 und Z.42 einheitliche Vorgaben für die Einstufung und Verortung sowohl bestehender als auch zukünftig entstehender Deponien vorsieht, soweit diese als „raumbedeutsam“ zu gelten haben. „Raumbedeutsam“ sind insoweit Standorte für Abfalldeponien ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha bzw. solche Flächen, die den Deponieklassen D I bis III zuzuordnen sind und daher regionale Bedeutung entfalten (vgl. Erläuterung 1 zum Ziel Z.41 des Regionalplans). Diese Festschreibungen gelten nach den Erläuterungen zum Ziel Z.42 des Regionalplans auch für Neustandorte. Damit setzt der Plangeber im Ergebnis die bereits in einem gemeinsamen Erlass der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen und des Landesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz („MKULNV“) vom 11.03.2013 (Stk-Az.: 30.08.50.03; MKULNV-Az.: IV-3/IV-2840.02) konzipierten Hinweise zur Aufstellung, Änderung und Ergänzung von Raumordnungsplänen für neu planfestzustellende Deponien sowie wesentliche Änderungen vorhandener Deponien um.

Mit Blick auf vorstehende Erwägungen als „raumbedeutsam“ identifizierte Neustandorte für Abfalldeponien sind ausweislich der Erläuterung 1 zum Ziel Z.42 des Regionalplans nur auf Flächen zulässig, die als Bereiche für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie ausgewiesen bzw. mit einem vorhabenbezogenen Planzeichen (Plansymbol: Abfalldeponie) zeichnerisch festgelegt sind (vgl. Erläuterung 1 zum Ziel Z.41 des Regionalplans). Anderweitige Flächen stehen nach dem ausdrücklichen Willen des Plangebers für die Realisierung „raumbedeutsamer“ Deponiestandorte nicht zur Verfügung. Vorhabensgegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der mineralische Abfälle deponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Firma [ANONYMISIERT] die Errichtung und der Betrieb einer etwa 13,5 ha großen Mineralstoffdeponie angestrebt. Die Rohstoffgewinnung, die Verfüllung von Bodenaushub sowie die Aufbereitung und das Recycling von Mineralstoffen gehört seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der Gesellschafter der [ANONYMISIERT]. Die Gesellschafter ([ANONYMISIERT]) beschäftigen sich seit Jahrzehnten mit

Abbruch, Tiefbau sowie Recycling von mineralischen Stoffen und tragen so einen gewichtigen Teil zur Schonung der natürlichen Ressourcen bei. Dem Firmenverbund zugehörig ist auch die [ANONYMISIERT] aus Kall-Rinnen, die den benachbarten Steinbruch am Standort Kall-Rinnen betreibt. Ein Restbestandteil von Mineralstoffen kann auch mit modernsten Recyclingmethoden nicht wiederverwendet werden und muss schließlich einer Deponierung zugeführt werden. Die nächste Aufbereitungsanlage des Firmenverbundes ist gerade einmal 30 km entfernt und somit kann mit dem benannten Standort ein möglichst ressourcenschonender Kreislauf geschlossen werden. Da Deponien bekanntermaßen der letzte Teil der Kreislaufwirtschaft sind und eine möglichst hohe Gemeinwohlverträglichkeit der Kreislaufführung ermöglichen sollen, wäre dieser Standort die optimale Wahl.

Die bereits vorhandene Infrastruktur kann weitergenutzt werden, ein zusätzlicher Flächenbedarf würde nicht entstehen wenn man die ausgebeutete Steinbruchfläche als Deponiekörper nutzen würde. Die Sicherstellung von entsprechendem Deponieraum in dem Gebiet der angefallenen Abfälle wäre somit am Standort sehr gut zu realisieren.

Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht eine sehr hohe Nachfrage nach Deponieraum zur Ablagerung mineralischer Abfälle in der Region. Die Einschätzung erfolgt auf Grundlage der bereits seit vielen Jahren bestehenden Projektumsetzungen im direkten Umfeld des benannten Standortes. Der besonderen und im Folgenden vertieft dargestellten Eignung des Standorts Kall-Rinnen für die langfristige Gewährleistung der regionalen Abfallentsorgung stehen nach alledem die Vorgaben des § 4 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 ROG in Gestalt einer für das behördliche Planfeststellungsverfahren maßgebenden Bindungswirkung übergeordneter Ziele und Grundsätze der Raumplanung gegenüber. Eine Zulassung des o.g. Standorts als Deponie für die Beseitigung mineralischer Abfälle ist zum jetzigen Zeitpunkt von vornherein ausgeschlossen, da die derzeitige Entwurfsfassung des Regionalplans, welche in die behördliche Zulassungsentscheidung einzubeziehen ist, die relevanten Flächen nicht als ein

Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie festgelegt oder diese Nutzung vorhabenbezogen durch die Verwendung eines entsprechenden Plansymbols legitimiert. Um die Standortpotenziale auch zukünftig umfänglich nutzen zu können, ist die Darstellung einer sogenannten Mineralstoffdeponie im neuen Regionalplan erforderlich.

1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die [ANONYMISIERT] eine regionalplanerische Darstellung für eine Abfalldeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen. Dies erweist sich in mehrfacher Hinsicht als vorteilhaft. Zunächst soll die am Standort Kall-Rinnen bereits bestehende Infrastruktur weiterhin genutzt werden. Der Standort Kall-Rinnen ist bereits heute ein etablierter Standort für die Gewinnung von Kalkstein, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Abbautätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen. Dagegen wird das Vorhaben am Standort in Kall-Rinnen und nach Maßgabe der projektierten (Betriebs-) Struktur und -abläufe von anderweitigen überörtlichen Regelungs- und Planungsinstrumenten nicht erfasst, lässt sich folglich auch unter diesem Gesichtspunkt effizient realisieren. Es wird insbesondere vom Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle) nicht erfasst. Dessen sachlicher Geltungsbereich beschränkt sich ausweislich Ziffer 1.5 Abs. 2 auf gegenüber öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern überlassungspflichtige Abfälle. Hiesiger Vorhabensgegenstand ist hingegen eine gewerblich betriebene, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Auch die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Im Umfeld des Standorts Kall-Rinnen stehen derzeit keine anderen Entsorgungseinrichtungen in Form von Deponien zur Verfügung. Die nächstgelegene Deponie der Klasse I liegt im Rhein-Erft-Kreis in der Nähe von Erftstadt-Erp. Im weiteren Umkreis gelegene, vergleichbare Entsorgungsstandorte sollten für die Frage der Entsorgungsbedarfs sowie der damit verknüpften Standortgünstigkeit außer Betracht bleiben. Denn sowohl der Landes- als auch der Regionalplangeber haben die bereits auf Unionsebene in Art. 16 Abs. 3 der Richtlinie 2008/98/EG („Abfallrahmenrichtlinie“) vorgesehene Zielvorgabe entstehungsnahe Entsorgung in ihre jeweiligen Festlegungen überführt und im Einzelnen ausgestaltet. Nach dem Grundsatz 8.3-4 des LEP NRW soll sich die räumliche Verteilung von Deponien an den Entstehungsschwerpunkten der zu beseitigenden Abfälle orientieren. Transportentfernungen sind möglichst zu verringern. Auch die unter Ziffer 5.3.1 des neu entstehenden Regionalplans präzisierten Ziele und Grundsätze der regionalen Raumordnung sind hiervon erkennbar geprägt. Insofern sollte bei der Beurteilung der generellen Standorteignung der Blick schwerpunktmäßig auf die lokale Entsorgungsinfrastruktur für Abfälle der bezeichneten Art gerichtet werden, anhand derer sich ein Mangel geeigneter, örtlicher Entsorgungsinfrastruktur belegen lässt (vgl. auch bei Ziffer 2.). Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit

der bereits am Standort Kall-Rinnen etablierten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung führt infolgedessen zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Überdies entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von Abbauflächen, welche im Nachgang ohnehin zu rekultivieren sind. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können. Der Verbrauch bisher ungenutzter und daher unvorbelasteter Flächen durch die Errichtung eines vollständig neuen Abfallwirtschaftsbetriebs einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann insoweit nicht planerisches Ziel sein und ist mit dem hiesigen Vorhaben auch nicht verbunden. Dies bestätigen die - für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen - Festlegungen in Plansatz 8.3 1 "Ziel Standorte für Deponien" des LEP NRW. Wie unter Ziffer 1.2 dargestellt, muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW). Vorliegend kann dieser Gedanke auch auf die Folgenutzung von Abgrabungen als Deponien übertragen werden. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Kall-Rinnen offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des BSAB steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern.

2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Textteil und Erläuterungen des im Entstehen begriffenen Planentwurfs, Stand Oktober 2024, enthalten wie bereits ausgeführt im Kapitel 5.3.1 die Kriterien, welche unter dem Aspekt der Raumordnung die Erschließung neuer Deponiestandorte einhegen. Demnach sind bei der Standortplanung im Ausgangspunkt Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen. Davon ausgehend, dass es sich bei dem projektierten Vorhaben um eine „raumbedeutende“ Neuplanung handelt (vgl. bei Ziffer 1.2), stellt die Erläuterung 2 zu Ziel Z.42 des Regionalplans die „Bedarfsanalyse“ als entscheidenden Faktor heraus, um zukünftigen Nutzungskonflikten und damit in Zusammenhang stehenden Belästigungen vorzubeugen. Bereits im Jahr 2014 hat eine im Auftrag Landesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sachverständig durchgeführte Studie auf Seite 96 zusammengefasst festgehalten, dass „neue Deponievolumina bereits kurz- bis mittelfristig notwendig werden“. Im Einzelnen wurde herausgestellt, dass „selbst bei Umsetzung aller bekannten Planungen für neue DK I-Deponien bzw. Deponieabschnitte [...] die Volumina in den einzelnen Regierungsbezirken für lediglich drei Jahre [ausreichen]. [...] Vor allem im [...]

Südosten des Landes Nordrhein-Westfalen zeichnen sich zu geringe DK I-Deponiekapazitäten ab. Unter Berücksichtigung der Zeiträume für die Realisierung neuer Deponien bzw. Errichtung oder Wiederinbetriebnahme vorhandener Deponien (etwa 10 Jahre) wird deutlich, dass bereits [zu diesem frühen Zeitpunkt] weitere DK I-Deponieplanungen notwendig werden“. Dieser Entwicklung wurde im Folgenden nicht Rechnung getragen. Insbesondere die stetige Verschärfung von Grenzwerten und die damit einhergehende Ausweitung bürokratischer Hürden haben im Gegenteil dazu beigetragen, dass gerade der Bedarf an Deponieflächen für mineralische Abfälle fortbesteht. Nach Angaben des statistischen Bundesamts werden mehr als die Hälfte der zurzeit betriebenen Deponien bis 2032 ihre vorgesehene Betriebsdauer erreichen, die verbleibende Deponiekapazität somit um etwa ein Drittel zurückgehen, sofern nicht bestehende Deponien vergrößert bzw. neue Deponieflächen geschaffen werden. Zu den gleichen Resultaten kommt ein vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen am 26.07.2018 vorgelegter Abfallwirtschaftlicher Fachbeitrag zum neu zu fassenden Regionalplan auf den Seiten 29 ff. Zuletzt haben vor allem die durch Ersatzbaustoff- und Bundesbodenschutzverordnung zum 01.08.2023 eingeführten, allgemeinverbindlichen Regelungen zum Umgang mit mineralischen Abfällen zu einer nennenswert erhöhten Inanspruchnahme bestehender Deponien geführt. Eine aktuelle Umfrage von vier Bau- und Recyclingverbänden unter den Mitgliedsunternehmen kommt insoweit zu dem Ergebnis, dass 42 Prozent der Betriebe infolge der geänderten Gesetzeslage die Wiederaufbereitung mineralischer Abfälle zugunsten einer Beseitigung durch Deponierung zurückfahren. Hierüber berichteten zuletzt selbst große Medienhäuser. Die infolge dieser Umstände gegenwärtig hohe Nachfrage nach Ablagerungsflächen für mineralische Abfälle wird daher in absehbarer Zeit weiter zunehmen, was die in Plansatz 5.3.1 des Regionalplans geregelte Zielvorgabe langfristiger Sicherung von Deponiestandorten mit besonderer Dringlichkeit unterstreicht. Diese, durch eine erhebliche Nachfrage geprägte, allgemeine Bedarfslage bestätigt sich auch mit Blick auf die am Vorhabenstandort vorhandene Entsorgungsinfrastruktur. Die derzeitige „Unerschlossenheit“ des hier gegenständlichen Entsorgungsgebiets lässt sich insbesondere dem o.g. Abfallwirtschaftlichen Fachbeitrag entnehmen: Die einzige im südöstlichen Teil des Regierungsbezirks befindliche „raumbedeutsame“ Deponie („Zentrale Mülldeponie Mechernich“) befand sich nach den dortigen Ausführungen bereits im Jahr 2018 in der Stilllegungsphase im Sinne von § 10 der Deponieverordnung („DepV“). Sie wird mithin langfristig nicht weiter betrieben. Gleichzeitig sieht die Neufassung des Regionalplans, wie auch der zitierte Fachbeitrag auf den Seiten 37 ff. unmissverständlich klarstellt, für das betreffende Gebiet keinen anderen Deponiestandort der Klassen I bis III vor. Der gesamte Kreis Euskirchen, die westlich an diesen anschließende Städteregion Aachen sowie die in unmittelbarer Nähe gelegene westliche Hälfte des Rhein-Sieg-Kreises sowie die ebenfalls in kurzer Zeit erreichbare kreisfreie Stadt Bonn verfügen damit über keine Deponie zur Ablagerung mineralischer Abfälle, soweit sie nach Maßgabe der obigen Erwägungen überhaupt in die Betrachtung der lokalen Versorgungsstruktur mit einzubeziehen sind. Damit liegt auch die nächstgelegene „raumbedeutsame“ Deponie („Gewerbeabfalldeponie Rhiem“) außerhalb der Grenzen des Kreises Euskirchen,

sodass ein unmittelbarer – überregionaler und lokaler – Bedarf an der Erschließung eines neuen „raumbedeutsamen“ Deponiestandorts besteht, welcher insbesondere kreisansässigen Abfallerzeugern offen steht. Auch unter dem Aspekt der – unionsrechtlich vorgegebenen – Entsorgung in unmittelbarer Nähe des Entstehungsorts der (mineralischen) Abfälle erscheint eine entsprechende Ertüchtigung des Standorts Kall-Rinnen naheliegend und sinnvoll. Neben dem „Bedarfskriterium“ wird in Ziff. 3 dargelegt, dass potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt. Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standortes und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Kall-Rinnen gering ist. Dabei ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass das Vorhaben den im Regionalplan festgelegten Grundsatz G.69 vollumfänglich umsetzt. Dieser Grundsatz gibt dem Plangeber auf, bei Standortplanungen für Abfalldeponien vorrangig bereits vorbelastete Flächen zu berücksichtigen, wozu nach den diesbezüglichen Erläuterungen insbesondere Bereiche zählen, die bereits für Bergbau- oder Rohstoffgewinnung in Anspruch genommen wurden. Da mit dem Vorhaben die Folgenutzung einer Abgrabung („Steinbruch“) beabsichtigt ist, erscheint der Standort auch in dieser Hinsicht als besonders geeignet. Zudem trägt dieser Umstand entscheidend dazu bei, bodenrechtliche Nutzungskonflikte auf ein absolutes Minimum zu verringern. Zusätzlich wird bereits ein Gestaltungskonzept für die Rekultivierung dargestellt, mit welchem den Anforderungen der Landschaftsentwicklung Rechnung getragen wird. In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen. Beeinträchtigungen von gegenüber Immissionen empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen“ sind nicht zu erwarten. Eine immissionschutzrechtliche Betrachtung der genehmigten Abbautätigkeit wurde bereits im Rahmen des vorangegangenen Verfahrens zur Genehmigung des Steinbruchs Taubeneberg durchgeführt. Am westlichen Rand des Steinbruchs wurde eine Verwallung angelegt, welche das Vorhaben abschirmt. Im Rahmen des Genehmigungsantrags können Emissionsprognosen betreffend Lärm und Staub erstellt werden, um den Nachweis zu erbringen, dass die gesetzlichen Grenzwerte auch im Rahmen des geplanten Vorhabens vollumfänglich eingehalten werden können. Insgesamt wird deutlich, dass der Standort Kall-Rinnen für die Ertüchtigung zu einer sogenannten Mineralstoffdeponie regionaler bzw. überregionaler Bedeutung in idealer Weise geeignet ist, insbesondere einem derzeitigen Bedarf nach Entsorgungsinfrastruktur abhelfen und Engpässen in der langfristigen Sicherung lokaler Entsorgungsmöglichkeiten damit vorbeugen würde.

3. FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Das Vorhabensgebiet befindet sich vollumfänglich auf dem Gebiet der

Gemeinde Kall. Der Steinbruch Taubenberg wird vollumfänglich von der Darstellung "Fläche für (genehmigte) Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Vorranggebiete)" erfasst. Im Flächennutzungsplan der Gemeinde Kall wird der Steinbruch Taubenberg teilweise als "Fläche für Wald" und teilweise als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt.

[Abbildung]

4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

4.1 Aktueller Zustand und Erschließung

Aktuell wird im genehmigten Steinbruch Taubenberg, Gemeinde Kall, Gemarkung Sötenich, [ANONYMISIERT] Kalkstein abgebaut. Nach fachgutachterlicher Bewertung beläuft sich das restliche Abbauvolumen im Taubenberg Nord noch auf ca. 7 Mio. Tonnen Kalkstein. Hiervon können voraussichtlich ca. 70-80 % aus Qualitätsgründen vermarktet werden. Der komplette Abbau des vorhandenen Materials dürfte noch etwa 15-20 Jahre in Anspruch nehmen. Vor der jeweiligen Abbauwand werden zur Veredelung der gewonnen Rohstoffe eine Siebmaschine und ein Brecher betrieben. Die Zufahrt zu dem Steinbruch Taubenberg erfolgt über den asphaltierten Flurweg [ANONYMISIERT] bis auf die K 60. Der Verlauf der Zufahrt wird in der nachfolgenden Abbildung 4 als orange Linie dargestellt. Diese Zufahrt soll auch weiterhin genutzt werden.

[Abbildung]

4.2 Betriebsablauf

Die Rohstofflagerstätte liegt im Bereich der Sötenicher Kalkmulde auf einer flachwelligen Hochfläche, welche im Zuge von verschiedenen tektonischen Bewegungen entstanden ist. Die Geländehöhen im Bereich des Vorhabensgebiets liegen zwischen 460 mNHN im Norden/Nordosten und 500 mNHN im Westen/Südwesten. Die maximale Gewinnungssohle des Steinbruchs liegt bei 410 mNHN. Im Rahmen der bereits genehmigten Rohstoffgewinnung kann somit Kalkstein mit einer Mächtigkeit von 50 bis 90 m abgebaut werden. Die Rohstoffgewinnung erfolgt ausschließlich im Trockenabbauverfahren. Es erfolgt keine Freilegung von Grundwasser. Der gemäß Deponieverordnung geforderte Mindestabstand zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand +1 m wird im Genehmigungsverfahren überprüft und zur Festlegung der Deponiesohle zugrunde gelegt. Falls es aus wasserrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte, könnte das Planum der Deponie mit sauberem Bodenmaterial angefüllt und weiter angehoben werden. Nach vorläufiger Auswertung kann davon ausgegangen werden, dass der gesamte durch Rohstoffgewinnung hergestellte Hohlraum mit mineralischen Abfällen aufgefüllt werden kann. Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 1 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Kalksteingewinnung- auf der nördlichen Fläche des Steinbruchs Taubenberg. Die Einrichtung der Mineralstoffdeponie nach Deponieverordnung erfordert zuvor mindestens eine Teil-Entlassung des Steinbruchs aus dem Bundes-Immissionsschutzrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen

(u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, und Oberflächenentwässerung und Oberflächenabdichtung).

Gegenüber der Rohstoffgewinnung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer Gewinnungsfläche
- Anpassung des Ablaufs der genehmigten Rekultivierung des Steinbruchs an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung. Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengespeichert und fachgerecht entsorgt. Das Deponat wird in Abhängigkeit von der jeweiligen Deponieklasse mit einer Oberflächenabdichtung versehen. Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht. Nach der Rekultivierung kann das auf der Oberfläche anfallende Wasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht werden.

4.3 Überschlägige Angabe zur Verfüllmenge

Nach vorläufiger Einschätzung der Firma Kalksteinwerke Kall ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 500.000 t pro Jahr zu rechnen ist. Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von etwa 11 bis 13 Mio t umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 22 bis 26 Jahren beanspruchen.

4.4 Belastungen von Wohngebieten

Nordwestlich des Vorhabensgebiets liegt die Ortschaft Rinnen. Der Steinbruch liegt auf einer Hochfläche, in Richtung der Ortschaft Rinnen fällt das Gelände deutlich ab. Die kürzeste Entfernung zwischen dem Vorhabensgebiet und den Wohngebieten der Ortschaft Rinnen beträgt etwa 220 m bis 230 m. Im Rahmen der Zulassung des Steinbruchs Taubenberg wurden die immissionschutzrechtlichen Vorgaben bezüglich der Rohstoffgewinnung bereits überprüft. Fachgutachten haben ergeben, dass der Steinbruchbetrieb unter Einhaltung der zulässigen Grenzwerte zulässig ist. Im Rahmen des jetzigen Betriebs erfolgt zunächst der Abbau auf der nördlichen Teilfläche. Von dort aus erfolgt der Abbau grundsätzlich in südöstliche Richtung. Der Abbau rückt stetig von der Ortschaft Rinnen ab. Die geplante Verfüllung in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgt erst nach dem Abbau. Der Steinbruch Taubenberg liegt innerhalb eines Waldgebiets. Der Steinbruch Taubenberg wird durch die bestehenden Waldflächen optisch abgeschirmt und ist von der Ortschaft Rinnen ausgehend nicht direkt einsehbar. Im Rahmen des späteren Zulassungsverfahrens ist nachzuweisen, dass die gesetzlich erforderlichen Grenzwerte betreffend Immissionen an den relevanten Immissionsorten eingehalten werden. Falls eine gutachterliche Bewertung zu dem Ergebnis kommt, dass emissionsmindernde Maßnahmen erforderlich sind, wären verschiedene Maßnahmen denkbar. Auf den Randstreifen der Deponie könnten zusätzliche Verwallungen in Form von Lärmschutzwällen angelegt

werden, um den Ortsrand gegen Lärmimmissionen und Staubimmissionen abzusichern. Ausgehend von den Charakteristika des Vorhabens und der Möglichkeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen, kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführung des Vorhabens unter Einhaltung der erforderlichen Grenz- und Richtwerte grundsätzlich möglich ist.

4.5 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus müssen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs des Steinbruchs, nach einem Gesamtkonzept sicherzustellen. Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln, (Bekanntmachung von Oktober 2024), auf der gesamten Fläche des zukünftigen BSAB das Rekultivierungsziel "Schutz der Natur" fest. Für kleinere Teilflächen im nordöstlichen Bereich des Vorhabensgebiets wird das Rekultivierungsziel "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung" festgelegt.

Eine Festlegung als Deponiestandorts würde diesen Rekultivierungszielen nicht entgegen stehen. Die Rekultivierung des Deponiekörpers kann, ebenso wie die bereits genehmigte Rekultivierung des Steinbruchs Taubenberg, an den im Regionalplan genannten Rekultivierungszielen ausgerichtet werden kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

4.5.1 Rekultivierung wie genehmigt

Im Rahmen der Rekultivierung ist die Entwicklung eines vielfältigen Biotopkomplexes vorgesehen. Die Randbereiche des Steinbruchs sind mit heimischen Gehölzen zu bepflanzen, im zentralen Bereich sind nährstoffarme Sukzessionsflächen auf Gesteinsböden anzulegen. Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet.

[Abbildung]

4.5.2 Gesamtkonzept der Rekultivierung unter Berücksichtigung einer Mineralstoffdeponie

Es bestehen mehrere Möglichkeiten, um den Anforderungen an eine fachgerechte Rekultivierung am Standort gerecht zu werden.

Im vorliegenden 2. Planentwurf des Regionalplans wird Bezug genommen auf die Rekultivierung von Deponiebereichen: "Die Festlegung Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldéponie überlagert die jeweilige regionalplanerisch beabsichtigte und anzustrebende Folgenutzung. Die festgelegte Folgenutzung richtet sich ausschließlich an die abschließende

Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung und steht der vorlaufenden Abfallentsorgung oder deren Wiederaufnahme nicht entgegen. Die Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung von Deponien jeglicher Art hat sich in die umgebende Raumstruktur einzufügen. (vgl. Kapitel 5.3.1 Deponie, Z 43, Erläuterung 1)." Unter Berücksichtigung der Raumstruktur in Form von Waldflächen wäre es denkbar, die befüllte Deponie mit Wald zu bepflanzen. Mit dieser Art der Rekultivierung würde der Darstellung im Regionalplan als Fläche für "Waldbereiche" Rechnung getragen. Um zu verhindern, dass die Oberflächenabdichtung durch Wurzeln beeinträchtigt wird, könnte eine mehrere Meter mächtige Rekultivierungsschicht aufgetragen werden. Aufgrund der großen Abbautiefe von 60 bis 90 m wäre eine mehrere Meter mächtige Rekultivierungsschicht auch aus wirtschaftlicher Betrachtungsweise vertretbar, da weiterhin eine sehr große Verfülltiefe zur Verfügung steht. Die Details können im Vorfeld des Zulassungsverfahrens mit allen Beteiligten abgestimmt werden. Falls auf der Deponie keine größeren Gehölze angepflanzt werden sollen, wäre es ebenso möglich, eine halboffene Oberfläche, bestehend aus einer Gras- und Krautflur anzulegen und auf Teilflächen ausgewählte flachwurzelnde Gehölze in kleineren Gruppen anzupflanzen. Es wäre möglich, großflächig Gesteinsbiotope aus Vorsieb oder nicht verwertbaren anderen Überresten aus der Kalksteingewinnung anzulegen, die typischen Elemente des Steinbruchs auch im Rahmen einer Deponierekultivierung auf Teilflächen zu erhalten. Die Gesteinsflächen könnten als Bestandteil der Rekultivierungsschicht angelegt werden und wertvollen Lebensraum für viele spezialisierte Tier- und Pflanzenarten bieten. Die angeregte Deponie bezieht sich auf den nördlichen Teil des Steinbruchs Taubenberg. Unter Berücksichtigung der aktuellen Genehmigung würde der südliche Teilbereich des Steinbruchs weiterhin als offener gelassener Steinbruch rekultiviert werden. Insofern werden am Standort weiterhin in einem großen Umfang nährstoffarme Sukzessionsflächen auf Gesteinsböden vorhanden sein.

5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

5.1 Standortvoraussetzungen

Grundvoraussetzung für Errichtung und Betrieb einer Deponie ist, dass die in Anhang 1 zur DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte erfüllt sind. Anhang 1 zur DepV sieht mit Blick auf die Standorteignung in Ziffer 1.1 folgende Kriterien vor: "Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 12 Abs. 2 des KrWG durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:

1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstands der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,
2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,
3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebau-

ungen, Erholungsgebieten,
4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen,
Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,
5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."

Diese Anforderungen sind am Standort Kall-Rinnen grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten.

Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der teilweise durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Mit Ausnahme des Landschaftsschutzgebiets sind keine weiteren Schutzgebiete unmittelbar betroffen.
- Ein fachgerechter Umgang mit (schutzwürdigen) Böden wird bereits im Rahmen der Gewinnungstätigkeit geregelt.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist anzunehmen.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und fachgerecht entsorgt werden. Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Ver-ehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort sehr gute Eigenschaften.

5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

keine EU-Vogelschutzgebiete
keine Naturdenkmäler
keine Geschützten Landschaftsbestandteile
keine Alleen
keine Wasserschutzgebiete
keine Überschwemmungsgebiete

5.3 Schutzgebiete und Schutzansprüche im Vorhabensgebiet

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet
- Schutzwürdige Böden

5.3.1 Landschaftsschutzgebiete

Mit Ausnahme der Siedlungsflächen von Rinnen, Sötenich und dem Zementwerk

südlich von Sötenich wird der gesamte Untersuchungsraum als Landschaftsschutzgebiet LSG-5405-0002 (LANUV) bzw. L 2.2.4 "Sötenicher Kalkmulde" (Landschaftsplan Kall, Kreis Euskirchen) dargestellt. Die Fläche des Vorhabensgebiets liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebiets.

[Abbildung]

Im Landschaftsplan werden der Schutzgegenstand sowie der Schutzzweck wie folgt beschrieben:

Schutzgegenstand:

"Das Landschaftsschutzgebiet umfasst den südlichen Teil der Sötenicher Kalkmulde (Kalkeifel), die von den anstehenden Kalken und Dolomiten geprägt ist. Während die breiten Sohlen der Trockentäler meist intensiv landwirtschaftlich genutzt werden, sind auf den Hangflächen oft magere Wiesen oder Aufforstungen zu finden."

Schutzzweck:

Die Schutzausweisung erfolgt:

- wegen der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der sehr abwechslungsreichen Landschaft,
- zur Erhaltung und Optimierung der landwirtschaftlich geprägten, überwiegend offenen Landschaft,
- zur Erhaltung der Gehölzstrukturen (Waldbereiche, Feldgehölze, Hecken, Baumreihen etc.) in der freien Landschaft,
- zur Erhaltung und Optimierung des Gebietes mit einzelnen in Nordrhein-Westfalen gefährdeten Biotopen,
- zur Erhaltung des z.T. mageren und artenreichen Grünlandes, vor allem im Bereich der Bergkuppen,
- zur Optimierung des Gesamttraumes für den Arten- und Biotopschutz,
- zur Erhaltung des Gebietes in seiner Funktion als Pufferzone für unter Naturschutz stehende Gebiete wie Sistiger Heide, Hänge an Urft und Gillesbach u.a.,
- zur Erhaltung und Entwicklung naturnaher Fließgewässer durch Bewahrung naturnaher Gewässerstrukturen sowie Verbesserung der Durchgängigkeit durch Beseitigung von Verrohrungen, Durchlässen und im Hauptschluss gelegenen Teichanlagen sowie Beseitigung standortfremder Gehölzbestände,
- wegen seiner Funktion als Gebiet mit einem hohen Anteil regional, aber auch landesweit bedeutsamer Biotopverbundflächen,
- zur Erhaltung und Optimierung vieler, nach § 62 des Landschaftsgesetzes NRW („LG NRW“) geschützter Biotope (Nass- und Feuchtgrünland, Borstgrasrasen, Magerwiesen und -weiden, Trocken- und Halbtrockenrasen, Wälder und Gebüsche trockenwarmer Standorte, Auwälder),
- zur Erhaltung geowissenschaftlich schutzwürdiger Objekte sowie aus Gründen des Bodendenkmalschutzes.

5.3.2 Schutzwürdige Böden

In der Karte des Geologischen Dienstes NRW werden etwa 1/3 der Fläche des Vorhabensgebiets von der Darstellung "Schutzwürdige Böden". Die

Schutzausweisung bezieht sich vorliegend auf das Biotopentwicklungspotenzial (hohe Funktionserfüllung) dieser Böden. Insofern ist die vorliegende Darstellung im Bereich der Steinbruchflächen nicht mehr aktuell.

Die als schutzwürdig ausgewiesenden Böden wurden bereits im Rahmen der Kalksteingewinnung vollständig abgetragen.

Im südwestlichen Teil des Untersuchungsraums werden schutzwürdige Böden bezüglich des Biotopentwicklungspotential (sehr hohe Funktionserfüllung) dargestellt. Diese Flächen liegen jenseits des Kuttenbachs.

[Abbildung]

Am nordwestlichen und nördlichen Rand des Untersuchungsraums werden schutzwürdige Böden bezüglich der Fruchtbarkeit (sehr hohe Funktionserfüllung) dargestellt.

5.4 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche
Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet, treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- FFH-Gebiet
- Naturschutzgebiete
- Biotopverbund
- Biotopkataster
- Gesetzlich geschützte Biotope
- Gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile
- Bau- und/oder Bodendenkmäler

5.4.1 FFH-Gebiet

Das Vorhabensgebiet und sein direktes Umfeld liegt nicht in einem Gebiet im Sinne der FFH-Richtlinie. Die bewaldeten Hänge jenseits der Urft werden als FFH-Gebiet mit der Bezeichnung DE-5405-302 "Hänge an Urft und Gillesbach, Urftaue von Urft bis Schmidtheim" ausgewiesen.

Repräsentanz des FFH-Gebiets:

"Bedeutsam sind im Gebiet die Orchideen- und Waldmeister-Buchenwälder. Aufgrund ihrer Ausbildung, Größe und Naturnähe besitzt das Gebiet landesweite Bedeutung als repräsentatives Orchideen-Buchenwaldgebiet mit seltenen und gefährdeten Arten. Die Achenlochhöhlen sind als Höhlen von hervorragender Repräsentativität einzustufen. Sie dienen 11 Fledermausarten als Winterquartier. Die Stolzenburghöhlen werden trotz ihrer geringen Größe von 7 Fledermausarten als Winterquartier genutzt und sind als Vorkommen mit sehr guter Ausbildung und guter Repräsentativität einzustufen. Die Urft wird regelmäßig von der Groppe besiedelt, feuchte Hochstaudenfluren begleiten den Flußlauf."

[Abbildung]

Entwicklungsziel des FFH-Gebiets:

"Wichtiges Ziel ist der Erhalt und die Förderung eines geschlossenen naturnahen

Buchenwaldkomplexes als Lebensraum für gefährdete Orchideenarten durch naturnahe Waldbewirtschaftung, sowie Erhöhung des Laubwaldanteils durch Umwandlung standortfremder Gehölze. Weitere vorrangige Maßnahmen sind der Erhalt der sechs Höhlen in ihrem derzeitigen Zustand und der Schutz der Fledermäuse vor möglichen Störungen. Die Urft soll mit ihrem natürlichen Verlauf als Lebensraum für die gefährdete Groppe erhalten werden."

5.4.2 Naturschutzgebiete

Im nordöstlichen Untersuchungsraums liegt das Naturschutzgebiet mit der Bezeichnung 2.1-12 "Auen und Hänge an der Urft und Gillesbach". Das Schutzgebiet orientiert sich am Verlauf der Urft und umfasst auch das zuvor genannte FFH-Gebiet. Im südlichen Untersuchungsraum ragt das Naturschutzgebiet 2.1-11 "Laubwald am Kuttenbach" ein. Das Naturschutzgebiet liegt jenseits des Kuttenbachs.

[Abbildung]

5.4.3 Biotopverbund

Die Biotopverbundfläche VB-K-5405-018 "Alte Tagebauflächen bei Sötenich" liegt südlich des Vorhabensgebiets. Das Vorhabensgebiet wird nicht von dieser Darstellung erfasst.

[Abbildung]

Im östlichen und im nordöstlichen Untersuchungsraum liegen weitere Biotopverbundflächen. Es handelt sich um feuchtegeprägte Flächen im Niederungsbereich der Urft und des Kuttenbachs.

5.4.4 Biotopkataster

Im Niederungsbereich der Urft und des Kuttenbachs werden großflächig Biotopkatasterflächen dargestellt. Eine weitere Biotopkatasterfläche liegt südwestlich des Vorhabensgebiets. Es handelt sich um einen ehemaligen und bereits rekultivierten Steinbruch.

[Abbildung]

Biotopkatasterflächen im östlichen Untersuchungsraum:

- BK-EU-00004 "Talaue der Urft von Soetenich bis zur Urftschleife"
- BK-5405-103 "Urft in Kall"
- BK-EU-00003 "Südlich exponierte Urfttalhänge um die Ruine Stolzenburg bei Urft"
- BK-EU-00001 "Kalkhänge zwischen Steinbruch bei Soetenich und NSG Stolzenburg"

Biotopkatasterflächen im südöstlichen Untersuchungsraum:

- BK-5405-0019 "Kuttenbachtal westlich Steinfeld"
- BK-5405-0004 "NSG Laubwald am Kuttenbach"

Biotopkatasterfläche im westlichen Untersuchungsraum:

- BK-5405-0020 " Perlgras-Buchenwald und Kalkmagerrasenreste"

5.4.5 Gesetzlich geschützte Biotope und gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile

Im östlichen Untersuchungsraum sind einige der Urftmäander und die bewaldeten Hänge am Rand der Urft als gesetzlich geschützte Biotope ausgewiesen (BT-5405-533-8, BT-5405-09149-2015 etc.). Südwestlich des Vorhabensgebiets sind zwei kleinflächige "Naturnahe Kalk-Trockenrasen und deren Verbuschungsstadien (Festuco brometalia)" mit Beständen bemerkenswerter Orchideen als gesetzlich geschützte Biotope (BT-5405-0254-2014 und BT-5405-0255-2014) ausgewiesen.

[Abbildung]

Der Kutenbach im südöstlichen Bereich des Untersuchungsraums ist als gesetzlich geschütztes Biotop "Fließgewässer" BT-5405-0251-2014 ausgewiesen.

Am südwestlichen Rand des Untersuchungsraums wird eine Ausgleichsfläche als gesetzlich geschütztes Landschaftsbestandteil (GGLB) dargestellt.

5.4.6 Bau- und/oder Bodendenkmäler

Im Bereich des Vorhabensgebiets sind keine eingetragenen Baudenkmäler oder Bodendenkmäler vorhanden. Im Rahmen der Rohstoffgewinnung wurde bereits die gesamte obere Bodenschicht abgetragen. Innerhalb des Untersuchungsraums sind im Ortsbereich Rinnen mehrere alte Gebäude (u.a. Fachwerkhäuser in der Holzgasse) in der Liste der Baudenkmäler der Gemeinde Kall erfasst. Bodendenkmäler sind im Untersuchungsraum nicht erfasst.

5.5 Landschaftsplan

Der Untersuchungsraum liegt innerhalb des Geltungsbereichs des rechtskräftigen Landschaftsplans 24 "Kall" des Kreises Euskirchen. Im Landschaftsplan werden neben den bereits genannten Schutzgebieten und Schutzausweisungen auch Entwicklungsziele dargestellt. Für den Steinbruch Taubenberg wird das Entwicklungsziel 1.3 "Wiederherstellung einer in ihrem Wirkungsgefüge, ihrem Erscheinungsbild oder ihrer Oberflächenstruktur geschädigten oder stark vernachlässigten Landschaft" aufgeführt. Für die bewaldeten Bereiche entlang der Urft und des Kutenbachs wird im Landschaftsplan das Entwicklungsziel 1.1-1 TR2 "Erhaltung und Entwicklung von Landschaftsräumen mit einem hohen Anteil an FFH-Gebieten, besonderer Bedeutung für den Biotopverbund und Vorkommen seltener und gefährdeter naturraumtypischer Pflanzen- und Tierarten" dargestellt.

[Abbildung]

Für den restlichen Untersuchungsraum wird das Entwicklungsziel 1.1-2 "Erhaltung einer vielfältig strukturierten Kulturlandschaft mit z.T. naturnahen Lebensräumen" dargestellt.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-375	
1029413	
1035496_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. (vgl. ID 1008714 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der</p>

wir zeigen an, dass wir in der oben genannten Angelegenheit die rechtlichen Interessen der [ANONYMSIERT] vertreten. Namens und in Vollmacht unserer Mandantin nehmen wir zu den veröffentlichten Planunterlagen für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln wie folgt Stellung:

Anlass unserer zweiten Stellungnahme ist, dass die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln auch im zweiten Entwurf die mit der 27. Änderung des Regionalplanes Köln, Teilabschnitt Region Köln auf dem Gebiet der Stadt Köln vorgenommenen Änderungen unverändert fortführt und das Grundstück unserer Mandantin als Grünfläche ausweist, obwohl diese gewerblich bebaut ist und genutzt wird. Unsere Mandantin ist bekanntlich Eigentümerin des mit einem Bürogebäude bebauten Grundstücks am [ANONYMSIERT].

Die privaten und öffentlichen Belange der betroffenen Eigentümer und Mieter werden weiterhin nicht, jedenfalls nicht hinreichend in der Abwägung berücksichtigt. Da eine vollkommen intakte Gewerbefläche als Grünfläche überplant wurde, stehen der mit diesem Planentwurf verfolgten Regionalplanung besonders gewichtige Interessen entgegen.

Zwar sind ausgeübte und bestandsgeschützte Rechte des Eigentümers nicht direkt von der Ausweisung als Grünfläche betroffen. Jedoch werden zukünftige, notwendige bauliche Veränderungen, die sich etwa aus dem Betrieb ergeben, erschwert und die Nutzungsmöglichkeiten des Eigentümers werden umfassend eingeschränkt. Zudem werden die öffentlichen Interessen der Mieterin der Technischen Hochschule Köln verkannt. Die TH Köln wird durch die Ausweisung des Regionalen Grünzugs in ihrer Tätigkeit als Teil der öffentlichen Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen erheblich eingeschränkt. Dabei ist die Verfügbarkeit von adäquaten Räumlichkeiten notwendige Voraussetzung der Erfüllung ihres öffentlichen Auftrags.

Zudem wird von Ihnen selbst in der Abwägung angeführt, dass nach § 2 Abs. 2 ROG " *die Siedlungstätigkeit räumlich zu konzentrieren und vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten*" ist. Genau um so eine vorhandene Siedlung an einem zentralen Ort handelt es sich bei dem Grundstück unserer Mandantin, welches mitten im südlichen städtischen Bereich von Köln liegt. Deswegen widerspricht es diesem Grundsatz bereits vorhandene Siedlungen, die eine feste Siedlungsstruktur aufweisen, als Grünfläche auszuweisen und damit die vorhandene Besiedelung an einen anderen Ort zu verdrängen. Dies

wird auch verdeutlicht durch die entgegenstehende Landesplanung nach 2-3 LEP. Danach steht das Gebiet vorrangig der Siedlungsfunktion zur Verfügung. Dem widerspricht die Ausweisung als Grünbereich und verletzt damit höherrangige Planung und anerkannte Planungsgrundsätze.

Darüber hinaus befinden sich in der unmittelbaren Umgebung nicht nur zahlreiche Gewerbe- und Bürogebäude, sondern das Grundstück befindet sich faktisch mitten in der Stadt. Daher ist nicht nachvollziehbar, warum die Vermeidung von Splittersiedlung als Abwägungsgrund an dieser Stelle angeführt wird. Das ist grob abwägungswidrig.

Fraglich ist ebenfalls, warum eine *"nachteilige (Weiter-)Entwicklung der Siedlungsstruktur zu Lasten der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Freiraumes und des Landschaftsbildes"* an dieser Stelle zu befürchten ist. Diese Feststellung ist willkürlich und durch nichts begründet. Direkt nördlich grenzt der Friedenspark jenseits des Bahndamms an das Grundstück unserer Mandantin an. Hierbei handelt es sich um eine räumlich ausgedehnte bestehende Grünanlage, die die Funktion- und Leistungsfähigkeit des Freiraums gewährleistet. Der Friedenspark verhindert ebenfalls, dass es zu einer Fragmentierung oder Unterbrechung eines bedeutsamen Freiraumzusammenhangs kommt und sichert die Freiraum Funktion (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ausreichend ab. Das verkennt die Planung.

Hinzu kommt, dass von der Bebauung an der Rheinuferstraße allein das Grundstück unserer Mandantin überplant wird. Die Planung diskriminiert unsere Mandantin, indem sie ihr Grundstück entwertet und sämtliche anderen Grundstücke und damit deren Eigentümer verschont. Sachliche Gründe für diese Ungleichbehandlung unserer in Berlin angesiedelten Mandantin sind weder dargetan noch ersichtlich. Es drängt sich angesichts dessen die Frage auf, ob die Eigentümerstruktur bei der Auswahl des Bereichs, in dem man den Grüngürtel an die Rheinuferstraße heranziehen will, ausschlaggebend war.

Die Planung ist insgesamt fragwürdig. An der Rheinuferstraße und südlich der Eisenbahnbrücke, wo die Nord-Süd-Stadtbahn die Rheinuferstraße quert, stößt der Grüngürtel nach der Planung auf eine der meistbefahrenen Verkehrsachsen für Kraftverkehr und Straßenbahn in Köln. Diese Nutzungen sind völlig unverträglich und werfen nicht auflösbare Konflikte aus. Der bestehende Puffer durch die Bestandsbebauung ist planerisch notwendig.

Dem Ziel einer Vollendung des Grüngürtels wird insgesamt eine absolute Vorrangstellung allein zulasten unserer Mandantin eingeräumt. Die Planung stellt insgesamt groben einen Verstoß gegen das Abwägungsgebot nach § 7 Abs. 2 ROG und einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Gleichheitsrechte und das Eigentum unserer Mandantin dar und steht nicht im Einklang mit den Vorgaben des Landesentwicklungsplans.

[ANONYMSIERT]

Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-M-2-376	
1029415	
1035507_001	
<p>Inhalt</p> <p>gerne nehmen wir die Gelegenheit, zum zweiten Planentwurf der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln Stellung zu nehmen, wahr.</p> <p>Wir begrüßen den zweiten Entwurf, soweit er die Flächen unserer bestehenden Abgrabung in Heinsberg-Himmerich, deren Erweiterung sich derzeit im Abgrabungsgenehmigungsverfahren befindet, als Standort für eine Deponie festlegt.</p> <p>Diese Festlegung entspricht weitgehend unserer Anregung von August 2022 und unterstützt unser Vorhaben, nach Abschluss der Gewinnung von Kies und Sand eine Mineralstoffdeponie der Klasse 0 zu errichten und zu betreiben.</p> <p>Wir halten es gleichwohl vorsorglich für erforderlich, auf zwei Aspekte einzugehen, die den Standort betreffen und Anpassungen des Regionalplans erfordern.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung erklärt und darüber hinaus auf Bedenken oder Anregungen in der weiteren Stellungnahme verwiesen.</p>

Inhalt**A. Stellungnahme der Stadt Heinsberg**

Die Stadt Heinsberg lehnt die Festlegung des Standorts für die Deponie in ihrer Stellungnahme ab. Die Bedenken der Stadt Heinsberg sind unbegründet bzw. gehen ins Leere.

Die Stadt Heinsberg hat zur Vorbereitung der Sitzung ihres Planungs-, Umwelt- und Verkehrsausschusses (im Folgenden: Planungsausschuss) am 12.11.2024 auf ihrer Internetseite eine Unterlage mit der Bezeichnung

"Tabelle zur Stellungnahme der Stadt Heinsberg zum zweiten Planentwurf der Regionalplanneuaufstellung für den Regierungsbezirk Köln"

veröffentlicht. Auf der letzten Seite heißt es:

"Im ersten Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplanes war lediglich eine BSAB-Darstellung enthalten. Nunmehr ist zusätzlich ein Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie dargestellt. Diese Darstellung als Abfalldeponie wird aufgrund von zu erwartenden zusätzlichen Immissionsbelastungen durch Anlagenteile und Verkehrsbelastungen durch an- und abfahrende LKW zurückgewiesen."

In der Sitzung vom 12.11.2024 fasste der Planungsausschuss den Beschluss, die vorbereitete Stellungnahme im obigen Wortlaut abzugeben.

Die Bedenken der Stadt Heinsberg sind **unbegründet**, weil im Rahmen der Errichtung und des Betriebs einer Mineralstoffdeponie der Klasse 0 keine zusätzlichen Immissionsbelastungen durch Anlagenteile und durch an- und abfahrende LKW zu erwarten sind.

Die Planung für unseren Standort in Heinsberg-Himmerich sieht nach Abschluss der Gewinnung der anstehenden Kiese und Sande die vollständige Verfüllung der entstandenen Grube mit geeignetem Bodenmaterial vor. Neben einer entsprechenden Rekultivierungsplanung schließt auch der beim Kreis Heinsberg anhängige Antrag auf Erweiterung der Abgrabung entsprechende aktuelle Immissionsprognosen zu Lärm und Staub ein.

An der Immissionsbelastung ändert sich nichts, wenn unser Unternehmen anstelle des zur Verfüllung der Grube geeigneten Bodenmaterials in entsprechender Menge Deponat einsetzt. Denn für den Einbau der erforderlichen Materialmengen dürften LKW-Verkehre in gleicher Häufigkeit zu erwarten sein. Es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die Immissionsbelastung im Falle der Nutzung der Grube als Deponie der Klasse 0 über das Maß hinausgehen könnte, das im Rahmen der

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zu nachgeordneten Planungen gegeben bzw. wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.

Abgrabungsgenehmigung ohnehin geplant ist.

Auch jenseits der - im Ergebnis zu verneinenden - Frage, ob bei einer Deponie quantitativ mehr an- und abfahrende LKW zu einer höheren Immissionsbelastung führen, ist auch nichts für eine qualitativ höhere Immissionsbelastung ersichtlich. Denn unser Unternehmen errichtet für die Abgrabungserweiterung zugunsten einer konfliktfreien Erschließung eine neue Zufahrt. Die Planung der neuen Zufahrt erfolgt in Abstimmung mit der Stadt Heinsberg und ist Gegenstand eines städtebaulichen Vertrags. Sie schließt u. a. einen begrünten Lärmschutzwall zur Abschirmung der Wohngebäude im Bereich der Ortslage Himmerich ein. Diese neue Zufahrt käme einer Deponie der Klasse 0 gleichermaßen zugute.

Bei Bedarf ließen sich im Zulassungsverfahren für die Deponie die für das Abgrabungsgenehmigungsverfahren vorliegenden Immissionsprognosen ergänzen und/ oder aktualisieren.

Die ablehnende Position der Stadt Heinsberg ist ungeachtet ihrer Abstraktheit nach alledem nicht nachvollziehbar.

Inhalt

B. Festlegung für den Standort einer Abfallbehandlungsanlage

Wir erhalten unsere Anregung zur **zeichnerischen Festlegung** eines Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage vom August 2022 aufrecht, um insbesondere die erforderliche Rechts- und Planungssicherheit für unser Unternehmen zu erlangen. Ohne die angeregte zeichnerische Festlegung des Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage ("Sicherung") könnte die Notwendigkeit bestehen, dass trotz der Vorgaben im LEP NRW zur Zulässigkeit solcher Anlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden sollen, die Zulassungsfähigkeit erst nach Durchführung eines Regionalplanänderungsverfahrens mit dem Ziel der zeichnerischen Festlegung des Standorts besteht. Denn der Träger der Bauleitplanung unterliegt ansonsten keiner Anpassungspflicht.

Zur Vermeidung von Wiederholungen machen wir uns die Ausführungen in unserer Anregung vom August 2022 vollinhaltlich zu Eigen.

Die Festlegungen des zweiten Planentwurfs zu Standorten für Abfallbehandlungsanlagen stehen mit den einschlägigen Vorgaben des Landesplanungsrechts nicht in Einklang (dazu unter B.I.), erfüllen nicht die Anforderungen an Festlegungen mit dem Verbindlichkeitsanspruch von Zielen der Raumordnung (dazu unter B.II. und B.IV.), lassen sich nicht als Ergebnis einer sachgerechten Abwägung bewerten (dazu unter B.III.) und verschlechtern die bisherige Position der Planbetroffenen ohne sachliche Rechtfertigung (dazu unter B.V.). Sie sind unwirksam.

I. Landesplanerische Vorgaben (LEP NRW)

Die Konzeption des zweiten Planentwurfs in Plansatz "Z44" unter "5.3.2 Abfallbehandlung", Standorte für Abfallbehandlungsanlagen erst ab einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder von "regionaler Bedeutung" zeichnerisch festzulegen, steht mit verbindlichen Vorgaben des Landesplanungsrechts nicht in Einklang. Denn die Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen ist wegen landesplanerischer Zielvorgaben - jedenfalls bei einem Verbund mit Abfalldeponien - nicht verzichtbar.

Der LEP NRW gibt der Regionalplanung vor, Standorte für Deponien zu "sichern" (vgl. Plansatz "8.3-1 Ziel" LEP NRW).

Hinsichtlich neuer Abfallbehandlungsanlagen bedarf es einer solchen Sicherung der Standorte nicht, weil sie nach der Konzeption des LEP NRW "innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zu errichten" sind (vgl. Plansatz 1 "8.3-2 Ziel" LEP NRW). Diese Rechtsfolge

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1002673_001 1. Offenlage) und um weitere Aspekte hinsichtlich der Festlegung einer Abfallbehandlungsanlage ergänzt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Abfallbehandlungsanlagen sind gemäß LEP NRW 8.3-2 Ziel innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zu errichten. Hiervon ausgenommen sind Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden. Für die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden, ist demnach kein regionalplanerisch festgelegter GIB erforderlich. Diese sind auch außerhalb der GIB im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zulässig. Landesplanerische Vorraussetzung ist der Verbund mit einer Deponie. Ein Festlegungserfordernis bzw. ein Sicherungsauftrag durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan ergibt sich hieraus nicht.

Der Regionaplan konkretisiert die Vorgaben des LEP NRW mit Z.44 "Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern" und Z.45 "Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträglich steuern". Z.44 legt fest, dass die Standorte die als GIB mit der Zweckbindung Abfallbehandlungsanlagen als Vorranggebiet gesichert werden. Aus den Erläuterungen zu Z. 44 ergibt sich für welche Standorte - entsprechend dem Plankonzept des Regionalplans - eine regionalplanerische Sicherung erfolgt. Für Abfallbehandlungsanlagen die im Verbund mit Deponien betrieben werden, erfolgt im Einvernehmen mit dem LEP NRW explizit keine gesonderte Festlegung. Dabei kommt es auf die Flächeninanspruchnahme oder regionalen Bedeutung dieser Anlagen nicht an. Z.45 stellt, wie auch Ziel 8.3-2 LEP NRW, auf neue Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art ab. Dabei werden die Standortanforderung des LEP NRW aufgenommen und insbesondere hinsichtlich des

ergibt sich für genehmigungspflichtige Vorhaben aus dem geltenden Planungsrecht in seiner Auslegung durch die höchstrichterliche Rechtsprechung. Der LEP NRW referiert insoweit nur die Rechtslage, ohne der nachgeordneten Regionalplanung - wie bei Deponien - eine Sicherung der Standorte vorzugeben.

Von dieser allgemeinen Rechtslage macht der LEP NRW jedoch eine Ausnahme für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien (vgl. Plansatz 2 "83-2 Ziel" LEP NRW):

"Hiervon ausgenommen sind Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden."

Die Wendung "Hiervon ausgenommen" lässt sich sinnvoll nur auf das Erfordernis der Sicherung durch zeichnerische Standortfestlegung im Regionalplan beziehen, nicht hingegen auf die vorangehende Beschreibung der Rechtsfolgen zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen in GIB. Da die Rechtsfolge bei Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien nicht feststeht, verlangt der LEP NRW, dass Standorte für Abfallbehandlungsanlagen, die außerhalb der GIB im Verbund mit Deponien betrieben werden - ebenso wie Deponien - durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan zu sichern sind. Nur so lässt sich auf der Ebene der nachgeordneten Bauleitplanung auch die konkret standortbezogene Anpassungspflicht begründen, die sicherstellt, dass die landesplanerisch anerkannten Vorteile der "Integration von Behandlungsanlagen in Deponiestandorte" u. a. hinsichtlich einer geringeren Umweltbelastung erreichbar sind (vgl. die Erläuterung zu Plansatz "8.3-2 Ziel" LEP NRW).

Die Regionalplanung darf also nicht darauf verzichten, Standorte für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien durch entsprechende zeichnerische Festlegungen zu sichern.

Der im zweiten Planentwurf ausdrücklich erklärte Verzicht auf die zeichnerische Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien ist mit den Vorgaben des LEP NRW nach alledem unvereinbar. Zwar soll der Verzicht im Allgemeinen auf Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne "regionale Bedeutung" bezogen sein. Er gilt aber gerade "auch, wenn Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit einer Abfalldeponie betrieben werden" (vgl. Erläuterung 1 zu Plansatz "744" unter "5.3.2 Abfallbehandlung").

Die Sicherung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien wäre unter Verwendung des im zweiten Planentwurf auch erwähnten 'vorhabenbezogenen Planzeichens' in der Form des Plansymbols "Abfallbehandlungsanlage" möglich (vgl. ebenda).

II. Anforderungen an Ziele der Raumordnung I

Die Festlegungen zu Abfallbehandlungsanlagen im zweiten Planentwurf erheben ausweislich ihrer Bezeichnung als Ziele der Raumordnung den Anspruch auf Letztverbindlichkeit (vgl. zur Abkürzung von Zielen ("Z") und Grundsätzen ("G") u. a.

Kriteriums "Verbund mit Deponien" räumlich und zeitlich konkretisiert. Eine Klarstellung, dass es bei der Zulässigkeit von Abfallbehandlungsanlagen die im Verbund mit Deponien im regionalplanerischen Freiraum nicht auf die Flächeninanspruchnahme und/oder ihre regionalen Bedeutung ankommt, ist nicht erforderlich.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

das "Verzeichnis der Ziele und Grundsätze").

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (vgl. § 3 Abs.1 Nr. 2 ROG). Festlegungen mit der Verbindlichkeit von Zielen der Raumordnung müssen im Rahmen der Rechtsanwendung auf den nachfolgenden Planungsebenen ohne planerische Abwägung vollziehbar sein.

Mit diesen Anforderungen steht nicht in Einklang, dass sich wesentliche inhaltliche Beschränkungen der textlichen Festlegung auf eine Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne "regionale Bedeutung" nur aus den Erläuterungen ergeben (vgl. Erläuterung 1 zu Plansatz "Z44" unter "5.3.2 Abfallbehandlung"). Sie schränken die Aussage der textlichen Festlegung erheblich ein, ohne selbst Verbindlichkeit zu entfalten, eine Begründung zu liefern oder abstrakte Kriterien mit hinreichender Bestimmbarkeit für die Rechtsanwendung festzulegen (vgl. OVG Münster, Urteil vom 21.03.2024, Az.:11 D 133/20.N E, Textabsatz 403).

Unter dem Aspekt der Bestimmtheit mag einstweilen dahinstehen, welche Voraussetzungen für eine 'regionale Bedeutung' im Sinne der Erläuterung erfüllt sein müssten, und ob und wie sich die 'regionale Bedeutung' von den fachrechtlich einschlägigen gesetzlichen Voraussetzungen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen (vgl. §§1 Abs.1, 3 Abs.1 Nr. 6 ROG) oder von den Voraussetzungen für überörtliche Bedeutung (vgl. § 38 Satz 1 BauGB; vgl. a. § 21 ROG) sinnvoll abgrenzen lassen. Die Rechtsanwendung auf den nachfolgenden Planungsebenen ermöglicht der zweite Planentwurf nicht dadurch, dass er unbestimmten, nicht gesetzlichen Begriffen ('regionale Bedeutung') weitere, unbestimmte Begriffe ('lokale Bedeutung') gegenüberstellt, ohne Kriterien für die erforderliche Abgrenzung mitzuteilen.

Der zweite Planentwurf lässt auch konkret keinen Rückschluss darauf zu, aus welchen sachlichen Gründen der von unserem Unternehmen angeregte Standort für eine Abfallbehandlungsanlage nicht zeichnerisch festgelegt worden ist. Die Abwägung geht auf die von uns - unter Verwendung des einschlägigen Planzeichens - angeregte Festlegung eines Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage nicht ein (vgl. "B-3 Synopse Öffentlktpr, Seite 2.381ff., Az.: Ö-M-571 bzw. ID 1002220).

Der Grund dürfte nicht darin liegen, dass die Abfallbehandlungsanlage unseres Unternehmens aller Voraussicht nach eine Fläche von unter 10 ha beansprucht. Denn gleichwohl könnte ihr 'regionale Bedeutung' zuzuordnen sein. Allerdings ist unklar, an welchen Kriterien eine solche Zuordnung zu orientieren sein könnte. Den Erläuterungen mag sich zwar entnehmen lassen, dass der zweite Planentwurf unterstellt, eine Deponie, deren Raumbedeutsamkeit in der Regel - und auch im Fall der Deponie unseres Unternehmens -vorliegt, begründe nicht die Raumbedeutsamkeit einer im Verbund mit ihr betriebenen Abfallbehandlungsanlage. Einen sachlich tragfähigen Grund teilt der zweite Planentwurf aber nicht mit. Ein solcher Grund ist auch nicht ersichtlich, weil sich bei unbefangener Betrachtung auch das Gegenteil behaupten ließe, dass nämlich eine raumbedeutsame Deponie einer mit ihr im

Verbund betriebenen Abfallbehandlungsanlage Raumbedeutsamkeit vermittelt.

Die Festlegungen des zweiten Planentwurfs sind unter Einbeziehung der Erläuterungen nicht widerspruchsfrei und erfüllen deswegen nicht die Anforderungen an Ziele der Raumordnung. Obwohl der zweite Planentwurf ausweislich der (unverbindlichen) Erläuterungen Standorte für Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' nicht zeichnerisch festlegt, enthält er textliche Festlegungen für neue Abfallbehandlungsanlagen, ohne dabei auf eine Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionale Bedeutung' abzustellen. Im Einzelnen:

Ausweislich der Erläuterung 1 zu Plansatz "Z44" legt der zweite Planentwurf Standorte für 'sonstige' Abfallbehandlungsanlagen (also solche unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung') auch dann nicht fest, wenn sie im Verbund mit Deponien betrieben werden:

"Sonstige biologische, mechanische, chemisch-physikalische Abfallbehandlungsanlagen (Vergärungs-, Kompostierungs-, Aufbereitungs-, Sortieranlagen) sind aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme und der lokalen Bedeutung nicht zeichnerisch festgelegt. Dies gilt auch, wenn Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit einer Abfalldeponie betrieben werden."

Die textlichen Festlegungen für 'neue Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art' verlangen hingegen keine Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionale Bedeutung' (vgl. auch die Erläuterung 1 zu Plansatz "Z45" unter "5.3.2 Abfallbehandlung" im zweiten Planentwurf).

Das Adjektiv 'neu' beschränkt den Anwendungsbereich der Festlegung nicht nur auf Standorte für Abfallbehandlungsanlagen mit einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder von "regionaler Bedeutung", die nicht schon beim Wirksamwerden des Regionalplans Köln festgelegt sind. Denn der Wortlaut mit dem Zusatz 'jeglicher Art', der sich allerdings wiederum nur in den unverbindlichen Erläuterungen findet, erfasst ersichtlich auch 'sonstige' Abfallbehandlungsanlagen - also Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung'.

Während die Festlegungen in Plansatz "Z44" nur nicht neue Abfallbehandlungsanlagen mit einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder von "regionaler Bedeutung" erfassen, gelten die Festlegungen in Plansatz "Z45" für Abfallbehandlungsanlagen unabhängig davon, in welchem Umfang sie Flächen in Anspruch nehmen oder welche Bedeutung ihnen zukommt. Für diese unterschiedlichen Festlegungen ist kein sachlicher Grund ersichtlich.

Dieses Ergebnis bestätigen die Festlegungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien (vgl. Plansatz "Z45" Abs. 1 unter "5.3.2 Abfallbehandlung" im zweiten Planentwurf):

"Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regionalplanerisch festgelegten

Freiraum zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist."

Für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien, einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionaler Bedeutung' wäre diese Festlegung überflüssig, weil für solche Abfallbehandlungsanlagen Standorte zeichnerisch festzulegen sind. Der zweite Planentwurf kann sie nur in Bezug auf die Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien erforderlich halten, die Flächen von weniger als 10 ha in Anspruch nehmen und/ oder keine 'regionale Bedeutung' aufweisen ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art).

Wenn der Plangeber Festlegungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von **neuen** Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art') in der Form von Zielen der Raumordnung trifft, muss er sie als raumbedeutsam betrachten. Denn die Festlegungsbefugnis ist ihm nur für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen eröffnet (vgl. §1 Abs. 1 Satz 1 ROG).

Dann aber ist nicht erklärlich, warum der zweite Planentwurf zugleich die Raumbedeutsamkeit bei **nicht neuen** Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien bei einer Flächeninanspruchnahme von unter 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art') verneint und auf die zeichnerische Festlegung entsprechender Standorte verzichtet.

Nach alledem müssen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien entsprechend der Konzeption, die in den Plansätzen "Z44" und "Z45" nebst Erläuterungen zum Ausdruck gelangt, unabhängig davon raumbedeutsam sein, ob sie nicht neu oder neu sind, ob sie Flächen ab 10 ha oder weniger in Anspruch nehmen und/ oder ob sie 'regionale' oder nur 'lokale' Bedeutung haben.

In dieser Situation kann der zweite Planentwurf auf die zeichnerische Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien nicht verzichten, ohne in Widerspruch zu seinen eigenen Festlegungen zu geraten.

III. Sachgerechte Abwägung

Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, auf der Ebene des Regionalplans zwar Standorte für Deponien zeichnerisch festzulegen, nicht aber für die mit diesen in einem Verbund betriebenen Abfallbehandlungsanlagen. Dies muss jedenfalls dann gelten, wenn der Betreiber den Verbund - wie vorliegend - schon im Rahmen seiner Anregung bzw. seines Antrags (vgl. § 19 Abs. 2 LPlG NRW) nachweist. Denn wenn der zweite Planentwurf Deponien in der Regel- und auch die Deponie unseres Unternehmens - als raumbedeutsam bewertet, ist nicht nachvollziehbar, Abfallbehandlungsanlagen, die mit diesen raumbedeutsamen Deponien im Verbund betrieben werden, von dieser Bewertung auszunehmen (vgl. Plansatz "Z44"), sie aber bei neuen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien zugrunde zu legen (vgl. Plansatz "Z.45"). An diesem Ergebnis ändert nichts, dass Deponien der Klasse 0 erst ab einer

Flächeninanspruchnahme ab 10 ha raumbedeutsam sein sollen (vgl. Erläuterung 1 zu Plansatz "Z47" unter "5.3.7 Deponien" im zweiten Planentwurf).

IV. Anforderungen an Ziele der Raumordnung II

Es unterliegt erheblichen Zweifeln, ob die Festlegungen des zweiten Planentwurfs auch im Übrigen die Anforderungen an Ziele der Raumordnung erfüllen, soweit sie einen 'räumlich-funktionalen Verbund mit einer Abfalldeponie' verlangen.

Die Vorgaben des LEP NRW fordern einen 'funktionalen Verbund der Behandlungsanlage mit der Deponie' (vgl. die Erläuterung zu Plansatz "8.3-2 Ziel" LEP NRW), ohne den räumlichen Aspekt des Verbunds bzw. der Beziehung zwischen Behandlungsanlage und Deponie zu thematisieren. Dieser ließe sich möglicherweise aus verwandten Sachmaterien ableiten, wenn eine im Verbund mit einer Deponie betriebene Abfallbehandlungsanlage der Deponie 'dienen' soll. Dann wird jedoch üblicherweise u. a. ein räumlich-funktionaler Zusammenhang verlangt (vgl. §35 Abs.1 Nr. 3 BauGB).

Der zweite Planentwurf bejaht den räumlichen Aspekt des Verbunds für den Standort einer Abfallbehandlungsanlage, wenn er innerhalb der Festlegung des Standorts für die Deponie liegt. Liegt der Standort der Abfallbehandlungsanlage außerhalb desjenigen für die Deponie, soll ein Verbund nur vorliegen, wenn der Standort der Abfallbehandlungsanlage 'unmittelbar an diesen angrenzt'. So ließe sich für das Vorliegen eines Verbunds in räumlicher Hinsicht die Forderung erheben, dass zwischen den Flächen des Standorts für die Deponie und der Abfallbehandlungsanlage nur eine Grundstücksgrenze verläuft ('unmittelbares Angrenzen'). Das Merkmal der Unmittelbarkeit dürfte jedoch die landesplanerisch gewollten Anwendungsfälle übermäßig stark verengen. Denn es ist nicht ersichtlich, dass für die landesplanerisch anerkannten Vorteile u. a. hinsichtlich einer geringeren Umweltbelastung ein unmittelbares Angrenzen erforderlich ist. Der 'räumlich-funktionale Verbund' wird im Hinblick auf die landesplanerische Intention auch ohne unmittelbares Angrenzen bei einer räumlichen Nähebeziehung zu bejahen sein.

Den Anforderungen an Zielen der Raumordnung, handhabbare Kriterien für die Rechtsanwendung zu vermitteln, genügt es nicht, wenn der in der Festlegung geforderte 'funktionale' Verbund in der einschlägigen Erläuterung einem 'betrieblichen' Zusammenhang gleichgesetzt wird. Letzterer ließe sich u. U. bejahen, ohne dass ersterer vorliegen muss. Anstatt der Rechtsanwendung Kriterien mitzuteilen, wann der 'funktionale' Aspekt des Verbunds vorliegt, beschränkt sich der zweite Planentwurf erneut darauf, an die Stelle eines unbestimmten Begriffs einen weiteren, ebenso unbestimmten Begriff zu setzen. Obwohl der zweite Planentwurf im Dunkeln lässt, in welchem Verhältnis der funktionale zu einem betrieblichen Zusammenhang steht, erlegt er den Planbetroffenen die Last des Nachweises auf.

V. Geltender Regionalplan

Der geltende Regionalplan legt zeichnerisch Standorte für Abfallbehandlungsanlagen

im Verbund mit Deponien fest (vgl. z. B. die 28. Änderung des Regionalplans Köln, Teilabschnitt Region Köln, vom 27.09.2021). Es sind keine Gründe ersichtlich, von dieser etablierten Vorgehensweise abzuweichen.

VI. Hilfsweise

Für den Fall der Ablehnung einer zeichnerischen Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien regen wir vorsorglich an,

1. die Festlegung in Plansatz Z.44 wie folgt zu ändern:

Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 70 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Vorranggebiete oder vorhabenbezogen festgelegt.

2. die Festlegung in Plansatz Z.45 wie folgt zu ändern

Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum ungeachtet ihrer Flächeninanspruchnahme und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist.

Inhalt

C. Festlegung in Plansatz "Z.neu4" (Abs. 1 Satz 1)

Die Festlegung in Plansatz "Z.neu4" (Abs.1 Satz 1) birgt das Risiko, dass es unbeabsichtigt zu vermeidbaren Missverständnissen in Bezug auf die Festlegung einer Deponie am Standort unseres Unternehmens kommt. Sie soll zwar ersichtlich das Verhältnis des Regionalplans zum sachlichen Teilplan nichtenergetische Rohstoffe regeln, wirft aber mehr Fragen auf als sie beantwortet.

Die fragliche Festlegung in Plansatz "Z.neu4" (Abs.1 Satz 1) lautet:

"Die Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen."

I. Geltung "bis zum Abbau"

Die Festlegungen des Regionalplans innerhalb der BSAB beanspruchen Geltung und wären bei der Entscheidung über die Zulassung eines Vorhabens der Rohstoffgewinnung je nach Verbindlichkeit ihrer Aussagen zu beachten oder zu berücksichtigen (vgl. § 4 ROG). Entsprechend heißt es in den Erläuterungen:

"Bei der raumordnerischen Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sind grundsätzlich die Festlegungen beider Planwerke zu beachten bzw. zu berücksichtigen."

Die Festlegungen des Regionalplans sollen "bis zum Abbau" gelten.

Die Erläuterung 3 zu Plansatz "Z.neu4" umschreibt den Zeitraum "bis zum Abbau"- einerseits - als denjenigen bis zur "tatsächlichen Inanspruchnahme durch eine Abgrabungsnutzung". Dies kann verdeutlichen, dass mit dem Begriff "Abbau" der Beginn der Rohstoffgewinnung, nicht aber die vollständige Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe einer Lagerstätte gemeint sein dürfte.

Da die "tatsächliche Inanspruchnahme" eines BSAB rechtlich unter dem Vorbehalt der öffentlich-rechtlichen Berechtigung zur Inanspruchnahme steht, die dem Planbetroffenen erst eine öffentlich-rechtliche Zulassung nach Abgrabungs-, Berg- oder Wasserrecht vermittelt, gelten die Festlegungen des Regionalplans neben denjenigen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe nicht nur während des Verwaltungsverfahrens bis zur Erteilung der Zulassung, sondern noch darüber hinausgehend bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Zulassung, also dem tatsächlichen Aufschluss der Lagerstätte. Erst im Zeitpunkt der tatsächlichen Inanspruchnahme durch Aufschluss, nicht aber schon im Zeitpunkt der Zulassung,

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*, Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern*, Z.22 *Waldbereiche erhalten und entwickeln*, Z.24 *Oberflächengewässer sichern*, Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern*, Z.27 *Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln* und Z.41 *Standorte für Abfalldeponien sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet. Insbesondere erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass die im Regionalplan zeichnerisch festgelegten Standorte für Abfalldeponien der Verwirklichung der Festlegungen des Teilplans NR nicht entgegenstehen.

würden sie ihre Geltung verlieren.

Die Erläuterung 3 zu Plansatz "Z.neu4" umschreibt den Zeitraum "bis zum Abbau" - andererseits - als denjenigen bis zur "Bekanntgabe der jeweils einschlägigen Abtragungsgenehmigung". Insoweit entsteht ein Widerspruch zu der Umschreibung, die auf den tatsächlichen Vorgang der Inanspruchnahme abstellt, weil die Festlegungen des Regionalplans ihre Gültigkeit schon mit der Bekanntgabe der Zulassung verlieren würden. Dieser Zeitpunkt liegt zeitlich vor dem auf diese Zulassung gestützten tatsächlichen Aufschluss der Lagerstätte.

Die Umschreibung des Zeitraums "bis zum Abbau" erweist sich als zumindest mehrdeutig. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass vor einer Rohstoffgewinnung innerhalb der BSAB nicht allein die in der Erläuterung erwähnte "Abtragungsgenehmigung" bekanntgegeben werden muss, sondern bei Bedarf eine dem jeweiligen Fachrecht entsprechende Zulassung — sei es in Form der wasserrechtlichen Planfeststellung oder der bergrechtlichen Zulassung eines Betriebsplans. Der fachrechtlichen Differenzierung trägt der zweite Planentwurf zwar Rechnung, dies allerdings an anderer Stelle (vgl. Erläuterung 4 zu Plansatz "Z.neu4" a. E.).

II. Geltung nach "Abbau"

Zumindest missverständlich ist, welche Auswirkungen der "Abbau" auf die bis dahin geltenden Festlegungen des Regionalplans hat. Mit dem "Abbau" würden die Festlegungen des Regionalplans ihre Geltung verlieren.

Festlegungen gelten allerdings unabhängig vom "Abbau" auch, "soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen" (vgl. Festlegung "Z.neu4" Abs.1 Satz 1). Aus der Erläuterung 5 zur Festlegung "Z.neu4" folgt, dass Nachnutzungen für Abtragungen insbesondere "Standorte für Deponien" sein können, bei denen "grundsätzlich von einer Vereinbarkeit mit der Abtragungsnutzung bzw. der Rekultivierung auszugehen" sei:

"Mögliche Zwischen- bzw. Nachnutzungen für Abtragungen sind insbesondere Standorte für Deponien und ggf. Erneuerbare Energien. Für solche Sonderfälle ergänzen sich die Festlegungen des Regionalplans und des Teilplans NR. Bei diesen Zwischen- bzw. Nachnutzungen ist grundsätzlich von einer Vereinbarkeit mit der Abtragungsnutzung bzw. der Rekultivierung auszugehen."

Die Festlegung des Standorts für eine Deponie am Standort unseres Unternehmens müsste demnach auch über den "Abbau" hinaus weiter Geltung beanspruchen. Sicher ist dies allerdings nicht, weil nach der Erläuterung lediglich "grundsätzlich" von einer Vereinbarkeit mit der Abtragungsnutzung auszugehen sein soll.

Die Festlegung "Z.neu4" (Abs.1 Satz 1) steht damit mindestens in der Gefahr, die Geltung der Festlegung der Deponie am Standort unseres Unternehmens zu relativieren.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Hinsichtlich der Anregung zur nachrichtlichen Übernahme einzelner Festlegungen des Regionalplans in den Teilplan NR gilt, dass die diesbezügliche Abwägung nicht im vorliegenden Verfahren erfolgt, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR.

Wegen der undifferenzierten Bezugnahme auf "Festlegungen des Regionalplans" ist nicht gesichert, dass von einem Geltungsverlust oder einer Relativierung nicht auch die Festlegung des Standorts für die Deponie erfasst ist. Dies ergibt sich erst durch eine noch dazu nicht zwingende Auslegung unter Einbeziehung der Erläuterung 5.

Zu einer solchen Auslegungsmöglichkeit käme es ohne die textliche Festlegung "Z.neu4" (Abs.1 Satz 1) nicht. Denn aus dem Sinn und Zweck einander überlagernder Festlegungen ergäbe sich im Wege einer sachgerechten Auslegung, dass die Rohstoffgewinnung einer Nutzung derselben Flächen als Deponie zeitlich vorausgehen muss, weil für die Deponie die durch die Rohstoffgewinnung geschaffene Vertiefung in der Erdoberfläche genutzt werden soll.

III. Geltung im Ausnahmefall (?)

Dem Risiko eines abträglichen Geltungsverlusts oder einer Relativierung versucht der zweite Planentwurf offenbar mit der textlichen Festlegung "Z.neu4" (Abs. 2) zu begegnen, die lautet:

"Ausnahmsweise können im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw. Nachnutzungen innerhalb von BSAB möglich sein, sofern diese mit dem Abbau, der Rohstoffsicherung und der Rekultivierung vereinbar sind."

Die Formulierung lässt bei unbefangener Betrachtungsweise schon daran zweifeln, ob sie als textliche Festsetzung den Anspruch einer verbindlichen Zielvorgabe für die nachfolgenden Planungsebenen erhebt, oder ob sie - wofür einiges spricht - lediglich verallgemeinernd beschreiben soll, dass der zweite Planentwurf für unterschiedliche Fallgestaltungen von Zwischen- und/ oder Nachnutzungen Festlegungen trifft.

Als Beschreibung wäre die Aussage in die Erläuterungen aufzunehmen, weil sie dort nicht die rechtlichen Anforderungen an eine Zielfestlegung erfüllen muss.

Sollte eine verbindliche Zielvorgabe beabsichtigt sein und der Regionalplan "Nachnutzungen" festlegen, wären die Nachnutzungen damit allerdings nur 'ausnahmsweise möglich'. Festlegungen für z. B. "Nachnutzungen" gerieten so unter einen generellen, voraussetzungslosen Ausnahmeverbehalt.

Dabei wirft die Bezugnahme auf "Nachnutzungen" die Frage auf, welche Festlegungen des zweiten Planentwurfs "Nachnutzungen" vorsehen. Dies wäre z. B. im Rahmen der Festlegung "Z74" (im Kapitel 3.3.2.4 "Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen") möglich, wo einzelne Standorte ausdrücklich als "Nachnutzung" bezeichnet sind. Im Kapitel zur "Entsorgungsinfrastruktur" (Kapitel 5.3), das auch die Festlegungen für Deponien enthält, findet der Begriff der Nachnutzung hingegen keine Erwähnung.

Sofern die Festlegung "Z.neu4" nicht neu gefasst würde, wäre eine Relativierung der Festlegung der Deponie am Standort unseres Unternehmens bis hin zu einem voraussetzungslosen Ausnahmeverbehalt infolge der Festlegung "Z.neu4" (Abs. 2) nicht ausschließbar.

Die Erläuterungen, die in den im Regionalplan festgelegten 'möglichen Nachnutzungen' ausdrücklich "Sonderfälle" sehen, die "grundsätzlich" mit der "Abgrabungsnutzung bzw. der Rekultivierung" vereinbar sein sollen, deuten darauf hin, dass dem Plangeber bei der Formulierung die Konsequenzen der Festlegung "Z.neu4" möglicherweise nicht bewusst waren.

Es kann aber dahinstehen, ob das Auslegungsergebnis, das nur auf den vorliegenden Anwendungsfall unseres Unternehmens bezogen ist und weitere Konsequenzen nicht erfasst, den Intentionen des zweiten Planentwurfs entspricht. Denn es kommt auf den im Planwerk verobjektivierten Willen des Plangebers an.

IV. Keine Zielqualität der Festlegung "Z.neu4" (Abs. 2)

Offenkundig würde die Festlegung "Z.neu4" (Abs. 2) nicht die Anforderungen an Ziele der Raumordnung erfüllen.

Die Planbetroffenen dürfen vom Träger der Raumordnung erwarten, dass er unter der Bezeichnung "Ziele der Raumordnung" abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (vgl. §3 Abs.1 Nr. 2 ROG) formuliert. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung gehört dazu u. a. auch, dass der Plangeber in Zielfestlegungen die Voraussetzungen für Ausnahmen von deren Geltung regeln muss. Diese Anforderungen erfüllt die Festlegung "Z.neu4" Abs. 2 allein deshalb nicht, weil sie 'Ausnahmen' nur als 'möglich' erwähnt, ohne die Ausnahmevoraussetzungen festzulegen.

Die fehlende Zielqualität schwächt die möglichen Konsequenzen der Festlegung "Z.neu4" nicht ab, weil sie wegen der Bezeichnung als "Ziel der Raumordnung" formal den Anspruch der Letztverbindlichkeit erhebt, deren Fehlen mangels einer grundsätzlichen Zielverwerfungskompetenz auf den Planungsebenen, die der Regionalplanung nachgeordnet sind, erst nach einer - möglicherweise langwierigen - gerichtlichen Auseinandersetzung festgestellt werden könnte. Die damit verbundene Rechts- und Planungsunsicherheit wäre den Planbetroffenen nicht zumutbar.

V. Anregung zur Neufassung

Unter dem Aspekt der Rechts- und Planungssicherheit ist es Aufgabe des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe, zu regeln, welche Festlegungen verbindlich sein sollen.

Dem Anliegen, planerische Vorsorge für Fälle zu treffen, in denen die Verwirklichung von Vorhaben der Rohstoffgewinnung, denen der Plangeber ausschließlich nur noch auf den als BSAB festgelegten Flächen und perspektivisch in Reservegebieten eine Verwirklichungschance eröffnet, scheitert (vgl. die Begründung zum zweiten Planentwurf, Seiten 218 f.), wäre in der Festlegung "Z.neu4" in der gebotenen Klarheit Ausdruck zu verleihen.

Dafür wäre die wesentliche Aussage zum Vorrang der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe aus der unverbindlichen Erläuterung 3 (Satz 1) in die verbindliche Festlegung "Z.neu4" zu übernehmen:

"Die Festlegungen des Teilplans 1\11R (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebieten) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans."

Von diesem (positiven) Ausgangspunkt lässt sich eine Regelung entwickeln, die den Festlegungen des Regionalplans trotz des Vorrangs der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe die Auffangfunktion vermittelt, die der Plangeber offenbar anstrebt. Hier ließe sich bei der Beschreibung des Zeitpunkts, in dem der Vorrang der Festlegung des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe entfallen und die Festlegungen des Regionalplans ihre Auffangfunktion erfüllen sollen, zwischen der Variante unterscheiden, in der die Verwirklichung an tatsächlichen Hindernissen, nicht aber der fehlenden Berechtigung zur Verwirklichung des Rohstoffgewinnungsvorhabens scheitert, und der Variante, in der es schon nicht zur Erteilung der Berechtigung zur Verwirklichung des Rohstoffgewinnungsvorhabens kommt.

Da es nur darum geht, den Festlegungen des Regionalplans in den vorbezeichneten Varianten Auffangfunktion zu vermitteln, wären alle Formulierungen, die sich auch auf Nachfolgenutzungen beziehen lassen könnten, abträglich. Denn deren Geltung setzt die erfolgreiche Verwirklichung eines Rohstoffgewinnungsvorhabens innerhalb der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe voraus - und gerade nicht dessen Scheitern.

Insoweit ließe sich die Festlegung "Z.neu4" möglicherweise wie folgt neu fassen:

Die Festlegungen des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) für "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" (BSAB) und für Reservegebiete haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans.

Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB solange und soweit sie der Verwirklichung der Festlegungen des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) nicht entgegenstehen. Festlegungen des Regionalplans insbesondere für Standorte für Deponien und ggf. erneuerbare Energien stehen der

BSAB). Denn die Geltung dieser Festlegungen steht -wie bei planimmanenten Geltungsvorbehalten üblich - unter dem Vorbehalt der plangemäßen, vollständigen Verwirklichung der Planungen und Maßnahmen, für die der Teilplan nichtenergetische Rohstoffe Festlegungen in den BSAB trifft. Insoweit dürfen die Planaussagen des Regionalplans keinesfalls den Eindruck erzeugen, seine Festlegungen zu 'Nachfolgenutzungen' könnten ihre Geltung bereits mit Bekanntgabe der Zulassung oder dem tatsächlichen Beginn des Abbaus verloren haben, wären 'ausnahmsweise möglich' oder es handle sich um 'Sonderfälle'.

Anm.:

Den planimmanenten Geltungsvorbehalten dürfte auch die Erläuterung 4 zur Festlegung "Z42" widersprechen, derzufolge die Festlegung eines Standorts für eine Deponie mit Feststellung der endgültigen Stilllegung und Beginn der Nachsorgephase

"funktionslos" werden soll. Mit dem Beginn der Nachsorgephase hat die Festlegung ihre Funktion, Errichtung und Betrieb einer Deponie zu ermöglichen, gerade im Wesentlichen erfüllt. Dabei kann offenbleiben, ob die Festlegung des Standorts für eine Deponie schon bei endgültiger Stilllegung 'funktionslos' werden kann, obwohl das Deponievorhaben normativ erst beendet sein dürfte, wenn die Kreislaufwirtschaftsbehörde den Abschluss der Nachsorge feststellt (vgl. § 40 Abs. 5 KrWG).

Außerdem könnte die Annahme der 'Funktionslosigkeit' mit der Festlegung "G.69" kollidieren, die offenbar Fallgestaltungen planerisch den Weg ebnen soll, die unter der Kurzbezeichnung "Deponie auf Deponie" bekannt sind.

Den Nachteil der vom Vorrang ausgehenden Formulierung dürfte aus der Sicht des Plangebers darin liegen, dass sich die Erwähnung der Möglichkeit eines Scheiterns der Festlegungen im Teilplan nichtenergetische Rohstoffe gegenläufig zu seinem Anspruch verhält, die gesteigerten Rechtfertigungsanforderungen zu erfüllen, die die höchstrichterliche Rechtsprechung für Pläne wie den Teilplan nichtenergetische Rohstoffe entwickelt hat, der Vorhaben der Rohstoffgewinnung auf einige Flächen des Planungsraums konzentrieren soll, um sie im gesamten übrigen Planungsraum zu verbieten. Diese Zusammenhänge klingen jedoch in der Begründung an, in der der Plangeber u. a. selbst unter dem Stichwort 'prozessuale Gründe' die Möglichkeit der gerichtlichen Verwerfung seiner Planung thematisiert.

Möglicherweise ist eine nachrichtliche Übernahme etwaiger Festlegungen des Regionalplans zu 'Zwischen-' oder 'Nachfolgenutzungen' in den Teilplan nichtenergetische Rohstoffe erwägenswert. Wechselseitige nachrichtliche Übernahmen könnten die Orientierung zwischen Gesamt- und Teilplänen erleichtern.

AZ: Ö-M-2-379	
1029445	
1035567_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der zweiten Offenlage ist erstmalig eine ASB neu-Satzvey als allgemeiner Siedlungsschwerpunkt für die Schaffung von Bauland vorgesehen: [Abbildung].</p> <p>Als Bewohner des Ortes Satzvey, spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung dieser Fläche als Bauland aus. Schon mit der Ausweisung der Fläche sind erhebliche Auswirkungen für den Ort zu erwarten. Auf Grund der massiven Flächenversiegelung steigt die Gefahr weiterer Hochwasserereignisse wie aus dem Jahr 2021 im Ort erheblich. Dies stellt eine Gefahr für die Bewohner dar. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet verloren gehen. Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren. Nicht zu vergessen, unsere Verkehrslage. Unser Dorf ist , insbesondere die Gartzemerstrasse, momentan schon durch das aktuelle Verkehrsaufkommen ein Nadelöhr. Nicht zu vergessen die Lärmbelästigung, Unfallgefahr und Erschütterungen durch Lastverkehr . Man bedenke, welch ungeahnte folgen die Bebauung für unser Dorf haben könnte. Durch mehrmalige Veranstaltungen das ganze Jahr über, bestehen ohnehin schon verkehrstechnischen Probleme, völlig unabhängig vom geplanten Bauvorhaben.</p> <p>Unsere Infrastruktur würde ich als höchst ungeeignet für ihr Vorhaben halten. Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwasssergefährdeter Bereiche, d.h auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-380	
1029447	
1035611	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln geben wir namens und im Auftrag unserer Mandanten folgende Stellungnahme</p> <p>ab:</p> <p>Unsere Mandanten sind mittelständische Firmen mit insgesamt ca. 120 Arbeitsplätzen, die in Wegberg Rath-Anhoven auf [ANONYMISIERT] seit 64 Jahren ein Asphalt - und Betonmischwerk (schwarze Umrandung) sowie angrenzend an das Betriebsgelände zwei Kiesgrube [ANONYMISIERT] [blau Umrandung] und [ANONYMISIERT] [grün Umrandung] betreiben. Der Gesamtumfang des Betriebsgeländes, dessen Eigentümer unsere Mandanten sind, hat einen Umfang von etwa 59 ha. Die gelb umrandeten Flächen sind Erweiterungsflächen und im Entwurf des derzeit offenliegenden Regionalplans Köln als BSAB festgelegt:</p> <p>[Karte, Luftbild]</p> <p>1.</p> <p>Die nördliche Kiesgrube [ANONYMISIERT] wurde vom Regierungspräsidium Köln unter Einschluss eines Rekultivierungsplanes, [ANONYMISIERT] genehmigt. Die nördliche Grube [ANONYMISIERT] ist bereits zu ca. einem Drittel verfüllt. Die Verfüllung soll im Jahre 2026 abgeschlossen sein, wobei Wasserflächen teilweise erhalten bleiben. Der Rekultivierungsplan sieht als Folgenutzung der Fläche nach Verfüllung der Nassabgrabung u.a. eine Erweiterung des Betriebsgeländes unserer Mandanten vor. Die Erweiterungsfläche wird von einem Grüngürtel und einem Feuchtbiotop umgeben sein.</p> <p>Unsere Mandanten planen seit Jahren die Umsetzung dieser Erweiterungsfläche in Form einer etwa 4 ha großen Lagerfläche. Die Notwendigkeit dieser Erweiterung im nordwestlichen Bereich der zuvor genannten Fläche beruht u.a. auf den durch den Strukturwandel im Rheinischen Revier notwendigen Veränderungen der Betriebsabläufe. Hintergrund dieser zwingend notwendigen Betriebserweiterung unserer Mandanten in Form der Realisierung zusätzlicher Lagerflächen im Umfang von ca. 4 ha ist die Optimierung der Wiederverwendung von Asphalt- und Betonrohstoffen, bspw. von Asphaltfräsgut, das punktuell z.B. bei der Sanierung von Autobahnen in großen Mengen anfällt und kurzfristige Lagerungsmöglichkeiten</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abgrabungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abgrabungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 <i>Nichtenergetische Rohstoffe</i>. Im vorliegenden Regionalplan Köln sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Regionalplanerische Vorgaben zur zeichnerischen Festlegung der BSAB sind somit nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns.</p> <p>Die beschriebenen Maßnahmen auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen beziehen sich auf Flächen innerhalb des geplanten BSAB-L-02 gem. Teilplan NR. Die Stellungnahme richtet sich somit diesbezüglich an das parallel laufende Verfahren zur Aufstellung des Teilplans NR.</p> <p>Darüber hinaus wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung gemäß § 9 Abs. 3 ROG in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1004211, 1. Offenlage). vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die</p>

erfordert. Unsere Mandanten haben bspw. beim Rückbau der Autobahn A 61 zwischen den Autobahnkreuzen Jackerath und Wanlo innerhalb von drei Monaten etwa 200.000 Tonnen hochwertiges Asphaltfräsgut- und Unterbaumaterial nur deshalb auf der bereits verfüllten Fläche der Kiesgrube annehmen und wiederverwenden können, da der Kreis Heinsberg dies befristet bzw. übergangsweise gestattet hat. Parallel zu dieser Erweiterung beabsichtigen unsere Mandanten, gemeinsam mit der Stadt Wegberg die Verkehrssituation durch Schaffung einer Zu- und Ausfahrt auf die Bundesstraße B 57 zu verbessern, indem ca. 50 % des Verkehrs der Betriebe unserer Mandanten an der bisherigen Ausfahrt (Knotenpunkt L 126) verlagert werden. Dadurch kann die von diesem Knotenpunkt ausgehende Gefahr, der zugleich die einzige Ausfahrt aus der Ortschaft Kipshoven ermöglicht, erheblich reduziert und die Verkehrssituation insgesamt wesentlich verbessert werden. Diese verkehrliche Ertüchtigung steht jedoch in zwingendem Zusammenhang mit der Betriebserweiterung

2.

Darüber hinaus betreiben unsere Mandanten südlich angrenzend an die Betriebsfläche des Werks die Kiesgrube [ANONYMISIERT] derzeit im Trockenabbau.

a)

Bedingt durch die Veränderungen (Versiegen) bei den Rheinischen Baustoffwerken, einer Tochtergesellschaft der Rheinbraun, bei denen unsere Mandanten jährlich etwa 150.000

Tonnen Kies-Rohmaterial zur Aufrechterhaltung der Produktion erworben haben, haben unsere Mandanten die Entscheidung getroffen, einen Vertiefungsantrag zu stellen und

nass auszubeuten. Da die Erwerbsmöglichkeiten bei den Rheinischen Baustoffwerken nicht mehr bestehen bzw. weggefallen sind, ist diese

Vertiefung erforderlich, um den erforderlichen Abgrabungsvorrat langfristig zu sichern.

b)

In der südlichen Grube [ANONYMISIERT] ist ein Abschnitt mit einem Flächenumfang von ca. 15.000 m² bereits ausgebeutet und verfüllt. Die in der Abgrabungsgenehmigung geplante

Folgenutzung sieht für diesen Bereich eine landwirtschaftliche Nutzung vor. Vor dem Hintergrund, dass nur dieser Abschnitt verfüllt worden ist, die weiteren neun Abschnitte aber

bei einer Vertiefung als Restsee bestehen bleiben werden und die verfüllte Fläche aufgrund des landschaftspflegerischen Ausgleichs mit bepflanzten Wällen in isolierter Lage liegt, ist

eine landwirtschaftliche Folgenutzung aus tatsächlichen Gründe ausgeschlossen. Für diese Fläche im Bereich der südlichen Grube ist hingegen eine Folgenutzung in Form einer Salzhalle bestens geeignet. Das Land NRW betreibt seit dem Extremwinter 2010/2011 ein strategisches Notreservelager für Streusalz in Rheinberg, in dem zusätzlich

zu den dezentralen kleineren Salzlagern an den Straßenmeistereien eine Notreserve von ca. 30.000 Tonnen Streusalz zur Sicherstellung des Winterdienstes eingelagert wird. Straßen.

NRW hat zu diesem Zweck eine Halle in Rheinberg gepachtet. Diese Halle ist

angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Die Stellungnahme geht bezüglich der Anregung zur zeichnerischen Festlegung eines GIB über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich hinsichtlich der Auslegung auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG bezieht sich in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste beabsichtigte Grundstücksnutzung. Die privaten Belange der Eigentümer d.h. insbesondere ihre Nutzungsinteressen, wurden für die Abwägung zunächst typisierend unterstellt und gehörten insoweit zum Abwägungsmaterial. Hierzu wird auf die Ausführungen in der Begründung u.a. "Methode der zeichnerischen Festlegungen".

Für die nun im Rahmen der Beteiligung vorgetragenen besonderen Umstände – hier konkret das Vorliegen eines besonderen Vertrauenstatbestandes im Hinblick auf den Fortbestand der bestehenden Rechtslage auch hinsichtlich einer weiteren rechtlichen Konkretisierung und Verfestigung gilt, dass im Rahmen der gesamtplanerischen Abwägung der Festlegung eines AFAB auch unter Berücksichtigung der Eigentümerbelange im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung gegenüber einer Festlegung eines isolierten GIB ein erhöhtes Gewicht beigemessen wird. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Das Gegenstromprinzip wird durch den aktuellen Planungsstand angemessen einbezogen, da seitens der Kommune hierzu keine Entwicklungsabsichten im Rahmen der zweiten Offenlage geäußert wurden (vgl. ID 1033438). Es handelt sich zudem um eine vorhandenen gewerblichen Baufläche auf Ebene des Flächennutzungsplans. Genehmigte Anlagen genießen unabhängig von einer zeichnerischen Festlegung eines GIB auch innerhalb eines AFAB Bestandsschutz. Die beschriebenen Maßnahmen auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen in Bezug auf eine gewerbliche Flächendarstellung innerhalb fachrechtlich genehmigter Teilbereiche beziehen sich auf Flächen innerhalb des vorgesehenen BSAB-L-02 gem. Teilplan NR. Die Stellungnahme richtet sich somit diesbezüglich an das parallel laufende Verfahren zur Aufstellung des Teilplans NR.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

jedoch auffällig, weshalb Straßen.NRW nach einem geeigneten Alternativstandort gesucht hat.

Da die Rohstoffe, die unsere Mandanten lagern und verarbeiten, und das Streusalz in der Handhabung per LKW und Radlader vergleichbar sind (Umschlag der Stoffen, auch des Salzes zur Vermeidung von Verklumpungen), haben unsere Mandanten mit Straßen.NRW einen Vorvertrag zur Errichtung einer Halle mit einer Fläche von etwa 5.000 m² geschlossen.

Dieser Vorvertrag sieht die Errichtung einer Salzhalle vor, die für den Betrieb des Winterdienstes geeignet ist, sowie eine langfristige Verpachtung an Straßen.NRW. Die Salzhalle

soll bis Mitte 2026 errichtet und in Betrieb genommen werden. Für unsere Mandanten bedeutet dies eine Investition mit einem Volumen von ca. 2,5 Mio.

EUR. Diese Investition und Erweiterung ist für unsere Mandanten von erheblicher Bedeutung, um von der stark rückläufigen Baukonjunktur unabhängiger zu werden und -indem

neue Geschäftsfelder erschlossen werden- die 120 Arbeitsplätze zu sichern.

Anderenfalls besteht bei einem derzeitigen Produktionsrückgang von bis zu 40 % die konkrete Gefahr,

dass Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Ein entsprechender Änderungsantrag zur Rekultivierung bezüglich des bereits verfüllten

Abschnitts der südlichen Grube Westkies wurde dafür bereits gestellt.

c)

Schließlich existiert im nordöstlichen Bereich der südlichen Grubenfläche, auf der derzeit noch nicht abgegraben wird, ein Lagerplatz mit einer Fläche von etwa 25.000 m². Dieser

Lagerplatz ist bestandskräftig genehmigt.

3.

Der wirksame Flächennutzungsplan stellt für den Bereich des Asphalt - und Betonmischwerkes eine gewerbliche Baufläche dar und für die nördliche und südliche Grube eine Fläche

für Abgrabungen.

4.

Der derzeit erneut offenliegende Entwurf des Regionalplans Köln legt für das Betriebsgrundstück unserer Mandanten einen Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereich fest, der

im Wege der nachrichtlichen Übernahme des Entwurfs des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe die BSAB-Fläche (mit Ausnahme des Werkbereichs) übernimmt.

Der sachliche Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe im erneut offengelegten Entwurf aus Mitte 2024 legt die Fläche (mit Ausnahme des Werkbereichs) als BSAB-Fläche fest.

Bereits im Rahmen der ersten Offenlage hat die Stadt Wegberg in gemeinsamer Abstimmung mit unseren Mandanten angeregt, für die dringend notwendigen Erweiterungen Bereiche

für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen. Dem wurde nicht gefolgt.

Der aktuell vorgesehene Kreis der Beteiligten schließt die benannte öffentliche Stelle – hier Straßen.NRW ein. Triftige Gründe für eine Ausdehnung gemäß den Wünschen in der betreffenden Stellungnahmen u.a. hinsichtlich der Entwicklungsabsichten Privater sind nicht feststellbar, da für alle nicht als Verfahrensbeteiligte eingebunden Personen (z. B. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Bürgerinitiativen, private Unternehmen) im Rahmen der durchgeführten Öffentlichkeitsbeteiligungen die Möglichkeit zur Stellungnahme bestand. Alle Stellungnahmen aus der Öffentlichkeitsbeteiligung werden – ebenso wie die Stellungnahmen der Verfahrensbeteiligten – einer Prüfung unterzogen und wurden in die Abwägung eingestellt.

II.

Gegen die fehlende Festlegung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) bestehen grundlegende Rechtmäßigkeitsbedenken. Namens und im Auftrag unserer

Mandanten regen wir daher an, für die Betriebserweiterung im Bereich der nördlichen Grube sowie die Lagernutzung (Salzhalle) im Bereich der südlichen Grube ein GIB festzulegen.

Bestandssichernd ist selbstverständlich auch der Werksbereich, der im wirksamen Flächennutzungsplan als gewerbliche Baufläche darstellt ist, als GIB festzulegen.

Im Einzelnen:

1.

Unsere Mandanten befürworten die Festlegungen der BSAB für die Grubenflächen im Grundsatz. Insbesondere die Festlegung der BSAB für die westlichen Flächen begrüßen

unsere Mandanten.

a)

In dem bereits zuvor dargestellten Umfang für die südliche und nördliche Grube bestehen jedoch erhebliche Rechtmäßigkeitsbedenken gegen die festgelegte BSAB-Fläche bzw.

wegen der fehlenden Festlegung als GIB. Dies beruht darauf, dass der Entwurf des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe nach Ziel 2 der textlichen Festlegungen vorsieht,

dass die BSAB als Vorranggebiete festgelegt sind und ihre Inanspruchnahme durch andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen ausgeschlossen ist, soweit diese mit

der Lagerstättensicherung oder dem Rohstoffabbau nicht vereinbar sind. Nach Ziel 8 Abs. 1 und 4 der textlichen Festlegungen des sachlichen Teilplans ist innerhalb der BSAB

die angestrebte Rekultivierungsplanung zeichnerisch und textlich festgelegt.

Ausnahmsweise können sogar im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw.

Nachnutzungen innerhalb

von BSAB möglich sein, sofern diese mit dem Abbau, der Rohstoffsicherung und der Rekultivierung vereinbar sind.

Diese Ziele werden mit Blick auf die genehmigten (Rekultivierungs-)Pläne sowie die beabsichtigten Erweiterungen unserer Mandanten nicht gewahrt. Die geplante Betriebserweiterung

entspricht hinsichtlich der Betriebserweiterung dem Rekultivierungsplan und ist mit dem BSAB vereinbar. Die Errichtung der Salzhalle ist ebenfalls mit dem BSAB vereinbar,

sodass entsprechende Festlegungen zu ihrer Realisierung getroffen werden

könnten. Im Übrigen erfordert die Festlegung eines BSAB als Vorranggebiet und damit als Ziel der

Raumordnung die Wahrung der strengen Anforderungen an die Rechtmäßigkeit von Zielen der Raumordnung. Aus bundesrechtlicher Sicht müssen Ziele der

Raumordnung insbesondere von einer landesrechtlichen Ermächtigungsgrundlage gedeckt sowie verhältnismäßig, d.h. geeignet, erforderlich und angemessen sein.

BVerwG, Urt. v. 10.11.2011 4 CN 9/10 , NVwZ 2012, 315 m.w.N = BeckRS 2011, 56701 Rn. 5

Entscheidend ist daneben, dass Ziele der Raumordnung hinreichend bestimmt und wegen ihrer Verbindlichkeit abschließend abgewogen sind. Aufgrund dieser abschließenden Abgewogenheit sind die Voraussetzungen des Abwägungsgebotes gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 und 2 ROG in besonderem Maße zu beachten, da es hinsichtlich der Festlegung eines Vorranggebiets einer umfassenden und abschließenden raumordnerischen Abwägung bedarf. Dabei sind gem. § 7 Abs. 2 ROG die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. Auch das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 8 ROG sowie die Stellungnahmen im Beteiligungsverfahren nach § 9 ROG sind in der Abwägung zu berücksichtigen. Die Festlegung eines Vorranggebiets setzt zudem die planerische Auseinandersetzung mit den verschiedenen im Gebiet und seiner Umgebung ausgeübten und künftig zulässigen Nutzungen voraus.

vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowsky, Raumordnung- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder, § 3 Rn. 62

Diese Anforderungen sind hinsichtlich der geplanten anderweitigen Nutzungen unserer Mandanten sowie der im Süden bereits existierenden und bestandskräftig genehmigten Lagerplatznutzung ersichtlich nicht gewahrt. Auch der Umstand, dass die Verfüllung der nördlichen Grube in den nächsten Jahren unter Beachtung des Rekultivierungsplans abgeschlossen sein wird, wurde in der Abwägung insoweit nicht (hinreichend) ermittelt und gewichtet. Es wäre jedoch ohne Weiteres zulässig gewesen, die Nachnutzung in Form der Betriebserweiterung entsprechend dem Rekultivierungsplan zeichnerisch festzulegen.

b)

Soweit es um die Abwägung geht, berücksichtigt die fehlende Festlegung eines GIB weder die grundrechtlich geschützten Interessen und Rechte unserer Mandantin aus Art. 12 und Art. 14 GG noch die in der Planbegründung angeführte bedarfsgerechte Festlegung von Siedlungsbereichen. Nach der Rechtsprechung des OVG Münster sind nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes in die Abwägung alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem

Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen.

OVG Münster, Urteil v. 21.03.2024 11 D 133/20.NE , juris Rn. 287 ff.

In diesem Kontext ist weiter zu beachten, dass nach der Planbegründung zum Entwurf des Regionalplans, dort S. 57, auf der Grundlage des Gegenstromprinzips und der kommunalen

Planungshoheit rechtskräftige FNP-Darstellungen für Bauflächen im Sinne eines Vertrauensschutzes bzw. übertragenen "Bestandschutzes" berücksichtigt worden sein sollen.

Entsprechend heißt es dazu auf S. 87 der Planbegründung, dass sich die Siedlungsbereichsdarstellungen grundsätzlich an der FNP-Darstellung orientieren, die in der Regel

in den Siedlungsraum einbezogen wird. Ausnahmen sollen dabei lediglich bandartige Entwicklungen, Splittersiedlungen und unerwünschte oder konfliktträchtige Siedlungsentwicklungen

darstellen. In der Planbegründung führt der Plangeber zudem unter der Überschrift "Abfrage Entwicklungsabsichten" auf S. 88 f, aus, dass die Entwicklungsabsichten der Kommunen i.S.d.

Gegenstromprinzips bei der Festlegung neuer Siedlungsbereiche berücksichtigt worden seien. Zu Entwicklungsabsichten Privater verhält sich die Planbegründung indes nur ganz

oberflächlich. Sie stellt auf S. 89 f. lediglich klar, dass eine Vielzahl an öffentlichen und privaten Belangen berücksichtigt worden seien. Unter anderem der Sicherung des Straßennetzes und damit auch der Aufrechterhaltung desselben, insbesondere im Winter,

kommt aufgrund der Ausführungen in der Planbegründung erhebliche Bedeutung zu.

Unter Berücksichtigung der wirksamen Darstellungen im Flächennutzungsplan, des bestandskräftig genehmigten baulichen Bestands sowie der ausgeübten Nutzung und den

damit im Zusammenhang stehenden Grundrechten aus Art. 12 und Art. 14 GG (Recht am ausgeübten und eingerichteten Gewerbebetrieb sowie Eigentumsgrundrecht) erweist sich

die erneut offengelegte Planung nach Maßgabe der Ausführungen in der Planbegründung als offensichtlich abwägungsfehlerhaft. Denn diese Belange unserer Mandanten wurden

im Regionalplan bislang nicht berücksichtigt. Auch die weitergehenden öffentlichen Belange, die für eine bauliche Nutzung von Straßen.

NRW sprechen, und damit im Kontext zu den privaten Belangen unserer Mandanten stehen, sind bislang nicht in die Planung eingeflossen.

Schließlich entspricht die Festlegung von GIB auch der gemeindlichen Planungs- und Entwicklungsabsicht.

Gerade dieser Absicht kommt -so die Planbegründung- erhebliche Bedeutung zu. Der für die Abgrabungen zuständige Kreis Heinsberg hat die zwingende Notwendigkeit der geplanten Betriebserweiterungen im Übrigen ebenfalls anerkannt.

2.

Eine abwägungsgerechte Planung erfordert daher die Festlegung von GIB für die geplanten baulichen Erweiterungen unserer Mandanten. Die Festlegung von GIB ist sowohl mit dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe als auch Ziel 6.3-3 LEP NRW vereinbar.

Denn auch wenn neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen sind, existieren solche Bereiche unmittelbar südlich angrenzend an die südliche BSAB-Fläche. Hinzu kommt, dass die Ausnahmen des Ziels 6.3-3 LEP NRW sowohl hinsichtlich der Brachfläche als auch hinsichtlich der naturräumlichen Gegebenheiten sowie der entgegenstehenden

Schutz- und Nutzungsbindungen hier fruchtbar gemacht werden können. Unsere Mandanten sind aufgrund der mit dem Betrieb verknüpften Abgrabungen sowie der verkehrlichen Erschließung, die unsere Mandanten sogar optimieren wird, zwingend an den Standort gebunden, weshalb sich das Betriebsgrundstück als alternativlos erweist.

Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Erweiterungsmöglichkeiten des Ziels 2-3 Satz 4 Spiegelstrich 2 LEP NRW vom Oberverwaltungsgericht Münster, Urt. v. 21.03.2024

11 D 133/20.NE, zwar für unwirksam erklärt worden sind. Dies beruhte jedoch lediglich auf einem Abwägungsfehler, sodass die grundsätzliche Zulässigkeit der Bestimmung in

Ziel 2-3 Satz 4 Spiegelstrich 2 LEP NRW nicht in Frage steht. Der Grundgedanke dieser Regelung kann daher auch bei der Anwendung des Ziels 6.3-3 LEP NRW, insbesondere

seiner Ausnahmen beachtet werden. Damit ist eine GIB-Festlegung hier zulässig und aufgrund der gewichtigen privaten Belange geboten. Auch öffentliche Belange in Form der Sicherstellung des Winterdienstes für Straßen

bestätigen dies. Betonen möchten wir abschließend, dass es insoweit auch nicht auf einen vermeintlichen

Bedarf für zusätzliche, potentiell für zukünftige Siedlungszwecke geeignete Bereiche" ankommt. Es handelt sich hier um einen Bestandsbetrieb, der umgehend erweitert werden

soll, sodass die entsprechenden GIB-Festlegungen umgehend ausgenutzt würden. Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie namens und im Auftrag unserer

Mandanten unter Berücksichtigung der zuvor dargestellten tatsächlichen und rechtlichen Situation um nochmalige Prüfung der Festlegungen. Unsere Mandanten und wir stehen Ihnen für eine gemeinsame Abstimmung jederzeit gerne zur Verfügung.

3.

Im Falle der im Vergleich zur Gesamtbetriebsfläche nur untergeordneten Änderung der Freiraumfläche bzw. BSAB-Fläche in Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen würden die privaten Belange sowie Eigentümer und- Betriebsinteressen unserer Mandanten berücksichtigt und die kommunalen Planungen nachgezeichnet bzw. die kommunalen Entwicklungsabsichten beachtet werden, sodass eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen i.S.d. § 9 Abs. 3 Satz 1 ROG auszuschließen ist. Einer erneuten Offenlage bzw. Veröffentlichung bedürfte es daher im Falle einer Änderung nicht.

Für Rückfragen und insbesondere eine gemeinsame Abstimmung zu dieser gesamten Thematik stehen unsere Mandanten und wir selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben bis dahin

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-381	
1029454	
1035642_001	
<p>Inhalt</p> <p>Unsere Mandantin ist Eigentümerin der im räumlichen Geltungsbereich des zukünftigen Regionalplans Köln befindlichen und im Grundbuch des Amtsgerichts Jülich für Ellen eingetragenen Grundstücke der Gemarkung Ellen, Flur 4, Flurstücke Nr. 28 und 32. Im Jahr 2011 erhielt unsere Mandantin für die Fläche die Genehmigung einer Deponie der Deponieklasse DK0. Der Kiesabbau ist abgeschlossen. Die Deponie wird noch betrieben. Das Ende der Verfüllung ist absehbar.</p> <p>Derzeit werden auf den Grundstücken unserer Mandantin zudem zwei Anlagen betrieben. Eine Anlage zum Brechen und Klassieren von natürlichem und künstlichem Gestein einschließlich Abbruchmaterial durch unsere Mandantin selbst und seit 2012 eine Asphaltmischanlage durch die Basalt AG auf einer an sie vermieteten Teilfläche der Deponie.</p> <p>Beide Betreiber wollen auch nach Abschluss des Deponiebetriebes ihre Anlagen weiter betreiben. Dazu haben sie ein Fortführungskonzept erarbeitet, das Sie im Rahmen mit unserer ersten Stellungnahme vom 31.08.2022 von uns erhalten. Die Planung wird von unserer Mandantin und ihrer Mieterin weiterverfolgt und von der Gemeinde Niederziers und dem Kreis Düren unterstützt.</p> <p>Neben den beiden bestehen Anlagen zum Recycling von Bauschutt für die Herstellung von Bauprodukten sieht das Konzept einen Solarpark mit einer Jahresstromproduktion von ca. 4 Mio. kWh vor. Wegen der topographischen Besonderheit, dass es sich um eine gen Süden gerichtete Fläche mit 6 % Gefälle handelt, ist diese insbesondere gut für Solarkraftwerke geeignet. Die Nutzung renaturierter Flächen aus dem Deponiebetrieb bietet sich für diese Nutzungen an und mit dieser Entwicklung würde ein wesentlicher Betrag zum Umwelt- und Klimaschutz geleistet.</p> <p>Diese Nutzung widerspricht der von Ihnen für diesen Bereich vorgesehenen Darstellung als allgemeine Freiraum- und Agrarfläche mit den Freiraumfunktionen "Schutz der Natur" und "Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung".</p> <p>I.</p> <p>Sie gaben in der Abwägung zur ersten Stellungnahme den Hinweis, dass wegen des am 09.12.2022 von dem Regionalrat Köln beschlossenen Sachlichen Teilplan zu Erneuerbaren Energien alle entsprechenden thematischen Festlegungen aus dem Entwurf des Regionalplans auszukoppeln seien und insoweit in diesem Verfahren nicht weiter berücksichtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1011010 1. Offenlage) vorgebracht. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.</p>

Bisher wird ausweislich der offiziellen Veröffentlichungen zum Sachlichen Teilplan deutlich, dass der Fokus dieses Plans nahezu ausschließlich auf der Windenergie und Windenergievorranggebieten liegt. Der Plan wird implementiert, um den rechtlichen Anforderungen des Windenergiebedarfsgesetzes zu entsprechen. (vgl. Neuaufstellung des Regionalplan Köln, unter: <https://www.bezreg-koeln.nrw.de/themen/kommunales-planung-bauen-und-verkehr/regionalplanung/neuaufstellung-regionalplan-koeln-6>). Es ist derzeit völlig offen, in welchem Regelungsumfang über andere und insbesondere welche erneuerbaren Energien in diesem Plan entschieden werden soll. Die Bedeutung von erneuerbaren Energien und die Notwendigkeit des Ausbaus entsprechender Kapazitäten zur Erzeugung nachhaltiger Energie steigen aufgrund des Ausstiegs aus den fossilen Brennstoffen und der ungewissen Zukunft der Gasversorgung. Dies entspricht auch den landesplanerischen Zielen zur Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz. Daher ist der Berücksichtigung solcher Belange hier ein besonderes Gewicht beizumessen.

Zudem können die Themen Deponie und erneuerbare Energien nicht völlig entkoppelt werden. In Grundsatz 10.2-1 LEP wird durch den Plangeber festgestellt, dass Solaranlagen explizit auf Deponien und Halden besonders wünschenswert sind, da diese besonders geeignet für ihre Errichtung sind. Dem ansonsten nur eingeschränkt nutzbaren Boden soll so eine sinnvolle und den Zielen der nachhaltigen konzeptionellen Entwicklung entsprechende Nutzung gesichert werden. Die erneuerbaren Energien können daher nicht unabhängig von einem Gesamtkonzept mit der Deponie betrachtet werden. Die Auskoppelung der Planung zu erneuerbaren Energien widerspricht daher diesem vorrangigen Grundsatz und ist im vorliegenden Zusammenhang sachwidrig.

II.

Weiterhin sind der Betrieb der Deponie und insbesondere die Bruch- und Klassierarbeiten besonders für den Standort besonders geeignet. In Ihrer Abwägung wird die Gefahr der Zersiedelung und damit ein Verstoß gegen das Ziel 6.3-3 LEP als Grund für die Ablehnung der vorgeschlagenen Entwicklung angeführt nach. Die Gefahr einer Zersiedelung besteht jedoch nicht. Eine solche liegt immer dann vor, wenn unregelmäßige und unstrukturiertes Wachstum außerhalb von ‚im Zusammenhang bebauten‘ Ortsteilen zu befürchten ist. Es kann hier schon keine Rede von einem unregelmäßigen Wachstum sein. Unsere Mandantin betreibt den Kiesabbau an diesem Standort bereits seit 1987 und seit 1990 Anlagen zum Brechen und Klassieren des Gesteins an dem Standort. Die Asphaltmischanlage wird seit 2010 am Standort betrieben. Zuvor war der Standort bereits über Jahrzehnte gewerblich für die Auskiesung und als Bauschuttdeponie genutzt worden. Die Nutzung für Solaranlagen stellt sich als Fortführung dieser Nutzungen dar, was der Grundsatz 10.2-1 LEP ausdrücklich planerisch anerkennt. Diese Nutzung führen zu einer nachhaltigen Flächenbewirtschaftung, indem bereits genutzte Flächen wieder verwendet werden und damit die Inanspruchnahme von Freiland vermieden wird. Die langjährige gewerbliche Nutzung wird damit in geordneter Weise einer zukunftsfähigen Bewirtschaftung zugeführt, die in dem Fortführungskonzept skizziert ist. Diese Nutzungen sind einerseits für die Unterbringung in geschlossenen Ortschaften ungeeignet und zum anderen zur Verwirklichung einer nachhaltigen und

klimaschützenden Kreislaufwirtschaft unabdingbar, indem sie Abfälle verwertet, indem sie aus diesen Bauprodukte herstellt und auf den Markt bringt und erneuerbare Energien erzeugt.

Anknüpfungspunkt des Ziels 6.3-3 LEP ist zum einen die Nachnutzung von Flächen, einschließlich ihrer Infrastruktur. Dies bezieht sich auf Gebiete, in denen eine ursprüngliche Nutzung bereits Flächen versiegelt und Infrastruktur geschaffen hat. In den Erläuterungen zu 6.3-3 LEP heißt es, dass dem Freiraumschutz und der kosteneffizienten Nutzung vorhandener technischer Infrastrukturen am besten durch die Festlegung neuer GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen ASB oder GIB Rechnung getragen wird. Sofern ein Anschluss an vorhandene ASB/GIB Gebiete nicht erfolgen kann, sollen gerade solche Gebiete genutzt werden, anstatt neue Infrastruktur und Versiegelungen an anderer Stelle zu schaffen. Schon aus Gründen der Effizienz kann damit der strikte Freiraumschutz durchbrochen werden. Die Weiternutzung bereits bestehender infrastruktureller Einrichtungen auf Gelände, das bereits versiegelt ist, ist deutlich weniger invasiv als die Neuerrichtung an anderer Stelle.

Solche Nachnutzung ist nach Ziel 6.3-3 LEP schutzwürdig. Auf dem Grundstück unserer Mandantin sind bereits Flächen in Anspruch genommen worden. Der weitere Betrieb dieser Anlagen in dem bereits belasteten Gebiet stellt einen insgesamt geringeren Eingriff dar als den vollständigen Abbruch und die Verlegung an andere Stelle. Eine Weiternutzung entspricht damit einer kosteneffizienten und umweltschonenden Nutzung, die eine Neuversiegelung verhindert. Zudem ist es schon der Natur der Sache nach sinnvoll die betriebene Anlage zum Bruch von Gesteinen und Herstellung von Baustoffen außerhalb in Zusammenhang bebauten Ortsteilen durchzuführen. Der Betrieb ist extrem immissionsintensiv. Es entstehen erhebliche Mengen an Staubimmissionen, sodass selbst die Nähe zu anderen Gewerbebetrieben problematisch sein kann. Gleiches gilt für die Lärmimmissionen, die beim Brechen von Gestein entstehen. Deshalb ist es kaum möglich, überhaupt geeignete Standorte für den Betrieb dieser Anlage zu finden. Solche Anlagen können weder in der Nähe zu Wohnbebauung betrieben werden noch und in typischen Industrie- und Gewerbegebieten. Auch Freiflächen-PV-Anlagen sind schon angesichts ihrer Ausdehnung für geschlossene Ortslagen ungeeignet. Zudem geht von diesen Anlagen Spiegeleffekte aus, die ihre Ansiedlung im örtlichen Zusammenhang unmöglich macht. Andererseits verträgt sich diese lärmunempfindliche Nutzung bestens mit dem Betrieb der Brecheranlagen. Die Ansiedlung im unmittelbaren Anschluss an ASB oder GIB ist daher nicht möglich (vgl. Ziel 6.3-3 Abs. 3 LEP).

III.

Des Weiteren weisen wir daraufhin, dass laut Grundsatz 5-4 des LEP, um Strukturbrüche zu vermeiden, der Strukturwandel in den Kohleregionen in regionaler Zusammenarbeit gestaltet werden soll. Dafür sollen regionale Konzepte zur Unterstützung des laufenden Strukturwandels durch Ausweisung und konzeptionelle Entwicklung geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen nachhaltig raumplanerisch unterstützt und mit geeigneten Infrastrukturmaßnahmen gefördert werden. Den Kommunen des Rheinischen Reviers soll dabei eine Sonderstellung bei der

Ausweisung zusätzlicher Industrie- und Gewerbegebiete geschaffen werden, wobei sie von der Landesregierung und den Regionalräten Köln und Düsseldorf unterstützt werden soll. Der Plangeber hat demnach gerade für diese Region vorgesehen, dass durch konzeptionelle regionale Entwicklungskonzepte geeignete Gewerbe- und Industrieflächen gefördert werden soll. Dabei wird mit der Förderung der Kreislaufwirtschaft der gesetzliche Auftrag des § 1 Abs. 1 KrWG umgesetzt. Die Förderung der "abfallarmen Kreislaufwirtschaft zur Schonung der natürlichen Ressourcen" ist auch ausdrückliches übergeordnetes Ziel der Abfallwirtschaft in NRW. "Abfälle sollen optimal als Rohstoff- und Energiequelle genutzt werden." (siehe Erläuterungen zu Ziel 8.3-1 LEP). Unsere Mandantin beabsichtigt, mit diesem zukunftsorientierten Konzept die Kreislaufwirtschaft ortsnahe umzusetzen. Die Anlagen werden genutzt, um Bauschutt zu verwerten und recycelte Baumaterialien herzustellen. Baustoffe aus natürlichen Materialien werden knapp und es werden im Interesse des Naturschutzes weniger Abbauflächen zur Gewinnung von Baumaterialien ausgewiesen. Die Gewinnung recycelter Baustoffe ist nicht nur umwelt- und ressourcenschonend, sondern auch zwingend notwendig, um zukunftsfähig zu bleiben und den Strukturwandel zu bewältigen.

IV.

In der Abwägung wird darauf hingewiesen, der Planung liege eine Darstellungsschwelle von 10 ha zugrunde, weshalb der Regionalplan insofern keine parzellenscharfen Begrenzungen erfasse und auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten sein können. Dies ist nicht plausibel, da im städtischen Bereich problemlos regelmäßig parzellen-scharfe Darstellungen in der Regionalplanung getroffen werden. Warum dies an dieser Stelle dagegen nicht möglich sein soll, ist daher nicht nachvollziehbar und erscheint willkürlich.

V.

Darüber hinaus wurde im Rahmen der Abwägung angegeben, dass laut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der umliegenden Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen werden soll, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Deshalb sei hierfür in Betracht kommende Bereiche entsprechend der Plankonzeption als BSN festgelegt worden. Die Abwägung ist nicht nachvollziehbar, da sich in den relevanten Bereich, in dem die Grundstücke unserer Mandantin liegen, kein Waldgebiet festgelegt worden ist. Der Regionalplan legt eine allgemeinen Freiraum- und Agrarfläche fest mit den Freiraumfunktionen Schutz der Natur und Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Die Festlegung Waldgebiet wird dementsprechend ausdrücklich nicht getroffen. Hinzu kommt, dass die renaturierten Flächen einer Deponie nicht als Standort für Wald geeignet sind.

VI.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass mit der Ausweisung einer allgemeinen Freiraum- und Agrarfläche im Entwurf des Regionalplans die Belange unserer Mandantin im Rahmen der Abwägung nicht ausreichend berücksichtigt wurden, obwohl diese auf der vorliegenden Planungsebene erkennbar und von Bedeutung

sind. Die damit verbundenen Abwägungsfehler gemäß § 7 Abs. 2 ROG sowie Verstöße gegen die Grundsätze der Raumordnung nach § 2 Abs. 2 Nr. 1-4 ROG führen zur Rechtswidrigkeit dieser raumordnerischen Darstellung. Im Übrigen nehmen wir auf unsere Stellungnahme vom 31.08.2022 Bezug und machen diese auch zum Gegenstand unserer Einwände hinsichtlich des derzeitigen Planungsstandes.

AZ: Ö-M-2-383	
1029447	
1035676_001	
<p>Inhalt</p> <p>Unsere Mandantin ist ein bundesweit tätiger Projektentwickler, insbesondere für Wohn- und Geschäftsgebäude sowie (großflächige) Einzelhandelsbetriebe und Nahversorger. Im Geltungsbereich des Regionalplans Köln plant unsere Mandantin derzeit drei Projekte, bei denen teilweise schon Beschlüsse zur Aufstellung eines Bebauungsplans gefasst sind, mit dem die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung der geplanten Vorhaben geschaffen werden sollen. Im Einzelnen handelt es sich um folgende Grundstücke bzw. Flächen, die teilweise im Eigentum unserer Mandantin stehen, teilweise aber auch zivilrechtlich in anderer Weise zugunsten unserer Mandantin gesichert sind.</p> <p>1. Im Bereich der Weißer Hauptstraße in Köln-Weiß ist die Entwicklung eines Wohn- und Geschäftshauses geplant. Ein Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens ist bei der zuständigen Stadt Köln gestellt worden. Bereits im Rahmen der ersten Offenlage des Entwurfs des Regionalplans Köln hat unsere Mandantin zu dieser Fläche eine Stellungnahme abgegeben.</p> <p>[Karte, Regionalplan]</p> <p>2. In Köln-Esch ist „Am Baggerfeld“ die Entwicklung eines Nahversorgungszentrums geplant. Derzeit ist beabsichtigt, einen Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens im Jahr 2025 zu stellen.</p> <p>[Karte, Regionalplan]</p> <p>3. Schließlich entwickelt unsere Mandantin in Much-Marienfeld westlich der L312 einen nicht-großflächigen Einzelhandelsbetrieb in Form eines Nahversorgers. Ein Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplans ist bereits durch die Gemeinde Much gefasst worden.</p> <p>[Karte, Regionalplan]</p> <p>Wie Sie den vorstehenden Auszügen aus dem Entwurf des derzeit erneut offengelegten bzw. veröffentlichten Regionalplans entnehmen können, liegen die Entwicklungsstandorte (teilweise) außerhalb des (Allgemeinen) Siedlungsbereichs. Sämtlichen Flächen ist jedoch gemein, dass sie unmittelbar an vorhandene Siedlungsbereiche, insbesondere solche, die durch Wohnbebauung geprägt sind,</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>zu 1.)</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. (s. ID 1007347 1. Offenlage)</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Von Seiten der Belegenheitskommune wurde keine Entwicklungsabsicht in das Verfahren eingebracht.</p> <p>Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder</p>

anschließen, sodass wir anregen, die zuvor genannten Flächen in den Allgemeinen Siedlungsbereich einzubeziehen.

Dies beruht auf folgenden Erwägungen:

Nach der Planbegründung, S. 88 f., ist unter Beachtung raumordnerischer Vorgaben im Rahmen des Planaufstellungsverfahrens eine Identifizierung von Flächen vorgenommen worden, die für eine zukünftige Siedlungsentwicklung die beste Eignung aufweisen. Dazu gab es Gelegenheit zur aktiven Rückmeldung für die Kommunen. Besonders hervorzuheben ist dabei, dass die Entwicklungsabsichten der Kommunen im Sinne des Gegenstromprinzips bei der Festlegung neuer Siedlungsbereiche berücksichtigt worden sind. Auch der Abwägungsvorschlag des Regionalplanungsträgers zu der Stellungnahme unserer Mandantin im Rahmen der ersten Offenlage des Entwurfs des Regionalplans Köln zu dem unter 1. dargestellten Standort in Köln-Weiß belegt, dass die kommunale Entwicklungsabsicht eine wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Ein Sicherungserfordernis mittels der Festlegung von Siedlungsbereichen besteht daher insbesondere, wenn eine kommunale Entwicklungsabsicht besteht.

Für die einzelnen, oben genannten Flächen bedeutet dies Folgendes:

Zu 1.:

Für den Standort in Köln-Weiß wurde bereits ein Antrag auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens gestellt. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt Köln ein entsprechendes Verfahren einleiten wird, da Vorgespräche bereits positiv verlaufen sind. Dementsprechend besteht für die Fläche eine kommunale Entwicklungsabsicht. Hinzu kommt, dass die Fläche nördlich der Weißer Hauptstraße und der Ludwigstraße unmittelbar an bereits vorhandene Siedlungsbereiche angrenzt. Ein baulicher Bestand ist im Übrigen auch westlich bzw. nordwestlich des Vorhabengrundstücks vorhanden. Es bietet sich daher an, den Allgemeinen Siedlungsbereich geringfügig Richtung Norden zu erweitern, um unter Berücksichtigung des vorhandenen baulichen Bestands die Siedlungsentwicklung in diesem Bereich abzurunden. Dass eine geringfügige Erweiterung des Siedlungsbereichs nicht nur sinnvoll, sondern auch zulässig ist – insbesondere unter Beachtung der Raum- und Umweltverträglichkeit sowie der landesplanerischen Vorgaben – belegt die Festlegung der Überschwemmungsbereiche. Denn dem Entwurf des Regionalplans lässt sich eindeutig entnehmen, dass das Vorhabengrundstück das letzte Grundstück im östlichen Bereich von Köln-Weiß ist, das außerhalb eines im Regionalplan festgelegten Überschwemmungsbereichs liegt.

Zu 2.:

Gleiches (mit Ausnahme des Überschwemmungsbereichs) gilt für den Entwicklungsstandort in Köln-Esch. Wie sich dem derzeit erneut offengelegten bzw. veröffentlichten Entwurf des Regionalplans Köln entnehmen lässt, ist über den bereits vorhandenen baulichen Bestand hinaus der Allgemeine Siedlungsbereich in Richtung

Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

zu 2.)

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Festlegung des Freiraumbereichs für zweckgebundene Nutzungen – Aufschüttungen und Ablagerungen: Abfalldeponien erfolgt auf Grundlage von Z. 41.

Zu 3.)

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme

Süden fortgeführt worden. Der Plangeber geht also in diesem Bereich davon aus, dass eine Siedlungsentwicklung über den baulichen Bestand hinaus wünschenswert ist. Diese Festlegung des Siedlungsbereichs hat für unsere Mandantin zur Folge, dass das Vorhabengrundstück etwa zur Hälfte im Allgemeinen Siedlungsbereich liegt. Um die beabsichtigte Entwicklung eines Nahversorgungszentrums für Köln-Esch zu ermöglichen und um den Allgemeinen Siedlungsbereich zugleich zu arrondieren, ist es sowohl aus raumordnerischer als auch aus städtebaulicher Sicht wünschenswert, den Allgemeinen Siedlungsbereich geringfügig in Richtung Osten zu erweitern. Dass in diesem Bereich eine kommunale Entwicklungsabsicht zugunsten der Nahversorgung besteht, dürfte unstreitig sein. Der Ortsteil Auweiler verfügt über keinen und der Ortsteil Esch lediglich über einen nicht großflächigen Lebensmitteleinzelhandelsbetrieb, der mit der geplanten bzw. in die geplante Entwicklungsmaßnahme verlagert und zukunftsfähig aufgestellt werden soll, sodass bereits gewichtige städtebauliche Gründe in Form der Nahversorgung der Bevölkerung für die Ansiedlung sprechen. Hinzu kommt, dass die nächstgelegenen Betriebe in städtebaulich nicht integrierter Lage – und damit aus raumordnungsrechtlicher Sicht in nicht wünschenswerter Lage – im Gewerbegebiet Pesch liegen. Geprüft werden sollte, ob die Festlegung des Freiraumbereichs für zweckgebundene Nutzungen – Aufschüttungen und Ablagerungen: Abfalldeponien – südöstlich des Entwicklungsstandortes gerechtfertigt ist, da die offengelegten Unterlagen dazu keine Angaben enthalten. Zudem sollte geprüft werden, ob eine solche Festlegung zum unmittelbar angrenzenden Siedlungsbereich verträglich ist. Anderenfalls scheitert die Festlegung bereits daran, dass sie dauerhaft nicht umsetzbar sein wird. Nach dem Kenntnisstand unserer Mandantin beabsichtigen die derzeitigen Eigentümer im Übrigen weder, auf der Fläche eine Deponie anzusiedeln, noch, die Grundstücke zu veräußern. Denn auf dieser Fläche befindet sich ein See (ehemaliger Baggersee), der langfristig an einen Fischereiverein verpachtet ist.

Zu 3.:

Schließlich ist auch für den Entwicklungsstandort in Much-Marienfeld die Festlegung eines (Allgemeinen) Siedlungsbereichs sowohl aus raumordnerischer als auch aus städtebaulicher Sicht wünschenswert. Unabhängig davon, dass unsere Mandantin davon ausgeht, dass die Bauleitpläne für die Ansiedlung eines nicht-großflächigen Einzelhandelsbetriebs in Form eines Nahversorgers bereits derzeit im Einklang mit den raumordnungsrechtlichen Vorgaben aufgestellt werden können, ist die Einbeziehung dieser Fläche zur Arrondierung des Siedlungsbereichs wünschenswert. Dies beruht nämlich auch auf dem Umstand, dass in unmittelbarer Nähe zum Kreuzungsbereich Werschtalstraße/Mucher Straße sowohl Wohnbebauung als auch ein Feuerwehrgerätehaus vorhanden sind. Unmittelbar nördlich an die Entwicklungsfläche grenzt ebenfalls ein baulicher Bestand an, der im Zusammenhang mit den weiteren baulichen Anlagen sowie der nahe gelegenen Wohnbebauung für eine sinnvolle Abrundung des Siedlungsbereichs spricht. Da der Beschluss zur Aufstellung der Bauleitpläne bereits gefasst worden ist, besteht eine konkrete kommunale Entwicklungsabsicht, die ihren Niederschlag im Regionalplan Köln finden sollte.

Wir regen deshalb noch einmal an, die zuvor genannten Flächen aus den

gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Im Übrigen ist entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Ein kommunaler Entwicklungswunsch der in Rede stehenden Fläche wurde im Rahmen des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans bisher nicht vorgetragen. Weiterhin bleiben die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

dargestellten Gründen in den (Allgemeinen) Siedlungsbereich aufzunehmen.

Wir gehen davon aus, dass mit der geringfügigen Erweiterung der Siedlungsbereiche und der damit verbundenen raumordnerisch und städtebaulich wünschenswerten Arrondierung keine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen i.S.v. § 9 Abs. 3 Satz 1 ROG einhergeht, weshalb eine erneute Veröffentlichung des Entwurfs des Regionalplans Köln im Falle einer entsprechenden Änderung nicht erforderlich ist.

AZ: Ö-M-2-384	
1029459	
1035677_001	
<p>Inhalt</p> <p>Erneute dringende Stellungnahme zu Öff RPlan Neuaufstellung: Bebauungsplanverfahren Euskirchen-Weidesheim Bebauungsplan Nr.2, Frist: 15.11.2024: (Bezug auf zugrunde liegendes Bodengutachten Seite 6)</p> <p>Ein flächendeckendes Baugebiet der Investorengruppe [ANONYMISIERTE] wird von Ihrer Behörde als unbedenklich bewertet und genehmigt. Interessanterweise liegt hierzu kein Hochwasser-Managementplan der Stadt Euskirchen vor.</p> <p>Vielleicht ist es Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, dass im Bodengutachten (Seite 6) auf „Wasserstauer“ hingewiesen wurde. Ich möchte hierzu erläutern: Das projektierte Baugebiet liegt nachweislich direkt im Hochwasser-Bereich des Niederkastenholzer Fließ, ein Entwässerungsgraben, der im Nah-Bereich der Steinbach-Talsperre beginnt und im Weidesheimer Bereich des Erftmühlenbach mündet. Historisch gesehen war das Fließ wahrscheinlich ein Nebenarm des Steinbachs, der historisch über die Zeit als begradigter Graben gestaltet wurde. Das gesamte Strecken-Gefälle dieses Grabens ist enorm. Bei Starkregenereignissen wird dieser Entwässerungsgraben zum reißenden Strom und überflutet das Auengelände in Weidesheim (siehe beigefügte Karte).</p> <p>Wie der Name Weidesheim schon sagt, gab es hier früher nur Wiesen, da der Boden ursprünglich Sumpfgelände war. Eine durchgehende, mehrere Meter dicke Lehmschicht unter der Humusschicht trägt zur schnellen Staunässebildung bei. Mittels Ackerdränagen, Gräben und der Tagebautätigkeit im Revier Hambach wurde die Gegend hier relativ trocken und aus den „Sauerwiesen“ wurde Ackerland. Was im Umweltgutachten des Investor [ANONYMISIERTE] nicht erwähnt wird, ist das das Gärtneriegelände nur zur Hälfte dem Gartenbau diente. Die andere Hälfte (parallel zum Niederkastenholzer Fließ) war immer Wiesenfläche bzw. das natürliche Ausdehnungsgebiet bei Überschwemmung.</p> <p>Leider wurde es in der Vergangenheit versäumt, das Landschaftsschutzgebiet im Weidesheimer Auenbereich des Niederkastenholzer Fließ als solches auszuweisen. Bebauungsgeschichtlich erklärt dieser Wasserstaubereich warum das Siedlungsgebiet zwischen Weidesheim und Kuchenheim in diesem Bereich offengelassen wurde – es ist seit Jahrhunderten eine natürliche Flutfläche! Dass die baulich kleine Kleeburg einen verhältnismäßigen viel zu überdimensionierten Wassergraben hat, ist kein Zufall, sondern diesen Bedingungen geschuldet!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

Ihre Aufgabe ist es Schaden von der Bevölkerung abzuwenden und natürliche Auenlandschaften zu schützen, zu erhalten und eben dort Neubaugebiete zu verhindern. Die Starkregen-Schäden in Spanien vor 2 Wochen haben uns allen gezeigt, dass neue Siedlungsgebiete in Gefahrenzonen zu bannen sind. Stoppen Sie sofort weitere Planungen- auch im Hinblick, dass der Tagebau in Hambach in ein paar Jahren eingestellt wird und der Grundwasserspiegel erheblich steigen wird!

[Abbildung]

AZ: Ö-M-2-385	
1029474	
1035732_002	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_002 verwiesen.</p>
<p>2. Änderungsnummern 1011588, 1005720, 1005721, 1005722, 1005723</p> <p>Die nachteiligen Auswirkungen von möglichen neuen Siedlungen im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel auf Klima, Verkehr, Natur und Naherholung wurden in unserer</p> <p>Stellungnahme zum ersten Regionalplanentwurf bereits dargestellt. Vor diesem Hintergrund der sind die folgenden Änderungen positiv zu bewerten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Bonn die Herausnahme des Siedlungsbereiches Roleber (1011588). Er wurde als Regionaler Grünzug festgesetzt. - In Königswinter-Vinxel die Herausnahme eines Teils des Siedlungsbereiches Auf den Steinen (1005720), mit Festsetzung als Regionaler Grünzug, und die Herausnahme eines Siedlungsbereiches zwischen Vinxel und Stieldorf (1005721) mit Festsetzung zum „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“. - In Königswinter-Stieldorf die Herausnahme eines Bereiches in Oelinghoven (1005723) mit Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“, und eines Teils des Pastorsackers zwischen Dispenbachtalstraße und der Straße nach Birlinghoven (1005722), Festlegung als Regionaler Grünzug. Der Supermarkt, der auf der Anhöhe des Pastorsacker durch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) geplant worden war, wurde 2021 von der Bezirksregierung abgelehnt; sie übernahm 2022 die damalige Empfehlung des Stadtrats für einen Siedlungsbereich. Alle genannten Bereiche, also auch 1011588 und 1005720 sowie 1005722, verdienen die Festlegung nicht nur als „regionaler Grünzug“, sondern auch „zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung.“ Viele Jahrzehnte lang war bisher im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel Landschaftsschutz vorherrschend. Diese Bereiche waren und sind weiterhin Teil des Naturpark Siebengebirge. Der Erholungswert und das Landschaftsbild dieses Teils des Ennert und Pleiser Ländchens sind nicht weniger schützenswert als im Umfeld, in dem laut zweitem Entwurf richtiger Weise Landschaftsschutz bestehen bleiben soll. 	

Inhalt

3. Neue Daten über den Wohnbauflächenbedarf in Königswinter
Zwischenzeitlich hat im Juni 2024 die Königswinterer Verwaltung einen Flächennutzungsplanentwurf „Fachbeitrag Wohnen und Demografie“ für den Wohnbauflächenbedarf bis 2042 vorgelegt. Darin wurde das bereits vorhandene Potenzial wie existierende Bebauungspläne und Baulücken weit unterschätzt, in dem - erstens (als größter Posten) der Risikoabschlag etwa doppelt so hoch (bis zu 55%) angesetzt wird wie es die Bezirksregierung als Planungspauschale (20%) zur Abdeckung derselben bauleitplanerischer Risiken einrechnet.

- Zweitens, dass der Neubau im Bestand zunimmt, vor allem bei hohem Sanierungsbedarf und wenn Bauland knapp und teuer ist, das wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.
- Drittens wurden Möglichkeiten durch Umnutzung und Nachverdichtung, die andere Kommunen fördern, gar nicht erst berücksichtigt. Der Grund „man könne sie nicht verlässlich beziffern“, gilt aber auch für jede andere der genutzten Prognosen.

Ergebnis: Die Vorgabe der Bezirksregierung von 2.850 Wohneinheiten bis 2042 für Königswinter insgesamt kann, wenn man die Höhe des Risikoabschlags nicht kommunal selbst festlegt, sondern an der Bezirksregierung ausrichtet und das NEILA Dichtekonzept wie vorgesehen anwendet, mit den vorhandenen Potenzialen erfüllt werden. Man könnte daher auf die vorgeschlagenen 26 Hektar Siedlungsbereiche im Regionalplan (Stieldorf ca 16 Hektar, Vinxel ca 10 Hektar) gänzlich verzichten.

Quellen siehe: Kommentar zum Fachbeitrag Wohnen und Demografie des Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V.
Was mit einem Verzicht auf die geplanten Siedlungsbereiche in Stieldorf und Vinxel erreicht werden kann:

- Bedarfsdeckung mit Wohnbauflächen,
- Vermeidung von massiven Verkehrsproblemen im Raum Stieldorf/Vinxel und auch in Beuel;
- Vermeidung von Klimagasemissionen;
- Einsparung von Kosten für Hitzeschutzmaßnahmen, die die vorhandenen Äcker kostenlos liefern;
- und Erhaltung der klimarelevanten Böden, des Offenlandbiotops und der Freiraum- und Agrarbereiche.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_003 verwiesen.

1035732_004

Inhalt

4. Neue Herausnahmeempfehlung des Rats der Stadt Königswinter
Der Rat der Stadt Königswinter hat am 4.11.2024 beschlossen, einen Siedlungsbereich (ca 10 Hektar) in Königswinter-Vinzel zur Herausnahme aus dem Regionalplan zu empfehlen. Die Bezeichnung des dortigen ehemaligen, am 27.4.2022 gelöschten Bebauungsplans 50/19, lautet „Westlich und östlich der Holtorfer Straße“. Auch hier ist „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ die angemessene Festlegung, mit derselben Begründung wie oben. Unser Verein hat den Ratsmitgliedern vorgeschlagen, nach dem Feststellungsbeschluss einen regulären Antrag auf Regionalplanänderung zu stellen, falls der Siedlungsbereich nicht mehr vor dem Feststellungsbeschluss herausgenommen wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um eine Auszug der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_004 verwiesen.

AZ: Ö-M-2-386	
1028477	
1035734_001	
<p>Inhalt</p> <p>Die [ANONYMISIERT], zu der unsere Mandantin gehört, betreibt bundesweit zahlreiche Möbel- und Einrichtungshäuser ([ANONYMISIERT]) an verschiedenen Standorten und ist Eigentümerin der jeweiligen (bebauten) Grundstücke.</p> <p>Im Geltungsbereich des Regionalplans Köln ist unsere Mandantin u.a. Eigentümerin der Grundstücke [ANONYMISIERT] in Köln mit der postalischen Anschrift [ANONYMISIERT] sowie der Grundstücke [ANONYMISIERT] in Bergheim mit der postalischen Anschrift [ANONYMISIERT]. Auf den zuvor genannten Grundstücken betreibt unsere Mandantin jeweils ein[ANONYMISIERT] nebst zugehöriger Stellplatzanlage.</p> <p>Für die Grundstücke in Köln stellt sich die bauplanungsrechtliche Situation wie folgt dar:</p> <p>Der wirksame Flächennutzungsplan der Stadt Köln stellt für das Grundstück eine Sonderbaufläche dar. Im Bebauungsplan Nr. 74420/02 der Stadt Köln, in Kraft getreten durch ortsübliche Bekanntmachung vom 04.05.1992, ist für das Grundstück ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung großflächiger Einzelhandel – Möbelmarkt – festgesetzt. In der Planbegründung zu diesem Bebauungsplan wird ausgeführt, dass das Grundstück als Sondergebiet für großflächigen Einzelhandel mit dem Wirtschaftszweig Möbelmarkt festgesetzt wird, um den Fortbestand und die Entwicklungsmöglichkeiten des Betriebs zu gewährleisten.</p> <p>Für das Grundstück in Bergheim stellt sich die bauplanungsrechtliche Situation wie folgt dar:</p> <p>Der wirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Bergheim stellt für das Grundstück eine Sonderbaufläche dar. Der Vorhaben- und Erschließungsplan Lechenicher Straße/ Zieverich, in Kraft getreten durch ortsübliche Bekanntmachung vom 17.07.1998, setzt für das Grundstück ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Möbelhaus fest. Nach diesem Bebauungsplan ist auf dem Grundstück ein Möbelhaus nebst Stellplatzanlage zulässig.</p> <p>Der nunmehr erneut offenliegende Entwurf des Regionalplans Köln legt für die beiden Grundstücke Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzung (GIB) fest.</p> <p>Gegen die Festlegung eines GIB bestehen für beide zuvor genannten Grundstücke in Köln und Bergheim grundlegende Rechtmäßigkeitsbedenken:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass auf Ebene des Regionalplans darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf besteht. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht in diesem Falle ein Sicherungserfordernis als GIB, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

Die Festlegung eines GIB für die betroffenen Grundstücke unserer Mandantin führt nach Ziel 10 der textlichen Festlegungen des Entwurfs des Regionalplans Köln dazu, dass Entwicklungspotentiale für die von unserer Mandantin betriebenen großflächigen Einzelhandelsbetriebe nicht bestehen. Denn Planungen und Maßnahmen, die mit einer gewerblichen oder industriellen Nutzung nicht vereinbar sind, sind auszuschließen. Auszuschließen ist demnach insbesondere der großflächige Einzelhandel (vgl. Ziel 6.5-1 LEP NRW). Zukünftige Änderungen der Bebauungspläne, die die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Betriebe unserer Mandantin geschaffen haben und sichern, scheitern daher zwangsläufig an entgegenstehenden Zielen der Raumordnung. Damit ist unsere Mandantin auch daran gehindert, die im großflächigen Einzelhandel regelmäßig auftretenden Anpassungsbedarfe, die maßgeblich auf die sich rasant ändernden Wünsche und Erwartungen der Kunden beruhen, umzusetzen, was zwangsläufig zu wirtschaftlichen Schäden führen wird. Selbst Befreiungen vom Bebauungsplan nach § 31 Abs. 2 BauGB können nicht erteilt werden, da die Ziele der Raumordnung in Form des GIB als öffentliche Belange der Erteilung von Befreiungen in der Regel entgegenstehen.

Die beabsichtigte Festlegung als GIB berücksichtigt daher weder die grundrechtlich geschützten Interessen und Rechte unserer Mandantin aus Art. 12 und Art. 14 GG noch die in der Planbegründung angeführte bedarfsgerechte Festlegung von Siedlungsbereichen.

Im Einzelnen:

Nach der Rechtsprechung des OVG Münster sind nach den Vorschriften des Raumordnungsgesetzes in die Abwägung alle öffentlichen und privaten Belange einzustellen, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind. Abwägungsrelevant sind alle Belange, die mehr als geringwertig, schutzwürdig, nicht mit einem Makel behaftet und für den Planer erkennbar sind. Aus den Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden übergeordneten Planung, ihrer weiträumigen Sichtweise und ihrem Rahmencharakter ergibt sich die Befugnis des Planungsträgers zur Typisierung. Das Abwägungsmaterial braucht mithin nicht so kleinteilig zusammengestellt zu werden wie auf den nachgeordneten Planungsebenen, **es sei denn, kleinteilige private Belange wären dann auf der nachfolgenden Planungs- oder Zulassungsebene nicht mehr zu prüfen.**

OVG Münster, Urteil v. 21.03.2024 – 11 D 133/20.NE –, juris Rn. 287 ff

In diesem Kontext ist weiter zu beachten, dass nach der Planbegründung, dort S. 57, auf der Grundlage des Gegenstromprinzips und der kommunalen Planungshoheit rechtskräftige FNP-Darstellungen für Bauflächen im Sinn eines Vertrauensschutzes bzw. übertragenen „Bestandsschutzes“ berücksichtigt worden sein sollen. Entsprechend heißt es dazu auf S. 87 der Planbegründung, dass sich die Siedlungsbereichsdarstellungen grundsätzlich an der FNP-Darstellung orientieren, die in der Regel in den Siedlungsraum einbezogen wird. Ausnahmen sollen dabei lediglich bandartige Entwicklungen, Splittersiedlungen und unerwünschte oder konflikträchtige Siedlungsentwicklungen darstellen.

Im Übrigen richtet sich die Planung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben nach den landesplanerischen Vorgaben gemäß Kapitel 6.5 LEP NRW. Hiernach ist eine Überplanung von vorhandenen Standorten mit großflächigem Einzelhandel möglich, sofern die landesplanerischen Vorgaben beachtet werden. Auf bauleitplanerischer Ebene kann für kommunale Planungsvorhaben eine kontinuierliche Abstimmung und Beratung durch die Regionalplanungsbehörde im Rahmen von Anfragen nach § 34 LPLG NRW bzw. deren Vorbereitung gewährleistet werden.

Unter Berücksichtigung der wirksamen Darstellungen im Flächennutzungsplan, der rechtskräftigen Festsetzungen in den zuvor genannten Bebauungsplänen, des baulichen Bestands sowie der ausgeübten Nutzung und den damit im Zusammenhang stehenden Grundrechten aus Art. 12 und Art. 14 GG (Recht am ausgeübten und eingerichteten Gewerbebetrieb sowie Eigentumsgrundrecht) erweist sich die erneut offengelegte Planung nach Maßgabe der Ausführungen in der Planbegründung als offensichtlich abwägungsfehlerhaft. Denn es ist kein Grund ersichtlich, weshalb für die Grundstücke unserer Mandantin sowie die bauleitplanerisch abgesicherten und bestandsgeschützten Betriebe unserer Mandantin Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festgelegt werden. Mit dieser Festlegung belegt der Plangeber vielmehr, dass er die Maßstäbe für die Sicherung des Bestands, die er sich selbst auferlegt hat und die sich in der Planbegründung finden, zu Lasten unserer Mandantin nicht rechtmäßig angewandt hat.

Wir regen deshalb an, die festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen für die zuvor genannten Grundstücke zurückzunehmen und für diese Flächen einen Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) festzulegen.

Wir gehen des Weiteren davon aus, dass diese Änderung nicht zu einer erneuten Offenlage bzw. Veröffentlichung führen wird, da die Änderung in einen ASB lediglich die kommunale Planung nachzeichnet und den Eigentümer- und Betriebsinteressen unserer Mandantin entspricht, sodass eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen i.S.d. § 9 Abs. 3 Satz 1 ROG auszuschließen ist.

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-387	
1029475	
1035733_002	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Siehe dazu Ausgleichsvorschlag ID 1033120_002.</p>
<p>2. Änderungsnummern 1011588, 1005720, 1005721, 1005722, 1005723</p> <p>Die nachteiligen Auswirkungen von möglichen neuen Siedlungen im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel auf Klima, Verkehr, Natur und Naherholung wurden in unserer</p> <p>Stellungnahme zum ersten Regionalplanentwurf bereits dargestellt. Vor diesem Hintergrund der sind die folgenden Änderungen positiv zu bewerten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Bonn die Herausnahme des Siedlungsbereiches Roleber (1011588). Er wurde als Regionaler Grünzug festgesetzt. - In Königswinter-Vinxel die Herausnahme eines Teils des Siedlungsbereiches Auf den Steinen (1005720), mit Festsetzung als Regionaler Grünzug, und die Herausnahme eines Siedlungsbereiches zwischen Vinxel und Stieldorf (1005721) mit Festsetzung zum „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“. - In Königswinter-Stieldorf die Herausnahme eines Bereiches in Oelinghoven (1005723) mit Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“, und eines Teils des Pastorsackers zwischen Dissenbachtalstraße und der Straße nach Birlinghoven (1005722), Festlegung als Regionaler Grünzug. Der Supermarkt, der auf der Anhöhe des Pastorsacker durch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) geplant worden war, wurde 2021 von der Bezirksregierung abgelehnt; sie übernahm 2022 die damalige Empfehlung des Stadtrats für einen Siedlungsbereich. <p>Alle genannten Bereiche, also auch 1011588 und 1005720 sowie 1005722, verdienen die Festlegung nicht nur als „regionaler Grünzug“, sondern auch „zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung.“ Viele Jahrzehnte lang war bisher im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel Landschaftsschutz vorherrschend. Diese Bereiche waren und sind weiterhin Teil des Naturpark Siebengebirge.</p> <p>Der Erholungswert und das Landschaftsbild dieses Teils des Ennert und Pleiser Ländchens sind nicht weniger schützenswert als im Umfeld, in dem laut zweitem Entwurf richtiger Weise Landschaftsschutz bestehen bleiben soll.</p>	

Inhalt

3. Neue Daten über den Wohnbauflächenbedarf in Königswinter
Zwischenzeitlich hat im Juni 2024 die Königswinterer Verwaltung einen Flächennutzungsplanentwurf „Fachbeitrag Wohnen und Demografie“ für den Wohnbauflächenbedarf bis 2042 vorgelegt. Darin wurde das bereits vorhandene Potenzial wie existierende Bebauungspläne und Baulücken weit unterschätzt, in dem

- erstens (als größter Posten) der Risikoabschlag etwa doppelt so hoch (bis zu 55%) angesetzt wird wie es die Bezirksregierung als Planungspauschale (20%) zur Abdeckung derselben bauleitplanerischer Risiken einrechnet.
- Zweitens, dass der Neubau im Bestand zunimmt, vor allem bei hohem Sanierungsbedarf und wenn Bauland knapp und teuer ist, das wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.
- Drittens wurden Möglichkeiten durch Umnutzung und Nachverdichtung, die andere Kommunen fördern, gar nicht erst berücksichtigt. Der Grund „man könne sie nicht verlässlich beziffern“, gilt aber auch für jede andere der genutzten Prognosen.

Ergebnis: Die Vorgabe der Bezirksregierung von 2.850 Wohneinheiten bis 2042 für Königswinter insgesamt kann, wenn man die Höhe des Risikoabschlags nicht kommunal selbst festlegt, sondern an der Bezirksregierung ausrichtet und das NEILA Dichtekonzept wie vorgesehen anwendet, mit den vorhandenen Potenzialen erfüllt werden. Man könnte daher auf die vorgeschlagenen 26 Hektar Siedlungsbereiche im Regionalplan (Stieldorf ca 16 Hektar, Vinxel ca 10 Hektar) gänzlich verzichten.
Quellen siehe: Kommentar zum Fachbeitrag Wohnen und Demografie des Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V.
Was mit einem Verzicht auf die geplanten Siedlungsbereiche in Stieldorf und Vinxel erreicht werden kann:

- Bedarfsdeckung mit Wohnbauflächen,
- Vermeidung von massiven Verkehrsproblemen im Raum Stieldorf/Vinxel und auch in Beuel;
- Vermeidung von Klimagasemissionen;
- Einsparung von Kosten für Hitzeschutzmaßnahmen, die die vorhandenen Äcker kostenlos liefern;
- und Erhaltung der klimarelevanten Böden, des Offenlandbiotops und der Freiraum- und Agrarbereiche.

Abwägung

Typ
Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Siehe dazu Ausgleichsvorschlag ID 1033120_003.

1035733_004

Inhalt

4. Neue Ausnahmeempfehlung des Rats der Stadt Königswinter
Der Rat der Stadt Königswinter hat am 4.11.2024 beschlossen, einen Siedlungsbereich (ca 10 Hektar) in Königswinter-Vinzel zur Ausnahme aus dem Regionalplan zu empfehlen. Die Bezeichnung des dortigen ehemaligen, am 27.4.2022 gelöschten Bebauungsplans 50/19, lautet „Westlich und östlich der Holtorfer Straße“. Auch hier ist „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ die angemessene Festlegung, mit derselben Begründung wie oben. Unser Verein hat den Ratsmitgliedern vorgeschlagen, nach dem Feststellungsbeschluss einen regulären Antrag auf Regionalplanänderung zu stellen, falls der Siedlungsbereich nicht mehr vor dem Feststellungsbeschluss herausgenommen wird.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Siehe dazu Ausgleichsvorschlag ID 1033120_004.

AZ: Ö-M-2-388	
1029476	
1035735_002	
<p>Inhalt</p> <p>2. Änderungsnummern 1011588, 1005720, 1005721, 1005722, 1005723 Die nachteiligen Auswirkungen von möglichen neuen Siedlungen im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel auf Klima, Verkehr, Natur und Naherholung wurden in unserer Stellungnahme zum ersten Regionalplanentwurf bereits dargestellt. Vor diesem Hintergrund der sind die folgenden Änderungen positiv zu bewerten:</p> <ul style="list-style-type: none"> - in Bonn die Herausnahme des Siedlungsbereiches Roleber (1011588). Er wurde als Regionaler Grünzug festgesetzt. - In Königswinter-Vinxel die Herausnahme eines Teils des Siedlungsbereiches Auf den Steinen (1005720), mit Festsetzung als Regionaler Grünzug, und die Herausnahme eines Siedlungsbereiches zwischen Vinxel und Stieldorf (1005721) mit Festsetzung zum „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“. - In Königswinter-Stieldorf die Herausnahme eines Bereiches in Oelinghoven (1005723) mit Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“, und eines Teils des Pastorsackers zwischen Dissenbachtalstraße und der Straße nach Birlinghoven (1005722), Festlegung als Regionaler Grünzug. Der Supermarkt, der auf der Anhöhe des Pastorsacker durch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) geplant worden war, wurde 2021 von der Bezirksregierung abgelehnt; sie übernahm 2022 die damalige Empfehlung des Stadtrats für einen Siedlungsbereich. <p>Alle genannten Bereiche, also auch 1011588 und 1005720 sowie 1005722, verdienen die Festlegung nicht nur als „regionaler Grünzug“, sondern auch „zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung.“ Viele Jahrzehnte lang war bisher im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel Landschaftsschutz vorherrschend. Diese Bereiche waren und sind</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_002 verwiesen.</p>

<p>weiterhin Teil des Naturpark Siebengebirge. Der Erholungswert und das Landschaftsbild dieses Teils des Ennert und Pleiser Ländchens sind nicht weniger schützenswert als im Umfeld, in dem laut zweitem Entwurf richtiger Weise Landschaftsschutz bestehen bleiben soll.</p>	
---	--

Inhalt

3. Neue Daten über den Wohnbauflächenbedarf in Königswinter
 Zwischenzeitlich hat im Juni 2024 die Königswinterer Verwaltung einen Flächennutzungsplanentwurf „Fachbeitrag Wohnen und Demografie“ für den Wohnbauflächenbedarf bis 2042 vorgelegt. Darin wurde das bereits vorhandene Potenzial wie existierende Bebauungspläne und Baulücken weit unterschätzt, in dem

- erstens (als größter Posten) der Risikoabschlag etwa doppelt so hoch (bis zu 55%) angesetzt wird wie es die Bezirksregierung als Planungspauschale (20%) zur Abdeckung derselben bauleitplanerischer Risiken einrechnet.
- Zweitens, dass der Neubau im Bestand zunimmt, vor allem bei hohem Sanierungsbedarf und wenn Bauland knapp und teuer ist, das wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.
- Drittens wurden Möglichkeiten durch Umnutzung und Nachverdichtung, die andere Kommunen fördern, gar nicht erst berücksichtigt. Der Grund „man könne sie nicht verlässlich beziffern“, gilt aber auch für jede andere der genutzten Prognosen.

Ergebnis: Die Vorgabe der Bezirksregierung von 2.850 Wohneinheiten bis 2042 für Königswinter insgesamt kann, wenn man die Höhe des Risikoabschlags nicht kommunal selbst festlegt, sondern an der Bezirksregierung ausrichtet und das NEILA Dichtekonzept wie vorgesehen angewendet, mit den vorhandenen Potenzialen erfüllt werden. Man könnte daher auf die vorgeschlagenen 26 Hektar Siedlungsbereiche im Regionalplan (Stieldorf ca 16 Hektar, Vinxel ca 10 Hektar) gänzlich verzichten.

Quellen siehe: Kommentar zum Fachbeitrag Wohnen und Demografie des Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V.

Was mit einem Verzicht auf die geplanten Siedlungsbereiche in Stieldorf und Vinxel erreicht werden kann:

- Bedarfsdeckung mit Wohnbauflächen,
- Vermeidung von massiven Verkehrsproblemen im Raum Stieldorf/Vinxel und auch in Beuel;
- Vermeidung von Klimagasemissionen;
- Einsparung von Kosten für Hitzeschutzmaßnahmen, die die vorhandenen Äcker kostenlos liefern;
- und Erhaltung der klimarelevanten Böden, des Offenlandbiotops und der Freiraum- und Agrarbereiche.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_003 verwiesen.

1035735_004	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es handelt sich um einen Auszug aus der Stellungnahme ID 1033120. Es wird daher auf den Ausgleichsvorschlag ID 1033120_004 verwiesen.</p>
<p>4. Neue Herausnahmeempfehlung des Rats der Stadt Königswinter</p> <p>Der Rat der Stadt Königswinter hat am 4.11.2024 beschlossen, einen Siedlungsbereich (ca 10 Hektar) in Königswinter-Vinxel zur Herausnahme aus dem Regionalplan zu empfehlen. Die Bezeichnung des dortigen ehemaligen, am 27.4.2022 gelöschten Bebauungsplans 50/19, lautet „Westlich und östlich der Holtorfer Straße“. Auch hier ist „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ die angemessene Festlegung, mit derselben Begründung wie oben. Unser Verein hat den Ratsmitgliedern vorgeschlagen, nach dem Feststellungsbeschluss einen regulären Antrag auf Regionalplanänderung zu stellen, falls der Siedlungsbereich nicht mehr vor dem Feststellungsbeschluss herausgenommen wird.</p>	

AZ: Ö-M-2-390	
1029483	
1035746_001	
<p>Inhalt</p> <p>Absichtserklärung über den Erhalt der Flächen im Eigentum</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren der Regionalplanung Köln,</p> <p>hiermit möchten wir Ihnen mitteilen, dass die Eigentümer der Flächen, des im Regionalplan vorgesehenen Industriegebietes Rospe, fest entschlossen sind, diese Grundstücke nicht zu veräußern. Das betrifft nahezu 100% der verplanten Flächen. Auch die nächste Generation der Eigentümer, also die potenziellen Erben, wird an dieser Haltung festhalten und plant ebenfalls keinen Verkauf der betroffenen Flächen.</p> <p>Diese Entscheidung ist keineswegs neu und wurde bereits im Jahr 2018 an die Stadt Gummersbach kommuniziert. Dennoch möchten wir diesen Standpunkt noch einmal ausdrücklich bekräftigen, um Missverständnisse oder Fehlplanungen zu vermeiden.</p> <p>Wir bitten Sie daher, diese Information in Ihrer Planung entsprechend zu berücksichtigen.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. unter anderem ID 1006851_001, ID 1007058_001, ID 1007076_001, ID 1009217_001, ID 1007060_001, ID 1007135_001, ID 1007278_002 im Rahmen der 1. Offenlage).</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

AZ: Ö-M-2-391	
1029484	
1035748_001	
<p>Inhalt</p> <p>Bezug nehmend auf die Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln vom 07.10.2024 betreffend die erneute öffentliche Auslegung im Rahmen des Erarbeitungsverfahrens für den Regionalplan Köln („ENTWURF RP K“) nehmen wir im eigenen Namen und im Namen und im Auftrag der Gesellschaften B[ANONYMISIERT] form- und fristgerecht wie folgt Stellung:</p> <p>Vorgenannte Gesellschaften sind u.a. Grundstückseigentümerinnen von Flächen im Geltungsbereich des ENTWURF RPK bzw. benachbart dazu gelegener Produktions- und Forschungsstandorte in Leverkusen, Dormagen und Monheim sowie von Flächen und Einrichtungen im Umfeld der vorgenannten Standorte. Für den Standort Leverkusen nehmen wir zugleich im Namen und im Auftrag der [ANONYMISIERT] und für die Standorte Dormagen und Monheim im Namen und im Auftrag der [ANONYMISIERT], [ANONYMISIERT]Stellung, welche an diesen Standorten Anlagenbetreiber sind.</p> <p>Soweit diese Stellungnahme die Belange von Vereins- und Sportanlagen aufgreift, ergeht diese auch für die jeweils nutzenden bzw. ansässigen Vereine.</p> <p>Die Einwendungen der vorgenannten Gesellschaften werden – soweit für die jeweilige Einwendung zutreffend - nachfolgend unter der Bezeichnung EINWENDERIN zusammengefasst.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung Ausführungen werden zur Kenntnis genommen</p>

Inhalt

1. Allgemeines

Gemäß der o.g. Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln beschränkt sich die Möglichkeit zur Stellungnahme bzgl. des Planentwurfs und des Umweltberichts dieser erneuten Beteiligung auf die im Vergleich zum ersten Entwurf (Stand 2021) (nachfolgend „ENTWURF 2021“) vorgenommenen Änderungen. Zu der Begründung kann umfassend Stellung genommen werden; hier beschränkt sich die Möglichkeit der Stellungnahme nicht ausschließlich auf die Änderungen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass die Stellungnahmen zum ENTWURF 2021 einer Abwägung seitens der Bezirksregierung unterzogen wurden (den Unterlagen beigefügt als Synopsen), eine Erörterung bisher jedoch noch nicht stattgefunden hat. Um den Einwendern insgesamt - auch bezüglich der Stellungnahme zum ENTWURF 2021 - die Möglichkeit zu geben, ihre jeweiligen Einwendungen zu erläutern und mit der Regionalplanungsbehörde zu erörtern erscheint es notwendig einen Erörterungstermin durchzuführen. Eine bloße Beschränkung auf die Abwägungssynopsen ist weder interessen- noch sachgerecht.

Die Durchführung eines Erörterungstermin in Bezug auf die Einwendungen zum ENTWURF 2021 und die im Rahmen dieser erneuten Beteiligung eingehenden Einwendungen ist im weiteren Verfahren vorzusehen.

Darüber hinaus erscheint angesichts der aus den Einwendungen zum ENTWURF 2021 resultierenden umfangreichen Änderungen die Stellungnahmefrist dieser erneuten Beteiligung nicht angemessen. Eine Prüfung der Synopse zu den eigenen Einwendungen zum ENTWURF 2021 ist nicht ausreichend. Vielmehr ist eine (Neu-)Bewertung der gesamten Unterlagen der erneuten Beteiligung erforderlich. Auch dies unterstreicht die Notwendigkeit einer Erörterung.

U. a. aufgrund der fehlenden Erörterung hält die EINWENDERIN die im Rahmen der Beteiligung zum ENTWURF 2021 ergangene Stellungnahme – soweit dieser nicht gefolgt wurde – inhaltlich vollumfänglich aufrecht und bittet um Berücksichtigung im weiteren Verfahren.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Einer Erörterung ist nicht vorgesehen. Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Darüber hinaus wurden eine Reihe zweckdienliche Unterlagen (Änderungssynopsen, Änderungskarten, Beteiligungssynopsen etc.) veröffentlicht, die zu einer besseren Nachvollziehbarkeit der Planunterlagen beitragen.

Inhalt**2. Einwendungen zur Änderung der textlichen Festsetzungen der erneuten öffentlichen Beteiligung****2.1. G.18 GIB vor heranrückenden Nutzungen schützen (Stn.-ID 1005993-1005995)**

Der Grundsatz G.18 ist in den textlichen Festlegungen dieser erneuten Beteiligung vollständig entfallen. Ausweislich der Synopse zur Stellungnahme der EINWENDERIN zum ENTWURF 2021 erfolgt dies, um Redundanzen zu vermeiden. Festlegungen zum Umgebungsschutz aus dem LEP haben aufgrund der landesplanerischen Vorgaben weiterhin Bestand und bedürfen keiner regionalplanerischen Konkretisierung. Aufgrund der gestuften Planungssystematik der Landesplanung und des Gegenstromprinzips hält die EINWENDERIN diese Argumentation für nicht sachgerecht. Der Regionalplan nimmt gemäß der Planungssystematik der Landesplanung grundsätzlich (z.T. redundant) die Vorgaben des LEP auf und konkretisiert diese auf Grundlage des Planungsmaßstabs der Regionalplanung unter Beachtung der kommunalen Planungserfordernisse und -hoheit. Dem G.18 kommt in diesem Zusammenhang eine wesentliche Bedeutung beim Schutz der Nutzungsmöglichkeiten der nur begrenzt vorhandenen und auch nicht ohne Weiteres im Freiraum neu planbaren GIB zu. Heranrückende Nutzungen können Nutzungsmöglichkeiten bestehender GIB zusätzlich einschränken und damit deren Ausnutzbarkeit reduzieren. Insoweit ist aus Sicht der EINWENDERIN sicherzustellen, dass zum Schutz bestehender GIB notwendige Beschränkungen außerhalb der GIB erfolgen müssen. Eine Aufwertung des G.18 zu einem Ziel der Regionalplanung würde diese (auch landesplanerische Vorgabe) unterstreichen.

Die EINWENDERIN bittet um Rücknahme der Streichung des G.18 und Berücksichtigung der Einwendung aus der Stellungnahme der EINWENDERIN zum ENTWURF 2021.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026462, 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Hierzu sei ausgeführt, dass die Umsetzung des § 50 BImSchG einschließlich des dort normierten Abstandsgebotes durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen auf Ebene des Regionalplans u. a. durch Festlegung der Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) erfolgt. Dabei gleicht die Regionalplanung regelmäßig großräumige Konflikte aus. Zur Berücksichtigung des Umgebungsschutzes i.S. § 50 BImSchG auf Ebene der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen wird zudem auf die entsprechenden Ausführungen in der Begründung verwiesen. Dies betrifft beispielsweise kleinräumige Nutzungskonflikte in bestehenden Gemengelagen, da sich spezifische Regelungen im Rahmen einer Erweiterung sensibler oder emittierender Nutzungen beispielsweise durch entsprechende Festsetzungen in der konkretisierenden Bauleit- oder Genehmigungsplanung der Regelungsebene des Regionalplans entziehen. Dies schließt auch eine ebenenspezifischen Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandsgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie ein, da Nutzungskonflikte über feinsteuernde Planung im Einzelfall gelöst werden können oder bei genauer Betrachtung ggf. gar keine Verschärfung eines Konfliktes zu erwarten ist. Zudem verweist der LEP NRW im Sinne des Umgebungsschutzes hierzu auf den Leitfaden der Kommission für Anlagensicherheit „KAS 18“ in der jeweils aktuellen Fassung. Ein ergänzender regionalplanerischer Umgebungsschutz ist nicht erforderlich und geht über den Regelungs- bzw. Kompetenzbereich der Regionalplanung hinaus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung dort

sachgerecht gelöst werden können.

Inhalt

2.2. Z.18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen (Stn.-ID 1005998)

Die Regionalplanungsbehörde stellt in der Abwägung zum ENTWURF 2021 eine regelmäßige Verträglichkeit leitungsgebundener Infrastruktur mit den Festsetzungen zu den RG fest, welche keiner besonderen Behandlung bei den Festlegungen zu den Ausnahmen bedürfen. Aufgrund des insbesondere auch im Zuge der Transformation der Energieversorgung zu erwartenden Ausbaus leitungsgebundener Infrastrukturen (z.B. Strom- und Wasserstoffnetze) erscheint es aus Sicht der EINWENDERIN insoweit folgerichtig, diese Verträglichkeit auch positiv in den Festsetzungen bzw. Festlegungen zu verankern. Eine einzelfallbezogene Prüfung/ Bewertung der regelmäßigen regionalplanerischen Verträglichkeit von leitungsgebundener Infrastruktur in den RG oder eine (ausschließlich) auf Grundlage der Kommentierungen in der Synopse erfolgende Beurteilung erscheint nicht sachgerecht.

Die EINWENDERIN bittet um verbindliche Feststellung der grundsätzlichen Verträglichkeit von leitungsgebundener Infrastruktur in den textlichen Festsetzungen zu RG. Dabei sollte nicht auf eine Ausnahme, sondern auf die positiv festgestellte grundsätzliche Verträglichkeit abgestellt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Erläuterung Punkt 7 zu Ziel 18 "RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen" des Regionalplanentwurfs besagt, dass im Einzelfall z. B. Deponien, Kläranlagen, Wassergewinnungsanlagen, Häfen oder Verkehrsinfrastruktur im Ausnahmefall zulässig sein können. Die Auflistung ist nicht abschließend durch die beispielhafte Aufzählung.

Eine abschließende Aufzählung für den zeitlichen Planungshorizont des Regionalplans ist nicht zielführend. In der getroffenen Formulierung verbleibt die Flexibilität und ein freier Umsetzungskorridor für nachfolgende Planungsebenen, um potentiellen technischen Entwicklungsmöglichkeiten Rechnung zu tragen. Daraus erwachsen keine Einschränkungen gegenüber nicht benannten Infrastruktureinrichtungen. Die Einzelfallbetrachtung erfolgt aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen des Anpassungsverfahrens nach § 34 LPlG. Eine allgemein gültige Aussage zu der angeregten Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen.

Bei der Festlegung der RG im Regionalplan Köln wurde besonderes darauf geachtet, die RG als eine großräumig zusammenhängende Freiraumstruktur zu sichern und einer Fragmentierung oder Unterbrechung bedeutsamer Freiraumzusammenhänge entgegenzuwirken. Bei der Festlegung der Regionalen Grünzüge wurden insbesondere die v. g. Daten des Fachbeitrags Klima zu Grunde gelegt. Für RG besteht in Ziel 18 der Regionalplanentwurf die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. Die potenziellen Funktionen der RG sind in Ziel 18 definiert als klimatische und lufthygienische, sowie Funktionen zur Biotopverbindungen und für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen. Weiterhin sichergestellt bleibt, dass die Durchgängigkeit und die Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge erhalten bleiben muss.

Inhalt

2.3. Z.19 Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern (Stn.-ID 1006000)

BSN sollen als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Gem. Erläuterung 2 zu Z.19 gilt dieser Vorrang „nur innerhalb der festgelegten BSN“. Der von der EINWENDERIN vorgetragene Hinweis, dass sich die Einschränkung des BSN (als Vorranggebiet) ausschließlich auf konkurrierende Nutzungen innerhalb des BSN beziehen kann (sog. innergebietlicher Vorrang), greift genau diese Erläuterung 2 auf. Selbstverständlich müssen beim Schutzanspruch von BSN auch relevante außergebietliche Nutzungen mit Auswirkungen auf BSN betrachtet werden. Dies ist allerdings nicht Regelungsinhalt des regionalplanerischen Vorrangs, welcher ausschließlich innergebietlich wirkt und konkurrierende Planungen ausschließt.

Die EINWENDERIN weist klarstellend darauf hin, dass im Sinne der vorbeschriebenen Darstellung der Einwendung zum ENTWURF 2021 gefolgt worden ist und bittet – soweit erforderlich – die Unterlagen entsprechend anzupassen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Z. 19 des Regionalplanentwurfs legt fest, unter welchen restriktiven Bedingungen ausnahmsweise eine Inanspruchnahme innerhalb eines BSN zulässig ist z.B. für eine bauliche Inanspruchnahme. Z. 20 adressiert insbesondere die Landschaftsplanung und zeigt auf, welche Bedingungen für die Sicherung der BSN in beispielsweise den Landschaftsplänen zu beachten sind.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

Ein weiterer Konkretisierungsbedarf wird auf regionalplanerischer Ebene nicht als

	gegeben erachtet.
--	-------------------

Inhalt

3. Einwendungen zum Umweltbericht

3.1. Anhang A zum Umweltbericht, 3.2.3 Naturschutzgebiete (Stn.-ID 1006009)

In der Erläuterung zur Abwägung stellt die Regionalplanungsbehörde wie folgt dar: „Es handelt sich bei dem angesetzten 300m-Radius um NSG und Natura2000-Gebiete, für die bei einer Betroffenheit erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert werden, nicht um einen einzuhaltenden Mindestabstand, in dem keine Planungen möglich sind, sondern um ein Umfeld um die Schutzgebiete, in dem bei Konkretisierung der Planungen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erhebliche Umweltauswirkungen nicht auszuschließen sind. Die Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen ist rein fachlich vorzunehmen, ...“. Der 300m-Radius ist aus Sicht der EINWENDERIN insoweit ausschließlich als Untersuchungsraum zu verstehen, ohne Bindungswirkung / Planungsausschlüsse für nachfolgende Planungsebenen zu definieren.

Insoweit bittet die EINWENDERIN, das vorbeschriebene Verständnis in den Unterlagen nochmal durchgängig festzuhalten.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW. Die VV-Habitatschutz NRW besagt: "In folgenden Fällen liegt in der Regel keine erhebliche Beeinträchtigung vor (...): (...) Bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs.1 der BauO NRW außerhalb eines Natura 2000-Gebietes bei Einhaltung eines Mindestabstands von 300 Metern (...)"

Es besteht der Auftrag innerhalb des 300-Meter-Radius sich mit der potenziellen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen des Vorhabens gegenüber Naturschutzgebieten und NATURA2000-Gebieten sowie dem Nationalpark auseinanderzusetzen und diese zu prüfen. Diese können teilweise durch die nachgelagerte Konkretisierung der Bauleitplanung gelöst werden. Eine Verallgemeinerung bezüglich der Zulässigkeit von Vorhaben im 300-Meter-Radius der NATURA200-Gebiete, Naturschutzgebiete und des Nationalparks ist jedoch nicht zulässig. Davon auszugehen, dass keine erheblichen Auswirkungen bezüglich der genannten Schutzgebiete vorliegen, würde dem Prüfauftrag vorweggreifen und dem Prüferfordernis nicht gerecht werden.

1035748_007

Inhalt

4. Einwendungen zur Änderung der Plandarstellung der erneuten Beteiligung

Der Produktions- und Verwaltungsstandort Leverkusen der Bayer AG als Teil des CHEMPARK Leverkusen liegt vollständig im Geltungsbereich des RPK. Die Division Pharma der Bayer AG bildet an diesem Standort gegenwärtig einen Betriebsbereich der unteren Klasse (gemäß 12. BIm-SchV).

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

Inhalt**4.1. Änderung der Darstellung im Bereich der BayArena incl. Nebenanlagen (Stn.-ID 1006011)**

Der Stellungnahme der EINWENDERIN zum ENTWURF 2021 ist durch die Festsetzung eines ASB für den Bereich der BayArena incl. zugehöriger und notwendiger Nebenanlagen gefolgt worden. Die Darstellung als AFAB mit Überlagerung durch einen RG ist insoweit zurückgenommen worden. Demgegenüber ist die Festsetzung des AFAB mit Überlagerung RG nun auf den Bereich südlich der Dhünn verlagert worden, um die Durchgängigkeit des Grünzugs aufrecht zu erhalten.

[Abbildung]

[Abbildung]

Z.18 (RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen) legt unter anderem fest, sofern die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge erhalten bleibt, dass u.a. die Errichtung von nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägten Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen weiterhin möglich sein soll. Erläuterung 7 zu Z. 17 (Nicht überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen raumverträglich steuern) fordert dazu den Nachweis der fehlenden Beeinträchtigung von Aufgabe und Funktion des RG. Ebenso dürfen RG ausnahmsweise im Einzelfall für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden. Im Rahmen der Fachplanungen sowie der kommunalen Landschafts- und Bauleitplanung ist dabei nachvollziehbar darzulegen, dass keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang geht die EINWENDERIN aufgrund der Vorprägung des im Entwurf der erneuten Beteiligung nach Süden verlagerten AFAB/RG durch u.a. durch das Freizeitbad „Calevornia“ im Osten und den vorhandenen Sportplatz im Westen sowie der bauleitplanerischen Festsetzungen des Flächennutzungsplans der Stadt Leverkusen (vergl. Abbildung 3: FNP der Stadt Leverkusen) davon aus, dass der Erhalt und die Entwicklung von Sporteinrichtungen incl. der erforderlichen Nebeneinrichtungen in diesem Bereich weiterhin möglich ist.

[Abbildung]

Die EINWENDERIN bittet um Feststellung, dass die Festsetzung des AFAB/RG südlich der Dhünn u.a. der Entwicklung von Sporteinrichtungen incl. der erforderlichen Nebeneinrichtungen grundsätzlich keine regionalplanerischen Belange entgegenstehen.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

In den Regionalen Grünzügen können maßstabsbedingt Bauflächen bzw. bereits bebaute Flächen und kleinere Siedlungen enthalten sein. Die dort bestehenden Rechte bleiben von der Festlegung unberührt (siehe hierzu die Erläuterung zu Ziel 18 RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen). Für RG besteht die Ausnahmeregelung, dass für siedlungsräumliche Entwicklungen dieser in Anspruch genommen werden darf, wenn keine Alternativen außerhalb des betroffenen RG bestehen und die Durchgängigkeit und Funktionsfähigkeit des RG erhalten bleiben.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Anpassung der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung dem Verfahren nach § 34 LPlG obliegt und nicht im Zuge des Aufstellungsverfahrens zum Regionalplan Köln erfolgt.

AZ: Ö-M-2-392	
1029486	
1035750_001	
<p>Inhalt</p> <p>Kiesgrube Brühl-Schwadorf 1018199</p> <p>Mit Urteil vom 08.05.2012 hat das Oberverwaltungsgericht Münster entschieden, dass dem Abgrabungsvorhaben „Schwadorfer Hof“ kein zwingendes Recht entgegensteht. Daraufhin erging am 28.12.2016 der Planfeststellungsbeschluss für den ersten Teilbereich der Abgrabung. Diese Fläche wurde seitdem zweimal erweitert.</p> <p>Seit dem Starkregenereignis vom 14. Juli 2021 blicken insbesondere die Schwadorfer mit großer Sorge auf die noch nicht in Betrieb genommene Kiesgrube. Zur Erinnerung: Die Starkregen- und Hochwasserereignisse forderten in Nordrhein-Westfalen 49 Todesopfer und an der Ahr 135 Menschenleben.</p> <p>Die Kiesgrube grenzt im Süden des Ortes an den Dickopsbach, der als Risikogewässer eingestuft ist. Am 14. und 15. Juli 2021 verursachte dieser Bach große Überschwemmungen und Schäden. Die Erläuterungskarte Überschwemmungsgebiete A 1-2 Anhang A gibt dies jedoch nur unzureichend wieder. Die tatsächlichen Überflutungen können durch Fotos belegt werden.</p> <p>Bei diesem Starkregenereignis 2021 fielen 100 - 150 Liter pro Quadratmeter. Meteorologen und Klimaforscher sagten damals voraus, dass diese Regenmengen in den nächsten Jahren noch zunehmen werden. In Bayern wurden Ende Mai 2024 Regenmengen von bis zu 300 Litern pro Quadratmeter gemessen. Im September 2024 brachte das Tiefdruckgebiet ANETT im Nordstau der Ostalpen Niederschlagsmengen von über 500 Liter pro Quadratmeter. So wie von den Meteorologen prognostiziert entwickeln sich die Niederschläge. Die jüngsten Ereignisse im November 2024 in Valencia/Spanien mit Regenmengen von über 400 Liter pro Quadratmeter und innerhalb von 14 Tagen die erneute Wiederholung bestätigen den vorhergesagten Trend.</p> <p>Der Dickopsbach führt im Bereich Schwadorf das Oberflächenwasser von den Hängen des Vorgebirges in die Tiefebene. Seit dem OVG-Urteil von 2012 wurden in Brühl und im Vorgebirge viele Flächen versiegelt. Die damit verbundene erhöhte Einleitung von Regenwasser in die Bäche ist offensichtlich. Aufgrund des inzwischen deutlich erkennbaren Klimawandels ist ein belastbarer Stresstest für den Dickopsbach unabdingbar. Pauschale Annahmen von Jahrhunderthochwassern sind nicht zielführend, Prognosen bedürfen belastbarer Berechnungen. Alle in der Vergangenheit angenommenen Regenmengen sind nicht mehr zutreffend.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - entnommen werden, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll.</p> <p>Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 <i>Nichtenergetische Rohstoffe</i>. Im vorliegenden Regionalplan Köln sind die räumlichen Umgriffe der BSAB gemäß Teilplan NR nachrichtlich dargestellt. Regionalplanerische Vorgaben zur zeichnerischen Festlegung der BSAB sind somit nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans Kölns.</p> <p>Dessen ungeachtet wird auf Folgendes verwiesen: Hinsichtlich möglicher Gefahren durch Starkregen- oder Hochwasserereignisse enthält der Teilplan NR verschiedene konzeptionelle Bausteine, um das Schadenspotential derartiger Extremwetterereignisse zukünftig planerisch abzumildern. Ein Aspekt hiervon ist der Tabubelag <i>Grundwasser-, Gewässer- und Hochwasserschutz</i>. Darüber hinaus wird auf den textlichen Grundsatz 2 <i>Gefährdungsabschätzung in HQextrem</i> des Teilplans NR hingewiesen. Den Antragsunterlagen von Abtragungsvorhaben, die sich innerhalb von extremhochwassergefährdeten Bereichen befinden, ist demnach eine Gefährdungsabschätzung analog zum „Untersuchungsrahmen für die Gefährdungsanalyse von Vorhaben zur oberirdischen Bodenschatzgewinnung im Hinblick auf rückschreitende Erosion“ gem. Anlage 3 des Erlasses vom 08.03.2022 des MUNLV beizufügen. Wenn sich aus diesen Unterlagen Risiken ergeben, sind diese als öffentlicher Belang in den Zulassungen zu berücksichtigen (z.B. als Nebenbestimmung). In Ergänzung zu sonstigen fachlichen Vorgaben und Erfordernissen auf den nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen sollen</p>

Eine Risikoabwägung zwischen dem angestrebten Abbau von Rohstoffen (Kies) und einer möglichen Gefahrenabwehr für Wohngebiete und der damit verbundenen Unversehrtheit ihrer Anwohner sollte daher mit der notwendigen Priorität und Sorgfalt vorgenommen werden.

potentiell gefährdete Standorte damit im Sinne einer regionalplanerischen Konfliktvorsorge weitergehend untersucht werden.

Inhalt**Erweiterung Baugebiet 1003976**

Die Dorfgemeinschaft Brühl-Schwadorf wendet sich gegen die Erweiterung des in Planung befindlichen Baugebietes „östlich Lindenstr, westlich An der Schallenburg“. Mehr als 2.500 Bürger haben sich bereits mit ihren Unterschriften gegen die Bauplanung „östlich Lindenstr, westlich An der Schallenburg“ ausgesprochen (<https://denkmal-brühl.de>). Die Dorfgemeinschaft Schwadorf e.V. empfiehlt, diese von ihrer Bodengüte einzigartigen Ackerflächen weiterhin als Freiraum für den landwirtschaftlich Ackerbau zu nutzen. Derzeit besteht eine klare und saubere Trennung zwischen der dörflichen Bebauung und den landwirtschaftlichen Flächen. Die Landwirte können ihre Flächen ungestört von parkenden Fahrzeugen bewirtschaften.

Die bisherige Planung sieht eine dichte Bebauung mit mehrgeschossigen Wohnhäusern im Freiraum vor, angrenzend an die denkmalgeschützten Gebäude am historischen Ortsrand. Eine Anpassung an die mittelalterliche Schallenburg und die historischen Hofanlagen findet nicht statt. Neben dieser beabsichtigten Bauplanung existiert das bereits teilweise realisierte Baugebiet „An Hornsgarten“. Die Fehler dieser Bauplanung sind offensichtlich und dürfen sich nicht wiederholen. Mehrgeschossige Großbauten stehen im Kontrast zu einem überwiegend durch Einfamilienhäuser geprägten Dorf. Bis auf einen Kinderspielplatz fehlen jegliche Freiflächen für Ballspiele, Treffpunkte im Freien, Orte der Begegnung, Sitzgelegenheiten für ältere Menschen. Zudem bereiten die fehlenden Kindergärten- und Schulplätze den Eltern große Sorgen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Im Rahmen der ersten Offenlage wurde der Siedlungsbereich bereits reduziert (vgl. ID 1003976 der 1. Offenlage und Änderungskarten). Im Übrigen besteht eine Entwicklungsabsicht der Kommune.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Im Übrigen werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben.

AZ: Ö-M-2-4	
1026791	
1032466_001	
<p>Inhalt</p> <p>zum 2. Entwurf des Regionalplans Köln möchte ich die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung: Mein Sohn ist direkt betroffen, die Existenz seines Hofes ist durch diesen Planentwurf bedroht. Die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche beträgt 145ha. - Wipperfürth, Oberbergischer Kreis - Ganz besonders wichtig sind die Flächen direkt am Hof sie befindet sich südlich von Wipperfürth. Es handelt sich hier um die Hofweide, sprich die einzige Möglichkeit unseren Kühen Auslauf und Weide zu bieten. Aldi hat bereits angekündigt, dass nur noch Milch von Kühen mit Auslauf oder Weidegang genommen wird. In Kombination mit diesem Regionalplan und dem entsprechender Bebauung, hieße dies das Ende unseres Familienbetriebes unseres Bauernhofes. Auf Seite 105 bei G34 heißt es: „Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden...“ Auch unsere Mähwiese und Rinderweide auch südlich von Wipperfürth, wird als Gewerbegebiet und Wohnbebauung markiert. Dementsprechend beantragen ich, die Hofweide und die Mähwiese nicht mit einer Bebauungsmöglichkeit zu belegen sondern diese Fläche entsprechend der Formulierungen im Regionalplan in landwirtschaftlichen Nutzfläche zu ändern.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Ich bitte um Prüfung und Berücksichtigung meiner Einwendungen und erhoffen mir, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Zudem ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1012242_001).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-M-2-41

1027634

1033107_001

Inhalt

[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]

Betr.: Einspruch gegen Regionalplanänderung Nr. 1006011

Gegen den Wegfall der Festlegung Grünzug Planänderung 1006011 gemäß A-2-11 Blatt 05 _Leverkusen Köln Rheinischbergischer Kreis _Änderungskarte Entfallende Festlegungen und Neuausweisung als allgemeine Siedlungsfläche Planänderung 1006011 gemäß A-2-12 Blatt 05 _Leverkusen Koeln Rheinischbergischer Kreis _Änderungskarte Neue Festlegungen lege ich hiermit fristgerecht Widerspruch ein.

Begründung :

Das Plangebiet der sogenannte „Sportpark“ ist Bestandteil des „Grünzugs Dhünn“, der von der Stadtgrenze bis zur Mündung der Dhünn und die anschließende Rheinaue das Stadtgebiet Leverkusens über mehrere Kilometer als zusammenhängender Grünzug durchzieht. In den Grünzug sind Freizeiteinrichtungen integriert wie Kleingärten, Spielplätze, Sportanlagen, Schwimmbad und Parks.

Trotz der Beeinträchtigung durch Alteingriffe durch Klinikum, zwei Gewerbegebiete im Stadtteil Manfort und das Bayer Stadion hat der Grünzug eine herausragende Bedeutung für die Stadtökologie, Freizeit und Erholung und ist Identität stiftendes Element der StadtLeverkusen.

Die vorgesehene Planänderung ist ein gravierender Eingriff in den Charakter dieser Erholungslandschaft. Sie ebnet den Weg für die von Bayer 04 vorgelegten Planungen zur Errichtung eines Großparkplatzes für 1730 PKW Stellplätze dies entspricht der Fläche von 5Fußballfeldern zuzüglich Erschließungen. Für den Parkplatz werden Grünanlagen und mehrere Spielfelder und Sportanlagen geopfert u.a. die Schul- und Breitensportanlage des SC Leverkusen, die rund um das Jahr an 6 Tagen die Woche bespielt wird.

Dem steht eine Parkplatznutzung an maximal 30 Heimspieltagen gegenüber. Der Flächenverbrauch für 1730 Parkplätze und deren Erschließung bei einer Nutzung von maximal 30 Spieltagen im Jahr ist damit völlig unverhältnismäßig. Die Versiegelung insbesondere durch die Erschließungsstraßen entlang der Dhünnau ist ökologisch nicht vertretbar. Der Grünzug Dhünn muss geschützt bleiben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

[ANONYMISIERT]

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-433	
1027852	
1036094_001	
<p>Inhalt</p> <p>A. Positive Aspekte des zweiten Planentwurfs</p> <p>[ANONYMISERT] begrüßt zahlreiche positive Änderungen des zweiten Planentwurfs.</p> <p>Zu den positiven Änderungen gehört, dass der zweite Planentwurf die Flächen für die Abgrabungen Erp I bis III, die sich derzeit im Abgrabungsgenehmigungs- bzw. künftig im abgrabungs-rechtlichen Vorbescheidsverfahren befinden und im Teilplan nicht-energetische Rohstoffe zeichnerisch als "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" (BSAB) mit der Bezeichnung BSAB-L-34 festgelegt sind, als Standort für "Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie" textlich und zeichnerisch festlegt.</p> <p><i>So in der textlichen Festlegung Z.41 in Kapitel 5.3.1 und der zeichnerischen Festlegung auf Blatt 04, Rhein-Erft-Kreis.</i></p> <p>Diese Festlegung entspricht weitgehend der Anregung unserer Mandantin vom 26.08.2022 und unterstützt ihr Vorhaben, nach Abschluss der Gewinnung von Kies und Sand eine Deponie zu errichten und zu betreiben.</p> <p>Zu den positiven Änderungen des zweiten Planentwurfs gehören die redaktionellen Anpassungen, z. B. im Bereich der Festlegung G.46 "Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen" und G.47 "Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern" oder im Bereich der Autorenkorrekturen die Verwendung des landesplanungsrechtlichen Begriffs der "Zweckbindung" (vgl. Anlage 3 zur DVO LPIG NRW) anstelle des aus der Bauleitplanung geläufigen Begriffs der "Zweckbestimmung" (vgl. z. B. Nr. 5.4 in der Anlage zur PlanZV 1990). Dasselbe gilt für die Erwähnung, dass sich Deponien als Standort zur Erzeugung erneuerbarer Energien eignen (vgl. Erläuterung 4 zu Festlegung Z.41).</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat in seiner Zuständigkeit beschlossen, seine ursprüngliche Abwägungsentscheidung bezüglich des zweiten Planentwurfs (2024) hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung des Erweiterungsbereichs für den Deponiestandort Erftstadt zu revidieren und die im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung zu diesem Punkt eingegangenen Stellungnahmen abweichend zu bewerten. (s. ID 1010679, ID 1004673 1.Offenlage)</p> <p>Die geänderte Abwägungsentscheidung basiert insbesondere auf Erkenntnissen aus der zweiten Öffentlichen Auslegung (s. ID 1033358_024, ID 1033038_005, ID 1033517_021, ID 1033363_006) und Hinweisen des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MUNV), welches erhebliche Bedenken hinsichtlich der regionalplanerischen Sicherung der Deponieerweiterung im zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmierzheim vorgebracht hat und der Vereinbarkeit mit Ziel 7.4-3 LEP NRW.</p> <p>Hintergrund der wasserwirtschaftlichen Bedenken ist, dass nach Beendigung der Sumpfungsmaßnahmen im Rheinischen Braunkohlerevier in der nördlichen Erftscholle Beeinträchtigungen der Grundwasserqualität durch den Abstrom hoch mineralisierten Grundwassers aus den Abraunkippen des Braunkohlenbergbaus zu erwarten sind, so dass die in der nördlichen Erftscholle bestehenden Wassergewinnungsstandorte Glesch, Paffendorf, Sindorf und Türnich ab Mitte dieses Jahrhunderts ihre Eignung für die Trinkwasserversorgung verlieren werden. Daher wird das Wasserwerk Dirmierzheim zukünftig eine herausragende Bedeutung für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region der Erftscholle erlangen, verbunden mit einer deutlichen Erhöhung der Entnahmemengen am Standort Dirmierzheim. Demnach wurde in Entscheidungssatz 11 der Leitentscheidung 2021 („Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“) festgelegt, dass für den Einflussbereich des Tagebaus Hambach zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage</p>

Dirmmerzheim festzulegen bzw. festzusetzen ist. Damit verbunden war die Aufforderung, das gesamte zukünftig zu erwartende Einzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmmerzheim angemessen in die regionalplanerische Betrachtung einzubeziehen. In der Leitentscheidung 2023 wurde klargestellt, dass die Entscheidungssätze aus 2021, die insbesondere die Wasserwirtschaft im Rheinischen Braunkohlenrevier betreffen, fortgelten.

Die Erweiterung des Deponiebereichs innerhalb des zukünftigen Trinkwassereinzugsgebiet der Wassergewinnung Dirmmerzheim widerspricht nach Auffassung der Wasserwirtschaft den Belangen des Grundwasser- und Gewässerschutzes und damit dem Ziel, die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft zu sichern.

Hinsichtlich der abfallwirtschaftlichen Belange empfiehlt der Abfallwirtschaftliche Fachbeitrag zum Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln (Recklinghausen, 26. Juli 2018) zwar grundsätzlich potenzielle Standorte für zusätzliche Deponiekapazitäten im Hinblick auf konkurrierende Nutzungen zu sichern, um die mittel- bis langfristig die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Entsorgungssicherheit zu schaffen, eine zwingende abfallwirtschaftliche Anforderlichkeit für die Deponieerweiterung am Standort Erftstadt wurde von Seiten der Abfallwirtschaft jedoch nicht benannt. Der Regionalplan sichert darüber hinaus zusätzliche Deponiekapazitäten an anderen raumverträglichen Standorten in der Planungsregion und schafft damit die Voraussetzung zur Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für ablagerungsbedürftige Abfälle.

Hinsichtlich der privaten, betrieblichen Belange des Deponiebetreibers und der damit verbundenen Eigentumsгарantie des Art. 14 GG ist darauf hinzuweisen, dass sich diese in erster Linie auf die zulässige Nutzung eines Grundstückes und insoweit gesicherte Rechtspositionen bezieht. Hingegen schützt Art. 14 GG nicht die einträglichste Grundstücksnutzung. Ein Eigentümer muss es vielmehr grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung bzw. Verwertung seines Grundstückes verwehrt wird (vgl. BVerwG, Urt. v. 13.03.2003 – 4 C 4.02 – BVerwGE 118, 33, 37).

Die raumordnerische Abwägung der öffentlichen und privaten Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. im Rahmen der Zuständigkeit und des Planungsmaßstabs der Regionalplanung, soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Vor dem dargelegten Hintergrund misst der Regionalrat dem Belang des vorsorgenden regionalplanerischen Grundwasser- und Gewässerschutzes im Rahmen der Gesamtabwägung ein höheres Gewicht bei als den abfallwirtschaftlichen Belangen. Auch die privaten, betrieblichen Belange, welche als abwägungsrelevante Eigentümerinteressen in die Entscheidungsfindung einfließen, treten unter umfassender Würdigung aller relevanten öffentlichen und privaten Belange im Ergebnis der gesamtheitlichen planerischen Abwägung zurück, da dem Grundwasser- und Gewässerschutz - auch unter Berücksichtigung der Eigentümerbelange im Sinne einer näheren individualisierten Abwägung gegenüber einer Erweiterung des Deponiebereiches ein erhöhtes Gewicht beigemessen wird. Ein Eingriff in gesicherte Rechtspositionen findet nicht statt; der bestandskräftig genehmigte Deponiebetrieb am

Standort bleibt unberührt. Im Ergebnis räumt der Plangeber im Rahmen seines Abwägungsspielraumes den wasserwirtschaftlichen Belangen (Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser) im konkreten Fall einen Vorrang gegenüber der beabsichtigten Erweiterung des Deponiebereichs ein.

Die Abwägungsentscheidung entspricht damit auch den Zielvorgaben 7.4-3 des LEP NRW zur Sicherung von Trinkwasservorkommen sowie den im Regionalplan Köln formulierten Grundsätzen *G.46 Erweiterten Grundwasserschutz und Gewässerschutz sicherstellen* und *G.47 Grundwasserschutz und Gewässerschutz im Braunkohlenplangebiet sichern* wonach auch außerhalb der regionalplanerisch gesicherten Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) (s. Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern) dem vorsorgenden Grundwasserschutz und Gewässerschutz ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll und Planungen und Maßnahmen, welche die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit Trink- und Heilwasser gefährden, vermieden werden sollen.

Folgende planerischen Erwägungen liegen der Abwägungsentscheidung zu Grunde:

Die bereits heute als Deponiestandort genutzten Flächen (südlichen Bereich) unterliegen einer abfallwirtschaftlichen Vorprägung. Die Bestandsflächen sind entsprechend des Plankonzepts und der geltenden Erlasslage regionalplanerisch als Deponiestandort festgelegt. Eine künftig, aufgrund der gesteigerten Fördermenge, vergrößerte Trinkwasserschutzzone rückt erstmalig an diese bereits bestehende Deponienutzung heran. Das grundsätzliche Risiko hinsichtlich des vorsorgenden Trinkwasserschutzes, das von einer Deponienutzung in einer Trinkwasserschutzzone ausgeht, ist demnach bereits heute vorhanden und wird durch die Festlegung der „Bestands“-Deponie nicht wesentlich verschärft.

Bei den ursprünglich im 2. Planentwurf enthaltenden Erweiterungsflächen (nördlicher Bereich) besteht hingegen eine andersgelagerte Ausgangssituation. Hier liegt keine abfallwirtschaftliche Vorprägung vor, da die Flächen derzeit neben einer landwirtschaftlichen Nutzung ausschließlich der Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe dienen und für diesen Zweck auch regionalplanerisch gesichert werden sollen (s. Teilplan NR). Die regionalplanerische Festlegung eines rund 56 ha großen Deponiestandorts würde eine Deponienutzung in diesem Bereich erstmalig ermöglichen und würde überdies dazu führen, dass die Deponienutzung in substantieller Weise räumlich näher an die bestehende Trinkwasserentnahmestelle Dirmerzheim heranrücken würde. Vor dem Hintergrund des vorsorgenden Trinkwasserschutzes bzw. der Bedeutung der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim für die langfristige Sicherstellung der öffentlichen Wasserversorgung in der Region stellt jede neue Deponie bzw. eine Erweiterung der bereits genehmigten Deponienutzung jedoch ein auszuschließendes Risiko dar.

Im Rahmen einer gesamtplanerischen Abwägung aller Belange wird sachgerechter Weise an der zeichnerischen Festlegung ausschließlich des bereits vorhandenen Deponiestandortes festgehalten gemäß Offenlage des ersten Planentwurfs und auf die regionalplanerische Sicherung der nördlichen Deponieerweiterung gemäß

Offenlagefassung des zweiten Planentwurfs verzichtet. Die Textlichen und Zeichnerischen Festlegung, die Begründung und der Umweltbericht werden entsprechend angepasst.

Gemäß § 9 Abs.3 S.1 ROG ist eine erneute Auslegung entbehrlich, wenn die Belange nicht erstmalig oder stärker berührt sind. Da die Zeichnerischen Festlegungen wieder dem Stand des ersten Planentwurfs (2021) entsprechen, führen die Änderungen nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen, so dass die geänderten zeichnerischen Festlegungen nicht erneut im Internet zu veröffentlichen sind und somit in Bezug auf diese Änderung auch nicht erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist.

Dies trifft insbesondere auf die im vorliegenden Fall erkennbar betroffenen Aspekte der Berührung privater bzw. betrieblicher Belange zu, die in die Entscheidungsfindung der erneuten Abwägung individualisiert - hier insbesondere im Sinne der abwägungsrelevanten Eigentümerinteressen - nochmals eingeflossen sind. Diese wurden bereits im Rahmen der Beteiligung zum 1. Planentwurf geäußert und lagen daher auch hinsichtlich der erneuten Abwägung zur nun vorgenommenen Abgrenzung vor. Gleiches gilt für die wasserwirtschaftlichen Belange. In Summe führt die abschließende Gewichtung aller vorliegenden Belange daher nun zwar zu einer veränderten Abwägungsentscheidung mit einer veränderten zeichnerischen Festlegung jedoch nicht zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung der vorliegenden Belange.

Inhalt**B. Aspekte des zweiten Planentwurfs im Übrigen**

Wir halten es gleichwohl für erforderlich, auf mehrere Aspekte einzugehen, die den Standort von [ANONYMISERT] betreffen und die Anpassung der textlichen und/ oder zeichnerischen Festlegungen erfordern.

I. Regionalplan und sachlicher Teilplan

[ANONYMISERT] regt an, die Festlegungen zum Verhältnis zwischen dem Regionalplan und dem sachlichen Teilplan zu korrigieren bzw. zur Vermeidung unbeabsichtigter Missverständnisse teilweise neu zu fassen.

1. Nachrichtliche Übernahmen

Die nachrichtliche Übernahme von Festlegungen aus dem Teilplan nichtenergetische Rohstoffe in den Regionalplan weichen in Bezug auf [ANONYMISERT] voneinander ab.

[Abbildung]

Regionalplan, zweiter Planentwurf, Ausschnitt zeichnerische Festlegungen, Blatt 04 (Rhein-Erft-Kreis) mit BSAB-L-34.

[Abbildung]

Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, zweiter Planentwurf, Ausschnitt zeichnerische Festlegungen, Blatt 04 (Rhein-Erft-Kreis) mit BSAB-L-34 und Reservegebiet BSAB-L-34-R.

Vergleich der vorstehenden Ausschnitte zeigt, dass das Reservegebiet am Standort von [ANONYMISERT] aus dem Teilplan nichtenergetische Rohstoffe nicht nachrichtlich im Regionalplan gekennzeichnet ist. Die Kennzeichnung soll jedoch für BSAB und "ebenso" für Reservegebiete im Regionalplan erfolgt sein (so Erläuterung 3 zur Festlegung Z.neu4):

Die räumlichen Abgrenzungen der im Teilplan NR festgelegten BSAB werden in den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans nachrichtlich gekennzeichnet, ebenso die Reservegebiete.

Insofern besteht zwischen den Planwerken nach der Konzeption des zweiten Planentwurfs eine Abweichung, die der Korrektur bedarf. Sachlich ist die Kennzeichnung der Reservegebiete als nachrichtliche Übernahme nachvollziehbar, weil ihre Inanspruchnahme durch andere raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen nach den Festlegungen im zweiten Entwurf des Teilplans

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Zeichnerische Festlegungen werden angepasst.

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung, da die im Teilplan NR festgelegten BSAB sowie Reservegebiete lediglich nachrichtlich erfolgt. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.

nichtenergetische Rohstoffe ausgeschlossen sein soll, soweit diese mit der langfristigen Lagerstättensicherung nicht vereinbar sind.

Die Flächen des Reservegebiets BSAB-L-34-R sind mit dem Planzeichen "Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)" zu kennzeichnen.

[Abbildung]

Inhalt

2. Festlegung Z.neu4 (Abs. 1 Satz 1)

Die Festlegung Z.neu4 (Abs. 1 Satz 1) birgt das Risiko, dass es un-beabsichtigt zu vermeidbaren Missverständnissen in Bezug auf die Festlegung einer Deponie am Standort von Rhiem & Sohn kommt.

Sie soll zwar ersichtlich das Verhältnis des Regionalplans zum sachlichen Teilplan nichtenergetische Rohstoffe regeln, wirft aber mehr Fragen auf als sie beantwortet.

Die fragliche Festlegung Z.neu4 (Abs. 1 Satz 1) lautet:

Die Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

a) Geltung "bis zum Abbau"

Die Festlegungen des Regionalplans innerhalb der BSAB beanspruchen Geltung und wären bei der Entscheidung über die Zulassung eines Vorhabens der Rohstoffgewinnung je nach Verbindlichkeit ihrer Aussagen zu beachten oder zu berücksichtigen (vgl. § 4 ROG). Entsprechend heißt es in den Erläuterungen:

Bei der raumordnerischen Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sind grundsätzlich die Festlegungen beider Planwerke zu beachten bzw. zu berücksichtigen.

Die Festlegungen des Regionalplans sollen "bis zum Abbau" gel-ten.

Die Erläuterung 3 zur Festlegung Z.neu4 umschreibt den Zeitraum "bis zum Abbau" – einerseits – als denjenigen bis zur "tatsächlichen Inanspruchnahme durch eine Abgrabungsnutzung". Dies kann verdeutlichen, dass mit dem Begriff "Abbau" der Beginn der Rohstoff-gewinnung, nicht aber die vollständige Gewinnung nichtenergetischer Rohstoffe einer Lagerstätte gemeint sein dürfte.

Da die "tatsächliche Inanspruchnahme" eines BSAB rechtlich unter dem Vorbehalt der öffentlich-rechtlichen Berechtigung zur Inanspruchnahme steht, die dem Planbetroffenen erst eine öffentlich-rechtliche Zulassung nach Abgrabungs-, Berg- oder Wasser-recht vermittelt, gelten die Festlegungen des Regionalplans neben denjenigen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe nicht nur während des Verwaltungsverfahrens bis zur Erteilung der Zulassung, sondern noch darüber hinausgehend bis zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Zulassung, also dem tatsächlichen Aufschluss der Lagerstätte. Erst im Zeitpunkt der tatsächlichen

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Die Zielfestlegung Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*, Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern*, Z.22 *Waldbereiche erhalten und entwickeln*, Z.24 *Oberflächengewässer sichern*, Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern*, Z.27 *Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln* und Z.41 *Standorte für Abfalldeponien sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet. Insbesondere erfolgt eine Klarstellung dahingehend, dass die im Regionalplan zeichnerisch festgelegten Standorte für Abfalldeponien der Verwirklichung der Festlegungen des Teilplans NR nicht entgegenstehen.

Inanspruchnahme durch Aufschluss, nicht aber schon im Zeitpunkt der Zulassung, würden sie ihre Geltung verlieren.

Die Erläuterung 3 zur Festlegung Z.neu4 umschreibt den Zeitraum "bis zum Abbau" – andererseits – als denjenigen bis zur "Bekanntgabe der jeweils einschlägigen Abgrabungsgenehmigung". Insoweit entsteht ein Widerspruch zu der Umschreibung, die auf den tatsächlichen Vorgang der Inanspruchnahme abstellt, weil die Festlegungen des Regionalplans ihre Gültigkeit schon mit der Bekanntgabe der Zulassung verlieren würden. Dieser Zeitpunkt liegt zeitlich vor dem auf diese Zulassung gestützten tatsächlichen Aufschluss der Lagerstätte.

Die Umschreibung des Zeitraums "bis zum Abbau" erweist sich als zumindest mehrdeutig. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass vor einer Rohstoffgewinnung innerhalb der BSAB nicht allein die in der Erläuterung erwähnte "Abgrabungsgenehmigung" bekanntgegeben werden muss, sondern bei Bedarf eine dem jeweiligen Fachrecht entsprechende Zulassung – sei es in Form der wasserrechtlichen Planfeststellung oder der bergrechtlichen Zulassung eines Betriebsplans. Der fachrechtlichen Differenzierung trägt der zweite Planentwurf zwar Rechnung, dies allerdings an anderer Stelle (vgl. Erläuterung 4 zu Festlegung Z.neu4 a. E.).

b) Geltung nach "Abbau"

Zumindest missverständlich ist, welche Auswirkungen der "Abbau" auf die bis dahin geltenden Festlegungen des Regionalplans hat. Mit dem "Abbau" würden die Festlegungen des Regionalplans ihre Geltung verlieren.

Festlegungen gelten allerdings unabhängig vom "Abbau" auch, "soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen" (vgl. Festlegung Z.neu4 Abs. 1 Satz 1). Aus der Erläuterung 5 zur Festlegung Z.neu4 folgt, dass Nachnutzungen für Abgrabungen insbesondere "Standorte für Deponien" sein können, bei denen "grundsätzlich von einer Vereinbarkeit mit der Abgrabungsnutzung bzw. der Rekultivierung auszugehen" sei:

Mögliche Zwischen- bzw. Nachnutzungen für Abgrabungen sind insbesondere Standorte für Deponien und ggf. Erneuerbare Energien. Für solche Sonderfälle ergänzen sich die Festlegungen des Regionalplans und des Teilplans NR. Bei diesen Zwischen- bzw. Nachnutzungen ist grundsätzlich von einer Vereinbarkeit mit der Abgrabungsnutzung bzw. der Rekultivierung auszugehen.

Die Festlegung des Standorts für eine Deponie am Standort von Rhiem & Sohn müsste demnach auch über den "Abbau" hinaus weiter Geltung beanspruchen. Sicher ist dies allerdings nicht, weil nach der Erläuterung lediglich "grundsätzlich" von einer Vereinbarkeit mit der Abgrabungsnutzung auszugehen sein soll.

Die Festlegung Z.neu4 (Abs. 1 Satz 1) steht damit mindestens in der Gefahr, die Geltung der Festlegung der Deponie am Standort von Rhiem & Sohn zu relativieren.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Hinsichtlich der Anregung zur nachrichtlichen Übernahme einzelner Festlegungen des Regionalplans in den Teilplan NR gilt, dass die diesbezügliche Abwägung nicht im vorliegenden Verfahren erfolgt, sondern im Rahmen der Aufstellung des Teilplans NR.

Wegen der undifferenzierten Bezugnahme auf "Festlegungen des Regionalplans" ist nicht gesichert, dass von einem Geltungsverlust oder einer Relativierung nicht auch die Festlegung des Standorts für die Deponie erfasst ist. Dies ergibt sich erst durch eine noch dazu nicht zwingende Auslegung unter Einbeziehung der Erläuterung 5.

Zu einer solchen Auslegungsmöglichkeit käme es ohne die textliche Festlegung Z.neu4 (Abs. 1 Satz 1) nicht. Denn aus dem Sinn und Zweck einander überlagernder Festlegungen ergäbe sich im Wege einer sachgerechten Auslegung, dass die Rohstoffgewinnung einer Nutzung derselben Flächen als Deponie zeitlich vorausgehen muss, für die Deponie die durch die Rohstoffgewinnung geschaffene Vertiefung in der Erdoberfläche genutzt werden soll.

c) Geltung im Ausnahmefall (?)

Dem Risiko eines abträglichen Geltungsverlusts oder einer Relativierung versucht der zweite Planentwurf offenbar mit der textlichen Festlegung Z.neu4 (Abs. 2) zu begegnen, die lautet:

Ausnahmsweise können im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw. Nachnutzungen innerhalb von BSAB möglich sein, sofern diese mit dem Abbau, der Rohstoffsicherung und der Rekultivierung vereinbar sind.

Die Formulierung lässt bei unbefangener Betrachtungsweise schon daran zweifeln, ob sie als textliche Festsetzung den Anspruch einer verbindlichen Zielvorgabe für die nachfolgenden Planungsebenen erhebt, oder ob sie – wofür einiges spricht – lediglich verallgemeinernd beschreiben soll, dass der zweite Planentwurf für unterschiedliche Fallgestaltungen von Zwischen- und/ oder Nachnutzungen Festlegungen trifft.

Als Beschreibung wäre die Aussage in die Erläuterungen aufzunehmen, weil sie dort nicht die rechtlichen Anforderungen an eine Ziel-festlegung erfüllen muss.

Sollte eine verbindliche Zielvorgabe beabsichtigt sein und der Regionalplan "Nachnutzungen" festlegen, wären sie damit allerdings nur 'ausnahmsweise möglich'. Festlegungen für z. B. "Nachnutzungen" gerieten so unter einen generellen, voraussetzungslosen Aus-nahmeverbehalt.

Dabei wirft die Bezugnahme auf "Nachnutzungen" die Frage auf, welche Festlegungen des zweiten Planentwurfs "Nachnutzungen" vorsehen. Dies wäre z. B. im Rahmen der Festlegung Z.14 (im Kapitel 3.3.2.4 "Bereiche für sonstige zweckgebundene gewerbliche und industrielle Nutzungen") möglich, wo einzelne Standorte aus-Seite 8/34drücklich als "Nachnutzung" bezeichnet sind. Im Kapitel zur "Entsorgungsinfrastruktur" (Kapitel 5.3), das auch die Festlegungen für Deponien enthält, findet der Begriff der Nachnutzung hingegen keine Erwähnung.

Sofern die Festlegung Z.neu4 nicht neu gefasst würde, wäre eine Relativierung der Festlegung der Deponie am Standort von Rhiem & Sohn bis hin zu einem voraussetzungslosen Ausnahmever-behalt infolge der Festlegung Z.neu4 (Abs. 2) nicht ausschließbar.

Die Erläuterungen, die in den im Regionalplan festgelegten 'möglichen Nachnutzungen' ausdrücklich "Sonderfälle" sehen, die "grundsätzlich" mit der "Abgrabungsnutzung bzw. der Rekultivierung" vereinbar sein sollen, deuten darauf hin, dass dem Plangeber bei der Formulierung die Konsequenzen der Festlegung Z.neu4 möglicherweise nicht bewusst waren.

Es kann aber dahinstehen, ob das Auslegungsergebnis, das nur auf den vorliegenden Anwendungsfall bei Rhiem & Sohn bezogen ist und weitere Konsequenzen nicht erfasst, den Intentionen des zweiten Planentwurfs entspricht. Denn es kommt auf den im Planwerk verobjektivierten Willen des Plangebers an.

d) Keine Zielqualität der Festlegung Z.neu4 (Abs. 2)

Offenkundig würde die Festlegung Z.neu4 (Abs. 2) nicht die Anforderungen an Ziele der Raumordnung erfüllen.

Die Planbetroffenen dürfen vom Träger der Raumordnung erwarten, dass er unter der Bezeichnung "Ziele der Raumordnung" abschließend abgewogene textliche oder zeichnerische Festlegungen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG) formuliert. Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung gehört dazu u. a. auch, dass der Plangeber in Zielfestlegungen die Voraussetzungen für Ausnahmen von deren Geltung regeln muss. Diese Anforderungen erfüllt die Festlegung Z.neu4 Abs. 2 allein deshalb nicht, weil sie 'Ausnahmen' nur als 'möglich' erwähnt, ohne die Ausnahmevoraussetzungen festzulegen.

Die fehlende Zielqualität schwächt die möglichen Konsequenzen der Festlegung Z.neu4 nicht ab, weil sie wegen der Bezeichnung als "Ziel der Raumordnung" formal den Anspruch der Letztverbindlichkeit erhebt, deren Fehlen mangels einer grundsätzlichen Zielverwerfungskompetenz auf den Planungsebenen, die der Regionalplanung nachgeordnet sind, erst nach einer – möglicherweise langwierigen – gerichtlichen Auseinandersetzung festgestellt werden könnte. Die damit verbundene Rechts- und Planungsunsicherheit wäre den Planbetroffenen nicht zumutbar.

3. Anregung zur Neufassung

Unter dem Aspekt der Rechts- und Planungssicherheit ist es Aufgabe des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe, zu regeln, welche Festlegungen verbindlich sein sollen.

Dem Anliegen, planerische Vorsorge für Fälle zu treffen, in denen die Verwirklichung von Vorhaben der Rohstoffgewinnung, denen der Plangeber ausschließlich nur noch auf den als BSAB festgelegten Flächen und perspektivisch in Reservegebieten eine Verwirklichungschance eröffnet, scheitert (vgl. die Begründung zum zweiten Planentwurf, Seiten 218 f.), wäre in der Festlegung Z.neu4 in der gebotenen Klarheit Ausdruck zu verleihen.

Dafür wäre die wesentliche Aussage zum Vorrang der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe aus der unverbindlichen Erläuterung 3 (Satz 1) in die verbindliche Festlegung Z.neu4 zu übernehmen:

Die Festlegungen des Teilplans NR (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebieten) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans.

Von diesem (positiven) Ausgangspunkt lässt sich eine Regelung entwickeln, die den Festlegungen des Regionalplans trotz des Vorrangs der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe die Auffangfunktion vermittelt, die der Plangeber offenbar anstrebt. Hier ließe sich bei der Beschreibung des Zeitpunkts, in dem der Vorrang der Festlegung des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe entfallen und die Festlegungen des Regionalplans ihre Auffangfunktion erfüllen sollen, zwischen der Variante unterscheiden, in der die Verwirklichung an tatsächlichen Hindernissen, nicht aber der fehlenden Berechtigung zur Verwirklichung des Rohstoffgewinnungsvorhabens scheitert, und der Variante, in der es schon nicht zur Erteilung der Berechtigung zur Verwirklichung des Rohstoffgewinnungsvorhabens kommt.

Da es nur darum geht, den Festlegungen des Regionalplans in den vorbezeichneten Varianten Auffangfunktion zu vermitteln, wären alle Formulierungen, die sich auch auf Nachfolgenutzungen beziehen lassen könnten, abträglich. Denn deren Geltung setzt die erfolgreiche Verwirklichung eines Rohstoffgewinnungsvorhabens innerhalb der Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe voraus – und gerade nicht dessen Scheitern.

Insoweit ließe sich die Festlegung Z.neu4 möglicherweise wie folgt neu fassen:

Die Festlegungen des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) für "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" (BSAB) und für Reservegebiete haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans.

Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB solange und soweit sie der Verwirklichung der Festlegungen des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) nicht entgegenstehen. Festlegungen des Regionalplans insbesondere für Standorte für Deponien und ggf. erneuerbare Energien stehen der Verwirklichung der Festlegungen des Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) nicht entgegen.

Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten Reservegebiete solange und soweit sie der Verwirklichung von Festlegungen für eine zukünftige Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen.

Dabei erweist die vorstehende Anregung den negativen Formulierungen der Festlegung Z.neu4 ("nicht entgegenstehen") die Referenz.

Eine Formulierung, die vom Vorrang ausgehend die angestrebte Auffangfunktion umschreibt, dürfte gleichermaßen vorstellbar und leichter verständlich sein:

Die Festlegungen des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe

(Lockergesteine) für "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" (BSAB) und für Reservegebiete haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans.

Der Vorrang der Festlegungen des sachlichen Teilplans Nicht-energetische Rohstoffe (Lockergesteine) für "Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Rohstoffe" (BSAB) und für Reservegebiete entfällt, sobald die Verwirklichung entsprechender Vorhaben zum Abbau nichtenergetischer Rohstoffe aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitert. Dann erfüllen Festlegungen des Regionalplans, die die Festlegung im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) überlagern, Auffang-funktion.

Diese Formulierung hat gegenüber der gegenwärtigen Fassung, die den Festlegungen des Regionalplans (schon) bei Bekanntgabe der Zulassung oder dem tatsächlichen Beginn des Abbaus die Geltung entzieht, den Vorteil, dass die Festlegungen des Regionalplans auch in den Fällen gelten, in denen ein Vorhaben der Rohstoffgewinnung zwar begonnen, aber nicht beendet wird (z. B. bei endgültiger Aufgabe des Vorhabens vor seiner vollständigen Durchführung ohne die Prognose, dass sich ein anderer Vorhabenträger findet). In der gegenwärtigen Fassung wäre der Geltungsverlust bereits mit der Bekanntgabe der Zulassung oder dem tatsächlichen Beginn des Abbaus eingetreten, die Festlegungen des Teilplans nichtenergetische Rohstoffe würden zwar weiter formal Geltung beanspruchen, weil die Lagerstätte noch nicht erschöpft ist, wären aber funktionslos, sodass es einer Änderung des Regionalplans bedürfte, um überlagernden Festlegungen des Regionalplans wieder zur Geltung zu verhelfen oder Ersatzfestlegungen zu treffen.

Die Erläuterungen müssten nachvollziehbare Beschreibungen für die Varianten finden, in denen die Festlegungen des Regionalplans Auffangfunktion übernehmen sollen (z. B. tatsächliches und/ oder rechtliches Scheitern). Das gälte auch für die Endgültigkeit des Scheiterns (z. B. gerichtlich letztinstanzliche Ablehnung eines Zulassungsantrags).

In jedem Fall ist die Abgrenzung von den Festlegungen des Regionalplans geboten, die – sachliche und nicht nur als solche bezeichnete – 'Nachfolgenutzungen' innerhalb der BSAB und ggf. der Reservegebiete betreffen (z. B. die Festlegung von Standorten für Deponien innerhalb der BSAB). Denn die Geltung dieser Festlegungen steht – wie bei planimmanenten Geltungsvorbehalten üblich – unter dem Vorbehalt der plangemäßen, vollständigen Verwirklichung der Planungen und Maßnahmen, für die der Teilplan nichtenergetische Rohstoffe Festlegungen in den BSAB trifft. Insoweit dürfen die Planaussagen des Regionalplans keinesfalls den Eindruck erzeugen, seine Festlegungen zu 'Nachfolgenutzungen' könnten ihre Geltung bereits mit Bekanntgabe der Zulassung oder dem tatsächlichen Beginn des Abbaus verloren haben, wären 'ausnahmsweise möglich' oder es handele sich um 'Sonderfälle'.

Anm.:

Den planimmanenten Geltungsvorbehalten dürfte auch die Erläuterung 4 zur Festlegung Z.42 widersprechen, derzufolge die Festlegung eines Standorts für eine

Deponie mit Feststellung der endgültigen Stilllegung und Beginn der Nachsorgephase "funktionslos" werden soll. Mit dem Beginn der Nachsorgephase hat die Festlegung ihre Funktion, Errichtung und Betrieb einer Deponie zu ermöglichen, gerade im Wesentlichen erfüllt. Dabei kann offenbleiben, ob die Festlegung des Standorts für eine Deponie schon bei endgültiger Stilllegung 'funktionslos' werden kann, obwohl das Deponievorhaben normativ erst beendet sein dürfte, wenn die Kreislaufwirtschaftsbehörde den Abschluss der Nachsorge feststellt (vgl. § 40 Abs. 5 KrWG).

Außerdem könnte die Annahme der 'Funktionslosigkeit' mit der Festlegung G.69 kollidieren, die offenbar Fallgestaltungen planerisch den Weg ebnen soll, die unter der Kurzbezeichnung "Deponie auf Deponie" bekannt sind.

Den Nachteil der vom Vorrang ausgehenden Formulierung dürfte aus der Sicht des Plangebers darin liegen, dass sich die Erwähnung der Möglichkeit eines Scheiterns der Festlegungen im Teilplan nichtenergetische Rohstoffe gegenläufig zu seinem Anspruch verhält, die gesteigerten Rechtfertigungsanforderungen zu erfüllen, die die höchstrichterliche Rechtsprechung für Pläne wie den Teilplan nichtenergetische Rohstoffe entwickelt hat, der Vorhaben der Rohstoffgewinnung auf einige Flächen des Planungsraums konzentrieren soll, um sie im gesamten übrigen Planungsraum zu verbieten. Diese Zusammenhänge klingen jedoch in der Begründung an, in der der Plangeber u. a. selbst unter dem Stichwort 'prozessuale Gründe' die Möglichkeit der gerichtlichen Verwerfung seiner Planung thematisiert.

Möglicherweise ist eine nachrichtliche Übernahme etwaiger Festlegungen des Regionalplans zu 'Zwischen-' oder 'Nachfolgenutzungen' in den Teilplan nichtenergetische Rohstoffe erwägenswert. Wechselseitige nachrichtliche Übernahmen könnten die Orientierung zwischen Gesamt- und Teilplänen erleichtern.

Inhalt

II. Festlegungen Z.44 und Z.45

Rhiem & Sohn hält ihre Anregung vom 26.08.2022 zur zeichnerischen Festlegung eines Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage aufrecht, um insbesondere die erforderliche Rechts- und Planungssicherheit zu bewahren, die ihr der geltende Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, in der Fassung der 28. Änderung vermitteln.

[Abbildung]

Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln, Fassung seit der 28. Änderung, Ausschnitt zeichnerische Festlegungen, Blatt 5306.

Ohne die angeregte zeichnerische Festlegung des Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage ("Sicherung") könnte die Notwendigkeit bestehen, dass trotz der Vorgaben im LEP NRW zur Zulässigkeit solcher Anlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden sollen, die Zulassungsfähigkeit erst nach Durchführung eines Regionalplanänderungsverfahrens mit dem Ziel der zeichnerischen Festlegung des Standorts besteht. Denn der Träger der Bauleitplanung unterliegt ansonsten keiner Anpassungspflicht.

Zur Vermeidung von Wiederholungen machen wir uns die Ausführungen in unserer Anregung vom 26.08.2022 vollinhaltlich zu Eigen.

Die Festlegungen des zweiten Planentwurfs zu Standorten für Abfallbehandlungsanlagen stehen mit den einschlägigen Vorgaben des Landesplanungsrechts nicht in Einklang (dazu unter B.II.1., Seiten 16 ff.), erfüllen nicht die Anforderungen an Festlegungen mit dem Verbindlichkeitsanspruch von Zielen der Raumordnung (dazu unter B.II.2., Seiten 18 ff., und B.II.4., Seiten 23 ff.), lassen sich nicht als Ergebnis einer sachgerechten Abwägung bewerten (dazu unter B.II.3., Seite 23 f.) und verschlechtern die bisherige Position der Planbetroffenen ohne sachliche Rechtfertigung (dazu unter B.II.5., Seite 25).

Die Konzeption des zweiten Planentwurfs in Festlegung Z.44 unter "5.3.2 Abfallbehandlung", Standorte für Abfallbehandlungsanlagen erst ab einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder von "regionaler Bedeutung" zeichnerisch festzulegen, steht mit verbindlichen Vorgaben des Landesplanungsrechts nicht in Einklang. Denn die Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen ist wegen landesplanerischer Zielvorgaben – jedenfalls bei einem Verbund mit Abfalldeponien – nicht verzichtbar.

1. Vorgaben der Landesplanung

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1010679 1. Offenlage) und um weitere Aspekte hinsichtlich der Festlegung einer Abfallbehandlungsanlage ergänzt.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen:

Abfallbehandlungsanlagen sind gemäß LEP NRW 8.3-2 Ziel innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zu errichten. Hiervon ausgenommen sind Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden. Für die Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden, ist demnach kein regionalplanerisch festgelegter GIB erforderlich. Diese sind auch außerhalb der GIB im regionalplanerisch festgelegten Freiraum zulässig. Landesplanerische Vorraussetzung ist der Verbund mit einer Deponie. Ein Festlegungserfordernis bzw. ein Sicherungsauftrag durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan ergibt sich hieraus nicht.

Der Regionaplan konkretisiert die Vorgaben des LEP NRW mit Z.44 "Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sichern" und Z.45 "Neue Standorte für Abfallbehandlungsanlagen raumverträglich steuern". Z.44 legt fest, dass die Standorte die als GIB mit der Zweckbindung Abfallbehandlungsanlagen als Vorranggebiet gesichert werden. Aus den Erläuterungen zu Z. 44 ergibt sich für welche Standorte - entsprechend dem Plankonzept des Regionalplans - eine regionalplanerische Sicherung erfolgt. Für Abfallbehandlungsanlagen die im Verbund mit Deponien betrieben werden, erfolgt im Einvernehmen mit dem LEP NRW explizit keine gesonderte Festlegung. Dabei kommt es auf die Flächeninanspruchnahme oder regionalen Bedeutung dieser Anlagen nicht an. Z.45 stellt, wie auch Ziel 8.3-2 LEP NRW, auf neue Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art ab. Dabei werden die Standortanforderung des LEP NRW aufgenommen und insbesondere hinsichtlich des

Der LEP NRW gibt der Regionalplanung vor, Standorte für Deponien zu "sichern" (vgl. Festlegung 8.3-1 LEP NRW).

Hinsichtlich neuer Abfallbehandlungsanlagen bedarf es einer solchen Sicherung der Standorte nicht, weil sie nach der Konzeption des LEP NRW "innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) zu errichten" sind (vgl. Festlegung 8.3-2 LEP NRW). Diese Rechtsfolge ergibt sich für genehmigungspflichtige Vorhaben aus dem geltenden Planungsrecht in seiner Auslegung durch die höchstgerichtliche Rechtsprechung. Der LEP NRW referiert insoweit nur die Rechtslage, ohne der nachgeordneten Regionalplanung – wie bei Deponien – eine Sicherung der Standorte vorzugeben.

Von dieser allgemeinen Rechtslage macht der LEP NRW jedoch eine Ausnahme für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien (vgl. Festlegung 8.3-2 LEP NRW):

Hiervon ausgenommen sind Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden.

Die Wendung "Hiervon ausgenommen" lässt sich sinnvoll nur auf das Erfordernis der Sicherung durch zeichnerische Standortfestlegung im Regionalplan beziehen, nicht hingegen auf die vorangehende Beschreibung der Rechtsfolgen zur Errichtung von Abfallbehandlungsanlagen in GIB. Da die Rechtsfolge bei Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien nicht feststeht, verlangt der LEP NRW, dass Standorte für Abfallbehandlungsanlagen, die außerhalb der GIB im Verbund mit Deponien betrieben werden – ebenso wie Deponien – durch zeichnerische Festlegungen im Regionalplan zu sichern sind. Nur so lässt sich auf der Ebene der nachgeordneten Bauleitplanung auch die konkret standortbezogene Anpassungspflicht begründen, die sicherstellt, dass die landesplanerisch anerkannten Vorteile der "Integration von Behandlungsanlagen in Deponiestandorte" u. a. hinsichtlich einer geringeren Umweltbelastung erreichbar sind (vgl. die Erläuterung zur Festlegung 8.3-2 LEP NRW).

Die Regionalplanung darf also nicht darauf verzichten, Standorte für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien durch entsprechende zeichnerische Festlegungen zu sichern.

Der im zweiten Planentwurf ausdrücklich erklärte Verzicht auf die zeichnerische Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien ist mit den Vorgaben des LEP NRW nach alledem unvereinbar. Zwar soll der Verzicht im Allgemeinen auf Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne "regionale Bedeutung" bezogen sein. Er gilt aber gerade "auch, wenn Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit einer Abfalldeponie betrieben werden" (vgl. Erläuterung 1 zur Festlegung Z.44).

Die Sicherung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien wäre unter Verwendung des im zweiten Planentwurf auch erwähnten 'vorhabenbezogenen Planzeichens' in der Form des Plansymbols

Kriteriums "Verbund mit Deponien" räumlich und zeitlich konkretisiert. Eine Klarstellung, dass es bei der Zulässigkeit von Abfallbehandlungsanlagen die im Verbund mit Deponien im regionalplanerischen Freiraum nicht auf die Flächeninanspruchnahme und/oder ihre regionalen Bedeutung ankommt, ist nicht erforderlich.

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

"Abfallbehandlungsanlage" möglich (vgl. ebenda).

2. Letztverbindlichkeit und Bestimmtheit

Die Festlegungen zu Abfallbehandlungsanlagen im zweiten Planentwurf erheben ausweislich ihrer Bezeichnung als Ziele der Raumordnung den Anspruch auf Letztverbindlichkeit (vgl. zur Abkürzung von Zielen ("Z") und Grundsätzen ("G") u. a. das "Verzeichnis der Ziele und Grundsätze").

Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums (vgl. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG). Festlegungen mit der Verbindlichkeit von Zielen der Raumordnung müssen im Rahmen der Rechtsanwendung auf den nachfolgenden Planungsebenen ohne planerische Abwägung vollziehbar sein.

Mit diesen Anforderungen steht nicht in Einklang, dass sich wesentliche inhaltliche Beschränkungen der textlichen Festlegung auf eine Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne "regionale Bedeutung" nur aus den Erläuterungen ergeben (vgl. Erläuterung 1 zur Festlegung Z.44). Sie schränken die Aussage der textlichen Festlegung erheblich ein, ohne selbst Verbindlichkeit zu entfalten, eine Begründung zu liefern oder abstrakte Kriterien mit hinreichender Bestimmbarkeit für die Rechtsanwendung festzulegen.

Vgl. OVG Münster, Urteil vom 21.03.2024, Az.: 11 D 133/20.NE, TA 403.

Unter dem Aspekt der Bestimmtheit mag einstweilen dahinstehen, welche Voraussetzungen für eine 'regionale Bedeutung' im Sinne der Erläuterung erfüllt sein müssten, und ob und wie sich die 'regionale Bedeutung' von den fachrechtlich einschlägigen gesetzlichen Voraussetzungen raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen (vgl. §§ 1 Abs. 1, 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG) oder von den Voraussetzungen für überörtliche Bedeutung (vgl. § 38 Satz 1 BauGB; vgl. a. § 21 ROG) sinnvoll abgrenzen lassen. Die Rechtsanwendung auf den nachfolgenden Planungsebenen ermöglicht der zweite Planentwurf nicht dadurch, dass er unbestimmten, nicht gesetzlichen Begriffen ('regionale Bedeutung') weitere, unbestimmte Begriffe ('lokale Bedeutung') gegenüberstellt, ohne Kriterien für die erforderliche Abgrenzung mitzuteilen.

Vgl. zur für die Zuordnung zu Zielen der Raumordnung abträglichen Wirkung unbestimmter Rechtsbegriffe z. B. VG Köln, Urteil vom 11.08.2006, Az.: 14 K 1718/03, TA 68 a. E.

Der zweite Planentwurf lässt auch konkret keinen Rückschluss darauf zu, aus welchen sachlichen Gründen der von Rhiem & Sohn angeregte Standort für eine Abfallbehandlungsanlage nicht zeichnerisch festgelegt worden ist.

Anm.: Die Abwägung geht auf die von Rhiem & Sohn – unter Verwendung des

einschlägigen Planzeichens und unter Bezugnahme auf die 28. Regionalplanänderung – angeregte Festlegung eines Standorts für eine Abfallbehandlungsanlage nicht ein (vgl. "B-1 Synopse Oeffentliche Stellen", Seiten 2.809 ff., Az.: BET_179000_1, Nr.: 1004673, und "B-3 Synopse Oeffentlichkeit", Seiten 108 ff., Az: Ö-M-1139).

Der Grund dürfte nicht darin liegen, dass die Abfallbehandlungsanlage von Rhiem & Sohn aller Voraussicht nach eine Fläche von unter 10 ha beansprucht. Denn gleichwohl könnte ihr 'regionale Bedeutung' zuzuordnen sein. Allerdings ist unklar, an welchen Kriterien eine solche Zuordnung zu orientieren sein könnte. Den Erläuterungen mag sich zwar entnehmen lassen, dass der zweite Planentwurf unterstellt, eine Deponie, deren Raumbedeutsamkeit in der Regel – und auch vorliegend – gegeben ist, begründe nicht die Raumbedeutsamkeit einer im Verbund mit ihr betriebenen Abfallbehandlungsanlage. Einen sachlich tragfähigen Grund teilt der zweite Planentwurf aber nicht mit. Ein solcher Grund ist auch nicht ersichtlich, weil sich bei unbefangener Betrachtung auch das Gegenteil behaupten ließe, dass nämlich eine raumbedeutsame Deponie einer mit ihr im Verbund betriebenen Abfallbehandlungsanlage Raumbedeutsamkeit vermittelt.

Die Festlegungen des zweiten Planentwurfs sind unter Einbeziehung der Erläuterungen nicht widerspruchsfrei und erfüllen deswegen nicht die Anforderungen an Ziele der Raumordnung. Obwohl der zweite Planentwurf ausweislich der (unverbindlichen) Erläuterungen Standorte für Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' nicht zeichnerisch festlegt, enthält er textliche Festlegungen für neue Abfallbehandlungsanlagen, ohne dabei auf eine Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionale Bedeutung' abzustellen.

Ausweislich der Erläuterung 1 zur Festlegung Z.44 legt der zweite Planentwurf Standorte für 'sonstige' Abfallbehandlungsanlagen (also solche unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung') auch dann nicht fest, wenn sie im Verbund mit Deponien betrieben werden:

Sonstige biologische, mechanische, chemisch-physikalische Abfallbehandlungsanlagen (Vergärungs-, Kompostierungs-Aufbereitungs-, Sortieranlagen) sind aufgrund der geringen Flächeninanspruchnahme und der lokalen Bedeutung nicht zeichnerisch festgelegt. Dies gilt auch, wenn Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit einer Abfalldeponie betrieben werden.

Die textlichen Festlegungen für 'neue Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art' verlangen hingegen keine Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionale Bedeutung' (vgl. auch die Erläuterung 1 zur Festlegung Z.45).

Das Adjektiv 'neu' beschränkt den Anwendungsbereich der Festlegung nicht nur auf Standorte für Abfallbehandlungsanlagen mit einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder von 'regionaler Bedeutung', die nicht schon beim Wirksamwerden des Regional-plans Köln festgelegt sind. Denn der Wortlaut mit dem Zusatz "jeglicher Art", der sich allerdings wiederum nur in den unverbindlichen Erläuterungen findet, erfasst ersichtlich auch 'sonstige' Abfallbe-handlungsanlagen – also

Abfallbehandlungsanlagen unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung'.

Während die Festlegung Z.44 nur nicht neue Abfallbehandlungsanlagen mit einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder von "regionaler Bedeutung" erfassen soll, soll die Festlegung Z.45 Abfallbehandlungsanlagen unabhängig davon erfassen, in welchem Umfang sie Flächen in Anspruch nehmen oder welche Bedeutung ihnen zukommt. Für diese unterschiedlichen Festlegungen ist kein sachlicher Grund ersichtlich.

Dieses Ergebnis bestätigen die Festlegungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien (vgl. Festlegung Z.45" Abs. 1):

Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regional-planerisch festgelegten Freiraum zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist.

Für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien, einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha und/ oder 'regionaler Bedeutung' wäre diese Festlegung überflüssig, weil für solche Abfallbehandlungsanlagen Standorte ohnehin zeichnerisch festzulegen sind. Der zweite Planentwurf kann sie nur in Bezug auf die Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien erforderlich halten, die Flächen von weniger als 10 ha in Anspruch nehmen und/oder keine 'regionale Bedeutung' aufweisen ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen 'jeglicher Art').

Wenn der zweite Planentwurf Festlegungen zur ausnahmsweisen Zulässigkeit von neuen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien unterhalb einer Flächeninanspruchnahme von 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen 'jeglicher Art') in der Form von Zielen der Raumordnung trifft, muss er sie als raumbedeutsam betrachten. Denn die Festlegungsbefugnis ist ihm nur für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen eröffnet (vgl. § 1 Abs. 1 Satz 1 ROG).

Dann aber ist nicht erklärlich, warum der zweite Planentwurf zugleich die Raumbedeutsamkeit bei nicht neuen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien bei einer Flächeninanspruchnahme von unter 10 ha und/ oder ohne 'regionale Bedeutung' ('sonstige' Abfallbehandlungsanlagen 'jeglicher Art') verneint und auf die zeichnerische Festlegung entsprechender Standorte verzichtet.

Nach alledem müssen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien entsprechend der Konzeption, die in den Festlegungen Z.44 und Z.45 nebst Erläuterungen zum Ausdruck gelangt, unabhängig davon raumbedeutsam sein, ob sie nicht neu oder neu sind, ob sie Flächen ab 10 ha oder weniger in Anspruch nehmen und/ oder ob sie 'regionale' oder nur 'lokale' Bedeutung haben.

In dieser Situation kann der zweite Planentwurf auf die zeichnerische Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Abfalldeponien nicht

verzichten, ohne in Widerspruch zu seinen eigenen Festlegungen zu geraten.

3. Abwägung

Es ist sachlich nicht nachvollziehbar, auf der Ebene des Regional-plans zwar Standorte für Deponien zeichnerisch festzulegen, nicht aber für die mit diesen in einem Verbund betriebenen Abfallbehandlungsanlagen.

Dies muss jedenfalls dann gelten, wenn der Betreiber den Verbund – wie vorliegend – schon im Rahmen seiner Anregung bzw. seines Antrags (vgl. § 19 Abs. 2 LPIG NRW) nachweist. Denn wenn der zweite Planentwurf Deponien in der Regel als raumbedeutsam bewertet, ist nicht nachvollziehbar, Abfallbehandlungsanlagen, die mit diesen raumbedeutsamen Deponien im Verbund betrieben werden, von dieser Bewertung auszunehmen (vgl. Festlegung Z.44), sie aber bei neuen Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien zugrundelegen (vgl. Festlegung Z.45). An diesem Ergebnis ändert nichts, dass Deponien der Klasse 0 erst ab einer Flächeninanspruchnahme ab 10 ha raumbedeutsam sein sollen (vgl. Erläuterung 1 zu Festlegung Z.41).

4. Anforderungen an Ziele der Raumordnung

Es unterliegt erheblichen Zweifeln, ob die Festlegungen des zweiten Planentwurfs auch im Übrigen die Anforderungen an Ziele der Raumordnung erfüllen, soweit sie einen 'räumlich-funktionalen Verbund mit einer Abfalldeponie' verlangen.

Die Vorgaben des LEP NRW fordern einen 'funktionalen Verbund der Behandlungsanlage mit der Deponie' (vgl. die Erläuterung zu Festlegung 8.3-2 LEP NRW), ohne den räumlichen Aspekt des Verbunds bzw. der Beziehung zwischen Behandlungsanlage und Deponie zu thematisieren. Dieser ließe sich möglicherweise aus verwandten Sachmaterien ableiten, wenn eine im Verbund mit einer Deponie betriebene Abfallbehandlungsanlage der Deponie 'dienen' soll. Seite 23/34 Dann wird jedoch üblicherweise u. a. ein räumlich-funktionaler Zusammenhang verlangt (vgl. § 35 Abs. 1 Nr. 3 BauGB).

Der zweite Planentwurf bejaht den räumlichen Aspekt des Verbunds für den Standort einer Abfallbehandlungsanlage, wenn er innerhalb der Festlegung des Standorts für die Deponie liegt. Liegt der Standort der Abfallbehandlungsanlage außerhalb desjenigen für die Deponie, soll ein Verbund nur vorliegen, wenn der Standort der Abfallbehandlungsanlage 'unmittelbar an diesen angrenzt'. So ließe sich für das Vorliegen eines Verbunds in räumlicher Hinsicht die Forderung erheben, dass zwischen den Flächen des Standorts für die Deponie und der Abfallbehandlungsanlage nur eine Grundstücksgrenze verläuft ('unmittelbares Angrenzen'). Das Merkmal der Unmittelbarkeit dürfte jedoch die landesplanerisch gewollten Anwendungsfälle übermäßig stark verengen. Denn es ist nicht ersichtlich, dass für die landesplanerisch anerkannten Vorteile u. a. hinsichtlich einer geringeren Umweltbelastung ein unmittelbares Angrenzen erforderlich ist. Der 'räumlich-funktionale Verbund' wird im Hinblick auf die landesplanerische Intention auch ohne unmittelbares Angrenzen bei einer räumlichen Nähebeziehung zu bejahen sein.

Den Anforderungen an Zielen der Raumordnung, handhabbare Kriterien für die Rechtsanwendung zu vermitteln, genügt es nicht, wenn der in der Festlegung geforderte 'funktionale' Verbund in der einschlägigen Erläuterung einem 'betrieblichen' Zusammenhang gleichgesetzt wird. Letzterer ließe sich u. U. bejahen, ohne dass ersterer vorliegen muss. Anstatt der Rechtsanwendung Kriterien mitzuteilen, wann der 'funktionale' Aspekt des Verbunds vorliegt, beschränkt sich der zweite Planentwurf erneut darauf, an die Stelle eines unbestimmten Begriffs einen weiteren, ebenso unbestimmten Begriff zu setzen. Obwohl der zweite Planentwurf im Dunkeln lässt, in welchem Verhältnis der funktionale zu einem betrieblichen Zu-Seite 24/34 Zusammenhang steht, erlegt er den Planbetroffenen die Last des Nachweises auf.

5. Regionalplan Köln, Teilabschnitt Region Köln

Der einschlägige Regionalplan legt seit seiner 28. Änderung vom 27.09.2021 den Standort für eine Abfallbehandlungsanlage im Verbund mit der zugelassenen Deponie von Rhiem & Sohn zeichnerisch fest.

Es sind keine Gründe ersichtlich, von dieser Festlegung abzuweichen.

6. Hilfsweise

Für den Fall der Ablehnung einer zeichnerischen Festlegung von Standorten für Abfallbehandlungsanlagen im Verbund mit Deponien regen wir vorsorglich an,

1. die textliche Festlegung Z.44 wie folgt zu ändern:

Standorte für Abfallbehandlungsanlagen sind ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung als Vorranggebiete oder vorhabenbezogen festgelegt.

2. die textliche Festlegung Z.45 wie folgt zu ändern:

Ausnahmsweise sind Abfallbehandlungsanlagen im regional-planerisch festgelegten Freiraum ungeachtet ihrer Flächeninanspruchnahme und/oder aufgrund ihrer regionalen Bedeutung zulässig, wenn ein räumlich-funktionaler Verbund mit einer Abfalldeponie besteht und der Betrieb auf die Dauer der Deponienutzung beschränkt ist

Inhalt

III. Festlegung G.46 Abs. 1

Rhiem & Sohn hat in ihrer Stellungnahme vom 31.08.2022 die ersatzlose Streichung der Festlegung G.46 Abs. 1 geltend gemacht, weil diese mit der Vorgabe, innerhalb sogenannter 'erweiterter Einzugsbereiche' für bestehende und geplante Trink- und Heilwasser-Seite 25/34 Gewinnung einem "vorsorgenden" Grundwasser- und Gewässer-schutz besonderes Gewicht beizumessen, die raumordnungsrechtliche Befugnis zur Festlegung einer Gewichtungsvorgabe überschreitet.

Rhiem & Sohn hält ihre Stellungnahme vom 31.08.2022 insoweit aufrecht.

Den Trägern der Regionalplanung in Nordrhein-Westfalen fehlt die Befugnis, unter der Bezeichnung 'erweiterte Einzugsbereiche' Gewichtungsvorgaben für die Wasserschutzzonen III B und/ oder III C festzulegen.

Die Festlegung G.46 Abs. 1 verstößt insbesondere gegen höherrangige Vorgaben des Landesentwicklungsplans Nordrhein-Westfalen (LEP NRW, vgl. dort Festlegung 7.4-3) sowie des Landesrechts (vgl. § 32 Abs. 1 LPIG DVO NRW, LwWSGVO-OB) und des Fach-rechts. Die zeichnerische Festlegung von 'erweiterten Einzugsgebieten' ("Wasserschutzzonen 3B/C") in der Erläuterungskarte A3, F9 "Trinkwasservorsorge" widerspricht zudem den in der Anlage zur LPIG DVO NRW aufgeführten Planzeichen.

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen machen sich Rhiem & Sohn für diese Stellungnahme ihre Ausführungen in der Stellungnahme vom 31.08.2022 (vgl. dort Seiten 2 ff.) – darunter zur fehlerhaften Abwägung, zu den unterbliebenen Ermittlungen, zum zu-grunde liegenden informalen Konzept, zum politischen Willen, zur Redundanz, den betroffenen Interessen und Belangen, den hydro-geologischen Verhältnissen, der Gleichbehandlung, dem Bedarf, den örtlichen Verhältnissen und einzelfallbezogenen Differenzierungen – vollinhaltlich zu Eigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1036094_007

Inhalt

IV. Festlegung G.46 Abs. 2

Rhiem & Sohn hat in ihrer Stellungnahme vom 31.08.2022 die ersatzlose Streichung der Festlegung G.46 Abs. 2 aus den zur Festlegung G.46 Abs. 1 genannten und weiteren Gründen geltend gemacht.

Rhiem & Sohn hält ihre Stellungnahme vom 31.08.2022 insoweit aufrecht.

Da schon die Befugnis fehlt, in Bereichen der Wasserschutzzonen III B und/ oder III C über die Festlegung G.46 Gewichtungen vorzugeben, ändert an deren Unwirksamkeit nichts, wenn die Festlegung in der Fassung des zweiten Planentwurfs gegenüber derjenigen der ersten Fassung sowohl im Bereich der textlichen Festlegung, als auch der Erläuterungen in der Sache entschärft worden ist. Ob die in der Fassung des ersten Planentwurfs kaschierte Verbotsintention und deren Verbotswirkung in der Fassung des zweiten Planentwurfs möglicherweise noch erhalten geblieben sind, bedarf keiner Beantwortung, weil sie sich auf die Unwirksamkeit der Festlegung G.46 Abs. 2 nicht auswirkt. Eine Festlegung, die sich nicht auf eine Befugnis stützen lässt, ist in jeder Fassung unwirksam.

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen machen sich Rhiem & Sohn für diese Stellungnahme ihre Ausführungen in der Stellungnahme vom 31.08.2022 (vgl. dort Seiten 23 ff.) vollinhaltlich zu Eigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1036094_008	
Inhalt	Abwägung
V. Festlegung G.47 Abs. 1	Typ Hinweis
Für die Festlegung G.47 Abs. 1 gelten die Ausführungen zur Festlegung G.46 Abs. 1 (dazu unter B.III., Seiten 25 ff.) entsprechend.	Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Rhiem & Sohn hält ihre Stellungnahme vom 31.08.2022 insoweit aufrecht.	Erläuterung
Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen machen sich Rhiem & Sohn für diese Stellungnahme ihre Ausführungen in der Stellungnahme vom 31.08.2022 (vgl. dort Seiten 29 ff.) vollinhaltlich zu Eigen.	Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1036094_009

Inhalt

VI. Festlegung G.47 Abs. 2

Für die Festlegung G.47 Abs. 2 gelten die Ausführungen zur Festlegung G.46 Abs. 2 (unter B.IV., Seiten 27 ff.) entsprechend.

Rhiem & Sohn hält ihre Stellungnahme vom 31.08.2022 insoweit aufrecht.

Da schon die Befugnis fehlt, in Bereichen der Wasserschutzzonen III B und/ oder III C über die Festlegung G.47 Gewichtungen vorzugeben, ändert an deren Unwirksamkeit nichts, wenn die Festlegung in der Fassung des zweiten Planentwurfs gegenüber derjenigen der ersten Fassung sowohl im Bereich der textlichen Festlegung, als auch der Erläuterungen in der Sache entschärft worden ist. Ob die in der Fassung des ersten Planentwurfs kaschierte Verbotsintention und deren Verbotswirkung in der Fassung des zweiten Planentwurfs möglicherweise noch erhalten geblieben sind, bedarf keiner Beantwortung, weil sie sich auf die Unwirksamkeit der Festlegung G.47 Abs. 2 nicht auswirkt. Eine Festlegung, die sich nicht auf eine Befugnis stützen lässt, ist in jeder Fassung unwirksam.

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen machen sich Rhiem & Sohn für diese Stellungnahme ihre Ausführungen in der Stellungnahme vom 31.08.2022 (vgl. dort Seiten 33 ff.) vollinhaltlich zu Eigen.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

VIII. Festlegung Z.42

Rhiem & Sohn hat in ihrer Stellungnahme vom 31.08.2022 die ersatzlose Streichung der Festlegung G.42 geltend gemacht, weil sie den Anschein erweckt, außerhalb der in Plansatz Z.42 festgelegten Vorranggebiete für Abfalldeponien bestehe ein Verbot für Deponien oder ein Planungserfordernis auf der Ebene der Regionalplanung.

Rhiem & Sohn hält ihre Stellungnahme vom 31.08.2022 insoweit aufrecht.

Die Erläuterungen zum ablehnenden Ausgleichsvorschlag (im Dokument B-3 Synopse Öffentlichkeit, Seite 2.625) enthalten nicht die Rechtfertigung, die erforderlich ist, um die Festlegung Z.42 aufrecht zu erhalten.

Der allgemeine Verweis auf die Festlegung 8.3-1 Satz 1 LEP NRW, wonach die Regionalpläne Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, zu sichern haben, ist unergiebig. Denn der LEP NRW setzt sowohl Raumbedeutsamkeit, als auch Erforderlichkeit der Deponien voraus.

Der erste und zweite Planentwurf unterstellen das Vorliegen beider Voraussetzungen für alle Deponien außer denjenigen der Klasse 0 bei einer Flächeninanspruchnahme von unter 10 ha. Zu den Gründen, die die Raumbedeutsamkeit bzw. die "regionale Bedeutung" einer Deponie der Klassen I mit einer Flächeninanspruchnahme von z. B. 1 ha herbeiführen, findet sich in den Erläuterungen nichts Substantielles (vgl. Erläuterung 1 zur Festlegung Z.42). Es ist auch nicht ersichtlich, welche sachlichen Gründe eine regionalplanerische Befassung mit einem derartigen Vorhaben erfordern könnten, weil sich die planerischen Konflikte nicht im kreislaufwirtschaftsrechtlichen Fachplanungsverfahren lösen, das der Bundesgesetzgeber für Vorhaben dieser Art für ausreichend gehalten hat (vgl. § 35 KrWG).

Dabei sind die Planaussagen in sich widersprüchlich, weil trotz Unterwerfung nahezu aller Deponien unter das regionalplanerische Planungserfordernis Deponien nur "**in der Regel** ein Planerfordernis auf Ebene des Regionalplans" auslösen sollen (vgl. Erläuterung 2 zu Festlegung Z.41 a. E.). Hier relativieren die Erläuterungen die Verbindlichkeit der Festlegung, ohne Kriterien zu formulieren, was eine Zuordnung der Festlegung zu den Zielen der Raumordnung ausschließt.

Aus der Perspektive der Planbetroffenen macht es zudem keinen Unterschied, ob ihr Vorhaben (Neuplanung oder wesentliche Erweiterung) außerhalb der bereits festgelegten Bereiche abgelehnt wird, weil auf Ebene des Regionalplans ein – erheblichen Zweifeln ausgesetztes – Planerfordernis bestehen soll, oder wegen einer außergebietlichen Verbotswirkung.

Der Regionalplan verfolgt erkennbar die Absicht, der Fachplanung die Möglichkeit zur

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung. (vgl. ID 1007225 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Darüber hinaus wird klargestellt, dass Raumordnungspläne auch diejenigen Festlegungen zu raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen von öffentlichen Stellen und Personen des Privatrechts nach § 4 Absatz 1 Satz 2 enthalten sollen, die zur Aufnahme in Raumordnungspläne geeignet und zur Koordinierung von Raumansprüchen erforderlich sind und die durch Ziele oder Grundsätze der Raumordnung gesichert werden können. Im LEP wurde von dieser Kompetenz Gebrauch gemacht. Mit der Festlegung des Ziels 8.3-1 zur Sicherung raumbedeutsamer Deponiestandorte wurde eine Regelung für erforderlich erachtet. Der Wortlaut des Ziels („ist so formuliert, dass eine aktive Planung für Deponiestandorte auf regionalplanerischer Ebene erfolgen soll. Der Planungsauftrag des LEP NRW wird durch den Regionalplan konkretisiert

Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präziserungsbedarf.

Zulassung selbst kleinster Deponien zu entziehen, ohne eine sachlich tragfähige Rechtfertigung zu liefern. Diese Intention gelangt in den Ausführungen zu den rechtlichen Zulassungsmaßstäben zum Ausdruck, die sich dem Einwand aussetzen, auf die möglichst weitgehende Ablehnung von Deponievorhaben fixiert zu sein.

Dazu gehört – beispielsweise – die unreflektierte Erwähnung der vermeintlich erforderlichen "Notwendigkeit" einer Deponie nebst "Bedarfsnachweis" usw. Ob diese Ausführungen auf ein – untergesetzliches – Regelwerk Bezug nehmen (vgl. § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 DepV), bleibt im Dunkeln. Zumindest bei privaten Vorhabenträgern stehen diese Ausführungen in Widerspruch zur höchstrichterlichen Rechtsprechung, wonach die Planrechtfertigung für eine Deponie schon vorliegt, wenn sie vernünftigerweise geboten ist – und nicht erst, wenn der Vorhabenträger ihre 'Notwendigkeit' im Sinne einer Unausweichlichkeit dargetan hat.

Vgl. BVerwG, Urteil vom 26.04.2007, Az.: 4 C 12.05, TA 45; BVerwG, Urteil vom 09.11.2006, Az.: 4 A 2001.06.

In Bezug auf Deponien privater Vorhabenträger sind die Ausführungen, die Ebene der Regionalplanung sei die einzige Planungsebene, auf der Alternativstandorte und/oder Ausführungsvarianten geprüft werden könnten, mit der Rechtsprechung unvereinbar. Denn einem privaten Vorhabenträger mit nur beschränkt zur Verfügung stehenden Flächenangeboten kann keine unbegrenzte Standortsuche abverlangt werden.

Vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 31.07.2018, Az.: 7 KS 17/16, BeckRS 2018, 20559, Rdn. 439.

Insofern ist die Frage nach 'Alternativstandorten' bei Deponien in privater Trägerschaft keine Frage, die sich einzig auf der Ebene der Regionalplanung beantworten lässt, weil sie sich nicht stellt.

Zur Vermeidung unnötiger Wiederholungen machen sich Rhiem & Sohn für diese Stellungnahme ihre Ausführungen in der Stellungnahme vom 31.08.2022 (vgl. dort Seiten 44 ff.) vollinhaltlich zu Eigen.

AZ: Ö-M-2-46	
1027637	
1033108_001	
<p>Inhalt</p> <p>Betr.: Einrede bezüglich der Änderungen des Regionalplanes im Raum der Gemeinde Langerwehe</p> <p>Hier: Ausweisung eines Industriegebietes entlang der L12n an den Dörfern Geich und Obergeich (1001340)</p> <p>Begründung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nach Beschlusslage des Gemeinderates vom 04.07.2024 und 19.09.2024 wollte die Gemeinde prüfen, ob an der genannten Örtlichkeit eine Gasfabrik errichtet werden kann. Diese Beschlüsse beinhalten KEIN Planungsrecht. Hierfür wären weitere Sitzungen mit konkretisierter Auftragslage notwendig. 2. Die Fläche des Gewerbegebietes wird als MIX Fläche deklariert. Das ist nicht zutreffend. Es existiert nur die das Planangebot der Gasanlagenfirma, das sich ziemlich genau mit der von der Gemeinde anvisierten Fläche deckt. Somit ist es keine Mixfläche gem. des Antrages. 3. Die von der Gemeinde gekennzeichneten Flächen liegen zu dicht an bebautem Gebiet, als dass hier Schwerindustrie, die von §12 BImSchG betroffen ist, zulässig wäre. Es wird darum gebeten die Änderungen des Regionalplanes abzulehnen. 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1001340 1. Offenlage) vorgebracht. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.</p> <p>Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Die eingebrachten Hinweise zu Punkt 1. bis 3. beziehen sich auf die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen.</p>

Inhalt

1. Textl. Darstellung, Erläuterungskarten F3 Regionale Grünzüge, F6 Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung (BSLE), F1 Unzerschnittene verkehrsarme Räume, Umweltbericht, Bewertungsmaßstäbe

[Abbildung]

Im derzeit geltenden Regionalplan und großenteils auch im ersten Planentwurf, ist im kommunalen Grenzgebiet nordwestlich Vinxel und Stieldorf „Schutz der Landschaft“ festgelegt. Laut zweitem Planentwurf (Erläuterungskarte F6) soll nun in dem gesamten Gebiet, nicht nur in vorgesehenen Siedlungsbereichen, kein Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung mehr festgelegt sein. Dies ist nicht begründet. Die Absicht, hier Siedlungsbereiche festzulegen, kann keine Begründung sein. Eine Verkleinerung des Landschaftsschutzgebietes wird naturschutzfachlich nicht empfohlen:

„Aufgrund dieser natur- und kulturräumlichen Privilegien sind das Siebengebirge und das Pleiser Ländchen als geschlossene Einheiten vollständig zu erhalten.“

(Quelle: Region Köln/Bonn e.V., Herausforderungen der „Stadtlandschaft“ in der Metropolregion Köln/Bonn. Masterplan Grün, Version 3.0, Seite 36)

Der Regionale Grünzug (Erläuterungskarte F3) hat als Funktionsschwerpunkt Klima, während Freizeit und Biotopverbund, anders als in der umgebenden Landschaft, nordwestlich Vinxel und Stieldorf fehlen. Ein Grund ist nicht ersichtlich, zumal die typische Flora und Fauna des Offenland-Biotops (z.B. Raubvogelarten) hier genauso zu finden sind wie in anderen Bereichen des Ennert und Pleiser Hügellands bzw. der weiteren Umgebung. Dasselbe gilt für die in der Freizeit erholungssuchenden Radelnden und Wandernden.

Landschaft und Landwirtschaft weisen die gleichen Strukturen auf wie in dieser Umgebung üblich. Ein Verlust durch Versiegelung im Ausmaß der Siedlungsbereiche in Vinxel, Stieldorf, Gielgen, Hoholz und (im Zweiten Entwurf herausgenommen) Roleber wäre erheblich und nicht vereinbar mit einer Reihe von wichtigen Grundsätzen des Regionalplans. Dies wurde bereits in unserer Stellungnahme zum ersten Regionalplanentwurf vom 25.8.2022 ausführlich dargestellt und soll nicht wiederholt werden.

[Abbildung]**Abwägung****Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Hinsichtlich der Erläuterungskarte F6 kann nach fachlicher Prüfung außerhalb der Siedlungsbereiche kein Unterschied zu der entsprechenden Erläuterungskarte aus der ersten Offenlage erkannt werden. Darüber hinaus weise ich darauf hin, dass die Erläuterungskarten der gesamträumlichen Übersicht dienen und entsprechend des Maßstabs auf die wesentlichen Inhalte reduziert sind. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen. Des Weiteren bedeutet eine BSLE-Festlegung nicht gleich Landschaftsschutzgebiet. Generell gilt diesbezüglich, dass die Festlegung der BSLE zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II). Der Regionalplan setzt durch die Ausweisung von BSLE keine Landschaftsschutzgebiete fest. Dies obliegt der nachgelagerten Fachplanung.

Die Festlegung der Regionalen Grünzüge erfolgt auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Im ländlichen Raum selbst werden keine Festlegungen für den RG getroffen. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Auch an dieser

Die Zerschneidung der Landschaft (Erläuterungskarte F1) ist und bleibt absehbar relativ gering. Zwischen Roleber, Gielgen, Hoholz, Stieldorf und Vinxel ist sie von einer kommunalen und zwei Landesstraßen zerschnitten. Sie sind zweispurig und in den Ortsdurchfahrten oft enger. Diese Verkehrsinfrastruktur wäre gleichzeitig ein unlösbares Problem für neue Siedlungsbereiche. Für die landschaftsorientierte Naherholung sind sie ein akzeptables und in Stadtnähe vergleichsweise kleines Hindernis, zumal sie auch für die Erreichbarkeit dieser für die alltägliche Naherholung unverzichtbaren Landschaft per PKW und (halbstündlichen, sonntags stündlichen) Bus sorgen.

Die Landschaft zwischen Roleber, Gielgen, Hoholz, Stieldorf und Vinxel ist ein beliebtes und besonders für das südliche Bonn-Beuel leicht erreichbares Naherholungsgebiet.

Die im Regionalplan aufgrund des Planungsrechts im Bundesverkehrswegeplan verzeichnete Südtangente würde allerdings die Landschaft massiv beeinträchtigen. Mit einem Planungsbeginn ist jedoch bis zum Ende des BVWP 2030 und darüber hinaus nicht zu rechnen. Die Wahrscheinlichkeit, dass die vierspurige Bundesstraße in den nachfolgenden Bundesverkehrswegeplan gelangt, ist gering; Daher kann von einer weiteren Zerschneidung in der neuen Regionalplanphase nicht ausgegangen werden.

[Abbildung]

Der Raum Roleber-Hoholz-Gielgen-Stieldorf-Vinxel ist reich an schutzwürdigen klimarelevanten Böden, wegen des großen Wasserrückhaltevermögens im 2-Meter-Raum. Laut Umweltbericht (S.75ff) hat im gesamten Regierungsbezirk nur weniger als ein Drittel des Freiraums eine derart hohe Kühlwirkung. Der Schutz dieses thermischen Ausgleichs erscheint aber zu gering: „Regionalplanerisch erhebliche Umweltauswirkungen außerhalb der eigentlichen Plangebiete für die Regionalplanebene werden ausgeschlossen.“ (Umweltprüfung/A-3-2 Anhang A Bewertungsmaßstäbe). Der Bodenschutz wird vielmehr den Bauleitplänen überantwortet, die wiederum wegen der kleineren Einheiten nur wenig Klimawirkung ermitteln können. Zudem berücksichtigen sie aufgrund der VDI-Gutachterstandards nur Kaltluftleitbahnen, nicht aber Entstehungsgebiete von Kaltluft. Bei der Abwägung der Belange schliesslich wird den Böden meist wenig Bedeutung zugemessen.

In den vergangenen Jahrzehnten entstand ein viel zu hoher Flächenverbrauch, auch von klimarelevanten Böden, mit drastischen Folgen für den Klimaschutz. Gesetzesänderungen, die Umweltprüfungen einschränken, um schneller Bauland bereitzustellen, haben umso schädlichere Folgen für Böden und Klima. Eine Überprüfung der Wirkung der Zuständigkeiten auf den Schutz klimarelevanter Böden erscheint dringend erforderlich. Die überaus bedeutsame Klimarelevanz von Böden wurde im Rahmen der Überarbeitung der Bewertungsmaßstäbe (siehe A-3-2 Anhang A Bewertungsmaßstäbe) mit anderen Funktionen des Bodens zusammengelegt und in die Zuständigkeit der Bauleitplanung gelegt. Das ist der klimatischen Bedeutung dieser Böden nicht angemessen (s. Umweltbericht S. 132 und 161).

Fazit zum Landschaftsschutz: Im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel sollte

Stelle weise ich darauf hin, dass die Erläuterungskarten keine rechtliche bindenden Vorgaben definieren, sondern lediglich die textlichen Festsetzungen an geeigneter Stelle sinnvoll ergänzen bzw. erläutern sollen. Detaillierte und rechtlich bindende Vorgaben sind den Zeichnerischen Festlegungen zu entnehmen und diesbezüglich wurde für den angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet ausgewiesen. Demnach ist es unerheblich, ob nur ein Kriterium (Klima) oder alle drei Kriterien (Klima, Freizeit, Biotopverbund) der Ausweisung als Vorranggebiet bzw. Regionaler Grünzug zugrunde liegen.

Die Planungsregion ist großflächig durch schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden charakterisiert. Eine Inanspruchnahme von schutzwürdigen bzw. klimarelevanten Böden ist i.d.R. alternativlos, da auch durch eine Flächenanpassung / -verlagerung i.d.R. wieder schutzwürdige bzw. klimarelevante Böden betroffen sind.

Die Flächeninanspruchnahme bzw. Versiegelung / Überbauung von Böden geht immer mit dem Verlust bzw. der Verminderung aller natürlichen Bodenfunktionen einher. Bei einer Flächeninanspruchnahme durch die Plangebiete von naturnahen schutzwürdigen Böden mit sehr hoher Funktionserfüllung wird für diese daher von erheblichen Umweltauswirkungen ausgegangen. Die Inanspruchnahme von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird hingegen nicht als erheblich bewertet, da es im Rahmen der Umweltprüfung auf Regionalplanebene darum geht, Umweltauswirkungen erhöhter Schwere zu identifizieren, die eine besondere Relevanz für die planerische Entscheidung entfalten. Die Betroffenheit von Böden mit hoher Funktionserfüllung wird im Prüfbogen dokumentiert, so dass eine Berücksichtigung auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen erfolgen kann.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Der Regionalplanentwurf Köln wurde hinsichtlich des Kriteriums Boden auf der Grundlage des Bodenschutzfachbeitrags für räumliche Planungen des Geologischen Dienstes NRW (2019) erarbeitet. Darüber hinaus werden im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung bezüglich des Schutzgutes Bodens negative umweltrelevante Auswirkungen hinsichtlich der naturnahen schutzwürdigen Böden untersucht. Auf der regionalplanerischen Ebene steht dabei die Minimierung der Beeinträchtigungen schutzwürdiger Böden im Vordergrund der Betrachtung. Eine differenziertere Betrachtung indirekter Wirkungen auf den Boden ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

der „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung unbedingt beibehalten werden: Durch einen nach vielen Jahrzehnten nicht abgebrochenen, sondern weitergeführten Schutz der Landschaft würde die im Entwurf nicht verzeichnete aber sehr wohl vorhandene landschaftsorientierte Erholung in Stadtnähe gesichert. Darüberhinaus würde das ebenfalls nicht verzeichnete Offenlandbiotop gesichert. Schliesslich würde der Landschaftsschutz dazu beitragen, die – verzeichneten - klimarelevanten Böden zu sichern. Dies ist besonders wichtig, denn Bodenschutz bei der Abwägung der Belange in der Bauleitplanung zuwenig wirksam.

Die Ermittlung und Bewertung der Kaltluftleitbahnen basiert auf dem Fachbeitrag Klima des LANUV (2018) zum Regionalplanentwurf Köln. Die Untersuchungsmethodik und angewandten Kriterien werden in diesem dezidiert erläutert. Der Fachbeitrag bietet die Grundlage für eine einheitliche Bewertung der Flächen im Regierungsbezirk. Das Kriterium der Kaltluftleitbahnen ermöglicht eine Steuerung auf regionalplanerischer Ebene. Durch die Berücksichtigung der Erfordernisse in den nachfolgenden Planungsebenen können lokale Überhitzungseffekte vermieden bzw. gemindert werden

Darüber hinaus werden die Daten zu den Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung parallel zum Neuaufstellungsverfahren des Regionalplans Köln überarbeitet. Die neuen Datengrundlagen die zu einer neuen Bewertung der Kaltluftleitbahnen mit überörtlicher Bedeutung führen, werden auf Grund des zeitlichen Horizontes der beiden Prozesse nicht im laufenden Verfahren des Regionalplanentwurfs Berücksichtigung finden können. Diese werden selbstverständlich in den anschließenden Verfahren beispielsweise zu einzelnen Regionalplanänderungen und deren jeweiligen Umweltprüfung berücksichtigt und werden für die nachfolgenden Planungsebenen Online zur Verfügung gestellt.

Im Übrigen ergeht folgender Hinweis: Im in Rede stehenden Bereich zwischen Roleber, Gielgen, Hoholz, Stieldorf und Vinxel wurden zeichnerisch diverse Festlegungen getroffen (z. B. Bereiche für den Schutz der Landschafts und landschaftsorientierten Erholung (BSLE), Regionale Grünzüge (RG), Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFAB) sowie Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)). Im Vergleich zum 1. Planentwurf wurden keine Planinhalte zu Lasten von BSLE, RG, AFAB oder BSN verändert. Vielmehr wurden in dem Bereich teilweise Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) zurückgenommen und AFAB, RG sowie BSLE neu festgelegt (vgl. Änderungskarten ID 1005721, 1005720, 1011588).

Neue regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen ergeben sich nicht.

Hinsichtlich der Südtangente gilt folgendes: Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4). Eine Konkretisierung erfolgt erst auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

2. Änderungsnummern 1011588, 1005720, 1005721, 1005722, 1005723

Die nachteiligen Auswirkungen von möglichen neuen Siedlungen im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel auf Klima, Verkehr, Natur und Naherholung wurden in unserer Stellungnahme zum ersten Regionalplanentwurf bereits dargestellt. Vor diesem Hintergrund der sind die folgenden Änderungen positiv zu bewerten:

- in Bonn die Herausnahme des Siedlungsbereiches Roleber (1011588). Er wurde als Regionaler Grünzug festgesetzt.

- In Königswinter-Vinxel die Herausnahme eines Teils des Siedlungsbereiches Auf den Steinen (1005720), mit Festsetzung als Regionaler Grünzug, und die Herausnahme eines Siedlungsbereiches zwischen Vinxel und Stieldorf (1005721) mit Festsetzung zum „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“.

- In Königswinter-Stieldorf die Herausnahme eines Bereiches in Oelinghoven (1005723) mit Festsetzung „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung“, und eines Teils des Pastorsackers zwischen Dissenbachtalstraße und der Straße nach Birlinghoven (1005722), Festlegung als Regionaler Grünzug. Der Supermarkt, der auf der Anhöhe des Pastorsacker durch das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) geplant worden war, wurde 2021 von der Bezirksregierung abgelehnt; sie übernahm 2022 die damalige Empfehlung des Stadtrats für einen Siedlungsbereich.

Alle genannten Bereiche, also auch 1011588 und 1005720 sowie 1005722, verdienen die Festlegung nicht nur als „regionaler Grünzug“, sondern auch „zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung.“ Viele Jahrzehnte lang war bisher im Raum Roleber-Gielgen-Hoholz-Stieldorf-Vinxel Landschaftsschutz vorherrschend. Diese Bereiche waren und sind weiterhin Teil des Naturpark Siebengebirge.

Der Erholungswert und das Landschaftsbild dieses Teils des Ennert und Pleiser Ländchens sind nicht weniger schützenswert als im Umfeld, in dem laut zweitem Entwurf richtiger Weise Landschaftsschutz bestehen bleiben soll.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Es wird teilweise Zustimmung erklärt.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Festlegung der BSLE zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt wurde. Einbezogen in die zeichnerische Festlegung wurden insbesondere Freiraumbereiche außerhalb der BSN, die bereits als Landschaftsschutzgebiete festgesetzt sind, die ein herausragendes Landschaftsbild aufweisen, unter Aspekten des Biotopverbunds eine besondere Bedeutung aufweisen, hinsichtlich der Erholungseignung regional bedeutsam sind oder die geeignet sind, die Bereiche für den Schutz der Natur funktional zu ergänzen (LANUV, Biotopverbund Stufe II).

Die genannten Flächen 1011588, 1005720 und 1005722 entsprechen nicht den vorgenannten Kriterien.

Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminseln sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert.

Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Inhalt**3. Neue Daten über den Wohnbauflächenbedarf in Königswinter**

Zwischenzeitlich hat im Juni 2024 die Königswinterer Verwaltung einen Flächennutzungsplanentwurf „Fachbeitrag Wohnen und Demografie“ für den Wohnbauflächenbedarf bis 2042 vorgelegt. Darin wurde das bereits vorhandene Potenzial wie existierende Bebauungspläne und Baulücken weit unterschätzt, in dem

- erstens (als größter Posten) der Risikoabschlag etwa doppelt so hoch (bis zu 55%) angesetzt wird wie es die Bezirksregierung als Planungspauschale (20%) zur Abdeckung derselben bauleitplanerischer Risiken einrechnet.

- Zweitens, dass der Neubau im Bestand zunimmt, vor allem bei hohem Sanierungsbedarf und wenn Bauland knapp und teuer ist, das wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.

- Drittens wurden Möglichkeiten durch Umnutzung und Nachverdichtung, die andere Kommunen fördern, gar nicht erst berücksichtigt. Der Grund „man könne sie nicht verlässlich beziffern“, gilt aber auch für jede andere der genutzten Prognosen.

Ergebnis: Die Vorgabe der Bezirksregierung von 2.850 Wohneinheiten bis 2042 für Königswinter insgesamt kann, wenn man die Höhe des Risikoabschlags nicht kommunal selbst festlegt, sondern an der Bezirksregierung ausrichtet und das NEILA Dichtekonzept wie vorgesehen anwendet, mit den vorhandenen Potenzialen erfüllt werden. Man könnte daher auf die vorgeschlagenen 26 Hektar Siedlungsbereiche im Regionalplan (Stieldorf ca 16 Hektar, Vinxel ca 10 Hektar) gänzlich verzichten.

Quellen siehe: Kommentar zum Fachbeitrag Wohnen und Demografie des Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V.

Was mit einem Verzicht auf die geplanten Siedlungsbereiche in Stieldorf und Vinxel erreicht werden kann:

- Bedarfsdeckung mit Wohnbauflächen,
- Vermeidung von massiven Verkehrsproblemen im Raum Stieldorf/Vinxel und auch in Beuel;
- Vermeidung von Klimagasemissionen;
- Einsparung von Kosten für Hitzeschutzmaßnahmen, die die vorhandenen Äcker kostenlos liefern;
- und Erhaltung der klimarelevanten Böden, des Offenlandbiotops und der Freiraum- und Agrarbereiche.

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich, da sich die Stellungnahme auf den Fachbeitrag Wohnen und Demografie zum Flächennutzungsplanentwurf der Stadt Königswinter bezieht.

Weiterhin: Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt**4. Neue Herausnahmeempfehlung des Rats der Stadt Königswinter**

Der Rat der Stadt Königswinter hat am 4.11.2024 beschlossen, einen Siedlungsbereich (ca 10 Hektar) in Königswinter-Vinzel zur Herausnahme aus dem Regionalplan zu empfehlen. Die Bezeichnung des dortigen ehemaligen, am 27.4.2022 gelöschten Bebauungsplans 50/19, lautet „Westlich und östlich der Holtorfer Straße“. Auch hier ist „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ die angemessene Festlegung, mit derselben Begründung wie oben. Unser Verein hat den Ratsmitgliedern vorgeschlagen, nach dem Feststellungsbeschluss einen regulären Antrag auf Regionalplanänderung zu stellen, falls der Siedlungsbereich nicht mehr vor dem Feststellungsbeschluss herausgenommen wird.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme wurde bereits in Teilen entsprochen (s. StnID 1005720 1. Offenlage bzw. Änderungskarte): Für den Bereich westlich Vinzel-Auf den Steinen/ Hohnacker sind Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche sowie Regionale Grünzüge festgelegt.

Bezogen auf übrige Bereiche des in Rede stehenden Geltungsbereichs gilt Folgendes:

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Ferner ergeht der Hinweis, dass die Festlegung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zu einer Planungspflicht der Stadt führt oder diese gar zu einer baulichen Umsetzung dieses Bereichs verpflichtet wird. Vielmehr obliegt die Umsetzung im Rahmen der kommunalen Planungshoheit der Stadt.

Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es der Kommune frei steht nach Wirksamkeit des Regionalplans eine Rücknahme der Fläche (ggf. im Rahmen eines Flächentausches) in einem separaten Änderungsverfahren anzuregen.

AZ: Ö-M-2-48	
1027675	
1033135_001	
<p>Inhalt</p> <p>mein Name ist [Anonymisiert]. Ich wohne in Oelinghoven/Stieldorf. Schon zum jetzigen Zeitpunkt ist der Öffentliche Nahverkehr nicht ausreichend, eine Verbindung zwischen den nahegelegenen Siedlungen Oelinghoven/Stieldorf (Königswinter) und Hoholz/Roleber (Bonn) existiert zB nicht. Die Landstraßen sind zu Berufsverkehrszeiten komplett überlastet. Ein Sportverein, Jugendarbeit gibt es nicht! Der Sportplatz hingegen, der auch im Bebauungsplan steht, wird von eigeninitiativ gegründeten Gruppen rege genutzt und ist für unsere Orte Stieldorf und Oelinghoven unverzichtbar! Weiterhin sorgt mich, dass in Zeiten von Starkregen, wichtige Versickerungsflächen verschwinden, das Wasser nicht ausreichend von den umliegenden Böden aufgenommen werden kann und noch stärker, als in den letzten beiden Jahren zu beobachten, in die Orte Oelinghoven/ Stieldorf fließt. Unser Haus in der Lichgasse, ist in einer kleinen Senke. Obwohl insgesamt auf einem Plateau gelegen, macht sich die Senke bei Starkregen bemerkbar, die umliegenden Bäche können das Wasser jetzt schon kaum noch aufnehmen! Durch das nahegelegenen Siebengebirge ist diese Region erfreulicherweise noch Heimat von selten gewordenen Greifvögeln, wie zB dem Rotmilan und auch Uhu. Die großflächigen Bebauungspläne haben Einfluss auf die weitere Verdrängung dieser naturgeschützten Tiere. Ich bitte Sie die Bebauungspläne dahingehend zu überprüfen! Bezug nehme ich auch auf den dieser Email angehängten PDF Datei.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p> <p>Anhänge Oe-M-2-48.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Bezug auf die Stellungnahme ID 1033120 genommen. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus werden allgemeine Hinweise gegeben, die sich auf die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen beziehen.</p> <p>Ferner gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-49

1027679

1033141_001

Inhalt

der 1. Regionalplanentwurf der Bezirksregierung Köln für das Eitorfer Gemeindegebiet ist zu begrüßen, da hierin vollumfänglich die Ziele des Landesentwicklungsplans berücksichtigt wurden. Dies umfasst die Maßgabe von GIB-Flächen ebenso wie die regionalplanerisch zugesicherten ASB-Flächen und gewähren der zukünftigen Eitorfer Gebietsentwicklung angemessenen Handlungsspielraum.

Der Gemeinderat Eitorf hat sehr kurzfristig unter dem Aktenzeichen XV/0986/V einen erneuten Tausch der GIB Flächen (siehe Anlage_1_Auszug_Planentwurf) bei Lindscheid (1) gegen die Fläche Altebach II (2) beschlossen und über den Regionalrat die Aufnahme in den Regionalplan (2. Regionalplanentwurf) beantragt. Das Bestreben der Gemeinde Eitorf und das von ihr im Jahr 2011 öffentlich gemachte Verfahren, GIB bei Eitorf-Lindscheid im Regionalplan zu sichern, sei hier nur der guten Ordnung halber erwähnt.

Im Rahmen des Gewerbeflächenkonzepts des Rhein-Sieg-Kreises wurden die in Rede stehenden Flächen von der Gemeinde Eitorf bereits schon einmal planerisch getauscht, was durch Ratsbeschluss (XIV/0500/V) bestätigt wurde. Obwohl zum damaligen Zeitpunkt die planerischen Nachteile beider Flächen, unter Berücksichtigung des neuen LEP, bekannt waren, hat die Gemeinde Eitorf die Faktenlage ignoriert und für die GIB Fläche Altebach II einen Bebauungsplan aufgestellt. Der jetzt vorliegenden Umkehr des Beschlusses kann, aufgrund der Historie, durchaus Willkür unterstellt werden, ist jedoch bindend zu betrachten. Kaum tolerierbar kann aber noch sein, dass bei knapper Haushaltslage Aufwände des Steuerzahlers für derartige, im Sande verlaufende Planungen weiterhin geleistet werden müssen. Aktuell fehlende Planungssicherheit für innerörtlich expandierende Gewerbebetriebe hat die Gemeindeverwaltung zu verantworten, die Abwanderung von Gewerbe in Nachbarkommunen und Imageverlust inbegriffen. Eine Prüfung und Bewertung des gesamten Sachverhalts durch die Bezirksregierung Köln bzw. dem Regionalrat wäre sehr wünschenswert.

Völlig unrichtig ist die Behauptung der Gemeinde Eitorf, die den Antrag auf GIB Flächentausch jetzt damit begründet, dass „eine Festlegung unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen [...] nicht möglich ist“ (Ziel 6.3-3 LEP)

Am 19.09.2016 hat der Eitorfer Gemeinderat das „Flächen- und Bauleitplanungskonzept Eitorf 2020“ (XIV/0451/V) beschlossen. Hierin enthalten

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen.

Für den GIB in Eitorf gilt, dass gemäß den Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen hat, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen bzw. einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Die Gemeinde Eitorf hat gegenüber der Regionalplanungsbehörde dargelegt, dass für Expansionen vorhandener Unternehmen am selben Standort oder deren Umsiedlung innerhalb des Gemeindegebietes keine Flächenvorsorge bei einem bestehenden GIB Bedarf mehr stattfinden kann. Eine bisher im Regionalplan gesicherte GIB Fläche am Hauptort „Altebach II“ sollte die planungsrechtlichen Voraussetzungen schaffen für die Erschließung eines ca. 24 ha großen Gewerbegebietes. Hierzu wurde im Jahr 2020 sowohl die Änderung des FNP als auch die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen, obwohl bereits schon zum Aufstellungsbeschluss Konflikte u.a. mit dem Naturschutz und dem Artenschutz absehbar waren. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren stellte sich

sind Planungen von (zukünftigen) ASB-Flächen und GIB Reserven auf dem Eitorfer Gemeindegebiet. Im beschlossenen Bauleitplanungskonzept skizziert die Gemeindeverwaltung u.a. Lage, Flächengröße- und Charakteristik potentieller ASB und GIB Flächen. Das Konzept hält für die Gebietsentwicklung u.a. Flächen bei Höhenstein (3) als GIB Reserve vor, die innerhalb ASB liegen oder angrenzen und somit den Zielen des LEP entsprechen.

[Abbildung]

[Abbildung]

Die vollständige Unterlage und weitere Potentiale können eingesehen werden: <https://sessionnet.owlit.de/eitorf/bi/vo0050.asp?kvonr=2012025536> Es ist daher festzuhalten, dass die Inanspruchnahme von Freiraum durch die Gemeinde Eitorf (Tausch der Flächen Lindscheid/Altebach II) entgegen den Zielen des Landesentwicklungsplans steht. Die Schutzwürdigkeit beider im Planentwurf genannten Tauschflächen wird durch die Überplanung im Bundes-Naturschutzprojekt Chance.7 zudem unterstrichen. Vor Inanspruchnahme neuer GE/GI Flächen durch die Gemeinde Eitorf, sollte die Weiterentwicklung der bestehenden Flächen ein primäres Ziel sein, u.a. auch das Areal des KFZ-Zulieferers ZF/Boge aufgrund angekündigter Werksschließung. Seitens der Gemeinde Eitorf waren bisher keinerlei Bemühungen einer interkommunalen Zusammenarbeit erkennbar, obwohl die Landesplanung solches vorsieht. Ein GE/GI Flächenpoolmanagement für bestehende und künftige Flächen wurde in der Vergangenheit von der Gemeindeverwaltung abgelehnt, auch hier hätte Eitorf Potentiale, was die bisherige Bebauung der GIB Flächen im Auel/Altebach deutlich aufzeigt.

[Abbildung]

heraus, dass aufgrund unterschiedlicher Restriktionen (hier u.a. Umweltbericht, FFH-Verträglichkeitsprüfung I und II, Artenschutzprüfung I und II), landespflegerischer Fachbeitrag, vertiefendes Fledermausgutachten, Reptilienbericht sowie (hydrogeologisches Gutachten) und unter Beachtung der Stellungnahmen der UNB Siegburg (Konkret: Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebs im Südwesten), sowie weiterer Flächenerfordernisse (u.a. aufgrund der Notwendigkeit von gebietsinternen Ausgleichsflächen entlang des Bahndammes und der Siefen sowie des Erhalts eines Brunnenschachtes) der ursprüngliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes von ca. 24 ha auf 7 ha reduziert worden wäre. Zudem müssen insbesondere aufgrund des Vorkommens des Ameisenbläulings Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Wirksamkeit rechtlich dauerhaft für 30 Jahre abgesichert sein. Hierfür erforderliche Ausgleichsflächen befinden sich alle nicht in kommunalem Eigentum.

Seitens der Verwaltung der Gemeinde Eitorf wurde ausgeführt, dass im Rahmen einer Alternativenprüfung (bestätigt durch Beschlüsse des Rates der Gemeinde Eitorf vom 28.10.2024 und 12.11.2024) insgesamt 13 zum Teil sehr unterschiedliche Standorte auf ihre Eignung als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen hin untersucht wurden. Beurteilt wurden die jeweiligen Flächen auf die Kriterien Lage, Planungsrecht, Erschließung, Strukturelle Bedeutung, Gebietscharakter, Orts- und Landschaftsbild und Ökologie hin. In der Prüfung stellte sich der Standort Eitorf Lindscheid als geeignet heraus, um die vorhandenen Wirtschaftsflächenbedarfe im Gemeindegebiet zu verorten. Zudem wurde bereits im Rahmen einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2009 nachgewiesen, dass die Ver- und Entsorgung des Gebietes sichergestellt werden kann, dass hochwertige Biotopkomplexe nicht vorgefunden wurden und dass planungsrelevante Tier- und Pflanzenvorkommen im Zuge der damaligen Datenbeschaffung für das Plangebiet nicht bestätigt werden konnten. Die Eignung des Standortes für die beabsichtigten Ansiedlungen wird zudem im Sinne einer teilregionalen Abstimmung durch die Ausführungen im „Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035“ (GfK, Verfasser: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH Froelich & Sporbeck Umweltplanung und Beratung, Köln) bestätigt. Zudem ist die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz kurzweilig möglich.

Gem. Landesentwicklungsplan (LEP) Ziel 6.3-3 hat die Kommune nachgewiesen, dass der bedarfsgerechten Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an den vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereich oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in Altebach II aufgrund der o.g. entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen nicht möglich ist. Die Nachfolgenutzung einer Brachfläche bzw. die Nachnutzung einer isoliert im Freiraum liegenden Brach(teil)fläche scheidet zudem aus, da Eitorf über keine gewerbliche / industrielle Brachflächen verfügt. Demnach ist im Rahmen der gesamträumlichen Abwägung einem isolierten Standort gem. den Ausnahmetatbeständen des 6.3-3 LEP NRW in einer Flächengröße von 16 ha Vorrang vor einer Freiraumfestlegung eingeräumt worden. Aufgrund der o.g. Ausführungen ist die Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie erfolgt in Eitorf im Sinne eines Flächentauschs gemäß den Ausführungen in Ziel 6.1-1 LEP NRW zur Versorgung der Bevölkerung und zur

Stärkung der Wirtschaft mit Bauland und wird einerseits auf das notwendige Maß begrenzt, andererseits werden ehemals als GIB festgelegte Flächen entsprechend der o.g. natur- und artenschutzrechtlichen Belange folgerichtig als AFAB; BSLE sowie teilweise auch als BSN festgelegt.

Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des endogenen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht daher ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche). Zur Umsetzung des ermittelten Bedarfs an Gewerbeflächen kann eine Inanspruchnahme dieser Flächen nicht immer vermieden werden; sie erfolgt in Abwägung auf Basis einer erforderlichen Gesamtbetrachtung für Flächendarstellungen im neuen Regionalplan Köln unter Beachtung aller raumrelevanten Kriterien sowie einer Überprüfung der Schutzgüter.

Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung, wurde bei der Abwägung einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung der Festlegung eines GIB in Lindscheid gegenüber den übrigen landesplanerischen Vorgaben eine höhere Gewichtung beigemessen. Die Umsetzung durch Festlegung von Siedlungsbereichen erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle

Nutzungen (GIB). Die Regionalplanung überlässt die weitere Konkretisierung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Hinsichtlich möglicher interkommunaler Kooperationen wird zudem auf die textlichen Festlegungen im Ziel *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verwiesen.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen dazu beitragen, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgt und so dazu beitragen, die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Bei der Umsetzung der Siedlungsbereiche soll eine möglichst hohe Bebauungsdichte angestrebt werden, sofern diese mit den städtebaulichen Belangen, siedlungsklimatischen Erfordernissen und dem vorsorgenden Hochwasserschutz vereinbar ist. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum, die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Der LEP NRW formuliert zudem die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen

sieht der Regionalplan Köln ab.

Im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen ist gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Im Rahmen der planerischen Abwägung wurde der bedarfsgerechten Verortung neuer Siedlungsraumpotentiale gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt. Dies erfolgte unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Für den Bereich Altebach II erfolgt nunmehr eine Rücknahme des GIB und eine Festlegung als AFAB sowie eines BSN und BSLE (vgl. ID 1. Offenlage 1004325, 1004556, 1004923, 1006450).

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional herausragend

bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

AZ: Ö-M-2-51	
1027683	
1033157_001	
<p>Inhalt</p> <p>ich lebe in Vinxel, einem Dorf umgeben von Ackerland, Wald und Wiesen im Siebengebirge, zugehörig zur Stadt Königswinter. Den Plänen, hier durch neue Siedlungen Grünland zu versiegeln, Flora und Fauna zu zerstören und in Zeiten des Klimawandels Bodenversiegelung durchzuführen, stehe ich sehr ablehnend gegenüber. Es gibt noch ausreichend vorhandene Wohnbauflächen! Daher unterstütze ich die Stellungnahme zum Zweiten Entwurf des Regionalplans des Vereins Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V., welche Sie bitte im Anhang finden, und fordere Sie auf, die Landschaft hier rund Vinxel und Stieldorf als gesamte, geschlossene Einheit unangetastet zu lassen – zu unser aller Wohl.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Stellungnahme ID 1033120 angeschlossen. Es wird daher auf die Ausgleichsvorschläge zu ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-53	
1027713	
1033192_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Regionalplan Neu 2024 Reg.-Bezirk Köln Hier: Bahntrassen im Bereich Elmpter Wald und Anschluß des Industrieparks Elmpt ehemaliges Ftughafengelände</u></p> <p>Die geplante Änderung des Regionalplanes lehne ich ab, weil sie Natur- und Umweltschutz massiv zuwider läuft.</p> <p>In dem vorliegenden Entwurf des geänderten Regionalplans heißt es, dass Bahnlinien durch den Wassenberger Wald und insbesondere den Elmpter Wald geplant sind. Es wird darin auf die „Verpflichtung zur Sicherung vorhandener Bahntrassen“ verwiesen. Der Trassenverlauf ist geplant auf alten, viele Jahre nicht mehr betriebenen Trassen zum großen Teil ohne vorhandene Schienen und begleitende Infrastruktur. Der Ausbau geschieht vermutlich 2-gleisig mit Elektrifizierung.</p> <p>Einerseits geplant ist eine Trasse von Ratheim/Wassenberg durch den Wassenberger Wald mit Anbindung an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens-Prüfcenter) im Bereich Wegberg-Arsbeck. Die Strecke MG-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sog. Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhrgebiet.</p> <p>Insbesondere beschäftigt mich jedoch die Trasse zum im Aufbau befindlichen Gewerbe- und Industriegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Regierungsbezirk Düsseldorf) durch den Elmpter Wald ebenfalls mit Anbindung im Bereich Arsbeck an dieselbe Strecke (Bezirk Köln).</p> <p>Stellungnahme:</p> <p>1) Die Trassen durchschneiden den Elmpter und Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalme mit seinen Anschlussgebieten in den Niederlanden und Deutschland bildet ein komplexes Ökosystem. Hier sind der Nationalpark Meinweg, das FFH-Gebiet Lüseke, das FFH-Gebiet Boschbeeketal, das europäische Vogelschutzgebiet Maas-Schwalme-Platte sowie die DBU-Flächen im Bereich des ehemaligen Flughafengeländes zu nennen. Jegliche massive Veränderung von außen führt zu einer Veränderung im Gleichgewicht des biologischen Systems mit der möglichen Folge einer irreversiblen Schädigung oder gar Zerstörung der Natur. Hier ist auf den weiteren Eintrag von Feinstaub, die Lärm- und Lichtemissionen, die Kollision mit wandernden Tieren (also Lebensraumzerschneidung), die Belastung mit Pestiziden, die an Bahntrassen ausgebracht werden hinzuweisen. Im Bereich des ehemaligen Flughafens befindet sich zudem ein Trinkwasserschutzgebiet, welches durch die an Bahnstrecken regelmäßig ausgebrachten Pestizide beeinträchtigt werden</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung der Schienenwege folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist bei der Trasse von Ratheim/Wassenberg nach Wegberg aufgrund der StnID 1006593 aus der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall. Auch auf die Trasse von Wegberg nach Niederkrüchten trifft dies zu, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecken. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

wird. In allen Punkten ist eine entsprechende Voruntersuchung der Umweltauswirkungen zu fordern.

2) Beide Trassen enden auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins und führen durch Wegberg in Richtung Mönchengladbach. Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung insbesondere im Bereiche Wegberg käme es bei den zu erwartenden Güterverkehren gerade aus den angeschlossenen Industriegebieten zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner. Erwähnt seien hier die erhöhte Herzinfarkt- Schlaganfall- und Depressionsrate durch Lärmbelästigung. Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge. Letztere verursachen erhebliche Erschütterung, die ein eigenes Krankheitspotential bergen.

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins per Landtagsbeschlüssen aus 2007 und 2011 abgelehnt.

3) Eine Bahntrasse zerschneidet die touristisch interessante Region und nimmt den Anwohnern von Niederkrüchten und auf niederländischer Seite die Chance auf eine Weiterentwicklung des Tourismus.

Aus den genannten Gründen und zum Erhalt der geschützten Landschaftsbestandteile und der schutzwürdigen Arten, der Gefahr für die Trinkwassergewinnung, zum Schutze der Gesundheit der Anwohner und Anwohnerinnen sowie der regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trassen in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar. Ich lehne diese Änderung des Regionalplanes daher ab.

AZ: Ö-M-2-55	
1027770	
1033275_001	
<p>Inhalt</p> <p>als Person des öffentlichen Lebens, mit gutgehenden Social Media Kanälen und regem Interesse seitens der Presse, möchte ich dieser Mail höflichst voranschicken, dass ich die Verantwortlichen der unverantwortlichen Neuaufstellung des Bebauungsplans für Königswinter (alle Fakten im PDF Anhang dieser Mail) öffentlich machen werde. Verantwortlich sind für mich auch diejenigen, die diesem Vorhaben wider der Natur unserer Siebengebirgsregion, keinen Riegel vorschieben, auch wenn sie es könnten. Nur einige Aspekte auf die Schnelle, denn die Zeit drängt: Es ist unverantwortlich, in diesen Zeiten wichtige naturbelassene Flächen zu versiegeln. Bei Starkregen können Sie beobachten, dass die Bäche und Kanäle in der Senke Stieldorf/Oelinghoven schon jetzt völlig überlastet sind. Wir müssen allerdings auch über die Heimat von selten gewordenen Greifvögeln, wie dem Rotmilan und dem Uhu sprechen, die auch in dem avisierten Raum Heimat gefunden haben und durch das Bauvorhaben verdrängt werden würden. Infrastrukturell droht diese Neuaufstellung des Bebauungsplans ebenfalls ein Desaster zu werden. Der öffentliche Nahverkehr ist schon jetzt nicht ausreichend gedeckt und die Straßen zu Berufsverkehrszeiten deutlich überstrapaziert. Wenn man nach Benauung mit doppelt so viel Haushalten rechnet, ist die Folge klar absehbar. Dieses Vorhaben würde die Siebengebirgsregion auf vielen Ebenen massiv und nachhaltig beeinträchtigen. Ich bitte Sie inständig, die Bebauungspläne dahingehend zu überprüfen und nehme auch Bezug auf das PDF Dokument, welches dieser Mail angehängt ist.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplan seine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-57

1027774

1033288_001

Inhalt

Stellungnahme zu dem Projekt 1006593, Nahverkehr Rheinland GmbH

Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 - Zweiter Planentwurf, Seite 4367 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg. Bez. Köln

1. Gegenstand der Stellungnahme

Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte Sicherung " einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Heinsberg Bereich Wegberg/Dalheim Rödgen mit weiterem Verlauf in der Region Wassenberg weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt - angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1-11/ Grundsatz 8.1-10) mit dem Ziel, dass "zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs...entwickelt werden soll "

2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse

Die Lage ergibt sich aus "Teil C der zeichnerischen Festlegung", die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linien den leider nur ungefähren Trassenverlauf darstellen. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:

Trasse von Ratheim/Wassenberg durch den Wassenberger Wald mit Anbindung an die Strecke MG Wegberg Dalheim (Personenverkehr RB34 und Anbindung Siemens Prüfcenter) im Bereich Wegberg Dalheim. Die Strecke MG-Wegberg-Dalheim ist Teil des ehemaligen sog. Eisernen Rheins von Antwerpen ins Ruhrgebiet.

3. Stellungnahme im Einzelnen

Die Trasse durchschneidet den Wassenberger Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. „komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System“ und sind deshalb in weiten Teilen FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist aufgrund der StnID 1006593 der 1. Offenlage und der Prüfung einer Reaktivierung durch go.Rheinland (ehemals NVR) der Fall.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind

b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schienen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft! Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen.

d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm- und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet nahe Wegberg-Dalheim auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Verkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

e) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz-Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

f) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug- Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

g) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch

durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

h) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung:

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt. (Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

4. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannte Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen

AZ: Ö-M-2-58

1027794

1033315_001

Inhalt

Stellungnahme zu dem Projekt 1000997, Gemeinde Niederkrüchten

1. Gegenstand der Stellungnahme

Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte Sicherung " einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten Elmpt (Bereich Viersen) weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1 11/ Grundsatz 8.1 10) mit dem Ziel, dass zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs entwickelt werden soll"

2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse

Die Lage ergibt sich aus "Teil C der zeichnerischen Festlegung", die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linie den leider nur ungefähren Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpt ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:

a) Trasse vom im Aufbau befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpter Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG Wegberg Dalheim (Bezirk Köln).

Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.

3. Stellungnahme im Einzelnen

Die Trasse durchschneidet den Elmpter Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. "komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System" und sind deshalb in weiten Teilen als FFH Gebiet (Flora Fauna Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. § 8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

- a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind
- b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

- c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft!

(Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

- d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet in Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

- e) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

- f) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

- g) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne je den Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

h) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung:

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt.

(Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

4. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-M-2-59	
1027804	
1033332_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stellungnahme zu dem Projekt 1004882, Bezirksregierung Düsseldorf, Bereich Dalheim Rödgen</u></p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 Zweiter Planentwurf, Seite 4008 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg. Bez. Köln</p> <p>1. Gegenstand der Stellungnahme Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte Sicherung " einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten Elmpt (Bereich Viersen) weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt - angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1-11/ Grundsatz 8.1-10) mit dem Ziel, dass zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs entwickelt werden soll "</p> <p>2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse</p> <p>Die Lage ergibt sich aus Teil C der zeichnerischen Festlegung ", die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linie den leider nur ungefähren Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpt ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:</p> <p>a) Trasse vom im Aufbau befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpter Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG Wegberg Dalheim (Bezirk Köln).</p> <p>Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.</p> <p><u>3. Stellungnahme im Einzelnen</u></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. § 8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

Die Trasse durchschneidet den Elmpter Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System “ und sind deshalb in weiten Teilen als FFH Gebiet (Flora Fauna Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

- a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind
- b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

- c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft!

(Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

- d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet in Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

- e) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

- f) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch

vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

g) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

h) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung:

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt.

(Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX Variante beschlossen)

4. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-M-2-60	
1027820	
1033357_001	
<p>Inhalt</p> <p><u>Stellungnahme zu dem Projekt 1003787, AZ: BET_326 000_1, Kreis Viersen</u></p> <p>Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 - Zweiter Planentwurf, Projekt 10003787, Kreis Viersen, Seite 4049 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg. Bez. Köln</p> <p>1. Gegenstand der Stellungnahme</p> <p>Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte "Sicherung " einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten Elmpt (Bereich Viersen) - weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt - angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1 11/ Grundsatz 8.1 10) mit dem Ziel, dass zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs ... entwickelt werden soll"</p> <p>2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse</p> <p>Die Lage ergibt sich aus Teil C der zeichnerischen Festlegung ", die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarb ene Linie den leider nur ungefähren Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpt ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:</p> <p>a) Trasse vom im Aufbau befindlich en Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpter Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG Wegberg Dalheim (Bezirk Köln).</p> <p>Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.</p> <p>3. Stellungnahme im Einzelnen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.</p> <p>Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.</p>

Die Trasse durchschneidet den Elmpter Wald. Der geschützte Naturpark Maas-Schwalm-Nette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. "komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System" und sind deshalb in weiten Teilen als FFH Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

- a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind
- b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

- c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft!

(Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

- d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließl ich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet nahe Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und mas sive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

- e) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

- f) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege

innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

g) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne j eden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

h) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung:

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt.

(Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

4. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-M-2-62	
1027841	
1033378	
<p>Inhalt</p> <p>Regionalplan Entwurf (Stand September 2024)</p> <p>Stellungnahme zur Ausweitung des ASB Kreuzau</p> <p>hiermit möchten wir Stellung nehmen zu der im Entwurf des Regionalplans Köln dargestellten Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) von Kreuzau. Die Entwicklung des Hoesch-Areals ist ein zentrales städtebauliches Projekt von großer Bedeutung für die Gemeinde Kreuzau und die Region. Wir begrüßen daher sehr, dass mit der Ausweitung des ASB westlich der Rur in Kreuzau-Schneidhausen die Entwicklungsabsichten der Gemeinde im Sinne des im ROG verankerten Gegenstromprinzips durch den Träger der Regionalplanung von Beginn an Berücksichtigung finden. Die neue Abgrenzung des ASBs orientiert sich an bereits bauleitplanerisch gesicherten Flächen. Aktuell befinden sich auf dem gesamten Hoesch-Areal mehrere Bauleitpläne in Aufstellung oder werden in Kürze ins Verfahren gegeben, sodass bereits auch über bestehende Bauflächen-Darstellungen im FNP hinaus konkrete Entwicklungsabsichten initiiert worden sind. Die Änderung des Flächennutzungsplans hat beispielsweise bereits am 13.06.2023 einen Aufstellungsbeschluss vom Rat der Gemeinde Kreuzau erhalten. An zwei Punkten möchten wir daher anregen in der ASB-Darstellung noch ein wenig nachzuschärfen, um der Gemeinde Kreuzau und der Firma Hoesch Planungssicherheit für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung auf dem gesamten Areal zu gewährleisten.</p> <p>In Bezug auf das laufende FNP-Verfahren weist der Regionalplan-Entwurf im nördlichen Bereich des Areals eine gewisse Unschärfe in der Darstellung des ASB auf. Um für diesen Bereich um die Rote Villa eine vollständige regionalplanerische Grundlage zu erhalten, bitten wir den ASB dort etwas großzügiger über die beiden im Regionalplan-Entwurf in grau dargestellten Gebäudeteilen auszuweiten.</p> <p>Darüber hinaus möchten wir darauf hinweisen, dass auch im südlichen Bereich des Areals noch potenzielle Entwicklungsabsichten bestehen, die aus städtebaulicher und infrastruktureller Sicht sinnvoll wären zu entwickeln. Diese Absichten werden im Rahmen des FNP-Verfahrens noch detaillierter an die Bezirksregierung herangetragen. Eine Einbindung dieses Bereiches in den ASB Kreuzau wäre aus städtebaulicher und infrastruktureller Sicht vernünftig, da an diesem Punkt auch eine Anbindung an die Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen des Ortskerns von Kreuzau in Form einer Fußgängerbrücke über die Rur geplant ist und die dortige Brachfläche für eine ergänzende Wohnbaufläche genutzt werden könnte. Eine Aufnahme dieses Bereiches sollte daher aus unserer Sicht diskutiert werden, um eine</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird zur ASB-Erweiterung Zustimmung erklärt.</p> <p><u>Zu den Anregungen:</u></p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten (räumlichen) Festlegung ist nicht möglich. Jedoch entsprechen die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Flächen unterhalb dieser Darstellungsschwelle bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, kleinteilige Ein- oder Ausbuchtungen, „linienhafte“ Flächen, Generalisierungen in Randbereichen) haben regelmäßig keine regionalplanerische Relevanz. Sie sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

langfristige und nachhaltige Entwicklung des gesamten Areals zu gewährleisten.

AZ: Ö-M-2-63	
1028007	
1033617_001	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Namens und im Auftrag unserer Mandantin nehmen wir zu dem Regionalplan Köln in der Fassung des 2. Planentwurfs wie folgt Stellung:</p> <p>Ausweislich der zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans Köln (Anlage 2-4 Blatt 12-13) in der Fassung des 2. Planentwurfs sollen die in der nachfolgenden Abbildung 1 durch eine rote Umrandung gekennzeichneten Flächen in der Stadt Troisdorf als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) ausgewiesen werden.</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Die Flächen sind Teil eines größeren Abgrabungskomplexes rund um den ebenfalls durch die Gewinnung von Sand und Kies entstandenen Eschmarer See und beherbergen heute die für den laufenden Abgrabungsbetrieb unserer Mandantin südwestlich des Eschmarer Sees erforderlichen Betriebsanlagen sowie eine immissionsschutzrechtlich genehmigte Brecheranlage, deren Betriebsgenehmigung - anknüpfend an die Laufzeit der aktuellen Abgrabung - bis zum 31.12.2039 befristet ist. Neben der Brecheranlage befinden sich auf dem Betriebsgelände ein Aufenthalts- und Geräteraum, die Aufbereitungsanlagen für Sand und Kies sowie diverse Lagerflächen (siehe nachfolgende Abbildung 2).</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Die von der Brecheranlage eingenommene Teilfläche im Norden des Betriebsgeländes wurde, da dort neben Sand und Kies auch Bauschutt aufbereitet wird, mit einer wasserundurchlässigen Betonbodenplatte befestigt. Die Fahrwege innerhalb des Betriebsgeländes wurden mit einer wassergebundenen Decke versehen. Die restlichen als Betriebsgelände genutzten Flächen sind unbefestigt und sind - abgesehen von den gehölzbestandenen Böschungen sowie einem im südöstlichen Teil der Fläche angelegten Kleinbiotop für Amphibien - vollkommen vegetationslos (siehe nachfolgende Abbildung 3).</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Nach Aufgabe des Betriebsstandorts plant unsere Mandantin im Bereich der dort im Rahmen der Rekultivierung geplanten Offenlandbiotope die Errichtung von Freiflächensolaranlagen (siehe nachfolgende Abbildung 4). Die hierfür in Aussicht</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In § 18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.</p> <p>Eine laufende Aktualisierung des Fachbeitrags innerhalb des Neuaufstellungsprozesses ist nicht vorgesehen und methodisch nicht umsetzbar, da dies einen ständigen Änderungsbedarf des Planentwurfs zur Folge hätte. Während des Aufstellungsverfahrens kann es stetig zu lokal begrenzten Änderungen kommen, die keine Auswirkungen auf den Gesamtplan haben. Stattdessen wird auf Basis der Anpassungsverfahren gemäß § 34 LPIG sichergestellt, dass eine Berücksichtigung der konkreten Umstände erfolgt.</p> <p>Darüber hinaus gilt, dass laut § 8 (2) LNatSchG NRW der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege unter folgenden Maßgaben regelmäßig zu aktualisieren ist: "Eine Aktualisierung ist vorzunehmen, soweit dies nach Maßgabe des § 9 Absatz 4 des Bundesnaturschutzgesetzes erforderlich ist, <u>in der Regel jedoch alle zehn Jahre. Die Aktualisierung hat rechtzeitig vor Aufstellung des Regionalplans zu erfolgen.</u>"</p> <p>Die Vorgaben des § 9 Absatz 4 BNatSchG besagen: "Die Landschaftsplanung ist</p>

genommene Teilfläche beläuft sich auf rund 3 ha und umfasst die Grundstücke Gemarkung Sieglar, [ANONYMISIERT]. Das dahingehende Interesse unserer Mandantin werden wir zu gegebener Zeit noch im Detail in das Verfahren zur Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien einbringen.

[Abbildung]

Da eine BSN-Darstellung mit der geplanten Nutzung unserer Mandantin kollidieren würde, bitten wir darum, von einer BSN-Darstellung der für die geplante Erzeugung von Solarenergie in Aussicht genommenen Teilfläche des Betriebsgeländes abzuweichen.

Die betreffende Teilfläche wurde in dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) zwar als Biotopverbundfläche der Stufe I (herausragende Bedeutung) eingestuft. Aufgrund der bestandskräftig genehmigten Nutzung als Betriebsgelände, welches keinerlei Biotopstrukturen aufweist, ist die betreffende Teilfläche jedoch nicht geeignet, eine - wie auch immer geartete - Biotopverbundfunktion zu übernehmen. Hieran wird sich auch in den nächsten rund 15 Jahren nichts ändern.

Insofern entspricht der Fachbeitrag des LANUV NRW für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln aus dem Jahre 2019 nicht dem aktuellen Stand und ist von der tatsächlichen Entwicklung überholt, sodass er insoweit keine geeignete fachliche Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen im Bereich der hier in Rede stehenden Teilflächen darstellen kann. Vielmehr besteht insoweit nach § 8 Abs. 4 LNatSchG i. V. m. § 9 Abs. 4 BNatSchG eine zwingende Verpflichtung zur Aktualisierung des Fachbeitrags. Die Verpflichtung korrespondiert mit der in § 9 Abs. 4 BNatSchG normierten Verpflichtung, die Landschaftsplanung - hierzu gehört auch der Regionalplan in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan - fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf die Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des § 9 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BNatSchG erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen und zu erwarten sind.

Ausweislich der Anlage_I.3_Bonn_Rhein-Sieg zum vorgenannten Fachbeitrag sind die vorliegend in Rede stehenden Teilflächen sowohl als Biotopverbundschwerpunkt "Magerrasen und Trockenheiden" (siehe nachfolgende Abbildung 5) als auch als Biotopschwerpunkt "Stillgewässer" (siehe nachfolgende Abbildung 6) dargestellt.

[Abbildung]

[Abbildung]

Als Leitarten für den Zielartenverbund für Arten der Gilde der Magerrasen und Trockenheiden werden in der Anlage_I.3_Bonn_Rhein-Sieg für den hier fraglichen Bereich bzw. dessen Umfeld die Zauneidechse und die Schlingnatter aufgeführt (siehe nachfolgende Abbildung 7), die in reich strukturierten Trockenlebensräumen mit Saum und Gehölzstrukturen vorkommen.

fortzuschreiben, sobald und soweit dies im Hinblick auf Erfordernisse und Maßnahmen im Sinne des Absatzes 3 Satz 1 Nummer 4 erforderlich ist, insbesondere weil wesentliche Veränderungen von Natur und Landschaft im Planungsraum eingetreten, vorgesehen oder zu erwarten sind. Die Fortschreibung kann als sachlicher oder räumlicher Teilplan erfolgen, sofern die Umstände, die die Fortschreibung begründen, sachlich oder räumlich begrenzt sind." Die vorgetragenen Bedenken beinhalten keine wesentliche Veränderung von Natur und Landschaft im Planungsraum. Es wird auf eine lokal begrenzte Betroffenheit verwiesen.

Die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) sichern entsprechend dem Auftrag des LEP NRW die für den regionalen Biotopverbund besonders bedeutsamen Bereiche als Vorranggebiete. Wesentliche Grundlage für die Festlegung sind entsprechend der in NRW landesweit angewendeten Methodik die vom LANUV NRW als herausragend bewerteten Biotopverbundflächen. Eine ausschließliche Beschränkung der Festlegung auf die aktuell bereits geschützten bzw. naturschutzwürdigen Flächen würde dem Auftrag des LEP NRW (Ziel 7.2-1) zu einer funktional übergreifenden Biotopvernetzung nicht gerecht. Im Falle von Raumnutzungskonkurrenzen auf Regionalplan-Ebene sind diese abzuwägen. Die weitere Differenzierung der für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Bereiche erfordert eine Betrachtung unterhalb der Maßstabsebene des Regionalplans und ist daher auf nachfolgender Planungsebene vorzunehmen. Die textlichen Festlegungen im Regionalplan-Entwurf Köln berücksichtigen qualitative Unterschiede innerhalb der Bereiche, indem ein entsprechender Spielraum für eine differenzierte Betrachtung und die weitere fachplanerische Umsetzung vorgesehen wird.

Gemäß Ziel 7.2-2 "Gebiete für den Schutz der Natur" LEP NRW liegt die Darstellungsschwelle für Gebiete zum Schutz der Natur maßstabsbedingt, weshalb der LEP nur das Grundgerüst des landesweiten Biotopverbundes zeichnerisch festlegen kann. Die weitere Konkretisierung erfolgt in den Regionalplänen und der Landschaftsplanung nachgelagerten Ebenen.

Eine lokale Verschiebung der festgelegten Reaktivierungsziele begründet auf regionalplanerischer Maßstabsebene nicht, eine fehlende Bedeutung für den Regionalen Biotopverbund. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha.

Die Einzelfallbetrachtung erfolgt aus regionalplanerischer Sicht abschließend im Rahmen des Anpassungsverfahrens nach § 34 LPlG. Eine allgemein gültige Aussage zu der angeregten Planung würde den Anforderungen und örtlichen Gegebenheiten des Einzelfalls nicht Rechnung tragen. Ob eine Inanspruchnahme von BSN bzgl. der geschilderten Umstände für Freiflächen-Fotovoltaik mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wird in der Einzelfallprüfung des 34er-Verfahrens überprüft.

[Abbildung]

Als Leitarten für den Zielartenverbund für Arten der Stillgewässergilde werden in der Anlage 1.3_Bonn_Rhein-Sieg für den hier fraglichen Bereich die Kreuzkröte und die Wechselkröte aufgeführt (siehe nachfolgende Abbildung 8), die als Pionierarten in Kleinstgewässern, Tümpeln und Abgrabungsgewässern mit sonnenexponierten Flachufeln insbesondere in Abgrabungsbereichen vorkommen.

[Abbildung]

Aus dem im UNFOS NRW hinterlegten Daten ist ersichtlich, dass die Einstufung als Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung maßgeblich auf die dort während der Betriebsphase der Abgrabung und unmittelbar nach deren Ende vorhandenen unterschiedlichen Sukzessionsstadien mit Kiessteilwänden, Pioniervegetation, Magerwiesen, Gebüsch, Röhrichten und temporären Kleingewässern zurückging (siehe textliche Beschreibung des LANUV zu VB-K-5308-011).

Wie oben bereits erwähnt und aus den Abbildungen 2 und 3 ersichtlich, sind derartige, für die damalige Einstufung maßgebliche Strukturen im Bereich des Betriebsgeländes unserer Mandantin, im Bereich dessen die Abgrabung bereits 1991 beendet wurde, nicht (mehr) vorhanden und während der bis zum Ende des Jahres 2039 genehmigten Nutzungsphase des Betriebsgeländes auch nicht zu erwarten.

Reich strukturierte Trockenlebensräume existieren im Bereich des Betriebsgeländes unserer Mandantin nicht, sodass dort ein Vorkommen von Zauneidechse und Schlingnatter ausgeschlossen werden kann. Exemplare der genannten Arten wurden im Zuge der Bestandskartierungen in jüngerer Zeit dementsprechend dort auch nicht nachgewiesen, sodass das Betriebsgelände für diese Arten aktuell und in absehbarer Zukunft keine Biotopverbundfunktion übernehmen kann.

Lediglich das im südöstlichen Randbereich des Betriebsgeländes angelegte Kleinbiotop für Amphibien (Kiesflur mit Laichtümpeln) sowie der nordwestlich hieran angrenzende Teich weisen Strukturen auf, die die Habitatbedingungen der als wertgebend für die Einstufung als Biotopverbundschwerpunkt "Stillgewässer" eingestuften Pionierarten Kreuz- und Wechselkröte grundsätzlich erfüllen.

Allenfalls diese außerhalb der von unserer Mandantin für die Errichtung und den Betrieb von Freiflächensolaranlagen gelegenen Strukturen könnten demnach für die genannten Arten der Stillgewässer eine Biotopverbundfunktion übernehmen, wenngleich im Rahmen von in jüngerer Zeit dort durchgeführten Bestandskartierungen keine Exemplare der genannten Arten nachgewiesen werden konnten.

Insofern ist der Fachbeitrag des LANUV NRW aus dem Jahr 2019 zwingend aktualisierungsbedürftig und die BSN-Darstellung im 2. Planentwurf hinsichtlich ihrer räumlichen Ausdehnung um die Flächen des Betriebsgeländes unserer Mandantin zu reduzieren, zumal die Fläche im LEP NRW nicht als GSN dargestellt ist und dementsprechend höherrangige Landesplanungsrecht an dieser Stelle keine Sicherung als BSN fordert.

Die raumordnerischen Rahmenbedingungen zur Prüfung von Freiflächen-Solaranlagen finden sich in den Zielen 10.2-14 „Raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie im Freiraum“ und 10.2-15 „Inanspruchnahme von hochwertigen Ackerböden für raumbedeutsame Freiflächen-Solarenergie“ sowie in den Grundsätzen bis einschließlich 10.2-18 „Freiflächen-Solarenergie im Siedlungsraum“ des LEP wieder. Hierbei ist vorhabenspezifisch neben der „Raumbedeutsamkeit“ bspw. die Bodenzahl oder auch die Vereinbarkeit mit Nutz- und Schutzfunktionen zu überprüfen. Je nach Vorliegen von Betroffenheit können auf Grund eines veränderten Planungsbereiches Konflikte gelöst oder verstärkt werden. Daher kann nur die Landesplanerische Anfrage (§ 34 LPiG NRW) Gewissheit geben, ob die Planung zulässig ist.

Die vorgenannten Festlegungen des LEP beziehen sich allerdings nicht auf privilegierte Vorhaben nach § 35 (1) Nr. 8 b) und § 35 (1) Nr. 9 BauGB. Hierbei gilt die Einschränkung, dass raumbedeutsame Anlagen dennoch den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen dürfen.

Ein „allgemeiner“ Ausschluss von Planungen und Maßnahmen in BSLE erfolgt generell nicht. Ob eine Inanspruchnahme von BSN und Waldbereichen mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, wird bei privilegierten und nicht raumbedeutsamen Anlagen in der Einzelfallprüfung überprüft. Die Vereinbarkeit mit Regionalen Grünzügen kann auch bei raumbedeutsamen Anlagen gegeben sein, bspw. bei Vorliegen ausschließlich klimatischer Funktion oder Anwendung von Maßnahmen zur Verminderung der potenziellen Beeinträchtigungen (siehe hierzu LEP Ziel 10.2-14). Bei der Prüfung werden selbstverständlich auch die Belange des §2 EEG berücksichtigt.

Es existieren auch keine Schutzgebietsfestsetzungen, die eine BSN-Darstellung in der im 2. Planentwurf vorgesehenen räumlichen Ausdehnung zu rechtfertigen vermögen. Denn weder das Betriebsgelände unserer Mandantin, noch dessen Umgebung liegen in einem durch den derzeit noch rechtsgültigen Landschaftsplan Nr. 7 "Siegburg-Troisdorf-St. Augustin" besonders geschützten Teil von Natur und Landschaft. Der Landschaftsplan befindet sich zwar gegenwärtig in Überarbeitung. Aber auch in dem bereits vorliegenden Vorentwurf der überarbeiteten Landschaftsplanfassung ist keine Schutzgebietsfestsetzung im Bereich des Betriebsgeländes unserer Mandantin vorgesehen (siehe nachfolgende Abbildung 9).

[Abbildung]

Lediglich der Eschmarer See und die südöstlich hieran anschließende Abgrabungsfläche sowie eine südwestlich gelegene Rekultivierungsfläche sollen nach dem Vorentwurf aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für den Biotopverbund als Naturschutzgebiet unter der Ziffer 2.1-2 mit der Bezeichnung "Eschmarer See" festgesetzt werden.

Im Erläuterungsbericht zu den textlichen Festsetzungen des Landschaftsplanvorentwurfs heißt es hierzu:

Das Gebiet umfasst das Abgrabungsgewässer Eschmarer See sowie die südöstlich angrenzende Abgrabungsfläche und die südwestlich angrenzende Rekultivierungsfläche. Das Gewässer wird von steilen Böschungen mit Gehölzbewuchs meist einheimischer Arten eingefasst. Die schmalen Ufer bieten wenig Platz für typische Ufervegetation und Verlandungsbereiche. Stellenweise sind Flachwasserzonen und schmale Röhrichte ausgebildet. Im Gewässer haben sich Armeleuchteralgen etabliert.

Der See wird im südlichen Bereich durch einen Wassersportverein für den Kanusport genutzt. In diesem Zusammenhang sind einige kleinere Gebäude errichtet worden. Die Flächen des Gebiets werden teilweise zurzeit noch aktiv abgegraben, hier finden sich vegetationsarme Flächen und temporäre Kleingewässer sowie Brachen mit Stauden- und Gehölzbewuchs. Die Rekultivierungsplanung sieht die Schaffung von strukturreichen Gehölzformationen, Grünland, Brachflächen und Wildkrautäcker sowie Feuchtbereichen mit Tümpeln vor.

Zusammen mit den weiteren Abgrabungsgewässern in der Umgebung besitzt das Gebiet eine herausragende Bedeutung im landesweiten Biotopverbund (VBK-5308-011).

Das Gebiet ist im Biotopkataster NRW als schutzwürdiges Biotop erfasst worden (BK-5208-0018).

Die Fläche des Betriebsgeländes unserer Mandantin soll dagegen ausweislich der Entwicklungskarte zum Landschaftsplanvorentwurf lediglich mit dem Entwicklungsziel 4 "Temporäre Erhaltung der jetzigen Landschaftsstruktur bis zur Realisierung von Vorhaben über die Bauleitplanung und andere Verfahren" belegt werden (siehe

nachfolgende Abbildung 10).

[Abbildung]

Dieses Entwicklungsziel wurde ausweislich des Erläuterungsbericht zum Landschaftsplanvorentwurf für Flächen dargestellt, die derzeit außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liegen, jedoch durch Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan in Zukunft einer baulichen Nutzung zugeführt werden sollen.

Für diejenigen, mit dem Entwicklungsziel 4 belegten Flächen, die derzeit seitens des Trägers der Landschaftsplanung noch als schutzwürdig eingestuft werden, wurde im Landschaftsplanvorentwurf zusätzlich eine Darstellung als temporäres Landschaftsschutzgebiet vorgesehen. Das ist für die Fläche des Betriebsgeländes unserer Mandantin nicht geschehen, woraus zu schließen ist, dass die betreffende Fläche seitens des Trägers der Landschaftsplanung gegenwärtig nicht als schutzwürdig eingestuft wird.

Auch deshalb dürfen wir Sie bitten, von einer BSN-Darstellung des Betriebsgeländes unserer Mandantin abzusehen. Für etwaige Rückfragen stehen wir Ihnen selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung und verbleiben

[ANONYMISIERT]

AZ: Ö-M-2-64	
1027864	
1033437_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>[ANONYMISIERT]</p> <p>Betr.: Einspruch gegen Regionalplanänderung Nr. 1006011</p> <p>Gegen den Wegfall der Festlegung Grünzug Planänderung 1006011 gemäß A-2-11 Blatt05_Leverkusen Köln Rheinischbergischer Kreis_Änderungskarte Entfallende Festlegungen und Neuausweisung als allgemeine Siedlungsfläche Planänderung 1006011 gemäß A-2-12 Blatt 05_Leverkusen Koeln Rheinischbergischer Kreis_Änderungskarte Neue Festlegungen lege ich hiermit fristgerecht Widerspruch ein.</p> <p>Begründung:</p> <p>Leverkusen hat wenig zusammenhängende Grünflächen. Solche „grünen Korridore“ sind aber von großer ökologischer Bedeutung, weil sie innerhalb einer Stadt den Austausch von Tier- und Pflanzenarten fördern. Zusammenhängende Grünzüge tragen so zur biologischen Vielfalt bei. Zudem dienen sie als natürliches Kühlungssystem. So verbessern sie auch die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner. Der Grünzug an der Dünn bis zur Mündung der Dhünn und die anschließende Rheinaue mit den Kleingärten, Spielplätzen, Sportanlagen und dem Schwimmbad sollte deswegen unbedingt in der bestehenden Form erhalten bleiben. Diese Fläche ist für Leverkusen eine unverzichtbare Erholungslandschaft. Schon jetzt ist dieses Gebiet beeinträchtigt durch Gewerbegebiete, das Klinikum und das Stadion. Ein riesiger Parkplatz mit über 1.700 Plätzen, wie der Verein Bayer 04 ihn plant, gehört keinesfalls hierher. Denn dafür müssten Grünanlagen sowie mehrere Spielfelder und Sportanlagen weichen, so zum Beispiel die Anlage des SC Leverkusen. Diese Anlage dient nicht nur dem Breitensport, sondern auch dem Schulsport. Sie zu erhalten und zu fördern, liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger. Bayer 04 ist von größter Bedeutung für die Stadt. Trotzdem kann der Verein sicher andere Wege finden, für Parkplätze zu sorgen, wenn die Autobahnstelze neu gebaut wird. In der Abwägung muss der Erhalt des grünen Erholungsgebiets an der Dhünn Vorrang haben vor weiterer Versiegelung.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhanden Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).</p>

	Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	--

AZ: Ö-M-2-65	
1027867	
1033439_001	
<p>Inhalt</p> <p>1. ich rege an, den GIB bei Eitorf-Lindscheid aus dem Regionalplan zu streichen.</p> <p>Ersatzweise rege ich an,</p> <p>2. den GIB bei Eitorf-Lindscheid deutlich – entsprechend der Empfehlungen aus dem Gemeinsamen Gewerbeflächenkonzept der Stadt Bonn und der Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises (GEK) – auf eine Größe von 6 bis maximal 8 ha zu verkleinern</p> <p>3. und die übrigen Teile des bisherigen GIB wieder als AFAB und BSLE festzulegen.</p> <p>Begründung:</p> <p>A) Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung (LEP Ziel 6.1-1, RP Ziele Z1 und Z2) Dem LEP Ziel 6.1-1 sowie den Regionalplanzielen Z1 und Z2 wird mit der Festlegung eines neuen nicht integrierten GIB nicht ausreichend Rechnung getragen, insbesondere werden die Flächenbedarfe überschätzt und seitens der Gemeinde Eitorf nicht ausreichend begründet, warum eine bedarfsgerechte gewerbliche Entwicklung in den bestehenden GIB bzw. ASB nicht möglich ist.</p> <p>Hinsichtlich der räumlichen Ansprüche der Wirtschaft an gewerbliche und industriell nutzbare Flächen sind der Strukturwandel, die Entwicklung einzelner Branchen und Betriebe in den Blick zu nehmen. Dabei sind insbesondere die aktuelle gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die Krise der Automobilwirtschaft und ihrer Zuliefererbetriebe sowie der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft zu berücksichtigen. Von Bedeutung ist aber auch die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung, der es u.a. erschweren wird, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden und an die Betriebe zu binden. Daher gewinnen auch weiche Standortfaktoren wie die naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenziale an zusätzlicher Bedeutung (vgl. Erläuterungen LEP zu Ziel 6.1-1). Mit der Entscheidung für den GIB Lindscheid werden gerade die naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenziale</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Der entsprechende Nachweis ist in der Planbegründung dokumentiert. Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.</p> <p>Für den GIB in Eitorf gilt, dass gemäß den Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen hat, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen bzw. einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Die Gemeinde Eitorf hat gegenüber der Regionalplanungsbehörde dargelegt, dass für Expansionen vorhandener Unternehmen am selben Standort oder deren Umsiedlung innerhalb des Gemeindegebietes keine Flächenvorsorge bei einem bestehenden GIB Bedarf mehr stattfinden kann. Eine bisher im Regionalplan gesicherte GIB Fläche am Hauptort „Altebach II“ sollte die planungsrechtlichen</p>

in Eitorf eingeschränkt, in der Hoffnung Betriebe des produzierenden Gewerbes anzusiedeln, die aufgrund besserer Alternativstandorte und fehlender qualifizierter Arbeitskräfte wahrscheinlich nie kommen werden.

Der Regionalplanentwurf überschätzt zudem tendenziell die Flächenbedarfe. Er greift – mangels

Alternativen – für die Bedarfsprognose der Gewerbe- und Industrieflächen auf eine modifizierte GIFPRO-Methode zurück. Das GIFPRO-Modell und seine Weiterentwicklungen stehen in der fachlichen Kritik. Diese bezieht sich u.a. auf die einfache „Modell-Mechanik“, die Verwendung veralteter Standardparameter für die Bedarfsprognosen, die Fortschreibung bestehender sektoraler und funktionaler Strukturen als Folge und die tendenzielle Überschätzung der tatsächlichen Flächenbedarfe. Hinzuweisen ist dabei u.a. auf das ISW-Arbeitspapier - Wirtschaftsflächen und Beschäftigung aus April 2019. Es bezieht sich auf Baden-Württemberg, die Schlussfolgerungen lassen sich aber auf andere Kommunen übertragen: „Häufig werden in einschlägigen Studien die Prognosemodelle mit weiteren empirischen Ansätzen kombiniert. [...]. Jeder dieser weiteren Ansätze enthält aber methodische Fallstricke und geht tendenziell ebenfalls in Richtung einer Überschätzung der Flächenbedarfe. In der Folge können Städte zu einer expansiven Flächenpolitik neigen, die am Ende Vermarktungsdruck erzeugt und in größerem Umfang Nutzungen mit hohen Flächenbedarfen und gleichzeitig geringen Beschäftigungswirkungen zulässt.“

Zwar ist hat die Bauleitplanung bei neuen Planungen und Maßnahmen eine Fehlnutzung der GIB durch Betriebe, die auf diese Qualitäten nicht angewiesen sind, auszuschließen (vgl. geänderte Erläuterung zu Regionalplanziel 10 Absatz 4), dennoch ist die Gemeinde Eitorf bei der Erstellung aber insbesondere der Anwendung der kommunalen Bauleitplanung (Befreiung von der Art der Nutzung) und der späteren Flächenvermarktung nicht gezwungen nur produzierendes, stark emittierendes Gewerbe im geplanten GIB Lindscheid anzusiedeln.

Die hohen Planungs- und Erschließungskosten und die dauerhaft prekäre kommunale Finanzsituation erzeugen bereits kurzfristig einen erheblichen Vermarktungsdruck, der bei mangelnder Nachfrage (insbesondere produzierender Unternehmen) und gleichzeitig besser geeigneter Standorte in der Region eine Entwicklungs- und Vermarktungspolitik erwarten lässt, die zu Grundstücksverkäufen und Betriebsansiedlungen mit hohen Flächenbedarfen auf der grünen Wiese und gleichzeitig geringen Beschäftigungszahlen führen wird.

Demgegenüber sollen Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen auch im Regionalplan besonders in den Blick genommen werden (vgl. Grundsatz Gneu1). Die begrenzten gemeindlichen personellen und finanziellen Ressourcen sollten daher auch im Sinne der landesplanerischen und regionalplanerischen Vorgaben auf die intensivere (Um)Nutzung der bestehenden GIB-Flächen (u.a. ZF-Areal) aber auch der Intensivierung der Nutzung in bestehenden Gewerbegebieten innerhalb von ASB fokussiert werden.

Voraussetzungen schaffen für die Erschließung eines ca. 24 ha großen Gewerbegebietes. Hierzu wurde im Jahr 2020 sowohl die Änderung des FNP als auch die Aufstellung eines Bebauungsplans beschlossen, obwohl bereits schon zum Aufstellungsbeschluss Konflikte u.a. mit dem Naturschutz und dem Artenschutz absehbar waren. Im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungsverfahren stellte sich heraus, dass aufgrund unterschiedlicher Restriktionen (hier u.a. Umweltbericht, FFH-Verträglichkeitsprüfung I und II, Artenschutzprüfung I und II), landespflegerischer Fachbeitrag, vertiefendes Fledermausgutachten, Reptilienbericht sowie(hydrogeologisches Gutachten) und unter Beachtung der Stellungnahmen der UNB Siegburg (Konkret: Erhalt des landwirtschaftlichen Betriebs im Südwesten), sowie weiterer Flächenanfordernisse (u.a. aufgrund der Notwendigkeit von gebietsinternen Ausgleichsflächen entlang des Bahndammes und der Siefen sowie des Erhalts eines Brunnenschachtes) der ursprüngliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes von ca. 24 ha auf 7 ha reduziert worden wäre. Zudem müssen insbesondere aufgrund des Vorkommens des Ameisenbläulings Ausgleichsmaßnahmen in ihrer Wirksamkeit rechtlich dauerhaft für 30 Jahre abgesichert sein. Hierfür erforderliche Ausgleichsflächen befinden sich alle nicht in kommunalem Eigentum.

Seitens der Verwaltung der Gemeinde Eitorf wurde ausgeführt, dass im Rahmen einer Alternativenprüfung (bestätigt durch Beschlüsse des Rates der Gemeinde Eitorf vom 28.10.2024 und 12.11.2024) insgesamt 13 zum Teil sehr unterschiedliche Standorte auf ihre Eignung als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen hin untersucht wurden. Beurteilt wurden die jeweiligen Flächen auf die Kriterien Lage, Planungsrecht, Erschließung, Strukturelle Bedeutung, Gebietscharakter, Orts- und Landschaftsbild und Ökologie hin. In der Prüfung stellte sich der Standort Eitorf Lindscheid als geeignet heraus, um die vorhandenen Wirtschaftsflächenbedarfe im Gemeindegebiet zu verorten. Zudem wurde bereits im Rahmen einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahre 2009 nachgewiesen, dass die Ver- und Entsorgung des Gebietes sichergestellt werden kann, dass hochwertige Biotopkomplexe nicht vorgefunden wurden und dass planungsrelevante Tier- und Pflanzenvorkommen im Zuge der damaligen Datenbeschaffung für das Plangebiet nicht bestätigt werden konnten. Die Eignung des Standortes für die beabsichtigten Ansiedlungen wird zudem durch die Ausführungen im „Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035“ (GfK, Verfasser: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH Froelich & Sporbeck Umweltplanung und Beratung, Köln) bestätigt. Zudem ist die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz kurzwegig möglich.

Gem. Landesentwicklungsplan (LEP) Ziel 6.3-3 hat die Kommune nachgewiesen, dass der bedarfsgerechten Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an den vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereich oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen in Altebach II aufgrund der o.g. entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen nicht möglich ist. Die Nachfolgenutzung einer Brachfläche bzw. die Nachnutzung einer isoliert im Freiraum liegenden Brach(teil)fläche scheidet zudem aus, da Eitorf über keine gewerbliche / industrielle Brachflächen verfügt.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des

Bei einer verstärkten und vor allem qualitativen Innenentwicklung kann die Regionalplanung eine wichtige Unterstützung leisten, indem gerade keine – vermeintlich leichter entwickelbaren –

Flächenalternativen im Regionalplan eröffnet werden. Auch die Fläche bei Lindscheid ist mit erheblichen Restriktionen behaftet (siehe Umweltgutachten zum Regionalplan und GEK) und bindet gemeindliche Ressourcen. Mit der Festlegung des GIB bei Lindscheid würde daher der Transformations- und Innenentwicklungsprozess in Eitorf nicht erleichtert.

B) Berücksichtigung von Infrastrukturkosten und -folgekosten (LEP Grundsatz 6.1-9)
Gemäß LEP Grundsatz 6.1-9 sollen Kommunen die Infrastrukturkosten und die Infrastrukturfolgekosten dem Stand der Planung entsprechend ermitteln und bewerten. Aus den Planunterlagen geht nicht hervor, dass die Gemeinde Eitorf zumindest eine erste grobe überschlägige Ermittlung der Infrastrukturkosten bzw. -folgekosten oder eine städtebauliche Kalkulation für das geplante GE/GI Lindscheid erstellt hat. Dabei wären insbesondere die Herstellungs- und Betriebskosten der Entwässerung (Steigerung der Abwassergebühren) und Erschließung aber auch die Kosten für den notwendigen ökologischen Ausgleich zu berücksichtigen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage und der Personalsituation der Gemeinde Eitorf und der zahlreichen kommunalen Ziele und Aufgaben (z.B. Neubau Grundschule, Neubau Rathaus, Umgestaltung Marktplatz, Umnutzung ZFGelände u.v.a.m.) von großem Belang.

C) Bestehendes Flächenangebot nicht ausreichend berücksichtigt
Die Neufestlegung von GIB ist auf das erforderliche Maß zu begrenzen. In den Erläuterungen zu Ziel 6.3-1 des LEP ist dargelegt, dass bei der Ermittlung der Flächenbedarfe und -potenziale auch Flächen einbezogen werden sollen, die sich absehbar durch die Aufgabe von Nutzungen ergeben, sofern sie sich für eine gewerblich-industrielle Nachfolgenutzung eignen.

Des weiteren sollen nach den Erläuterungen zu Ziel 6.3-1 des LEP die potenziellen neuen GIBStandorte – auch hinsichtlich der Möglichkeiten einer intensiveren Nutzung bereits erschlossener GIB – bewertet werden. Dies ist aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. Insbesondere sind die Möglichkeiten zur intensiveren Nutzung der bestehenden GIB-Flächen seitens der Gemeinde Eitorf nicht (ausreichend) geprüft worden.

Mit der Entscheidung von ZF den Standort an der Bogestraße 2026 bzw. spätestens 2027 aufzugeben, wird zeitnah ein weiteres großes Innenentwicklungspotenzial mit rund 5 ha für produzierendes Gewerbe zur Umnutzung in Eitorf frei. Zwar konnte dies in der Bedarfsermittlung zum Regionalplan bisher nicht berücksichtigt werden. Die Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen aber auch im Regionalplan besonders in den Blick genommen

Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des endogenen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht daher ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche). Zur Umsetzung des ermittelten Bedarfs an Gewerbeflächen kann eine Inanspruchnahme dieser Flächen nicht immer vermieden werden; sie erfolgt in Abwägung auf Basis einer erforderlichen Gesamtbetrachtung für Flächendarstellungen im neuen Regionalplan Köln unter Beachtung aller raumrelevanten Kriterien sowie einer Überprüfung der Schutzgüter.

Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung, wurde bei der Abwägung einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung der Festlegung eines GIB in Lindscheid gegenüber den übrigen landesplanerischen Vorgaben eine höhere Gewichtung beigemessen. Die Umsetzung durch Festlegung von Siedlungsbereichen erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Die Regionalplanung überlässt die weitere Konkretisierung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Hinsichtlich möglicher interkommunaler Kooperationen wird zudem auf die textlichen Festlegungen im Ziel *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verwiesen.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten

werden (vgl. Grundsatz Gneu). Die Festlegung eines neuen GIB bei Lindscheid ist daher nach heutigem Wissensstand nicht (in vollem Umfang) erforderlich. Die (kurzfristige) Änderung des 2. Planentwurfes also nicht gerechtfertigt.

D) Interkommunale und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Den Grundsätzen LEP 6.3-4 und G8 – Regionale Zusammenarbeit stärken und G9 – Grenzüberschreitende Zusammenarbeit fördern, wurde nicht ausreichend Rechnung getragen. Nach den Erläuterungen zu Grundsatz 6.3-4 - im LEP ist vorrangig zu prüfen (!), ob eine interkommunale Zusammenarbeit [...] in anderen Gemeinden möglich ist (vgl. Erläuterungen zu LEP G 6.3-4). Denn nur durch Bündelung kommunaler Finanz- und Verwaltungskraft lassen sich die gewachsenen Ansprüche von Unternehmen an Gewerbe- und Industrieflächen (vgl. auch Erläuterungen zu LEP 6.3-1) befriedigen und Qualitätsstandards verwirklichen, die im Standortwettbewerb der Regionen in einem offenen europäischen Markt die Wettbewerbsfähigkeit des Landes, seiner Regionen und Gemeinden stärken. Chancen der interkommunalen Zusammenarbeit sind dabei z.B. die Risikominimierung bei Vorlauf- und Erschließungskosten, u.a.. Auch die Gutachter zum GEK empfahlen z.B. eine Zusammenarbeit zwischen Eitorf und Hennef.

Es ist aus den Planunterlagen – u.a. der Synopse (Abwägung zu 1006158) – jedoch nicht ersichtlich, dass die Gemeinde Eitorf überhaupt und in welchem Umfang ernsthaft geprüft hat, ob eine interkommunale oder grenzüberschreitende Kooperation mit der Stadt Hennef und/ oder z.B. der Verbandsgemeinde Asbach möglich ist, um beispielsweise ein gemeinsames interkommunales Gewerbegebiet z.B. im Bereich der B8 auf Hennefer Stadtgebiet zu entwickeln.

E) Ausnahme von LEP Ziel 6.3-3

Die Ausnahme von Ziel 6.3-3 ZIB zur Festlegung eines isoliert im Freiraum liegenden GIB wird von der Gemeinde Eitorf nicht ausreichend begründet. Eine solche Festlegung leistet der Zersiedlung der Landschaft Vorschub und steht daher grundsätzlich dem Anliegen des LEP entgegen, die weitere Siedlungsentwicklung u.a. an den vorhandenen Infrastrukturen auszurichten. Es muss daher sehr sorgfältig begründet werden, warum und in welchem Umfang diese Ausnahme hier greifen soll.

1. Bestehender GIB (Altebach II) ist in Teilen weiterhin grundsätzlich entwickelbar. Entsprechend der Erläuterungen zu LEP-Ziel 6.3-3 muss die Gemeinde Eitorf im Falle der Ausnahme nach Absatz 3 gegenüber der Regionalplanung nachweisen, dass die in Absatz 3 des Ziels abschließend genannten Gründe einer Entwicklung des im 1. Planentwurf noch vorhandenen GIB (hier: Altebach II) tatsächlich entgegenstehen bzw. ein neuer GIB angrenzend an vorhandene ASB/GIB im gesamten Gemeindegebiet nicht möglich ist.

und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen dazu beitragen, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgt und so dazu beitragen, die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Bei der Umsetzung der Siedlungsbereiche soll eine möglichst hohe Bebauungsdichte angestrebt werden, sofern diese mit den städtebaulichen Belangen, siedlungsklimatischen Erfordernissen und dem vorsorgenden Hochwasserschutz vereinbar ist. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbar, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum, die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Der LEP NRW formuliert zudem die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen ist gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Im Rahmen der planerischen Abwägung wurde der bedarfsgerechten Verortung neuer Siedlungsraumpotentiale gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt. Dies

Zunächst wäre zu prüfen, ob andere Möglichkeiten GIB angrenzend an vorhandene Siedlungsbereiche (ASB) zu entwickeln vorhanden sind. In der Gemeinde Eitorf scheinen sich bedingt durch die Topografie, vorhandene Schutzgebiete usw. solche Alternativen nicht zu ergeben.

Darüber hinaus käme aber die Umwandlung von Teilen bestehender ASB (z.B. im Bereich des Gewerbegebietes Im Auel) in einen GIB in Betracht. Auch diese Möglichkeit ist aufgrund der Lage des größten Teils der Fläche im Überschwemmungsgebiet nur eingeschränkt möglich. Dennoch könnten Teile der inzwischen dort angesiedelten Nutzungen (Einzelhandel, Fitnessstudios, Wohnen im Gewerbegebiet usw.) auch auf Brach- und Bestandsflächen im Ortskern (Alte Post, Villa Gauhe, Alter Bauhof usw.) durch entsprechende Bauleitplanung und ergänzende Instrumente angesiedelt werden und auf den freiwerdenden Fläche im Auel gewerbliche Flächenbedarfe abgebildet werden. Auch hier gilt: Geprüft und dokumentiert wurden diese und ggf. andere Alternativen von der Gemeinde nicht.

Die Ausnahme von Ziel 6.3-3 ist aber vom Landesgesetzgeber nur eröffnet worden, für die Fälle in denen es nachweislich (!) nicht möglich ist, durch eine zonierende Bauleitplanung den Schutzansprüchen des angrenzenden bestehenden Siedlungsraums (vor z.B. Lärm) gerecht zu werden. Erst dann kommt die Ausnahmevoraussetzung "andere entgegenstehende Schutz- oder Nutzungsbindungen" zum Tragen (vgl. Erlass zur Konkretisierung des LEP NRW – Wohnen, Gewerbe und Industrie). Damit stellt sich die Frage, ob der bisherige GIB (Altebach II) aus anderen Gründen nicht entwickelbar ist. Dies betrifft die Teilflächen, die einem artenschutzrechtlichen Verbotstatbestand unterliegen (Ameisen-Moorbläuling-Flächen). Die Eigentümerstruktur und Flächenverfügbarkeit/ Verkaufsbereitschaft der Eigentümer ist in dem abschließenden Katalog der Gründe in Absatz 3 zu LEP-Ziel 6.3-1 nicht genannt. „Mangelnde Grundstücksverfügbarkeiten rechtfertigen keine Neuansätze“ (vgl. Erläuterungen zu Ziel Z2 Absatz 3 im aktuellen Regionalplanentwurf). Denn – z.B. durch höhere Kaufpreise oder Bereitstellung von landwirtschaftlichen Tauschflächen – kann diese Einschränkung grundsätzlich wieder entfallen. Es besteht in diesen Fällen kein in der Fläche selbst bzw. deren Nutzung liegender Hinderungsgrund für eine gewerbliche oder industrielle Entwicklung. D.h. die übrigen Flächen des vorhandenen GIB wären weiterhin – wenn auch mit Schwierigkeiten – grundsätzlich entwickelbar. Die Gemeinde Eitorf hat hier insoweit keine Begründung für die Ausnahme von 6.3-3.

2. Vorrangig Brachflächen nutzen

Gemäß den Erläuterungen zu LEP-Ziel 6.3.3. sind bei der Festlegung eines isoliert im Freiraum

erfolgte im Sinne eines Flächentausches unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Für den Bereich Altebach II erfolgt nunmehr eine Rücknahme des GIB und eine Festlegung als AFAB sowie eines BSN und BSLE (vgl. ID 1. Offenlage 1004325, 1004556, 1004923, 1006450).

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Der Grundsatz 6.1-9 LEP NRW ist im Rahmen der nachfolgende Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen und richtet sich daher als Hinweis an die Gemeinde Eitorf.

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional herausragend bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-

liegenden GIB vorrangig die im Ziel genannten Flächenpotenziale zu nutzen. Wenn das industriell nutzbare ZF-Areal aus zeitlichen Gründen nicht bei der Bedarfsermittlung zum Regionalplan berücksichtigt werden konnte, so müsste es spätestens bei der Prüfung der Ausnahme von LEP Ziel 6.3-3 seitens der Gemeinde Eitorf Berücksichtigung finden. Vor diesem Hintergrund ist die GIBFläche bei Lindscheid um mindestens 5 ha zu reduzieren.

3. Flächensparende Siedlungsentwicklung

Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen gemäß Grundsatz Gneu besonders in den Blick genommen werden. Mit der Entscheidung von ZF den Standort an der Bogestraße 2026 bzw. spätestens 2027 aufzugeben, wird zeitnah ein weiteres großes Innenentwicklungspotenzial mit rund 5 ha für produzierendes Gewerbe zur Umnutzung in Eitorf frei. Zwar konnte dies in der Bedarfsermittlung zum Regionalplan bisher nicht berücksichtigt werden. Die Festlegung eines neuen GIB bei Lindscheid ist daher nach heutigem Wissensstand nicht (in vollem Umfang) erforderlich.

4. Keine Aufgabe der Planungen zu Altebach II seitens der Gemeinde Eitorf

Des weiteren ist zu bedenken, ob ein Beschluss zum „ruhend stellen“ der kommunalen Bauleitplanung im Bereich Altebach II ausreicht, um von einer Aufgabe der kommunalen Planungs- und Entwicklungsabsicht an dieser Stelle zu sprechen. Die Gemeinde Eitorf hat sich bisher nicht eindeutig von den Planungen im Bereich Altebach II verabschiedet und das Bauleitplanverfahren formal eingestellt.

F) Berücksichtigung umweltrelevanter Ziele und Grundsätze

Den Umweltbelangen und den Empfehlungen des Gewerbeflächenentwicklungskonzeptes aus 2017 wird im Regionalplan beim Flächenzuschnitt zum GIB Lindscheid nicht ausreichend Rechnung getragen. Alternativen wurden nicht ausreichend geprüft.

Der geplante GIB liegt vollständig in einem Bereich mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund in NRW (B-K-5210-021 - Kulturlandschaft westlich Obereip). Wertbestimmende Merkmale sind eine reich strukturierte Kulturlandschaft mit naturnahen Laubwäldern als wertvoller Lebensraum u.a. für den Rotmilan. Der Bereich stellt ein verbindendes Element zwischen dem Eipbach- und dem Krabachtal (jeweils BSN) dar.

Im GEK kamen die Gutachter 2017 im Rahmen der vertiefenden umweltfachlichen Untersuchung zu folgendem Ergebnis: „Aufgrund der hohen faunistischen Bedeutung für verschiedene Artengruppen sowie der hohen landschaftlichen Empfindlichkeit in einem bislang nicht vorbelasteten Raum ist die Fläche als nicht geeignet für eine gewerbliche Entwicklung einzustufen. Ein neuer

Ebene erfolgen. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend, da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren

Siedlungsansatz

im bislang unbelasteten, landschaftlich empfindlichen Raum wäre mit erheblichen Beeinträchtigungen verbunden. Artenschutzrechtlich wäre mit Verbotstatbeständen zu rechnen. (vgl. GEK – Anlagenband - Umweltfachlicher Steckbrief S. 69 ff., Stand 16.03.2017)

Auch der Umweltbericht zum 2. Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplanes trifft zum GIB bei

Lindscheid (EIT_GIB_2) folgende zusammenfassende Einschätzung: „Die Betroffenheit des schutzwürdigen Biotops sowie der schutzwürdigen/ klimarelevanten Böden liegt in den Randgebieten im Südwesten und Westen des Plangebiets. Eine Flächeninanspruchnahme kann durch Aussparung des betroffenen Bereiches [...] vermieden werden.“

Insbesondere die große räumliche Nord-Süd-Ausdehnung des geplanten GIB und die Festlegung bis

an die Grenzen der bestehenden Waldflächen steht der wichtigen

Biotopverbindungsfunktion der

Fläche zwischen dem Krabachtal im Westen und dem Eipbachtal im Osten entgegen (vgl. Erläuterungskarte F5 Regionaler Biotopverbund). Mit einem kompakteren Flächenzuschnitt könnten

die Umweltkonflikte insbesondere die Zerschneidung des Biotopverbundes zumindest zum Teil schon auf Ebene des Regionalplanes reduziert bzw. vermieden werden.

Wenn schon auf Ebene des Regionalplanes – wie auch des kommunalen GEK – erhebliche

Umweltauswirkungen festgestellt werden und diesen laut Aussage der Umweltgutachter durch einen geänderten Flächenzuschnitt begegnet werden kann und sollte, so ist es abwägungsfehlerhaft diesen Konflikt unter Missachtung der regionalplanerischen Ziele und Grundsätze insbesondere Z1, Z2 sowie G1, Gneu1, G19, G20, G24, G25 und G29 auf die Ebene der kommunalen Bauleitplanung zu verlagern. Auch im Maßstab des Regionalplanes können und sollten unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Ziele und Grundsätze sinnvolle Flächenabgrenzungen gefunden werden.

In diesem Zusammenhang ist abschließend auf das Urteil des OVG vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hinzuweisen: Nach § 7 Raumordnungsgesetz ist sicherzustellen, dass auch auf Ebene der Landes- und Regionalplanung eine ergebnisoffene planerische Abwägung stattfindet und entsprechend dokumentiert wird. Aus den Planunterlagen ist nicht ersichtlich, dass hier eine ausreichende Abwägung zwischen den gemeindlichen Interessen, den Belangen der Wirtschaft einerseits und den erheblichen Umweltbelangen sowie dem Freiraumschutz andererseits stattgefunden hat. Insbesondere wurden Bestandsflächen (u.a. ZFGelände) nicht ausreichend berücksichtigt und Alternativen (Interkommunale Zusammenarbeit, Intensivierung der Nutzungen in bestehenden und geplanten GIB/ ASB, Umwidmung ASB in GIB sowie eine räumliche Verkleinerung des GIB) nicht ausreichend geprüft und dokumentiert. Der GIB Lindscheid ist nicht erforderlich und daher

Umweltauswirkungen führen würden.

zurückzunehmen oder zumindest erheblich zu verkleinern

AZ: Ö-M-2-7	
1026880	
1032538_001	
<p>Inhalt</p> <p>Vielen Dank für Ihre ausführliche Beantwortung all meiner Fragen und die Erläuterungen zum Verfahren und den Aufgaben dann auf Kreisebene bzgl. Ausnahmen zu LSG.</p> <p>Zu den BSLE noch der Vorschlag die Legende anzupassen</p> <ul style="list-style-type: none"> - "Bereiche für den" ergänzen - Tippfehler korrigieren "lanschaftsorientierte" -> "landschaftsorientierte" - Ankürzung "(BSLE)" ergänzen <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Legende zur Zeichnerischen Festlegung wird teilweise angepasst.</p> <p>In Übereinstimmung mit der Überleitungsvorschrift der LPIG DVO (Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes) wendet der Regionalplan die LPIG DVO vom 8. Juni 2010, in der Fassung der 5. ÄndVO vom 27. Januar 2021 (GV. NRW. S. 42), in Kraft getreten am 1. Februar 2021 an. Gemäß der Überleitungsvorschrift werden die bei Inkrafttreten der Verordnung bereits förmlich eingeleiteten Verfahren zur Aufstellung, Änderung oder Ergänzung von Raumordnungsplänen nach bisherigem Recht weitergeführt. Die Legende basiert auf Anlage 3 dieser Fassung. Es werden die dort verwendeten Begrifflichkeiten (ohne den Zusatz "Bereiche") genutzt. Auf die Nennung der Abkürzungen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet.</p> <p>Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung bzw. eine Klarstellung ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben.</p>

AZ: Ö-M-2-70	
1027999	
1033604_001	
<p>Inhalt</p> <p>1. In der Region deutlich zu wenige Neubauflächen festgesetzt</p> <p>Der zweite Planentwurf verstößt meines Erachtens gegen den Grundsatz 3.1.2 „Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung“ sowie gegen das Ziel Nr. 3 „Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten“, wie sich aus der Tabelle 8 der „Textlichen Festsetzungen“ entnehmen lässt. Hier werden die Bedarfe an ASB- und GIB-Siedlungsflächen aufgeführt und den im Regionalplan-Entwurf dargestellten Potentialen gegenübergestellt. Für Köln steht dem errechneten Bedarf für Wohnen und Mischnutzung (ASB-Flächen) von 2.920 ha gerade mal ein Potential von 647 ha = 22 % gegenüber. Beim Gewerbe (GIB-Flächen) steht dem Bedarf von 886 ha ein Potential von 388 ha = 44 % gegenüber.</p> <p>Das Kölner Flächendefizit wird in der Region nicht annähernd ausgeglichen. Summiert man die in Tabelle 8 aufgeführten Bedarfe und Potentiale auf, so stehen dem Bedarf an 12.418 ha ASB-Flächen regionsweit nur Potentiale von 8.630 ha = 69,5 % gegenüber, ein ASB-Defizit von 3.788 ha = 30,5 %. Bei den GIB-Flächen steht dem Bedarf von 4.498 ha ein Potential von 3.793 ha = 84,3 % gegenüber, daraus errechnet sich ein GIB-Defizit von 705 ha = 15,7 %.</p> <p>Wir möchten daran erinnern, dass die auf Basis der Bevölkerungsprognose des Landes errechneten ASB-Flächenbedarfe bereits von einer hohen Siedlungsdichte ausgingen, die an den Ortsrändern i.d.R. nicht erreichbar ist, so dass der tatsächliche Flächenbedarf eher noch größer sein dürfte. Das ASB-Defizit wird, sollte es bestehen bleiben, in der Region zu einem jahrzehntelang angespannten Wohnungsmarkt mit den bekannten sozialen Verwerfungen führen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Sofern die errechneten kommunalen Bedarfe nicht vollständig innerhalb der jeweiligen Kommune gedeckt werden konnten, wurden die Bedarfe mit Hilfe regionaler Verteilprozesse (Region+ Wohnen, Region+ Wirtschaft) als regionale Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfe an umsetzungsfähigen und raumordnerisch geeigneten Standorten verortet bzw. durch ein Mengengerüst an die einzelnen Kommunen verteilt.</p> <p>Die Verteilung dieser Bedarfe wurde nach gemeinsam mit allen relevanten Akteuren erarbeiteten und vom Regionalrat Köln bestätigten Kriterien (u. a. Ziel 6.3-3 LEP NRW) vorgenommen. Sie liegen der Festlegung von regionalen Potentialen in den ASB und GIB zugrunde bzw. begründen zudem die regionale Verteilung von Wohn- und Wirtschaftsflächenbedarfen gemäß Ziel <i>Regionale Wohnbauflächenbedarfe umsetzen</i>, Ziel <i>Regionale Wirtschaftsflächenbedarfe umsetzen</i> sowie die Festlegungen zu GIB mit Zweckbindung gemäß Ziel <i>GIB regional sichern und umsetzen</i> und Ziel <i>GIB plus sichern und umsetzen</i> im gesamten Planungsraum.</p> <p>Die Festlegung regionaler Potentiale soll insbesondere auf den Ausgleich zwischen den Teilräumen hinwirken sowie ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Siedlungsflächen in räumlicher Nähe und guter Erreichbarkeit sicherstellen.</p> <p>Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der</p>

Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbewertung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt.

In der gesamträumlichen Betrachtung des Regierungsbezirks Köln werden die Vorgaben des LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung beachtet. (s. Begründung zu Z.3 Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten - Kapitel 3.1.2 Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung)

Inhalt**2. Fachliche Bewertung der eingebrachten Flächenvorschläge fehlt**

Wir vermissen im zweiten Planentwurf eine fachliche Auseinandersetzung und Bewertung der von der Öffentlichkeit wie auch der REG eingebrachten Vorschläge für zusätzliche ASB- und GIB-Flächen. Sie wurden ausnahmslos abgelehnt mit Hinweis auf die fehlende kommunale Entwicklungsabsicht der jeweiligen Stadt: „Aufgrund fehlender Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist“. Bei einem auf mindestens drei Ratsperioden ausgelegten Planwerk kann meines Erachtens die aktuell fehlende Planungsbereitschaft der jeweiligen Gemeinde nicht das entscheidende Kriterium für die Ablehnung zusätzlicher Siedlungsflächen sein, insbesondere dann nicht, wenn die Weigerung der Kommunen, grundsätzlich geeignete Siedlungsflächen zu akzeptieren, zu einem regionsweiten Siedlungsflächendefizit führt (s.o.).

Abwägung**Typ**

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Im Hinblick auf den Einwand, im Regionalplan-Entwurf enthaltenen ASB- und GIB - Flächen auch dann beizubehalten, wenn die Kommunen Flächen zur Streichung empfehlen, gilt, dass entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesen Fällen kein Sicherungserfordernis. Dies verhindert – unter Beachtung der kommunalen Planungshoheit –, dass zukünftige Siedlungsbereiche im Regionalplan festgelegt werden, die sich langfristig einer Umsetzung entziehen.

Auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. BauGB) ist sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbeobachtung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Sollte sich vor diesem Hintergrund innerhalb des Planungshorizontes ein Planerfordernis ergeben, kann der Träger der Regionalplanung eine Änderung des Regionalplans einleiten.

Inhalt

3. Siedlungsentwicklung unzureichend auf die geplanten ÖPNV-Trassen ausgerichtet

Die geplanten Stadtbahnverlängerungen aus der Stadt Köln an den Stadtrand bzw. in die benachbarten Gemeinden werden sich nur bei einer ausreichenden Mantelbevölkerung im Einzugsbereich der Haltestellen realisieren lassen. Wie erste Machbarkeitsstudien verdeutlichen, wird sich ein positiver Nutzen-/Kostenfaktor bei den Verlängerungen der Stadtbahnlinie 4 nach Widdersdorf und Pulheim, der Linie 5 nach Rondorf und Meschenich sowie der Linie 7 nach Zündorf-Süd und Langel nur durch Ausweisung zusätzlicher ASB-Siedlungsbereiche entlang der geplanten Trassen erreichen lassen. Grund ist bei den Stadtbahn-Verlängerungen der Linien 4 und 5 der hohe bauliche Aufwand zur Über- oder Unterquerung von Autobahn- und Bahntrassen, der die Baukosten in die Höhe treibt. Bei der Verlängerung der Stadtbahnlinie 7 ist die geringe Siedlungsdichte und -größe der limitierende Faktor.

Wir plädieren deshalb nochmals für die Berücksichtigung folgender ASB-Erweiterungen im künftigen Regionalplan:

Widdersdorf-Nordost (bis zu 36 ha). Zwischen der Indianapolis-Straße und dem östlich davon gelegenen Golfplatz befindet sich ein ausgedehntes Areal, das unter Berücksichtigung bereits angelegter Grünflächen für zusätzliche Bebauung genutzt werden könnte, ohne den hier ausgewiesenen regionalen Grünzug zu stark einzugrenzen. Durch eine künftige Stadtbahn-Haltestelle am Subbelrather Hof wäre dieses Areal bestens an den schienenengebundenen ÖPNV angeschlossen.

Widdersdorf-West (rd. 8,6 ha). Die Siedlungsfläche südlich der Straße „Auf der Aspel“ lässt sich bis zur südlich geplanten Stadtbahntrasse erweitern.

Rondorf-Ost (1002517), rd. 18,1 ha. Diese Fläche erstreckt sich zwischen dem bestehenden östlichen Siedlungsrand und der A 555; sie wurde von der Kölner Stadtverwaltung auf ihre Eignung überprüft und anschließend im Rahmen des ersten Planentwurfs unter der Kennziffer 2-206-003 zur Bebauung vorgeschlagen.

Meschenich-Süd (rd. 11 ha): Der Start- bzw. Endpunkt der geplanten Stadtbahnverlängerung der Linie 5 am südlichen Ortsrand von Meschenich bietet sich für eine verdichtete ASB-Nutzung an. Diese Fläche hat die REG bereits einer intensiven Prüfung unterzogen (siehe im Rahmen der Beteiligung zum ersten Entwurf eingereichtes Kompendium, S.14-24).

Zündorf-Süd (1003028), rd. 33 ha. Diese Fläche stellt eine Ausweitung gegenüber der bereits im Regionalplan dargestellten Siedlungserweiterung dar. Sie wurde von der Kölner Stadtverwaltung als geeignet befunden für eine Bebauung und unter der Kennziffer 7-714-011B in der ersten Beteiligungsphase eingereicht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1007877, ID 1007878, ID 1002517, ID 1007868, ID 1003028, ID 1008176 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

<p>Langel-Ost (rd. 32 ha). Gegenüber der bereits dargestellten, nur unwesentlichen Erweiterung des Porzer Ortsteils Langel ist in östlicher Richtung ein wesentlich stärkeres Siedlungswachstum vertretbar, das die volkswirtschaftliche Wirtschaftlichkeit einer Stadtbahnverlängerung der Linie 7 über die Ranzeler Straße hinaus befördern würde.</p>	
--	--

Inhalt**4. Differenzierte Betrachtung der Extremhochwasser-Gebiete erforderlich**

Die vom Extremhochwasser HQ 500 betroffenen und aus dem Vorentwurf entfernten Flächenvorschläge wurden mit Verweis auf einen entsprechenden Beschluss des Regionalrates (den die Bezirksplanungsbehörde doch selbst eingebracht hatte) trotz deutlicher Kritik der Rheinanlieger-Gemeinden nicht wieder in den Regionalplan-Entwurf aufgenommen. Darunter befinden sich diverse Flächen, deren im Extremfall des 500-jährigen Hochwassers erwartbare Überflutungshöhe von rd. 2 m im Rahmen einer künftigen Bebauung und Geländemodellierung händelbar wäre.

Wir regen daher an, zumindest die im ersten Planentwurf enthaltene ASB-Fläche Rath-Südwest (rd. 8,8 ha) wieder in den Regionalplan aufzunehmen. Sie erstreckt sich südlich der Rösrather Straße zwischen Steinweg und Sengerweg und grenzt unmittelbar an den Stadtbahn-Haltepunkt „Steinweg“ an- eine z.B. als Schulstandort bestens geeignete Fläche mit hervorragender Erreichbarkeit. Durch entsprechende Auflagen im Bebauungsplan lassen sich Gebäudeschäden für den Fall, dass dieses seltene Extremhochwasser tatsächlich eines Tages mit maximal 2 m Höhe eintritt, weitestgehend ausschließen.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.

Inhalt**5. Flächen für Einfamilienhaus-Interessenten in der Kernstadt anbieten**

Die mit Haushaltsdefiziten kämpfende Stadt Köln kann es sich nicht leisten, zahlungskräftige Familien und sonstige solvente Einfamilienhaus-Interessenten in großer Zahl ins Umland abwandern zu lassen. Auch für diese Bevölkerungsgruppe ist ein zusätzliches Flächenangebot vorzuhalten. Wir sprechen uns deshalb dafür aus, drei ursprünglich von der Kölner Stadtverwaltung vorgeschlagene und im ersten Entwurf enthaltene Flächen in den Stadtteilen Widdersdorf und Brück wieder in den Regionalplan aufzunehmen:

Widdersdorf-Süd (1002717), rd. 4,7 ha. Es handelt sich um Arrondierungen zu Gunsten einer besseren Ortsrandgestaltung entlang des regionalen Grünzugs. Diese Fläche wurde bereits 2019 von der Kölner Stadtverwaltung unter der Kennziffer 3-309-006 ins Verfahren eingebracht.

Brück-Südost (1003207), rd. 6,3 ha. Es handelt sich um eine Siedlungserweiterung entlang des Mauspfads unter Einbeziehung einer bereits vorhandenen Streusiedlung. Diese Fläche wurde von der Kölner Stadtverwaltung unter der Kennziffer 8-807-004 angemeldet.

Brück-Südwest (1003211), rd. 8,2 ha. (südliche Erweiterung EFH-Neubaugebiet). Auch diese Fläche hat die Kölner Stadtverwaltung bereits geprüft und unter der Kennziffer 8-807-005 ins Verfahren eingebracht.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002717, ID 1003207, ID 1003211 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-M-2-71	
1028003	
1033610_001	
<p>Inhalt</p> <p>angestoßen durch die Berichterstattung im Bonner Generalanzeiger vom 6.11.2024, über die Novellierung des Regionalplans und die bis 15.11.24 geltende Frist zur Eingabe von Änderungen bzw. Mitteilungen an Sie nehmen wir, [Anonymisiert] und [Anonymisiert], heute zu Ihnen mit folgendem Änderungswunsch/Eingabe Kontakt auf: Wir sind Eigentümer des Grundstücks in Bad Honnef mit der Adresse [Anonymisiert] und [Anonymisiert], Grundbuch von Honnef beim Amtsgericht Königswinter, Blatt [Anonymisiert], Flur [Anonymisiert], Flurstücke [Anonymisiert] und [Anonymisiert]. Das Grundstück ist mit einem Einfamilienhaus (vormals Zweifamilienhaus) bebaut. Das Grundstück liegt im Geltungsbereich der Stadt Bad Honnef bzw. in dessen Bebauungsplan Nr. 14 von 1973.</p> <p>Der Bebauungsplan bzw. der Textteil zum Bebauungsplan setzen für den Bereich unseres Hauses/Grundstückes als Art der baulichen Nutzung ein Mischgebiet (MI) mit den entsprechenden Nutzungsmaßen lt. Bebauungsplan 14 fest:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zahl der Vollgeschosse: 2 - Grundflächenzahl (GRZ): 0,4 und - Geschossflächenzahl (GFZ): 1,0 fest. <p>Wir planen, den Gebäudebestand auf unserem Grundstück gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplans in absehbarer Zeit zu erweitern, da pflegebedürftige Angehörige bei uns einziehen sollen. Vor diesem Hintergrund betrachten wir die angekündigte Novellierung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, insbesondere die sich daraus ergebenden, nicht näher definierten Konsequenzen für die geltende verbindliche Bauleitplanung, - etwa die Einbeziehung in gebietliche Vorkehrungen bzw. Anlagen zum Hochwasserschutz- mit großer Sorge. Mit Blick auf einen möglichen Verlust von Baurecht und eine damit auch einhergehende erhebliche Entwertung unseres Grundstücks fordern wir dazu auf, keinerlei Änderungen des Regionalplans vorzunehmen, die das Baurecht auf unserem Grundstück negativ beeinflussen würden. Mit der Bitte um Bestätigung des fristgerechten Eingangs unserer Änderungswünsche bzw. Eingabe verbleiben wir mit freundlichen Grüßen,</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Weiterhin wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen.</p> <p>Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

AZ: Ö-M-2-72	
1028005	
1033611_001	
<p>Inhalt</p> <p>hiermit legen wir in der Anlage Widerspruch gegen den Regionalplan bzw. die dringende Bitte der Nachbesserung vor. Wir sind gegen weitere Versiegelungen und fordern die lokalen Räte wie die BezReg auf, hier nachzubessern. Denn: Eigentlich sind diese Siedlungsbereiche gar nicht nötig. Das ist im Sommer 2024 bekannt geworden, als die Stadt Königswinter einen Entwurf für ihren Flächennutzungsplan vorgelegt hat. Wir haben genau hingeschaut: ennertaufstieg.de/images/docs/FI%C3%A4chennutzungsplan/LRBS_Kommentar_Fachbeitrag_4.06.24_erg%C3%A4nzt.pdf</p> <p>Wenn man den von der Bezirksregierung vorgegebenen Bedarf von 2850 Wohneinheiten bis zum Jahr 2040 zugrunde legen möchte, gibt es noch ausreichend vorhandene Wohnbauflächen. Die angebliche Lücke ist entstanden, weil vor allem in der Berechnung des Flächennutzungsplanentwurfs die Marge für bauleitplanerische Risiken im Vergleich zu derjenigen der Bezirksregierung verdoppelt wurde! Man könnte also gut auf die 26 Hektar Siedlungsbereiche von Stieldorf und Vinxel im Regionalplan verzichten!</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-2-73

1028344

1033907_001

Inhalt

Hiermit reichen wir unsere Stellungnahme zu den beabsichtigen Änderungen des Regionalplans ein, den geplanten Änderungen bzgl. der Fläche 127 (BAB 4) widersprechen wir. Details entnehmen Sie bitte dem Anhang.

Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden. „In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch>)

Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)

Eine Erschließung der Flächen an der BAB 4 ist aus den folgenden, weiteren Gründen nicht tragbar: Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker

- Ignorieren des gültigen FNP Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

Naturschutz: Der Regionalplan - als forstlicher Rahmenplan - hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).

-

Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU Natur-Wiederherstellungs-Verordnung

Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiterwachsen.

- Vernichtung bzw. Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Lärm- und Verkehrsbelastung: Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein weiterer Allgemeiner Siedlungsbereich ggf. mit wohnverträglichem Gewerbe mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg und Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen würde die Lärm- und Stickstoffoxyd-Emission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.

- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen.

- Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zu den Autobahnanschlussstellen Refrath und Frankenforst dar.

- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen, jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen

Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

Freiraumfunktion: Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.

- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach

▪ Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen. Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als RGZ und/oder BSN statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-78	
1028138	
1033667_001	
<p>Inhalt</p> <p>Es geht um den Bebauungsplan Vinxel , Stieldorf,Hoholz, Gielgen. Dieser Raum sollte der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung dienen und beibehalten werden, gemäß den Plänen des BBB Bonn.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine konkrete Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Im Übrigen wird aus den Ausgleichsvorschlag ID 1032208_001 verwiesen.</p>

AZ: Ö-M-2-79	
1028142	
1033672_001	
Inhalt	Abwägung
Offenlegung des Regionalplanentwurfs 2024 - neue Festlegungen zum Gebiet 127 (Flächen entlang der BAB 4)	Typ Anregung/Bedenken
Ich bin dagegen.	Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
	Erläuterung Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen). Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden. Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken: Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-M-2-88	
1028156	
1033682_001	
<p>Inhalt</p> <p>Wir fordern die lokalen Räte und die BezReg. auf sich gegen weitere Versiegelungen und Flächenverbrauch einzusetzen. Man kann gut auf die 26 Hektar Siedlungsbereiche von Stieldorf und Vinxel im Regionalplan verzichten, da es noch ausreichend vorhandene Wohnbauflächen gibt (Bauen im Bestand, Nachverdichtung) und keine ausreichende Infrastruktur in diesen Bereichen vorhanden ist (ÖPNV). Der Raum Roleber-Hoholz-Gielgen-Stieldorf-Vinxel ist reich an schutzwürdigen klimarelevanten Böden, wegen des großen Wasserrückhaltevermögens im 2-Meter-Raum. Der Schutz der Landschaft ist in diesen Gebieten unbedingt beizubehalten. Sie waren und sind weiterhin Teil des Naturparks Siebengebirge.</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-89	
1028168	
1033696_001	
<p>Inhalt</p> <p>Ich bin gegen jede weitere Ausdehnung der Bebauung im Nationalpark Siebengebirge. Bitte erhalten Sie die Natur. Sie dient uns allen als Klimapuffer und Erholungsraum. Danke</p> <p><i>[Anlage, entspricht Muster-StnID 1033120]</i></p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird sich der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 zu eigen gemacht. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-M-2-92	
1028174	
1033697_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-M-2-98

1028179

1033715_001

Inhalt

Hiermit lege ich gegen die Neuaufstellung des Regionalplan 2024 - Zweiter Planentwurf, Seite 4051 von 4777, Projekt 1000997, AZ: BET_327000_1, Gemeinde Niederkrüchten Widerspruch ein.

Die Auswirkungen des Regionalplans hinsichtlich der Bahntrasse von Wegberg-Arsbeck nach Elmpf stellt einen erheblichen Eingriff in das ökologische System des Naturpark Schwalm-Nette dar und gefährdet die Gesundheit der Anwohner. Die detaillierte Stellungnahme mit Begründung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Dokument "Öff RPlan Neuaufstellung Projekt 1000997.pdf".

Aus den in der beigefügten Stellungnahme genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

Stellungnahme zu dem Projekt 1000997, Gemeinde Niederkrüchten

Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 - Zweiter Planentwurf, Projekt 1000997, Gemeinde Niederkrüchten, Seite 4051 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg.-Bez. Köln

1. Gegenstand der Stellungnahme

Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte „Sicherung“ einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten-Elmpf (Bereich Viersen) - weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt –

angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1-11/ Grundsatz 8.1-10)

mit dem Ziel, dass „zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs...entwickelt werden soll“

2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse

Die Lage ergibt sich aus „Teil C der zeichnerischen Festlegung“, die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linie den leider nur ungefähren

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. § 8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpt ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:

a) Trasse vom im Aufbau befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpter Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpter Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Bezirk Köln).

Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.

1. Stellungnahme im Einzelnen

Die Trasse durchschneidet den Elmpter Wald. Der geschützte Naturpark Maas-SchwalmNette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. „komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System“ und sind deshalb in weiten Teilen als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind

b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft! (Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm- und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet in Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

a) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz-Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

b) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug- Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

c) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

d) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung:

Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt. (Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

1. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-M-2-99

1028182

1033719_001

Inhalt

Hiermit lege ich gegen die Neuaufstellung des Regionalplan 2024 - Zweiter Planentwurf, Seite 4008 von 4777, Stellungnahme zu dem Projekt 1004882 Bezirksregierung Düsseldorf, Bereich Dalheim Rödgen Widerspruch ein.

Die Auswirkungen des Regionalplans hinsichtlich der Bahntrasse von Wegberg-Arsbeck nach Elmpt stellt einen erheblichen Eingriff in das ökologische System des Naturpark Schwalm-Nette dar und gefährdet die Gesundheit der Anwohner. Die detaillierte Stellungnahme mit Begründung entnehmen Sie bitte dem beigefügten Dokument "Öff RPlan Neuaufstellung Projekt 1004882.pdf".

Aus den in der beigefügten Stellungnahme genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

Stellungnahme zu dem Projekt 1004882, Bezirksregierung Düsseldorf, Bereich Dalheim Rödgen

Zu der Neuaufstellung des Regionalplans 2024 - Zweiter Planentwurf, Seite 4008 von 4777 Seiten und den vorgeschlagenen Planänderungen im Regionalplan (Fassung 2022) für den Regierungsbezirk Köln seitens Regionalrat/Regionalplanungsbehörde Reg.-Bez. Köln

1. Gegenstand der Stellungnahme

Die Stellungnahme betrifft die durch die Aufnahme in den Regionalplan angedachte „Sicherung“ einer nicht mehr in Betrieb befindlichen Eisenbahntrasse im Bereich Niederkrüchten-Elmpt (Bereich Viersen) - weitgehend bereits ohne jegliche Schienen und von der Natur zurückgeholt –

angeblich gemäß LEP Landesentwicklungsplan NRW (Ziel 8.1-11/ Grundsatz 8.1-10)

mit dem Ziel, dass „zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs vorrangig die Infrastruktur des Schienenverkehrs...entwickelt werden soll“

2. Lage der zu sichernden, nicht mehr betriebenen Bahntrasse

Die Lage ergibt sich aus „Teil C der zeichnerischen Festlegung“, die eine bezüglich des Gesamtverlaufs der Trasse unvollständige, leider recht undeutliche Landkarte

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Letzteres ist der Fall, da durch die Festlegung eine Fortsetzung des bereits im Regionalplan Düsseldorf zeichnerisch festgelegten Schienenwegs erfolgt.

Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan begründet keine Reaktivierung der Strecke. Ob und in welcher Weise eine Reaktivierung der gesicherten Trassen erfolgt, ist Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus und sind ebenfalls Gegenstand nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die genannten Belange können dort vorgebracht werden und sind in diesen Verfahren zu berücksichtigen. An dieser Stelle erfolgt auch die vertiefte Umweltprüfung der angesprochenen Belange.

zeigt, in der offensichtlich mit Filzstift eine rosafarbene Linie den leider nur ungefähren Trassenverlauf darstellt. In Kombination mit den Aussagen im Text besonders zur Bedeutung der Anbindung des Gewerbegebietes Elmpf ist insofern von folgendem Verlauf der Trasse auszugehen:

a) Trasse vom im Aufbau befindlichen Gewerbegebiet auf dem ehemaligen Elmpf Flughafen (Bezirk Viersen/Düsseldorf) durch den Elmpf Wald mit Anbindung im Bereich Arsbeck an die Strecke MG-Wegberg-Dalheim (Bezirk Köln).

Wichtig: Gerade bezüglich der Trasse findet sich in den Unterlagen die dringliche Aufforderung der Macher des Regionalplans Düsseldorf an die Kölner Kollegen, diese Trasse wegen der Anbindung des Industriegebiets als Änderung des bisherigen Kölner Regionalplanes dort aufzunehmen. Von einer tatsächlichen Realisierung muss auf Grund dieser Interessenlage also bereits heute mit großer Wahrscheinlichkeit ausgegangen werden.

1. Stellungnahme im Einzelnen

Die Trasse durchschneidet den Elmpf Wald. Der geschützte Naturpark Maas-SchwalmNette mit seinen Anschlussgebieten in NL und D bilden aus biologischer Sicht ein sog. „komplexes ökologisches bzw. komplexes sozioökologisches System“ und sind deshalb in weiten Teilen als FFH-Gebiet (Flora-Fauna-Habitat) und damit als besonders schutzwürdig definiert.

Für Funktion, Steuerung und Erhalt komplexer Systeme gelten die Regeln der Biologischen Kybernetik, insbesondere dass

a) Bei Veränderungen und Eingriffen in solche komplexen Systeme, deren Funktion auf dem Erhalt des inneren Gleichgewichts der beteiligten Parameter beruhen, sowohl Ort, Schweregrad wie auch Folgen dieser Eingriffe nicht vorhersagbar sind

b) Folgen solcher Eingriffe von begrenzten Schäden über irreversible lokale Schäden bis zur Zerstörung des gesamten komplexen Biosystems reichen können

Bedeutung für vorliegende Situation:

Die Reaktivierung der seit langem nicht mehr betriebenen Trasse wäre ein solcher massiver Eingriff!

c) sowohl in der Bauphase, die hier einem Neubau gleichkommen würde durch notwendig zu schlagende breite Schneisen für die Anfahrt von Baumaschinen und Material und Herstellung des neuen Schienenwegs ggf. sogar als zweigleisige und elektrifizierte Strecke mit dauerhafter Zerstörung der für Fahrweg und notwendige Nebenräume verbrauchte Landschaft!

(Die Art des Ausbaus wird allerdings noch nicht im Plan angesprochen. Nach billigem Ermessen ist jedoch natürlich mit einem Vollausbau zweigleisig und elektrifiziert zu rechnen)

d) wie auch in der Betriebsphase durch stärkste Lärm- und Vibrationsemissionen mit massiven Belastungen für die gesamte Umwelt einschließlich gesundheitlicher Gefährdungen für Mensch und Tier.

Die Trasse endet in Arsbeck auf einer Teilstrecke des ehemaligen sog. Eisernen Rheins, die dann weiter durch Wegberg und folgende Städte und Gemeinden in Richtung Mönchengladbach führt.

Wegen der unmittelbaren Nähe zwischen Trasse und Wohnbebauung käme es hier gerade bei den zu erwartenden, im Text des Regionalplans als Ziel der Trassensicherung angesprochenen Güterverkehre aus den anzuschließenden Industriegebieten durch Verkehrsverdichtung und massive Erhöhung auch heute schon bestehender Lärmemissionen und Vibrationsauswirkungen

a) zu massiven Gesundheitsrisiken für die Anwohner wie des Herz-Kreislaufsystem, der mentalen Gesundheit z. B. Konzentrationsfähigkeit bei Schulkindern, der Belastung des Respirationssystems durch erhöhte KFZ-Emissionen an permanent geschlossenen Schranken u.v.a.m.

b) bis hin zu existentiellen Risiken durch kaum zu beherrschende Situationen bei Unfällen an den Trassen bei Zug- Durchfahrt durch die Orte (z. B. bei immer noch vorkommenden Böschungsbränden usw) sowie nicht nutzbare Rettungswege innerhalb der Stadt bei fast permanent geschlossenen Schranken.

c) Außerdem wird die Infrastruktur der Stadt Wegberg und weiterer angeschlossener Städte und Gemeinden beeinträchtigt ohne jeden Vorteil für die Stadt durch durchfahrende Güterzüge bei vorhandenen massiven Belastungen.

d) Des Weiteren wird aus räumlichen Gründen ein Ausbau mit zweitem Gleis, Elektrifizierung und Schallschutz ganz einfach nicht möglich sein ohne Enteignungen der Anlieger.

Zur Beachtung: Aus all diesen Gründen wurde Güterverkehr auf der gesamten historischen Trasse des Eisernen Rheins, also gerade auch auf dem hier zur Debatte stehenden Abschnitt von Dalheim über Wegberg in Richtung Mönchengladbach per Beschlüssen des Landtags NRW aus 2007 und 2011 als nicht verantwortbar abgelehnt. (Hinweis: Als Alternative wurde die 3RX-Variante beschlossen)

1. Aus den genannten Gründen bezüglich Erhalt der wertvollen ökologischen Systeme und Schutz der Gesundheit der Anwohner und regionalen Infrastruktur ist die Aufnahme der genannten Trasse in den geänderten Regionalplan nicht verantwortbar und deshalb zu unterlassen.

AZ: Ö-O-2-10	
1026680	
1032378_001	
Inhalt	<p>unter Bezug auf einen Artikel im KölnerStadtAnzeiger vom 18.10.24 und meiner heutigen Einsichtnahme in die aktuellen Planungen kann ich mich nur wundern. Im FNP der Stadt BGI. waren genau diese Waldflächen vor Jahren auf Druck der Bevölkerung und auch unter Berücksichtigung der Zielwerte der Landesregierung (Verbrauch der Flächen etc.) wieder herausgenommen worden. Offenbar erfolgt jetzt ein erneuter Versuch bestimmter politischer Kreise, einen Waldschutzstreifen mit uraltem Laubbaumbestand der anliegenden Wohnbebauung incl. Kindergarten gegen die vielbefahrene BAB 4 zu zerstören. Die ökologische und Lärmschutzfunktion dieses Streifens ist offenbar unwichtg. Auch kann ich mir nicht vorstellen, daß hier im Dunst- und Abgaskreis der BAB jemand freiwillig wohnen möchte. Falls nur eine Gewerbeansiedlung geplant wird, sollte dies auch entsprechend kommuniziert werden. Ich protestiere hiermit gegen die geplanten Änderungen, auch weil das schon vorhandene rheinisch- bergische Verdichtungsband noch weiter verdichtet werden soll.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Die tatsächliche Umsetzung und Ausgestaltung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale

Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldbereichen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-102	
1027425	
1032778	
<p>Inhalt</p> <p>Betreff: Regionalneuplanung Heinsberg</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>der Tabelle zur Stellungnahme der Stadt Heinsberg konnte ich folgendes entnehmen:</p> <p>"B 09 Uetterath FAB / BSLE AFAB / BSLE Der Ortskern von Uetterath sowie die südlich anschließenden Landschafts-räume einschl. des Bereichs Berg werden erstmalig als BSLE aus-gewiesen. Die BSLE-Darstellung in Uetterath wird zurückgewiesen.</p> <p>Keine Berücksichtigung Keine erneute Stellungnahme im Rahmen der erneuten Beteiligung zulässig!"</p> <p>Ein BSLE Gebiet ist für Uetterath absolut begrüßenswert. Die Ablehnung ist rein durch Klientelpolitik begründet.</p> <p>Uetterath gehört zum Randgebiet der Stadt Heinsberg, liegt umgeben von mehreren (sehr effektiven) Windkraftzonen und wird nördlich durch die A46 begrenzt. Ein erhöhter Schutz dieses Gebietes würde der Vielfalt dienen. Durch das Regenrückhaltebecken und die damit verbundenen Rückzugsmöglichkeiten hat Uettrath einen der größten Bestände von Feldhasen im gesamten Stadtgebiet. Das Gebiet bietet Schutz und Nahrung für verschiedene Raubvögel. Es ist Durchzugsgebiet von Rehwild.</p> <p>Ein weiterer Ausbau von Naturschutzmaßnahmen wäre von Vorteil.</p> <p>Die Belastung durch die konventionelle Landwirtschaft ist hoch.</p> <p>Ich bitte Sie eindringlich die Zurückweisung durch die Stadt Heinsberg nicht zu akzeptieren.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung hinsichtlich der Festlegung des BSLE im Bereich Heinsberg-Uetterath erklärt. Darüberhinaus werden allgemeine Informationen und Hinweise zur Freiraumentwicklung vorgebracht.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung (ID 1005883, 1. Offenlage) wird aufrecht erhalten.</p>

AZ: Ö-O-2-11	
1026702	
1032387_001	
Inhalt	<p>Bitte schädigen Sie nicht weiter die Umwelt. Der Grünstreifen zwischen A4 und Refrath filtert nicht nur Schadstoffe aus der Luft sondern verringert auch ein wenig den Autobahnlärm für die Anwohner. Wenn Sie dies ignorant nicht berücksichtigen, zeigen Sie damit nicht nur, dass Sie für politische Entscheidungen nicht geeignet sind sondern outen sich auch als Umweltsünder. Ich selbst organisiere die Müllsammelgruppe Cleanup Refrath und mir ist damit die Umwelt wichtig. Wenn Sie ehrendamtliche Arbeit mit Füßen treten, werde ich die Gruppe auflösen, da die Politik dann ganz offensichtlich nicht an Umweltschutz interessiert ist und den Müll in der Umwelt selber beseitigen kann.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

AZ: Ö-O-2-12	
1026707	
1032388	
<p>Inhalt</p> <p>Der zweite Planentwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln enthält rund um den Bereich des derzeitigen Tagebaus Hambach fast ausschließlich Festlegungen für Waldgebiete und Naturschutzbereiche. Insbesondere sind keinerlei Gewerbeflächen angrenzend an den Bereich der Manheimer Bucht ausgewiesen. Es liegt ein Konzept zur Errichtung eines teil-unterirdischen Pumpspeicherkraftwerks am Standort Tagebau Hambach / Manheimer Bucht vor, siehe [1] [2] [3]. Unter Berücksichtigung des bestehenden Mangels an Stromspeicherkapazitäten in der Region, sollte diesem vielversprechenden Projekt keine zusätzlichen Hindernisse in den Weg gestellt werden. Aus meiner Sicht stellen die derzeitigen Festlegungen im Planentwurf große Hürden für die Realisierung des Pumpspeicherkraftwerks dar. Ich schlage daher vor, den Planentwurf in den an den Tagebau Hambach angrenzenden Bereichen um die für die Realisierung eines teil-unterirdischen Pumpspeicherkraftwerks notwendigen Festlegungen zu ergänzen.</p> <p>[1] Riße, H.; Hollerbach, M.; Luther, G.; Schmidt-Böcking, H.W. Unterwasser-Pumpspeicherkraftwerke Tagebauloch, Teil 1. Physik in unserer Zeit, 2024.</p> <p>[2] Schmidt-Böcking, H.W.; Luther, G.; Düren, M.; Puchta, M.; Bender, T.; Garg, A.; Ernst, B.; Frobeen, H.; Renewable Electric Energy Storage Systems by Storage Spheres on the Seabed of Deep Lakes or Oceans. Energies 2024, 17, 73. https://doi.org/10.3390/en17010073</p> <p>[3] Vortrag Prof. Schmidt-Böcking, Rhein-Erft-Kreis, 2024-09-04</p> <p>Teil-unterirdisches Pumpspeicherkraftwerk</p> <p>Ein teil-unterirdisches Pumpspeicherkraftwerk ist ein Pumpspeicherkraftwerk, bei dem sich das untere Wasserreservoir unterhalb der Erdoberfläche befindet. Das untere Reservoir kann beispielsweise durch künstliche Hohlräume am Grunde eines tiefen Gewässers oder auch unter Erdoberflächengesteinsschichten befinden. Für den Standort Tagebau Hambach bieten sich laut [1], [2], [3] Betonkavernen auf der Talsohle des ausgekohlten Tagebaus an. Eine schematische Zeichnung findet sich beispielsweise auf Abbildung 3 in [1] und in [4].</p> <p>Vorteile des Standorts Tagebau Hambach</p> <p>1. Mit einer Tiefe von ca. 400m auf ca. 5km horizontaler Entfernung stellt der Tagebau Hambach einen der steilsten Hänge dieser Größenordnung in der gesamten Region</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen</p> <p>Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Vorhaben "Stromspeicher See" sich im Projektstadium befindet. Auf Grundlage des derzeitigen Planungsstands ist es nicht möglich die räumlichen Auswirkungen und ein mögliches regionalplanerisches Sicherungserfordernis zu bestimmen. Weder vom Bergbautreibenden noch von den kommunalen Planungsträgern wurde das Vorhaben in das Neuaufstellungsverfahren eingebracht. Damit liegen keine hinreichend konkreten Erkenntnisse vor, die eine Festlegung im Regionalplan rechtfertigen würden. Eine abschließend abgewogene Zielfestlegung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Gemäß dem LEP NRW (10.1-3 Grundsatz) sollen geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie in den Regional- und Bauleitplänen festgelegt werden. Sollte im Hinblick auf das Vorhaben "Stromspeicher See" innerhalb des Planungshorizontes ein Planerfordernis entstehen bzw. sich dieses konkretisieren, kann der Regionalrat als Träger der Regionalplan ein Änderungsverfahren einleiten.</p> <p>Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung,</p>

dar. Große Höhenunterschiede auf relativ kleiner horizontaler Entfernung sind ideale Standortorte für Pumpspeicherkraftwerke. Je nach Auslegung könnte das Pumpspeicherkraftwerk eine Speicherkapazität von 100GWh bereitstellen. Es wäre damit mit Abstand größer als alle derzeit existierenden Pumpspeicherkraftwerke Deutschlands zusammen. [5], [6]

2. Auf der Talsole des Tagebau Hambach ist die Natur derzeit bereits fast vollständig zerstört. Daher ist für den Bau des unteren Wasserreservoirs keine zusätzliche Naturzerstörung notwendig.

3. Da der Höhenunterschied bereits nach Ende des Abbaus zur Verfügung steht, kann unmittelbar anschließend daran mit dem Bau des unteren Reservoirs begonnen werden. Es ist für den Betriebsbeginn des Pumpspeicherkraftwerks unerheblich, ob sich über den unteren Reservoirs auf der Talsole Luft, Wasser, Kies, Erde oder eine Schichtung verschiedener Materialien befinden.

4. Das obere Wasserreservoir kann in der geplanten Manheimer Bucht realisiert werden. An dieser Stelle befindet sich zur Zeit ein Kieswerk, das gemäß derzeitigem Plan zur Manheimer Bucht vergrößert werden soll. Da sich an dieser Stelle zur Zeit keine Tagebaugrube oder eine andere für den Betrieb des Tagebaus absolut notwendige Einrichtung befindet, kann der Baubeginn hier frühzeitig erfolgen.

5. Auf Grund der derzeit in Betrieb befindlichen Braunkohlenkraftwerke ist eine gute Anbindung an das Stromnetz in unmittelbarer Nähe des Tagebau Hambach bereits verfügbar. Diese Stromnetzanbindung hat nach dem Ausstieg aus der Braunkohle und damit dem Betriebsende der Braunkohlekraftwerke meiner Information nach keine geplante Weiterverwendung und steht damit für ein Pumpspeicherkraftwerk zur Verfügung.

6. Das Pumpspeicherkraftwerk wird wirtschaftlich sein. Mit einer Speicherkapazität von 100GWh, 200 Zyklen jährlich, Baukosten von 15 Mrd €, wird bereits nach 30 Jahren Betrieb bereits ein Preis von unter 0.03€/kWh für die Speicherung erreicht. Die Lebensdauer von Pumpturbinen beträgt mindestens 80 Jahre, die Lebensdauer der Reservoirs ist noch deutlich größer. Hinweis:

Im Gutachten [7] wurde die hier vorgeschlagene Lösung eines teil-unterirdischen Pumpspeicherkraftwerks nicht betrachtet. Dieses Gutachten kann also nicht zur Beantwortung dieser Eingabe herangezogen werden.

Referenzen

[1] Riße, H.; Hollerbach, M.; Luther, G.; Schmidt-Böcking, H.W. UnterwasserPumpspeicherkraftwerke Tagebauloch, Teil 1. Physik in unserer Zeit, 2024.

[2] Schmidt-Böcking, H.W.; Luther, G.; Düren, M.; Puchta, M.; Bender, T.; Garg, A.; Ernst, B.; Froben, H.; Renewable Electric Energy Storage Systems by Storage Spheres on the Seabed of Deep Lakes or Oceans. Energies 2024, 17, 73. <https://>

um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen. Dies schließt eine Beachtung der unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven ein. Die Braunkohlenpläne legen im Grunde den Rahmen für eine geordnete Braunkohleplanung bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich). Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

doi.org/10.3390/en17010073

[3] Vortrag Prof. Schmidt-Böcking, Rhein-Erft-Kreis, 2024-09-04

[4] Schema Kavernenpumpspeicherkraftwerk, <https://stromspeichersee.de/>, abgerufen 2024-10-20

[5] Grafik Vergleich Stromspeichersee Hambach mit anderen Speichern, <https://stromspeichersee.de/energiepolitische-notwendigkeit/>, abgerufen 2024-10-20

[6] Wikipedia, Liste von Pumpspeicherkraftwerken, https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Pumpspeicherkraftwerken#Deutschland

[7] Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW, Konzepte zur energetischen Nachnutzung von Tagebaurestlöchern in Nordrhein-Westfalen. https://broschuerenservice.land.nrw/files/download/pdf/20191216-endbericht-tagebau-nrw-pdf_von_konzepte-zur-energetischen-nachnutzung-von-tagebaurestloechern-in-nordrheinwestfalen_vom_mwide_3213.pdf.

Anhänge

[Stellungnahme_2024-10-27.pdf](#)

Inhalt

Als betroffener Anwohner der im Entwurf des Regionalplans mit Nummer 127 gekennzeichneten Änderung zwischen Lustheide und Autobahn lege ich Einspruch gegen die Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) anstelle der ursprünglich ausgewiesenen Waldfläche ein. Ich rege stattdessen an, den Wald zwischen den bestehenden Siedlungsflächen und der Autobahn zum Klima- und Naturschutz durch eine entsprechende planerische Ausweisung dauerhaft in seinem Bestand zu schützen. Diesen Schutzstatus sollen sämtliche Waldflächen zwischen aktueller Besiedlung und Autobahn erhalten, wie sie im aktuell gültigen FNP 2035 der Stadt Bergisch Gladbach ausgewiesen sind (Quelle: <https://www.bergischgladbach.de/flaechennutzungsplan.aspx>)

[Abbildung]

Die gegenüber dem ersten Regionalplan-Entwurf vollzogene Änderung 127 wird in den Unterlagen zum überarbeiteten zweiten Regionalplan-Entwurf nicht bzw. nicht ausreichend begründet.

Wie kann es sein, dass derart bedeutende Planänderungen weitgehend unbewertet und ohne entsprechende Informationen Eingang in den Regionalplan finden? Es drängt sich der Eindruck einer politisch motivierten Planänderung auf, ohne dass seitens der planungsverantwortlichen Stelle die nötige inhaltlich-planerische Auseinandersetzung stattgefunden hat. Dieser Eindruck verstärkt sich durch die Tatsache, dass die beiden ASB im Widerspruch zu den Festlegungen des in einem mehrjährigen Verfahren erstellten, aufwändig abgestimmten und erst vor vier Jahren verabschiedeten FNP 2035 der Stadt Bergisch Gladbach stehen. Seinerzeit wurde im Ergebnis offener, fairer „Verhandlungen“ zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern letztlich ganz bewusst an konkreter Stelle an den Waldflächen festgehalten und entsprechend planerisch ausgewiesen (siehe Ausschnitt des zeichnerischen FNP 2035). So sprachen und sprechen wichtige naturschutzfachliche Argumente gegen die Ausweisung insbesondere der westlichen Fläche Lustheide / An der Wasserdelle als Siedlungsbereich.

In einem von der Stadt Bergisch Gladbach beauftragten Gutachten erreicht der Standort nur 45 % des Maximalwerts, was aus seiner Lage im Wasserschutzgebiet IIIa sowie innerhalb der 300m Pufferzone des FFH-Gebietes und den erheblichen Eingriffen in Waldflächen resultiert. Dies verdeutlicht, dass die Standortentwicklung dieser Fläche mit Einschränkungen und Risiken verbunden ist (Zitat aus Quelle: <https://>

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

/www.bergischgladbach.de/gewerbekonzept.aspx). Wieso soll nun mit dem Regionalplan eine erneute Diskussion in der Sache ausgelöst werden, obwohl das Thema im FNP-Verfahren bereits einvernehmlich entschieden wurde? Eine widersprüchliche Ausweisung ein und derselben Flächen im Regionalplan und im FNP 2035 ist nicht nachvollziehbar und sorgt für Misstrauen beim Bürger gegenüber Verwaltungshandeln.

Bei den Flächen gilt es weiterhin zu berücksichtigen, dass der Ausbau der Autobahn im Bundesverkehrswegeplan 2030 als vordringliche Maßnahme eingeplant ist. Die mit dem Ausbau einhergehende Verbreiterung der Autobahn wird sich aufgrund des FFH-Gebietes im Süden ausschließlich auf die nördlichen Waldbereiche erstrecken. Mit dem Ausbau und unter Berücksichtigung der im Bundesfernstraßengesetz festgelegten Anbauverbotszone wäre die verfügbare Fläche bis zu den angrenzenden Wohngrundstücken soweit eingeschränkt, dass eine bauliche Entwicklung nicht wirtschaftlich sein dürfte. Warum also Wald für Siedlungsflächen opfern, wenn eine Entwicklung aller Voraussicht nach unwirtschaftlich ist? Wie bewertet eigentlich die Autobahn GmbH des Bundes die geplanten Ausweisungen als ASB? Aus verkehrlicher Sicht ist die A 4 bereits heute hochbelastet (jeden Tag knapp 75.000 Kfz, davon rd. 7.200 Schwerverkehrsfahrzeuge)¹, weshalb dem Wald zwischen Autobahn und Siedlungsbereichen eine wesentliche Schutzfunktion in Bezug auf verkehrsbedingten Lärm und gesundheitsgefährdende Immissionen wie Feinstaub und Stickoxide zukommt. Die Bedeutung des Waldes mit seiner schützenden Wirkung wird künftig noch zunehmen, da nach dem geplanten 6-streifigen Ausbau von einer weiteren Verkehrszunahme auszugehen ist. Vor dem Hintergrund rege ich an, auch im Sinne künftiger Generationen endlich ökologisch verantwortlich zu handeln, indem die verbleibenden Waldflächen auch nördlich der A4 in ihrem Bestand aufgrund ihrer Schutz- und Erholungsfunktion für Fauna, Flora, Wasser und die Bevölkerung von Refrath und darüber hinaus dauerhaft erhalten und geschützt werden. Eine Möglichkeit besteht in der Ausweisung der verbleibenden restlichen Waldflächen als Naturschutzgebiet, wie es auch für den Königsforst südlich der A4 bereits der Fall ist, um künftig -mit Ausnahme des nicht zu vermeidenden Autobahnausbaus- weitere bauliche Inanspruchnahmen auszuschließen.

Zum von der Stadt prognostizierten steigenden Bedarf nach Siedlungsflächen, der u.a. durch entsprechende ASB-Flächen im Außenbereich gedeckt werden soll, der Hinweis, dass das Angebot an Flächen im bereits bebauten Innenbereich nicht zuletzt mit dem inzwischen hinzugekommenen Zanders-Gelände, auf dem sich Wohnraum für bis zu 3.000 Menschen ergibt, für die nächsten Jahrzehnte ein ausreichend großes Potential und Angebot aufweisen dürfte. Auf dieses sollte man sich seitens der Stadt konzentrieren und nicht weiter einer Zersiedlung und Inanspruchnahme ökologisch wertvoller Waldflächen Vorschub leisten. Ich bitte um Bereitstellung des Antrags, der der zur Änderung 127 geführt hat, insbesondere interessiert mich, von wem er kommt und wie er begründet ist, sowie ggf. der Stellungnahmen der Autobahn GmbH des Bundes und des Landesbetriebs Wald und Holz NRW zur zweiten Offenlage des Regionalplans.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind

die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-127	
1027420	
1032774_001	
<p>Inhalt</p> <p>In Leverkusen kann es in meinen Augen nicht sein, dass im großen Maße Planungen gibt, die massive Flächenversiegelungen nach sich ziehen würden. Es geht um die Planungen 'Auf den Heuen' für die neue Feuerwache in Opladen. Hier gibt es aus anderen Kreisen sinnvolle Alternativen, die bisher schon versiegelt sind und für den Neubau daher keine Zusatzversiegelung darstellen würde. Außerdem kann ich es auch nicht nachvollziehen, dass für Parkplätze, die an ca. 30 Tagen im Jahr genutzt werden würden, großflächig bisherigen Rasenflächen von Sportflächen versiegelt werden sollen. Auch hier gibt es Alternativen wie z.B. Modulparkhäuser auf vorhandenen Parkflächen. Daher lehne ich beide vorgesehene Planungen ab.</p> <p>M.f.G.</p> <p>[ANONYMISERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID</p>

1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 2.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-O-2-129	
1027420	
1032775_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund fehlender kommunaler Entwicklungsabsicht besteht in diesem Fall kein Sicherungserfordernis, sodass die aktuelle Abgrenzung des Siedlungsraums im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig ist. (siehe ID 1003555 im Rahmen der 1. Offenlage).</p> <p>Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur Räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p>

AZ: Ö-O-2-13	
1026769	
1032437	
<p>Inhalt</p> <p>Meine Stellungnahme bezieht sich im Entwurf auf die Zeichnung zum Schutzstatus der Natur im Bereich südlich der sogenannten Manheimer Bucht. (A2-7, Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis)</p> <p>Eine hinreichende Biotopvernetzung zwischen dem Hambacher Wald und der Steinheide, wie in den Leitlinien gefordert, ist im Regionalplan auf Kerpener Gebiet nicht erkennbar. Die Darstellung zeigt, dass neben der festgelegten, sogenannten Manheimer Bucht offensichtlich nur die zukünftigen Rekultivierungen der beiden bestehenden, noch länger aktiven Kiesgruben Rheinische Baustoffwerke und das Schüssler-Kieswerk plus einem sehr schmalen Streifen entlang der Buirer Straße/An den Birkenhöfen mit einem Schutzstatus für die Natur (grüne Flächenfarbe bzw. grüne Schraffur) eingezeichnet wurde, woraus sich keinerlei hinreichende, zeitnahe Biotopvernetzung erkennen lässt, wie sie in den Leitlinien NRW gefordert wurde. Dieser Eintrag, so wie er im Regionalplan erfolgt, muss deshalb dringend korrigiert werden, da hier weder die zeitliche Dringlichkeit einer Vernetzung zum Erhalt eines noch halbwegs hinnehmbaren ökologischen Zustands der beiden Wälder berücksichtigt wurde, noch eine hinreichende, wissenschaftlich begründbare Waldvernetzung für den genetischen Austausch aller Waldorganismen erkennbar ist. Ein Wechsel von Waldstrukturen und agrarisch genutztem Offenland ist keine Waldvernetzung, wie sie in den Leitlinien gefordert wurde. Zudem kommt es durch die aktiven Kiesgruben und die Abgrabung der Manheimer Bucht unter Vernichtung bestehender Trittsteinbiotope zu einer langen, extremen Staub- und Lärm-Belastung des ganzen Umfeldes mit enormen Störung gerade der Waldorganismen, was die Planung einer hinreichenden Waldvernetzung zum Erhalt ihres ökologischen Zustandes zusätzlich noch konterkariert. Nach jahrzehntelanger Belastung der Region und der Waldorganismen durch den Tagebau und der auch hier voranschreitenden Degeneration der Ökosysteme und des Artenverlustes wird es Zeit, der Natur endlich den Raum zu geben, den sie zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen braucht.</p> <p>Anhänge Screenshot_20241017_101049_Ecosia.jpg</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>aut Leitentscheidung 2021 Entscheidungssatz 6 sollen regionalplanerische Festlegungen den Erhalt, die Entwicklung und die Vernetzung der Wälder im südlichen Teil des Tagebau Hambachs unterstützen. Dabei wurde von der Landesregierung explizit aufgeführt, dass die umliegenden Wälder mit dem Hambacher Forst zu vernetzen sind, um die Waldfunktion des Hambacher Forstes zu entwickeln und langfristig zu sichern. Um diesen Auftrag gerecht zu werden, wurden die hierfür in Betracht kommenden Bereiche, die bereits aus der Bergaufsicht entlassen wurden und der Plankonzeption entsprechen folgerichtig als BSN festgelegt.</p> <p>Die Festlegung der BSN wurde zu wesentlichen Teilen auf der Grundlage des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln (LANUV 2019) und unter Berücksichtigung bestehender Schutzgebietsfestsetzungen entwickelt. Dieser stellt gemäß den fachgesetzlichen Regelungen die Grundlage für den Regionalplan dar. Zugrunde gelegt wurden unter Beachtung des Planungsmaßstabs festgesetzte Naturschutzgebiete, FFH- und Vogelschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen der Stufe I (herausragende Bedeutung) des vorgenannten Fachbeitrags. Kleinteilige Ausläufer oder Differenzierungen (z. B. schmale Siefen, Fließgewässer) der Verbundflächen wurden nur insoweit in die Festlegung der BSN übernommen, wie dies dem Maßstab des Regionalplans (in der Regel eine Breite > 100 m) entspricht. Maßnahmen zur Sicherung und Entwicklung örtlicher Biotopverbundfunktionen sind Gegenstand nachfolgender Planungsebenen.</p> <p>Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.</p> <p>Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand</p>

2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Regionalplan Köln trifft in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan in Grundsatz 23 „Regionalbedeutsame Freiraumfunktionen durch Kompensationsmaßnahmen stärken“ unter Punkt 2 der Erläuterungen folgende Regelungen: „Fachplanungen sowie die kommunale Bauleitplanung sollen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen unter Beachtung der rechtlichen Rahmenbedingungen und des funktionellen Bezugs räumlich konzentrieren und möglichst für die Entwicklung regionalbedeutsamer Freiraumfunktionen bündeln. Hierbei können auch örtliche fachübergreifende Konzepte herangezogen werden. Die Kompensationsmaßnahmen können so, je nach Kompensationserfordernis, z. B. zur Stärkung des regionalen Biotopverbunds (vgl. Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) gemäß (Z. 19)), zur Verbesserung der klimatischen Funktion von Regionalen Grünzügen (RG) (vgl. (Z. 18)), zur Unterstützung der Trinkwasservorsorge (vgl. Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) gemäß (Z. 26)) oder zur Optimierung der ökologischen Potentiale von regionalbedeutsamen Fließgewässersystemen (vgl. Überschwemmungsbereiche (ÜB) gemäß (Z. 27) oder BSN) beitragen. Eine weitere Konkretisierung ist auf Grund der generellen Regelungstiefe auf regionalplanerischer Ebene nicht möglich und erfolgt auf der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene.

Auf Grundsatz 29 "Schutzwürdige Verbundflächen außerhalb von BSN berücksichtigen" des Planentwurfs, der der Sicherung schutzwürdiger Biotopverbundflächen außerhalb des Vorranggebietes BSN dient, wird verwiesen. In diesem heißt es, dass für den Biotopverbund bedeutsame Flächen auch außerhalb der BSN im Freiraum und im Siedlungsraum gesichert und entwickelt werden sollen. Eine Vernetzung dieser Flächen mit den BSN soll angestrebt werden.

AZ: Ö-O-2-136	
1027433	
1032782_001	
<p>Inhalt</p> <p>Offenlegung der Regionalplanentwurfs 2024 - neue Festlegungen zum Gebiet 127 (Flächen entlang der BAB 4)</p> <p>...</p> <p>mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden. Im Nachfolgend legen wir unsere Gründe dar:</p> <p>1.</p> <p>Nachhaltigkeit</p> <p>In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch) Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)</p> <p>2.</p> <p>Glaubwürdigkeit der Politiker</p> <p>Die politische Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker sollte nicht in Frage gestellt werden, indem der gültige (in 2019 verabschiedete) FNP ignoriert wird. Die Fläche wird dort als Waldfläche ausgewiesen. Damals hat die Stadt in sehr langen Verhandlungen mit allen Bürgerinitiativen - stellvertretend für die Bürger Bergisch Gladbachs - einen guten Kompromiss</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

geschlossen. Kommune und Regionalrat nehmen jetzt anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

3.

Naturschutz:

Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt bei einer Umwidmung der Fläche jedoch keinesfalls. Im Gegenteil wird die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe Punkt 1) ignoriert.

Weiterhin wird die am 18. August 2024 in Kraft getretenen „EU Natur-Wiederherstellungs- Verordnung“ ignoriert. Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiterwachsen. Außerdem werden Schutzgebiete, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind, verkleinert oder gar vernichtet.

4.

Freiraumfunktion:

Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird offenbar unterschätzt. Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn, ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath, was gerade bei immer heißer werdenden Sommern sehr wichtig ist. Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“, der von unzähligen Bürgern genutzt wird.

5.

Lärm- und Verkehrsbelastung:

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide/Frankenforst bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen. Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Höchstgrenzen. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte weit überschreiten. Hinzu kommt, dass in Vergangenheit die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen haben. Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

6.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-HaItatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen. Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) muss deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz

Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

somit nicht um die Verteilung regionaler Flächenbedarfe gem. der Region+-Prozesse und nicht um die Verteilung von GIB Bedarfen).

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. Stellungnahme, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

AZ: Ö-O-2-137	
1027525	
1032878_001	
<p>Inhalt</p> <p>mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) bin ich nicht einverstanden. Im Nachfolgenden meine Gründe:</p> <p>1. Nachhaltigkeit</p> <p>In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch) Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)</p> <p>2. Naturschutz:</p> <p>Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt bei einer Umwidmung der Fläche jedoch keinesfalls. Im Gegenteil wird die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe Punkt 1) ignoriert. Weiterhin wird die am 18. August 2024 in Kraft getretenen „EU-Natur-Wiederherstellungs-Verordnung“ ignoriert. Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiterwachsen. Außerdem werden Schutzgebiete, die in</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind, verkleinert oder gar vernichtet.

3. Freiraumfunktion:

Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird offenbar unterschätzt. Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn, ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath, was gerade bei immer heißer werdenden Sommern sehr wichtig ist. Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“, der von unzähligen Bürgern genutzt wird.

4. Lärm- und Verkehrsbelastung:

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide/Frankenforst bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen. Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraßeüberschreiten schon jetzt die zulässigen Höchstgrenzen. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte weit überschreiten. Hinzu kommt, dass in Vergangenheit die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen haben. Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

5. Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

6. Glaubwürdigkeit der Politiker

Die politische Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker sollte nicht in Frage gestellt werden, indem der gültige (in 2019 verabschiedete) FNP ignoriert wird. Die Fläche wird dort als Waldfläche

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

ausgewiesen. Damals hat die Stadt in sehr langen Verhandlungen mit allen Bürgerinitiativen -stellvertretend für die Bürger Bergisch Gladbachs - einen guten Kompromiss geschlossen. Kommune und Regionalrat nehmen jetzt anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können. Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) muss deshalb meiner Meinung nach unbedingt erfolgen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-138	
1027447	
1032791_001	
<p>Inhalt</p> <p>der neue Regionalplan sieht für Leverkusen eine Bebauung von bedeutenden, bisher als Grünflächen ausgewiesener Gebiete vor. Dies ist vor dem Hintergrund des Klimawandels allgemein und gerade in Leverkusen aufgrund des aktuellen Autobahnausbaus absolut unverantwortlich, weitere Flächen zu versiegeln. Es gibt in Leverkusen genug brach liegende, früher industriell genutzter Freiflächen, die für den Bau einer Feuerwehrrache genutzt werden können. Die Opferung von Landschaftsschutzgebieten ist unverantwortlich für kommende Generationen. Und auch als Mitglied von Bayer04 lehne ich die Umwandlung von Sportplätzen in Parkplätze ab. Zum einen herrscht in Deutschland sowieso Bewegungsmangel und erfahrungsgemäss (als langjähriger Geschäftsführers eines Sportvereins) führt jede "Verlagerung" von Sportstätten immer zu schrumpfenden Mitgliederzahlen und damit weniger Bewegung. Ausserdem müssen auch dafür, nicht zuletzt für die Zufahrten, aktuelle Grünflächen, hier im Stadtpark weichen und werden versiegelt. Diese Bebauung würde also nur Bayer04 helfen, aber die Öffentlichkeit schwer schädigen und Dienst somit nicht dem Gemeinwohl. Daher sind Beide Änderungen aus der Planung zu streichen.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Zu 1.)</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhanden Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID</p>

1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 2.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht

darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-O-2-14	
1026769	
1032438	
<p>Inhalt</p> <p>Meine zweite Stellungnahme bezieht sich ebenfalls auf das in der zeichnerische Festlegung A 2-7 Blatt 04 Rhein-Erft-Kreis festgelegte Gewerbegebiet in Kerpen-Süd. Wie in dem Kartenausschnitt ersichtlich, ermöglicht eine Ausweisung dieses großen Industriegebiets in Kerpen-Süd wiederum die Versiegelung von gutem Boden und Freiraum für die Kerpener BürgerInnen. Zudem wird ein hinreichender Abstand zur Wohnbebauung in Kerpen-Süd nicht gewahrt; eine hinreichende Planung und Umsetzung von schützendem Abstandsrain ist so nicht möglich. Noch dazu wurde bereits vor längerem das GIB Sindorf/Elsdorf von der Bezirksregierung genehmigt, das bisher nicht in Anspruch genommen wurde. Auch unsere anderen Industriegebiete weisen noch viele Lücken und Zwischennutzungen und somit Entwicklungspotenzial auf bestehenden, meist bereits versiegelten Flächen auf, die schon länger nicht in Anspruch genommen wurden.</p> <p>Wir leben in einer Zeit, in der zum Schutz von Klima und der äußerst bedrohten Artenvielfalt in Böden und anderen Ökosystemen sowie zur Klimaanpassung dringend weitere Versiegelungen unterbleiben und stattdessen Grünverbindungen und grüne Kleinstrukturen restauriert oder neu geschaffen werden müssen. Deshalb sind vorrangig in bestehenden Siedlungs-/Gewerbe-/Industriegebieten Lückenschluss, Wiederund Mehrfachnutzung statt Neubau sowie Entsiegelungen, wo immer möglich, notwendig, um unsere Lebensgrundlagen auch in Zukunft zu sichern. Aus diesem Grund ist die Genehmigung zurückzunehmen.</p> <p>Anhänge A-2-7 Blatt04_Rhein Erft Kreis_Planentwurf.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1004747 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-O-2-143	
1027507	
1032853_001	
<p>Inhalt</p> <p>gegen die geplante Änderung des Regionalplanes in Bezug auf die Umwidmung der Trainingsplätze von Bayer04 und das Sportgelände des SC Leverkusen in Leverkusen lege ich Einspruch ein.</p> <p>Begründung:</p> <p>Versiegelung wertvoller Flächen</p> <p>mangelndes öffentliches Interesse</p> <p>keine relevante Nutzung der Parkflächen: Pro Jahr werden die neuen Parkplätze nur an ca. 24 Heimspielterminen genutzt</p> <p>Verlust der Freizeitmöglichkeiten durch Fußball beim SC Leverkusen</p> <p>Notwendiges Ausweichen der Trainingsmöglichkeiten des SV Bayer 04, was die Schaffung eines neuen Trainingsgeländes und damit die Versiegelung weiterer Flächen notwendig macht</p> <p>Dauerhafte Umgestaltung, obwohl das Ausweichen nur temporär während des Neubaus der Stelzenautobahn notwendig ist</p> <p>Den Interessen des SV Bayer 04 zur Schaffung von VIP Parkplätzen kann durch die Einrichtung eines Parkplatzes anderswo mit Bereitstellung eines VIP Shuttles während des Bauzeitraumes ebenso Rechnung getragen werden.</p> <p>Viele Grüße</p> <p>[ANONYMISERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.</p> <p>In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.</p> <p>Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).</p>

	Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	--

AZ: Ö-O-2-144	
1027552	
1032969	
<p>Inhalt</p> <p>Ich als Landwirt, sehe natürlich den Verlust von gutem Ackerland und somit Verlust von Lebensmittel und Lebensqualität. Ich kann überhaupt nicht verstehen, warum ein Gewerbegebiet in die Nähe von Bebauung angesiedelt wird. Es gibt hier noch Eulen, die bestimmt abwandern werden, wenn es hier zu laut wird.</p> <p>Und wenn es doch der Industrie in Deutschland so schlecht geht, wer soll sich dann da ansiedeln vom Fachkräftemangel mal ganz abgesehen.</p> <p>Es gibt außerdem genug leerstehende Hallen in bestehenden Gewerbegebieten, die mit Umbauarbeiten sicherlich auch genutzt werden können ohne immer noch neuen Boden zu versiegeln.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-2-145	
1027576	
1033001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-146	
1027577	
1033002	
<p>Inhalt</p> <p>Es gibt eine ganze Menge leer stehende Gebäude und verwahrloste Industrieflächen. Lassen Sie den Wald endlich in Ruhe. Kümmern sie sich um eine Verdichtung und annehmbare Gestaltung der bestehenden Flächen und erhalten sie jeden Baum und jede Grünfläche.</p> <p>Die Zukunft unserer Kinder hängt davon ab, dass wir nicht immer weiter so machen, sondern grundsätzlich jetzt innovative und umweltfreundliche Lösungen suchen.</p> <p>Es ist unglaublich, dass soviel in der Politik darüber geredet wird, dass man "verstanden" habe, aber wenn man sowas sieht verliert man jeden Glauben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walдреichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-147	
1027600	
1033028_001	
Inhalt	<p>ich bitte darum, keine Ansiedlungen im Großraum Bonn zu planen, insbesondere nicht im rechtsrheinischen Bereich (Vinxel, Stieldorf, Hoholz) Die Natur leidet sehr. Der zusätzliche Verkehr belastet die Umwelt weiter; hier ist für Neuansiedlung kein Platz! Neulich (Donnerstagnachmittag vorm Feiertag) wollte ich mit dem Auto von Holzlar nach Oberpleis fahren. Kurz nach der Ortsausfahrt Gielgen eine lange Autoschlange nach Stieldorf. Google Maps empfahl, außen herum (über Niederpleis) zu fahren! Also noch mehr Verkehr! Im Osten von Deutschland stehen Wohnungen leer. Dort gilt es, eine ansprechende Infrastruktur aufzubauen und Bevölkerung anzulocken. Hier im Bonner Raum leiden wir unter Überbevölkerung! Im übrigen stimme ich der Argumentation von <i>Lebenswerte Region Bonn/Siebengebirge e.V.</i>, die Ihnen vorliegt, vollumfänglich zu!</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird Zustimmung zu der Argumentation der Stellungnahme ID 1033120 bekundet. Diesbezüglich wird auf die Ausgleichsvorschläge ID 1033120_001 bis ID 1033120_004 verwiesen.</p> <p>Darüber hinaus werden Hinweise für die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen gegeben bzw. Hinweise, die über den Regelungsinhalt des Regionalplans Köln hinausgehen.</p> <p>Generell gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-2-148	
1027605	
1033033_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>als benachbarte Bürgerin von Lustheide möchte ich auf diesem Wege mich ausdrücklich für den Erhalt des Lustheider Waldes in seiner jetzigen Grösse aussprechen. Er ist als Klimaschutz von essentieller Bedeutung, darüberhinaus als Naherholungsgebiet wichtig und in seiner Gesamtheit gesundheitsförderlich.</p> <p>Mit freundlichen Grüssen,</p> <p>[ANONYSIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen eine Waldinanspruchnahme vorgebracht. Der Regionaplan sichert durch Textliche und Zeichnerische Festlegungen Waldbereiche und schützt diese vor Inanspruchnahme.</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-2-156	
1027451	
1032796_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) bin ich nicht einverstanden.</p> <p>Im Nachfolgenden meine Gründe:</p> <p>1. Nachhaltigkeit</p> <p>In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch) Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)</p> <p>1. Naturschutz:</p> <p>Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt bei einer Umwidmung der Fläche jedoch keinesfalls. Im Gegenteil wird die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe Punkt 1) ignoriert. Weiterhin wird die am 18. August 2024 in Kraft getretenen „EU Natur-Wiederherstellungs-Verordnung“ ignoriert. Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

danach weiterwachsen. Außerdem werden Schutzgebiete, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind, verkleinert oder gar vernichtet.

1. Freiraumfunktion:

Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird offenbar unterschätzt. Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn, ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath, was gerade bei immer heißer werdenden Sommern sehr wichtig ist. Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“, der von unzähligen Bürgern genutzt wird.

1. Lärm- und Verkehrsbelastung:

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide/Frankenforst bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen. Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Höchstgrenzen. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte weit überschreiten. Hinzu kommt, dass in Vergangenheit die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen haben. Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

1. Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

1. Glaubwürdigkeit der Politiker

Die politische Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker sollte nicht in Frage gestellt werden, indem der gültige (in 2019 verabschiedete) FNP ignoriert wird. Die Fläche wird dort als Waldfläche ausgewiesen.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Damals hat die Stadt in sehr langen Verhandlungen mit allen Bürgerinitiativen - stellvertretend für die Bürger Bergisch Gladbachs - einen guten Kompromiss geschlossen. Kommune und Regionalrat nehmen jetzt anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) muss deshalb meiner Meinung nach unbedingt erfolgen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Inhalt

Stellungnahme bzgl. der Stadt Bedburg: Neuaufstellung Regionalplan Köln – Zweiter Planentwurf 2024

Die Planung des Regionalplans Köln, insbesondere die vorgesehenen Gewerbe- und Industriegebiete in der Region, wirft bedeutsame Fragen im Hinblick auf eine nachhaltige und regionsspezifische Entwicklung auf. Während die Schaffung neuer wirtschaftlicher Flächen grundsätzlich das Potenzial zur Förderung von Wachstum und Arbeitsplätzen besitzt, zeigt sich im konkreten Fall der Region um die rekultivierten Tagebauflächen und ländlichen Gebiete ein Bedarf an einer besser abgestimmten Herangehensweise. Die geplanten Gewerbegebiete sollten nicht durch eine starre Siedlungsorientierung, sondern durch flexible und auf die Besonderheiten der Region angepasste Planung geprägt sein, um einerseits wirtschaftliche Attraktivität zu gewährleisten und andererseits Belastungen für die Anwohner zu reduzieren.

In Kirchherten und anderen betroffenen Gemeinden wird eine direkte Anbindung von Gewerbeflächen an bestehende Siedlungsbereiche kritisch gesehen. Durch die unmittelbare Nähe zur Wohnbebauung drohen erhebliche Belastungen durch zusätzlichen Verkehr und Emissionen, die die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen könnten. Zudem zeigt das Beispiel Kirchherten, dass die bestehende Verkehrsinfrastruktur – wie die L 277 und L 279, die bei Sperrungen der A 61 als Umgehungen genutzt werden – bereits stark beansprucht ist und durch eine neue Erschließung weiter überlastet werden könnte. Ein Siedlungsanschluss erscheint in diesem Kontext problematisch und wenig zielführend, zumal bestehende Konflikte durch landwirtschaftlich genutzte Flächen und deren potenzielle Nachbarschaftsprobleme noch verschärft werden könnten.

Eine alternative Herangehensweise wäre die Fokussierung auf interkommunale Gewerbe- und Industriegebiete an verkehrsgünstigen Knotenpunkten, wie dem Autobahndreieck Jackerath. Die Verlagerung solcher Gebiete in die Nähe großer Verkehrsinfrastrukturen bietet Vorteile hinsichtlich der besseren Anbindung und reduziert potenzielle Belastungen für bestehende Wohngebiete. Diese Planung könnte durch ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren für Kooperationsflächen unterstützt werden, das den Anforderungen einer modernen, flexiblen Strukturpolitik entspricht und gleichzeitig ökologisch verträgliche Lösungen ermöglicht.

Durch eine Überarbeitung des Regionalplans könnten spezifische regionale

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben (u.a. die unmittelbare Anbindung neuer GIB an vorhandene Siedlungsbereiche gemäß Ziel 6.3-3 LEP NRW) und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

In der Regionalplanung erfolgt die ebenenspezifische Umsetzung des § 50 BImSchG im Hinblick auf das dort normierte Abstandgebotes nach Artikel 13 der Seveso III Richtlinie durch räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen in ebenenspezifischen Raumnutzungskategorien wie Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Dabei gleicht die Regionalplanung die regelmäßig großräumigen Konflikte aus. Die kleinräumigen Nutzungskonflikte dagegen verweist die Regionalplanung auf die nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebenen, da diese unter vorausschauender Betrachtung

Bedürfnisse und die besonderen Herausforderungen der rekultivierten Tagebauflächen berücksichtigt werden. Eine nachhaltige Entwicklung der Region setzt eine durchdachte und flexible Planung voraus, die ökologische, ökonomische und soziale Gesichtspunkte gleichermaßen integriert und so die langfristige Attraktivität und Lebensqualität im Planungsgebiet gewährleistet.

dort sachgerecht gelöst werden können.

AZ: Ö-O-2-178	
1027628	
1033066_001	
<p>Inhalt</p> <p>Vor einigen Monaten wurde uns bei einem Telefonat zwischen [ANONYMISIERT] und einer Mitarbeiterin von dieser bestätigt, dass auf Grund der jahrzehnte langen Pferdehaltung in unserer Reit- und Stallanlage sowie den dazugehörigen Wiesen in unserem gesamten Bereich in [ANONYMISIERT] (Gebäude- und Frei- bzw. Wiesenflächen) keinerlei Eingaben oder Antrag bezüglich des neuen Regionalplans gestellt werden müsse. Auf Grund dieser bereits jahrzehnten langeng ausgeführten Nutzung zur Pferdehaltung bestünde hier Bestandschutz. (Sollte trotzdem ein förmlicher Antrag oder Eingabe formell nötig werden, dient diese Stellungnahme von uns diesem Zweck).</p> <p>Der ordnung halber verweisen wir hiermit nochmals auf entsprechende, unveränderte Aufnahme dieser nutzung in dem neu zu erstellenden Regionalplan.</p> <p>Eine entsprechende Stellungnahme unsererseits wurde auch für den neuen Landschaftsplan für dieses Gebiet abgegeben.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Informationen und Hinweise zum Verfahrensablauf sowie zu nachgeordneten Planungen gegeben und darüber hinaus werden Bedenken noch Anregungen geäußert.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird auf die Erläuterungen zu StnID 1008686 aus der 1. Offenlage verwiesen.</p>

AZ: Ö-O-2-179	
1027639	
1033109_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4 in Bergisch Gladbach) von der Zielnutzung "Waldfläche zum Schutz der Natur" in einen "allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sind wir nicht einverstanden.</p> <p>Mit dem Slogan "Wohnen im Grünen" haben wir vor Jahren ein Haus in Refrath gekauft. Bereits vor über 10 Jahren haben wir gegen eine geplante Änderung des Flächennutzungsplans demonstriert und das mit Erfolg. Leider wurde diesmal nur eine 4-wöchige Frist eingeräumt, um Bedenken und Einwände zu äußern.</p> <p>Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang der Straßen Lustheide, in den Auen, Neufeldweg und Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte, zusätzlich hat der Fluglärm stark zugenommen. Der Wald ist eine Pufferzone und Feinstaubfilterzone zur Autobahn. Es ist uns unverständlich, warum man Schutzzonen abbauen will, wo bleibt die Verantwortung gegenüber dem Bürger. Wie bereits oftmals erwähnt, was ist mit dem Gelände der Firma Zanders? Sollte man nicht erst vorhandene, nicht genutzte Fläche für einen allgemeinen Siedlungsbereich nutzen, bevor man Waldgebiete rodet?</p> <p>Ich hoffe auf eine Entscheidung zum Wohl der Anwohner in Refrath.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-180	
1027643	
1033110	
<p>Inhalt</p> <p>Bitte nicht. Lassen Sie uns den schönen Wald. Es wäre ein Unding, wenn noch mehr Wald zerstört werden würde!!!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden allgemeine Bedenken gegen eine Waldinanspruchnahme vorgebracht. Der Regionaplan sichert durch Textliche und Zeichnerische Festlegung Waldbereiche und schützt diese vor Inanspruchnahme..</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-2-181	
1027644	
1033111	
Inhalt	<p>Hallo, ich Lehen diesen Entwurf ab, der Entwurf die Lebensqualität nördlich der Autobahn massiv senkt durch den natürlichen Lärmschutz des Waldes zur Autobahn und zum Fluglärm.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-182	
1027649	
1033113	
Inhalt	<p>Ich bitte die Natur und den wichtigen Lebensraum der Tiere zu schützen und von einer weiteren Industrialisierung (hier durch einen Gewerbepark) anzusehen. Die Büme / der Wald steht traditionell für FRankenforst. Nicht zuletzt daher haben wir uns für diesen Wohnsitz als Familie ausgesprochen.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-183	
1027731	
1033216	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.</p>

AZ: Ö-O-2-184	
1027739	
1033231_001	
<p>Inhalt</p> <p>Als Anwohner in Königswinter, OT Rauschendorf, verfolge ich seit einiger Zeit die Entwicklungen zum Regionalplan, speziell für den Bereich Vinxel und Stieldorf. Dabei leistet der Verein Lebenswerte Region Bonn-Siebengebirge e.V. gute Informationsarbeit. Ich möchte nicht auf spezielle Änderungen im Regionalplan eingehen, sondern das grundsätzliche Problem in den Fokus rücken. Die laufende Klimakonferenz COP29 in Baku führt uns Menschen wieder mal vor Augen, dass sich was ändern muss! Aber irgendwie scheint die Politik in ihren alten Mustern gefangen zu sein. Wie kann es sein, dass immer noch Flächen für Gewerbeflächen oder Neubaugebiete verbraucht werden? Wald und Acker werden für Straßen geopfert und der Individualverkehr wird nicht gebremst. Das ist der falsche Weg. Bei mir in der Umgebung gibt es einige Grundstücke im Dorf, die ungenutzt brach liegen. Einige Häuser sind nur noch ungenutzte Ruinen und Häuser sind unbewohnt, weil die älteren Eigentümer diese Immobilien nicht mehr nutzen. Oder auch Industrie-/Gewerbebrache verfallen ungenutzt. Jeder kann sein Haus, Gebäude oder Grundstück natürlich nutzen, wie er will. Aber dort sollte die Energie der Baubehörden und Katasterämter eingebracht werden und Hilfe bei Sanierung und Umbau in Mehrfamilienhäuser anbieten. Und nicht mal schnell ein paar Hektar für die Reihenhaussiedlung und den neuen Supermarkt planieren und an einen Investor vergeben. Vergrößern Sie nicht die Flächen der Ortschaften, sondern fokussieren Sie die Verdichtung auf den vorhandenen Flächen innerhalb der Ortschaften. Bewahren Sie alle möglichen Flächen für den Umweltschutz, um eine andere Richtung für die Zukunft einzuleiten, sonst schaffen wir die Klimawende nicht. Wir brauchen nicht mehr Wohnfläche, mehr Gewerbe, mehr Handel, mehr Industrie, mehr Straßen sondern weniger!!!</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplan seine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-2-20	
1027025	
1032622	
<p>Inhalt</p> <p>Der Luftsportclub Bayer Leverkusen strebt eine Verlängerung seiner Start- und Landebahn nach Süden an (siehe angehängte Skizze inkl. Ausschnitt A-2-10 Blatt 05 des Planentwurfes). Ziel dieser Erweiterung ist es einerseits mehr Sicherheit bei Anflügen aus Norden und Abflügen nach Norden zu erreichen, wo die Bebauung in den letzten Jahren näher an den Flugplatz herangerückt ist. Zusätzlich soll dadurch die Startstrecke für Windenstarts im Segelflug verlängert werden, wodurch die Ausbildung der meist jugendlichen Segelflugschüler verkürzt werden kann und weniger Flugzeugschlepps notwendig sind. Beide Ziele führen auch zu einer Lärmreduktion über bebautem Gebiet.</p> <p>Die notwendige Fläche gehört der Stadt Köln. Der Eigentümer der heutigen Flugplatzfläche, die Bayer Real Estate, ist bereit das notwendige Grundstück gegen ein anderes für die Stadt Köln attraktive Grundstück zu tauschen, so dass der Erweiterungsbereich dann zusammen mit der heutigen Flugplatzfläche eine Einheit bildet.</p> <p>Die Fläche würde von landwirtschaftlicher genutzter Fläche in einen Sport- und Freizeitbereich (ohne Bebauung etc.) umgewandelt werden. Ökologisch wäre das eine Aufwertung der Fläche, weil die Fläche in eine Graslandschaft umgewandelt würde, auf der keine Pflanzenschutzmittel o.ä. mehr ausgebracht würden.</p> <p>Anhänge Suederweiterunf Flugplatz Kurtekotten.pdf</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Festlegung von Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Nachdem der Kalkberg als Landesplatz für die Luftrettung ausgeschieden ist, muss ein neuer Standort gesucht werden. Der jetzige Standort am Flughafen Köln/Bonn ist nur eine vorübergehende Lösung. Der Flugplatz Kurtekotten ist eine von mehreren Optionen als Standort für den Kölner Rettungshubschrauber. Um entgegenstehende Nutzungen zu unterbinden soll eine entsprechende Ausweisung des Flugplatzes Kurtekotten im Regionalplan Köln erfolgen.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Es wird auf Maßnahmen in nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen verwiesen. Gemäß Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO) handelt sich um einen Sonderlandeplatz.</p>

AZ: Ö-O-2-22	
1027376	
1032703_001	
<p>Inhalt</p> <p>Wir bitten wieder den Zustand von dem vorherigen Planentwurf zum neuen Regionalplan wieder herzustellen. Dort war innerhalb der roten Markierung keine Landschafts- und Naturschutzräume sowie keine Überschwemmungsgebiete vorgesehen.</p> <p>Da dort innerhalb der roten Markierung unsere landwirtschaftlichen Flächen liegen. Bitte legen sie die Grenzen für die oben angesprochenenen Räume hinter den schon vorhanden Hochwasserschutzdamm (der vor Überschwemmung unserer Flächen schützen soll). Dieser Damm ist in der Zeichnung grün markiert.</p> <p>Es handelt sich bei den Flächen um Flur [ANONYMISIERT] mit den Flurstücken [ANONYMISIERT].</p> <p>[ANLAGE]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1008270 1. Offenlage). Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Inhalt

Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) bin ich nicht einverstanden. Im Nachfolgenden meine Gründe:

1. Nachhaltigkeit In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierungdesflaechenverbrauch>) Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22)

2. Naturschutz: Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt bei einer Umwidmung der Fläche jedoch keinesfalls. Im Gegenteil wird die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe Punkt 1) ignoriert. Weiterhin wird die am 18. August 2024 in Kraft getretenen „EU Natur-Wiederherstellungsverordnung“ ignoriert. Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiterwachsen. Außerdem werden Schutzgebiete, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind, verkleinert oder gar vernichtet.

3. Freiraumfunktion: Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

Buchen- und Eichenbestand wird offenbar unterschätzt. Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn, ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath, was gerade bei immer heißer werdenden Sommern sehr wichtig ist. Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“, der von unzähligen Bürgern genutzt wird.

4. Lärm- und Verkehrsbelastung: Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide/Frankenforst bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen. Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Höchstgrenzen. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydemission das Zumutbare und Erlaubte weit überschreiten. Hinzu kommt, dass in Vergangenheit die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen haben. Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

5. Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach: Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

6. Glaubwürdigkeit der Politiker Die politische Glaubwürdigkeit der verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker sollte nicht in Frage gestellt werden, indem der gültige (in 2019 verabschiedete) FNP ignoriert wird. Die Fläche wird dort als Waldfläche ausgewiesen. Damals hat die Stadt in sehr langen Verhandlungen mit allen Bürgerinitiativen -stellvertretend für die Bürger Bergisch Gladbachs - einen guten Kompromiss geschlossen. Kommune und Regionalrat nehmen jetzt anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können. Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) muss deshalb meiner Meinung nach unbedingt erfolgen.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-226

1027456

1032800_001

Inhalt

Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen entlang der BAB 4) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ (ASB) sind wir nicht einverstanden.

„In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von heute rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. „Diese Zielerreichung“, so ist auf den Seiten des BMUV zu lesen – „kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“ (Quelle: <https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-desflaechenverbrauch>) Gerade im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die einer Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31.08.21 existierende Waldflächen so beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (z.B. die ASB-Flächen entlang der BAB 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf von 25.01.22) Eine Erschließung der Flächen an der BAB 4 ist aus folgenden weiteren Gründen nicht tragbar:

Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker:

- Ignorieren des gültigen FNP: Der 2019 und bis 2035 verabschiedete FNP der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im FNP als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) umwidmen zu können.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

Naturschutz: Der Regionalplan -als forstlicher Rahmenplan- hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).

- Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU Natur-Wiederherstellungsverordnung: Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiter wachsen. Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Lärm- und Verkehrsbelastung: Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxydmission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.

- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen Verkehr auf der BAB 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen. Die Straße Lustheide (L136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.

- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen 6-streifigen Ausbau der BAB 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des FFH Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, d.h. die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen, jetzt will man Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Bundesautobahn nehmen?

Freiraumfunktion: Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.

- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstgerichtlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areal, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als ASB ...“. Somit hat die Stadt hier 18ha weitere ASB-Flächen ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen. Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als RGZ und/oder BSN statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnung schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verfügt die Stadt Bergisch Gladbach noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Zudem gilt, dass die Zeichnerischen Festlegungen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt, entsprechen. Der Regionalplan sichert durch die Festlegung von Siedlungsraum Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Dabei sind siedlungszugehörige Freiflächen, wie z. B. Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie schutzwürdige Bereiche, die unterhalb der regionalplanerische Darstellungsfähigkeit (ab einer Größenordnung von 10 ha) bzw. unterhalb der Maßstäblichkeit des Regionalplans (z. B. nicht darstellbare schmale Korridore, Freirauminselfen sowie „linienhafte“ Flächen) liegen, in die Festlegung des Siedlungsraums integriert. Solche kleinteiligen Nutzungen und Funktionen sind Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

AZ: Ö-O-2-227	
1027470	
1032810	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme Regionalplan der Initiative KölnNord</p> <p>Der Siedlungsraum Köln-Merkenich und dessen unmittelbares Umland weisen eine signifikante Ungleichverteilung der Landnutzungsaktivitäten auf, was sowohl die Siedlungsentwicklung als auch die bestehenden Umweltbedingungen in hohem Maße beeinträchtigt.</p> <p>Ausgangslage und Handlungsbedarf:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Dominanz der Industriegebiete und Mangel an Erholungsflächen: Die Region ist stark durch ausgedehnte Industriegebiete geprägt, wobei ausreichende Naherholungs- und klimagerechte Ausgleichsflächen fehlen. Diese Gegebenheiten beeinträchtigen das lokale Mikroklima sowie die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner. 2. Hohe Flächenversiegelung durch Industrieanlagen: Die großflächige Versiegelung durch industrielle Anlagen führt zu ökologischen Belastungen und stellt eine Barriere für eine klimaresiliente Stadtentwicklung dar. 3. Funktion von Grünflächen: Siedlungsräume wie Köln-Langel, Köln-Fühlingen und Köln-Rheinkassel werden bisher als Erholungs- und Ausgleichsflächen für Industriegebiete ausgewiesen, obwohl sie ebenfalls Siedlungsräume sind. Für eine nachhaltige Stadtentwicklung sollten neue, explizit klimagerechte Ausgleichsflächen geschaffen und die Anbindung dieser Grünbereiche an bestehende Naherholungsgebiete, wie beispielsweise den Kölner Grüngürtel, verstärkt werden, um zugleich die Luftqualität zu verbessern. 4. Unvereinbarkeit von Wohnen und Industrienähe: Die räumliche Nähe der Wohngebiete zu industriellen Anlagen, wie beispielsweise in Köln-Merkenich, bringt erhebliche Umweltbelastungen für die Wohnbevölkerung mit sich. Besonders hervorzuheben ist hier das Areal des Heizkraftwerks Köln-Merkenich, dessen unmittelbare Nähe zur Wohnbebauung Maßnahmen zur Entlastung und Abmilderung der Umweltbelastungen notwendig macht, auch über die Abschaltung des Braunkohleblocks hinaus. 5. Mangel an Erholungsflächen und Gesundheitsbelastung: Der hohe Anteil an Industrieanlagen im Vergleich zur geringen Anzahl an Erholungsflächen beeinträchtigt die Lebens- und Gesundheitsqualität der ansässigen Bevölkerung erheblich. Eine ausgewogenere Verteilung von Grün- und Erholungsflächen ist für eine Verbesserung 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

der Lebensqualität dringend erforderlich.

6. Fehlende Anbindung von Köln-Merkenich an die städtische Infrastruktur: Der Ortsteil Köln-Merkenich weist derzeit keine angemessene Anbindung an die vorhandene Siedlungsstruktur der Stadt Köln auf und befindet sich in einer isolierten Lage. Eine Integration dieses Gebietes in die städtische Struktur sollte vorrangig durch klimagerechte Ausgleichsflächen erfolgen, um gleichzeitig die interkommunale Vernetzung zu fördern. Eine Umstrukturierung und klimagerechte Gestaltung des Industrieparks Köln-Nord ist hierbei notwendig, um den durch Industrie und die Autobahn A1 verursachten Lärm- und Schadstoffbelastungen entgegenzuwirken.

7. Verbesserung der Radinfrastruktur: Die bestehende Radwegverbindung durch den Industriepark Köln-Nord ist unzureichend und weist erhebliche Qualitätsmängel auf. Ein Ausbau dieser Strecke ist notwendig, da es sich um eine bedeutende internationale Radroute (Erlebnisweg Rheinschiene) handelt.

8. Umnutzung industrieller Flächen für Solarenergie: Eine Umgestaltung bestimmter Industrieflächen zu Solarparks könnte die Emissionen der Industrieanlagen sowie den durch den hohen LKW-Verkehr verursachten Schadstoffausstoß erheblich reduzieren. Diese Maßnahmen bieten das Potenzial, den Energiebedarf nachhaltig zu decken und die Umweltbelastungen durch die Industrie zu verringern.

Zusammenfassend erfordert die Region Köln-Merkenich eine umfassende und klimagerechte Umgestaltung, um sowohl die Lebensqualität der Anwohnerinnen und Anwohner zu verbessern als auch eine nachhaltige Stadtentwicklung zu ermöglichen.

Anhänge

[Stellungnahme Regionalplan.docx](#)

AZ: Ö-O-2-229

1027557

1033047_001

Inhalt

mit Unverständnis reagiere ich auf die kurzfristige Änderung des neuen Regionalplans Köln. Der Wald an der Brüderstraße bis Frankenforst und sogar weiter bis zur Auffahrt Refrath soll laut Regionalrat SPD, FDP und CDU durch eine Änderung im Regionalplan nicht mehr Ausgleichsfläche zur Bebauung sein. In Zeiten des fortschreitenden Klimawandels und des anhaltenden Waldsterbens ist diese Massnahme umso unverständlicher. Es ist bekannt wie positiv sich Waldflächen als Filter für Staub und Lärm sowie als Wasserspeicher und Sauerstoff Lieferant auf das Klima auswirken. Während man sich von Deutschland aus gern für den Erhalt des Waldes in anderen Ländern (z. B Regenwald in Brasilien) einsetzt, scheint der Erhalt des eigenen Waldes innerhalb von Deutschland offensichtlich kein Thema zu sein. Dies steht absolut im Widerspruch zwischen den von den Parteien ständig abgegebenen Statements zum Klima (Kollaps) und deren praktische Umsetzung zur Lösung des Problems. Statt mit und für den Bürger, wird einfach über deren Köpfe hinweg entschieden , bestehende Verträge werden kurzfristig geändert. Offensichtlich stehen hier andere Interessen im Vordergrund. Das schafft alles andere als Vertrauen in die Politik und zeugt eher von Doppelmoral der Verantwortlichen. Refrath braucht den benannten Waldstreifen als Pufferzone gegen Lärm und Staub und zur CO2 Senkung gegenüber der angrenzenden Autobahn A4 sowie zum Erhalt des Lebensraums der dort ansässigen Tierwelt und als Erholungsgebiet für die Bürger. Dem Klimaschutz sollten auch bei uns Taten folgen. Taten, bei denen die Bürger von der Politik mitgenommen und ihre Interessen auch berücksichtigt werden. Der Waldstreifen muss erhalten bleiben!

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch

Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Vorgaben des Bodenschutzes sind ebenfalls entsprechend der landesplanerischen und fachrechtlichen Vorgaben umgesetzt. Sie beziehen sich auf den Freiraum. Die Berücksichtigung des Bodenschutzes in dem i.d.R. als Vorranggebiet definierten Siedlungsraum erfolgt im Rahmen nachfolgender Planungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-230	
1027563	
1032986_001	
Inhalt	<p>es ist politisch untragbar, dass vor dem Hintergrund der Klimaerwärmung SPD, CDU und FDP eine so große Waldfläche von mehreren Hektar roden lassen wollen. Jedem Bürger sollte klar sein, diese Parteien sind untragbar und damit nicht wählbar. Es werden immer mehr Flächen verantwortungslos versiegelt. Es geht um die Erhaltung der Natur für unsere Kinder.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-235	
1027654	
1033118_001	
Inhalt	<p>Mein Mann und ich sind als Bewohner von Satzvey gegen eine Festlegung eines Siedlungsschwerpunktes. Der Ort war am 14.07.2021 von der Flutkatastrophe extrem betroffen. Eine weitere Flächenversiegelung erhöht enorm das Risiko von weiteren Überschwemmungen. Der Hochwasserschutz wurde von der Politik nach der Flut immer wieder betont. Man arbeitet an Lösungen. Mit dem Bau von hunderten von Häusern kann wohl nicht die Lösung sein. Die engen Straßen sind jetzt schon überlastet. U. a. durch den Fernlastverkehr (unzählige pro Tag 38 t LKW). Satzvey liegt direkt am Naturschutzgebiet. Der Erhalt ist extrem wichtig.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Inhalt

mit Schrecken habe ich vernommen, dass das Thema "Bebauungsplan Lustheide" wieder aufgenommen wurde und möchte mich hiermit ganz klar gegen das Vorgehen aussprechen. Das der Wirtschaftsstandort Refrath für die Industrie weiter ausgebaut werden soll, ist nachvollziehbar. Das dies zu Lasten des Erholungsstandort Refrath zu machen, ist jedoch keine Option. Dieser Plan bringt erhebliche ökologische und soziale Nachteile mit sich und ist in meinen Augen weder nachhaltig noch zukunftsorientiert.

1. Erhalt der Biodiversität und Klimaschutz

Der Wald zwischen Lustheide und Frankenforst ist ein wertvoller Lebensraum für eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten. Eine Abholzung hätte gravierende Folgen für die Biodiversität in unserer Region. Gerade in Zeiten des Klimawandels müssen wir alles daransetzen, bestehende Waldflächen zu schützen. Wälder binden Kohlendioxid, regulieren das lokale Klima und tragen damit entscheidend zum Klimaschutz bei. Eine Vernichtung dieser Fläche bedeutet nicht nur den Verlust von Biodiversität, sondern auch den Verlust einer natürlichen Klimaschutzmaßnahme, die durch kein Gewerbegebiet ersetzt werden kann.

2. Luftqualität und Naherholungsraum

Wälder wirken wie natürliche Filter, die die Luft reinigen und Schadstoffe binden. Besonders in urbanen oder suburbanen Gebieten wie unserem ist dies entscheidend für die Gesundheit der Anwohner. Der Wald zwischen Lustheide und Frankenforst dient vielen Menschen zudem als Erholungsgebiet, das leicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichbar ist. Es bietet eine Auszeit vom Alltag und ist für viele Familien, ältere Menschen und Sporttreibende ein wichtiger Bestandteil ihres Lebensraums. Die Abholzung würde also die Lebensqualität vieler Menschen erheblich beeinträchtigen.

3. Alternativen zu neuen Gewerbeflächen

Die Schaffung von Gewerbeflächen ist grundsätzlich verständlich, sollte aber nicht auf Kosten wertvoller Naturräume erfolgen. Es gibt in der Region bereits bestehende Industrie- und Gewerbegebiete mit freien Kapazitäten. Die Regierung sollte vorrangig prüfen, wie sich diese Flächen optimieren oder durch kluge Umnutzungen aufwerten lassen, bevor sie wertvolle Natur zerstört. Nachhaltige Stadtplanung bedeutet, vorhandene Flächen effizient zu nutzen, anstatt immer neue Flächen zu erschließen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

4. Langfristige und überregionale Verantwortung

Der Schutz unserer Wälder geht über die Belange einzelner Kommunen hinaus und hat Auswirkungen auf kommende Generationen. Wenn wir heute wertvolle Grünflächen zerstören, vergrößern wir die Herausforderungen für zukünftige Generationen. Wir tragen eine Verantwortung, die über kurzfristige wirtschaftliche Interessen hinausgeht. Gerade eine Gemeinde wie unsere, die sich als naturverbunden und umweltbewusst versteht, sollte sich gegen Projekte stellen, die so offensichtlich gegen den Umweltschutz und die Klimaziele verstoßen.

5. Schutzwall Autobahn

Die angrenzende Autobahn bringt für den Wirtschaftsraum Refrath nicht nur Vorteile. Der Geräuschpegel kann für junge Familien schon erhebliche negative Auswirkungen haben. Trotz des Waldes, schallt der Lärm immer wieder ins Wohngebiet. Nicht auszudenken ist es, wenn der Wald nicht mehr als Schallmauer dienen kann - durch Gewerbelärm sogar noch verstärkt wird.

Zusammenfassend bin ich der Überzeugung, dass die Abholzung dieses Waldes weder im Interesse der Umwelt noch der Bevölkerung ist. Die Errichtung eines Gewerbegebiets an dieser Stelle wäre ein folgenschwerer Fehler, der nicht nur die Natur zerstören, sondern auch die Lebensqualität der Bürger nachhaltig beeinträchtigen würde. Ich fordere die Regierung daher auf, den Plan zu überdenken und nachhaltige, naturfreundliche Alternativen zu prüfen.

Schützen wir den Wald – für die Natur, für uns und für kommende Generationen.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-237	
1027680	
1033147_001	
Inhalt	<p>Hiermit möchte ich der Planung widersprechen, eine geplante Bebauung ist ein massiver Einschnitt in die Lebensqualität der Anwohner und ein Eingriff in die Natur. Alternativ-Flächen im direkten Umfeld(z. B. Rath-Heumar/Neubau-Industriegebiet erweitern) sind vorhanden. Wurden weitere Flächen/Gebiete "neutral" bewertet und begutachtet; dies bezweifle ich sehr stark.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-238	
1027681	
1033151	
Inhalt	<p>Müllvermeidung wäre eine bessere Alternative. Wenn immer mehr Entsorgungsmöglichkeiten geschaffen werden heißt das nichts Anderes als dass wir genauso gedankenlos weitermachen können ohne Konsequenzen. Das hierfür ein Wald gerodet werden soll ist für unsere Nachkommen unfair. Das heißt sie müssen für unsere Fehler büßen. Bitte lasst unsere Wälder bestehen. Wir brauchen unsere Natur - unsere Natur uns nicht</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-240	
1027638	
1033159_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1010080 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-O-2-241	
1027699	
1033179	
<p>Inhalt</p> <p>Maßnahme Alfter</p> <p>Rücknahme einer ASB-Massnahme für die Zukunft erforderlich.</p> <p>Gründe</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es handelt sich um ein Grünareal an einer für die Kommune nicht unkritischen Standort • Hanglage im Vorgebirge • Nähe zu Landschaftsschutzgebiet und Überschwemmungsgebiet • Mit Überschwemmungsrinne • Nähe zu Hochwasserauffangbecken • Konterkariert Interkommunales Klimaschutzmanagement, siehe Handlungsempfehlungskarte • Notwendige Daseinsvorsorge: Erhalt für Hitzeschutz für eine Kommune, im interkommunalen Klimaschutzkonzept mit der höchsten Stufe der Hitzegefahr, ZONE I, für die Kommune ausgewiesen, Frischluftzone, befindlich im topografisch-geografischen Band des Vorgebirges • als Brachland von 3,8 ha wertvoller Biodiversitätspool, etc. <p>Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln – Aufstellungsverfahren</p> <p>Rücknahme des ASB 194_04 im Bereich Alfter Ort</p> <p>Siedlungserweiterung widerspricht dem interkommunalen Klimaschutz- und -anpassungskonzept der Gemeinde Alfter</p> <p>Es geht im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes in Alfter um eine 3,8 ha große Brachfläche und fungierende Freiluftzone in Alter - Ort mit stark strukturierten Landschaftsbereichen, die bisher als allgemeiner Siedlungsbereich (ASB) im Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplanes ausgewiesen wurde. In der 2. Neuaufstellung bleibt man bei der Beibehaltung der Maßnahmenausweisung von Bereich 31, Alfter Bahnhofstrasse /Roisdorfer Weg (ASB 194-04) festhalten.</p> <p>Vor dem Hintergrund der immer wichtiger werdenden Ressourcenschonung und Klimafolgenanpassung für die Bevölkerung vor Ort, heben sich folgende Entwicklungen ab, die für den Erhalt der Offenhaltung der Fläche sprechen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplanes eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

Die Beibehaltung einer geplanten Siedlungserweiterung im Ortsbereich Alfter, Bereich Alfter, Bahnhofstrasse / Roisdorfer Weg (ASB 194 – 04) widerspricht dem Klimaschutz- und -Anpassungskonzept der Gemeinde Alfter (<https://www.klima-rv.de/wp-content/uploads/2022/01/16-Handlungskarte-Alfter-22.pdf>)

[Abbildung]

Foto: Gemeinde Alfter, aus der Planskizze, RegPlan, Entwurf Blatt 12-13, Gemeindeentwicklungsausschuss, 11.08.2022

1. Hitzebelastung in Alfter-Ort

Der Interkommunale Klimaschutz, ein Zusammenschluss der 6 linksrheinischen Kommunen „Klimaregion Rhein-Voreifel“, weist mit seiner Klimadatenanalyse - [Klimaanpassungskarten mit Handlungsempfehlungen](#) - im Bereich des Standortes und in der Region Alfter - Ort auf eine ZONE I, erhöhte Hitzebelastung, hin. Den Kartenausschnitt zum Standort ist auf der folgenden Seite zu sehen. In Zone I, Alfter-Ort und in seinen Randgebieten, wird empfohlen offene Grünflächen zum hitzeregulativen Schutz der Bevölkerung zu erhalten. In dem Fall wird zur Verringerung der Hitzeentwicklung am Tag der Erhalt von Vegetation und die Prüfung möglicher Entsiegelung von Flächen und eine Zufuhr kühlerer Luft aus der Umgebung hingewiesen.

2. Frischluftgarantie durch Offenhaltung und Biodiversitätsschutz

Der Bereich der offenen und extensiver Nutzung schafft ein Nutzungspuffer zur intensiveren Landnutzung in Richtung Roisdorf und zum Siedlungsbereich ein Kaltluftentstehungsgebiet. Außerdem verbindet die Bandstruktur den Kottenforst mit dem Lebensraum Roisdorfer Bach und dem freien Feld. Es geht hier um Biotopverbundstrukturen und Artenschutz und Sicherung von Biodiversität durch vielgestaltige Biotopkomplexe, bestehend aus alten, teils verbuschten, teils extensiv genutzten Obstwiesen und Weiden, teilweise extensiv genutzten Weideflächen und Grünlandbrachen, Gemüseärten, Gebüsch und alten Feldgehölzen. Die reich strukturierte Landschaft muss als besonderer Lebensraum erhalten bleiben.

3. Problematisch als Baustandort

Aufgrund der topographischen Hanglage und der Nähe zu den von der Gemeinde erbauten Hochwasserauffangbecken kann aus kommunaler Sicht der Standort als allgemeiner Siedlungsbereich als nicht optimal angesehen werden.

[Abbildung]

4. Nachgewiesener Lebensraum des Gartenschläfers / Steinschmätzer

Es wurden mehrfach Gartenschläfer in dem ausgewiesenen Bereich gesichtet und dokumentiert (www.gartenschlaefer.de). Auf der weiterführenden Seite ist die Standortkarte aufgeführt. Der Gartenschläfer wurde auf die rote Liste gesetzt und ist in Deutschland eine Verantwortungsart. Falls bereits einige Gartenschläfer von

Bürgerinnen und Bürger gesehen wurden, kann davon ausgegangen werden, dass sich in den naheliegenden Grünbereichen Grünschläfer-Populationen aufhalten. Der Nachweis und weitere Informationen sind bei der Landesgeschäftsstelle des BUND NRW zu erfragen. Das Dokumentations-Gartenschläfer-Projekt gründet auf einer BUND-Kooperation mit der Justus-Liebig-Universität Gießen, Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung.

Der Steinschmätzer, der auch in der Roten Liste steht, wurde ebenfalls dokumentiert.

[Abbildung]

Foto: Gemeldetes Gartenschläfer-Vorkommen Alfter, Bahnhofstrasse;
Landesgeschäftsstelle BUND NRW

Anhänge

[Stellungnahme 2. Neuaufstellung Dr. Teimann Alfter ASB 194_04.pdf](#)

AZ: Ö-O-2-242	
1027448	
1032792	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind

die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldbereichen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-243	
1027751	
1033256_001	
Inhalt	<p>ich finde es schade zu sehen, dass wir immer mehr Flächen verbrauchen statt endlich effizienter mit den Flächen umzugehen, die wir bereits schon mal "verbraucht" haben. Es ist ein erklärtes Ziel den Flächenverbrauch zu senken (BMUV: Flächenverbrauch – Worum geht es?) - davon sehe ich hier nichts. Hoffentlich wird das in zukünftigen Planänderungen stärker berücksichtigt.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Im Übrigen formuliert der LEP NRW die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.</p> <p>Darüber hinaus wird ein neuer Grundsatz <i>Siedlungsentwicklung flächensparend umsetzen</i> festgelegt.</p> <p>Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.</p>

AZ: Ö-O-2-250	
1027757	
1033262_001	
<p>Inhalt</p> <p>Mit der Änderung des Regionalplans der Gebiete 127 (Flächen nördlich der Autobahn A4 zwischen Frankenforst und Lustheide) in Bergisch Gladbach von der Zielnutzung „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ sind wir nicht einverstanden. Nach jeder Wahl beteuern Politiker, dass sie die Anliegen der Bürger*innen nun wirklich verstanden haben. Doch diese Versprechen müssen stark angezweifelt werden, wenn man die Situation in Lustheide und Frankenforst betrachtet. Die Bürger*innen dieser Stadtteile haben sich bereits zweimal gegen die Bebauung des Gebiets 127 gewehrt. Der erste Widerstand begann 2011 und endete 2013 mit einem Kompromiss: Im Planungsausschuss vom 16. Juli 2013 wurden folgende Ergebnisse beschlossen:</p> <ul style="list-style-type: none"> · Der ursprüngliche Bebauungsplan BP-Nr. 6540 für das Gewerbegebiet ist aufgehoben. · Auch eine Änderung des Flächennutzungsplans ist aufgehoben. · Eine Erschließung kann nur über das Gelände von [ANONYMISIERTE] erfolgen. · Ankauf, Enteignung und Abriss angrenzender Wohngebäude sind „vom Tisch“. <p>Ein weiterer Versuch, das Gebiet zu bebauen, erfolgte 2018. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich erneut Widerstand. Es wurde die Petition „Rettung des sog. Frankenwaldes“ ins Leben gerufen. Diese Petition erhielt über 4.000 Unterschriften und richtete sich an den Petitionsausschuss des Landtags NRW, die Bezirksregierung Köln und den Rat der Stadt Bergisch Gladbach.</p> <p>Der 2019 verabschiedete und bis 2035 gültige Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach weist diese Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen zuvor als Gewerbeflächen vorgesehen waren. Die Politik sollte zu ihren Kompromissen der Vergangenheit stehen. Wenn diese Kompromisse immer wieder aufgekündigt werden, könnte dies das Vertrauen der Bürger*innen in die politischen Institutionen weiter untergraben. Dies schafft nicht nur Frustration und Enttäuschung, sondern bietet auch einen fruchtbaren Boden für populistische Parteien, die von der Unzufriedenheit der Bürger*innen profitieren.</p> <p>Ein weiteres Problem, das zur Politikverdrossenheit beiträgt, sind die oft sehr kurzen</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Fristen für Bürgerbeteiligungen. Eine Frist von nur vier Wochen ist für viele Bürger*innen schlichtweg zu kurz, um sich umfassend zu informieren und eine fundierte Stellungnahme abzugeben. Besonders betroffen sind Menschen aus bildungsfernen Familien, die möglicherweise nicht über die notwendigen Ressourcen oder das Wissen verfügen, um sich schnell und effektiv in komplexe politische Prozesse einzubringen. Diese kurzen Fristen erschweren es ihnen, ihre Stimme zu erheben und ihre Interessen zu vertreten, was zu einem Gefühl der Ohnmacht und des Ausschlusses führen kann. Um die Bürgerbeteiligung zu stärken und eine breitere Partizipation zu ermöglichen, sollten die Fristen verlängert und die Unterstützung für benachteiligte Gruppen verbessert werden.

Der Regionalplan, als forstlicher Rahmenplan, hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies wird hier jedoch nachweislich nicht erreicht.

- **Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes:** In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von derzeit rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Bis zum Jahr 2050 soll ein Netto-Flächenverbrauch von Null erreicht werden. Auf den Seiten des BMUV heißt es dazu: „Diese Zielerreichung kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“
- **Missachtung der EU-Natur-Wiederherstellungsverordnung:** Diese Verordnung, die am 18. August 2024 in Kraft trat, besagt, dass städtische Ökosysteme bis 2030 keinen Nettoverlust an Grünflächen und Baumüberschirmung erleiden dürfen und danach weiterwachsen sollen.
- **Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten:** Diese Gebiete liegen in der Trinkwasserschutzzone 3 und sind im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben.

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.

- **Lärm-Emissionen:** Die Lärmwerte durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang der Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg und Dolmanstraße überschreiten bereits die zulässigen Werte. Der Bau von Erschließungsstraßen und die geänderte Verkehrsführung würden die Lärm- und Stickstoffoxidemissionen weiter erhöhen.
- **Gesundheitliche Folgen von Lärmbelastung:** Direkte Auswirkungen auf das Gehör: Sehr laute Geräusche über 130 Dezibel oder anhaltende laute Geräusche können das Gehör schädigen, z.B. durch Konzerte oder Explosionen. Indirekte Auswirkungen: Lärm kann zu Stress, Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Schwerhörigkeit: Kann durch

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

- permanente Lärmbelastung entstehen, z.B. bei lauten Arbeitsumgebungen.
- **Vergangene Zunahme der Lärm-Emissionen:** Der Verkehr auf der Autobahn A4 und der Flugverkehr haben bereits zu einer starken Zunahme der Lärm-Emissionen geführt.
 - **Nadelöhr Lustheide (L136):** Diese Straße stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.

Die Bedeutung der bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.

- **Schutzzone und Feinstaubfilter:** Der Wald dient als Schutzzone und Feinstaubfilter für Emissionen von der Autobahn sowie für jegliche Lärmemissionen.
- **Kleinklimatische Funktionen:** Die Waldfläche fungiert als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.
- **Naherholungsgebiet:** Der Wald ist ein wichtiges Naherholungsgebiet für die Menschen. Er wird sehr viel von Menschen genutzt, zum Beispiel zum Gassi gehen oder für kurze Pausen. Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum FFH-Gebiet Königsforst“.

Allgemeine Siedlungsbereiche in Bergisch Gladbach:

- **Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach:** In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 fordert die Stadt Bergisch Gladbach die Umnutzung des Zanders-Areals, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB). Dadurch wurden 18 Hektar zusätzliche ASB-Flächen ausgewiesen.
- **Unverständnis über zusätzliche Umnutzung:** Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vergleichsweise kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als Regionale Grünzüge und/oder Bereiche zum Schutz der Natur statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich sollte unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-252	
1027769	
1033287_001	
Inhalt	<p>Ich fordere Sie auf, die beiden Waldflächen an der Brüderstraße und in Lustheide als Ausgleichsflächen zu erhalten, so wie die Bezirksregierung dies ursprünglich vorgesehen hat. Bei der derzeit rasant voranschreitender Erderhitzung, Bränden und Überschwemmungen sind Waldrodungen fatal. Die Natur interessiert es nicht, welche Gründe und Abwägungen wir haben. Sie ist unsere erste Lebensgrundlage! Oder wie wollen Sie Ihre Gründe den derzeitigen Flutopfern in Spanien erklären? Und auch lokal sind Ausgleichsflächen von großer klimatischer Bedeutung sowie auch unmittelbar für die Anwohner als grüner Puffer zu der Autobahn. Ich fordere Sie auf, nach anderen Lösungen und Flächen für Baugebiete zu suchen. Jeder Baum zählt!</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Inhalt

Stellungnahme zur zweiten Offenlage des Regionalplanentwurfes

Einleitend möchte ich der in der zweiten Offenlage beabsichtigten generellen Einschränkung der Einspruchsmöglichkeiten widersprechen.

Meiner Ansicht nach ist die pauschale Zulassungsbeschränkung der Einsprüche, nur auf solche mit Bezug auf die im Vergleich zur ersten Offenlage vorgenommenen Änderungen, nicht zulässig.

Es muss möglich sein, auch den Begründungen für eine Nichtberücksichtigung von Einwendungen aus der ersten Offenlage zu widersprechen.

In der vorliegenden zweiten Offenlage werden Änderungswünsche, die zum Erhalt noch bestehender unversiegelter Freiflächen anstelle geplanter Siedlungsbereiche führen würden, größtenteils in unzulässiger Weise pauschal abgelehnt. In den Erläuterungen zur Ablehnung taucht permanent der Begriff „Gegenstromprinzip“ auf, gegen das man dann aber in den weiteren Ausführungen selber verstößt, indem man einseitig den „kommunalen Entwicklungsabsichten“ durch die „Festlegung von regionalplanerischen Siedlungsbereichen“ nachkommt, ohne die konkreten Bedenken aus der ersten Offenlage im Einzelnen in angemessener Weise zu berücksichtigen und deren Nichtbeachtung im Einzelfall zu begründen.

Hier liegen in meinen Augen in jedem Fall schwere Abwägungsfehler vor.

Es reicht auch nicht aus, dabei die „Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich zu ermöglichen“ und die „tatsächliche Umsetzung, Ausgestaltung und Konkretisierung“ unverbindlich „auf die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen“ zu verlagern.

Folgerichtig lege ich auch Widerspruch ein gegen die Erläuterung „Wird zur Kenntnis genommen“ bei vielen Anregungen. Ein unverbindliches Verlagern der Umsetzung auf die „nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen“ ist schon wegen der zu erwartenden Interessenkollisionen abzulehnen.

Für den Bereich Leverkusen muss folgendes festgehalten werden: Für die in Abstimmung mit der Stadt Leverkusen von dieser vorgeschlagenen zeichnerisch festgelegten „Siedlungspotentialen und deren kommunalen Entwicklungsabsichten im Rahmen des Gegenstromprinzips“ fehlt die notwendige politische Legitimation.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Hinweise zum Verfahrensablauf gegeben. Der regionale Planungsträger trifft die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes.) Die gesetzlichen Vorgaben zu Beteiligungsfristen und Beteiligungsgegenständen wurden eingehalten. Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisionsbedarf.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des zusätzlichen regionalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für

Einen positiven Ratsbeschluss zum zugrunde gelegten Wohnungsbauprogramm 2030+ gibt es bis heute nicht. Es handelt sich ausschließlich um Wunschvorstellungen der Verwaltung. Dies gilt vor allem für die dort vorgeschlagenen „Suchflächen“.

Auch dies möchte ich beanstanden.

Bezogen auf meine Stellungnahme im Rahmen der ersten Offenlage begrüße ich Ihre Änderung wie folgt:

Der Stellungnahme ist bezüglich der Flächen "9.) Ölbachstraße, Burscheider Straße, Neukronenbergerstraße" und "11.) Burscheider Straße, Bohnbüchel, Grundermühlenweg, Balkantrasse Weide" enstprochen (s. Stn ID 1001469).

Ansonsten halte ich meine Einwendungen im Rahmen der ersten Offenlage (s. Anlage) auch für die zweite Offenlage aufrecht.

Weiterhin möchte ich der von der Stadt Leverkusen beantragten Änderung „1001462 – Auf den Heunen“ widersprechen. Die Stadt begründet ihren Antrag im Wesentlichen mit folgender Formulierung:

Nach intensiver Flächensuche und detaillierter Prüfung soll ein Bereich an der Solinger Straße mit der Gewannenbezeichnung ?Auf dem Heunen? für die Feuerwache Nord bereitgestellt werden.

Diese Begründung der Stadt ist nachweislich falsch, denn eine ernsthafte Suche nach Alternativen hat es von städtischer Seite nicht gegeben. Nach einer oberflächlichen Auswahl unter Verwendung einer fehlerhaften und willkürlich erstellten Matrix stellte man die Prüfung von mindestens fünf besser geeigneten Standorten ein. Zudem sind Teile der Fläche im Besitz eines Landwirtes, der diese weiter bestellen will.

Die Aufhebung des Landschaftsschutzes für diese Fläche ist unter anderem durch das Fehlen einer ernsthaften Alternativenprüfung nicht zulässig.

Mit der Vorlage 2024/2988: Auslagern der Brandschutzeinheiten aus der Kanalstraße in ein Interimsgebäude - Grundsatzbeschluss, ganz aktuell in der Sitzung des Umweltausschusses vom 14.11.2024 vorgestellt, räumt die Stadtverwaltung jetzt auch ein, dass es durchaus weitere geeignete Flächen für die Feuerwache gibt und das eine Aufteilung der Standorte möglich ist. Auch vor dem Hintergrund der Finanzlage der Stadt wäre der Neubau einer „Teilwache“ nur als Übergangslösung und völlig unklarer Nachnutzung unverantwortlich.

[Abbildung]

Widerspruch ist auch gegen Änderung 1006011 bezüglich der Umwandlung von Sportplätzen in Parkflächen am Bayer – Stadion einzulegen. Der angemeldete Bedarf an Parkplätzen ist konstruiert und rein spekulativ, denn die geplante Autobahnverbreiterung ist noch lange nicht beschlossen. In diesem dicht besiedelten Bereich der Stadt ist unter anderem der drohende Verlust an unversiegelter Freifläche

Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.

Zu 1001462.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht - neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben - wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist des Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 1006011.)

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch

nicht zu verantworten.

Zur allgemeinen Konkretisierung und Untermauerung füge ich meine Stellungnahme zum Landschaftsplanentwurf der Stadt Leverkusen bei. (s. Anlage)

[ANONYMISERT]

[ANLAGEN]

bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

Mit großer Verwunderung haben meine Frau und ich vom geplanten Allgemeinen Siedlungsbereich Satzvey erfahren. Im Grundsatz ist es richtig zukünftige Flächen frühzeitig in die Planung aufzunehmen. Es macht auch aus ökologischer Sicht Sinn, dort anzusiedeln wo der ÖPNV bereits ist. Aber hier wird wohl das Pferd von hinten aufgezäumt. Unabhängig von seit Jahren gar Jahrzehnten anstehenden Bauplanungen, hier Ausbau A1, Autobahnanschluss Satzvey, Umgehungsstraße Satzvey, Elektrifizierung und Takterhöhung der Eifelstrecke Köln - Trier mit der damit verbundenen Schließungszeit des Bahnüberganges von bis zu 40 Minuten in der Stunde, wobei sich der Verkehr durch den ganzen Ort zurück staut. Lärm und Abgasbelastung, dazu die Überlastung des gesamten Ortes bei Großveranstaltungen auf der Wasserburg Satzvey durch z.B. Ritterspiele, Hexennacht, Halloween und Weihnachtsmarkt. Dazu der allgemeine Durchgangsverkehr mit Schwerlastverkehr bis zu 40 t. Ja da fallen doch ein paar Hundert Anwohner mehr nicht sonderlich auf. Doch, sie fallen auf und das nicht zu knapp!! Der geplante Siedlungsbereich befindet sich in mehreren Teilstücken unmittelbar an ausgewiesenen Naturschutzgebieten. Die hier über Jahrzehnte angesiedelte Fauna und Flora wird dadurch Zug um Zug zurück bzw. ganz verdrängt. Eine große Fläche der Areale dienen aber vor allem auch dem Hochwasser und Überschwemmungsschutz. Nach dem Hochwasser vom Juli 2021, wobei wir persönlich selbst sehr stark betroffen waren, wurden auch schon entsprechende Baumaßnahmen diesbezüglich durchgeführt. Da verwundert es schon sehr, dass die hierbei beteiligten Personen der Stadt Mechernich im fast gleichen Atemzug ein Ansiedlungsgebiet dazu hervorrufen. Dadurch würde noch mehr natürliche Fläche, die jetzt noch der Entwässerung von Oberflächenwasser führt, versiegelt. Dem durch den Ort verlaufenden Veybach fehlt dann ein Großteil des Überschwemmungs- und Ausweichsgebiet. Es ist ja fast schon zynisch und vorsätzlich, die dann dort mögliche Neubebauung unter Wasser zu setzen. Die aktuelle Regierung in Berlin kann wohl wegen zu viel Blödsinn im kommenden Jahr ihren Hut nehmen, der in Mechernich geht wohlwissentlich freiwillig. Et is wie et is.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

Inhalt

Ich möchte mich entschieden gegen die geplante Umwandlung von Teilen des Frankenforstes in Refrath aussprechen. Der Frankenforst ist nicht nur ein wertvoller Naturraum, sondern auch ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sowie ein Erholungsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger der Region. Eine Umwandlung dieses Gebiets würde schwerwiegende ökologische und soziale Folgen haben.

1. Naturschutz und Biodiversität: Der Frankenforst stellt einen bedeutenden Teil des regionalen Ökosystems dar und bietet vielen bedrohten Tierarten, wie Vögeln, Insekten und Pflanzen, einen wichtigen Lebensraum. Eine Umwandlung in bebaute oder landwirtschaftlich genutzte Flächen würde diese Arten gefährden und zu einem irreversiblen Verlust der Biodiversität führen. Natürliche Lebensräume verschwinden zunehmend, und die Zerstörung von Wäldern trägt maßgeblich zur Erderwärmung und zum Verlust von Ökosystemfunktionen bei.

2. Klimaschutz: Wälder spielen eine zentrale Rolle im Klimaschutz, indem sie CO₂ aus der Atmosphäre binden. Der Frankenforst trägt zur Verbesserung der Luftqualität und zum Ausgleich des städtischen Wärmeinseleffekts bei. Die Umwandlung von Waldflächen in andere Nutzungen würde diesen wichtigen Klimaschutzfaktor gefährden und den CO₂-Ausstoß erhöhen. Angesichts der Klimakrise müssen Wälder als unverzichtbare natürliche Klimaschutzreservoirs erhalten bleiben.

3. Erholung und Lebensqualität: Der Frankenforst bietet den Menschen in Refrath und der umliegenden Region einen wertvollen Raum für Erholung und Freizeitgestaltung. Spaziergänge, Radfahren oder einfach das Genießen der Natur sind für viele ein wichtiger Bestandteil des täglichen Lebens. Die Umwandlung von Waldflächen in andere Nutzungen würde nicht nur die Erholungsmöglichkeiten einschränken, sondern auch zu einer weiteren Versiegelung von Bodenflächen führen, was wiederum die Lebensqualität der Anwohner beeinträchtigen würde.

4. Nachhaltige Stadtentwicklung: Eine nachhaltige Stadtentwicklung sollte den Erhalt von Naturflächen und die Förderung von grünen Infrastrukturen in den Vordergrund stellen. Statt die Natur zu opfern, sollten wir Lösungen finden, die sowohl den Bedürfnissen der Bevölkerung als auch dem Schutz der Umwelt gerecht werden. Das bedeutet, dass bestehende Naturräume wie der Frankenforst nicht als "Verfügungsmasse" für die Erweiterung von Bebauung oder Landwirtschaft betrachtet werden sollten.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

Zusammenfassend fordere ich dazu auf, die Umwandlung von Teilen des Frankenforstes in Refrath zu überdenken und alternative Lösungen zu suchen, die sowohl den Bedürfnissen der Menschen als auch dem Schutz unserer Umwelt gerecht werden. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass wir Naturflächen als wertvolle Ressourcen für die Zukunft bewahren und nicht durch kurzfristige, gewinnorientierte Maßnahmen gefährden.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-260	
1027486	
1033345	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme gegen die Umwandlung von Teilen des Frankenforstes in Refrath</p> <p>Mit großem Bedauern und Besorgnis habe ich von den Plänen erfahren, Teile des Frankenforstes in Refrath umzuwandeln. Der Frankenforst ist nicht nur ein ökologisches Rückgrat für die Region, sondern auch ein Erholungsgebiet für die Bürgerinnen und Bürger. Ich halte diese Umwandlung für eine Fehlentscheidung, die weitreichende negative Auswirkungen auf Natur, Umwelt und die Lebensqualität der Menschen hat.</p> <p>1. Erhalt von natürlichen Lebensräumen: Der Frankenforst ist ein bedeutender Naturraum, der als Lebensraum für zahlreiche Flora- und Faunaarten fungiert, darunter auch einige, die auf der Roten Liste gefährdeter Arten stehen. Eine Umwandlung dieser Flächen würde diese Tier- und Pflanzenarten aus ihrem natürlichen Habitat vertreiben und möglicherweise für immer verschwinden lassen. Insbesondere in städtischen Räumen wie Refrath sind solche naturnahen Gebiete von unschätzbarem Wert und sollten nicht leichtfertig aufgegeben werden.</p> <p>2. Umwelt- und Klimaschutz: Wälder wie der Frankenforst sind wichtige CO₂-Speicher und leisten einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Ihre Zerstörung würde nicht nur die CO₂-Bindung beeinträchtigen, sondern auch die Luftqualität verschlechtern und die ohnehin schon hohe Belastung durch Feinstaub und Lärm in städtischen Gebieten weiter verstärken. Angesichts der drängenden globalen Klimakrise ist es unverantwortlich, wertvolle Waldflächen, die aktiv zur Minderung des Klimawandels beitragen, für Bebauung oder andere Nutzungen zu opfern.</p> <p>3. Ökologische und soziale Verantwortung: In einer Zeit, in der der Verlust von Naturflächen und die Zerstörung von Ökosystemen zu den größten Herausforderungen gehören, sollten wir als Gesellschaft einen Kurs der Rückbesinnung und des Umdenkens einschlagen. Der Frankenforst ist ein Ort, der den Anwohnern nicht nur als Naherholungsgebiet dient, sondern auch als grüner Puffer gegen die Urbanisierung. Die fortschreitende Zersiedelung und Flächenversiegelung machen es noch wichtiger, diese wertvollen Naturressourcen zu bewahren.</p> <p>4. Bürgerbeteiligung und Transparenz: Es ist von entscheidender Bedeutung, dass solche weitreichenden Entscheidungen nicht ohne die aktive Beteiligung der Bevölkerung getroffen werden. Der Frankenforst ist ein gemeinsames Gut, das von</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

vielen Menschen geschätzt wird. Eine transparente und umfassende Diskussion über die Auswirkungen der Umwandlung auf Umwelt, Gesundheit und Lebensqualität der Bürger ist unerlässlich. Ich fordere daher eine gründliche öffentliche Anhörung sowie eine unabhängige Umweltverträglichkeitsprüfung.

5. Langfristige Perspektive statt kurzfristiger Gewinnmaximierung: Eine nachhaltige Stadtentwicklung sollte immer auch den Erhalt und die Pflege von Grünflächen und Wäldern beinhalten. Es ist zu befürchten, dass die Umwandlung des Frankenforstes in Refrath nicht im Einklang mit einer zukunftsfähigen, ökologisch orientierten Stadtplanung steht. Stattdessen könnte es sich um eine kurzfristige Maßnahme handeln, die den Bedürfnissen der nächsten Generationen in keiner Weise gerecht wird.

Abschließend möchte ich eindringlich appellieren, die geplante Umwandlung von Teilen des Frankenforstes zu stoppen und stattdessen Konzepte zu entwickeln, die sowohl den Schutz der Natur als auch die Bedürfnisse der Bevölkerung in Einklang bringen. Wir stehen in der Verantwortung, unsere Umwelt zu bewahren und für zukünftige Generationen zu erhalten.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-261	
1027807	
1033346_001	
<p>Inhalt</p> <p>Diese Stellungnahme bezieht sich auf die in der Planung vorgesehenen Festlegungen zum Gebiet 127 (Waldflächen entlang der A4).</p> <p>Dieses Gebiet war schon vor einiger Zeit ein heftig diskutiertes Thema im Rahmen des Flächennutzungsplans (FNP). Im Ergebnis sollte der Wald - mit Ausnahme einer Teilfläche für die geplante Feuerwache - erhalten bleiben. Dass dieser Status jetzt 'durch die Hintertür' wieder aufgehoben werden soll, ist für uns absolut nicht nachvollziehbar.</p> <p>Die vorgesehene Änderung läuft letztlich auf die Neuauflage eines Deals zur Alternative 'Wald oder Beton' hinaus. Welche Lobby mit welchen Argumenten ein Interesse daran hat, diese im Zuge des FNP längst abgeschlossene Diskussion wieder aufzuwärmen, ist uns nicht bekannt.</p> <p>Für uns steht nur fest, dass gerade in diesen Zeiten der Wald unbedingt erhalten bleiben muss. Wir sind also entschieden gegen die neuen Festlegungen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-263	
1028820	
1034333_001	
<p>Inhalt</p> <p>[Hinweis: Weitere Stellungnehmer haben Stellungnahmen mit gleichem Inhalt eingereicht]</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>wir sind dagegen!</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-2-264

1027729

1033351

Inhalt

Stellungnahme zu den Änderungen ID 1002905, 1002906, Ausweisung eines Bereichs für gewerbliche Nutzung an der K18 in Roggendorf/Thenhofen.

Der ausgewiesene Bereich ist teilweise durch Regenrückhaltebecken sowie eine Pipeline belegt. In direkter Nachbarschaft des Bereichs liegen Wohngebäude und ein landwirtschaftlicher Betrieb mit Tier- und Viehhaltung. Insbesondere für Viehhaltung sind arrondierte, landwirtschaftliche Flächen essentiell wichtig.

Das Gebiet ist noch als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und mit ausgedehnten und gut ausgebauten Wegen für die Naherholung sehr gut ausgestattet. Es bietet Zugang zum Schloss Arff, dem Chorbusch und Friedwald sowie diversen Reiterhöfen. Die Landschaft besteht aus Acker-, Grünland und Waldflächen mit vielen Hecken. Insgesamt sollte diese Landschaft besser geschützt werden anstatt den Schutzstatus aufzuheben.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1002905, ID 1002906 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt ist. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde. Dies erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

AZ: Ö-O-2-265	
1027833	
1033367_001	
<p>Inhalt</p> <p>Der Waldbewuchs auf dieser Fläche dient dem Schutz bzw. der Filterung von Lärm und Schmutz der A4 insbesondere für das angrenzende Wohnquartier. Diese Funktion wäre im Falle des Wegfalls des Waldes verloren. Welche ökologische Kompensationen sieht der Regionalplan bei Abholzung der Waldfläche für den die angrenzende Wohnbebauung vor? Die bestehende Belastung durch die A4 würde dadurch massiv ergrössert!</p> <p>Wie aus dem Plan zu erlesen ist, handelt es sich um eine Wasserschutzzone der Kategorie IIIB. Gemäss gültiger Gesetze gibt es deutlich höhere und damit aufwendigere Anforderungen beim Erschliessen und Bebauen der Flächen! Die aus dem Regionalplan ablesbare Fläche ist nochmals vergrössert worden gegenüber der Fläche im Flächennutzungsplan. Ist das so geplant oder eine zeichnerische Unschärfe?</p> <p>Die Sicherstellung der Erschliessung insbesondere für das Regenwasser wird im Hinblick auf das schon jetzt überlastete Abwassernetz stark bezweifelt. Der Nachweis für die Ableitung nach kommender Vorgabe für ein Extremwassereignis wird bezweifelt. Wir gehen darüber hinaus davon aus, dass eine Kapazitätserweiterung zu Mehrkosten bei den Abwassergebühren führen wird. Wir können nicht nachvollziehen wie die übergeordneten Ziele der Bundesautobahn in der Regionalplanung berücksichtigt sind. Siehe unten.</p> <p>Folgende Bedenken und Anregungen hatten wir im Rahmen der Vorlage des Flächennutzungsplans bereits im Jahr 2016 geäussert.</p> <p>Die Gewerbeflächen an der Ausfahrt Bensberg der BAB 4 weisen einige Schwierigkeiten aus:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Ansiedelung von Gewerbeflächen neben Wohnbaufläche verstößt gegen das BauGB. Das entsprechende Abstufungsgebot wurde nicht eingehalten. 2. Die Flächen gehen in Bauverbotszonen von 100 m der BAB A 4 des Straßenbaulastträgers gemäß Bundesfernstraßengesetz. 3. Der ebenfalls geplante Ausbau der BAB 4 auf 6 Spuren scheint dabei ebenfalls nicht berücksichtigt zu sein. 4. Eine Einschränkung von Gewerbe in GEe Gebiet ist bisher nicht in Betracht 	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

gezogen worden. Dies sollte dringend überprüft werden

5. Bei einem Blick auf den FNP und unter Betracht der Entwicklung sollte eher auf Konversion als auf Neuansiedlung gesetzt werden.

6. Im Stadtgebiet wurde mehrfach das Abstufungsgebot von Wohnbauflächen zu gewerblicher Baufläche missachtet. Dies ist nicht gesetzeskonform.

Durch die aufgezeigten Punkte erkennen wir in der Planung einen erheblichen Qualitätsverlust unseres Wohnquartiers mit Folgen für die Gesundheit und den Wohnwert sowie eine durch Anliegerkostenkosten zusätzliche Belastung.

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden

Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist

eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-266	
1027899	
1033489_001	
<p>Inhalt</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>ich bin entsetzt darüber, dass Sie in Zeiten des Klimawandels, von Starkregenereignissen, extremer Hitzeperioden, schlechter Luft und insbesondere von Artensterben in unfassbaren Ausmaßen in Erwägung ziehen, ein Wald-Ökosystem abzuholzen. Ich halte dies für absolut unverantwortlich, wenn nicht sogar rechtswidrig (?) jungen Leuten und kommenden Generationen gegenüber.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>[ANONYMISERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen eine Waldinanspruchnahme vorgebracht. Der Regionaplan sichert durch Textliche und Zeichnerische Festlegungen Waldbereiche und schützt diese vor Inanspruchnahme.</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p>

AZ: Ö-O-2-273

1030133

1036849_001

Inhalt

Mit einer derartigen Bebauung wären erhebliche negative Auswirkungen verbunden: die Zerstörung eines Stücks Voreifellandschaft in unmittelbarer Nähe eines Naturschutzgebietes, die damit verbundene Minderung des Wertes dieses Gebietes, die Zerstörung des dörflichen Charakters des Ortes Satzvey zugunsten einer diffusen Siedlungsfläche sowie eine fortschreitende Flächenversiegelung mit all ihren Nebenwirkungen. Es ist insbesondere zu erwarten, dass sich Starkregenereignisse wie im Jahre 2021 im Zuge der Klimaveränderung in Zukunft in kürzeren Abständen wiederholen. Angesagt und auch als Planungsziel verkündet ist in diesem Zusammenhang eine wirksame Reduzierung der versiegelten Flächen, die vorgesehene Bebauung im weiteren Talbereich des Veybachs stellt jedoch das genaue Gegenteil dar. 2021 waren sowohl der untere Teil Satzveys als auch die am Veybach gelegene Innenstadt von Euskirchen überflutet, mit erheblichen Auswirkungen. Auf der nicht unbeträchtlichen für Neubauten vorgesehenen Fläche, die zur Zeit noch landwirtschaftlich genutzt wird, sorgten 2021 noch Ackerraine und Hecken neben der bewirtschafteten Fläche selbst für ein Speichern des Niederschlags und eine Verlangsamung des Abflusses. Es ist offenkundig, dass sich die Situation bei der Realisierung der Bebauung deutlich verschärfen würde. Für mich ist unverständlich, dass man unter solchen Bedingungen eine derartige Planung vornimmt. Es ist kein Geheimnis, dass bei der Wahl der betreffenden Fläche die Interessen eines örtlichen Großgrundbesitzers eine maßgebliche Rolle gespielt haben. Dagegen haben Sachargumente es im lokalen Kontext schwer. Es wäre zu wünschen, dass diese auf übergeordneter Ebene gebührend berücksichtigt werden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-279	
1027928	
1033525_001	
<p>Inhalt</p> <p>Der Entwurf des Regionalplans weist zwischen Bad Münstereifel und Nöthen ein neues Gewerbegebiet aus.</p> <p>Die ausgewiesene Fläche liegt in der sogenannten Kalkeifel. Charakteristisch für kalkigen Untergrund sind die Klufthöhlen, wo Wasser Hohlräume aus dem Felsen gelöst hat. Wasser kann nicht bzw. sehr schlecht gespeichert werden und gelangt über sogenannte Bachschwinden unmittelbar und sehr schnell in die angrenzenden Bäche.</p> <p>Für das ausgewiesenen Gewerbegebiet heißt das, dass die Oberflächenwasser schnell und ungefiltert in den Rolesbach und den Eschweiler Bach gelangen. Im Eschweiler Tal liegen Trinkwasserbrunnen, welche für die Versorgung der Bevölkerung wertvolles Trinkwasser bereit stellen. Der Eschweiler fließt hinter Bad Münstereifel in die Erft. Der Rolesbach mündet ebenso in die Erft aber bereits vor Bad Münstereifel.</p> <p>Da der Boden und Untergrund sehr schlecht oder kein Wasser speichern kann, ist es für mich unverständlich, wie Rat und Verwaltung in einem derart sensiblen Gebiet sich für die Ausweisung eines Gewerbegebietes aussprechen.</p> <p>Hat man denn aus der Flutkatastrophe 2021 nichts gelernt ?</p> <p>Will sich der Regionalrat wirklich zum Handlanger beratungsresistenter Räte und Verwaltungen machen ?</p> <p>Was hat die Bezirksregierung als höhere Wasserbehörde seit 2021 für zum Schutz der Bevölkerung an Hochwasserschutzmaßnahmen realisiert ? Über Absichtserklärungen ist man leider nicht hinaus gekommen.</p> <p>Liebe Damen und Herren des Regionalrates,</p> <p>bitte übernehmen sie eine derartige katastrophale Gewerbegebietsausweisung nicht in den neuen Regionalplan. Sollte es nochmals zu einer annähernd vergleichbaren Katastrophe wie 2021 kommen, werden sich Politiker und Verwaltungen plausible Antworten auf diese Fragen gefallen lassen müssen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Eine Zuordnung zu einem Plangegegenstand bzw. einer konkreten Festlegung ist nicht möglich.</p> <p>Darüberhinaus gilt, dass der Entwurf des Regionalplans eine nachhaltige Raumentwicklung zum Ziel hat. Dabei sollen die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang gebracht werden. Diese Leitvorstellung ist als Querschnittsaufgabe im Planentwurf berücksichtigt und in den regionalplanerischen Festlegungen umgesetzt. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind. Eine weitergehende Abwägung kann auf den nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgen.</p>

AZ: Ö-O-2-327

1027788

1033313

Inhalt

Einlassung und Einwände zum 2. Entwurf des Regionalplanes:

GIB ID **1006851** Gemeinde Eitorf, Rhein-Sieg-Kreis

Im 2. Entwurf des Regionalplanes Köln ist an der südlichen Grenze der Gemeinde Eitorf ein GIB festgelegt. Dieser Fläche stehen einige Ziele und Grundsätze des LEP NRW entgegen. Von allen möglichen alternativen Gewerbeflächen liegt dieses Gebiet am weitesten vom Ortszentrum Eitorf entfernt. Der Standort liegt isoliert im bisher unbelasteten Freiraum beidseits einer Kreisstraße, im Einzugsgebiet des Krabaches und dem Zulauf zum Eipbach, weithin sichtbar auf einem Höhenzug an einer Zufahrtstraße in den Zentralort und mehr als 8 km entfernt vom Ortszentrum. Der geplante Standort ist weiter als jede andere Alternativfläche vom Hauptbahnhof entfernt. Dafür liegt das potenzielle Gewerbegebiet aber in unmittelbarer Nähe eines NSG. (Anlage 1) Der geplante GIB Lindscheid steht im Widerspruch gleich zu mehreren Zielen und Grundsätzen des derzeit gültigen LEP NRW: In Ziel 6.1-1 fordert der LEP eine an die Entwicklung der Wirtschaft angepasste flächen-sparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung. Die Gemeinde Eitorf verfügt über ausreichende gewerblich – industriell Flächenreserven z.B. im GIB Altebach II und in absehbarer Zeit leider auch über zu revitalisierende Flächen wegen Schließung des größten Arbeitgebers ZF, wobei gleich mehrere ha GIB einer neuen Nutzung zuzuführen sind.

Ein Bedarf für das geplante GIB Lindscheid ist nicht zu erkennen. Die Möglichkeit eines regionalplanerischen Flächentauschs (gem. Ziel 6.1.1) ist auch hinsichtlich der geforderten Gleichwertigkeit ebenfalls **nicht gegeben**. Der Standort Lindscheid erfüllt im Gegensatz zu Altebach nicht die raumordnerischen Voraussetzungen (u.a. Widerspruch zu Ziel 6.3.3 LEP NRW). Auch die Umweltbewertung fällt schlechter aus. Das vom Rhein-Sieg-Kreis in Auftrag gegebene Gewerbeflächenkonzept 2017 kommt für genau diese Fläche laut der vertiefenden umweltfachlichen Untersuchungsprüfung zu dem Ergebnis, dass dieses Gebiet **ungeeignet** ist. (Gewerbeflächenkonzept Rhein-Sieg-Kreis, Seite 69). Auch der Umweltbericht des jetzigen Regionalplan-Entwurfs, erstellt von bosch & partner schätzt für dieses GIB die **Umweltauswirkungen** schutzübergreifend als **erheblich** ein. Die isoliert im Freiraum liegende Fläche ist eine Splittersiedlung und widerspricht damit dem Ziel 6.1-4 LEP NRW. Die Vorgaben für die Anwendung der Ausnahmeregelungen gem. Ziel 6.3.3 sind hier nicht gegeben. Das Ziel 6.3.3 LEP NRW fordert, dass neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche oder Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen festzulegen sind. Diesem Ziel

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Aufgrund des Inhalts der Stellungnahme wird angenommen, dass auf die ID 1006158 und nicht 1006851 Bezug genommen wird.

Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Zudem legt der LEP NRW mit Ziel 6.1-1 auch fest, dass der Regionalplan bedarfsgerecht Siedlungsflächen festzulegen hat. Im Sinne der Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW hat die Gemeinde gegenüber der Regionalplanungsbehörde im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans nachgewiesen, dass der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche die im Absatz 3 des Ziels genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen sowie einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegenstehen. Der entsprechende Nachweis ist in der Planbegründung dokumentiert. Die Gemeinde Eitorf verfügt noch über kommunalen Bedarf für zusätzliche Regionalplanreserven für Bereiche gewerblicher und industrieller Nutzungen (GIB) gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten.

Für den GIB in Eitorf gilt, dass gemäß den Zielvorgaben im Ziel 6.3-3 LEP NRW die Gemeinde im Rahmen einer Alternativenprüfung insgesamt 13 Standorte hinsichtlich der Kriterien Lage, Planungsrecht, Erschließung, Strukturelle Bedeutung, Gebietscharakter, Orts- und Landschaftsbild und Ökologie beurteilt hat. Eine bisher im Regionalplan gesicherte GIB Fläche steht aufgrund unterschiedlicher Restriktionen (hier u.a. Umwelt- und Artenschutz) nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Die Nachfolgenutzung einer Brachfläche bzw. die Nachnutzung einer isoliert im Freiraum liegenden Brach(teil)fläche scheidet aus, da Eitorf über keine gewerbliche / industrielle Brachflächen verfügt. Der Festlegung eines GIB unmittelbar anschließend an die

widerspricht der Standort Lindscheid. Die im Ziel formulierten Ausnahmeregelungen finden keine Anwendung, da es geeignete und raumordnungskonforme Alternativstandorte in Eitorf gibt. Das Ziel 6.3-1 LEP NRW fordert, dass GIB in Regionalplänen auf der Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) zu sichern sind. Das mit dem Regionalrat vereinbarte regionale Gewerbeflächenkonzept zum Regionalplan Köln hat den Standort Lindscheid als nicht geeignet bewertet. **Demnach ist dieser auch mit diesem Ziel nicht konform.** Das geplante GIB Lindscheid liegt innerhalb eines Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung, östl. und westl. grenzen Biotopverbindungen herausragender Bedeutung an. Der Bereich ist ein wichtiger Teil der Biotopvernetzungsstruktur des nationalen Naturschutzprogramms Chance 7. Damit ist ein Widerspruch zum Ziel 7.2-1 LEP NRW Landesweiter Biotopverbund gegeben. In den „textlichen Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplanes Köln“ steht unter Punkt Z.1 „Die Kommunen haben sicherzustellen, dass die Siedlungsentwicklung vorrangig innerhalb der im Regionalplan festgelegten Siedlungsbereiche erfolgt“. Unter Punkt Z.2 „**Zersiedlung vermeiden**“ heißt es, bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen sind auszuschließen. Beide Ziele werden, obwohl ausdrücklich erwähnt und zusätzlich erläutert, bei der Ausweisung des GIB südlich von Lindscheid im 2. Entwurf völlig außer Acht gelassen. Aus den oben dargestellten Gründen widerspricht die Festlegung eines GIB am Standort Lindscheid den geltenden landesplanerischen Zielen und ist damit nicht rechtskonform.

[Abbildung]

Anhänge
[GIB.jpg.jpeg](#)

vorhandenen Allgemeinen Siedlungsbereiche stehen somit die im Absatz 3 des Ziels 6.3-3 LEP NRW die oben genannten Gründe (aufgrund topographischer und naturräumlicher Gegebenheiten bzw. anderer entgegenstehender Schutz- oder Nutzungsbindungen bzw. einer fehlenden leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz) entgegen. Demnach ist im Rahmen der gesamträumlichen Abwägung einem isolierten Standort gem. den Ausnahmetatbeständen des 6.3-3 LEP NRW Vorrang vor einer Freiraumfestlegung eingeräumt worden. Die Eignung des Standortes für die beabsichtigten Ansiedlungen wird zudem im Sinne einer teilregionalen Abstimmung durch die Ausführungen im „Gewerbeflächenkonzept für die Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises 2035“ (GfK, Verfasser: Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH Froelich & Sporbeck Umweltplanung und Beratung, Köln) bestätigt. Zudem ist die Herstellbarkeit einer leistungsfähigen Anbindung an das überörtliche Straßenverkehrsnetz kurzweilig möglich. Aufgrund der o.g. Ausführungen ist die Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) im Sinne einer bedarfsgerechten kommunalen Siedlungsentwicklung nicht vermeidbar. Sie erfolgt unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums und wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche. Aufgrund des endogenen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit und den landesplanerischen Vorgaben erfolgt eine Festlegung als Siedlungsraum. Für die bedarfsgerecht zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht daher ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist.

Zudem gilt, dass bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt wurden. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind. Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen (vgl. Kapitel 3.4 bzgl. des Schutzguts Fläche). Zur Umsetzung des ermittelten Bedarfs an Gewerbeflächen kann eine Inanspruchnahme dieser Flächen nicht immer vermieden werden; sie erfolgt in Abwägung auf Basis einer erforderlichen Gesamtbetrachtung für Flächendarstellungen im neuen Regionalplan Köln unter

Beachtung aller raumrelevanten Kriterien sowie einer Überprüfung der Schutzgüter.

Im Kontext einer gesamträumlichen Betrachtung, auch im Rahmen der durchgeführten Umweltprüfung, wurde bei der Abwägung einer erforderlichen und bedarfsgerechten Flächensicherung der Festlegung eines GIB in Lindscheid gegenüber den übrigen landesplanerischen Vorgaben eine höhere Gewichtung beigemessen. Die Umsetzung durch Festlegung von Siedlungsbereichen erfolgt auf Ebene des Regionalplans ebenenspezifisch durch die räumliche Trennung unterschiedlicher Nutzungen und Funktionen gemäß der zeichnerischen Festlegung der Raumnutzungskategorien Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB). Die Regionalplanung überlässt die weitere Konkretisierung der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene, da hier in sachgerechter Weise kleinräumige Nutzungskonflikte ggf. unter Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls gelöst werden können. Hinsichtlich möglicher interkommunaler Kooperationen wird zudem auf die textlichen Festlegungen im Ziel *Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten* verwiesen.

Darüber hinaus trägt der Regionalplan mit den Z.1 Siedlungsentwicklung in Siedlungsbereichen konzentrieren und Z.2 Zersiedlung vermeiden zu einer kompakten und flächensparenden Siedlungsentwicklung bei. Weitergehende Regelungen finden sich u.a. in den Erläuterungen zu (G. 5) Klimatische Ausgleichsfunktion beim Flächentausch berücksichtigen. Durch diese Regelung sollen unter anderem Kommunen mit einem Überhang an Bauflächendarstellungen im Flächennutzungsplan gegebenenfalls im regionalplanerisch festgelegten Freiraum gelegene Siedlungsflächen vorrangig zugunsten der oben ausgeführten Leitgedanken zurückführen und so ihren Beitrag zum Freiraumschutz, zur Klimavorsorge und zur kompakten Siedlungsentwicklung leisten. Die Regelungen im Ziel Flächenüberhänge vermeiden und abbauen dienen in ihrer Ausgestaltung durch die vorrangige Rücknahme von Flächen im regionalplanerisch festgelegten Freiraum und in Überschwemmungsbereichen dem Freiraumschutz, dem Klimaschutz- und der Klimavorsorge sowie der Risikovorsorge durch Zurückführen von Bauflächen in hochwassergefährdeten Bereiche. Zudem wird mit dieser Regelung eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit vorrangiger Innentwicklung gestärkt.

Die Kommunen sollen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung durch Maßnahmen dazu beitragen, dass die Siedlungsentwicklung flächensparend erfolgt und so dazu beitragen, die Flächeninanspruchnahme im Regierungsbezirk Köln langfristig auf „Netto-Null“ zu reduzieren. Innenentwicklung und Verdichtung sowie die Aktivierung von Baulücken und Brachflächen sollen dabei besonders in den Blick genommen werden. Bei der Umsetzung der Siedlungsbereiche soll eine möglichst hohe Bebauungsdichte angestrebt werden, sofern diese mit den städtebaulichen Belangen, siedlungsklimatischen Erfordernissen und dem vorsorgenden Hochwasserschutz vereinbar ist. Die Festlegung erfüllt nicht die Rechtsqualität eines Ziel der Raumordnung (§ 3 Nr. 2 ROG). Ziele der Raumordnung sind verbindliche Vorgaben in Form von räumlich und sachlich bestimmten oder bestimmbaren, vom Träger der Raumordnung abschließend abgewogenen textlichen oder zeichnerischen Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des

Raums. Eine abschließende Abwägung ist auf Ebene der Regionalplanung nicht erreichbar, insofern ist die Festlegung als Grundsatz folgerichtig. Es verbleibt ein Abwägungs- und Ermessensspielraum, die Vorgaben bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen. Planungs- und Entscheidungsträger müssen sich mit den Grundsätzen ernsthaft auseinandersetzen und sollen sie so weit wie möglich umsetzen. Der LEP NRW formuliert zudem die Grundsätze 6.1-3 Leitbild „dezentrale Konzentration“, 6.1-5 Leitbild „nachhaltige europäische Stadt“ in Hinblick auf eine kompakte Siedlungsstruktur, 6.1-6 Vorrang der Innenentwicklung sowie 6.1-8 LEP NRW Wiedernutzung von Brachflächen. Diese sind von den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene zu berücksichtigen. Von reinen Wiederholungen sieht der Regionalplan Köln ab.

Im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen ist gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Im Rahmen der planerischen Abwägung wurde der bedarfsgerechten Verortung neuer Siedlungsraumpotentiale gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt. Dies erfolgte unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Für den Bereich Altebach II erfolgt nunmehr eine Rücknahme des GIB und eine Festlegung als AFAB sowie eines BSN und BSLE (vgl. ID 1. Offenlage 1004325, 1004556, 1004923, 1006450).

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich. Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW).

Die landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW zur räumlichen Struktur des Landes, insbesondere zur Einteilung des Landes in Siedlungsraum und Freiraum, bleiben unberührt (s. Ziel 2-3 LEP NRW). Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.

Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt. Durch die Identifizierung dieser Betroffenheit bereits auf der regionalplanerischen Ebenen, kann in der nachgelagerten Bauleitplanung durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z.B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) die konkrete nachteilige Umweltauswirkung vermieden bzw. gemindert werden. Daher

wird im weiteren Verfahren auf der Ebene der Bauleitplanung durch eine erneute Umweltprüfung abschließend bewertet, ob der tatsächliche Eingriff der konkreten Planung mit dem Schutzzweck des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter“ vereinbar ist. Das Ergebnis der Umweltprüfung im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans ist Teil der Gesamtplanerischen Abwägung.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (GIB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional herausragend bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Umfang der Festlegungen im Regionalplan, insbesondere der Siedlungsflächen, geht auf Bedarfsberechnungen zurück. Eine Prüfung von flächensparenden Alternativen ist dabei nicht möglich. Sehr wohl erfolgten die Festlegungen im Regionalplan unter Berücksichtigung von Alternativen; sowohl bereits auf Ebene des Plankonzeptes wie auch aufgrund der Ergebnisse des Umweltberichtes. Die Vorgehensweise und die einzelnen Schritte zur Alternativenprüfung und ihre Ergebnisse werden in Kap. 7 des Umweltberichtes dargelegt. Dem Kapitel ist zu entnehmen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses das Thema Alternativen mitberücksichtigt wurde neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen wurden beispielsweise auch umweltbezogene Kriterien herangezogen, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. Eine Alternativenprüfung ist zudem nur dann sinnvoll, wenn bestimmte Kriterien betroffen sind (i.d.R. rechtlich besonders relevante Kriterien wie die Betroffenheit von Schutzgebieten). Bei der Betroffenheit von schutzwürdigen Böden beispielsweise ist eine Alternativenprüfung nicht zielführend,

da nahezu die gesamte Planungsregion durch schutzwürdige Böden charakterisiert ist und auch Alternativen wieder zu einer erheblichen Beeinträchtigung des Kriteriums führen würden. Wie im Umweltbericht in Kap. 7 (Darlegung der in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten) dargelegt, beginnt zudem die Alternativenprüfung bereits im Rahmen der Festlegung der jeweiligen Plangebiete, d.h. der Umweltprüfung vorgelagert. Auch dies trägt bereits in hohem Maße zur Vermeidung oder Verringerung von Umweltwirkungen bei. Die Vorgehensweise der Festlegung der Flächen im Regionalplan ist Teil der Alternativenprüfung, sie wird in der Begründung zum Regionalplan beschrieben.

Eine darüber hinausgehende Alternativenprüfung ist nicht zielführend, denn es ist festzustellen, dass ein Großteil der Plangebiete zwar voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen hervorruft, jedoch alternative Flächen zu vergleichbaren Umweltauswirkungen führen würden.

AZ: Ö-O-2-328	
1027722	
1033322_001	
<p>Inhalt</p> <p>Wir bedanken uns zunächst sehr herzlich für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf des neuen Regionalplans Köln und machen hiervon gerne Gebrauch. Hierbei möchten wir zunächst auch darauf hinweisen, dass es aus unserer Sicht angezeigt gewesen wäre, den Verband der Bau- und Rohstoffindustrie direkt in die Beteiligtenliste aufzunehmen. Der Vero ist Träger öffentlicher Belange, unsere Mitgliedsunternehmen erfüllen eine essenzielle Versorgungsfunktion für die Menschen und die Wirtschaft schon im unmittelbaren Plangebiet. Die Regionalplanung für den gesamten Regierungsbezirk betrifft uns daher schon in besonderer Weise.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Für die Neuaufstellung des Regionalplans Köln wurde eine Liste der zu beteiligenden Stellen vom Regionalrat beschlossen. Entsprechend dieser Grundlage wurden die in der Beteiligtenliste benannten Stellen explizit auf die erneute öffentliche Auslegung gemäß § 9 Abs. 3 ROG hingewiesen.</p> <p>Für alle anderen betroffenen öffentlichen Stellen sowie für alle Bürgerinnen und Bürger bzw. privaten Institutionen bestand während der Frist der erneuten öffentlichen Auslegung ebenfalls die Möglichkeit, sich zu der vorliegenden Planung zu äußern. Ergänzend zur Bekanntmachung im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln wurde über die erneute öffentliche Auslegung Planentwurfes breit informiert. So erfolgten z.B. Veröffentlichungen auf der Homepage der Bezirksregierung Köln sowie eine Veröffentlichung auf dem Portal „Beteiligung.nrw“.</p> <p>Sollte es im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln zu einer weiteren Beteiligung kommen, wird die Regionalplanungsbehörde dem Regionalrat eine Berücksichtigung hinsichtlich der Beteiligtenliste vorschlagen.</p>

1033322_002

Inhalt

In unserer Stellungnahme werden wir zunächst unter **A.) einige grundsätzliche Kritikpunkte zur Plankonzeption ausführen, insbesondere zum Ziel Z.neu4.** Im Anschluss gehen wir unter **B.)** auf einige **konkrete Fragestellungen unserer Mitgliedsunternehmen** ein. Darüber hinaus machen wir uns deren in separaten Stellungnahmen getätigten Ausführungen in unserer Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange ausdrücklich zu eigen und halten überdies auch an den bislang durch uns im Verfahren vorgebrachten inhaltlichen Kritikpunkten zur Planaufstellung fest, sofern diesen nicht gefolgt worden ist.

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Hinweise zur Gliederung der Stellungnahme gegeben. Die Abwägungsvorschläge zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken können den nachfolgenden Stellungnahmen-ID entnommen werden.

Inhalt

A.) Zu Ziel Z.neu4

Der vorliegende Entwurf enthält in 5.4.1 - Lockergesteine ein neues Ziel 4: „*Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen*“

Die Festlegungen des Regionalplans gelten innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen. Innerhalb der festgelegten Reservegebiete gelten die Festlegungen des Regionalplans nachgeordnet zur vorrangigen Funktion der Lagerstättensicherung für eine zukünftige Rohstoffgewinnung. Ausnahmsweise können im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw. Nachnutzungen innerhalb von BSAB möglich sein, sofern diese mit dem Abbau, der Rohstoffsicherung und der Rekultivierung vereinbar sind.“

Ausweislich der Erläuterung 1) zu Z.neu4 sind „*Festlegungen zur Sicherung und zum Abbau von Lockergesteinen [...] nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln. Dieser Themenbereich wird im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) behandelt (Teilplan NR).*“

Dabei soll auch gelten, dass der Regionalplan und der Teilplan NR rechtlich eigenständige Planwerke sind, die inhaltlich aufeinander abgestimmt sind und sich inhaltlich widerspruchsfrei ergänzen (vgl. Erläuterung 2) zu Z.neu4). Dies beruhe darauf, dass die Darstellung der BSAB-Flächen im Regionalplan nur nachrichtlich erfolge und konstitutiv im Teilplan NR geregelt würden. Festlegungen des Regionalplans innerhalb der BSAB-Flächen, die mit der Ausweisung als BSAB ggfs. nicht vereinbar sind (**bedingte Festlegungen**), sollen durch die neue Vorrangregelung in Z.neu4 zurücktreten (vgl. Erläuterung 3) zu Z.neu4). Diese bedingten Festlegungen des Regionalplanes seien erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht oder nur teilweise vollzogen werden könn(t)en. In diesen Fällen hätten die Festlegungen des Regionalplans Bestand, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung des Freiraumes sichergestellt werde. Ferner seien die bedingten Festlegungen u. a. aus prozessualen Gründen und zur rechtlichen Vorsorge notwendig. Insofern wird näher ausgeführt, dass für den Fall, dass der Teilplan NR durch eine Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise für unwirksam erklärt werde, sichergestellt sei, dass für noch nicht genehmigte bzw. beanspruchte Teile eines BSAB regionalplanerische Festlegungen gälten.

Zudem sollen zunächst auf den (späteren) BSAB-Flächen gestaffelt BSN-Flächen festgelegt werden. Wir sehen hierin eine unzureichende inhaltliche

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Das Z. neu4 *Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen* (Teilplan NR) wird aufrechterhalten. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird.

Die Zielfestlegung Z. neu4 sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden jedoch im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR klarstellend redaktionell angepasst.

Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.

Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 *RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen*, Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern*, Z.22 *Waldbereiche erhalten und entwickeln*, Z.24 *Oberflächengewässer sichern*, Z.26 *Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern*, Z.27 *Überschwehmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln* und Z.41 *Standorte für Abfalldeponien sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan

Abstimmung von Regionalplan und Teilplan NR und letztlich einen Verstoß gegen das Abwägungsgebot.

1.) Die zeitlich gestaffelte Festlegung von (zunächst) BSN und (anschließend) BSAB auf derselben Fläche lässt sich nicht auf § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG stützen.

a) Nach dieser Vorschrift kann zwar festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab / bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorgesehen sind; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden.

Die zeitlich gestaffelt festgelegten Nutzungen und Funktionen müssen dabei aber inhaltlich so aufeinander abgestimmt sein, dass der Nutzungs- oder Funktionswechsel zu gegebener Zeit auch konfliktfrei möglich ist. D. h., die zeitlich vorrangige Nutzung oder Funktion muss beendet oder eingestellt werden können, ohne dass von ihr Nachwirkungen ausgehen, welche die Aufnahme der Folgenutzung unmöglich machen oder wesentlich erschweren. Bei Erlass der Festlegungen nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG muss angenommen werden können, dass die Folgenutzung auch verwirklicht werden kann (so zu bedingten Festsetzungen eines Bebauungsplans nach § 9 Abs. 2 BauGB: *Ernst/Zinkahn/Bielenberg/Krautzberger/Söfker/Wienhues* BauGB § 9 Rn. 241 d). Die zeitlich vorrangige Nutzung oder Funktion darf dem nicht entgegenwirken. Die Festlegung eines BSN ist aber von vornherein keine Raumfunktion, die zeitlich vor einer bergbaulichen Inanspruchnahme der Fläche erfolgen kann. Sie ist als auflösend bedingte „Zwischennutzung“ gänzlich ungeeignet, weil sie sich – anders als etwa eine temporäre Nutzung der Fläche für Vorhaben der erneuerbaren Energien – nicht einfach aufnehmen und wieder beenden lässt. In erster Linie stellt sie eine Raumfunktion dar, die per se langfristig angelegt ist. Die im Regionalplan festzulegenden BSN dienen laut Plansatz Z.19 des Kap. 4.3.1 „*dem Aufbau und der dauerhaften Sicherung des regionalen Biotopverbunds*“. Neben dem Schutz vorhandener Strukturen dienen sie vor allem der Entwicklung und Wiederherstellung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften. Daneben ist in den BSN „*den Belangen des Arten- und Biotopschutzes Vorrang vor konkurrierenden Nutzungsansprüchen einzuräumen*“ (vgl. Nr. 5 der Erläuterungen zu Plansatz Z.19). Die für den regionalen Biotopverbund bedeutsamen Kernflächen, Verbindungsflächen und -elemente sind nach Plansatz Z.20 „*durch geeignete Instrumente der Fachplanung zu sichern und zu entwickeln. Wertvolle Flächen sind gemäß den fachgesetzlichen Regelungen als Naturschutzgebiete zu sichern.*“

BSN sind damit konzeptionell auf einen langfristigen und dauerhaften Schutz gerichtet, vor allem auf die Entwicklung und die Wiederherstellung von Raumfunktionen, die sich nicht – wie etwa eine PV-Freiflächenanlage – „*bis zum Eintritt bestimmter Umstände*“ (§ 7 Abs. 1 Satz 2 ROG) wieder beenden lassen.

Die Ausweisung von „bedingten BSN“ im Vorfeld von BSABs ist daher abwägungsfehlerhaft, wenn dieses Ziel von vornherein nicht zu verwirklichen ist. Dies gilt selbst dann, wenn dieser Bereich durch den Teilplan NR nicht die Qualität eines BSAB erlangt.

NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

Hinsichtlich der geäußerten Besorgnis, dass eine hypothetische Konstellation eintreten könnte, in welcher der Teilplan NR seine Rechtswirksamkeit insgesamt oder in Teilen verlöre und die Festsetzungen des geltenden Regionalplans einer beantragten Abgrabung entgegenstünden, ist auf den Bestandsschutz rechtmäßig zugelassener Abgrabungen hinzuweisen (s. Erläuterung (4) zu Z. neu4 sowie Ziel 4 *Bestandsschutz für zugelassene Abgrabungen* des Teilplans NR). Die von den Bedenkenträgern konstruierte hypothetische Fallgestaltung einer (teilweisen) Unwirksamkeit des Teilplans NR vermag keine Grundlage für die vorliegende Abwägungsentscheidung zu bilden. Der Regionalrat als Träger der Regionalplanung geht im Rahmen seiner Entscheidungsfindung von der Rechtswirksamkeit seiner eigenen planerischen Festlegungen aus. Sollten wider Erwarten der Regionalplan oder der Teilplan NR durch gerichtliche oder sonstige Verfahren für unwirksam erklärt werden, entstünde auf Ebene der Regionalplanung ohnehin ein Planungserfordernis, um die raumordnungsrechtliche Steuerungswirkung wiederherzustellen und die landesplanerischen Vorgaben in Bezug auf nichtenergetische Rohstoffe zu erfüllen.

b) Dies gilt umso mehr mit Blick auf im Plangebiet bereits bestehende Abgrabungen sowie deren Rekultivierung außerhalb der im Teilplan NR festgelegten BSAB. Ein Weiterbetrieb bestehender Rohstoffgewinnungsbetriebe lässt sich mit dem langfristigen ökologischen Zweck eines BSN nicht vereinbaren. Auch insofern ist die Ausweisung des BSN als „bedingtes Ziel“ sachwidrig und infolgedessen abwägungsfehlerhaft. Hinzu kommt, dass bei der „bedingten Ausweisung“ des BSN artenschutzrechtliche Konflikte vorprogrammiert sind, die dem genehmigten Bergbauvorhaben und der zu erwartenden Ausweisung im Teilplan NR zuwiderlaufen. Der innerhalb der BSN zu entwickelnde Arten- und Biotopschutz – und die damit bezweckte tatsächliche naturräumliche Entwicklung – löst unmittelbar die Rechtsfolgen der §§ 30 und 44 BNatSchG aus, die einer bergbaulichen Inanspruchnahme unüberwindbar entgegenstehen kann. In jedem Falle aber erhöht sie die für den Eingriff notwendigen Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen beträchtlich.

c) Die zeitlich vorrangig zu verwirklichende Entwicklung wertvoller Lebensräume und Lebensgemeinschaften innerhalb der BSN gefährdet damit die Rechtmäßigkeit des Teilplans NR erheblich. Denn die in diesem festzulegenden BSAB stellen als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten eine planerische Kontingentierung der grundsätzlich im gesamten Außenbereich privilegierten Abgrabungsnutzungen nach § 35 Abs. 1 Nr. 3 i. V. m. Abs. 3 Satz 3 BauGB dar, bei welcher der Plangeber sicherstellen muss, dass sich die betroffenen Vorhaben innerhalb der BSAB gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen (vgl. BVerwG, Urteil vom 17. Dezember 2002 – 4 C 15/01 –, juris Rn. 28).

Es trifft daher nicht zu, dass die Festlegungen des Regionalplans und des Teilplans NR, wie in Nummer 2 der Erläuterungen zu Plansatz Z.neu4 des Kap. 5.4.1 behauptet, aufeinander abgestimmt sind und sich widerspruchsfrei ergänzen. Das Gegenteil ist der Fall.

2.) Darüber hinaus verstößt auch die (bedingte) Festlegung eines BSN innerhalb des BSAB für bereits bestehende Rohstoffgewinnungen im Plangebiet gegen das Abwägungsgebot.

Wie oben skizziert widerspricht die Festlegung eines BSN der Sicherung der Rohstoffgewinnung über BSAB (Abwägungsmangel). **Die bedingte Festlegung des BSN bei nur nachrichtlich übernommenen BSAB im Regionalplan verschärft den Abwägungsmangel**, da in bestimmten Fällen statt der planerisch gewollten BSAB die damit unvereinbaren BSN gelten würden, nämlich

- o zum einen der Regionalplan den Teilplan NR voraussetzt, dieser jedoch erst nach dem Regionalplan wirksam werden soll und
- o zum anderen der Teilplan NR gerichtlich (teil-) aufgehoben werden kann.

Selbst wenn eine regionalplanerische Entscheidung für ein BSN statt eines BSAB erginge, wäre dies ein Verstoß gegen Planungsrecht, da für die aktive Gewinnung bestandskräftige Genehmigungen bestehen (Bestandsschutzverletzung) und zudem

Eigentumsrechte aus Art. 14 GG verletzt würden. Fehlerhafte Festlegungen der Raumordnung wie beispielsweise Bereiche für die Rohstoffgewinnung können gemäß § 7 Abs. 1 Satz 3 ROG zwar in sachliche Teilpläne ausgelagert werden. Dies steht aber in einer „*grundsätzlichen Spannung zum fachübergreifenden Charakter von Raumordnungsplänen*“ (Kment, 1. Aufl. 2019, § 7 Rn. 8). Weiter heißt es dort, dass diese Spannung nur dadurch aufgelöst werden kann, „*dass die sachlichen Teilpläne mit schon bestehenden gesamtäumlichen Festlegungen abgestimmt werden und auf absehbare Entwicklungen Rücksicht nehmen müssen*“. Daraus folgt hier, dass Regionalplan und Teilplan NR inhaltlich und insbesondere hinsichtlich der wechselseitigen raumordnerischen Abwägungen aufeinander abgestimmt sein müssen. Dabei setzt der Regionalplan bei der Ausweisung der „bedingten Ziele“ den Teilplan NR voraus. Dieser ist jedoch noch nicht in Kraft, sodass es keine bestehenden Ziele gibt, die der Regionalplan bei Bereichen für die Rohstoffgewinnung voraussetzen könnte. Die BSAB-Darstellungen des Regionalplans gelten nur nachrichtlich. In dem Fall, dass der Regionalplan vor dem Teilplan NR zugelassen wird oder in dem Fall, dass der Teilplan NR durch eine Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise aufgehoben wird, leben die bedingten Festlegungen des Regionalplans auf. Die Festlegung eines BSN statt eines BSAB ist aber in den planerischen Kernanliegen so grundsätzlich unterschiedlich, dass eine bedingte Geltung nicht ermessensfehlerfrei darstellbar ist. Damit wäre es allein von externen Faktoren abhängig, ob die Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen planerisch entschieden wird oder ob stattdessen Ziele wirksam werden, die im Gegensatz dazu eine Rohstoffgewinnung ausschließen. Der Regionalplan würde damit das Gegenteil von dem erreichen, was planerisch beabsichtigt ist, nämlich die Sicherung der Versorgung der Allgemeinheit mit Rohstoffen.

Bezogen auf den gesamten Planungsbereich des Regionalplans Köln würde das bedeuten, dass eine Aufhebung des Teilplans NR zur Folge hätte, dass großflächig (nämlich überall dort, wo bedingte Festlegungen in BSAB getroffen worden sind) für die Zukunft eine Sicherung der Rohstoffversorgung wegen der entgegenstehenden bedingten Ziele verhindert würde, obwohl die Rohstoffversorgung gerade planerisch gewollt ist.

Inhalt

3.) Abwägungsfehlerhaft ist in diesem Zusammenhang auch der pauschale Verweis auf einen vorliegenden Fachbeitrag.

Im Rahmen der Stellungnahmen zum 1. Planentwurf haben unsere Mitgliedsunternehmen verschiedene Anregungen zu Zuschnitt und Ausgestaltung von BSAB-Flächen eingebracht, gerade auch in Abgrenzung zu BSN-Flächen. Diesen Anregungen wurde z. T. nicht gefolgt mit dem Hinweis, die BSN-Darstellung sei aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV entwickelt worden. Eine Änderung der BSN-Darstellung sei daher nicht möglich.

Diese Position geht nach unserer Auffassung fehl: Die Aufgabe der Regionalplanung beschränkt sich nicht darauf, die Inhalte der jeweiligen Fachbeiträge unkritisch und ungefiltert zu übernehmen. Vielmehr muss sie die verschiedenen Fachbeiträge gegeneinander und mit eigenen Erkenntnissen abwägen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In §18 Abs. 2 LPIG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut §8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt. Die Bereichsabgrenzungen sind gebietsscharf, aber nicht parzellenscharf, d. h. sie sind ohne Ansehen der Grundstücksgrenzen so generalisiert, dass die Zuordnung einzelner Grundstücke in den Randbereichen in der Regel noch interpretierbar bleibt. Die regionalplanerische Darstellungsfähigkeit beginnt – von Ausnahmen abgesehen – bei einer Größenordnung von 10 ha. Aus diesen Gründen kommt es in Einzelfällen zu maßstabsbedingten Abweichungen zwischen der Flächenausweisungen des Regionalen Biotopverbundes herausragender Bedeutung und der BSN im Regionalplan.

Inhalt

4.) Die mit dem vorliegenden 2. Entwurf einhergehende Schwächung der Rohstoffsicherung ist auch aus politischen Erwägungen kritisch und namentlich angesichts der weltpolitischen Entwicklungen nicht nachvollziehbar.

Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und die zu erwartende weitere Abschottung der internationalen Märkte haben die Abhängigkeit der heimischen Volkswirtschaft von der Rohstoffversorgung aus dem nichteuropäischen Ausland deutlich vor Augen geführt. Dies hat zu verschiedenen Initiativen zur Sicherung der Rohstoffversorgung auf europäischer (u.a. Critical Raw Materials Act) und nationaler Ebene (Neue Rohstoffstrategie des Bundes) geführt. Vor diesem Hintergrund ist es widersprüchlich, die Sicherung der heimischen Rohstoffvorkommen nicht zu fördern, sondern stattdessen zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern. Dies gilt insbesondere in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen Unternehmen die wirtschaftliche Tätigkeit durch immer weiter ausufernde Bürokratie, hohe Energiekosten und zunehmende Auflagen erheblich wird.

Auch aus diesen Gründen ist eine unbedingte Sicherung der Rohstoffversorgung essenziell.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Festlegungen des Regionalplanentwurfes führen nicht zur Schwächung der Rohstoffsicherung im Regierungsbezirk Köln. Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen (s. ID 1033322_003).

Ergänzend zu den Ausführungen in ID 1033322_003 wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für Lockergesteine sind dem Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - zu entnehmen, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Die im Teilplan NR festgelegten Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gewährleisten eine bedarfsgerechte regionale Rohstoffversorgung mit Lockergesteinen. Im Übrigen wird auf die Flexibilisierungsinstrumente des Teilplans NR verwiesen. Hierzu zählen insbesondere die textlichen Ziele (Z6) *Erweiterungsklauseln* und (Z10) *Festlegung weiterer BSAB* sowie der Grundsatz (G1) *Rohstoff-Monitoring und Flächentausch*. Der Plangeber ist jederzeit dazu befugt, auch unabhängig von der Fortschreibungspflicht des Ziels 9.2-3 LEP NRW den Teilplan NR fortzuschreiben, sofern er dies im Rahmen seines Planungsermessens für erforderlich achtet.

Inhalt

B.) Fragestellungen von Mitgliedsunternehmen**1.) Festlegung eines BSN im Vorfeld des Tagebaus Frechen in Verbindung mit dem Ziel Z.neu4**

Unser Mitgliedsunternehmen [ANONYMISIERT] ist von den oben skizzierten Entwicklungen unmittelbar betroffen, da nach dem vorliegenden Entwurf des Regionalplans im Tagebauvorfeld des Stammwerkes in Frechen ein Bereich für den Schutz der Natur (BSN) festgelegt wird. Der Quarzsandtagebau ist in diesem Bereich in der Regionalplanung bereits seit mehr als fünf Jahrzehnten für den Rohstoffabbau gesichert (seit Teilplan 5/5 des Braunkohleplans) und durch bestandskräftigen bergrechtlichen Planfeststellungsbeschluss aus April 2001 bis Ende des Jahres 2061 genehmigt. Das BSAB sichert ein nicht nur regionalplanerisch, sondern volkswirtschaftlich bedeutsames Quarzsandvorkommen, das von großer Bedeutung ist für die Versorgung der heimischen Industrie, insbesondere der Glas- der Gießerei- sowie verschiedenster Bereiche der chemischen Industrie. Die weitere Nutzung des Vorkommens ist damit essenziell für die regionalen und überregionalen Wertschöpfungsketten. Mit der Festsetzung des BSN im Tagebauvorfeld wird die Rohstoffgewinnung am Standort mit insgesamt rund 200 Arbeitsplätzen nicht nur langfristig gefährdet, sondern auch unmittelbaren rechtlichen Risiken ausgesetzt. Wir fordern daher, das BSN im Tagebauvorfeld zu streichen.

Siehe Abbildungen 1 und 2 in der separaten Anlage

[Abbildung 1] [Abbildung 2]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für Lockergesteine sind dem Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend: Teilplan NR - zu entnehmen, der parallel zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan NR werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) festgelegt. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abgrabungsflächen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz. Der in der Stellungnahme erwähnte Quarzsandtagebau Frechen ist im Teilplan NR vollumfänglich zeichnerisch als BSAB festgelegt. Die Rekultivierungsfestlegungen für das bergrechtlich genehmigte, aber noch nicht in Anspruch genommene Tagebauvorfeld entsprechen den zeichnerischen Festlegungen des Regionalplans a.F. (vgl. BSAB-L-31 des Teilplans NR). Die weitere Nutzung des Quarzsandvorkommens ist damit auf regionalplanerische Ebene gesichert.

Das Verhältnis der Festlegungen des Regionalplans Köln zum Teilplan NR richtet sich nach den Vorgaben in Kapitel 5.4 *Nichtenergetische Rohstoffe*. Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes eindeutig klargestellt. Darüber hinaus erfolgt u.a. in den Erläuterungen zu Z.19 *Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern* die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (s. ID 1033322_003).

Die Rücknahme des BSN im Tagebauvorfeld ist somit nicht erforderlich.

Inhalt

2.) Änderung der BSAB-Kontur im Quarzsandtagebau Frechen

Im südwestlichen Bereich des Tagebaus wurde die BSAB-Flächenkontur verkleinert und hat eine etwa viereckige Fläche ausgeschnitten (siehe Abbildung unten: rot markierte Fläche). Der Grund für diese Reduzierung ist uns nicht bekannt. Die Reduzierung der BSAB-Fläche sollte rückgängig gemacht werden. Dies wurde bereits im Rahmen der Beteiligung zum Teilplan NR angemerkt. Die Fläche ist nach wie vor in bergbaulicher Nutzung und Gegenstand von Rahmen- Haupt- und Sonderbetriebsplänen. Sie ist derzeit für eine Zwischennutzung als bergbauliche Nebenanlage (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) mit einem Sonderbetriebsplan genehmigt worden. Ferner liegt unter der Photovoltaikanlagen noch gewinnbarer Rohstoff, dessen Gewinnung nach der Zwischennutzung aus Gründen der Ressourcen- (vollständige Ausschöpfung der Lagerstätte) und Flächenverbrauchseffizienz geboten ist.

Siehe Abbildung 3: Änderungskarte mit roter markierter Verkleinerung des BSAB in der separaten Anlage

[Abbildung 3]

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-31 der Anregung entsprechend angepasst. Die südwestliche Teilfläche (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) ist Bestandteil des zeichnerisch festgelegten BSAB-L-31.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-31 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Inhalt

3.) Änderung der BSN-Darstellung in Weilerswist, Groß-Vernich (ID 1006892)

Im Rahmen der Anregungen zum 1. Planentwurf hat unser Mitgliedsunternehmen [ANONYMISIERT] hier eine Änderung der BSN-Darstellung angeregt. Der Anregung wurde mit dem Hinweis nicht gefolgt, dass die BSN-Darstellung aus dem Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln des LANUV entwickelt worden sei. Für den angesprochenen Bereich sei eine Biotopverbundfläche der Stufe I (herausragende Bedeutung) dargestellt. Eine Änderung der BSN-Darstellung sei daher nicht möglich. Dieser Fall ist ein konkretes Beispiel für die oben dargelegte Auffassung, nach der sich die Aufgabe der Regionalplanung eben nicht darauf beschränkt, die Inhalte der jeweiligen Fachbeiträge unkritisch und ungefiltert zu übernehmen. Vielmehr muss sie die verschiedenen Fachbeiträge gegeneinander und mit eigenen Erkenntnissen abwägen. Wenn der Fachbeitrag des LANUV der benannten Stelle eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund zuschreibt, dann erfolgte diese Zuordnung entweder willkürlich oder sie basierte auf veralteten Fachplanungen. Der naturschutzfachliche Wert ergibt sich jedenfalls nicht aus der aktuellen Flächennutzung: dort befindet sich nämlich das Betriebsgelände des Quarzkies- und Quarzsand-Tagebau Vernich mit Aufbereitungsanlage, Waage, Absatzbecken und entsprechenden Nebengebäuden, dessen herausragender naturschutzfachlicher Wert sich schon daher nicht erschließt. Zwar war dort im Rekultivierungsplan zur ursprünglichen Rahmenbetriebsplanzulassung eine Rekultivierung mit dem Ziel Arten- und Biotopschutz vorgesehen, die die Darstellungen im Fachbeitrag durchaus rechtfertigen könnte. Mit Planfeststellung vom 25.04.2019 wurde aber der Rahmenbetriebsplan erweitert und ein neuer Gesamt-Rekultivierungsplan beschlossen. Dieser sieht den Kernbereich für den Arten- und Biotopschutz nun nicht mehr im Norden des Tagebaus, sondern im Süden mit direktem Anschluss an das NSG 2.1-6, „Straßfelder Fließ“ vor. Der Planfeststellungsbeschluss erfolgte vermutlich nach inhaltlicher Fertigstellung des Fachbeitrags, somit konnte dieser diese Entwicklung also nicht berücksichtigen. Umso mehr ist es nun nach unserer Auffassung die Aufgabe der Regionalplanung, diese fachplanerische Festsetzung in den Darstellungen des Regionalplans zu berücksichtigen. Dabei ist auch der Verweis auf Ziel 2.6 des Fachplanes (dort auf Seite 267) nicht zielführend: Die planfestgestellte Folgenutzung für den benannten Bereich ist Acker, für den dann die Ziele des BSN gelten würden. Eine inhaltliche Einflussnahme auf bereits planfestgestellte Vorhaben kann der Regionalplan dagegen nicht nehmen. Jedenfalls führen die Darstellungen im aktuellen Regionalplan-Entwurf dazu, dass nach Abschluss der Gewinnungstätigkeit die naturschutzfachlich weniger wertvolle Fläche als BSN festgesetzt wäre.

Wir regen daher nochmals an, die BSN-Darstellung entsprechend der Abbildung 4 zugunsten von BSLE zurückzunehmen und stattdessen im Südwesten die BSN-Darstellung zu ergänzen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Laut § 6 LNatSchG sind die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Förderung der Biodiversität nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammen im Regionalplan darzustellen. Die Regionalpläne erfüllen die Funktionen von Landschaftsrahmenplänen im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes. Zudem sind im Bundesnaturschutzgesetz in § 21 die Regelungen zum Biotopverbund und zur Biotopvernetzung enthalten. Insbesondere im BNatSchG § 21 Abs. 6 ist geregelt, dass auf regionaler Ebene in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften zur Vernetzung von Biotopen erforderlichen linearen und punktförmigen Elemente, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, zu erhalten sind und dort, wo sie nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind, zu schaffen (Biotopvernetzung) sind. In § 18 Abs. 2 LPiG stellen Regionalpläne regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege dar.

Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege (LANUV 2019) stellt laut § 8 LNatSchG die rechtliche Grundlage für die Abgrenzungen der Festlegungen zu den Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) des Regionalplans in seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan dar. Der Fachbeitrag definiert insbesondere welche Flächen als herausragend bedeutsam (= Stufe I) für den regionalen Biotopverbund zu bewerten sind. Die Festlegung als BSN entspricht einer ausgewogenen Regionalentwicklung nach Raumordnungsgesetz.

Die regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Abtragungsgeschehens für nichtenergetische Rohstoffe können dem sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) entnommen werden, der parallel zur Neuauftellung des Regionalplans Köln in einem eigenständigen Verfahren erarbeitet wird. Im Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe werden auf Basis eines gesamträumlichen Planungskonzeptes Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) nebst Rekultivierungszielen festgelegt, innerhalb derer das Abtragungsgeschehen für Lockergesteine zukünftig konzentriert werden soll. Auch fachrechtlich bereits genehmigte Abtragungsflächen sowie deren Rekultivierungsplanungen werden dabei nach den Regeln des gesamträumlichen Planungskonzeptes berücksichtigt. Im Übrigen unterliegen Flächen, die bereits rechtswirksam genehmigt wurden, unabhängig von ihrer Lage innerhalb oder außerhalb eines BSAB dem Bestandsschutz.

Siehe Abbildung 4 in der separaten Abbildung

[Abbildung 4]

Bei rechtmäßiger Inanspruchnahme des BSAB treten die zeichnerischen Festlegungen des Gesamtplans zurück. Die Festlegungen des Teilplans NR (insb. BSAB nebst Rekultivierungszielen, Reservegebieten) haben Vorrang vor den Festlegungen des Regionalplans. Der Vorrang der BSAB nebst Rekultivierungsplanungen wird planungsrechtlich dadurch sichergestellt, dass die Festlegungen der Regionalplan-Neuaufstellung innerhalb der BSAB (mittels textlicher Zielformulierung) nur bedingt gelten. Dies wird durch das Planzeichen im Regionalplan "Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine).

AZ: Ö-O-2-330	
1027811	
1033348_001	
<p>Inhalt</p> <p>Wir sind ein im Jahr 1988 gegründeter Verein, der als gemeinnützig anerkannt ist und im Februar 2021 zusätzlich die Anerkennung nach § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen erhalten hat. Im Regionalplan ist das Waldareal an der Autobahnausfahrt der A4 Frankenforst wieder/immer noch als „Allgemeines Siedlungsgebiet“ dargestellt, die Stadt Bergisch Gladbach hat öffentlich kommuniziert, dass dort (sogar) Gewerbeflächen entstehen sollen. umwidmen zu können.</p> <p>Auch in Anbetracht großer Bürgerproteste hat die Bezirksregierung diese Planung als Baugebiet/ Gewerbeflächen aber im neuen Flächennutzungsplan von der Genehmigung ausgenommen. Ein Mangel an Siedlungs/Gewerbeflächen ist in Bergisch Gladbach nicht erkennbar. Das Gelände der ehemaligen Firmen Zanders (35 ha) und Wachendorf bieten u.a. riesige Flächen. Hintergrund des Bestrebens der Stadt ist, dass diese Flächen durch eine verkehrstechnische Fehlplanung schlechter zu erreichen sind als Flächen direkt an der Autobahn. Leider ist bereits ein Teil der angesprochenen Waldfläche mit einem wirksamen Bebauungsplan für den Bau einer Feuerwache umgewidmet worden. Auch hiergegen richtete sich bereits unser Protest im September 2022.</p> <p>Bei den betroffenen Waldflächen handelt es sich um ökologisch höchst wichtiges Staatsforstgelände mit FFH-Prüfzonen im Landschaftsschutzgebiet. Der Wald hat für die Bevölkerung in der angrenzenden Wohnbebauung eine große gesundheitliche Bedeutung durch die Filterwirkung von verkehrsbedingten hohen Luftschadstoffemissionen (Stickoxyde, Feinstaub) und durch die Aufnahme und Umwandlung von CO₂ (Abgrenzung zur A4!). Dass dieses Waldstück durch den Bau der A4 vom übrigen Königsforst abgetrennt wurde, macht es nicht weniger schützenswert.</p> <p>In Anbetracht der Tatsache, dass die Stadt Bergisch Gladbach im Frühjahr 2024 ihr Klimaschutzkonzept veröffentlicht hat, in dem auch die Bedeutung der Waldareale besonders hervorgehoben wurde (was im Übrigen Allgemeinwissen ist), empört es um so mehr, dass immer noch versucht wird, sich eine Hintertür über den Regionalplan offenzuhalten, diesen wichtigen Wald doch noch zu fällen, um auch die Gewerbesteuererinnahmen zu erhöhen. Oberste Priorität müsste allgemein sein, nur noch alte sowieso schon versiegelte, wenn nicht verseuchte Flächen zu nutzen.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Inhalt

Des Weiteren ist die Trasse 286 n auch in der Fortschreibung des Regionalplanes wieder als Straßen- oder Schienenweg enthalten, obwohl die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach dem Stadtrat nach Jahrzehnten des Ringens um eine sinnvolle Planung die Einstellung des Projektes empfohlen hatte. Die technischen und juristischen Argumente sprechen klar gegen diese Anbindungsplanung. Warum die Bezirksregierung 20 Jahre zermürende und erfolglose städtische Verkehrsplanung wiederbelebt und damit weiterhin Ressourcen gebunden werden, statt sie für sinnvolle Alternativen einzusetzen, bleibt unverständlich.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan dargestellt und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).

Die Festlegung des Schienenwegs folgt dem landesplanerischen Auftrag, nicht mehr genutzte, für die Regionalentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern (vgl. LEP Ziel 8.1-11). Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden stillgelegte Strecken als Schienenwege festgelegt, wenn deren Reaktivierung in Bedarfsplänen vorgesehen ist oder sie für die Region von besonderer Bedeutung sind. Entsprechend den textlichen Festlegungen (vgl. Z.29 Bestehendes Schienennetz erhalten) sind Zwischennutzungen möglich, sofern sie den Erhalt der Trasse nicht gefährden. Dies schließt Zwischennutzungen, die der Nahmobilität oder touristischen Zwecken dienen, oder auch trassengebundene Formen des ÖPNV explizit mit ein.

AZ: Ö-O-2-331	
1027707	
1033324_001	
<p>Inhalt</p> <p>Nach Durchsicht des zweiten Planentwurfs für den Regionalplan Köln nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Zu Z.neu4</p> <p>Das Ziel regelt, dass die Festlegungen des Regionalplans innerhalb der im sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) festgelegten BSAB nur bis zum Abbau der nichtenergetischen Bodenschätze und soweit sie der Sicherung der Bodenschätze für die Rohstoffgewinnung nicht entgegenstehen, gelten.</p> <p>Ausnahmsweise können im Regionalplan festgelegte Zwischen- bzw. Nachnutzungen innerhalb von BSAB möglich sein, sofern diese mit dem Abbau, der Rohstoffsicherung und der Rekultivierung vereinbar sind.</p> <p>Gemäß der Begründung zu 5.4 Nicht energetische Rohstoffe soll so zusammengefasst eine geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sichergestellt werden. Somit sei die Rangfolge der jeweiligen Festlegungen eindeutig und abschließend geregelt.</p> <p>Allerdings ist eine, wenn auch nur bedingte, Festlegung insbesondere eines BSN oder Erneuerbarer Energien innerhalb eines BSAB mit einer zukünftigen Rohstoffgewinnung per se nicht vereinbar.</p> <p>Es ist zwar erklärtes Ziel der Regionalplanung eine widerspruchsfreie, aufeinander abgestimmte Planungsentscheidung mittels Regionalplan einerseits und Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe andererseits zu schaffen. Dieses Ziel wird aber in dem Moment verfehlt, in dem Teilplan und Regionalplan nicht gleichzeitig gelten. Denn die BSAB des Regionalplans gelten nur nachrichtlich. In dem Fall, dass der Regionalplan vor dem Teilplan zugelassen wird oder in dem Fall, dass der Teilplan durch eine Gerichtsentscheidung ganz oder teilweise aufgehoben wird, gelten die bedingten Festlegungen des Regionalplans.</p> <p>Dies hätte zur Folge, dass beispielsweise eine bergrechtliche Planfeststellung nicht genehmigt werden könnte, da der eigentlich gewollten bergbaulichen Inanspruchnahme das endabgewogene Ziel eines BSN oder Erneuerbarer Energien im Regionalplan entgegenstünde.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Das Z. neu4 <i>Geordnete Entwicklung innerhalb der BSAB und Reservegebiete des sachlichen Teilplans Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) sicherstellen</i> (Teilplan NR) wird aufrechterhalten. Die bedingten Festlegungen des Regionalplanes sind erforderlich, um eine räumliche Entwicklungsperspektive vorzuhalten für den Fall, dass vorgesehene Abgrabungsnutzungen aus rechtlichen und/ oder tatsächlichen Gründen endgültig scheitern und Festlegungen des Teilplans NR in der Folge faktisch nicht umsetzbar und damit funktionslos sind. Die Festlegungen des Regionalplans erfüllen dann eine Auffangfunktion, wodurch eine geordnete Sicherung bzw. Entwicklung bestehender (Frei-)Raumqualitäten sichergestellt wird.</p> <p>Die Zielfestlegung Z. neu4 sowie die dazugehörigen Erläuterungen werden jedoch im Hinblick auf das Verhältnis von Regionalplan zum Teilplan NR klarstellend redaktionell angepasst.</p> <p>Mit der Überarbeitung des Z. neu4 wird der Vorrang der Festlegungen des Teilplans NR vor den Festlegungen des Regionalplanes klargestellt. Die Festlegungen des Regionalplans gelten nur, soweit sie der Verwirklichung des Teilplans NR nicht entgegenstehen. Der Zeitpunkt bzw. die Fallgestaltung für die Bindungswirkung des Regionalplans und des Teilplans NR werden erläutert. Die Zwischen- bzw. Nachnutzungen im Sinne des Z. neu4 werden klarstellend definiert sowie deren Vereinbarkeit mit den Rekultivierungsfestlegungen des Teilplans NR herausgestellt. Des Weiteren wird der Bestandsschutz für vorhandene Abgrabungen klarstellend verdeutlicht. Durch die Festlegungen des Regionalplans werden bestehende Abgrabungsrechte unabhängig von der fachrechtlichen Genehmigungsgrundlage nicht berührt bzw. eingeschränkt. Das Kapitel 5.4 Nichtenergetische Rohstoffe wird entsprechend angepasst bzw. fortgeschrieben.</p> <p>Darüber hinaus erfolgt in den Erläuterungen zu Z.18 <i>RG sichern und vor Inanspruchnahme schützen</i>, Z.19 <i>Konsistentes regionales Biotopverbundsystem durch BSN sichern</i>, Z.22 <i>Waldbereiche erhalten und entwickeln</i>, Z.24 <i>Oberflächengew</i></p>

Die bedingten Festlegungen **gefährden** demnach die, im **Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (LEP NRW)** gesicherte, zukünftige Rohstoffversorgung mit standortgebundenen Bodenschätzen.

Wir lehnen Z.neu4 daher ab und fordern die Streichung des Ziels.

ässer sichern, Z.26 Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) sichern, Z.27 Überschwemmungsbereiche (ÜBB) erhalten und entwickeln und Z.41 Standorte für Abfalldeponien sichern die Klarstellung, dass wenn diese Festlegungen sich mit im Teilplan NR festgelegten BSAB überlagern, sie nur insoweit gelten, als die bestimmungsgemäße Nutzung in den Bereichen nicht beeinträchtigt wird (vgl. Teilplan NR).

Auch die Textlichen Festlegungen und die Begründung des Teilplans NR werden im Hinblick auf das Verhältnis zum Regionalplan klarstellend überarbeitet.

Es handelt sich um redaktionelle Änderungen bzw. Klarstellungen ohne inhaltliche oder rechtliche Relevanz. Eine erstmalige oder stärkere Berührung von Belangen ist nicht gegeben. Weitergehende Änderungen werden nicht vorgenommen, da diese nicht der Plankonzeption entsprechen.

1033324_002	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Hinweis</p> <p>Ausgleichsvorschlag Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Erläuterung Es werden Hinweise zum sachlichen Teilplan Nicht Energetische Rohstoffe gegeben. Die Abwägungsvorschläge zur Stellungnahme der [ANONYMISIERT] können den Stellungnahmen-ID 1033899_001 bis 1033899_006 entnommen werden.</p>
<p>Darüber hinaus verweisen wir auf unsere Stellungnahme zum zweiten Planentwurf zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe vom 25. Juni 2024 (Anlage) und unterstützen vollumfänglich die Stellungnahme der [ANONYMISIERT].</p>	

1033324_003

Inhalt

Nach Durchsicht des zweiten Planentwurfs für den Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) nehmen wir wie folgt Stellung:

Zu BSAB-L-31

[Abbildung]

Im südwestlichen Bereich des Tagebaus wurde die BSAB-Flächenkontur wie dargestellt verkleinert. Dies lehnen wir ab. Die Fläche ist nach wie vor in bergbaulicher Nutzung und Gegenstand von Rahmen- Haupt- und Sonderbetriebsplänen. Sie ist derzeit für eine Zwischennutzung als bergbauliche Nebenanlage (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) mit einem Sonderbetriebsplan genehmigt. Zudem liegt unter der Photovoltaikanlagen noch gewinnbarer Rohstoff, dessen Abbau nach der Zwischennutzung aus Gründen der Nachhaltigkeit und Flächenverbrauchseffizienz, im Zuge der vollständigen Ausschöpfung der Lagerstätte geboten ist.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Die zeichnerische Festlegung wird geändert.

Die nachrichtlich dargestellten räumlichen Umgriffe der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) gemäß Regionalplan Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine) - nachfolgend Teilplan NR - beziehen sich auf den zweiten Planentwurf zum Teilplan NR (Stand April 2024). Im überarbeiteten dritten Planentwurf zum Teilplan NR wurde die zeichnerische Festlegung des in Rede stehenden BSAB-L-31 der Anregung entsprechend angepasst. Die südwestliche Teilfläche (Photovoltaikanlage zur Versorgung des bergbaulichen Betriebs) ist Bestandteil des zeichnerisch festgelegten BSAB-L-31.

Die nachrichtliche Darstellung des BSAB-L-31 wird im weiteren Planverfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln entsprechend korrigiert.

Inhalt

Ich bin gegen die Änderung des neuen Regionalplans für das Gebiet 127 der entsprechenden Flächen entlang der Autobahn A4 der betroffenen Stadtteile Lustheide (Refrath) und Frankenforst (Bensberg) in Bergisch Gladbach. Die geplante Änderung von „Waldfläche zum Schutz der Natur“ ist nicht akzeptabel. Nach jeder Wahl versichern Politiker, dass sie die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger verstanden haben. Doch diese Versprechen erscheinen zweifelhaft, wenn man die Situation in Lustheide und Frankenforst betrachtet. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadtteile haben sich bereits zweimal gegen die Bebauung des Gebiets 127 gewehrt. Der erste Widerstand begann 2011 und endete 2013 mit einem Kompromiss. Im Planungsausschuss vom 16. Juli 2013 wurden folgende Ergebnisse beschlossen:

- Der ursprüngliche Bebauungsplan BP-Nr. 6540 für das Gewerbegebiet wurde aufgehoben.
- Auch die Änderung des Flächennutzungsplans wurde aufgehoben.
- Eine Erschließung kann nur über das Gelände von [ANONYMISIERT] erfolgen.
- Ankauf, Enteignung und Abriss angrenzender Wohngebäude sind „vom Tisch“.

Ein weiterer Versuch, das Gebiet zu bebauen, erfolgte 2018. Innerhalb kürzester Zeit formierte sich erneut Widerstand. Die Petition „Rettung des sog. Frankenwaldes“ erhielt über 4.000 Unterschriften und richtete sich an den Petitionsausschuss des Landtags NRW, die Bezirksregierung Köln und den Rat der Stadt Bergisch Gladbach. Der 2019 verabschiedete und bis 2035 gültige Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach weist diese Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen zuvor als Gewerbeflächen vorgesehen waren. Die Politik sollte zu ihren Kompromissen der Vergangenheit stehen. Wenn diese Kompromisse immer wieder aufgekündigt werden, könnte dies das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Institutionen weiter untergraben. Dies schafft nicht nur Frustration und Enttäuschung, sondern bietet auch einen fruchtbaren Boden für populistische Parteien, die von der Unzufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger profitieren. Ein weiteres Problem, das zur Politikverdrossenheit beiträgt, sind die oft sehr kurzen Fristen für Bürgerinnenbeteiligungen. Eine Frist von nur vier Wochen ist für viele Bürgerinnen und Bürger schlichtweg zu kurz, um sich umfassend zu informieren und eine fundierte Stellungnahme abzugeben. Besonders betroffen sind Menschen aus bildungsfernen Familien, die möglicherweise nicht über die notwendigen Ressourcen oder das Wissen verfügen, um sich schnell und effektiv in komplexe politische Prozesse einzubringen. Diese kurzen Fristen erschweren es ihnen, ihre Stimme zu

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

erheben und ihre Interessen zu vertreten, was zu einem Gefühl der Ohnmacht und des Ausschlusses führen kann. Um die Bürgerinnenbeteiligung zu stärken und eine breitere Partizipation zu ermöglichen, sollten die Fristen verlängert und die Unterstützung für benachteiligte Gruppen verbessert werden. Der Regionalplan, als forstlicher Rahmenplan, hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies wird hier jedoch nachweislich nicht erreicht:

- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes: In der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von derzeit rund 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Bis zum Jahr 2050 soll ein Netto-Flächenverbrauch von Null erreicht werden. Auf den Seiten des BMUV heißt es dazu: „Diese Zielerreichung kann gelingen, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden.“
- Missachtung der EU-Natur-Wiederherstellungsverordnung: Diese Verordnung, die am 18. August 2024 in Kraft trat, besagt, dass städtische Ökosysteme bis 2030 keinen Nettoverlust an Grünflächen und Baumüberschirmung erleiden dürfen und danach weiterwachsen sollen.
- Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten: Diese Gebiete liegen in der Trinkwasserschutzzone 3 und sind im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben.
- Missachtung von festgesetzten Überschwemmungsgebieten laut RBK im Rheinisch-Bergischen Kreis, hier in Bergisch Gladbach: Frankenforstbach: Die Umwandlung von Waldflächen in Mischgebiete birgt erhebliche Risiken für Überschwemmungen insbesondere in festgesetzten Überschwemmungsgebieten wie Frankenforst (laut Amtsblatt der Bezirksregierung Köln in der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes vom 9.12.2013 benannt). Waldflächen ermöglichen eine natürliche Versickerung von Wasser, da der Boden durchlässig ist und das Wasser aufnehmen kann. Im Gegensatz dazu lassen Mischgebiete, abhängig vom Bodenbelag, Wasser schwerer versickern. Asphaltierte Flächen und Gebäude versiegeln den Boden, was zu einer erhöhten Oberflächenabflussrate führt. Ein weiteres Problem stellt das Gefälle (von ca. 10m) zwischen dem Gebiet des Frankenforstbaches und dem Waldstück an der Brüderstraße dar. Dieses Gefälle begünstigt das Fließen von Wassermassen vom Frankenforstbach in Richtung Autobahn und weiter zu den umliegenden Häusern. Bei starken Regenfällen kann dies zu erheblichen Überschwemmungen führen, da das Wasser nicht ausreichend versickern kann und stattdessen schnell abfließt. Die aktuelle Karte der Überschwemmungsgebiete im Rheinisch-Bergischen-Kreis stammt aus dem Jahre 2013 und ist somit veraltet. Es ist dringend erforderlich, die Flurstücke neu auszuweisen und die Informationen über bestehende und mögliche Überschwemmungsgebiete zu aktualisieren. Eine neue Berechnung dieser

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungspotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Gebiete ist notwendig, um die aktuellen Gegebenheiten und Veränderungen in der Landschaft zu berücksichtigen. Die Sorge besteht, dass durch die Umwandlung des Waldstücks Frankenforst in Wohn- und Gewerbegebiete die Überschwemmungen zunehmen und andere Stadtgebiete gefährdet werden, z.B. Refrath, Kaule, Kippekausen. Das Problem würde sich somit verlagern, anstatt gelöst zu werden. Es ist daher von großer Bedeutung, die potentiellen Auswirkungen der zunehmenden, veränderten Wetterextremen sorgfältig zu prüfen und Maßnahmen zu ergreifen, um die Risiken für die Bürgerinnen und Bürger zu minimieren.

Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen:

- **Lärm-Emissionen:** Die Lärmwerte durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang der Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg und Dolmannstraße überschreiten bereits die zulässigen Werte. Der Bau von Erschließungsstraßen und die geänderte Verkehrsführung würden die Lärm- und Stickstoffoxidemissionen weiter erhöhen.
- **Gesundheitliche Folgen von Lärmbelastung:** Direkte Auswirkungen auf das Gehör: Sehr laute Geräusche über 130 Dezibel oder anhaltende laute Geräusche können das Gehör schädigen, es kann z.B. zu Tinnitus kommen. Indirekte Auswirkungen des Lärms kann zu Stress, Schlafstörungen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führen. Durch eine permanente Lärmbelastung kann eine Schwerhörigkeit entstehen.
- **Vergangene Zunahme der Lärm-Emissionen:** Der Verkehr auf der Autobahn A4 und der Flugverkehr, insbesondere von den Lärmbelastungen der nächtlichen Frachtflugzeuge, haben bereits zu einer starken Zunahme der Lärm-Emissionen geführt.
- **Nadelöhr Lustheide (L136):** Diese Straße stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhre auf dem Weg zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar. Bestehende Waldflächen mit altem Buchen- und Eichenbestand sind von großer Bedeutung für die Umwelt und das Ökosystem:
- **Biodiversität:** Alte Buchen- und Eichenwälder bieten Lebensraum für eine Vielzahl von Pflanzen und Tieren. Diese Wälder sind oft Heimat für seltene und gefährdete Arten, die in jüngeren oder weniger vielfältigen Wäldern nicht überleben könnten.
- **Feinstaubfilter:** Der Wald dient als Barriere und Filter für Emissionen von der Autobahn sowie für jegliche Lärmemissionen.
- **Wasserregulierung:** Wälder spielen eine entscheidende Rolle bei der Regulierung des Wasserhaushalts. Sie helfen, den Wasserfluss zu stabilisieren, Überschwemmungen zu verhindern und die Wasserqualität zu verbessern, in dem sie Schadstoffe filtern.
- **Klimaregulation:** Wälder beeinflussen das lokale Klima, indem sie Schatten spenden und die Lufttemperatur regulieren. Das Waldstück trägt zur Kühlung der Umgebung bei und schafft ein angenehmeres Mikroklima.
- **Naherholungsgebiet:** Der Waldabschnitt bietet Erholungsmöglichkeiten, „grüne

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche

Oasen“ im urbanen Gebiet Refraths/Frankenforst und trägt zur physischen und psychischen Gesundheit von den Bürgerinnen und Bürgern bei. Waldspaziergänge können Stress reduzieren, das Waldstück wird während den Mittagspausen gerne genutzt und es steigert das Wohlbefinden.

Allgemeine Siedlungsbereiche in Bergisch Gladbach:

- Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach: In ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 fordert die Stadt Bergisch Gladbach die Umnutzung des Zanders-Areals, das im derzeitigen Entwurf noch als GIB festgelegt ist, in einen allgemeinen Siedlungsbereich (ASB). Dadurch wurden 18 Hektar zusätzliche ASB-Flächen ausgewiesen.
- Unverständnis über zusätzliche Umnutzung: Es ist nicht nachvollziehbar, warum die vergleichsweise kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als ASB unterliegen sollen. Eine erneute Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als Regionale Grünzüge und/oder Bereiche zum Schutz der Natur statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich sollte meiner Meinung nach unbedingt erfolgen.

Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-342	
1027860	
1033427_001	
Inhalt	<p>Grundsätzlich empfinden wir weiterhin, dass der notwendigen Klima- und Verkehrspolitik zu wenig konkrete Ziele im Planentwurf eingeräumt werden.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. insbesondere ID 1002552_001 bis 1002552_005 sowie 1002552_041 bis 1002552_049 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

1033427_002

Inhalt

Weiterhin bemängeln wir, dass obwohl der Bedarf an ASB-Flächen deutlich höher ist als nach GIB-Flächen, die GIB-Flächen mehr Ziele und Sondermöglichkeiten erhalten. Hier besteht ein deutliches Ungleichgewicht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme ist inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1002552_015 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

1033427_003

Inhalt

Gesamter Planentwurf

Der gesamte Planentwurf widerspricht der Reduzierung von „Flächenfraß“. Es werden weiterhin Flächen ausgewiesen, jedoch ohne eine dreidimensionale Raum- und Landesplanung ansatzweise in Erwägung zu ziehen. Eine Abwägung mit einer immer wichtiger werdenden Klimaresilienz erfolgt nicht.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Die Stellungnahme aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten. (vgl. ID 1002552_010 1. Offenlage).

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Inhalt

6.6-2 LEP NRW

Text/Planteil 1006011

Der Änderung wird widersprochen, da hier der Regionale Grünzug klar unterbrochen wird. Durch die Änderung in ein ASB, sind mehr Bebauungsoptionen möglich, die den Grünzug baulich unterbrechen können.

Abwägung**Typ**

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen.

In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf

	Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.
--	---

Inhalt

Z. 22

Text/Planteil 1003657

Frechen – GIB „Wachtberg I“ soll um „Wachtberg II“ (ca. 12,8 ha) erweitert werden. Diese Erweiterung im Zweiten Planentwurf erfolgt auf Anregung der Stadt Frechen zur Förderung kommunaler Entwicklungsabsichten, vor dem Hintergrund des Strukturwandels und der Anbindung an „Wachtberg I“. Im ersten Planentwurf war die Fläche noch als Wald mit Schutzfunktionen (BSLE, Regionaler Grünzug) ausgewiesen. Der Rhein-Erft-Kreis sieht die industrielle Nutzung kritisch aufgrund der Bedeutung des Pappelmischwaldes für die Biodiversität und eines Waldanteils von nur 11 % in der Region. Die Fläche liegt im LSG 2.2-5 und ist Teil der Biotopverbundfläche VB-K-5106-005, wichtig für den überregionalen Grünverbund der Ville. Eine vorgeschlagene Ausgleichsfläche erfüllt nicht die Anforderungen, da sie bereits Gehölze aufweist. Die Fläche ist dazu noch im Bergrecht und kann daher nicht als vollständige Waldkompensation nach Z. 22 betrachtet werden. Es wird empfohlen, die Erweiterung des GIB nicht vorzunehmen oder alternative Ausgleichsflächen zu finden, die nicht bereits bewaldet sind und sich in der Nähe befinden.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Der Abwägungsvorschlag entsprechend der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten (vgl. ID 1003657).

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

In Bezug auf die Festlegung Wald gilt:

Die Waldbereiche im Regionalplan Köln werden im gesamten Regierungsbezirk sofern sie die Größenordnung von mindestens 10 ha erreichen, zeichnerisch festgelegt. Gemäß Grundsatz 7.3-3 LEP NRW zählen Kommunen mit einem Waldanteil unter 20 % zu waldarmen Gebieten (siehe hierzu Erläuterungskarte F7). In diesen wurden darüber hinaus Wälder ab einer Fläche von 5 ha als Waldbereiche festgelegt.

Die Grundlagen für die zeichnerische Festlegung der Waldbereiche stellen die digitalen Daten des amtlichen Topographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2017) dar. Flächen für die Waldentwicklung wurden festgelegt, sofern diese bekanntermaßen – z. B. als Waldersatz, als Rekultivierung oder gemäß örtlicher Konzepte zur Waldvermehrung oder Kompensation – künftig als Waldflächen in relevanter Größenordnung vorgesehen sind. Sofern Teile der ermittelten Waldflächen als kleinteilige lineare Ausläufer (in der Regel < 100 m Breite) in Siedlungsbereiche hineinragen, wurden diese nicht als Waldbereiche festgelegt. Gleiches gilt für kleine Waldflächen (< 10 ha) innerhalb von Siedlungsbereichen ohne Anbindung an den Freiraum.

Der Ausgleich des in Anspruch genommenen Waldbereiches ist auf

	regionalplanerischer Ebene durch die regionalplanerische Sicherung des neuen Waldbereiches erfolgt. Die Erfordernisse der Eingriffsregelung aus der Bauleitplanung bleiben hiervon unberührt.
--	---

1033427_006

Inhalt

7.4-3

Text/Planteil 1010679

Die geplante Erweiterung des Deponiestandorts der Firma Rhiem in Erftstadt-Erp wirft erhebliche Bedenken auf, insbesondere wegen der Nähe zur künftigen Wasserschutzzone IIIb Dirmerzheim ab 2050. Trotz der Lage außerhalb des aktuellen Wasserschutzgebiets würde eine solche Ausweisung langfristige Folgen für die Trinkwasserversorgung haben. Da seit der ursprünglichen Regionalplanänderung keine neuen Erkenntnisse vorliegen und ein Wasserschutzgebietsverfahren nicht eingeleitet wurde, wird die Erweiterung kritisch gesehen, da Deponien in Wasserschutzgebieten gemäß technischen Richtlinien nicht zulässig sind. Die Bedeutung des Wasserwerks Dirmerzheim für die Region ist erheblich, da es künftig wichtige Versorgungsaufgaben übernehmen muss, vor allem wegen der Sulfatbelastung anderer Wasserwerke. Die regionale Planung, welche die Erweiterung des Deponiestandorts vorsieht, widerspricht den bisherigen Plänen zur Rekultivierung der Fläche als Wald. Diese Nutzungskonflikte, zusammen mit der unzureichenden Begründung des Bedarfs, stellen ein Hindernis für die Umsetzung der Erweiterung dar. Darüber hinaus unterliegt das Gebiet noch dem Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe, wo es mit dem Rekultivierungsziel Wald, ausgewiesen ist. Dieses Ziel lässt sich mit den Planungen nicht vereinbaren.

Eine Erweiterung des Deponiestandorts wird angesichts offener Fragen zum Trinkwasserschutz, nicht aufgelöster Konflikte zwischen Planungsprozessen und fehlendem Bedarfsnachweis abgelehnt. Im Umweltbericht müssen Korrekturen vorgenommen werden, da die Darstellung der Fläche nicht mit den Planungen übereinstimmt. Falls zukünftig neue Erkenntnisse vorliegen, könnte eine separate Überarbeitung des Regionalplans erfolgen.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird gefolgt.

Erläuterung

Der Stellungnahme ist entsprochen (s. StnID 1033358_024).

AZ: Ö-O-2-349	
1027776	
1033457_001	
<p>Inhalt</p> <p>ABGRABUNGS- UND DEPONIESTANDORT MÜLLENDORF Regierungsbezirk Köln, Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Würm, Flur 9, innerhalb des bestehenden BSAB und auf unmittelbar daran angrenzenden Flächen Anregung für das Regionalplanverfahren</p> <p>[INHALTSVERZEICHNIS, Nicht mit eingefügt - siehe Anhang]</p> <p>0. ANREGUNG ZUR ZEICHNERISCHEN DARSTELLUNG Es wird angeregt, im neuen Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln im Bereich der Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Würm, Flur 9 innerhalb des vorgesehenen BSAB und auf unmittelbar daran angrenzenden Flächen eine Mineralstoffdeponie darzustellen.</p> <p>Die Festlegung der Deponieklasse soll unter Berücksichtigung der aktuellen Situation am Markt erfolgen. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist die Errichtung einer DKI-Deponie vorgesehen.</p> <p>[Abbildung]</p> <p>1. ANLASS, GEGENSTAND UND ERFORDERNIS DER ANREGUNG Die Firma SP Recycling GmbH aus Geilenkirchen regt bei der Regionalplanungsbehörde an, im Rahmen der Gesamt-Überarbeitung des Regionalplans Köln eine Abfalldeponie für mineralische Abfälle am bestehenden Standort Müllendorf darzustellen.</p> <p>Die Tätigkeiten der Firma SP Recycling GmbH am Standort umfassen den Sand- und Kiesabbau, die Aufbereitung und Veredelung der gewonnenen Rohstoffe, das Bauschutt-Recycling und den Betrieb einer mechanisch-biologischen Kompostierungsanlage. In Ergänzung hierzu ist es geplant, eine Bodenaufbereitungswäsche am Standort zu errichten.</p> <p>[Abbildung] <i>Lageplan</i></p> <p>Der Standort des bestehenden Betriebsgeländes wurde in der Vergangenheit zunächst zur Rohstoffgewinnung und anschließend als Hausmülldeponie für Siedlungsabfälle genutzt. In den amtlichen Kartenwerken (z.B. DTK 25) wird dieser Standort noch heute als Deponie bezeichnet.</p> <p>Die angeregte Fläche umfasst in der dargestellten Form etwa 20 ha. Sie setzt sich</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ</p> <p>Ausgleichsvorschlag</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Bei dem im Vergleich zum ersten Planentwurf ergänzten Planzeichen "Räumlicher Umgriff der Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) bzw. Reservegebiete gemäß sachlichen Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)" handelt es sich lediglich um eine nachrichtliche Übernahme, nicht jedoch um einen geänderten Planinhalte. Dem Stellungnehmenden bleibt unbenommen nach Rechtswirksamkeit des Regionalplans einen Antrag auf vorhabenbezogene Regionalplanänderung zur Sicherung des Deponiestandorts zu stellen.</p>

zusammen aus der bestehenden Abgrabung⁴, der geplanten Abgrabungserweiterung und dem dazwischen gelegenen Flurweg.

Zur langfristigen Sicherung des Fortbestands beabsichtigt die Firma SP Recycling GmbH, neben der Rohstoffgewinnung mit anschließender Wiederverfüllung am Standort Müllendorf, auch die Entsorgung mineralischer Abfälle langfristig zu konzipieren und zu planen. Die Mineralstoffdeponie soll als Ergänzung zu der bereits genehmigten Recyclinganlage errichtet und betrieben werden. Darüber hinaus sollen auch die nicht verwertbaren Bestandteile aus der geplanten Bodenaufbereitungswäsche am Standort entsorgt werden. In dem Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen wurde das bestehende Betriebsgelände bereits als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Bauschuttrecyclinganlage, Betonanlage, Bodenbehandlungsanlage und Kompostieranlage ausgewiesen". Dies ermöglicht bereits heute und auch zukünftig den Betrieb von deponiedienlichen Aufbereitungsanlagen. Im Anschluss an die Abgrabungstätigkeit sollen zukünftig neben der Verfüllung von Bodenaushub auch bautechnisch nicht mehr verwertbare mineralische Reststoffe umweltverträglich am Standort Müllendorf abgelagert werden. Ein Teil der ohnehin geplanten Verfüllung könnte dann in Form einer Mineralstoffdeponie erfolgen. Durch die Errichtung einer Mineralstoffdeponie können die Aufbereitungsanlagen vor Ort noch effektiver genutzt werden, da mineralische Abfälle ohne weitere Transportbewegungen vor Ort entsorgt werden können. Eine Annahme und Ablagerung von Hausmüll oder Sondermüll soll nicht erfolgen.

1.1 Lage, Genehmigungen und Sachstand Regionalplan, nichtenergetische Rohstoffe

Der Standort Müllendorf befindet sich in der landwirtschaftlichen Flur zwischen den Städten Geilenkirchen und Linnich, südlich der Ortschaft Müllendorf. Über die unmittelbar benachbarte K 24 sowie die L 365 ist das Vorhabensgebiet hervorragend an das regionale und überregionale Verkehrsnetz angebunden.

Die genehmigte Trockenabgrabung Müllendorf mit anschließender Verfüllung liegt im Kreis Heinsberg, Stadt Geilenkirchen, Gemarkung Würm, Flur 9. Für den Abbau und die Verfüllung der bestehenden Abgrabung liegt ein Bescheid vom 17.02.2021 mit dem Geschäftszeichen 70 80 02/Te vor.

Für die geplante Erweiterungsfläche liegt ein abgrabungsrechtlicher Vorbescheid vor. Auf Grundlage des Vorbescheids ist es geplant, die bestehende Abgrabung zu erweitern. Der Genehmigungsantrag "Antrag auf Erweiterung einer Trockenabgrabung" wird kurzfristig beim Kreis Heinsberg eingereicht.

Im Rahmen des 1. und des 2. Planentwurfs des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe, wurde der Standort Müllendorf bereits großflächig als zukünftiges BSAB dargestellt. Der im aktuellen 2. Planentwurf des Regionalplans, Teilplan nichtenergetische Rohstoffe dargestellte BSAB (schwarze Zackenlinie in Abbildung 2) umfasst die bestehende Abgrabung und den überwiegenden Teil der geplanten Erweiterung.

Die Darstellung des BSAB im 2. Planentwurf des Regionalplans, Teilplan

nichtenergetische Rohstoffe, deutet bereits auf die hervorragende Eignung des Standorts Müllendorf zur Rohstoffgewinnung und Verfüllung hin. Um den Betriebsstandort langfristig zu sichern und weiter auszubauen, sollen die bestehende Abgrabung, die geplante Erweiterung sowie die dazwischen liegenden Flächen im Anschluss an die Rohstoffgewinnung im Regionalplan zeichnerisch als "Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie" abgebildet werden.

[Abbildung] *Teilplan nichtenergetische Rohstoffe (BSAB), 2. Planentwurf*

Die derzeitige Darstellung im Planentwurf des Gesamt-Regionalplans als "Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (AFAB)", auf Teilflächen überlagert von der Darstellung "Bereich zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)" soll zusätzlich zu der Darstellung als zukünftiges BSAB durch die zweckgebundene Darstellung "Bereich für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbestimmung Abfalldeponie" ergänzt werden.

1.2 Erfordernis der Anregung

Die langfristig geplante Deponierung von Mineralstoffen bedarf der Planfeststellung nach § 35 Absatz 2 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Gemäß § 4 Raumordnungsgesetz (ROG) sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen öffentlicher Stellen, sowie bei Entscheidungen öffentlicher Stellen, über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen von Personen des Privatrechts, die der Planfeststellung oder der Genehmigung mit der Rechtswirkung der Planfeststellung bedürfen, die Ziele der Raumordnung zu beachten sowie Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung in der Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.

Der Landesentwicklungsplan (LEP) NRW legt als Ziel fest, dass raumbedeutsame und für die Entsorgung von Abfällen erforderliche Deponien zu sichern sind. Der Regionalplan konkretisiert dieses Ziel indem festgelegt wird, dass regional bedeutsame Abfalldeponien nur innerhalb der im Regionalplan dargestellten Standortbereiche zulässig sind. Mit Erlass der Staatskanzlei des Landes NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV) des Landes NRW vom 11.03.2011 soll eine landesweit einheitliche Vorgehensweise bei der Darstellung von Abfalldeponien in Regionalplänen erreicht werden. Demnach sollen Deponien der DK III, II und I zeichnerisch dargestellt werden, da diese in der Regel einen Flächenbedarf von mehr als 10 ha aufweisen und somit als raumbedeutsam im Sinne des § 3 Absatz 1 Nr. 6 ROG gelten.

Vorhabensgegenstand ist eine öffentlich zugängliche Deponie, auf der gewerbliche Abfälle deponiert werden. Ausgehend von den bisherigen Anforderungen an die Verfüllung wird von der Firma SP Recycling GmbH aus Geilenkirchen die Errichtung und der Betrieb einer Mineralstoffdeponie der Klassen 0 und I angestrebt.

Die Rohstoffgewinnung, die Verfüllung von Bodenaushub sowie die Aufbereitung und das Recycling von Mineralstoffen gehören seit vielen Jahren zum Kerngeschäft der SP

Recycling GmbH. Nach Einschätzung der Vorhabensträgerin besteht eine sehr hohe Nachfrage nach Deponieraum zur Ablagerung mineralischer Abfälle.

Bisher war es erforderlich, die nicht mehr verwertbaren Reststoffe aus der eigenen Recyclinganlage extern zu entsorgen, was im Vergleich zu einer Entsorgung am eigenen Standort zu zusätzlichen Verkehrsbewegungen führt.

In den letzten Jahren erfolgte bereits sukzessive eine Anpassung und Verschärfung der gesetzlichen Regelwerke hinsichtlich der Einhaltung von Zuordnungswerten im Rahmen der Verfüllung von Bodenmaterial. Die am 31.08.2023 in Kraft getretene Mantelverordnung führte in Bezug auf die Verwertung von Bodenmaterial zu einer Anpassung von einzuhaltenden Grenzwerten. Demnach ist es absehbar, dass die ohnehin bereits hohe Nachfrage zur Ablagerung mineralischer Abfälle bestehen bleibt und gegebenenfalls noch weiter zunimmt. Dies würde bedeuten, dass weiterhin ein hoher Bedarf zur Ablagerung mineralischer Abfälle besteht. Bei dem Standort Müllendorf handelt sich demnach um einen abfallwirtschaftlich erforderlichen und geeigneten Standort.

1.3 Generelle Standorteignung

Als wesentliches Planungsziel strebt die SP Recycling GmbH eine regionalplanerische Darstellung für eine Mineralstoffdeponie an, um deren Standortgunst gezielt zu nutzen.

Die am Standort Müllendorf bereits bestehende Entsorgungsinfrastruktur soll weiterhin genutzt und durch eine Mineralstoffdeponie ergänzt werden. Durch die Darstellung des Betriebsgeländes im derzeit gültigen Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen als Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung "Bauschuttrecyclinganlage, Betonanlage, Bodenbehandlungsanlage und Kompostieranlage ist bereits gewährleistet, dass der Deponie dienliche Aufbereitungsanlagen in unmittelbarer Nähe langfristig betrieben werden können.

Der Standort Müllendorf ist seit langer Zeit ein etablierter Standort für die Rohstoffgewinnung und die Verfüllung von Bodenmaterial, der gesamte Standort ist durch die derzeitige Betriebstätigkeit vorgeprägt. Eingriffe in Natur und Landschaft können somit erheblich reduziert werden. Daraus ergibt sich, das Vorhaben sinnvollerweise an den Standort zu binden. Das Planungsziel wäre an einem neuen unbelasteten Standort nicht zu erreichen.

Neben der Gewinnung von Sand und Kies wird auch die 2 bis 5 m mächtige Lehmschicht zur Weiterverarbeitung abgebaut. Das Material kann auch den Deponiebau genutzt werden. Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung des Materials hat ergeben, dass das Material nach einem entsprechenden Einbau sehr hohe Dichtigkeiten bezüglich der Durchlässigkeit von Wasser aufweist und für den Deponiebau geeignet ist. Der bereits im großen Umfang vor Ort vorhandene und bautechnisch geeignete Lehm stellt in Bezug auf den geplanten Deponiebau einen weiteren Standortvorteil dar, da dieses Material nicht mehr extern beschafft und antransportiert werden muss.

Vorhabensgegenstand ist eine gewerbliche, öffentlich zugängliche Deponie, auf der Abfälle abgelagert werden, die dem öffentlichen Entsorgungsträger nicht angedient werden. Die Entsorgung vergleichbarer Abfälle erfolgt zum größten Teil auf öffentlich zugänglichen Boden- und Bauschuttdeponien, die von privaten Unternehmen betrieben werden. Somit fällt die Deponie nicht unter das Regelungsregime des ökologischen Abfallwirtschaftsplans (Teilplan Siedlungsabfälle), den das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW aufgestellt hat (Bekanntmachung am 26.04.2016, MBl. 2016, Seite 239).

Im Umfeld des Standorts Müllendorf (Kreis Heinsberg) stehen derzeit keine anderen Deponien der Klasse I zur Verfügung. Die nächstgelegene Deponie DKI liegt im Kreis Düren in der Nähe von Aldenhoven. Im Sinne der in der Abfallrahmenrichtlinie vorgesehenen entstehungsnahen Entsorgung und in Übereinstimmung mit dem gleich lautenden landesplanerischen Grundsatz (Plansatz 8.3-4 im neuen Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen vom 06.08.2019; im Folgenden: LEP NRW 2019) sollten keine im weiteren Umkreis liegenden Orte betrachtet werden.

Eine Bündelung der Stoffströme aus der Region in Verbindung mit der bereits am Standort Müllendorf etablierten Infrastruktur und der hervorragenden Verkehrsanbindung führt zu erheblichen ökologischen und ökonomischen Vorteilen gegenüber denkbaren Standortalternativen. Es entstehen Synergieeffekte durch die Nutzung von Abgrabungsflächen, welche im Nachgang ohnehin zur Verfüllung genutzt werden. Weitere Vorteile entstehen, wenn im Rahmen des parallel betriebenen Abgrabungsbetriebs und Deponiebetriebs kombinierte Hin-Rückfahrten realisiert werden können.

Ein Flächenverbrauch durch einen komplett neuen Abfallwirtschaftsbetrieb einschließlich der zusätzlich erforderlichen technischen Einrichtungen kann nicht planerisches Ziel sein. Dies bestätigen die -für die Regionalplanung als höherrangig verbindlichen- Festlegungen in Plansatz 8.3-1 "Ziel Standorte für Deponien" LEP NRW 2019. Danach muss die Regionalplanung Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, sichern. Die Landesregierung gibt vor, bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen. "Aufstockungen" vorhandener Deponien haben nach Auffassung der Landesregierung neben der ausdrücklich angestrebten Minimierung der Flächeninanspruchnahme den Vorteil, dass die Betreiber auf vorhandene Infrastrukturen zurückgreifen können (vgl. die Erläuterung zu Plansatz 8.3-1 LEP NRW 2019). Vorliegend kann dies auch für die "Aufstockung" von verfüllten Abgrabungen gelten. Diese landesplanerisch angestrebten Vorteile lassen sich durch die verfahrensgegenständliche Änderung des Regionalplans am Standort Müllendorf offenkundig erreichen. Die Festlegung der Folgenutzung "Deponie" auf Teilflächen des voraussichtlichen BSAB steht deswegen in Einklang mit höherrangigen Vorgaben der Landesplanung. Es ist insoweit planerisch geboten, den Entsorgungsstandort zu sichern. Zusammenfassend lässt sich daher feststellen, dass zurzeit keine vergleichbaren Standorte in der Region um Müllendorf verfügbar sind, welche die oben genannten Bedingungen erfüllen.

2. STANDORTEIGNUNG NACH DEN ANFORDERUNGEN DER REGIONALPLANUNG

Im Textteil und in den Erläuterungen Gesamt-Regionalplan Köln, Bekanntmachung von Oktober 2024, werden in Kapitel 5.3.1, Deponien, Aussagen über neue Deponiestandorte (Standortkriterien) gemacht. Demnach sind bei Standortplanungen Nutzungskonflikte zu vermeiden und unzumutbare Beeinträchtigungen auszuschließen.

Den Erläuterungen zu Ziel Z.42 sind die Kriterien für künftige Standorte zu entnehmen, die in der planerischen Abwägung des Regionalplanverfahrens bedeutsam sind.

In Ziff. 1 wird beschrieben, dass neue Abfalldeponien ab einer Flächeninanspruchnahme von mehr als 10 ha und/oder regionaler Bedeutung nur innerhalb von Standorten, die als Bereiche für Aufschüttungen und Ablagerungen mit der Zweckbindung Abfalldeponie gesichert sind, zulässig sind.

Das Vorhaben liegt mit einer Größe von etwa 20 ha deutlich darüber.

In Ziff. 2 wird die Notwendigkeit beschrieben, die Deckung des Bedarfs darzulegen. Dass das Vorhaben zur Deckung des Bedarfs notwendig ist, ergibt sich einerseits aus der konkreten Nutzung der genehmigten Abgrabung durch Verfüllung mit Boden, andererseits aus dem Betrieb einer eigenen Recyclinganlage am Standort Müllendorf. Die Deponie am Standort Müllendorf ermöglicht eine umweltverträgliche Entsorgung von Reststoffen vor Ort. Im Kreis Heinsberg gibt es bisher keine andere bestehende Deponie der Deponieklassen 0 oder I.

In Ziff. 3 wird dargelegt, dass neben den abfalltechnischen Anforderungen potentielle Konflikte mit anderen Raumnutzungen bzw. -funktionen zu beachten und aus Vorsorgegründen zu vermeiden sind. Explizit werden die Belange des Boden- und Gewässerschutzes, der Luftreinhaltung, des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes und der Landschaftspflege sowie der Land- und Forstwirtschaft genannt.

Die Nutzungs- und Schutzansprüche des Standorts und Landschaftsraums, in welchem das Vorhaben liegt, werden in den nachfolgenden Kap. 4 und 5 dieser Anregung im Einzelnen beschrieben. Dabei wird deutlich, dass das Konfliktpotential am Standort Müllendorf äußerst gering ist. Zusätzlich wird bereits ein konzeptionelles Gestaltungskonzept für die Rekultivierung beschrieben, mit welchem den Anforderungen der Landschaftsentwicklung Rechnung getragen wird.

In Ziff. 4 geht es um Immissionen und die Vermeidung von Beeinträchtigung von empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen.

Beeinträchtigungen von gegenüber Immissionen empfindlichen Nutzungen, wie Wohnnutzungen und Erholungsbereichen sind nicht zu erwarten, da sich das Vorhaben grundsätzlich nicht von den ohnehin genehmigten Verfüllarbeiten unterscheiden wird. Für die im Zusammenhang mit der Deponie benötigten Aufbereitungsanlagen liegt bereits heute eine Genehmigung vor.

Nördlich des Vorhabengebiets verläuft der Streckenabschnitt der Bahnlinie Aachen-Mönchengladbach. Die Bahntrasse verläuft in einem tiefer liegenden Korridor, die Böschungen sind mit Gehölzen bestanden und schirmen das Vorhabensgebiet effektiv in Richtung der dahinterliegenden Ortschaften ab.

Eine detaillierte immissionschutzrechtliche Betrachtung kann im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durchgeführt werden.

Mit dem Grundsatz G.69 wird von der Regionalplanungsbehörde beschrieben, dass die Flächeninanspruchnahme für neue Standorte für Deponien reduziert werden soll. Die nachfolgenden fettgeschriebenen Textpassagen wurden aus den textlichen Festsetzungen des 2. Planentwurfs des Regionalplans Köln wörtlich entnommen.

Grundsatz 69

"Bei Standortplanungen für Abfalldeponien sollen **vorrangig bestehende Abfalldeponien oder bereits vorbelastete Flächen** berücksichtigt werden. Die Umsetzung soll möglichst flächensparend erfolgen."

In Ziff. 1 wird von der Regionalplanungsbehörde erläutert, dass vorrangig an bestehenden Deponiestandorten (auch bereits stillgelegte Standorte), insbesondere durch deren Erweiterung, Aufstockung oder Wiederinbetriebnahme geschaffen werden.

"Hierzu zählen neben durch die Abfallwirtschaft vorgenutzte Flächen insbesondere auch solche, die bereits für **Bergbau oder Rohstoffgewinnung** in Anspruch genommen werden. Unter Berücksichtigung einer entstehungsortnahen Abfallbeseitigung gemäß LEP NRW soll eine Alternativenprüfung durchgeführt werden."

Insgesamt wird deutlich, dass die Standorteignung für eine Mineralstoffdeponie am Standort Müllendorf hervorragend ist. Dies betrifft die Kriterien der Regionalplanung selbst und die örtlichen Nutzungs- und Schutzansprüche. Der bereits in der Vergangenheit als Deponie genutzte Standort Müllendorf (Hausmülldeponie) soll auch zukünftig zur Abfallentsorgung genutzt und insofern erweitert werden. Der Grundsatz G.69 - vorrangige Nutzung bestehender Abfalldeponien und bereits (z.B. durch Rohstoffgewinnung oder Verfüllungen) vorbelasteter Flächen - kommt vollumfänglich zum Tragen.

3. Flächennutzungsplan

Das Vorhabensgebiet befindet sich vollständig auf Gebiet der Stadt Geilenkirchen.

Im Flächennutzungsplan der Stadt Geilenkirchen wird das Vorhabensgebiet vollumfänglich als "Flächen für die Landwirtschaft" dargestellt. Angrenzend an das Vorhabensgebiet werden ausgedehnte "Flächen für die Landwirtschaft" ausgewiesen.

Die K 24 und die L 364 sowie die Straßen des lokalen Verkehrsnetzes werden als

"Überörtliche und örtliche Hauptverkehrsstraßen" dargestellt. Die Trasse der Bahnlinie wird als "Flächen für Bahnanlagen" dargestellt.

[Abbildung] *Flächennutzungsplan Stadt Geilenkirchen*

4. STANDORT, BESTEHENDE UND GEPLANTE FLÄCHENNUTZUNGEN

4.1 Aktueller Zustand und Erschließung

Derzeit erfolgt der Abbau auf der Fläche der bestehenden Abgrabung in dem ersten Abbaubereich. Während der Abgrabung, dieser sukzessive folgend, erfolgt eine Verfüllung auf Ursprungsniveau mit geeignetem Bodenaushub.

Die Erschließung der bestehenden Abgrabung und des Betriebsgeländes erfolgt über die bereits bestehende betriebseigene Zufahrt auf dem Flurweg Flurstück 69, Gemarkung Würm, Flur 9. Die bestehende Zufahrt wurde in der Vergangenheit ausgebaut, damit sie für den Schwerlastverkehr geeignet ist. Die Zufahrt ist asphaltiert, besitzt zwei Ausweichstellen und eine Linksabbiegespur auf die K 24. Die Zufahrt soll auch zur Anbindung des geplanten Vorhabens an das öffentliche Verkehrsnetz genutzt werden.

Die Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz erfolgt von der K 24 ausgehend in nördliche Richtung bis auf die L 364 zwischen Müllendorf und Würm bzw. in südliche Richtung bis auf die B 57 bei Immendorf. Durch das bereits bestehende Straßennetz ist die Anbindung des Standorts an das überregionale Verkehrsnetz hervorragend.

[Abbildung] *Luftbild (Bildflug 2021)*

4.2 Betriebsablauf

Das Vorhabensgebiet befindet sich im Einflussbereich der Sumpfungsmaßnahmen durch den Braunkohlen-Tagebaubetrieb Inden der RWE Power AG. Das erste Grundwasserstockwerk unter dem Vorhabensgebiet wurde im Zuge von Sumpfungsmaßnahmen um mehrere Meter abgesenkt. Nach Einstellung der Sumpfungsmaßnahmen wird es zu einem allmählichen Wiederanstieg des Grundwassers bis auf das vorbergbauliche Niveau kommen.

Die genehmigte Abbausohle liegt über dem höchsten zu erwartenden Grundwasserstand +1 m Sicherheitsabstand. Der gemäß Deponieverordnung geforderte Mindestabstand zum höchsten zu erwartenden Grundwasserstand +1 m wird durch die genehmigte Abbausohle bereits eingehalten. Die Verfüllung könnte demnach unter Berücksichtigung einer Rekultivierungsschicht an der Oberfläche vollständig mit mineralischen Abfällen erfolgen. Auf der Fläche der geplanten Erweiterung sollen die zuvor genannten Sicherheitsabstände zum Grundwasser ebenfalls beibehalten werden.

Ziel der Planung ist insgesamt die Errichtung einer Mineralstoffdeponie der Deponieklasse 1 (vgl. § 2 (6) und (7) Deponieverordnung (DepV) - nach erfolgter Abgrabung- auf den Flächen der bestehenden Abgrabung, der geplanten Erweiterungsfläche inkl. Flurweg.

Die Einrichtung der Mineralstoffverfüllung nach Deponieverordnung erfordert zuvor mindestens eine Teil-Entlassung der Abgrabung aus dem Abgrabungsrecht. Auf dem vorhandenen Relief erfolgen dann eine Anpassung des Planums sowie der Bau der deponietechnischen Einrichtungen (u.a. Basisabdichtung, Sickerwassererfassung, und Oberflächenentwässerung und Oberflächenabdichtung).

Gegenüber der Abgrabung umfasst das Vorhaben die folgenden Änderungen:

- Errichtung und Betrieb einer Mineralstoffdeponie innerhalb einer abgegrabenen Fläche
- Anpassung des Ablaufs der genehmigten Rekultivierung der Abgrabung an die zeitliche Gesamtplanung
- Berücksichtigung von ggf. zusätzlich erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und zeitlichen Verzögerungen der Rekultivierung

Insgesamt können der Charakter des Standortes als Abbau- und Verfüllfläche sowie die grundsätzlichen Elemente der Rekultivierung beibehalten werden.

Basisabdichtung, Entsorgung von Sickerwasser und Oberflächenwasser

Für die Herstellung der Deponieflächen wird das Planum mit sauberem Bodenaushub aus anthropogen unbeeinflussten Böden erstellt. Darauf erfolgt der Einbau der für die jeweilige Deponieklasse vorgeschriebenen Basisabdichtung.

Auf der Sohle auftretendes Deponiesickerwasser wird ordnungsgemäß gesammelt, zwischengespeichert und fachgerecht entsorgt. Als oberste Bodenschicht wird eine Rekultivierungsschicht aufgebracht. Nach der Rekultivierung wird das auf der Oberfläche anfallende Wasser in randlichen Gräben zur Versickerung gebracht.

4.3 Verfüllmenge

Nach vorläufiger grober Abschätzung ist davon auszugehen, dass mit einem Aufkommen an Deponat von etwa 120.000 m³ pro Jahr zu rechnen ist. Mit dem Deponiebau könnte bereits in den nächsten Jahren begonnen werden, da der erste Abschnitt der bestehenden Abgrabung fast vollständig ausgekiest wurde.

Die Deponierung würde nach grober überschlägiger Ermittlung ein Volumen von ca. 2,5 bis 3 Mio. m³ umfassen und entsprechend des prognostizierten jährlichen Kippvolumens einen Zeitraum von etwa 20 bis 25 Jahren beanspruchen. Die exakte Mengenberechnung kann erst durchgeführt werden, wenn die Höhenlage des Planums und die Gestaltung des Endreliefs geplant wurden.

4.4 Belastungen von Wohngebieten durch Lärm und Staub

Nordwestlich bzw. nördlich des Vorhabengebiets liegen die Ortschaften Müllendorf und Würm. Zwischen dem Vorhabensgebiet und den beiden Ortschaften verläuft eine

Bahnlinie. Die Randflächen der Bahnlinie werden von dichten Feldgehölzen gesäumt, welche das Vorhabensgebiet in Richtung der Ortschaften abschirmen. Die Ortschaft Beeck liegt östlich des Vorhabensgebiets, jenseits der K 24. Die K 24 verläuft in diesem Bereich in leichter Dammlage und ist randlich mit lückigen Gehölzen bestanden. Dies führt mindestens abschnittsweise zu einer Abschirmung des Vorhabensgebiets in Richtung der Ortschaft Beeck.

Vorliegend ist zu berücksichtigen, dass eine Verfüllung auf den aktiven Abgrabungsflächen bereits genehmigt wurde und die Errichtung einer Deponie keine grundsätzliche Änderung des Betriebsablaufs bedingt. Der Umfang des LKW Verkehrs wird bereits im Rahmen der genehmigten Verfüllung berücksichtigt. Eine Zunahme von Fahrzeugbewegungen könnte entstehen durch die Anlieferung von Deponiebaumaterial oder durch ein größeres Verfüllvolumen, welches durch eine deponiegerechte Profilierung des Endreliefs entsteht. Im Vergleich zu der bereits vorgesehenen Menge an Verfüllmaterial im Rahmen der Abgrabungsverfüllung, kann dieser zusätzliche Anteil aber als geringfügig bezeichnet werden.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass durch eine Mineralstoffdeponie am Standort Müllendorf LKW-Verkehre reduziert werden können, da die Reste aus der eigenen Recyclinganlage vor Ort und nicht mehr extern entsorgt werden müssten.

Für die geplante Erweiterung soll das bereits genehmigte Betriebskonzept - Rohstoffgewinnung mit anschließender Verfüllung- vollständig beibehalten werden. Insofern würden die o.g. Aussagen auch für die geplante Erweiterungsfläche zutreffend sein.

Im Rahmen des späteren Zulassungsverfahrens ist nachzuweisen, dass die gesetzlich erforderlichen Grenzwerte betreffend Immissionen an den Ortsrändern eingehalten werden. Falls eine gutachterliche Bewertung zu dem Ergebnis kommt, dass emissionsmindernde Maßnahmen erforderlich sind, wären verschiedene Maßnahmen umsetzbar. Auf den Randstreifen der Deponie könnten Verwallungen angelegt und mit einer geeigneten Saatgutmischung angesät und/oder temporär mit Gehölzen bepflanzt werden. Falls erforderlich, können auch höhere Verwallungen aus vor Ort vorhandenem Abraummaterial angelegt werden, um die Ortsränder gegen Immissionen von Lärm und Staub abzuschirmen. Ausgehend von den Charakteristika des Vorhabens und der Möglichkeit geeignete Maßnahmen zu ergreifen, kann davon ausgegangen werden, dass die Durchführung des Vorhabens unter Einhaltung der erforderlichen Grenz- und Richtwerte möglich ist.

4.5 Rekultivierung

Nach Beendigung des Rohstoffabbaus sollen die betroffenen Bereichsteile unverzüglich wiedernutzbar gemacht werden. Bei der Entscheidung über Rekultivierung und Folgenutzung soll unter Abwägung mit den land- und forstwirtschaftlichen Belangen im konkreten Einzelfall vorrangig eine naturnahe Gestaltung angestrebt werden. Dabei ist die Rekultivierung unter Berücksichtigung der Gesamtgröße und des zeitlichen Ablaufs der Abgrabungen, nach einem

Gesamtkonzept sicherzustellen.

Für den angeregten Deponiebereich legt der Entwurf des Regionalplans Köln, Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Bekanntmachung von Mai 2024), auf der gesamten Fläche des zukünftigen BSAB das Rekultivierungsziel "BSLE" fest. Eine Festlegung als Deponiestandort würde dem Rekultivierungsziel nicht entgegenstehen, da die angestrebte Rekultivierung des Deponiekörpers die im Rahmen der bereits genehmigten Abgrabungsflächen festgelegten Rekultivierungsabsichten übernehmen kann. Eine ordnungsgemäße Rekultivierung unter Berücksichtigung aller naturschutzfachlicher Belange kann im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen sichergestellt werden.

4.5.1 Rekultivierung wie genehmigt (Bestehende Abgrabung) und wie geplant (Abgrabungserweiterung)

Entsprechend des genehmigten Rekultivierungsplanes für die bestehende Abgrabung ist nach Abschluss des Betriebes die Anlage von hauptsächlich Ackerland vorgesehen. Darüber hinaus ist die Herrichtung von flächigen und linearen Gehölzelementen, verbunden mit breiten vorgelagerten Krautsäumen, vorgesehen. Durch die Rekultivierung erfährt das Vorhabensgebiet, vor allem im Hinblick auf die weithin ausgeräumte Ackerlandschaft, eine ökologische Aufwertung. Es entstehen neue Habitate für Fauna und Flora, welche die Biodiversität in diesem Landschaftsraum potentiell steigern werden.

[Abbildung] *Rekultivierung wie genehmigt*

Durch die Rekultivierung entsteht ein vielfältiger Biotopkomplex, der Lebensraum für zahlreiche Säugetiere, Vögel, Amphibien, Insekten und Kleinstlebewesen bietet. Aktuelle Erfordernisse (Maßnahmen des Artenschutzes für die typischen Tiere der Feldflur, Förderung der offenen oder halboffenen Kulturlandschaft als Lebensraum) werden dabei berücksichtigt und in das Konzept der Wiederherstellung räumlich und zeitlich integriert.

Das Rekultivierungskonzept kann in gleicher Art und Weise auch auf die geplante Erweiterungsfläche übertragen werden.

4.5.2 Gesamtkonzept der Rekultivierung unter Berücksichtigung einer Mineralstoffdeponie

Die Rekultivierungsplanung kann grundsätzlich auch im Rahmen der Deponierekultivierung beibehalten werden.

Die bisher geplanten Gehölzpflanzungen sollen hauptsächlich auf den Randflächen angelegt werden. Auf den nördlichen Flächen der bestehenden Abgrabung ist eine flächige Pflanzung von Feldgehölzen vorgesehen. Dies könnte in Konflikt stehen mit der Oberflächenabdichtung einer Deponie. Es bestehen jedoch zahlreiche Möglichkeiten, um den Anforderungen an eine fachgerechte Deponierekultivierung gerecht zu werden. Wenn die Gehölze auf der Fläche belassen werden, könnte eine

mehrere Meter mächtige Rekultivierungsschicht aufgetragen werden. Die erforderliche Mächtigkeit der Rekultivierungsschicht wäre im Genehmigungsverfahren zu ermitteln und festzulegen. Mögliche schädliche Einflüsse durch tiefreichende Wurzeln auf die Deponieoberfläche können so vermieden werden. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, eine Anpassung der Gehölze im Deponiebereich vorzunehmen und nur ausgewählte flachwurzelnende Gehölze zu verwenden. Darüber hinaus wäre es auch möglich, die Gehölze auf anderen Flächen anzulegen und stattdessen Offenlandflächen herzurichten.

Das Ziel der Rekultivierung, die Schaffung eines strukturreichen offenen und halboffenen Biotopkomplexes aus Landwirtschaftsflächen und Gehölzpflanzungen kann auch im Rahmen der Deponierekultivierung begehalten werden. Gegebenenfalls ist es erforderlich, das Endrelief anzupassen, um eine ordnungsgemäße Ableitung des Oberflächenwassers im Endzustand zu gewährleisten. Tümpel und Feuchtlebensräume könnten zusätzlich im Rahmen der Oberflächenentwässerung am Böschungsfuß angelegt werden.

5. UMWELTAUSWIRKUNGEN / SCHUTZGEBIETE, SCHUTZANSPRÜCHE UND SCHUTZGÜTER

5.1 Standortvoraussetzungen

Mit dem Vorhaben können erhebliche Umweltauswirkungen verbunden sein. Grundvoraussetzung für die Errichtung einer Deponie ist, dass die in Anhang I der DepV festgelegten Anforderungen an Deponiestandorte (vgl. DepV 2009 Anhang I) erfüllt sind:

"Die Eignung des Standortes für eine Deponie ist eine notwendige Voraussetzung dafür, dass das Wohl der Allgemeinheit nach § 10 Absatz 4 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes durch die Deponie nicht beeinträchtigt wird. Bei der Wahl des Standortes ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:

1. geologische und hydrogeologische Bedingungen des Gebietes einschließlich eines permanent zu gewährleistenden Abstandes der Oberkante der geologischen Barriere vom höchsten zu erwartenden freien Grundwasserspiegel von mindestens 1 m,
2. besonders geschützte oder schützenswerte Flächen wie Trinkwasser- und Heilquellenschutzgebiete, Wasservorranggebiete, Wald- und Naturschutzgebiete, Biotopflächen,
3. ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten wie z. B. zu Wohnbebauungen, Erholungsgebieten,
4. Gefahr von Erdbeben, Überschwemmungen, Bodensenkungen, Erdfällen, Hangrutschen oder Lawinen auf dem Gelände,
5. Ableitbarkeit gesammelten Sickerwassers im freien Gefälle."

Diese Anforderungen sind am Standort Müllendorf grundsätzlich erfüllt. Es ergibt sich eine im Betrachtungsraum grundsätzlich positive Stellung des Standortes, dies auch im Vergleich zu anderen Standorten. Der Standort ist aus folgenden Gründen unter Umweltgesichtspunkten besonders geeignet:

- Es handelt sich um einen Standort, der teilweise durch eine gleichartige Nutzung schon beansprucht bzw. anthropogen vorbelastet ist.
- Es sind keine geschützten oder schützenswerten Flächen betroffen.
- Der Eingriff in den Boden erfolgt im Rahmen der Abgrabung. Ein fachgerechter Umgang mit (schutzwürdigen) Böden ist bereits im Rahmen der Abgrabungstätigkeit zu regeln.
- Ein ausreichender Schutzabstand zu sensiblen Gebieten ist hinsichtlich des unebenen Geländes anhand von Gutachten zur Immissionssituation nachweislich gegeben.
- Ereignisse höherer Gewalt sind nicht zu erwarten.

Das gesammelte Sickerwasser kann an der Geländeoberfläche abgeführt und entsorgt werden. Auch in Bezug auf betriebsinterne Synergieeffekte, die Verkehrsanbindung sowie die Lage innerhalb der Entsorgungsregion besitzt der Standort sehr gute Eigenschaften.

5.2 Schutzkategorien, die von dem Vorhaben überhaupt nicht betroffen sind

Die folgenden Schutzausweisungen sind im Rahmen der Auswertung geprüft worden. Das Vorhabensgebiet und der Untersuchungsraum sind von diesen jedoch nicht betroffen:

keine Wasserschutzgebiete
 keine Überschwemmungsgebiete
 keine FFH-Gebiete
 keine EU-Vogelschutzgebiete
 keine Alleen
 keine Naturschutzgebiete
 keine eingetragenen Bau- und/oder Bodendenkmäler bekannt
 keine gesetzlich geschützten Landschaftsbestandteile

5.3 Im Untersuchungsraum vorhandene Schutzgebiete und Schutzansprüche

Im Untersuchungsraum, jedoch nicht im Vorhabensgebiet, treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Landschaftsschutzgebiet
- Naturdenkmäler
- Geschützte Landschaftsbestandteile
- Gesetzlich geschützte Biotope
- Biotopkataster
- Biotopverbund

Im Vorhabensgebiet treten die folgenden Schutzausweisungen und Schutzansprüche auf:

- Schutzwürdige Böden bezüglich der Fruchtbarkeit Einstufung "hoch" und "sehr hoch"

Bei den im Vorhabensgebiet vorkommenden Bodentypen handelt es sich um Parabraunerden und Pseudogley-Parabraunerden aus Löß. Diese Bodentypen sind auch im Untersuchungsraum großflächig verbreitet. Im östlichen Untersuchungsraum im Bereich des Immendorfer Fließ sind Rendzina und Kolluvium verbreitet. Im südwestlichen Untersuchungsraum, treten stellenweise Braunerde, z.T. Pseudogley-Braunerde und Pseudogley auf. Im Vorhabensgebiet treten keine Böden auf, welche vom Geologischen Dienst NRW bezüglich ihres Biotopentwicklungspotentials als besonders schutzwürdig eingestuft wurden. 10 Ein fachgerechter Umgang mit (schutzwürdigen) Böden ist im Rahmen der Abgrabungstätigkeit geregelt. Im Rahmen der Rekultivierung der Deponie können die ursprünglichen Böden grundsätzlich wieder aufgetragen werden.

5.3.1 Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmäler

Landschaftsschutzgebiete

Innerhalb des Vorhabensgebiets besteht keine Schutzausweisung als Landschaftsschutzgebiet.

[Abbildung] *Landschaftsschutzgebiete*

Innerhalb des Untersuchungsraums, angrenzend an das Vorhabensgebiet, werden die Talräume der Wurm und der Fließe im Landschaftsplan als Landschaftsschutzgebiet mit der Bezeichnung 2.2-1 "Wurmtal mit Tal des Beeckfließ, Immendorfer Fließ, Gereonsweiler Fließ und Kötteler Schar sowie Leerodter Wald und Hover Busch" dargestellt. Als Schutzzwecke werden die Ziffern a bis c. §21 des LG genannt.

Geschützte Landschaftsbestandteile

Am östlichen Rand des Untersuchungsraums wird der geschützte Landschaftsbestandteil LB 2.4.-15 "Ortseingrünung von Beeck insbesondere die Hohlwegsituation" dargestellt. Es handelt sich um den grünlandgenutzten, mit Einzelbäumen, Baumgruppen und Baumreihen bestandenen Nordrand der Ortslage Beeck.

Naturdenkmäler

Innerhalb des Untersuchungsraums befindet sich im Talbereich des Immendorfer Fließ das Naturdenkmal mit der Bezeichnung 2.3-58. Es handelt sich dabei um drei Eichen, eine Esche sowie eine Walnuss, die östlich des Immendorfer Fließ an einer Böschung nördlich des Hitzberg stehen.

5.3.2 Gesetzlich geschützte Biotope

Am südlichen Rand des Untersuchungsraums befindet sich das gesetzlich geschützte

Biotop mit der Bezeichnung "BT-5003-0201-2014". Unter dieser Bezeichnung sind bei der LANUV mehrere Glatthafer- und Wiesenknopf-Silgenwiesen zusammengefasst, die im Talbereich des Immendorfer Fließ ausgebildet sind.

[Abbildung] *Gesetzlich geschützte Biotope, Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile*

5.3.3 Biotopverbund

Innerhalb des Untersuchungsraums werden verschiedene Biotopverbundflächen dargestellt. Es handelt sich um Biotopverbundflächen besonderer Bedeutung. Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung treten im Untersuchungsraum nicht auf.

Die Schutz- und Entwicklungsziele der Biotopverbundflächen beziehen sich hauptsächlich auf die Charakteristika der Gewässer bzw. Fließe mit ihren Hängen und Gehölzbeständen sowie die struktureichen Grüngürtel der Hof- und Ortsrandlagen der Dörfer. Dabei übernehmen die Fließe und die Wurm Vernetzungsfunktionen zwischen den ansonsten isoliert liegenden Grüngürteln an den Ortsrändern der Bördendörfer.

[Abbildung] *Biotopverbund*

VB-K-5002-015 "Osthang des Wurmtales zwischen Leffarth und Übach-Palenberg"

Bewertung: besondere Bedeutung

Schutzziele:

- Erhalt der Hangkanten des Wurmtales mit Restwaldflächen und kulturhistorisch wertvollen Kleinbiotopen wie Feldgehölzen und Lösshohlwegen
- Erhalt der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage mit Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt der ökologisch wertvollen Abgrabungen

Entwicklungsziele:

- Anreicherung mit landschaftstypischen Strukturelementen - Förderung extensiv genutzter Flächen, krautreicher Wegraine, ungespritzter Ackerrandstreifen
- Erhalt und Entwicklung von Gebüschgruppen, Feldgehölzen
- Erhalt und Entwicklung der siedlungs- und hofnahen Grüngürtel
- Optimierung der Restwaldflächen durch Vernetzung über linienförmige Gehölzstrukturen
- Sicherung der Hohlwege

VB-K-5002-018 "Bördendörfer Prummern, Immendorf, Waurichen und Einzelhöfe"

Bewertung: besondere Bedeutung

Schutzziele:

- Erhalt der Grüngürtel in Ortsrandlage der Dörfer der Selfkant- Terrassenplatte mit strukturreichen Gärten, Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt des Teverener Baches mit begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystems sowie aller übrigen strukturierenden und kulturhistorisch wertvollen Landschaftselemente wie Feldgehölze, Hecken, Lösshohlwege und Baumreihen
- Erhalt und Entwicklung der für die Börde seltenen Stillgewässer

Entwicklungsziele:

- Optimierung des Bachlaufs durch Schaffung einer beidseitig 5 bis 10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichen, ungespritzten Ackerrandstreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer

VB-K-5003-002 "Leffarth, Beeck mit Beeckfließ und Bördenstrukturen nördlich Brachelen"

Bewertung: besondere Bedeutung

Schutzziele:

- Erhalt der Grüngürtel in Ortsrandlage der Dörfer der Selfkant-Terrassenplatte mit strukturreichen Gärten, Gehölz-Grünlandkomplexen und Obstbaumweiden
- Erhalt des Teverener Baches mit begleitenden Gehölzen als wesentliche Leitlinien des Biotopverbundsystems sowie aller übrigen strukturierenden und kulturhistorisch wertvollen Landschaftselemente wie Feldgehölze, Hecken, Lösshohlwege und Baumreihen
- Erhalt und Entwicklung der für die Börde seltenen Stillgewässer

Entwicklungsziele:

- Optimierung des Bachlaufes durch Schaffung einer beidseitig 5 bis 10 m breiten Pufferzone mit einzelnen Gehölzen und Gehölzgruppen, krautreichem, ungespritzten Ackerrandstreifen und einer möglichst naturnahen Gewässergestaltung
- Optimierung der Grüngürtel in Hof- und Ortsrandlage durch Förderung von Streuobstwiesen mit extensiver Grünlandnutzung
- Erhalt und Optimierung der Landschaftselemente wie Feldgehölze, krautreiche Raine, Ackerrandstreifen
- Optimierung der Still- und Kleingewässer

Hinweis:

Die Beschreibung wurden den Gebietsinformationen (Internetseite der LANUV) entnommen. Die dort aufgeführten Schutzziele und Entwicklungsziele der Biotopverbundflächen 5003-002 und 5002-018 sind identisch.

5.3.4 Biotopkataster

Die Biotopkatasterfläche BK-5002-0039 "Biotopflächenkomplex Auf den Förstchen" ragt in den südwestlichen Untersuchungsraum hinein. Es handelt sich hierbei um einen Komplex aus Biotopelementen der regionalen Kulturlandschaft. Streuobstbestände sowie ein Feldgehölz mit alten Eichen sind wertbestimmend.

Des Weiteren befindet sich im Süden des Untersuchungsraums die Biotopkatasterfläche BK-5003-0044 "Hangwiesen Beeck", ein zu Naturschutzzwecken angelegter, artenreicher Feldgehölz-Wiesenkomplex mit wechselfeuchten Tümpeln am Immendorfer Fließ.

[Abbildung] *Biotopkataster*

5.3.5 Landschaftsplan

Im Landschaftsplan I/3 "Geilenkirchener Wurmatal" werden neben den oben genannten Schutzausweisungen auch Entwicklungsziele dargestellt.

Für die intensiv landwirtschaftlich geprägten Flächen im Untersuchungsraum ist das Entwicklungsziel 2 "Anreicherung einer im Ganzen erhaltungswürdigen Landschaft mit gliedernden und belebenden Elementen" dargestellt. Die Darstellung des Entwicklungsziels 2 erstreckt sich im mittleren Untersuchungsraum und erfasst das Vorhabensgebiet größtenteils.

Im nördlichen und nordwestlichen Randbereich des Vorhabensgebiets bzw. im Norden und Westen des Untersuchungsraums ist im Zusammenhang mit dem Landschaftsschutzgebiet L 2.2-1 das Entwicklungsziel 1 "Erhaltung einer mit natürlichen Landschaftselementen reich oder vielfältig ausgestatteten Landschaft" dargestellt.

Für den Talraum des Immendorfer Fließ stellt der Landschaftsplan das Entwicklungsziel 7 "Erhaltung von geomorphologisch prägenden Landschaftsteilen und ihre Hervorhebung sowie ökologische Aufwertung durch Anreicherung mit gliedernden und belebenden Elementen" dar. Dieses Entwicklungsziel tangiert im äußersten Osten Teile des Vorhabensgebiets.

[Abbildung] *Landschaftsplan I/3 Geilenkirchener Wurmatal*

Der östliche Randbereich des Vorhabensgebiets entlang der K24 ist zusätzlich mit dem Entwicklungsziel 6 "Schaffung von Ausgleich/Ersatz für absehbare bzw. nicht ausgeglichene Eingriffe in Natur und Landschaft" belegt. Dieses Entwicklungsziel überlagert die anderen Entwicklungsziele und formuliert landschaftsplanerische Maßnahmen zum Straßenbauvorhaben. Zur Erreichung der Ziele führt der Landschaftsplan innerhalb des Vorhabensgebiets und des Untersuchungsraums keine Pflege- oder Pflanzmaßnahmen auf.

Eschweiler, 13.11.2024/mk, sw

AZ: Ö-O-2-351	
1027873	
1033458	
Inhalt	<p>der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftsschutzgebietes Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden! Im Rahmen einer Online Petition "Rettet den Frankenwald" (www.openpetition.de/petition/online/rettung-des-frankenwaldes) haben sich über 4.300 Menschen für den Erhalt des Waldes an der A4 eingesetzt. Sie können dies nicht einfach ignorieren. Dieser Wald ist Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alte Eichen). Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD! Wir alle haben die Pflicht ihn zu schützen. Daher bitte ich Sie, den Regionalplan zu ändern, so dass der Wald an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad. Beispielsweise werden auf regionalplanerischer Ebene FFH-Gebiete, Vogelschutzgebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke innerhalb eines 300 Meter-Radius um den Änderungsbereich erfasst und bewertet, siehe hierzu die rechtlichen Vorgaben der VV-Habitatschutz NRW und VV-Artenschutz NRW.

Auf regionalplanerischer Ebene ist bezüglich des Änderungsbereichs kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Es wurde eine Betroffenheit des FFH-Gebietes und Vogelschutzgebietes "Königsforst" in dem 300-Meter Radius erfasst, doch die NATURA2000-Vorprüfung schließt erhebliche Umweltauswirkung aus. Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der

vorliegenden Daten hier nicht vor.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und

	relevant sind.
--	----------------

AZ: Ö-O-2-358	
1029271	
1034894_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Entsprechend dem Sicherungsauftrag des Regionalplans werden geplante Straßen festgelegt, soweit der Bedarf im Rahmen eines dafür vorgesehenen Bedarfsplanverfahrens festgestellt wurde. Die Planung ist im aktuell gültigen Landesstraßenbedarfsplan enthalten und somit entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen (vgl. Begründung Kapitel 5.1.4).</p> <p>Zum Zeitpunkt der Erarbeitung des Regionalplans befinden sich sämtliche Bedarfspläne in der Überarbeitung bzw. Neuaufstellung. Sollten sich nach Abschluss der Bedarfsplanverfahren Änderungsbedarfe für den Regionalplan ergeben, kann hieraus ein Planerfordernis erwachsen. Dies wird nach Inkrafttreten der Bedarfspläne zu überprüfen sein.</p>

In der „Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, Zweiter Planentwurf“ (<https://www.bezreg-koeln.nrw.de/bekanntmachungen/neuaufstellung-des-regionalplans-fuer-denregierungsbezirk-koeln-zweiter>) wird in A-4-1 „Begründung zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln“, Stand Sep.2024, auf Seite 204, in Tabelle 23 „Übersicht der linienbestimmten und planfestgestellten Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes und des Landes NRW“ im Regierungsbezirk Köln“ die Maßnahme „L221 Neubau Aachen-Eilendorf bis Geisberg (L236) inkl. AS an A44“ geführt.

Die Städteregion Aachen und die Städte Aachen, Stolberg und Eschweiler haben sich jedoch gemeinschaftlich gegen dieses Projekt ausgesprochen und favorisieren stattdessen den Ausbau der

L238n – „Rat beschließt endgültiges Aus für die L221n“, Aachener Zeitung, 28.09.2023; „Auch das Land NRW legt die L221n zu den Akten“, Aachener Zeitung, 22.12.2023.

Die Bürgerinitiative „Stoppt den Autobahnanschluss Eilendorf mit Zubringer L221n zwischen Brand und Stolberg“ – kurz „BI Stoppt L221n“ (<https://stop-l221n.de/aktuelles/>) hatte zuvor rund 3.700 Unterschriften gesammelt, und diese Ende August 2023 an Oberbürgermeisterin Keupen und den Rat der Stadt Aachen übergeben; das Quorum in der Städteregion Aachen war damit erreicht.

Anfang Oktober 2023 haben dementsprechend die vier Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städteregion Aachen und der Städte Aachen, Stolberg und Eschweiler einen gemeinsamen Brief an NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer verfasst, in dem sie darum bitten, das Projekt der L221n mit einem Autobahnanschluss an die A44 in Aachen-Eilendorf nicht weiter zu verfolgen.

Es ist für uns daher unverständlich, dass dieses Projekt immer noch in der Neuaufstellung des Regionalplans enthalten ist. Wir bitten um Prüfung und entsprechende Änderung des Regionalplans

Köln: Streichung der L221n und Aufnahme des Projekts L238n zwischen Stolberg und Eschweiler.

AZ: Ö-O-2-370	
1027885	
1033470	
Inhalt	<p>Überraschend sieht der aktuelle Regionalplan sieht nun vor, dass ein Großteil des Waldes entlang der BAB 4 von Lustheide bis Frankenforst zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Dieser Wald bietet nicht nur Anwohnern einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Zudem grenzt der Wald direkt an das Landschaftsschutzgebietes Königsforsts und darf zu dessen Schutz nicht zugunsten einer naturzerstörenden Mischbebauung aufgegeben werden! Im Rahmen einer Online Petition "Rettet den Frankenwald" (www.openpetition.de/petition/online/rettung-des-frankenwaldes) haben sich bereits über 4.300 Menschen für den Erhalt des Waldes an der A4 eingesetzt. Sie können dies nicht einfach ignorieren. Dieser Wald ist Lebensraum vieler, auch geschützter Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alte Eichen). Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD! Wir alle haben die Pflicht die Natur, und so insbesondere den Wald, zu schützen. Daher bitte ich Sie, den Regionalplan zu ändern, so dass dieses Waldstück an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall gegen die ohnehin schon kaum erträglichen Lärm- und Abgasimmissionen der Bundesautobahn sowie als Natur- und Lebensraum für Pflanzen, Tiere und Menschen erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind

die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-393

1027917

1033506_001

Inhalt

Betreff: Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln, zweiter Planentwurf

Freiflächen, regionale Grünzüge und Kulturlandschaft im Bereich der Brühler Schlösser; verfehlte und rechtswidrige Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) nördlich der Schallenburg in Brühl-Schwadorf
Geänderte Festlegungen gemäß der ID 1003976

Wie bereits in der Stellungnahme vom 10.03.2022 ausgeführt, sind unsere Mandanten [ANONYMISIERTE]. Die Burg Schwadorf ist sowohl als Baudenkmal als auch als Bodendenkmal in die amtliche Denkmalliste eingetragen. Die Eintragung als Baudenkmal ist am 08.09.1986 erfolgt (Ifd.Nr. 90 der Denkmalliste, mit nachfolgender Einbeziehung des Burggrabens 1989 sowie der umgrenzenden Bachläufe 2021). Die Eintragung als Bodendenkmal datiert vom 17.12.2004 (Ifd.Nr. 097-190, Bescheid der Stadt Brühl vom 20.01.2005 mit Korrektur des Bescheides vom 13.01.2005, Az. FB 40/3-6111-03-So).

I. Ausgangstage: Korrekturbedürftiger Stand der Regionalplanung für den Raum Brühl-Schwadorf bei der ersten Offenlegung des Entwurfs

In unserer Stellungnahme vom 10.03.2022 haben wir dargelegt, dass die in Brühl-Schwadorf gelegene Fläche nördlich der Schallenburg und südlich der Autobahn BAB 553 zum überkommenen, kulturlandschaftlich erhaltungs- und schutzwürdigen Freiraum gehört. Des Weiteren haben wir in der Stellungnahme vom 10.03.2022 dargelegt, dass die in dem seinerzeitigen Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln (von 2021) vorgesehene Ausweisung der vorbezeichneten Fläche als Siedlungsbereich übergeordneten Zielen und Grundsätzen der Raumordnung und Landesplanung widerspricht. Dabei haben wir die entgegenstehenden Ziele der Raumordnung im Landesentwicklungsplan für das Land Nordrhein-Westfalen (LEP NRW) hinsichtlich der Siedlungsentwicklung und des Freiraumschutzes aufgezeigt (Seiten 3 bis 7 unserer Stellungnahme vom 10.03.2022 mit Einzelnachweisen).

Daneben haben wir auf die kulturlandschaftlichen Zielvorgaben und Grundsätze des LEP NRW hingewiesen und darauf aufmerksam gemacht, dass der in dem seinerzeitigen Entwurf für die Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgesehene neue Siedlungsbereich in Brühl-Schwadorf im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlösser - Vorgebirge) liegt

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1003976 und 1000762 der 1. Offenlage) vorgebracht.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend zum bestehenden Ausgleichsvorschlag wird auf Folgendes verwiesen: Die Betroffenheit des Plangebietes gegenüber dem Schutzgut „Kultur- und sonstige Sachgüter“ wurde bezogen auf die regionalplanerische Ebene im Rahmen der Umweltprüfung festgestellt und ist Bestandteil der regionalplanerischen Abwägung. Die im Rahmen der Umweltprüfung für das Schutzgut Kultur dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen (z. B. durch Festlegung von Abstandsflächen und Bauhöhen) entgegengewirkt werden.

Gemäß LEP NRW kann bei bestehendem Siedlungsflächenbedarf und fehlenden Möglichkeiten der Weiterentwicklung bereits regionalplanerisch festgelegter

(Seiten 7 bis 9 unserer Stellungnahme vom 10. 03.2022 unter Bezugnahme auf den von den Landschaftsverbänden Westfalen-Lippe und Rheinland herausgegebenen Fachbeitrag über die erhaltende Kulturlandschaftspflege in Nordrhein-Westfalen). Wie dort hervorgehoben, umfasst die raumordnungsrechtlich gebotene Erhaltung kulturhistorisch bedeutsamer Landschaftsteile, -strukturen und -elemente der Orts- und Landschaftsbilder mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern auch die Sichtbeziehungen und Sichträume (Erläuterung zu Grundsatz 3-3 des LEP NRW). Daraus folgt für den Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlösser - Vorgebirge), dass dieser nicht nur die barocken Schlösser Augustusburg und Falkenlust sowie die zugehörigen Gärten und Parks mit ihren Achsen und Sichtbezügen, sondern auch die umliegenden historischen Plätze und Denkmäler sowie die umgebenden mittelalterlichen Burgen, Ortschaften und Klöster umfasst.

Gemessen an den dargelegten Zielvorgaben des LEP NRW, war festzustellen, dass der in dem 2021 offengelegten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgesehene Siedlungsbereich auf eine zielwidrige, raumordnungsrechtlich unzulässige Verbauung und Zerstörung des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 im Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf hinauslief (so unsere Stellungnahme vom 10. 03.2022, Seiten 9/10). Seit der ersten Offenlegung des Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln war der verfehlte und korrekturbedürftige Stand der Regionalplanung für den Raum Brühl-Schwadorf offenkundig.

Dieser Befund hat offenbar dazu beigetragen, dass in dem Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans hinsichtlich des Brühler Stadtgebiets ein mehrjähriger Stillstand eingetreten ist und währenddessen die Bestrebungen zur Ausweisung des neuen, den im LEP NRW geregelten Zielen der Raumordnung widersprechenden Siedlungsbereichs in Brühl-Schwadorf geruht haben.

II. Gegenwärtiger Stand der Regionalplanung: Unzureichende Teilkorrekturen im zweiten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans für den Raum Brühl-Schwadorf

Vor dem Hintergrund der dargelegten Vorgeschichte kommt es im vorliegenden Verfahren der Regionalplanung darauf an, ob im zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des Regionalplans für den Raum Brühl-Schwadorf die rechtswidrige, den Zielen der Raumordnung widersprechende Ausweisung des neuen Siedlungsbereichs auf der vorbezeichneten Fläche nördlich der Schallenburg und südlich der BAB 553 aufgegeben worden ist und ob die geänderten Festlegungen des neuen Planentwurfs nunmehr den raumordnungsrechtlichen Zielvorgaben des LEP NRW zur Erhaltung des landesbedeutsamen Kulturbereichs 18 im Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf entsprechen. Dazu ist festzustellen, dass die Bezirksregierung Köln als Regionalplanungsbehörde (§ 4 Abs. 1 LEP NRW) unserer Stellungnahme vom 10. 03.2022 nur teilweise gefolgt ist. Sie hat unserer Stellungnahme nur in Teilen entsprochen und dabei auf das Dokument ID1003976 verwiesen. Demgemäß hat sie die zeichnerische Festlegung geändert und auf die offengelegten Änderungskarten verwiesen.

Siedlungsbereiche die Entwicklung eines kleineren Ortsteils vorgesehen werden, der dann regionalplanerisch als Siedlungsbereich festzulegen ist. Der hier in Rede stehende neu festgelegte Allgemeine Siedlungsbereich weist derzeit zwar noch nicht eine Einwohnerzahl von 2.000 auf, jedoch verfügt dieser über eine Entwicklungsperspektive für eine Aufnahmefähigkeit von mehr als 2.000 Einwohnern aufgrund vorhandener FNP- bzw. Regionalplan-Reserven. Die landesplanerischen Vorgaben werden erfüllt.

Bezirksregierung Köln, AZ: Ö-P-11,1001142, 1000762.

In der dazu gegebenen Erläuterung ist ausgeführt, dass die regionalplanerischen Siedlungsbereiche entsprechend den Vorgaben des LEP NRW "bedarfsgerecht festgelegt" worden seien. Dabei ist unter Berufung auf das planerische Gegenstromprinzip die "kommunale Entwicklungsabsicht" neben der Raum- und Umweltverträglichkeit sowie den landesplanerischen Vorgaben als "wesentliche Voraussetzung" angesehen worden. Die in der geänderten zeichnerischen Festlegung dargestellte Neuabgrenzung des Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB) sei im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Die denkmalrechtlichen Belange seien in die Bauleitplanung einzustellen; hierbei sollten die "Grundsätze des Regionalplans zur Erhaltenden Kulturlandschaftspflege" berücksichtigt werden.

Bezirksregierung Köln, AZ: Ö-P-11, 1001142, 1000762, rechte Spalte unter "Abwägung, Erläuterung".

Diese Ausführungen erfordern mehrere Richtigstellungen. In deren Licht erweist sich, dass im zweiten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans für den Raum Brühl-Schwadorf lediglich unzureichende Teilkorrekturen vorgenommen worden sind. Damit wird dem aufgezeigten Korrekturbedarf im Hinblick auf die übergeordneten Ziele und Grundsätze der Raumordnung nicht in der gebotenen Weise entsprochen. Insbesondere werden damit die raumordnungsrechtlichen Zielvorgaben hinsichtlich der erhaltenden Kulturlandschaftspflege im landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlösser - Vorgebirge) nach wie vor verfehlt.

1. Richtigstellung zum raumordnungsrechtlichen Gegenstromprinzip

Richtigzustellen ist, dass das Gegenstromprinzip nach § 1 Abs. 3 ROG von dem Grundsatz ausgeht, dass die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume sich in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraums einfügen soll; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums soll hiernach die Gegebenheiten seiner Teilräume lediglich "berücksichtigen". Dies bedeutet: Das Soll-Gebot der Einfügung einer teilräumlichen Entwicklung in die gesamträumliche Planung und Entwicklung, hier insbesondere in die Erfordernisse der erhaltenden Kulturlandschaftspflege in einem landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich, und das Berücksichtigungsgebot hinsichtlich der teilräumlichen Entwicklung stehen nicht gleichrangig nebeneinander. Vielmehr sind die beiden Gebote durch § 1 Abs. 3 ROG in abgestufter Weise einander so zugeordnet, dass die Zielvorgaben der gesamträumlichen Planungsebene (hier: des LEP NRW und der landesweiten Kulturlandschaftspflege) sich im Konfliktfall gegenüber teilräumlichen Entwicklungsinteressen, insbesondere gegenüber kommunalen Entwicklungsabsichten, durchsetzen sollen.

Ein derartiger Zielkonflikt besteht im vorliegenden Fall zwischen den kollidierenden Interessen der erhaltenden, gesamträumlichen und landesbedeutsamen Kulturlandschaftspflege einerseits und der kommunalen Entwicklungsabsicht andererseits. Soweit die Ausweisung eines Allgemeinen, kommunaler Entwicklungsabsicht dienenden Siedlungsbereichs den landesbedeutsamen

Kulturlandschaftsbereich zur Verbauung und damit zur Zerstörung des historisch überkommenden Sichtraums zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf (mit der dort gelegenen Schallenburg) führt, bleibt festzustellen, dass der erhaltenden, gesamträumlichen und landesbedeutsamen Kulturlandschaftspflege - auch bei Berücksichtigung des Gegenstromprinzips nach § 1 Abs. 3 ROG - der Vorrang gebührt. Daraus ergibt sich zugleich, dass die Interessen der kommunalen Entwicklungsabsicht insoweit zurückstehen müssen, weil sie den dargelegten, im LEP NRW konkretisierten Zielvorgaben der Raumordnung und Landesplanung zuwiderlaufen.

2. Rechtsfehlerhafter Kompromissversuch im zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des Regionalplans mittels geänderter Festlegungen

Der zweite, gegenwärtig offengelegte Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans versucht allerdings, mit differenzierenden Ausweisungen für Teilflächen in dem vorbezeichneten Sichraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf einen Ausgleich unter den kollidierenden Interessen zu finden. Bei näherem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es sich hierbei um einen untauglichen Versuch handelt. Dies wird deutlich, wenn man die einschlägigen zeichnerischen Festlegungen im zweiten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans und die von der Stadt Brühl betriebene Bauleitplanung für den bezeichneten Sichraum einander gegenüberstellt.

Maßgebliche Bedeutung kommt dabei in erster Linie der Fläche zu, welche die Gestalt eines auf die Spitze gestellten Dreiecks hat. Sie wird im Osten von der (von Südwesten nach Nordosten verlaufenden) Straße "An der Schallenburg", im Westen von der rückwärtigen Grenze der vorhandenen, dörflich geprägten Bebauung an der Lindenstraße und im Norden von der nordwestlichen Grenze des Flurstücks 114 begrenzt; diese Grenze verläuft entlang einer Straße, die von der Lindenstraße zur Straße "An der Schallenburg" führt. Diese Fläche war in den Jahren 2020/2021 von der Stadt Brühl im Entwurf des Bebauungsplans Nummer 05.10 "Östlich Lindenstraße, westlich An der Schallenburg" als neues Baugebiet vorgesehen. Hiergegen haben wir namens unserer Mandanten, wie schon in unserer Stellungnahme vom 10.03.2022 zum Regionalplanungsentwurf erwähnt, im bauplanungsrechtlichen Planaufstellungsverfahren gegenüber der Stadt Brühl Einwendungen erhoben (Anlage 5 zu unserer Stellungnahme vom 10.03.2022 zu dem ersten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans).

Im zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans ist die vorbezeichnete Fläche des auf die Spitze gestellten Dreiecks zu ihrem größeren, südlich und westlich gelegenen Teil weiterhin als Siedlungsbereich, und zwar als Allgemeiner Siedlungsbereich (ASB), ausgewiesen. Lediglich ihr kleinerer, nordöstlich gelegener Zipfel ist hiernach in den freizuhaltenden, östlich und nördlich anschließenden Freiraumbereich einbezogen worden.

So der gegenwärtig offengelegte Planentwurf und zwei beigegefügte Änderungskarten, deren erste entfallende Festlegungen (braun markiert) angibt und deren zweite neue Festlegungen (grün/gelb markiert) ausweist.

Diese Teilkorrekturen stellen den Versuch eines Kompromisses zwischen den raumordnungsrechtlichen Zielvorgaben des LEP NRW zur Erhaltung des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs 18 und der gegenläufigen, auf eine Erweiterung der Siedlungsbereiche gerichteten Entwicklungsabsicht der Stadt Brühl dar. Hiermit wird jedoch der zutage getretene Zielkonflikt nicht gelöst. Die insoweit geänderten Festlegungen im zweiten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans führen vielmehr nach wie vor dazu, dass der Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustsburg und Schwadorf in erheblichem Umfang verbaut und so - entgegen den im LEP NRW konkretisierten Zielvorgaben der Raumordnung und Landesplanung - erheblich beeinträchtigt wird.

Offenbar waltet bei der gegenwärtig betriebenen Regionalplanung die Vorstellung, die Zielvorgaben der Raumordnung und Landesplanung zu Gunsten der erhaltenden Kulturlandschaftspflege, bezogen auf den landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schlösser und Vorgebirge), könnten im Rahmen einer Abwägung "weggewogen" und situationsbedingt hinter kommunale Entwicklungsabsichten zurückgesetzt werden.

So anscheinend die Bezirksregierung Köln, AZ: O-P-11, 1001142, 1000762, rechte Spalte unter "Abwägung, Erläuterung".

Dieser Ansicht muss widersprochen werden. Sowohl das rechtliche Rangverhältnis zwischen der Landesplanung (in Gestalt des LEP NRW) und der nachgeordneten Regionalplanung als auch der landesweite Aufgabencharakter der erhaltenden Kulturlandschaftspflege schließt eine derartige Abwägung zum Nachteil eines landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs aus. Auch der dahingehende "Ausgleichsvorschlag" der Bezirksregierung Köln im zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans erweist sich deshalb als rechtsfehlerhafte Verkehrung des raumordnungsrechtlichen Ordnungsgefüges sowie als partielle, aber essentielle und nicht hinnehmbare Preisgabe der verbindlichen Zielvorgaben des LEP NRW.

Hiergegen kann nicht eingewandt werden, dass die geänderten Festlegungen im zweiten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans nicht zu einer vollständigen, sondern nur zu einer partiellen Verbauung des Sichtraums zwischen dem Brühler Schloss Augustsburg und Schwadorf führten, also den betroffenen Sichtraum nicht total zerstörten, sondern nur partiell einschränkten. Ein solcher Einwand würde die kulturlandschaftlichen Bezüge und Zusammenhänge der Geländestrukturen und Sichtverhältnisse verkennen. Diese bilden in ihrer untrennbaren Gesamtheit den geschützten und zu erhaltenden Kulturlandschaftsbereich. Maßgeblich ist hiernach nicht allein die durch die Hauptallee des Brühler Schlossparks definierte exakte Sichtachse, die von der Südterrasse des Brühler Schlosses den Blick auf die Türme der Schallenburg erlaubt. Vielmehr öffnet die Aussichtsterrasse am Ende der Hauptallee des Schlossparks den Blick in südwestlicher Richtung auf die freie Feldflur und - weiter südwestlich - auf den Ort Schwadorf, das Vorgebirge und das Siebengebirge. Diese Sichträume und Sichtbeziehungen sind als Ganzes unerlässlicher Teil der landschaftsbezogenen barocken Parkgestaltung und

ausdrücklich von den Zielvorgaben des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsschutzes umfasst. Hierzu gehören auch die historischen Ortskerne sowie landschaftsprägende Bauten (wie der Strauchshof in Schwadorf) und die historischen Wegestrukturen.

Eine Argumentation, die von der Behauptung ausgeht, dass eine Bebauung in dem ausgewiesenen Allgemeinen Siedlungsbereich die bedeutenden Sichtbeziehungen bestehen lasse, bezieht sich demzufolge offensichtlich allein auf die eng definierte Sichtachse von der Südterrasse des Brühler Schlosses zu der Schwadorfer Schallenburg und lässt die angrenzenden Sichträume außer Betracht. Eine derart verengte Betrachtung ist inkonsequent und unzulänglich. Sie wird dem erhaltenden, auf landschaftliche und kulturelle Gesamtphänomene ausgerichteten Kulturlandschaftsschutz nicht gerecht. Deshalb verstößt sie gegen die raumordnungsrechtlichen Zielvorgaben für den landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereich 18 (Brühler Schloss und Vorgebirge).

Als Beleg für die dargelegten Gelände- und Sichtverhältnisse sowie den hierdurch geprägten Kulturlandschaftsbereich um die barocken Schlösser Augustusburg und Falkenlust mit den umliegenden Gärten, Parks, mittelalterlichen Burgen, Ortschaften und Klöstern verweisen wir abermals auf die beigefügten, schon früher vorgelegten Karten, nämlich auf die historische Tranchot-Karte von 1807/1808 (Anlage 1), die Preußische Urkarte von 1820 (Anlage 2) und die moderne Karte mit Eintrag der Blickachse zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und der Schallenburg (WMTS-Karte, relevant für den Schutzstatus der Brühler Schlösser als Weltkulturerbe nach den Kriterien der UNESCO, Anlage 3). Wir verweisen im Weiteren auf die Ausführungen von Frau Janßen-Schnabel im Zusammenhang mit dem Gutachten des LVR-ADR von 2008 (Anlage 3a).

Da der von der Bezirksregierung Köln im zweiten Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans präsentierte "Ausgleichsvorschlag" sich in Anbetracht der dargelegten Tatsachen als untauglicher Kompromissversuch erweist und den zutage liegenden Zielkonflikt zwischen der erhaltenden, im LEP NRW geforderten Kulturlandschaftspflege und der kommunalen Entwicklungsabsicht der Stadt Brühl nicht zu lösen vermag, bleibt es bei dem Befund, dass auch dieser Planentwurf den Zielvorgaben des LEP NRW widerspricht und deshalb rechtsfehlerhaft ist.

3. Verdeutlichung des unbewältigten Zielkonflikts durch die Stellungnahme der Stadt Brühl im laufenden Verfahren der Regionalplanung

Im laufenden Verfahren zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ist der zutage getretene Zielkonflikt durch die Stellungnahme der Stadt Brühl zu dem zweiten, gegenwärtig offengelegten Planentwurf erneut verdeutlicht worden. Dies ergibt sich aus den Änderungsforderungen der Stadt Brühl zu dem Dokument ID 1003976 - Schwadorf. Die Stadt Brühl beruft sich dabei auf den Bebauungsplan 05.10 "Östlich Lindenstraße, westlich An der Schallenburg"; da dieser Bebauungsplan wegen der im Planaufstellungsverfahren erhobenen Einwendungen und der hiermit zutage getretenen Rechtsprobleme bisher nicht beschlossen ist, meint die Stadt Brühl bei ihrer aktuellen Stellungnahme offenbar den Entwurf des

bezeichneten Bebauungsplans. Sie bekräftigt ihre Absicht, diesen Bebauungsplan aufzustellen.

Damit versucht sie, den neu aufzustellenden Regionalplan in den Dienst ihrer Bauleitplanung zu stellen. Darin liegt eine rechts- und systemwidrige Verkehrung des Verhältnisses zwischen der im Raumordnungs- und Landesplanungsrecht verankerten Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanung, da die Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind (§ 1 Abs. 4 BauCB, auch § 4 Abs. 1 Satz 1 ROG); an diesem Verhältnis vermag das raumordnungsrechtliche Gegenstromprinzip (§ 1 Abs. 3 ROG) nichts zu ändern (vgl. oben II.1.).

Die Stadt Brühl hat in ihrer Stellungnahme zu dem zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans ausdrücklich erklärt, dass sie der "Rücknahme", d.h. der räumlichen Reduzierung, des Allgemeinen Siedlungsbereichs nicht zustimmt. Hierbei bezieht sie sich auf den nordöstlichen Teil der westlich der Straße "An der Schallenburg" gelegenen Fläche, die im Entwurf des Bebauungsplans 05.10 als Baugebiet vorgesehen war.

Dazu verweisen wir auf die jüngst von der Stadt Brühl erstellte Unterlage "Neuaufstellung Regionalplan 2024 zur Tischvorlage 469/2024, Letzter Stand der Planunterlagen 15.10.2024, 2. Beteiligung: 15.10.2024 bis 15.11.2024" (hier beigelegt als Anlage 4, dort insbesondere die Folie "ID 1003976-Schwadorf").

Mit der zuletzt genannten Unterlage (und zwar den Angaben auf der dortigen Folie "ID 1003976-Schwadorf") offenbart die Stadt Brühl ihre fortbestehenden, den Zielen der Raumordnung und Landesplanung zuwiderlaufenden Planungs- und Entwicklungsabsichten. Deren räumlichen Umfang hatte die Stadt Brühl schon in ihrem Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans 05.10 umrissen, indem sie in dem Planentwurf als Plangebiet die vorbezeichnete, westlich der Straße "An der Schallenburg" gelegene und die Form eines auf die Spitze gestellten Dreiecks bildende Fläche gekennzeichnet hatte.

Unter raumordnungs- und landesplanungsrechtlichen Gesichtspunkten bleibt es dabei, dass die von der Stadt Brühl angestrebte Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs mit der Erstreckung in den Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf (mit der Schallenburg) den Zielvorgaben des LEP NRW für die landesweite Kulturlandschaftspflege und für die Erhaltung des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs 18 (Brühler Schlösser und Vorgebirge) widerspricht. Seitens der Stadt Brühl wird damit die Absicht der zielwidrigen, raumordnungsrechtlich unzulässigen Verbauung und Zerstörung des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs 18 in voller Schärfe aufrechterhalten. Im vorliegenden Verfahren der Regionalplanung müssen die Forderungen der Stadt Brühl mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Dabei verdient hervorgehoben zu werden, dass das gesamte Gebiet des Ortsteils Schwadorf und der nördlich und westlich anschließenden, bis zum Brühler Schlosspark reichenden Flur im geltenden, nach früherem Recht als "Gebietsentwicklungsplan" bezeichneten Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln

als Freiraum, und zwar als Grünzug-Zone, ausgewiesen ist. Gemessen am geltenden Stand der Regionalplanung ist daher die Redeweise von einer "Rücknahme des ASB" im vorliegenden Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans irreführend. Was von der Stadt Brühl und auch in dem gegenwärtig offengelegten Entwurf des neuen Regionalplans angestrebt wird, ist keine Reduzierung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs (ASB), sondern dessen Neuausweisung im Bereich eines bisher ausgewiesenen und geschützten Freiraums in Gestalt einer zusammenhängenden Grünzug-Zone.

Diese Neuausweisung ist nicht nur wegen des Verstoßes gegen die raumordnungsrechtlichen Zielvorgaben des erhaltenden Kulturlandschaftsschutzes, sondern auch deshalb rechtswidrig, weil regionalplanerisch festlegbare Allgemeine Siedlungsbereiche eine Mindestgröße von 2000 Einwohnern haben müssen.

LEP NRW, Erläuterung zum Ziel 2-3 (Siedlungsraum und Freiraum); näher dazu unter II. 4.

Diese Mindestgröße ist im Fall des Ortsteils Schwadorf unterschritten.

Wenn die Stadt Brühl für den Bebauungsplan 05.10 ein hohes rechtliches Risiko im Falle einer gegen den Plan gerichteten "Klage" (gemeint ist wohl ein Normenkontrollantrag nach § 47 VwCO) sieht und es für fraglich hält, ob diese Planung dann noch weitergeführt werden kann,

so die vorerwähnte Unterlage "Neuaufstellung Regionalplan 2024 zur Tischvorlage 469/2024 ", vorgelegt als vorgenannte **Anlage 4**, Folie "ID 1003976-Schwadorf",

sollte daraus - entgegen den bisherigen Äußerungen der Stadt Brühl - die Konsequenz gezogen werden, dass die hiermit verfolgte Planungs- und Entwicklungsabsicht der Stadt Brühl in dem bezeichneten landesbedeutsamen und schützenswerten Kulturlandschaftsbereich 18 aufgegeben werden muss.

In diesem Zusammenhang weisen wir nochmals auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 27. 01.2021 hin, in dem das Oberverwaltungsgericht bei vergleichbaren Fallumständen den auf eine Bebauung überkommener Freiflächen gerichteten Bebauungsplan 01.16 (Teilbereich II.) der Stadt Brühl wegen der Unvereinbarkeit mit den einschlägigen Zielen der Raumordnung für rechtsfehlerhaft und unwirksam erklärt hat.

OVC NRW, Urteil vom 27. 01.2021 - 7 D 9/18. NE, Beck RS 2021, 2356 = BauR 2021, 793; dazu bereits unsere Stellungnahme vom 10.03.2022, Seiten 10/11, im vorliegenden Regionalplanungsverfahren.

4. Unterschreitung der Mindestgröße regionalplanerisch festlegbarer Allgemeiner Siedlungsbereiche

Abgesehen von dem Verstoß gegen die landesplanerischen Zielvorgaben zur gebotenen Erhaltung landesbedeutsamer Kulturlandschaftsbereiche, steht die in dem

offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans vorgesehene Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs in Brühl-Schwadorf im Widerspruch zu der geforderten Mindestgröße regionalplanerisch festlegbarer Allgemeiner Siedlungsbereiche. Im Interesse der raumordnerischen Gliederung des Landesgebiets in Siedlungsräume und Freiräume liegt den regionalplanerisch festlegbaren Allgemeinen Siedlungsbereichen eine Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ausschlaggebend hierfür ist, dass unterhalb dieser Größe in der Regel keine zentralörtlich bedeutsamen Versorgungsfunktionen ausgebildet werden können.

LEP NRW, Erläuterung zum Ziel 2-3 (Siedlungsraum und Freiraum).

Der in dem offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgesehene Allgemeine Siedlungsbereich würde diese landesplanerisch vorgeschriebene Mindestgröße unterschreiten und widerspricht auch deshalb den Vorgaben des LEP NRW.

5. Gefährdung des UNESCO-Schutzstatus der Brühler Schlösser und ihrer Umgebung als Weltkulturerbe

Schließlich weisen wir gegenüber dem gegenwärtig offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans nochmals darauf hin, dass durch die vorgesehene Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs im Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf (mit der dortigen Schallenburg) der von der UNESCO verliehene Schutzstatus der Brühler Schlösser und ihrer kulturlandschaftlichen Umgebung als Weltkulturerbe gefährdet würde.

So schon unsere Stellungnahme vom 10. 03.2022, Seite 10.

Bekanntlich überwacht die UNESCO durchaus kritisch, ob die als Weltkulturerbe unter Schutz gestellten Denkmäler und Denkmalbereiche von dem jeweils zuständigen Staat so behandelt und geschützt werden, dass ihre Erhaltung gesichert ist. Mit der Ausweisung eines Allgemeinen Siedlungsbereichs auf der im gegenwärtig offengelegten Entwurf des Regionalplans gekennzeichneten Fläche im Sichtraum zwischen dem Brühler Schloss Augustusburg und Schwadorf (mit der Schallenburg) würde nicht nur, wie dargelegt, der Verbauung und Zerstörung des landesbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs 18 Vorschub geleistet. Vielmehr würde auch der UNESCO-Schutzstatus der Brühler Schlösser und ihrer kulturlandschaftlichen Umgebung als Welt-Kulturerbe in leichtfertiger Weise aufs Spiel gesetzt.

Inhalt

III. Mangelnde Festlegungen zu den mangelhaften Strukturen der Cewässerführung, der Überschwemmungsgebiete und des vorbeugenden Hochwasserschutzes

Bereits in unserer Stellungnahme, die wir am 10.03.2022 zu der ersten Offenlegung der des Planentwurfs zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln vorgelegt haben, haben wir namens unserer Mandanten auf den gesamtplanerischen Abstimmungs- und Kooperationsbedarf unter Einbeziehung des mangelhaften Gewässerzustands, der notwendigen Anpassung der Überschwemmungsgebietsfestsetzung und des Hochwasserschutzes sowie notwendiger wasserwirtschaftlicher Anpassungs- und Sanierungsmaßnahmen im Bereich der Bäche in Brühl-Schwadorf hingewiesen.

Abschnitt IV. unserer Stellungnahme vom 10.03.2022, Seiten 12/13.

Wenn die Bezirksregierung Köln in den Erläuterungen zu dem gegenwärtig offengelegten Entwurf eines neuen Regionalplans anmerkt, für die vorgenannten Planungen und Maßnahmen sei die wasserwirtschaftliche Fachplanung zuständig,

so Bezirksregierung Köln, AZ: O-P-11, 1001142, 1000762, Seite 3613, rechte Spalte unter "Abwägung/Erläuterung",

wird verkannt, dass es bei den insoweit mangelnden Festlegungen um gesamtplanerische Strukturvorgaben in Gestalt von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung geht, die als solche durch die nachfolgenden Planungen und Maßnahmen der Wasserbehörden befolgt und umgesetzt werden müssen.

Was insoweit in dem zweiten, gegenwärtig offengelegten Entwurf des neu aufzustellenden Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ausgeführt ist,

Bezirksregierung Köln, Textliche Festlegungen zur Neuaufstellung des Regionalplans Köln, Entwurf 2024, Seiten 125 ff.,

ist so abstrakt gefasst, dass es an einem hinreichend konkretisierten Raum- und Problembezug hinsichtlich der strukturellen, überfachliche Lösungen verlangenden Probleme der Gewässerführung im Gefüge der siedlungsräumlichen, Gelände- und Straßenverhältnisse einschließenden Fakten des regionalen Raumes in Brühl-Schwadorf fehlt. Die abstrakten "textlichen Festlegungen" sind nicht geeignet, die raumordnungsrechtlichen Weichen in der erforderlichen Weise für die Region zu stellen. Dass die tatsächlich vorhandene Gewässer- und Geländestruktur in dem bezeichneten regionalen Raum insgesamt mangelhaft ist und gerade im Umfeld der Schallenburg den Erfordernissen des

Abwägung

Typ

Hinweis

Ausgleichsvorschlag

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Erläuterung

Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung vorgebracht. Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Ergänzend wird auf das Folgende hingewiesen: Die im Entwurf des Regionalplans im regionalplanerischen Maßstab in generalisierter Form als Überschwemmungsbereiche (ÜB) festgelegten Bereiche stellen die fachplanerisch festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete für ein 100-jährliches Hochwasser (HQ100) inklusive der Überschwemmungsgebiete nach preußischer Aufnahme der Fachplanung mit dem Stand von Juni 2023 dar. Die Ermittlung, vorläufige Sicherung und Festlegung von Überschwemmungsgebieten entsprechend der Flächen HQ100 ist Sache der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln). Die zeichnerische Festlegung der ÜB wurde anhand der von der Fachplanung mit Stand Juni 2023 vorliegenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete aktualisiert. Die ÜB geben somit mit ihrem ÜSG-Anteil den Stand der Überschwemmungsgebiete wieder, soweit die Maßstäblichkeit des Regionalplans dies zulässt. HQextrem-Flächen wurden hierbei nicht einbezogen, sind jedoch in der Erläuterungskarte F8 im Anhang ersichtlich. In Bezug auf die Aktualisierung der Überschwemmungsbereiche der Fachplanung (Obere Wasserbehörde, Dez. 54 BR Köln) ist bekannt, dass regelmäßig Überschwemmungsbereiche an einzelnen Gewässern aktualisiert werden. Ein aktuelle Übersicht aller bestehenden festgesetzten und vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebiete der Fachplanung in Dez. 54 ist jedoch auch auf der Homepage der BR Köln abrufbar.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs-

Kulturlandschaftsschutzes sowie des Denkmalschutzes nicht genügt, ergibt sich aus den Erfahrungen mit den Hochwasserereignissen der jüngeren Zeit, insbesondere mit dem Hochwasserereignis vom Juli 2021.

Dazu verweisen wir zur Dokumentation auf die beigefügten Fotos, welche die durchaus typische immer wieder drohende Starkregen- und Hochwassersituation und die dadurch verursachten h-lochwasserstände vom 14. Und 15. 07.2021 deutlich machen:

- Foto Nr. 1 (Anlage 5): Blick auf die Nordseite der Schallenburg mit Hochwasserstand an den Burgfundamenten und an der Unterkante der Kellerfenster, aufgenommen am 14. 07. 2021, 21:34 Uhr,
- Foto Nr. 2 (Anlage 6): Blick auf die Nordseite der Schallenburg mit dem Westturm sowie mit Hochwasserstand an den Burgfundamenten und an der Oberkante der Kellerfenster, aufgenommen am 15. 07. 2021,
- Foto Nr. 3 (Anlage 7): Blick vom Obergeschoss der Schallenburg nach Norden auf die zum Hauptportal führende Brückenzufahrt, den über die Ufer getretenen Burggraben und die überschwemmte, der Brückenzufahrt nördlich vorgelagerte Rasenfläche, aufgenommen am 15.07.2021,
- Foto Nr. 4 (Anlage 8): Blick von der Schallenburg nach Nordosten auf die überfluteten Flächen außerhalb des Burggrabens, aufgenommen am 15.07.2021.

Die dokumentierten Gefahren und Missstände der Gewässer-, Gelände- und Siedlungsstrukturen können auf die Dauer nur abgewendet werden, wenn die raumplanerischen Weichen durch eine hinreichend konkretisierte Regional- Planung fachübergreifend in zielführender Weise gesteuert werden. Deshalb fordern unsere Mandanten insofern hinreichend konkretisierte Festlegungen in dem neu aufzustellenden Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln. Eine weitere Versiegelung im Gefahrenbereich ist unbedingt zu vermeiden.

und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-396	
1027883	
1033473_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-406	
1027884	
1033486_001	
Inhalt	<p>Der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes entlang der A4 zwischen Frankenforst und Lustheide zur Bebauung freigegeben wird. Noch weit mehr, als in der Öffentlichkeit kommuniziert und von der Politik bisher gesagt wurde (z.B. für die Feuerwache Süd). Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Ganz konkret bietet der Wald den Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern er dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Darüber hinaus ist dieser Wald Lebensraum vieler (auch geschützter) Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alte Eichen). Und: Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD! Jeder Quadratmeter Baumfällung und Versiegelung würde Mensch und Tier schaden. Wir alle, auch Sie, haben also sehr gute Gründe dieses Waldstück zu schützen - praktisch, nicht nur in Konzepten und Sonntagsreden, wenn ich das so sagen darf. Daher bitte ich Sie, den Regionalplan so zu ändern, dass der Wald an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall erhalten bleibt und hier keine zusätzliche Bebauung möglich gemacht wird.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-410	
1027889	
1033476_001	
<p>Inhalt</p> <p>Offenlegung des Regionalplanentwurfs 2024 - Neue Festlegungen zum Gebiet 127 (Flächen entlang der Autobahn 4)</p> <p>wir möchten unsere Ablehnung gegenüber der Änderung des Regionalplans für das Gebiet 127 in Bergisch Gladbach zum Ausdruck bringen. Die geplante Umwidmung von einer „Waldfläche zum Schutz der Natur“ in einen „allgemeinen Siedlungsbereich“ ist für uns nicht akzeptabel.</p> <p>Die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung setzt sich das Ziel, den täglichen Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland von derzeit etwa 52 Hektar pro Tag bis zum Jahr 2030 auf unter 30 Hektar pro Tag zu reduzieren, um bis zum Jahr 2050 einen Netto-Flächenverbrauch von Null zu erreichen. Diese Zielsetzung, so ist auf den Seiten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz zu lesen, kann nur erreicht werden, wenn der Nachnutzung von Grundstücken und dem Bauen im Bestand konsequenter Vorrang vor der Neuausweisung von Siedlungsflächen gegeben wird. Die Neuinanspruchnahme von Flächen ist so weit wie möglich zu vermeiden. (Quelle: https://www.bmuv.de/themen/nachhaltigkeit/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs)</p> <p>Insbesondere im Bergisch Gladbacher Ortsteil Refrath gibt es ein erhebliches Potenzial an Flächen im direkten Siedlungsbereich, die für eine Nachverdichtung zur Verfügung stünden. Dieses Potenzial wird aus unverständlichen Gründen nicht genutzt. Stattdessen werden in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach vom 31. August 2021 existierende Waldflächen wie folgt beschrieben: „Es sind darüber hinaus erheblich bestehende Siedlungsbereiche, die überwiegend sehr gut erschlossen sind und zu einem späteren Zeitpunkt entwickelt werden könnten, (aus dem Regionalplanentwurf) herausgenommen worden (zum Beispiel die allgemeinen Siedlungsbereiche entlang der Autobahn 4)“. (Quelle: Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zum Regionalplanentwurf vom 25. Januar 2022)</p> <p>Eine Erschließung der Flächen an der Autobahn 4 ist aus folgenden weiteren Gründen nicht tragbar:</p> <p>Politische Glaubwürdigkeit der Verantwortlichen Kommunal- sowie Regionalratspolitiker:</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

- Ignorieren des gültigen Flächennutzungsplans: Der 2019 und bis 2035 verabschiedete Flächennutzungsplan der Stadt Bergisch Gladbach weist die Flächen als Waldfläche aus. Die Ausweisung der Flächen als Waldgebiet wurde von der Refrather Bevölkerung hart erkämpft, nachdem diese Flächen bereits im Flächennutzungsplan als Gewerbeflächen ausgewiesen werden sollten. Kommune und Regionalrat nehmen hier anscheinend jetzt die Möglichkeit wahr, in verantwortungsloser Art und Weise „von oben herab“ über die Regionalplanung den Waldbereich doch noch in einen allgemeinen Siedlungsbereich umwidmen zu können.

Naturschutz:

- Der Regionalplan - als forstlicher Rahmenplan - hat die Aufgabe, die ökologischen und ökonomischen Funktionen des Waldes zu erhalten und zu verbessern. Dies erfolgt hier jedoch nachweislich nicht.
- Ignorieren der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (siehe oben).
- Ignorieren der am 18. August 2024 in Kraft getretenen EU-Natur-Wiederherstellungsverordnung: Städtische Ökosysteme dürfen auf nationaler Ebene bis 2030 keinen Nettoverlust an städtischer Grünfläche und Baumüberschirmung erleiden und sollen danach weiter wachsen.
- Vernichtung/Verkleinerung von Schutzgebieten, die in Trinkwasserschutzzone 3 sowie im geltenden Landschaftsplan für Bergisch Gladbach festgeschrieben sind.

Freiraumfunktion:

- Die Freiraumfunktion der jetzt bestehenden Waldfläche mit altem Buchen- und Eichenbestand wird unterschätzt.
- Der Wald ist generell eine Schutzzone sowie Feinstaubfilterzone für die Emissionen seitens der Autobahn ebenso wie für Lärmemissionen jeglicher Art. Auch kleinklimatisch erfüllt die Waldfläche die Funktion als CO₂-Senke, Kaltluftentstehungsgebiet und Frischluftschneise für die südlichen Siedlungsgebiete in Refrath.
- Der Wald ist das Naherholungsgebiet für die Menschen. Gerade Teile des überplanten Waldbereichs sind „der kleine Zugang zum Fauna-Flora-Habitat-Gebiet Königsforst“.

Lärm- und Verkehrsbelastung:

- Schon jetzt ist der Ortsteil Refrath/Lustheide bis an die Grenzen emissionsbelastet. Ein Gewerbegebiet mit zusätzlichem PKW- und Güterkraftverkehr würde die Situation weiter verschärfen.
- Die Lärm-Emissionen durch den öffentlichen Straßenverkehr entlang den Straßen Lustheide, In der Auen, Neufeldweg, Dolmanstraße überschreiten schon jetzt die zulässigen Lärmwerte. Durch den zusätzlichen Bau von Erschließungsstraßen und der geänderten Verkehrsführung würde die Lärm- und Stickstoffoxidemission das Zumutbare und Erlaubte überschreiten.
- In der Vergangenheit haben die Lärm-Emissionen durch den angewachsenen

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsrumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Verkehr auf der Autobahn 4 und durch den Flugverkehr bereits stark zugenommen.

- Die Straße Lustheide (Landesstraße 136) stellt schon jetzt eines der beiden Nadelöhere auf dem Weg von und zur Autobahnanschlussstelle Refrath dar.
- Die Bundesverkehrswegeplanung 2030 sieht vordringlich einen sechsstreifigen Ausbau der Autobahn 4 von Moitzfeld bis Refrath vor. Dieser wird aufgrund der Lage des Fauna-Flora-Habitat-Gebietes Königsforst nur auf der nördlichen Seite stattfinden, das heißt, die beschriebenen Waldflächen werden zwingend weiter schrumpfen. Jetzt will man den Anwohnern auch noch den letzten Rest einer in jeder Hinsicht emissionsmindernden „grünen Pufferzone“ zur Autobahn nehmen?

Allgemeine Siedlungsbereiche Bergisch Gladbach:

- Die Stadt Bergisch Gladbach fordert in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans im Januar 2022 für die „Umnutzung des Zanders-Areals, das im derzeitigen Entwurf noch als Gewerbe- und Industriegebiet festgelegt ist, eine zeichnerische Festlegung als allgemeiner Siedlungsbereich ...“. Somit hat die Stadt hier 18 Hektar weitere allgemeine Siedlungsbereiche ausgewiesen. Es ist nicht zu verstehen, warum die im Vergleich kleinen Waldflächen in Refrath zusätzlich einer Umnutzung als allgemeiner Siedlungsbereich unterliegen sollen.

Eine Prüfung zum Erhalt der wertvollen Waldflächen als Regionaler Grünzug und/oder Bereich zum Schutz der Natur statt einer Umnutzung zum allgemeinen Siedlungsbereich sollte deshalb unserer Meinung nach unbedingt nochmals erfolgen.

BGG überlagern zum Teil andere Siedlungsraum-, Freiraum- und Infrastrukturfestlegungen. Entsprechend den Vorgaben des LEP NRW erfolgt die Sicherung der Bereiche für Grundwasserschutz und Gewässerschutz gemäß den differenzierten Anforderungen der Wasserschutzzonen I bis III A. Detaillierte Vorgaben, welche Einschränkungen für diese vorliegen, werden in den Wasserschutzgebietsverordnungen getroffen. Die daraus entstehenden Einschränkungen sind auf der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebene so zu regeln, dass den Erfordernissen des Grundwasser- und Gewässerschutzes Rechnung getragen wird. Konkret ist hierzu in den fachgesetzlichen Verfahren zu prüfen, ob ein Konflikt mit der Zielfestlegung der BGG vorliegt. Dies ist unter anderem abhängig von der Ausgestaltung der jeweiligen Planung oder Maßnahme selbst, der betroffenen Schutzzone und den Regelungen der zugrundeliegenden Wasserschutzgebietsverordnung. Um dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung zu tragen, sind nachteilige Auswirkungen auf die BGG durch geeignete Festsetzungen und Nutzungsbeschränkungen, auszuschließen bzw. zu vermindern. Sofern wasserrechtliche keine fachrechtlichen Verbote für die Inanspruchnahme der Wasserschutzgebiete bestehen, ist eine Festlegung von ASB in Wasserschutzzonen III A im Rahmen der raumordnerischen Abwägung möglich. Die hier zu Grunde liegende Wasserschutzgebietsverordnungen schließt eine Siedlungsentwicklung nicht grundsätzlich aus.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-412	
1027898	
1033490_001	
<p>Inhalt</p> <p>Einwendung gegen die Festsetzung GIBflex WirtschaftsPark Erftstadt im Regionalplan</p> <p>[...] die von Ihnen als neues Gewerbegebiet vorgeschlagene neue Fläche am Ortsrand von Lechenich zum neuen Regionalplan halte ich, wie zahlreiche Bürger:innen Lechenichs, für völlig ungeeignet. Die von der Stadt Erftstadt ursprünglich vorgeschlagene Fläche an der K44 ist hingegen von Straßen umgeben und für ein Gewerbegebiet bestens geeignet. Auch der Hochwasserschutz sollte für die Flächen möglich sein. Dagegen eine Fläche unmittelbar an der Wohnbebauung vorzuschlagen, die tatsächlich von den Menschen für Spaziergänge usw. genutzt wird, ist unangemessen. Damit würde die Wohnqualität des angrenzenden Lechenicher Wohngebietes durch vermehrtes Verkehrsaufkommen sowie Lärm- und Geruchsbelästigung erheblich eingeschränkt. Ich bitte Sie daher um eine Überprüfung Ihrer Entscheidung.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es werden Bedenken gegen den Abwägungsvorschlag der ersten öffentlichen Auslegung (s. ID 1026685 1. Offenlage) vorgebracht.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Aufgrund der regionalplanerischen Eignung als Siedlungsbereich sowie der kommunalen Entwicklungsabsicht besteht ein Sicherungserfordernis, sodass die Festlegung in der aktuellen Abgrenzung im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig und deren Entwicklung unter Berücksichtigung bestehender Restriktionen voraussichtlich möglich ist. Hinsichtlich der Siedlungsraumbereiche gemäß dem Grundsatz <i>Siedlungsflächenentwicklung flexibilisieren</i> wird darauf verwiesen, dass ASBflex und GIBflex im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung nur bedarfsgerecht in Anspruch genommen werden können, wenn innerhalb der regionalplanerisch festgelegten ASB und GIB dauerhafte Vollzugshindernisse eine Siedlungsentwicklung verhindern. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

AZ: Ö-O-2-419	
1027908	
1033496	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-422	
1027952	
1033541_001	
Inhalt	<p>Der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 als Mischgebiet freigegeben wird. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet uns Anwohnern sowohl einen direkten Lärm- als auch einen Abgasschutz vor der A4. Er dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse.</p> <p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-423

1027940

1033532

Inhalt

der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftschutzgebietes Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden!

Im Rahmen einer Online Petition "Rettet den Frankenwald" (www.openpetition.de/petition/online/rettung-des-frankenwaldes) haben sich über 4.300 Menschen für den Erhalt des Waldes an der A4 eingesetzt. Sie können dies nicht einfach ignorieren. Dieser Wald ist Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten (u.a. von Fledermäusen, 100 Jahre alte Eichen).

Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der WALD!

Wir alle haben die Pflicht ihn zu schützen.

Daher bitte ich Sie, den Regionalplan zu ändern, so dass der Wald an der A4 von Lustheide bis zum Frankenforst als Schutzwall erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.

Die schlimmste Herausforderung der aktuellen Zeit ist die Klimakatastrophe sowie der weit voran geschrittene Verlust der Biodiversität!

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).

Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-425	
1027942	
1033534	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-427	
1027944	
1033536	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-429	
1027918	
1033538	
<p>Inhalt</p> <p>Der aktuelle Regionalplan widerspricht dem, was die kommunale Politik bisher verkündet hat. Auch das Land NRW hat darauf hingewiesen, dass sich alle für den Erhalt des Waldes einsetzen müssen, um den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 in Refrath/Frankenforst bietet den direkten Anwohnern nicht nur Lärm- und Abgasschutz, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Auch liegt der Wald direkt am Landschaftsschutzgebiet Königsforst.</p> <p>Wir haben uns schon in der Vergangenheit für den Erhalt des Waldes eingesetzt, zusammen mit über 4.300 anderen Menschen. Wir müssen den Wald schützen!</p> <p>Bitte ändern Sie den Regionalplan, so dass dieser Wald an der A4 in Refrath/Frankenforst erhalten bleibt und keine Bebauung möglich wird.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walдреichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-430	
1027945	
1033539	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-437	
1027954	
1033542_001	
Inhalt	<p>Der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet und als direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftsschutzgebietes Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden! Seit Jahren ist dieser Wald ein Thema, in der heutigen Zeit in der Natur und Klima immer größer geschrieben werden, sollte es doch wohl wirklich nicht wahr sein, was da gerade versucht wird umzusetzen. Ich hoffe sehr, dass es noch vernünftige Menschen gibt, die alles daran setzen dieses Waldstück zu erhalten, auch für unsere Nachkommen. Ich wünsche es mir sehr.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-440	
1027958	
1033545_001	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme zum geplanten Regionalplan der Stadt Köln</p> <p>Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer des Waldes,</p> <p>mit großer Sorge haben wir den aktuellen Entwurf des Regionalplans der Stadt Köln zur Kenntnis genommen. Dieser sieht vor, den gesamten Waldstreifen nördlich der A4 zwischen Frankenforst und Lustheide in ein Mischgebiet umzuwandeln. Damit würden bislang geschützte Waldflächen potenziell Wohn- oder Gewerbebauten weichen – ein gravierender Eingriff, der in der heutigen Zeit weder ökologisch noch gesellschaftlich vertretbar ist. Unsere Wälder sind nicht nur Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, sondern auch essenziell für die Lebensqualität in unserer Region. Sie bieten Erholung, binden CO₂, filtern die Luft und tragen zum Klimaschutz bei. In einer Zeit, in der der Klimawandel zu den drängendsten Herausforderungen unserer Gesellschaft zählt, ist die Abholzung von Wäldern für kurzfristige Bauinteressen ein Schritt in die falsche Richtung. Natürlich verstehen wir die Notwendigkeit, dringend benötigten Wohnraum zu schaffen und öffentliche Infrastruktur wie Feuerwachen zu erweitern. Aber solche Maßnahmen müssen mit Bedacht und unter Berücksichtigung des Natur- und Klimaschutzes geplant werden. Der Verlust ganzer Waldstreifen zugunsten von Gewerbeflächen und Wohngebieten widerspricht den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung und lässt langfristige Folgen für Mensch und Umwelt außer Acht. Wir appellieren daher eindringlich an die Stadt Köln und die verantwortlichen Planer: Setzen Sie ein Zeichen für den Schutz unserer Umwelt und überdenken Sie diese Planung. Es gibt andere Lösungen, die die Bedürfnisse nach Wohnraum und Infrastruktur mit dem Schutz wertvoller Naturflächen in Einklang bringen können. Lassen Sie uns gemeinsam Wege finden, die allen Interessen gerecht werden, ohne unseren Wald zu opfern. Der Wald ist nicht nur ein Stück Natur – er ist ein Lebensraum, ein Erbe und ein Schutzraum, den wir auch für kommende Generationen bewahren müssen.</p> <p>Mit Nachdruck und Dank für Ihre Unterstützung,</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walдреichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-442	
1027959	
1033547	
Inhalt	<p>Der Entwurf des neuen Regionalplans der Stadt Köln, der den gesamten Waldstreifen nördlich der A4 zwischen Frankenforst und Lustheide in ein Mischgebiet umwandeln möchte, ist ein gravierender Fehler. Dieser Wald ist nicht nur ein unverzichtbarer Lebensraum für Tiere und Pflanzen, sondern auch eine wichtige Grundlage für die Lebensqualität in unserer Region. Wir wünschen uns, dass unsere Kinder in einer Zukunft aufwachsen können, in der solche Naturflächen noch erhalten sind – in einer Welt, in der sie die Möglichkeit haben, die Natur zu erleben und von ihr zu lernen. Diese Flächen zu zerstören, um Platz für Gewerbe oder Wohngebiete zu schaffen, gefährdet nicht nur die Zukunft unseres Klimas, sondern nimmt allen kommenden Generationen wertvolle Ressourcen. Wir fordern die Verantwortlichen dringend auf, diesen Plan zu überdenken und den Wald zu bewahren – für unsere Kinder und für eine nachhaltige Zukunft.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstgerichtlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-450	
1027939	
1033530	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme gegen die Umwidmung der Waldfläche zur Baufläche</p> <p>[ANONYMISIERTE],</p> <p>als Eigentümer einer Wohnung, die direkt an die betreffende Waldfläche grenzt, möchte ich hiermit meiner deutlichen Ablehnung gegen die geplante Umwidmung dieser Fläche zur Baufläche Ausdruck verleihen.</p> <p>Die betroffene Waldfläche stellt nicht nur einen wertvollen ökologischen Lebensraum dar, sondern erfüllt auch zahlreiche wichtige Funktionen für die Umgebung:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erhalt des Ökosystems: Der Wald ist ein wichtiger Bestandteil des lokalen Ökosystems. Er bietet Lebensraum für zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, deren Fortbestand durch die Umwidmung massiv gefährdet würde. 2. Klimaschutz und Luftqualität: Wälder tragen erheblich zur Regulierung des lokalen Klimas bei, filtern Schadstoffe aus der Luft und binden CO₂. Eine Rodung würde die lokale Luftqualität verschlechtern und einen Beitrag zum Klimawandel leisten. 3. Erholungswert und Lebensqualität: Für Anwohner, darunter auch mich selbst, ist der Wald ein bedeutender Ort der Erholung und Entspannung. Eine Bebauung würde den Charakter der Umgebung unwiderruflich verändern und die Lebensqualität in der Nachbarschaft stark beeinträchtigen. 4. Wasserschutz: Wälder spielen eine zentrale Rolle bei der Regulierung des Wasserhaushalts und dem Schutz vor Überschwemmungen. Eine Versiegelung der Flächen würde die Gefahr von Überflutungen in der Umgebung erhöhen. 5. Nachhaltige Stadtentwicklung: Eine Umwidmung von Waldflächen steht im Widerspruch zu den Grundsätzen einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die den Erhalt von Grünflächen und eine ressourcenschonende Nachverdichtung priorisiert. <p>Angesichts dieser Punkte appelliere ich an die verantwortlichen Entscheidungsträger, die Pläne zur Umwidmung der Waldfläche kritisch zu überdenken und alternative Lösungen für den Bedarf an Bauflächen zu prüfen, die nicht mit einem derart hohen Verlust an Natur- und Lebensqualität einhergehen.</p> <p>Ich danke Ihnen für die Berücksichtigung meiner Stellungnahme und stehe für weitere</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPlG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungspotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungspotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

Rückfragen gerne zur Verfügung.

[ANONYMISIERT]

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-451	
1027936	
1033531	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>sehr traurig, dass man z. Zt. der Weltklimakonferenz u. den aktuellen Katastrophenberichten zum Klimawandel Ihren aktuellen Regionalplan im Bereich der A4 Lustheide/Frankenforst zur Kenntnis nehmen muss. Die dort vorhandenen Waldflächen bieten den direkten Anwohnern nicht nur einen notwendigen Lärm- und Abgasschutz, sondern dienen auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Außerdem liegt dieser Wald unmittelbar am Landschaftsschutzgebiet Königsforst und darf deshalb vor allem aus diesem Grund nicht beeinträchtigt werden. Dieser Wald ist darüberhinaus Lebensraum vieler geschützter Tier- und Pflanzenarten.</p> <p>Der beste Schutz vor Starkregen, Hitze und Überschwemmungen ist und bleibt der Wald.</p> <p>Wir bitten Sie eindringlich, diesen Regionalplan so zu ändern, dass der Wald auch nördlich der A4 von Lustheide bis Frankenforst als Schutzwall unbeschädigt erhalten bleibt und hier keine Bebauung möglich gemacht wird.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-454	
1027915	
1036295_001	
Inhalt	<p>der aktuelle Regionalplan sieht vor, dass ein Großteil des Waldes an der A4 zur Bebauung freigegeben wird. Dies widerspricht allem, was die Politik bisher verkündet hat. Mit dem NRW Waldpakt hat das Land NRW noch einmal darauf hingewiesen, dass alle Interessengruppen sich für den Erhalt von Waldflächen einsetzen müssen, um den negativen Folgen des Klimawandels in den Städten entgegenzuwirken. Der Wald entlang der A4 von Lustheide bis Frankenfort bietet ihren direkten Anwohnern nicht nur einen direkten Lärm- und Abgasschutz vor der A4, sondern dient auch als Wasseraufnahmespeicher für Starkregenereignisse. Der Wald liegt direkt am Landschaftschutzgebietes Königsforst und darf allein aus diesem Grund nicht angefasst werden!</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch

Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-2-456	
1027860	
1036300_001	
<p>Inhalt</p> <p>GIB Geilenkirchen</p> <p>laut zweitem Planentwurf wird eine GIB-Fläche in Geilenkirchen als gegeben eingezeichnet. Wenngleich die zweite Offenlage nur Stellungnahmen an Änderungen vorsieht, sieht [ANONYMISIERT] seit dem ersten Aufstellungsbeschluss zur Neuaufstellung des Regionalplan eine neue Faktenlage.</p> <p>Die zeichnerische Darstellung muss aus unserer Sicht geändert werden. Das betreffende GIB ist nicht begründet und muss gestrichen werden</p> <p><i>[Abbildung]</i></p> <p>Begründung</p> <p>Am 25.06.2021 beschloss der Regionalrat Köln in seiner Sitzung unter TOP 11 den Aufstellungs-beschluss für den Teilabschnitt Region Aachen, Festlegung eines Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereiches, Stadt Geilenkirchen.¹</p> <p>Wie sich bereits im Laufe des Jahres 2023 ergeben hat, wird die Firma [ANONYMISIERT] die für sie gedachten 10 Hektar Fläche allerdings nicht in Anspruch zu nehmen. Die Freirauminanspruchnahme (AFAB > GIB) ist nach den Vorgaben des LEP NRW und den übrigen Zielen des Regionalplans möglich, <u>wenn es einen nachweisbaren Bedarf gibt</u>. Konkret ist aufgrund des entfallenen Bedarfs die Freirauminanspruchnahme neu zu bewerten, zudem noch keine weiteren Maßnahmen erfolgt sind.</p> <p>Die Grundlage für den Erstbeschluss und den Anschließendenden Aufstellungsbeschluss des Regionalrates Köln ist der Beschluss 1600/2019² der Stadt Geilenkirchen vom 03.07.2019. In diesem wird die 76. Änderung des Flächennutzungsplans mit dem konkreten Flächenbedarf der Firma [ANONYMISIERT] begründet:</p> <p>[...] Die Nachfrage ist allerdings nach wie vor sehr hoch; hinzukommt, dass die prosperierende ortsansässige Firma [ANONYMISIERT] zwecks Betriebserweiterung gegenüber der Stadtverwaltung konkreten Flächenbedarf angemeldet hat. Es ist daher dringend erforderlich, sowohl als Angebot für die Ansiedlung weiterer Unternehmen, als auch als betriebsgebundene Erweiterungsfläche für die Firma [ANONYMISIERT] Gewerbeflächen zu generieren.</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie der Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und -reserven. Die Regionalplanungsbehörde legt diese der Bedarfsberechnung zugrunde. Sie bilden die Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen, Mischnutzung und Gewerbe und gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Weitere Ausführungen finden sich in der Begründung zum Regionalplan, Kapitel 3.1.2 <i>Bedarfsgerechte und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung</i>. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als GIB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung wurden bereits im Verfahren berücksichtigt im Rahmen der Autorenkorrektur (s.I D 1026034, 1. Offenlage) Auf die entsprechenden Ausführungen im Rahmen der 1. Offenlage wird hierzu verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p> <p>Zudem wird auf Basis der fortlaufenden Aktualisierung im Rahmen der Anpassungspflicht der Bauleitpläne an die Ziele der Raumordnung (gem. § 1 Abs. 4</p>

[...]

Für eine Erweiterung des vorhandenen Gewerbegebietes Niederheid käme eine Fläche nordwestlich der Bestandsfläche in Frage, in Richtung der Stadtteile Gillrath und Hatterath. Die Größe der Fläche soll 20 ha betragen, wovon 10 ha der Expansion der LBBZ GmbH dienen sollen und 10 ha als Angebotsplanung. [...]

Die Regionalplanungsbehörde schreibt in der Sitzungsvorlage³

[...] Vor diesem Hintergrund ist für rund die Hälfte des Änderungsbereichs kein weitergehender Bedarfsnachweis erforderlich, da es sich um eine solche vorhabenbezogene kurzfristig anstehende Betriebserweiterung der Firma [ANONYMISIERT] handelt. Der Bedarf für die gewerbliche Entwicklung in der anderen Hälfte des Änderungsbereichs ergibt sich aus der Gegenüberstellung des prognostizierten Bedarfs und den noch vorhandenen Flächenreserven der Stadt Geilenkirchen. [...]

In den zur damaligen Beschlussfassung des Regionalrates Köln eingereichten Einwänden finden sich Bedenken der Landwirtschaftskammer NRW Bezirksstelle f. Agrarstruktur. (Die Regionalplanungsbehörde weist die Bedenken mit dem Verweis auf „erhebliche gewerbliche Flächenbedarfe der Stadt Geilenkirchen“ zurück.) und des Landesbüros der Naturschutzverbände NRW (Fehlende bzw. nicht ausreichende Begründung des Bedarfs & Fehlende Betrachtung von Alternativen (Deckung der Bedarfes in anderen GIB oder ggf. interkommunale Zusammenarbeit)).

Besonders hervorzuheben ist das Bedenken aus dem Umweltbericht der Bezirksregierung Köln:

Wie bereits beim Schutzgut Boden aufgeführt, zeichnen sich laut Stellungnahme vom Geologischen Dienst NRW (vom 28.10.20) die Böden der Fläche als „Wasserspeicher im 2-Meter-Raum mit hoher Funktionserfüllung als Regulations- und Kühlungsfunktion aus.

Aufgrund der zunehmenden Starkregenereignisse durch den Klimawandel auch im Regierungsbezirk Köln, sind unsere Böden besonders zu schützen. Mit Hinblick auf den entfallenen konkreten Bedarf der LBBZ, entfällt die Grundlage der Regionalplanänderung in erheblichem Maße. Der Schutz der Böden bekommt gleichzeitig noch mehr Bedeutung.

Bürgerinnen und Bürger sind weiterhin gegen ein Gewerbe- und Industriegebiet (GIB). Aus der Öffentlichkeit sind seinerzeit keine Stellungnahmen eingegangen, was an den damaligen Maßnahmen der COVID-19-Pandemie begründet sein dürfte. Im Zeitraum der Offenlage (01.02.2021 bis einschließlich 31.03.2021, nur digital) waren Treffen für Initiativen und Bürger:innen nicht möglich. Bis zum 14.02.2021 bestand der harte Lockdown⁴. Die sonst übliche Möglichkeit der Information und dem gemeinsamen Erarbeiten und Verfassen einer Stellungnahme war seinerzeit sehr eingeschränkt. Die Zustimmung zum Aufstellungsbeschluss [ANONYMISIERT] erfolgte aufgrund der konkreten Erweiterungsabsichten der Firma [ANONYMISIERT]. Wie wichtig der

BauGB) sichergestellt, dass eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung für die Kommunen auf Grundlage der Raumbesichtigung über das sfm zu jeder Zeit erfolgt. Zudem haben die Kommunen jederzeit die Möglichkeit, die Flächenreserven im sfm zu aktualisieren. Gemäß den Regelungen der Zielfestlegung *Flächenüberhänge vermeiden und abbauen* sind im Sinne einer flächensparenden und bedarfsgerechten Flächenentwicklung Möglichkeiten zum Flächentausch- bzw. Flächenrücknahmen für die kommunale Bauleitplanung sowie die Übertragung von Bedarfen zwischen Kommunen möglich.

konkrete Bedarf bei der Entscheidung war, belegt die Niederschrift⁹ der Regionalratssitzung vom 25.06.2021. Unsere Fraktion einen Änderungsantrag erfolglos dazu eingebracht. Abgelehnt wurde der Antrag durch die anderen Fraktionen insbesondere mit dem Verweis auf die Dinglichkeit.

Wäre innerhalb eines Jahres nach Bekanntmachung der Regionalplanänderung die Mitteilung der [ANONYMISIERT] erfolgt, so wäre eine Normenkontrollklage erfolgreich gewesen.

Hinweis: Der Stellungnahme wurden weitergehende Informationen als Anlage beigefügt.

Die entsprechende GIB Fläche ist im ersten Planentwurf aufgrund der 24. Änderung Regionalplan Köln RR 31/2021. Aufgrund der nun erst bekannten Fakten, ist der Bedarf der ersten Offenlage nicht mehr begründet.

AZ: Ö-O-2-462	
1027920	
1033513_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

AZ: Ö-O-2-465	
1027925	
1033519_001	
Inhalt	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht (vgl. u.a. Stellungnahme ID 1004675, 1. Offenlage sowie wiederholend durch Stellungnahme ID 1033293_013, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB. ASB dienen neben dem Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen und öffentlichen und privaten Dienstleistungen sowie den siedlungszugehörigen Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen u. a. auch dem wohnverträglichen Gewerbe, so dass z. B. eine Zonierung zur Konfliktlösung zwischen Nutzungen angrenzender ASB bzw. GIB möglich ist.

Allgemein ist im Sinne einer bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In walddreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

In Bezug auf Starkregen lässt sich folgendes festhalten: Die Regionalplanung kann künftige Starkregenereignisse nicht vermeiden. Zur Verringerung der Folgen solcher Ereignisse können zwar Maßnahmen ergriffen werden, diese sind flächenmäßig jedoch sehr kleinteilig und daher nicht von der Regionalplanung, sondern auf der kommunalen Planungsebene und der Fachplanungsebene zu planen. Der Bund und das Land NRW bieten den Kommunen zahlreiche Planungshilfen, z.B. die Starkregengefahrenkarte des Bundesamtes für Kartographie und Geodäsie. Die Durchführung von Renaturierungen richtet sich ebenfalls an nachgelagerte Planungs- und Genehmigungsebenen.

AZ: Ö-O-2-469	
1027961	
1033550_001	
<p>Inhalt</p> <p>Widerspruch gegen ASB auf dem Höhenweg in Siegburg-Kaldauen - Kaldauer Wald als Landschaftsschutzgebiet muss geschützt werden!</p> <p>hiermit möchten wir als Anwohner der Erweiterung des Allgemeinen Siedlungsbereichs im Höhenweg, 53721 Siegburg-Kaldauen widersprechen. Es gibt ein Gerichtsurteil (s.A.im Portal), das dem entgegensteht, denn es hätte eine Wohnbebauung im Landschaftsschutzgebiet zur Folge. Der inzwischen leider berühmt berüchtigte [Anonymisiert] plant dort mit der Stadt Siegburg aktuell eine Wohnsiedlung mit bis zu 72 Wohneinheiten, die in den Kaldauer Wald gesetzt werden soll. Bei dem Hotel Grunge, das seit 2003 leersteht, handelt es sich um einen nicht genehmigten "Schwarzbau" mitten im Natur- und Landschaftsschutzgebiet (damals mit CDU-Bürgermeister [Anonymisiert] und seinem Nachfolger [Anonymisiert]), wie das beigefügte Urteil aus 1998 des OVG Münster belegt (s.A.). Nachdem die SPD die Kommunalwahl 2020 für sich entschieden hat, geht [Anonymisiert] jetzt mit seinem Immobilienfonds von einer Nachnutzung mit sieben Wohnblöcken und rund 72 Wohneinheiten aus. Das Gebiet ist nach wie vor kein Bauland, müsste umgewidmet werden (SO Touristisches Sondergebiet (s. A. im Portal), da dort eine Sommerrodelbahn ebenfalls ohne Genehmigung war und Landschafts- und Naturschutzgebiet ist), es gibt keinen zweiten Rettungsweg (hohe Waldbrandgefahr) und die verkehrstechnische Anbindung (inkl. Parkraum) für derart viele Bewohner ist auf dem verkehrsberuhigten Buchenweg überhaupt nicht gegeben. Dies wurde bereits im damaligen Urteil festgehalten, weil sich Busladungen aus Holland zum ehemaligen Hotel hochgequält hatten, bis die Anwohner geklagt haben [Anonymisiert]. Ein neuer Zuschnitt im Regionalplan würde das OVG-Urteil konterkarieren und wäre nicht zulässig! Die Natur hat sich in diesem Naherholungsgebiet in den vergangenen mehr als 20 Jahren insbesondere den rückwärtigen Bereich des Hotelgeländes wieder zurückerobert - Fledermäuse und Feuersalamander sind dort neben zahlreichen Vogelarten gesichtet worden. Man kann oben vom Hang gut Einblick in das Gelände nehmen.</p> <p>Die Anwohner des Höhenwegs werden durch die Pläne vollkommen abgeschnitten und befürchten, dass nicht einmal mehr Rettungs-, Müll- oder Lieferfahrzeuge zu ihnen durchkommen. Die Waldbrandgefahr würde mit heißen Autos auf/am Waldboden immens steigen. Der gesamte Bereich am Kaldauer Wald wäre bei einem Waldbrand verloren. Würden im Wald Mehrfamilienhäuser gebaut und es gäbe einen Brand, müsste sich die Feuerwehr entscheiden, wem adhoc zu helfen ist, für uns Bürger am Ende der Sackgasse wären sicher keine Kapazitäten mehr frei und es käme kein Feuerwehrgewagen bis hinten durch, denn die geparkten Autos - auch aus</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Außerdem gilt: Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand bzw. der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt. Die Zeichnerischen Festlegungen entsprechen dem gesetzlich vorgegebenen Maßstab der Regionalplanung (1:50.000), der deren generelle Regelungstiefe vorgibt.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p>

dem neuen Wohngebiet - würden die Durchfahrt von RTW und Feuerwehr verstopfen. Einen zweiten Rettungsweg gibt es nicht, wir könnten also nicht mit Hilfe rechnen. Der Wald muss unserer Ansicht nach - schon allein angesichts des Klimawandels - unbedingt unversehrt bleiben und geschützt werden. Solche Menschenmassen von Esch in MFH's dort hinzusetzen, würde den Wald und damit das Landschaftsschutzgebiet zerstören...Dies wollen wir Anwohner unbedingt verhindern und sind daher gegen Allgemeinen Siedlungsbau im Kaldauer Wald!

AZ: Ö-O-2-470	
1027963	
1033551	
<p>Inhalt</p> <p>Stellungnahme der Bürgerinitiative zum Schutz der Landschaft zwischen Moitzfeld und Herkenrath zur Neuauflistung Regionalplan Köln - Zweiter Planentwurf 2024</p> <p>Betrifft: Änderungsfläche 1008175</p> <p>Wir, die Bürgerinitiative zum Schutz der Landschaft zwischen den Ortsteilen Moitzfeld und Herkenrath in Bergisch Gladbach (Mitglied in der Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt Nordrhein-Westfalen e.V. LNU) mit mehr als 2.600 UnterstützerInnen, nehmen nachfolgend Stellung zur Neuauflistung Regionalplan Köln – Zweiter Planentwurf 2024.</p> <p>Zielsetzung unserer Initiative ist der Schutz und Erhalt von Freiflächen auf dem Höhenzug zwischen den Ortsteilen Bergisch Gladbach Moitzfeld und Bergisch Gladbach Herkenrath („Höhenzug Moitzfeld/Herkenrath“ – siehe Lageplan in Abbildung 1), denen aufgrund vielfältiger, gutachterlich belegter Freiraumfunktionen (siehe z.B. Freiraumkonzept der Stadt Bergisch Gladbach, http://www.bergischgladbach.de/freiraumkonzept.aspx) eine große Bedeutung – auch unter überregionalen Gesichtspunkten – zukommt, u.a.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landschaftsschutz und Biotopverbund • Stadtklimatische Bedeutung (Kaltluftgestehungsgebiet für die westlichen Verdichtungsräume) • Brut- und Nahrungsraum für artenschutzrelevante Vogelarten • Sicherung von Quellgebieten • Erhaltung besonders schutzwürdiger Böden • Naherholungs- und Freizeitregion <p>All dies sind Funktionen, die nach Zielsetzung des Landesentwicklungsplans (LEP) schützenswert sind (s.u.).</p> <p>Abbildung 1: Lageplan Höhenzug Moitzfeld/Herkenrath</p> <p>Daher haben wir als Initiative den ersten Planentwurf zum Regionalplan 2021 ausdrücklich begrüßt, in dem der Höhenzug außerhalb der existierenden Bebauung als Freiraum mit der Funktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß Ziel 6.1-1 LEP NRW hat die Regionalplanung bedarfsgerecht Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) und Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) festzulegen. Zur sachgerechten Ermittlung der quantitativen Flächenbedarfe für zusätzliche Siedlungsflächen enthalten die Erläuterungen zu Ziel 6.1-1 LEP NRW methodische Vorgaben zur Berechnung der Wohnbau- und Wirtschaftsflächen sowie zur Bilanzierung zwischen Siedlungsflächenbedarfen und reserven. Der Flächenbedarf für Wohnen (Wohnbauflächen) und für Gewerbe (Wirtschaftsflächen) ist gemäß den landesplanerischen Vorgaben zur Bedarfsermittlung für einen Planungszeitraum von 25 Jahren festgelegt worden.</p> <p>Gemäß den landesplanerischen Vorgaben ist die Siedlungsentwicklung flächensparend und bedarfsgerecht an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten. Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.</p> <p>Die Stadt Bergisch Gladbach verfügt über kommunalen Bedarf an zusätzlichen Regionalplanreserven für die Wohnbauflächenentwicklung gemäß der Zielfestlegung <i>Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten</i>. Aufgrund der kommunalen Entwicklungsabsicht (s. Stellungnahme zu ID 1008175, 1. Offenlage und ID 1033293_010, 2. Offenlage) sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB im Sinne des Gegenstromprinzips folgerichtig. Ausgeübte und bestandsgeschützte Befugnisse bzw. Rechte werden nicht berührt.</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem</p>

Erholung“ ausgewiesen wurde (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2: Erster Planentwurf

In dem nun vorliegenden Zweiten Planentwurf hingegen ist vorgeschlagen (Fläche 1008175), im südlichen Teil des Höhenzuges östlich der L289 einen ASB auszuweisen (Siehe Abbildung 3). Diese Änderung im Vergleich zum ersten Planentwurf geht laut Begründung allein auf die Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach zurück.

Abbildung 3: Änderungskarte Neue Festlegungen, Zweiter Planentwurf 2024

Die im 2. Planentwurf nun enthaltene Abwägung, die im Ergebnis zu der Entscheidung führte, an dieser Stelle im Gegensatz zum Ersten Planentwurf einen ASB auszuweisen, ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar und zudem widersprüchlich. Wörtlich heißt es hierzu „Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt östlich der Dr. Müller-Frank-Straße eine Erweiterung des ASB.“ (1008175, B-1 Synopse Öffentliche Stellen, Seite 3221).

Dieser Abwägung möchten wir widersprechen, da aus unserer Sicht keiner der genannten Gründe begründet ist:

- **Kein zusätzlicher kommunaler Bedarf:** Die Synopse weist in ihrer Abwägung zur Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach (1004640, B-1 Synopse Öffentliche Stellen, Seite 3182) ausdrücklich darauf hin, dass die von der Stadt zitierte Bedarfsermittlung auf einem redaktionellen Fehler beruht und die korrekt ermittelten 107ha bereits im Ersten Planentwurf, der auf dem rechtsgültigen Flächennutzungsplan 2035 beruht, berücksichtigt wurden. Abgesehen von der Zitierung des fehlerhaften Wertes kann die Stadt Bergisch Gladbach keinen höheren Bedarf begründen.

Im Gegenteil führt die Stadt Bergisch Gladbach aus, dass die mangelnde Ausweisung von weiteren ASB Flächen den „Handlungsspielraum der Kommune zukünftig stark einschränkt“ (ebd.). Hiermit würde „der Öffentlichkeit signalisiert, dass diese Bereiche nicht mehr für eine Siedlungsentwicklung zur Verfügung stehen“ (ebd.). Aus diesen Ausführungen wird aus unserer Sicht deutlich, dass es eben keinen nachgewiesenen Bedarf gibt, sondern lediglich eine pauschale „Bevorratung“ von Flächen im Hinblick auf einen rein spekulativen zukünftigen Bedarf erfolgen soll. Dieser rein spekulative Charakter des Bedarfs kann aus unserer Sicht die Einschränkung der anderen Schutzziele an dieser Stelle (insbesondere Freiraumschutz) nicht rechtfertigen (s.u.).

- **Keine kommunale Entwicklungsabsicht:** Es ist schlicht nicht nachzuvollziehen, auf welcher Grundlage die Aussage in der Synopse zu einer „kommunalen Entwicklungsabsicht“ in Bezug auf die Fläche basiert. Weder ist eine solche in der Stellungnahme der Stadt Bergisch Gladbach enthalten, noch ist die Fläche im erst jüngst in einem aufwendigen Prozess aktualisierten Beschluss zum nun rechtsgültigen Flächennutzungsplan 2035 für eine

Zweck nicht vereinbar sind.

Zur bedarfsgerechten Festlegung von Siedlungsraumpotentialen gemäß den Zielvorgaben des LEP NRW ist im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln eine Inanspruchnahme von Freiraum (Grundsatz 7.1-1 LEP NRW (Freiraumschutz) nicht vermeidbar. Sie wird auf das notwendige Maß begrenzt. Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgt dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums.

Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Für die Anregung zur Sicherung eines Regionalen Grünzugs gilt, dass die Festlegung der Regionalen Grünzüge auf Basis ihrer Funktionen gemäß LEP NRW bzw. nach LPIG DVO für die definierte Gebietskulisse der verdichteten Räume erfolgt. Hierfür wurden die Kriterien Schutzbedürftigkeit des Freiraums (z.B. durch Nutzungsdruck), die aktuelle Freiraumsituation (Anteil der Freiraumnutzung) und die potentielle klimatische Belastungssituation bewertet. Das Ergebnis ist eine "Kernzone" entlang der Rheinschiene sowie Aachen und Düren als besonders verdichtete Räume und die "Übergangszone" zum ländlichen Raum. Es werden ausschließlich besonders bedeutsame bzw. empfindliche Bereiche im Hinblick auf die siedlungsräumliche Gliederung, sog. "Engstellen" die für den Erhalt eines zusammenhängenden Freiraumverbunds von besonderer Bedeutung sind, als RG festgelegt. Der Vorschlag entspricht nicht den vorgenannten Kriterien.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Darüberhinaus ist im Rahmen der nachgelagerten konkretisierenden kommunalen Planung zu gewährleisten, dass gemäß den Ausführungen in Z.2 die Vorgaben des LEP NRW zu Ziel 6.1-4 LEP NRW beachtet werden. Zudem wird auf die

Entwicklung vorgesehen. Im Gegenteil, dort ist das Gebiet als landwirtschaftliche Fläche ausgewiesen (Abbildung 4). Es gibt also einen rechtlich bindenden Beschluss der Stadt Bergisch Gladbach, dort gerade keine Entwicklungsabsicht zu verfolgen.

Insofern verwundert auch der Verweis in der Abwägung auf das „Gegenstromprinzip“, dass nach unserem Verständnis gerade darauf zielt, dass die Bauleitplanung der Kommunen auch Berücksichtigung in der Aufstellung der übergeordneten Pläne findet. Hier setzt sich der Regionalplan jedoch explizit über den im politischen Konsens verabschiedeten FNP hinweg und schreibt eben Planungsziele vor, die der gültigen kommunalen Bauleitplanung zuwiderlaufen.

Abbildung 4: FNP Bergisch Gladbach 2035

- **Unklare „regionalplanerische Darstellungsfähigkeit“:** Was genau in der Begründung mit der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit gemeint ist, bleibt unklar. Auffallend ist jedoch, dass in der sog. Abwägung letztlich gar keine Abwägung von verschiedenen Aspekten für die Fläche erfolgt (z.B. Wert für Freiraumnutzung vs. Flächenbedarf). Insbesondere erfolgt keine Begründung, inwiefern die Widersprüche der Ausweisung der Fläche als ASB zu den Grundsätzen und Zielen des Landesentwicklungsplans aufgelöst werden. **Aus unserer Sicht widerspricht die Ausweisung eines ASB an dieser Stelle u.a. den folgenden LEP Zielen / Grundsätzen (Auswahl):**
 - **6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung** – Angesichts des nicht nachgewiesenen Bedarfs (s.o.) ist aus unserer Sicht die Vorgabe „Bisher in Regional- oder Flächennutzungsplänen für Siedlungszwecke vorgehaltene Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, sind wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind.“ (LEP) einschlägig.
 - **6.1-4 Keine bandartigen Entwicklungen und Splittersiedlungen** – „Bandartige Siedlungsentwicklungen entlang von Verkehrswegen sind [...] zu vermeiden.“ (LEP) Im Gegensatz zu dem aktuell abgerundeten Siedlungsbereich würde der zusätzliche ASB genau eine solche bandartige Entwicklung darstellen.
 - **7.1-1 Freiraumschutz** – gem. des städtischen Freiraumkonzeptes (s.o.) sind zahlreiche der im LEP genannten Funktionen an dieser Stelle einschlägig.
 - **7.1-5 Grünzüge** – laut gültigem Freiraumkonzept der Stadt Bergisch Gladbach liegt der geplante ASB genau in einem ausgewiesenen überregionalen Grünzug (siehe Abbildung 5), der laut LEP Ziel eben als Vorranggebiete festzulegen sind.

Die Ausweisung eines ASB an dieser Stelle widerspricht somit offensichtlich zahlreichen Grundsätzen und Zielen des LEP. Es erstaunt daher, dass in der Abwägung pauschal von einer „regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit“ gesprochen wird, ohne dass diese Aspekte überhaupt erwähnt werden – geschweige

Ausführungen im Kapitel 3.2 Allgemeine Siedlungsentwicklung der Begründung in Bezug auf die Darstellungsfähigkeit bzw. zur Methode der zeichnerischen Festlegungen verwiesen.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Eine vertiefende einzelfallbezogene Betrachtung erheblicher Umweltauswirkungen in Form von Prüfbögen erfolgt in der Regel erst bei ab einer Größenordnung von 10ha. Ggf. kann eine vertiefende Betrachtung auch in Bezug auf Festlegungen kleiner als 10 ha geboten sein, wenn von der regionalplanerischen Festlegung erkennbar erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können und eine standortbezogene Abwägung einschließlich Alternativenprüfung nur im Regionalplanverfahren sinnvoll erfolgen kann. Dies ist z.B. bei der Betroffenheit von Naturschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten, von Überschwemmungsgebieten oder bedeutsamen Flächen für die Trinkwasserschutz gegeben (vgl. Leitfaden zur Durchführung der Umweltprüfung in der nordrhein-westfälischen Regionalplanung, 2020). Bei der betreffenden Festlegung ist keine vertiefende Prüfung im v. g. Sinne angezeigt. Die in der Stellungnahme angesprochenen, auf potenzielle Umweltauswirkungen bezogenen Aspekte gehen über die Prüftiefe und den Detaillierungsgrad der Regionalplanung (vgl. §8 ROG) hinaus. Sie sind im Rahmen der Bauleitplanung im lokalen Maßstab zu betrachten.

Auf regionalplanerischer Ebene ist kein Konflikt mit natur- oder artenschutzrechtlichen Belangen gegeben. Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen. Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (siehe ID 1008175, 1. Offenlage). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer

denn nachgewiesen würde, warum diese in der Abwägung als nicht ausreichend gewichtig erachtet würden.

Abbildung 3: Lage des Höhenzugs in einem überregionalen Grünzug

In Summe halten wir die in der Begründung zur Fläche 1008175 aufgeführten Abwägung als nicht geeignet, das Aufgeben von Freiraumfunktionen an dieser Stelle zu Gunsten eines ASB auch nur ansatzweise zu begründen. Insofern regen wir an, an dieser Stelle (wie im Ersten Planentwurf) Freiraum mit der Funktion „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung“ auszuweisen.

Wir bitten um Berücksichtigung dieser Ergänzungen bei der Neuauflistung des Regionalplans.

Anhänge

[BI Moitfeld Herkenraht - Stellungnahme Regionalplan-stc.pdf](#)

Präzisierungsbedarf.

AZ: Ö-O-2-472	
1027931	
1033523	
<p>Inhalt</p> <p><u>A-2-4 Blatt02-03 Kreis Dueren Planentwurf:</u></p> <p>Bei der Fläche am südwestlichen Ortsrand von 52372 Kreuzau-Stockheim (Verlängerung der Marienstraße) handelt es sich um Freiraum (BSLE) und nicht wie dargestellt um ASB.</p> <p>Mit der 8. Planänderung zum Regionalplan wurde die Auflage gemacht, diese Fläche als Freiraum <u>darzustellen</u> (s. 8.Planänderung_zeichn. und 8.Planänderung_schriftl.).</p> <p>Im Rahmen der aktuellen Regionalplanung wurden keine Änderungen zu dieser Fläche beschlossen. Daher hat die Vorgabe, die Fläche als Freiraum <u>darzustellen</u>, nach wie vor Bestand.</p> <p>Diese Vorgabe (<u>Darstellung</u> als Freiraum) darf nicht unter den Aspekten einer alleinigen gebietsscharfen Darstellung und einer bestimmten Darstellungsschwelle des Regionalplans beeinträchtigt werden, dies wurde in den vergangenen Regionalplänen auch beachtet.</p> <p>Weiterhin zählt die Fläche zum angrenzenden Bereich zum Schutz der Landschaft und zur landschaftsorientierten Erholung (BSLE) als auch zu einem Biotopverbund (BK-5205-0007), welches laut Umweltbericht NSG-würdig oder regional bedeutsam ist. Diese beiden Sachverhalte fehlen gänzlich in den Erläuterungskarten A-1-2.8 Anhang-A3_Erlaeuterungskarte_F6_BSLE und A-1-2.7 Anhang-A3_Erlaeuterungskarte_F5_Regionaler_Biotopverbund.</p> <p>Ich bitte Sie daher höflichst, die kartographischen Abweichungen in folgenden Kartenwerken zu korrigieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> • A-2-4 Blatt02-03_Kreis Dueren_Planentwurf • A-1-2.8 Anhang-A3_Erlaeuterungskarte_F6_BSLE • A-1-2.7 Anhang-A3_Erlaeuterungskarte_F5_Regionaler_Biotopverbund <p>Anhänge A-1-2 Anhang A Erlaeuterungskarten BSLE.png A-1-2 Anhang A Erlaeuterungskarten Regionaler Biotopverbund.png A-2-4 Blatt02-03 Kreis Dueren Planentwurf.png 8.Planaenderung_schriftl..png</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Prälusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen.</p> <p>Ergänzend wird auf Folgendes verwiesen: Es handelt sich um eine Neuaufstellung und keine Fortschreibung eines Regionalplanes. Vor diesem Hintergrund werden im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans Köln keine Festlegungen "übernommen", sondern alle Festlegungen neu geprüft. Den zeichnerischen Festlegungen der Neuaufstellung des Regionalplanes Köln liegt eine einheitliche Methodik für das gesamte Planungsgebiet zugrunde.</p> <p>Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden die Ergebnisse der Umweltprüfung berücksichtigt. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen im Prüfbogen KRE_ASB_3 ermittelt, beschrieben und bewertet. Hinsichtlich der Bewertungsmaßstäbe wird auf den Anhang A der Umweltprüfung verwiesen. Die Bewertungsmaßstäbe und Untersuchungstiefe entsprechen dem für die Regionalplanung vorgeschriebenen Detaillierungsgrad.</p>

Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Bauleitplanung kann die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Entwurf der Siedlungsbereichsfestlegung (ASB) erfolgte unter Berücksichtigung der gemäß Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege regional bedeutsamen Biotopverbundfunktionen. Die Überplanung von regional bedeutsamen Biotopverbundflächen wird in dem betreffenden Bereich vermieden. Die dokumentierte Betroffenheit eines NSG-Umfeldes sowie eines kleinteiligen schutzwürdigen Biotopes kann durch Abstandsflächen in der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebene gelöst werden. Eventuelle lokale Betroffenheiten von Arten und Biotopen können erst auf nachgeordneter Planungsebene dezidiert geprüft und berücksichtigt werden. Dies kann beispielsweise in Form einer räumlich differenzierten Umsetzung auf Bauleitplan-Ebene erfolgen.

Entsprechend der rechtlichen Vorgaben (VV-Artenschutz NRW) beschränkt sich die Berücksichtigung artenschutzrechtlicher Belange auf regionalplanerischer Ebene auf eine überschlägige Vorabschätzung im Hinblick auf "verfahrenskritische Vorkommen", die die Umsetzung einer regionalplanerischen Festlegung potenziell in Frage stellen können. Eine Betroffenheit verfahrenskritischer Vorkommen liegt entsprechend der vorliegenden Daten hier nicht vor.

AZ: Ö-O-2-6	
1026746	
1032426_001	
Inhalt	<p>Bei der ersten Offenlegung bezüglich des Landschaftsplanes habe ich für die Hofstellen in [ANONYMISIERT] Baesweiler, als auch die Hofstelle in [ANONYMISIERT] Baesweiler, darauf hingewiesen, dass wir vom Landtag Düsseldorf per Petition eine Erlaubnis erhalten haben, die Hofstelle zu erweitern bzw. zu Vergrößern. Dies möchte ich im Hinblick auf die Zukunft erhalten und mir als auch meinem Hofnachfolger die Chance geben die Hofstellen dauerhaft zu bewirtschaften. Da ich in der ersten Offenlegungsrunde von Ihnen nicht gehört habe, bitte ich Sie jetzt hier nochmals um eine Stellungnahme.</p>
	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Es wird auf die Stellungnahme im Rahmen der ersten öffentlichen Auslegung verwiesen und diese aufrechterhalten (vgl. ID 1003460 1. Offenlage).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen (vgl. Seite 3043 in Beteiligungssynopse: Öffentlichkeit). Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p> <p>Darüber hinaus greifen die Festlegungen zum Schutz der Natur und Landschaft (BSN und BSLE, siehe Kapitel 4.3 textliche Festlegungen) nicht in bestehende Rechte oder rechtmäßig bestehende Nutzungen (z.B. bauliche Nutzungen oder die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung) ein. Für die fachplanerische Umsetzung geben die Ziele für BSN (Z.20) und BSLE (Z.21) einen breiten Umsetzungskorridor vor. Explizit ist erläutert, dass die Festlegung im Regionalplan nicht zu einer Verpflichtung führt, die Bereiche überwiegend oder vollständig durch Schutzfestsetzungen in der Landschaftsplanung umzusetzen. Entsprechend der v.g. Erläuterungen ist vorrangig die Möglichkeit vertraglicher Vereinbarungen zu prüfen, sofern der angestrebte Schutzzweck mit angemessenem Aufwand sichergestellt werden kann. In den Bereichen können (gemäß der Erläuterungen in 4 BSN und 2 BSLE) maßstabsbedingt auch Flächen enthalten sein, die von den Festlegungen unberührt sind (z.B. bebaute Bereiche).</p> <p>Die Festlegungen der BSN und BSLE fußen zu großen Teilen auf der fachlichen Bewertung des LANUV NRW. Diese definiert die aus naturschutzfachlicher Sicht regionalbedeutsamen Bereiche für den Biotopverbund. Der Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege stellt die gesetzlich vorgeschriebene Grundlage für den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dar. Abgeleitet von diesen Grundlagen</p>

umfassen die BSN in der dem Maßstab üblichen generalisierten Form Bereiche mit herausragender Bedeutung für den Biotopverbund, die auf nachfolgender Ebene zu konkretisieren sind. Bereiche mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund wurden i.d.R., neben anderen Kriterien, in die BSLE einbezogen. Sowohl den BSN den BSLE liegt die Darstellungsschwelle von 10ha zugrunde. Weiterhin wurden die Grenzen der Darstellbarkeit (z.B. bei sehr schmalen linienhaften Biotopen, kleinteiligen Aussparungen) berücksichtigt. Die Festlegungen der BSN und BSLE umfassen insofern keine parzellenscharfen Abgrenzungen und können (siehe oben) auch von den Zielen unberührte Flächenanteile enthalten.

AZ: Ö-O-2-8	
1026456	
1032217_001	
<p>Inhalt</p> <p>zu dem Entwurf eines des Regionalplans Köln möchten wir die Möglichkeit zur Beteiligung nutzen und nehme zu dem Regionalplanentwurf wie folgt Stellung:</p> <p>Wir sind in mehreren Regionen direkt betroffen und sehen unsere Existenz durch diesen Planentwurf bedroht. Mein Mann und ich bewirtschaften in der 8. Generation erfolgreich unseren landwirtschaftlichen Vollerwerbsbetrieb mit Milchviehhaltung. Neben unseren 210 Mitarbeiterinnen haben wir 3 Angestellte und auch eine weitere Generation, unsere 4 Kinder, wächst heran. Unsere gesamte landwirtschaftliche genutzte Fläche beträgt 145ha. - Wipperfürth, Münte, Oberbergischer Kreis -</p> <p><u>Punkt 1: unsere Hofweide</u></p> <p>Ganz besonders wichtig sind die Flächen direkt am Hof, die in folgendem Bild grün umrandet sind, sie befindet sich südlich von Wipperfürth:</p> <p>Es handelt sich hier um unsere Hofweide, sprich die <u>einzige Möglichkeit</u> unseren Kühen Auslauf und Weide zu bieten. Wir arbeiten mit Melkrobotern, d.h. die Tiere müssen selbstständig, ohne Straßen queren zu müssen auf die Weide und zurück laufen können. In Ihrem Entwurf ist diese Hofweide allerdings als Bauland für Wohnzwecke und Gewerbegebiet markiert. Es handelt sich hier um die einzige Weide, die von unserem Stall für unsere Kühe frei zugänglich ist.</p> <p>Der LEH, die Verbraucher, alle fordern bessere Haltungsbedingungen mit Weidehaltung für Milchvieh, es gibt bereits Aussagen vom LEH, dass nur noch Milch von Kühen mit Auslauf oder Weidegang in die Regale genommen wird. In Kombination mit Ihrem Entwurf und dem entsprechender Bebauung, hieße dies das Ende unseres seit dem 15. Jahrhundert bestehenden Hofes. Vorschlag: Nutzen Sie Flächen von Nicht-Landwirten oder stillgelegten Betrieben zur Bebauung und zerstören Sie nicht die Betriebe die Nachfolger haben und aktuell noch für unsere ursprünglichste Lebensgrundlage sorgen, unsere Lebensmittelsicherheit. Wir schützen vor Hunger und sorgen damit für Frieden!</p> <p>Im Regionalplan auf Seite 105 unter G32 heißt es: „...<i>bestehenden landwirtschaftlichen Flächen als wesentliche Produktionsgrundlage erhalten werden</i> n.“</p> <p>Und auf Seite 105 bei G34 heißt es: „Landwirtschaftliche Betriebe sollen in ihrem Bestand und ihren Entwicklungsmöglichkeiten erhalten werden...“</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.</p> <p>Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.</p> <p>Die im Nachwort der Stellungnahme enthaltene Anregung betrifft Maßnahmen nachgelagerter Planungs- und Genehmigungsverfahren.</p> <p>Im Übrigen ist die Stellungnahme inhaltsgleich mit der aus der ersten öffentlichen Auslegung (vgl. ID 1012242_001).</p> <p>Gegenüber der ersten Beteiligung ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Sachverhalte. Die angeführten regionalplanerisch relevanten Belange wurden bereits im Verfahren berücksichtigt.</p> <p>Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.</p>

Dementsprechend beantragen wir, unsere Hofweide nicht mit der Bebauungsmöglichkeit zu belegen sondern diese Fläche entsprechend der Formulierungen im Regionalplan in landwirtschaftlichen Nutzfläche zu ändern. Unsere Weide ist für uns existenziell!

Punkt 2: Mähwiese und Rinderweide

Auch unsere grün umrandete Mähwiese und Rinderweide auch südlich von Wipperfürth wird als Gewerbegebiet und Wohnbebauung markiert.

Die Mähwiese ist hofnah, d.h. kurze Fahrwege für die Ernte, die Rinder auf der Weide erhalten die Biodiversität, wir pflegen die Kulturlandschaft und machen aus Gras ein essentielle Lebensmittel, Milch und Fleisch, sowie etliche Nebenprodukte wie Felle, Leder, Seifen, Fette, natürlichen Dünger uvm.

Auch für diese Fläche beantragen wir, dass Sie nicht als Bauland ausgewiesen wird, sondern als landwirtschaftliche Nutzfläche erhalten bleibt.

Bitte nutzen Sie für Wohn- oder Gewerbebauten Flächen von Landwirten oder Nicht-Landwirten, die nicht mehr aktiv sind und ihre Flächen vielleicht gerne zu Bauzwecken abgeben!

Punkt 3: Landschaftsschutzgebiete Gefahren und neue Verordnungen

Nach diesem neuen Regionalplan liegen alle Flächen, die wir bewirtschaften, im Gebiet „Schutz der Landschaft und landschaftsorientierter Erholung“ (BLSE).

Aus unserer Sicht besteht die große Sorge, dass diese Ausweisung künftig die Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung dieser Flächen zum Teil erheblich beeinträchtigen wird, insbesondere was den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln betrifft. Auch dies wäre für unseren landwirtschaftlichen Betrieb existenzgefährdend. Folglich beantragen wir, insbesondere die Grünlandflächen nicht mit diesem Schutzstatus zu belegen, um auch so mittelfristig einen Beitrag zur **Ernährungssicherheit Deutschlands** und Europas leisten zu können.

Für uns ist zudem nicht nachvollziehbar, warum nunmehr die neue Regionalplanung den Ansatz verfolgt, die bislang nicht unter einem Schutzstatus stehenden Flächen mit einem solchen zu belegen. Das geht nach meiner Auffassung eindeutig auf Kosten der heimischen Landwirtschaft und den noch hier in Deutschland bzw. im Oberbergischen Kreis wirtschaftenden Betriebe.

Dies sind oft genau die Betriebsformen, die dem Tierwohl zuträglich sind, es sind Familienbetriebe, wie der unsere, die noch jedes einzelne Tier auf dem Hof kennen, die die wie wir **Führungen für Schulklassen organisieren (Bildung und zu Fuß für alle Wipperfürther Schulen erreichbar)** und Ihre Rinder noch auf die Weiden bringen und sich auch dort um Futter und Wasser kümmern. Das sind die Betriebe, die unsere Landschaft überhaupt erst zur Kulturlandschaft formten und diese erhalten.

Weiter möchten wir Sie noch auf den Verordnungsentwurf der EU-Kommission zur nachhaltigen Verwendung von Pflanzenschutzmitteln hinweisen. Darin ist unter anderem vorgesehen, als maßgebliche Gebietskulisse für die Einschränkung von Pflanzenschutzmitteln auch Landschaftsschutzgebiete mit zu berücksichtigen, die in NRW bekanntlich weit verbreitet sind und mit dem neuen Regionalplan noch verstärkt ausgewiesen werden sollen. Auch deshalb wenden wir uns gegen eine Überplanung unserer Flächen mit einem wie auch immer definierten Schutzstatus.

Wir ersehen Ihre Prüfung und Berücksichtigung unserer Einwände und erhoffen uns, dass diese in der weiteren Planung berücksichtigt werden.

Denken Sie doch bei Ihrer nächsten Mahlzeit, ihrem nächsten Milcheis an die vielen kleine Familien Betriebe im Oberbergischen Kreis, welche unsere Kulturlandschaft seit Jahrhunderten prägen und unendlich viele Vorteile mit sich bringen!

Viele Grüße vom [ANONYMISIERT] aus dem Oberbergischen Kreis in Wipperfürth

[ANONYMISIERT]

Nachwort:

Diese, unsere wunderschöne Landschaft und Natur, die durch unsere Art der landwirtschaftlichen Nutzung erhalten bleibt, sollte nicht bebaut und zerstört werden! Hier leben zahlreiche Lebewesen in Hecken, alten deutschen Eichen, ökologischen Rinderweiden, Totholzhecken, Steinhäufen, Altgrasstreifen, Kuhfladen, ausschließlich eigene Gülle in Kreislaufwirtschaft, Silolagerung in folienfreien Hochsilos, hunderte Schwalben die jedes Jahr zu unserem Hof zurückkehren um dort zu brüten, die Fledermäuse die in unseren Stalldächern Unterschlupf finden. **Bebauung muss umgedacht werden - weniger ist mehr!**

AZ: Ö-O-2-9

1026524

1032256_001

Inhalt

Ich befürworte die Idee eines Stromspeichersees (www.stromspeichersee.de) im Tagebau Hambach. Zum Ausgleich der Tag-Nacht-Schwankungen bei Stromerzeugung und -verbrauch sind große, billige Pumpspeicherkraftwerke (PSKW) notwendig – der Stromspeichersee wäre einer. Der Stromspeichersee nutzt hierbei Kavernen auf dem Seegrund und die Manheimer Bucht als Oberbecken. Es funktioniert vor, während und nach der Flutung des Neulandsees. Die vorgesehene Rekultivierung ist oberirdisch nur an der Manheimer Bucht abzuwandeln.

Hierzu gab es eine Eingabe in der ersten Offenlage. Dieser Stellungnahme wurde jedoch in der Abwägungstabelle nicht gefolgt, sondern die Eingabe wurde in den Teilplan Erneuerbare Energien weggewogen. Das ist nicht richtig, da für den Stromspeichersee GIB-Ausweisungen notwendig werden und fachlich auch nicht erneuerbare Energie im Stromspeichersee gespeichert werden kann. Die Darstellung eines interkommunales GIB im Tagebau hätte direkt den Charakter für die Kommunen, sich durch Vereinbarungen zu einem interkommunalen Gewerbegebiet die Gewerbesteuern des PSKW zu verteilen.

Weitere, drei Punkte trage ich hiermit vor:

Erstens - Streichung der Worte „in der Regel“ aus dem Kapitel 1.5. bei der Zulässigkeit von Zwischennutzungen.

Begründung: Das Bergrecht ersetzt kein Planungsrecht.

Zweitens bitte ich um Darstellung von Festlegungen für den Tagebau Hambach und Tagebau Garzweiler.

Begründung: Ich verweise auf §1(1) ROG. Die Flächen der Tagebaue sind zu groß, um keine Festlegung zu treffen, und liegen innerhalb des Teilraums der Bundesrepublik Deutschland - im Regierungsbezirk Köln. Sogar im LEP wird Freiraum dargestellt. Weiße Flecken in der Planung sind meines Erachtens in der Regionalplanung nicht erlaubt. In den textlichen Teilen wird hierzu keine hieb- und stichfeste Argumentation geliefert, warum dies erlaubt sein sollte. Ein Verweis auf Braunkohlenpläne reicht nicht aus, da §26ff LPIG NRW nicht die ganze Regionalplanung auf Braunkohlenpläne verschiebt, da die geordnete Braunkohlenplanung nach Bundesvorgaben vermutlich 2030 ein Ende findet.

Bitte ändern Sie die Darstellung.

Abwägung

Typ

Anregung/Bedenken

Ausgleichsvorschlag

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Erläuterung

Gemäß § 9 Abs. 3 ROG wird im Rahmen der erneuten öffentlichen Auslegung in Bezug auf die geänderten Planinhalte erneut die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die Möglichkeit zur Stellungnahme ist damit auf die im Vergleich zum 1. Planentwurf geänderten Teile beschränkt. Hierauf wurde in der Bekanntmachung der erneuten öffentlichen Auslegung bzw. Veröffentlichung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln - Zweiter Planentwurf (s. Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln 2024, S. 406) hingewiesen.

Die Stellungnahme geht über die geänderten Planinhalte hinaus bzw. bezieht sich auf nicht geänderte Teile des Plans. Damit unterliegt sie der Präklusion nach § 9 Abs. 2 ROG und ist von der zweiten öffentlichen Auslegung ausgeschlossen.

Auch im Übrigen ergeben sich keine neuen regionalplanerisch relevanten Belange, die zu einer anderen gesamtplanerischen Abwägungsentscheidung führen

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass das Vorhaben "Stromspeicher See" sich im Projektstadium befindet. Auf Grundlage des derzeitigen Planungsstands ist es nicht möglich die räumlichen Auswirkungen und ein mögliches regionalplanerisches Sicherungserfordernis zu bestimmen. Weder vom Bergbautreibenden noch von den kommunalen Planungsträgern wurde das Vorhaben in das Neuaufstellungsverfahren eingebracht. Damit liegen keine hinreichend konkreten Erkenntnisse vor, die eine Festlegung im Regionalplan rechtfertigen würden. Eine abschließend abgewogene Zielfestlegung im Regionalplan ist vor diesem Hintergrund nicht sachgerecht. Gemäß dem LEP NRW (10.1-3 Grundsatz) sollen geeignete Standorte für die Erzeugung und Speicherung von Energie in den Regional- und Bauleitplänen festgelegt werden. Sollte im Hinblick auf das Vorhaben "Stromspeicher See" innerhalb des Planungshorizontes ein Planerfordernis entstehen bzw. sich dieses konkretisieren, kann der Regionalrat als Träger der Regionalplan ein Änderungsverfahren einleiten.

Die bisher erfolgte rechtliche und zeitliche Abfolge von Braunkohlenplanung bedarf durch den von der Bundesregierung beschlossenen vorzeitigen Ausstieg aus der Kohleförderung einer neuen strategischen Ausrichtung und räumlichen Verzahnung,

Drittens schlage ich hiermit ein Zielabweichungsverfahren nach §30(2) LPIG NRW vor, um den Stromspeichersee zu realisieren.

Begründung: So muss der aktuell gültige, fertige Braunkohlenplan Hambach nur in den entscheidenden Punkten wie Sümpfungsverlängerung für die Bauzeit und Errichtung einer Staumauer in der Manheimer Bucht angepasst werden und kein neues Verfahren zur Änderung des Braunkohlenplans eingeleitet werden.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne per E-Mail ([ANONYMISIERT]) zur Verfügung.

um gemeinsam einen abgestimmten und konfliktfreien Rahmen für den Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung und den Strukturwandel zu schaffen. Dies schließt eine Beachtung der unterschiedlichen zeitlichen Perspektiven ein. Die Braunkohlenpläne legen im Grunde den Rahmen für eine geordnete Braunkohleplanung bis zum Abschluss der Rekultivierung und Entlassung aus der Bergaufsicht fest, während der Planungszeitraum des Regionalplanes bis 2043 angelegt ist.

Die Kennzeichnung von Bereichen, die im Entwurf ohne zeichnerische Festlegungen bleiben, erfolgt in Abhängigkeit vom Stand der Erkenntnisse der Braunkohlenplanung. Für Bereiche der Braunkohlenplanung, in denen kein Abbau (mehr) vorgesehen werden soll, werden zeichnerische Festlegungen entwickelt. Zu einem späteren Zeitpunkt werden auch für die Bereiche, die aktuell bzw. perspektivisch noch in Abbau / Rekultivierung befindlich sind, regionalplanerische Festlegungen zu entwickeln sein.

Demnach ist im Zusammenspiel von Regional- und Braunkohleplanung zu unterscheiden zwischen Bereichen, für die bereits im Planungszeitraum des Regionalplans 2043 eine Entlassung aus der Bergaufsicht zu erwarten ist bzw., die aufgrund geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen nicht mehr für den Bergbau in Anspruch genommen werden und für die im Rahmen der Braunkohleplanung eine hinreichende Grundlage zur Darstellung im Regionalplan gegeben ist (z.B. südliches Vorfeld des Tagebaus Hambach mit Hambacher Wald und Morschenich). Für Bereiche, in denen auch gem. der künftigen Braunkohlenplanung eine bergbauliche Inanspruchnahme bzw. Rekultivierung zu erwarten ist, die sich zeitlich deutlich über den Planungshorizont des Regionalplanes hinaus erstreckt (z. B. Bereiche der künftigen Restseen Hambach und Garzweiler) sind regionalplanerische Festlegungen aktuell im Hinblick auf den Planungshorizont 2043 sowie das Erfordernis zur Änderung der Braunkohlenpläne nicht möglich.

Zwischennutzungen im Bereichen, die noch der Braunkohleplanung unterliegen, werden im Regionalplan nicht festgelegt, da sie i.d.R. temporär sind und den bergrechtlichen und sonstigen Sicherheitserfordernissen der Braunkohleplanung und Abbauplanung unterliegen.

AZ: Ö-O-2-97	
1027454	
1032798_001	
Inhalt	Abwägung
<p>Als Bewohner von Satzvey spreche ich mich entschieden gegen die Ausweisung der im Regionalplan genannten Fläche als Bauland aus.</p> <p>Schon bei der jetzigen Bebauung hat uns die Flut 2021 schwer getroffen, eine weitere Versiegelung von Fläche würde die Situation enorm verschärfen. Außerdem würde Landschaftsschutzgebiet und auch Naherholungsgebiet verloren gehen.</p> <p>Die Realisierung des Baugebietes wäre mit unverhältnismäßigen Belastungen und Folgen für die Bevölkerung und die Umwelt verbunden. Auch in einer dörflichen Umgebung ist der Erhalt von Landschaftsschutzgebieten und der landwirtschaftlichen Strukturen ein wichtiges Anliegen. Mit der aktuellen Planung gehen wertvolle Lebensräume dauerhaft verloren.</p> <p>Darüberhinaus stellen neue Anwohner in der Menge eine große Belastung der Infrastruktur dar. Schon jetzt gibt es im Umkreis nicht genug Haus-, Kinder- und Fachärzte oder Kita-Plätze. Von der jetzt schon sehr hohen Verkehrsbelastung, die durch die Bebauung nur noch schlimmer wird, ganz zu schweigen. Gerade die Kinder sind dadurch auf ihrem Schulweg stark gefährdet.</p> <p>Ich möchte Sie daher abschließend bitten, die Darstellung der ASB Fläche im Regionalplan gegen die vorgebrachten Argumente und Einwände sorgfältig abzuwägen um weiterhin ein sicheres und angenehmes Leben in unserem Ort zu ermöglichen.</p>	<p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB, Abweichung von Verteilmodell zur bedarfsgerechten und regional abgestimmte Siedlungsentwicklung).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Auch wenn die genannten OT keine Kernorte sind und weniger als 2000 EW haben, ist die Ausweisung als ASB erforderlich, um die bauliche Entwicklung, insbesondere im Hinblick auf die Prozesse „Bauland an der Schiene“ und „Region+ Wohnen“ zu steuern. Eine Entwicklung der OT ist zwar über Ziel 2.3 des LEP NRW – wie für alle anderen Ortschaften - möglich, wird aber begrenzt auf den Bedarf der ansässigen Bevölkerung und vorhandener Betriebe (siehe Ziel 2.3 des LEP NRW 2017), nur die Festsetzung als ASB bietet Planungssicherheit und gewährleistet eine bauliche Entwicklung mit dem Schwerpunkt im Bereich dieser Ortschaften. Gerade für den vorgesehenen ASB Satzvey gilt, dass aufgrund der bereits vorhandenen Infrastruktur und Bevölkerungszahl, Bahnhofpunkt der Eifelstrecke (vorgesehener Ausbau zur S-Bahn-Strecke), Kita mit 2 Gruppen, Kita II mit Regelgruppe und Krippengruppe, 3-zügige Grundschule als offene Ganztagschule, Freie Waldorfschule mit z.Zt. 9 Klassen, Lehrschwimmbecken) eine Entwicklung über den Bedarf der ansässigen Bevölkerung hinaus angestrebt wird. Satzvey wird aufgrund der infrastrukturellen Voraussetzungen und der geplanten baulichen Entwicklung die Mindestgröße von 2000 Einwohnern deutlich überschreiten. Damit erfüllt Satzvey die in den Erläuterungen zu Ziel 2.3 im LEP NRW 2017 explizit aufgeführten Voraussetzungen zur Ausweisung als ASB, die definieren: „Den regionalplanerisch festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereichen liegt eine vorhandene oder geplante Mindestgröße von 2000 Einwohnern zugrunde; ...“ (Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein-Westfalen – Nr. 4 vom 25. Januar 2017 – S. 133). Die Stadt Mechernich hat im Rahmen Ihrer laufenden</p>

Diskussionen über die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten den Beschluss gefasst, dass sie eine Ausweisung zusätzlicher ASB-Bereiche anstrebt.

Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:

Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsrichtlinien entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.

Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Bei unvermeidbaren Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Nutzflächen sollen negative Wirkungen auf landwirtschaftliche Betriebe so gering wie möglich gehalten werden. Die Formulierung von Grundsätzen zur Berücksichtigung landwirtschaftlicher Belange im Entwurf des Regionalplans Köln erfolgt in Konkretisierung der landesplanerisch vorgegebenen Rahmenvorgaben (Grundsätze 7.5-1 und 7.5-2 LEP NRW). Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Abwägung Vorrang eingeräumt, da der LEP NRW hierzu vorgibt, dass bei der Umsetzung von regionalplanerischen Festlegungen auf der

Ebene der Fach- oder Bauleitplanung agrarstrukturverträgliche Lösungen in Kooperation mit den Betroffenen entwickelt und – falls möglich – durch die Instrumente der ländlichen Bodenordnung begleitet werden sollen.

Die regionalplanerisch relevanten Siedlungsraumpotentiale liegen außerhalb hochwassergefährdeter Bereiche, d.h. auch außerhalb von Bereichen, die von Extremhochwasser gefährdet sind, sodass dem vorsorgenden regionalplanerischen Hochwasserschutz Rechnung getragen wird und künftige Schadenspotentiale nachhaltig minimiert werden.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-O-247	
1028774	
1034297	
<p>Inhalt</p> <p>[ANONYMISIERT],</p> <p>im Namen meiner Mutter, [ANONYMISIERT], Eigentümerin der Flurstücke [ANONYMISIERT], möchten wir uns mit dieser Stellungnahme gegen jegliche Änderung der Wald-Grünzone von der BAST bis zur Lustheide im Regionalplan aussprechen. Eine Änderung der Wald- und Grünzone führt zu weiterer Flächenversiegelung und Naturzerstörung und nimmt den direkten Anrainern eine wichtige Naherholungsmöglichkeit und einen natürlichen Lärmschutz vor dem Lärm der A4. Der Ausbau der Flächen würde zu weiteren Lärm- und Verkehrsbelastungen führen und die Lebensqualität stark beeinträchtigen. Wir fordern daher, dass alle Veränderungen im Regionalplan, die zu einer Zerstörung des Waldes führen, unterlassen werden.</p> <p>[ANONYMISIERT]</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung</p> <p>Gemäß § 9 LPIG NRW trifft der Regionalrat als regionaler Planungsträger die sachlichen und verfahrensmäßigen Entscheidungen zur Aufstellung des Regionalplanes. Der Regionalrat hat im Rahmen seiner Abwägungs- und Ermessensentscheidungen in der Sitzung vom 11.10.2024 beschlossen, in den in Anlage 3 (Änderungsantrag zur Vorlage RR 39/2024) aufgeführten Einzelfällen vom Plankonzept abzuweichen (hier: Methodik zur zeichnerischen Festlegung von ASB/ GIB, Methodik zur zeichnerischen Festlegung von Waldbereichen).</p> <p>Hierzu wird im Rahmen der Änderungsanträge ausgeführt: Die Flächen liegen als schmaler, teilweise unterbrochener Streifen zwischen der Autobahn A 4 und den bebauten Ortsteilen Refrath und Frankenforst. Auf Grund der Lage entlang der Autobahn und der kurzen Entfernung zu den Autobahnauffahrten Refrath und Frankenforst sieht die Stadt in diesen Flächen ein wichtiges Gewerbeflächenpotential. Mit der Festlegung eines ASB soll die Entwicklung der Stadt von Norden bis an die Autobahn heran, aber nicht über die Autobahn hinweg, ermöglicht werden. Deshalb wurde die Autobahn sehr bewusst als Zäsur sowohl bei der Festlegung des FFH-Gebietes Königsforst als auch bei der Ausweisung im Regionalplan gewählt. Die Frage des Waldausgleichs muss auf der nachfolgenden Planungsebene dann gelöst werden, wenn die Flächen tatsächlich in Anspruch genommen werden.</p> <p>Hinsichtlich der darüber hinaus geäußerten Hinweise, Anregungen und Bedenken:</p> <p>Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt. Der Regionalplan sichert diese Bereiche für Siedlungsfunktionen und schützt sie vor Nutzungen, die mit diesem Zweck nicht vereinbar sind.</p> <p>Sofern neuen Siedlungsraumpotentialen im Rahmen der planerischen Abwägung gemäß § 3 Abs. 1 ROG Vorrang vor Belangen des Freiraums inklusive seiner</p>

klimaökologischen Funktionen, natur- und artenschutzfachlichen Belangen und Belangen des Bodenschutzes gewährt wurde, erfolgte dies unter Beachtung des Erhalts der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Freiraums. Gleichzeitig erfolgt die Sicherung der Freiräume im Regionalplan Köln im Sinne eines großräumigen übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems für den gesamten Regierungsbezirk Köln gemäß den Festlegungen im Kapitel 4, u. a. durch die Festlegung von Vorranggebieten Regionaler Grünzug, Bereiche zum Schutz der Natur und Waldbereiche sowie von Vorbehaltsgebieten Bereiche für den Schutz der Landschaft und der landschaftsorientierten Erholung und Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich.

Der Regionalplan wurde unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung erarbeitet. Im Umweltbericht und den zugehörigen Unterlagen werden erhebliche Umweltauswirkungen, u.a. für das Schutzgut Klima/Luft und für das Schutzgut Boden, ermittelt, beschrieben und bewertet. Die Umweltprüfung stellt eine wichtige Grundlage für die Abwägung dar.

Die Umweltauswirkungen der vorgesehenen regionalplanerischen Festlegungen werden im Umweltbericht zusammenfassend für alle Festlegungen der Planungsebene entsprechend ermittelt und beschrieben. Die im Rahmen der Umweltprüfung für die Schutzgüter dokumentierten Auswirkungen stehen einer Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung nicht entgegen. In der nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen können die potenzielle Umweltauswirkung vertieft betrachtet und ggf. durch entsprechende Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Der Festlegung eines ASB gegenüber einer Freiraumdarstellung wurde im Sinne einer planerischen Gesamtabwägung Vorrang eingeräumt. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Unter Berücksichtigung der lokalen Situation verbleibt somit in der Regel der notwendige Gestaltungsspielraum für die örtliche Umsetzung.

Hinsichtlich der Waldinanspruchnahme wird darauf hingewiesen, dass gemäß Rechtsprechung des BVerwG die Formulierung des Ziels 7.3-1 LEP NRW nicht den rechtlichen Anforderungen, die an eine Zielfestlegung zu stellen sind, entspricht. Damit ist „die im Landesentwicklungsplan ausdrücklich als Ziel der Raumordnung bezeichnete Vorgabe ... als ein der Abwägung zugänglicher Grundsatz einzuordnen (BVerwG 4 A 16.20, Rn. 22)“. Dieser höchstrichterlichen Rechtsprechung folgend, sind die Festlegung gemäß Ziffer 7.3-1 LEP NRW „Walderhaltung und Waldinanspruchnahme“ entgegen ihrer ausdrücklichen Bezeichnung im LEP NRW nicht mehr als Ziele der Raumordnung, sondern als der Abwägung zugängliche Grundsätze der Raumordnung zu behandeln. Von diesem Abwägungsspielraum hat der Regionalrat im vorliegenden Fall Gebrauch gemacht und dem Planungsinteresse der Kommune Vorrang vor den Freiraumfestlegungen eingeräumt. Für die zeichnerisch festgelegten Siedlungsraumpotentiale bestehen kommunale Entwicklungsabsichten, die im Rahmen des Gegenstromprinzips mit den Kommunen abgestimmt wurden. Für die fachplanerische Umsetzung gibt der Grundsatz G.36 den Umsetzungskorridor vor. Die Inanspruchnahme von Waldflächen soll durch

Ersatzaufforstungen ausgeglichen werden. In waldreichen Kommunen kann als Ausgleich für die Inanspruchnahme von Waldflächen statt einer Ersatzaufforstung auch eine ökologische Aufwertung bestehender Waldflächen erfolgen.

Die Hinweise zur sozialen, technischen und verkehrlichen Infrastruktur richten sich an die nachgelagerten Planungs- und Genehmigungsebenen. Die Regionalplanung ist eine rahmensetzende Planung. Die raumordnerische Abwägung der Belange erfolgt ebenenspezifisch, d.h. soweit diese auf Ebene der Regionalplanung erkennbar und relevant sind.

AZ: Ö-P-2-473	
1033892	
1038830_001	
<p>Inhalt</p> <p>o. Es darf höflichst darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine ordnungsgemäße Bekanntgabe der 2. Offenlage des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln nicht erfolgt ist. Weder im Amtsblatt der Stadt Leverkusen noch im Amtsblatt der Bezirksregierung Köln wurde die 2. Offenlage bekanntgegeben. Eine Bekanntmachung durch das Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes NRW bezüglich der 2. Offenlage ist gleichsam nicht ersichtlich. Im Ergebnis ist somit eine ordnungsgemäße Bekanntmachung bezüglich der 2. Offenlage des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln erfolgt. Die 2. Offenlage des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln ist somit bereits aus formalrechtlichen Gründen fehlerhaft und somit im Ergebnis unzulässig. Darüber hinaus erschließt sich die Notwendigkeit einer 2. Offenlage im Wesentlichen nicht. Es ist insbesondere nicht erkennbar, inwieweit eine Nachmeldung von ASB-~lächen in Leverkusen im Bereich Dhünnau in Leverkusen-Manfort / Leverkusen-Wiesdorf sowie im Bereich der Wuppertal in Leverkusen-Opladen / Leverkusen-Rheindorf formal und inhaltlich geboten ist, zumal nicht erkennbar ist, auf wessen Veranlassung eine solche Nachmeldung erfolgt ist und aufgrund welcher inhaltlichen Abwägungen die Aufnahme von ASS-Flächen im bisherigen planungsrechtlichen Außenbereich und vom Landschaftsplan umschlossenen Landschaftsschutzgebiete von Seiten der Planungsbehörde (Bezirksregierung Köln) erfolgt ist.</p> <p>1. Die Ausweisung von Flächen des Allgemein Siedlungsbereichs im bisherigen geschützten Außenbereich (LSG) entlang der Dhünn (FFH Gebiet) _in Leverkusen-Wiesdorf/Leverkusen-Manfort wird nachhaltig abgelehnt. Die Fläche zwischen BAB 1, Dhünn, dem Fußballstadion (BayArena) sowie der Eisenbahnlinie KölnDüsseldorf ist bislang als „Freiraum“ und „regionaler Grünzug“ gekennzeichnet. In Anbetracht der wenigen unversiegelten Flächen im Zentrum der Stadt Leverkusen und der Belastung durch die Autobahnen ist es unbedingt notwendig, diese Freiraumflächen zu erhalten. Darüber hinaus ist von Seiten der Stadt Leverkusen beabsichtigt, diese Flächen Im bereits neu aufgestellten Landschaftsplan der Stadt Leverkusen als LSG-Flächen weiterhin zu stärken. Es gilt Hitzeinseln im urban verdichteten Stadtzentrum zu vermeiden und wichtige ökologische Trittstein im Bereich Dhünnau (FFH-Gebiet) zu stärken. Nach bisherigen Erkenntnissen soll die Ausweisung des Allgemeinen Siedlungsbereichs vornehmlich bis ausschließlich der Etablierung von Parkplatzflächen für das nahegelegene Fußballstadion (BayArena) dienen. Die BayArena verfügt jedoch bereits unterhalb der an dieser Stelle aufgeständerten BAB 1</p>	<p>Abwägung</p> <p>Typ Anregung/Bedenken</p> <p>Ausgleichsvorschlag Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.</p> <p>Erläuterung zu 0.) Die zweite öffentliche Auslegung wurde sowohl im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln (07. Oktober 2024 Ausgabe 40) als auch auf der Internetseite der Bezirksregierung ordnungsgemäß bekannt gemacht. Das Erfordernis einer erneuten Offenlage ergibt sich aus § 9 Abs. 3 ROG. Wird der Planentwurf nach Durchführung der 1. Offenlage in dergestalt geändert, dass dies zu einer erstmaligen oder stärkeren Berührung von Belangen führt, so ist der geänderte Teil erneut im Internet zu veröffentlichen; in Bezug auf die Änderung ist erneut Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die den Änderungen zu Grunde liegenden Abwägung des Regionalrat (vgl. Sitzungsvorlage RR 39/2024.) konnten den Beteiligungssynopsen entnommen werden. Diese lagen als zweckdienliche Unterlagen ebenfalls mit aus. Zu 1.) Nach den landesplanerischen Vorgaben handelt es sich um überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (vgl. Ziel 6.6-2 LEP NRW). Entsprechend der Plankonzeption werden vorhandene Standorte, die sich in integrierter Lage befinden, unabhängig von der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit, ohne die Festlegung einer Zweckbindung in den regionalplanerischen Siedlungsraum integriert. Vor diesem Hintergrund wird der Bereich aufgrund seiner integrierten Lage als ASB festgelegt. Die Abgrenzungen orientieren sich an der im Flächennutzungsplan dargestellten Sonderbaufläche. Eine weitergehende Konkretisierung der zulässigen Nutzungen und Funktion kann auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen, insbesondere im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung, erfolgen. In Folge der Änderung wird als Ausgleich der Siedlungsraumerweiterung die Festlegung des Regionalen Grünzugs südlich verschoben, um auf Ebene der</p>

über ausreichende Parkplatzflächen. Diese werden auch nach einem geplanten Ausbau der BAB 1 an dieser Stelle erhalten bleiben.

2.

Die Ausweisung von Flächen des Allgemein Siedlungsbereichs im bisher geschützten Außenbereich (LSG) entlang der Wupper (FFH Gebiet) zwischen Solinger Straße, Wupper und Raoul-Wallenberg-Straße(Auf den Heunen) wird nachhaltig abgelehnt. Das oben genannte Flächenareal soll als Fläche des Allgemein Siedlungsbereichs im bisherigen geschützten Außenbereich (LSG) entlang der Wupper (FFH Gebiet) zwischen Solinger Straße, Wupper und Raoul-Wallenberg-Straße (Auf den Heunen) ausgewiesen werden. Das Areal ist Teil eines Landschaftsschutzgebietes. Nunmehr sollen bebaubare Grundstücke als ASS-Bereich in den Regionalplan mit aufgenommen werden. Die Stadt Leverkusen beabsichtigt dort eine neue Feuerwache zu bauen. Es ist bereits fraglich, ob hierbei die Ausweisung eines ASB-Bereichs ausreichend ist. Darüber hinaus existieren für den Bau einer neuen Feuerwache bereits gleichwertige als Gewerbegebiet ausgewiesene Grundstücke an der Solinger Straße im städtischem Besitz vor. Für das Areal Auf den Heunen hingegen müssten bislang als landwirtschaftliche Flächen genutzte Gebiete im Rahmen eines Enteignungsverfahrens in Besitz genommen werden. Weiterhin plant die Stadt Leverkusen an der Europa-Allee (Bahnstadt-West) auf circa 5.000 m² einen Neubau für die Berufsfeuerwehr Leverkusen. Freiwillige Feuerwehr und Rettungsdienst sollen am bisherigen Standort an der Kanalstraße in Leverkusen-Opladen verbleiben. Daher besteht objektiv keine Notwendigkeit, das Landschaftsschutzgebiet Auf den Heunen zu zerstören, welches dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen dient. Die Fläche umfasst wertvolle Parabraunerden, ist potentiell Überschwemmungsgebiet sowie Kaltluftentstehungsgebiet und Ventilationsbahn insbesondere für den Stadtteil Leverkusen• Rheindorf. Neben den ortsansässigen und anerkannten Umweltverbänden erachtet auch die Jägerschaft dieses Areal aufgrund der vorkommenden Tierarten für stark erhaltenswürdig. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Es darf höflichst um Bestätigung des fristgerechten Eingangs der Einwendungen gebeten werden.

Regionalplanung die Freiraumverbindung entlang der Dhünn zu sichern. Hierfür wird der bisher festgelegte ASB in etwa gleichem Umfang reduziert und als Freiraum festgelegt. Aufgrund der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) ist der Bereich als Regionaler Grünzug festgelegt und entsprechend zu erhalten, zu entwickeln und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen. Der Regionalplan entspricht damit den in der Örtlichkeit vorhandenen Gegebenheiten und bildet die tatsächliche Situation im Bestand ab. Die Funktion des Regionalen Grünzugs entlang der Dhünn bleibt erhalten und wird regionalplanerisch gesichert.

Gegen die Änderung werden von Seiten der Stadt Leverkusen keine Bedenken erhoben. Die Festlegung entspricht der kommunalen Entwicklungsabsicht, die unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche ist (s. ID 1033668_007).

Aufgrund der tatsächlichen Umstände im Bestand sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit ist eine Festlegung als ASB folgerichtig. Die tatsächliche Umsetzung ist Gegenstand der Konkretisierung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen. Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Zu 2.)

Die Festlegung als ASB erfolgt auf Anregung der Stadt Leverkusen (s. ID 1001462 1. Offenlage). Die Entwicklungsabsicht wurde im Rahmen der 2. Offenlage wiederholt bestätigt (s. ID 1033668_001). Entsprechend der Plankonzeption und unter Berücksichtigung des Gegenstromprinzips ist die kommunale Entwicklungsabsicht – neben u. a. Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerischen Vorgaben – wesentliche Voraussetzung für die regionalplanerische Festlegung der Siedlungsbereiche.

Die regionalplanerischen Siedlungsbereiche werden entsprechend der Vorgaben des LEP NRW bedarfsgerecht festgelegt. Auf Grundlage der ermittelten kommunalen Bedarfe für Wohnen und Mischnutzung gemäß der Zielfestlegung Siedlungsentwicklung am Bedarf ausrichten verfügt die Stadt Leverkusen noch über Bedarf zur Festlegung zusätzlicher Regionalplanreserven. Bei der räumlichen Verortung von Siedlungsraumpotentialen wurden Raum- und Umweltverträglichkeit sowie landesplanerische Vorgaben und sonstige raumordnerische sowie fachrechtliche Planungsdirektiven entsprechend der Ebene der Regionalplanung geprüft und berücksichtigt.

Mit Urteil vom 21.03.2024 (Az.: 11 D 133/20.NE) hat das OVG NRW Teile der 1. LEP-Änderung für unwirksam erklärt. Betroffen ist unter anderem die Ausnahmemöglichkeit zur Darstellung bzw. Festsetzungen von Bauflächen bzw. Baugebieten im regionalplanerisch festgelegten Freiraum, wenn die besondere öffentliche

Zweckbestimmung für bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz dies erfordert. Vor dem Hintergrund der kommunalen Entwicklungsabsicht zur Errichtung eines Feuerwehrstandorts ist die Festlegung als Siedlungsraum deshalb erforderlich.

Aufgrund des zusätzlichen kommunalen Bedarfs, der kommunalen Entwicklungsabsicht sowie der regionalplanerischen Darstellungsfähigkeit erfolgt eine Festlegung als ASB unter Beachtung der Festlegung BSN im Regionalplanentwurf. Ein Funktionverlust des Regionalen Grünzugs ist nicht erkennbar, da ein ausreichend breiter Freiraumkorridor erhalten bleibt.

Der Abwägungsvorschlag aus der ersten öffentlichen Auslegung wird aufrecht erhalten und auf die dortigen Ausführungen verwiesen. Auf Ebene des Regionalplans besteht darüber hinaus kein weiterer Präzisierungsbedarf.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass eine gesonderte Benachrichtigung über den Eingang der Stellungnahmen grundsätzlich nicht erfolgt. (s. Bekanntmachung Amtsblatt)